Wiener Stadtbibliothek

57291 F

F 57291
1.-14. Dez. 1965
Sch. 1

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

WIENER STADTBIBLIOTHEK

Neuer Pavillon im Wilhelminenspital eröffnet

Bürgermeister Marek: Internationales Pflegepersonal, aber gemeinsame Sprache der Menschlichkeit!

1. Dezember (RK) Heute vormittag übergab Bürgermeister Bruno Marek den neuerbauten Pavillon 28 des Wilhelminenspitals offiziell seiner Bestimmung.

Die Eröffnungsfeier wurde musikalisch durch einen Chor der Schwesternschülerinnen eingeleitet. Unter den Schwestern, die zur Eröffnung erschienen waren, sah man auch die Indonesierinnen, denen die für sie extra angefertigte Wiener Schwesterntracht ausnehmend gut steht. Sie nahmen an allen Vorgängen besonders interessiert Anteil.

Der Ottakringer Bezirksvorsteher Ing. Hobl begrüßte unter den Ehrengästen Bürgermeister Marek, die Stadträte Bock, Dr. Glück, Heller und Pfoch, Stadtbaudirektor Dr. Koller sowie die leitenden Beamten des Bau-, Gesundheits- und Anstaltenamtes. Er erinnerte daran, daß die Geschichte des Wilhelminenspitals auf das Jahr 1888 zurückgeht, in dem der Grundstein des damaligen "Ottakringer Gemeindespitals" gelegt wurde. Heute dient es längst nicht mehr den Ottakringern, auch nicht nur den Wienern allein, sondern auch zahlreichen Patienten aus allen Bundesländern.

./.

Stadtrat Heller erklärte, daß der Wiener Gemeinderat schon 1959 den großzügigen Ausbau des Wilhelminenspitals mit einem Kostenaufwand von 155,3 Millionen Schilling beschlossen habe. Heute sei dieses Erweiterungs- und Renovierungsprogramm zum Großteil abgeschlossen. Mit dem heute eröffneten Pavillon habe sich die Bettenanzahl des Spitals um 559 auf 1.824 erhöht. Stadtrat Heller erläuterte eingehend die engen Wechselbeziehungen zwischen neuen medizinischen Erkenntnissen und der baulichen Gestaltung von Krankenanstalten. Dabei werden vor allem die Gesichtspunkte der Betriebswirtschaftlichkeit immer wichtiger. Die laufenden Kosten der Spitalserhaltung hätten größere Bedeutung als die baulichen Herstellungskosten.

Der neue Pavillon 28, im internen Sprachgebrauch "Chirurgischer Pavillon" genannt, wurde in einer Bauzeit von fünf Jahren mit einem Kostenaufwand von rund 50 Millionen Schilling errichtet. Er umfaßt 45.000 Kubikmeter umbauten Raumes und ist nach den modernsten Gesichtspunkten ausgestattet. Eine urologische, eine chirurgische und eine gynäkologische Station mit zusammen 257 Betten sind hier untergebracht. Im Erdgeschoß befinden sich drei Ambulanzen, im 5. Stock sechs Operationsräume und im 6. Stock Ärztewohnungen. Das Gebäude erhält die benötigte Wärmeenergie von der Müllverbrennung am Flötzersteig.

Die Krankenbetten sind mit allen technischen Finessen ausgestattet. Die Patienten können jederzeit durch eine Lichtruf- und eine Gegensprechanlage mit den Schwestern Kontakt aufnehmen und drei Radioprogramme empfangen. In den Tagräumen gibt es Fernsehanschlüsse.

Stadtrat Dr. Glück bezeichnete die Fertigstellung des Pavillons als einen entscheidenden Schritt zur Verwirklichung des Generalsanierungsprogramms für das Wilhelminenspital. Hier sei nicht nur ein zeitgemäßer Neubau entstanden, sondern es wurden auch die alten Pavillons, wie etwa der Lupuspavillon, von Grund auf renoviert und das Schwesternhaus vergrößert. Demnächst wird das Zentralröntgeninstitut der Anstalt fertig werden, die auch über ein "Gammatron" verfügen wird und auch die neue Prosektur wird ihren Betrieb bald aufnehmen. Im kommenden Jahr wird mit dem Bau der neuen Unfallabteilung begonnen. Damit wird das Wilhelminenspital das größte Schwerpunktspital Wiens sein.

./.

Der neue Pavillon 28 dient vorerst zur provisorischen Unterbringung der I. Chirurgischen Abteilung des Rudolfspitals. Damit kann das Rudolfspital ohne nennenswerten Bettenausfall neu gebaut werden. Eine große Bedeutung kommt auch der urologischen Abteilung im Hinblick auf die steigenden Lebenserwartungen unserer Bevölkerung zu.

Dr. Glück erläuterte auch die Konstruktion der Krankenbetten, die sowohl den Patienten als auch den Schwestern alle möglichen Erleichterungen gewährt. Vor allem hat man hier ein Bettenzentrum eingebaut, das den Schwestern das Hantieren mit Schmutzwäsche erspart. Im Bettenzentrum werden alle Krankenbetten abgezogen, desinfiziert und mit frischer Wäsche versehen und den Abteilungen wieder einsatzbereit zur Verfügung gestellt.

Wien - Stadt der sozialen Verantwortung

Bürgermeister Marek führte in seiner Eröffnungsansprache aus:

"Als Bürgermeister der Stadt Wien erfüllt es mich immer mit besonderem Stolz, eine neue Einrichtung unserer Gemeinde eröffnen zu können, für die erhebliche Mittel und eine kaum übersehbare Zahl von Arbeitsstunden aufgewendet werden mußten. Auch die Vollendung des neuen chirurgischen Pavillons hier in unserem Wilhelminenspital dokumentiert wieder einmal die Leistungsfreudigkeit, den schöpferischen Willen und das Verantwortungsbewußtsein der Wiener Stadtverwaltung gegenüber den öffentlichen Aufgaben und den Bedürfnissen der Bevölkerung.

Ich spreche eigentlich nur eine Selbstverständlichkeit aus, wenn ich sage, daß mir die Gesundheitspflege in unserer Stadt, die Heilung unserer erkrankten Mitbürger mit den modernsten Mitteln der Medizin, mit Hilfe der tüchtigsten Ärzte, die wir anstellen können, und mit aufopferungsvollen Schwestern, die in unseren Schulen heranwachsen, ganz besonders am Herzen liegt. Ich freue mich, daß wir heute eine neue ärztliche Station eröffnen können, die mit den jüngsten Errungenschaften der Wissenschaft wahrhaft hervorragend ausgestattet ist, bei deren Errichtung sich der Bauherr - unsere Gemeinde - bis in scheinbar unwesentliche Details vorausschauend und großzügig erwiesen hat.

./.

Wir stehen in unserem Gesundheitswesen inmitten eines gewaltigen Arbeitsprogrammes, das sich, wie Sie alle wissen, auf Jahrzehnte erstreckt und das nicht bloß das Werk einer einzigen Generation sein kann. Trotzdem sind wir alle davon überzeugt, daß unser Endziel - das neue Allgemeine und der planmäßige Ausbau aller übrigen Krankenanstalten der Gemeinde Wien - keinesfalls nur Zukunftsmusik ist, sondern Etappe für Etappe innerhalb der vorgesehenen Zeit verwirklicht wird. Beispiele, die uns in diesem Glauben bestärken, erleben wir fast jedes Jahr. Ich darf daran erinnern, daß auch hier im Wilhelminenspital vor knapp 14 Monaten der neue Pavillon einer internen Klinik von den Ärzten und dem Pflegepersonal übernommen werden konnte und daß hier und auch in anderen Krankenhäusern unserer Stadt weitere Bauvorhaben der Vollendung entgegengehen.

Trotz allem Idealismus in der Zielsetzung und in der Erfüllung ihrer Aufgaben muß jedoch eine Gemeinde auch mit dem Rechenstift operieren. Aber, wo würden sich Millionen-Investitionen unmittelbarer, besser und schneller bezahlt machen als in der Gesundheitsverwaltung, als beim Bau von modernen Spitälern? Die Gelder, die wir für die Errichtung und die Ausstattung unserer Krankenhäuser anlegen, werfen hundertfache Zinsen ab - Zinsen, nicht materieller Natur, sondern Erträgnisse, die sich in der Gesundheit, in der Ausgeglichenheit und Arbeitsfreudigkeit unserer Bevölkerung, im Lebensglück und in der gesicherten Zukunft unserer Frauen und Kinder darbieten."

Abschließend wandte sich Bürgermeister Marek an die versammelte Ärzte- und Schwesternschaft, besonders an die afrikanischen und indonesischen Kräfte unter ihnen und sagte:

"Dem Dank an alle am Zustandekommen dieses Baues Beteiligten füge ich auch den Dank an die Ärzte und Schwestern an, die, erfüllt von vom hohen Berufsethos, hier unserer Bevölkerung dienen. Sie sprechen verschiedene Muttersprachen, aber hier ist ihnen allen eine Sprache gemeinsam, die Sprache der Menschlichkeit, die besonders all jene verstehen, die der Hilfe bedürftig sind. Wenn unsere ausländischen Helfer in ihre Heimat zurückkehren, werden sie sicher das Bewußtsein mitnehmen, daß Wien eine Stadt der sozialen Verantwortung ist."

Im Namen des gesamten Personals sprach Direktor Dr. Rode der Wiener Stadtverwaltung den Dank für dieses große neue Werk aus.

\- - -

65. Geburtstag von Richard Kuhn

1. Dezember (RK) Am 3. Dezember vollendet der Chemiker und Nobelpreisträger Professor Dr. Richard Kuhn das 65. Lebensjahr.

Er wurde in Wien geboren und studierte in München, wo er sich 1925 habilitierte. 1926 wurde er Professor für allgemeine und analytische Chemie an der Technischen Hochschule in Zürich, 1929 Universitätsprofessor in Heidelberg und schließlich Direktor des Kaiser Wilhelm-Institutes (heute Max Planck-Institut) für medizinische Forschung in Heidelberg. Seit 1939 ist er Präsident der Deutschen Chemischen Gesellschaft. 1938 war ihm der Nobel-Preis verliehen worden, doch durfte er ihn nicht annehmen, da es Hitler verboten hatte. Seine Forschungen umfassen das große Gebiet der Biochemie. Vor allem beschäftigen sie sich mit dem Spezialfach der Vitamine und Carotinoide. Hierüber hat Kuhn seit 1931 grundlegende Arbeiten veröffentlicht. In den letzten Jahren befaßt er sich mit den wichtigen biochemischen Vorgängen bei der Resistenz und wies deren Ursache in zahlreichen Einzelfällen nach. 1960 wurde ihm von der Wiener Universität das Ehrendoktorat, 1962 der Preis der Stadt Wien für Naturwissenschaften verliehen.

Bürgermeister Bruno Marek und Stadtrat Hans Mandl haben dem Jubilar in herzlichen Worten gehaltene Glückwunschschreiben übermittelt.

\- - -

Hohe italienische Auszeichnung für den Präsidialchef des Rathauses

1. Dezember (RK) Der Präsident der Republik Italien hat auf Vorschlag der Italienischen Botschaft in Wien dem Präsidialchef des Wiener Rathauses, Obersenatsrat Dr. Otto Kutil, den Grad eines Commendatore des Verdienstordens der Republik Italien verliehen. Heute abend wurde die Auszeichnung in der Italienischen Botschaft überreicht.

\- - -

Freie Ärztestellen

1. Dezember (RK) Im Preyer'schen Kinderspital der Stadt Wien (mitzubetreuende Anstalt: Kinderklinik Glanzing und Karolinen-Kinderspital) wird die Stelle eines teilbeschäftigten Facharztes für Nerven- und Geisteskrankheiten besetzt.

Im Elisabethspital der Stadt Wien wird die Stelle eines teilbeschäftigten Facharztes für Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten besetzt.

Gesuche sind bis spätestens 15. Dezember 1965 an die Magistratsabteilung 17, Anstaltenamt, 1, Schottenring 24, 3. Stock, Zimmer 351 zu richten.

\- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

1. Dezember (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Inländischer Chinakohl 3.50 bis 5 S je Kilogramm, inländische Karotten 4.80 bis 6 S je Kilogramm, inländischer Kohl 3.50 bis 6 S je Kilogramm, inländisches Weißkraut 2.80 bis 4 S je Kilogramm.

Obst: Inländische Äpfel Wirtschaftsware 6 bis 7 S je Kilogramm, inländische Äpfel Tafelware 8 bis 12 S je Kilogramm, Orangen 4.50 bis 10 S je Kilogramm.

\- - -

Hohe israelische Auszeichnung für Bürgermeister Marek

1. Dezember (RK) Israel verleiht keine Orden. Stattdessen erfolgt die Eintragung in das Goldene Buch des KKL, Keren Kayemeth Leisrael, des jüdischen Nationalfonds, der dem friedlichen Aufbau Israels dient und heimatlosen Flüchtlingen eine neue Existenz schafft. Auf Antrag des österreichischen Vorstandes des KKL wurde nun Bürgermeister Bruno Marek für seine Verdienste um den Aufbau des Staates Israel in dieses Goldene Buch eingetragen.

Die Urkunde über diese ehrende Eintragung wurde dem Wiener Bürgermeister heute abend bei einem Empfang im Palais Auersperg überreicht. Oberrabbiner Dr. Eisenberg würdigte in einer Ansprache besonders das Eintreten des Wiener Bürgermeisters für den österreichischen Jerusalemwald. Im Namen des Staates Israel sprach Botschafter Dr. Simon.

\- - -

Chefredakteure und Kommunalberichterstatter zu Gast beim Bürgermeister

1. Dezember (RK) Bürgermeister Bruno Marek gab heute in den Wappensälen des Wiener Rathauses ein Mittagessen für die Chefredakteure und Kommunalberichterstatter der Wiener Tageszeitungen. Anlaß dazu war die bevorstehende Budgetdebatte über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1966. Mit dem Bürgermeister waren Landtagspräsident Dr. Stemmer, Vizebürgermeister Slavik, Vizebürgermeister Dr. Drimmel und die Mitglieder des Wiener Stadtsenates erschienen, um die Kontakte mit den Wiener Journalisten zu vertiefen.

Bürgermeister Marek erinnerte daran, daß die Budgetdebatte am 9. Dezember im Rathaus beginnen wird. Dabei wird wieder die Möglichkeit gegeben sein, zu den verschiedenen Problemen unserer Stadt Stellung zu nehmen. Der Bürgermeister ersuchte die Chefredakteure, den Wiener Budgetberatungen möglichst breiten Raum zu widmen und dankte den Journalisten für die guten Beziehungen, die zwischen Stadtverwaltung und Presse bestehen.

Im Namen der Gäste sprach der Präsident des "Presseclub Concordia", Dr. Kalmar, der die Einmütigkeit zwischen städtischem Finanzreferenten und Stadtrat für die Unternehmungen bei der Pressekonferenz in der "Concordia" über das Budget hervorhob und die sachliche Atmosphäre der Diskussion lobte. Ein erfreulicher Unterschied gegenüber jener Atmosphäre, die bei anderen Budgetberatungen gelegentlich herrsche. Dr. Kalmar betonte auch besonders, daß es im Rathaus keine Geheimhaltungsklausel gegenüber Journalisten gebe, sondern vielmehr echte und gute Zusammenarbeit zwischen der Pressestelle und den Journalisten herrsche. Er hoffe, daß dies auch weiterhin so sein werde.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Senatsrat i.R. Dr. Rieger erhielt Großes Ehrenzeichen

2. Dezember (RK) Landeshauptmann Bruno Marek überreichte heute früh in seinem Arbeitszimmer im Rathaus im Beisein von Landesamtsdirektor Dr. Ertl und Obersenatsrat Dr. Delabro dem Senatsrat des Magistrates der Stadt Wien i.R. Dr. Leopold Rieger das diesem vom Bundespräsidenten verliehene Große Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich.

Senatsrat i.R. Dr. Rieger hat sich in der Zeit nach 1945 als Leiter der Abteilung für Erwachsenenfürsorge große Verdienste im Fürsorgewesen unserer Stadt erworben. 1952 wurde er zum Leiter des Magistratischen Bezirksamtes für den 20. Bezirk, 1957 für den 6./7. Bezirk ernannt. Anläßlich seiner Versetzung in den Ruhestand im Dezember 1964 wurde ihm vom Wiener Gemeinderat Dank und volle Anerkennung ausgesprochen. Landeshauptmann Marek hob das verdienstvolle Wirken von Senatsrat Dr. Rieger hervor und beglückwünschte ihn zu der hohen Auszeichnung.

\- - -

Verleihung des Medizinalratstitels

2. Dezember (RK) Der Bundespräsident hat folgenden neun Wiener Ärzten den Berufstitel Medizinalrat verliehen: Dr. Sava Djokic (Facharzt bei der Wiener Gebietskrankenkasse), Dr. Paul Esztel (Theaterarzt am Wiener Burgtheater), Dr. Heinrich Granzer (Chefarzt bei der Wiener Städtischen Versicherung), Dr. Rudolf Heinisch (Theaterarzt), Dr. Eduard Jarkovsky (Facharzt bei der Wiener Gebietskrankenkasse), Dr. Hermann Kemmetmüller (ehemaliger Facharzt bei der Wiener Gebietskrankenkasse), Dr. Erich Kurtisch (Gutachter der Wiener Gebietskrankenkasse), Dr. Kurt Steyrer (Betriebsarzt), Dr. Johann Szenes (Konsiliarfacharzt im Spital der israelitischen Kultusgemeinde und im Krankenhaus Floridsdorf).

Landeshauptmann Bruno Marek überreichte heute früh im Wiener Rathaus den Ärzten die Dekrete.

\- - -

80. Geburtstag von Karl Sterrer

2. Dezember (RK) Am 4. Dezember vollendet der Maler und Graphiker Professor Karl Sterrer das 80. Lebensjahr.

Er wurde als Sohn eines Bildhauers in Wien geboren und studierte an der Akademie bei Delug und Griepenkerl. 1908 erhielt er den Rompreis, 1919 den Reichelpreis. Schon 1913 fand die erste Kollektivausstellung seiner Werke im Münchner Glaspalast statt. 1921 begann seine Lehrtätigkeit an der Akademie. Karl Sterrer hat neben Landschaftsdarstellungen, Porträts und figürlichen Szenen auch monumentale Arbeiten ausgeführt. 1963 wurde er mit dem Österreichischen Staatspreis ausgezeichnet.

Bürgermeister Bruno Marek und Stadtrat Hans Mandl haben dem Jubilar in herzlichen Worten gehaltene Glückwunschschreiben übermittelt.

\- - -

Musikveranstaltungen in der Woche vom 6. bis 12. Dezember

2. Dezember (RK)

Montag, 6. Dezember:

19.00 Uhr, Musikakademie, 1, Singerstraße 26, Orgel-Saal B: Akademie für Musik u.d.K.: Orgelabend Josef Böck, Klasse Dr. Hans Haselböck (Messiaen: "Le Nativité du Seigneur")

19.00 Uhr, Konservatorium, Konzertsaal: Konservatorium der Stadt Wien: Klavierübungsabend (Unter- und Mittelstufe)

19.30 Uhr, Konzerthaus, Mozartsaal: Musikalische Jugend Österreichs: 2. Konzert im Zyklus XII (Voraufführung des 2. Konzertes im Zyklus IV der KHG); Das Weller-Quartett (Haydn, Schostakowitsch, Debussy)

19.30 Uhr, Konzerthaus, Schubertsaal: Lieder- und Arienabend Clara Neumann, Paris (Mezzosopran), am Flügel Christiane Verzieux (Cesti, Händel, Pergolesi, Duparc, Daniel-Lesur, de Severac, Ravel)

19.30 Uhr, Palais, Schwarzenberg, Kuppelsaal: "Ensemble Concentus musicus": "Konzertante Barockmusik auf Originalinstrumenten" (Telemann: Suite für zwei Naturhörner und Streicher; Konzert für Blockflöte und Fagott; Konzert für vier Violinen; Konzert für drei Oboen und drei Violinen)

20.00 Uhr, Kulturzentrum, 1, Annagasse 20: Internationales Kulturzentrum: Gitarre-Abend Oscar Ghiglia (barocke und moderne Kompositionen)

Dienstag, 7. Dezember:

18.30 Uhr, Musikakademie, Vortragssaal: Akademie für Musik u.d.K.: Vortragsabend der Bläserklassen

19.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal: Flamenco-Gitarreabend Carlos Montoya

19.30 Uhr, Konzerthaus, Mozartsaal: Wiener Konzerthausgesellschaft: 2. Konzert im Zyklus IV; Das Weller-Quartett (Haydn: Streichquartett Es-dur op. 33/2; Schostakowitsch: Streichquartett Nr. 10 op. 118; Debussy: Streichquartett g-moll op. 10)

19.30 Uhr, Albertina: 2. Konzert im Johann Sebastian Bach-Zyklus; "Die Kunst der Fuge"; Vera Schwaz (Cembalo), René Clemencic (Orgel), Bernhard Klebel (Oboe), Gottfried Hechtl (Querflöte), Eduard Melkus (Barockgeige), Capella Academica Wien, Leitung Josef Mertin

./.

Mittwoch, 8. Dezember:

15.00 Uhr, Konzerthaus, Großer Saal: "Stars von heute" - Chris Barber and his Oldtime Jazzband, London

19.30 Uhr, Konzerthaus, Mozartsaal: Liechtenthaler Männergesangverein: Festkonzert

19.30 Uhr, Palais Schwarzenberg, Kuppel-Saal: Ensemble "Concentus musicus": "Konzertante Barockmusik auf Originalinstrumenten" (Wiederholung vom 6. Dezember)

19.30 Uhr, Gesang für Musik, 1, Hanuschgasse 3, Vortragssaal: Gesellschaft für Musik: Assmann-Quartett, Frankfurt (Berg: Lyrische Suite; Schönberg: Streichquartett Nr. 4 op. 37)

Donnerstag, 9. Dezember:

18.30 Uhr, Musikakademie, Vortragssaal: Akademie für Musik u.d.K.: Violinabend der Klasse Lukas David (Mozart, Pugnani-Kreisler, Bartók, Prokofieff, Chausson)

19.30 Uhr, Musikverein, Brahmssaal: Assmann-Quartett, Frankfurt (Hindemith: Streichquartett f-moll op.10; Mozart: Streichquartett B-dur KV 159; Brahms: Streichquartett a-moll op. 51/2)

19.30 Uhr, Konzerthaus, Mozartsaal: Wiener Madrigalchor: Chorkonzert; mitwirkend Capella Acadmeica Wien, Dr. Hans Haselböck (Orgel), Dirigent Dr. Xaver Meyer (Buxtehude, Praetorius, Lechthaler, J.S.Bach)

19.30 Uhr, Konzerthaus, Schubertsaal: Musikalische Jugend Österreichs: 2. Konzert im Zyklus XIV "Salonmusik"; Ensemble "Les Menestrels" (Kalkbrenner, Alkan, Schwertsik, Landino, Machault, Wolkenstein)

19.30 Uhr, Musikhaus, Doblinger, Barocksaal: Musikverlag Doblinger: Wiener Bläserquintett, mitwirkend Wolfgang Wöss, Klavier (Takacs, Schollum, Jungk, P.W. Fürst)

Freitag, 10. Dezember:

18.30 Uhr, Musikakademie, Vortragssaal: Akademie für Musik u.d.K.: Klavierabend der Klasse Dieter Weber (Bach, Haydn, Beethoven, Schumann, Chopin)

19.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal: Österreichischer Gewerkschaftsbund: Voraufführung des 2. Konzertes im Wagner-Bruckner-Zyklus der GdM; Tonkünstlerorchester, Walter Berry (Bariton), Dirigent Heinz Wallberg (Wagner, Bruckner)

19.30 Uhr, Musikverein, Brahmssaal: Klavierabend Leonora Suppan (Beethoven, Schumann, Debussy, Chopin)

./.

19.30 Uhr, Konzerthaus, Großer Saal: Wiener Konzerthausgesellschaft: 2. Konzert im Zyklus II (2. Konzert im Zyklus I des Österreichischen Rundfunks; 2. Konzert im Zyklus VII der Musikalischen Jugend); Chor und Orchester von Radio Wien, Hans Christian (Sprecher), Dirigent Dr. Friedrich Cerha (J.S.Bach: Sechsstimmiges Ricercare aus dem "Musikalischen Opfer"; Bach-Webern: Fuga aus dem "Musikalischen Opfer"; Webern: Passacaglia op.1; Ligeti: "Apparations" für Orchester; Schönberg: Kantate "Ein Überlebender aus Warschau")

19.00 Uhr, Konservatorium, Konzertsaal: Konservatorium der Stadt Wien: Klavierübungsabend (Ober- und Ausbildungsstufe)

Samstag, 11. Dezember:

15.00 Uhr, Konzerthaus, Großer Saal: Musikalische Jugend Österreichs: Konzert im Jazz-Zyklus (vorverlegt vom 14. Dezember); "Stars von heute" - Chris Barber and his Oldtime Jazzband, London

16.00 Uhr, Musikverein, Großer Saal: Volksbildungskreis: 2. Konzert im Zyklus "Musik der Meister"; Wiener Symphoniker, Ernst Mühlbacher (Horn), Dirigent Kurt Wöss (Wagner: Ouverture zu "Tannhäuser"; R.Strauss: 1. Hornkonzert; Bruckner: 7. Symphonie)

19.00 Uhr, Konzerthaus, Mozartsaal: Bachgemeinde Wien: J.S.Bach "Weihnachtsoratorium"; Solisten, Chor und Orchester der Bachgemeinde, Dirigent Julius Peter

19.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal: Musikalische Jugend Österreichs: 2. Konzert im Zyklus IV (Voraufführung des 2. Konzertes im Wagner-Bruckner-Zyklus der GdM); Tonkünstlerorchester, Walter Berry (Bariton), Dirigent Heinz Wallberg

19.30 Uhr, Konzerthaus, Großer Saal: Wiener Schubertbund: Chorkonzert

Sonntag, 12. Dezember:

11.00 Uhr, Radio Wien, Großer Sendesaal: Österreichischer Rundfunk-Radio Wien: 2. Konzert im Zyklus II; Wiener Symphoniker, Ricardo Odnoposoff (Violine), Dirigent Kurt Wöss (Hartzell: Two Pieces for Orchestra; Prokofieff: 1. Konzert für Violine und Orchester D-dur op.19; Brahms: 3. Symphonie F-dur op.90)

./.

15.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal: Wiener Kulturgesellschaft: 2. Abonnementkonzert; Orchester und Chor der Wiener Kulturgesellschaft, Michiko Nozaki und Vera Berzsenyi (Sopran), Wolfgang Siecz (Tenor), Franco Fisch (Violine), Catherine Dalban (Klavier), Dirigent Josef Maria Müller (Mendelssohn: "Lobgesang", Konzert für Violine, Klavier und Orchester; Bruckner: 4. Symphonie)

19.00 Uhr, Konzerthaus, Mozartsaal: Bachgemeinde Wien: J.S.Bach "Weihnachtsoratorium", Dirigent Julius Peter (Wiederholung vom 11. Dezember)

19.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal: Gesellschaft der Musikfreunde: 2. Konzert im Wagner-Bruckner-Zyklus; Niederösterreichisches Tonkünstlerorchester, Walter Berry (Bariton), Dirigent Heinz Wallberg (Wagner: Vorspiel, Flieder-Monolog und Wahn-Monolog aus "Die Meistersinger von Nürnberg"; Bruckner: 2. Symphonie c-moll)

19.30 Uhr, Musikverein, Brahmssaal: Klavierabend Helmut Ottner: (Bach: Italienisches Konzert; Brahms: Sonate op.12; Scriabine; Etuden op.8; Strawinsky: Petruschka)

20.00 Uhr, Palais Schwarzenberg, Kuppelsaal: Ensemble "Musica da camera"; "Barockmusik auf barocken Instrumenten"; mitwirkend Annelies Hückl, Sopran (Werke von Veracini)

\- - -

Sitzung einer Wiener Bezirksvertretung in dieser Woche

2. Dezember (RK) In dieser Woche findet folgende Sitzung einer Wiener Bezirksvertretung statt:

Freitag, 3. Dezember:

19.30 Uhr, Bezirksvorstehung Währing, Martinstraße 100/2.

\- - -

Angelobung eines Bezirksrates

2. Dezember (RK) Gestern wurde von Stadtrat Sigmund in Vertretung des Bürgermeisters im Rathaus Ing. Leopold Vyslouzil (19. Bezirk) als neu berufener Bezirksrat angelobt. Senatsrat Dr. Schütz verlas die Gelöbnisformel. Der neue Bezirksrat leistete Stadtrat Sigmund mit Handschlag das Gelöbnis.

\- - -

Historisches Museum der Stadt Wien am Karlsplatz

Führungen im Dezember

2. Dezember (RK)

So	5. Dezember	10.00 bis 11 Uhr	Die Türkenbelagerungen (Dr. Hummelberger)
		11.00 bis 12 Uhr	Das Standlager Vindobona (Dr. Neumann)
So	12. Dezember	9.30 bis 11 Uhr	Wien im Biedermeier (Dr. Bisanz)
		11.00 bis 12 Uhr	Die Zivilstadt Vindobona (Dr. Neumann)
So	19. Dezember	9.30 bis 11 Uhr	19. und 20. Jahrhundert (Dr. Bisanz)
		11.00 bis 12 Uhr	Vindobona in der Spätantike (Dr. Neumann)
So	26. Dezember	9.30 bis 11 Uhr	Mittelalter und Neuzeit (Dr. Pötschner)
		11.00 bis 12 Uhr	Die urgeschichtliche Besiedlung des Wiener Raumes (Dr. Neumann)

Für geschlossene Gruppen können auch andere Termine vereinbart werden. Telefonische Anmeldung unter der Nummer 42 804/741, Klappe 46. Die Führungen sind kostenlos, es wird der normale Eintrittspreis eingehoben.

\- - -

Ottakringer Ehepaar feiert Eiserne Hochzeit

2. Dezember (RK) Seit 65 Jahren sind Maria und Rudolf Plachy aus der Herbststraße in Ottakring ein Ehepaar: heute feiern sie ihre Eiserne Hochzeit. Zu diesem Anlaß hatten sich Stadtrat Hubert Pfoch und Bezirksvorsteher Ing. Hans Hobl in der Wohnung des Jubelpaares eingefunden, um im Namen des Bürgermeisters, der Stadtverwaltung und der Ottakringer Bevölkerung zu gratulieren. Der Stadtrat überreichte dem Ehepaar einen Glückwunschbrief des Bürgermeisters und einen rotweißen Nelkenstrauß, der Bezirksvorsteher stellte sich mit den Ehrengaben der Wiener Stadtverwaltung ein.

Drei gebürtige, urwüchsige Ottakringer fanden sich dann zu einem Plauscherl zusammen: Stadtrat, Bezirksvorsteher und Jubilar. Rudolf Plachy ist, wie er sagte, "am Ottakringer Grund gewachsen". Hier wurde er im Jahr 1873 geboren, ist also 93 Jahre alt und noch so rüstig, daß, wie Bezirksvorsteher Hobl bemerkte, begründete Aussicht besteht, daß er der erste männliche Ottakringer sein wird, der seinen 100. Geburtstag feiern kann. "Achtzehnhundertdreiundsiebzig", meditierte Wasserstadtrat Pfoch, "da wurde gerade die I. Wiener Hochquellenwasserleitung fertiggestellt". "Trotzdem hat sich mein Mann immer mehr an den Wein als an das Wasser gehalten", meinte Frau Plachy dazu schlagfertig. "Stimmt", schloß sich der Jubilar der Meinung seiner Gattin an, "und ich will nicht nur 100, sondern noch mehr Jahre alt werden". Frau Plachy, 1878 in Deutschschützen im Burgenland (damals Ungarn) geboren, lebt seit 1890 in Wien. Der Jubilar ist von Beruf Tischlermeister und hat bis zu seinem 77. Lebensjahr in diesem Beruf auch gearbeitet. Erst seine Erblindung zwang ihn dazu, aufzuhören. "Sonst tät ich auch heute noch arbeiten", sagte er stolz.

\- - -

Ärztlicher Direktor des Altersheimes Lainz in sein Amt eingeführt

2. Dezember (RK) Heute vormittag fand im Festsaal des städtischen Altersheimes Lainz die feierliche Amtseinführung des neuen ärztlichen Direktors dieser Anstalt Primararzt Dr. Viktor Samec statt.

Als Sprecher des Kollegiums der Primarärzte von Lainz konnte Professor Dr. Birkmair die Stadträte Bock und Dr. Glück, sowie leitende Beamte des Anstaltenamtes begrüßen. Professor Birkmair betonte in seinen einleitenden Worten, daß er es als eine sehr glückliche Lösung betrachte, wenn ein Primarius mit der ärztlichen Leitung einer Anstalt betraut werde und diese neben seiner Tätigkeit als Abteilungsleiter wahrnehme. Dadurch behält der ärztliche Direktor den notwendigen Kontakt mit der medizinischen Forschung, mit den Ärzten und mit den Patienten, der leicht verloren ginge, wenn er nur Verwaltungsaufgaben zu erfüllen hätte. Es habe sich bewährt, den medizinischen Direktor durch einen Verwalter von allen wirtschaftlichen Obliegenheiten zu entlasten.

In der Gemeinschaft der Primarärzte habe der Direktor gewissermaßen die Funktion eines Schiedsrichters zu erfüllen, von dem das "Publikum" erwarte, daß er zur richtigen Zeit "abpfeift" und gerechte Entscheidungen trifft.

Stadtrat Dr. Glück bezeichnete die Bestellung von Dr. Samec als eine glückliche Wahl und umriß dessen beruflichen Werdegang: Dr. Samec ist 1924 geboren, wurde im Jahre 1950 promoviert und ist seither in Lainz tätig. 1954 wurde er Assistent an der dortigen I. Medizinischen Abteilung. Im Jahre 1956 erhielt er seine Anerkennung als Facharzt für Innere Medizin. Im Dezember 1961 wurde er zum Vorstand der internen Abteilung des Altersheimes Lainz bestellt und im Jänner 1965, zusätzlich zu dieser Funktion, mit der einstweiligen ärztlichen Leitung der Anstalt betraut.

Stadtrat Dr. Glück umriß die großen Aufgaben, die auf den neuen Direktor des Altersheimes Lainz warten, das einen großen Modernisierungs-Nachholbedarf aufweist. Selbst der Name dieser Anstalt muß geändert werden, denn es ist längst kein "Altersheim" mehr, sondern ein "Geriatrisches Krankenhaus".

./.

Zukunftsaufgaben des Wiener Spitalswesens

Personalstadtrat Bock bezeichnete die Bestellung des neuen medizinischen Direktors als ein kleines "österreichisches Wunder", denn dadurch wurde ein Provisorium termingerecht in ein Definitivum umgewandelt, was hierzulande nicht eben selbstverständlich sei. Der Personalstadtrat erläuterte dann die Probleme, mit denen der neue Anstaltsleiter zu ringen haben werde: An erster Stelle steht das Personalproblem. Hier gilt es, die vorhandenen Kräfte durch Rationalisierung besser auszunützen. Alle Beteiligten müssen die gemeinderätliche Kommission zur Rationalisierung in den Spitälern nach Kräften unterstützen. Zweitens sollten die Pflegeberufe in ihrer gesellschaftlichen Geltung aufgewertet werden. An dritter Stelle nannte Stadtrat Bock die Nachwuchspolitik und schließlich das Problem der Heranziehung ausländischer Kräfte. Er wünschte dem neuen ärztlichen Direktor des Altersheimes Lainz entsprechenden Erfolg in seinem Tätigkeitsbereich und überreichte ihm das Ernennungsdekret.

Dr. Viktor Samec dankte für das ihm entgegengebrachte Vertrauen und sagte, er betrachte es als seine vordringlichsten Aufgaben, die finanziellen Mittel gerecht zu verteilen, die medizinische Forschung zu fördern und den Patienten eine optimale ärztliche Betreuung zu ermöglichen.

\- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

2. Dezember (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Inländischer Chinakohl 3.50 bis 5 S je Kilo, inländische Karotten 4 bis 6 S je Kilo, inländisches Weißkraut 2.50 bis 4 S je Kilo.

Obst: Inländische Äpfel Wirtschaftsware 4.50 bis 7 S je Kilo, inländische Äpfel Tafelware 6 bis 12 S je Kilo, inländische Birnen 6 bis 10 S je Kilo; Orangen sind bereits ab 4.80 S je Kilo erhältlich und kosten bis 10 S je Kilo.

\- - -

Gesellschaft zum Schutz psychisch Erkrankter gegründet

Konstituierende Versammlung von "Pro mente infirmis" im Rathaus

2. Dezember (RK) Heute vormittag fand in den Wappensälen des Wiener Rathauses in Anwesenheit von Bürgermeister Marek, der Stadträte Dr. Glück und Maria Jacobi sowie prominenter Vertreter der Religionsgemeinschaften, der Wiener Universität, des Sozialministeriums und anderer interessierter Körperschaften die konstituierende Versammlung der gemeinnützigen Vereinigung "Pro mente infirmis - Gesellschaft zum Schutz geistig Behinderter" statt.

In seiner Begrüßungsansprache sagte Bürgermeister Bruno Marek:

"Wir haben uns hier zusammengefunden, um eine Organisation ins Leben zu rufen, die sich mit dem traurigen Los der geistig Behinderten in Wien befassen und es nach besten Kräften zu lindern bemüht sein soll. Es gibt kaum einen Menschen, der nicht ergriffen ist, wenn er einem Mitmenschen gegenübersteht, der nicht so wie er selbst am Leben teilhaben kann, der einer Belastung unterworfen ist, die für sich allein schon eine Qual sein kann und die umso schwerer zu ertragen ist, weil die Umwelt seit jeher mit schlecht verhehlter Abneigung und Abscheu darauf zu reagieren pflegt. Der Mensch unserer Zeit ist so vielen Einflüssen unserer technisierten Lebensführung ausgesetzt, daß es nur zu verwundern ist, daß der Prozentsatz der geistig dadurch Beeinträchtigten nicht noch größer ist. Spannungszustände und Sorgen der verschiedensten Art wirken sich im Verein mit der ungünstigen persönlichen Disposition in vielen Fällen höchst nachteilig aus, der Mensch kann einfach nicht mehr weiter und wenn dem Patienten nicht Hilfe durch die moderne Psychiatrie geboten wird, können die Folgen verheerend sein. Gerade aber diejenigen, die solche Hilfe am dringendsten benötigen, sind am wenigsten in der Lage, den richtigen Weg dazu zu finden. Es ist daher die Aufgabe der Ge-

./.

sellschaft und der Allgemeinheit, wie sie in ihrer demokratischen Form in der Gemeindeverwaltung dargestellt wird, aus dieser Schwierigkeit einen Ausweg zu finden und aktiv dabei mitzuhelfen, neue Wege der Betreuung zu begehen.

Gestatten Sie mir, Ihnen herzlichst für Ihre Bereitschaft zu danken, an diesem Vorhaben mitzuwirken, das ebensosehr medizinischen wie karitativen Charakter trägt. Der hohe wissenschaftliche Rang Ihrer Persönlichkeiten, Ihr Ansehen und Ihre menschliche Erfahrung sind die beste Gewähr dafür, daß dieses Projekt unter den besten Voraussetzungen seinen Anfang nimmt. Die Idee der länderweisen Organisation heiße ich als Politiker besonders gut, weil sie die beste Möglichkeit bietet, auf die jeweiligen Gegebenheiten entsprechend einzugehen und ein Maximum an Wirkung zu erzielen. Ich bitte Sie, sich voll und ganz einzusetzen, um die gemeinnützige Gesellschaft "Pro mente infirmis" zu einer wirkungsvollen Organisation zu gestalten, die den großen ärztlichen und karitativen Traditionen unserer Heimatstadt Wien würdig ist! Das Bundesland Wien und die Wiener Gemeindeverwaltung werden im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten mit gutem Beispiel vorangehen und ich hoffe mit Ihnen auf eine ebenso gedeihliche wie erfolgreiche Zusammenarbeit im Interesse unserer geistig behinderten Mitbürger!"

Stadtrat Dr. Otto Glück führte aus:

"Die Gründung der Gesellschaft "Pro mente infirmis" ist, glaube ich sagen zu dürfen, eine unbedingte soziale Notwendigkeit. Als Stadtrat für das Gesundheitswesen bin ich sehr froh, daß dieses so wichtige Ereignis für die Konstituierung dieser Gesellschaft heute auch in unserer Bundeshauptstadt stattfindet.

Ich möchte vor allem gleich jenen von ganzem Herzen danken, deren unermüdliche und meistens unbedankte Arbeit es ermöglicht hat, daß diese Gesellschaft nun in Wien ins Leben gerufen wird.

Die moderne Psychiatrie hat gerade in den letzten Jahrzehnten eine rasante Entwicklung durchgemacht, eine Entwicklung, die die Gesellsch ft nur sehr zögernd, oder überhaupt nicht zur Kenntnis nimmt. Die Dauerpflege von Geisteskranken, wie wir es von früher her gewohnt waren, spielt heute

./.

eine verschwindend geringe Rolle, gegenüber der Gruppe derer, für die die Station, daß heißt die stationäre Behandlung nur eine zeitlich sehr umschriebene Phase ihrer Behandlung darstellt. Die jährliche Entlassungsquote der Wiener psychiatrischen Abteilungen ist mehr als dreimal so groß, wie der gesamte Bettenstand.

Der Dauererfolg der Behandlung wird nun wesentlich mehr durch soziale Faktoren beeinflußt als früher, also durch die Art wie zum Beispiel der Genesende von seiner Familie und seiner Umwelt aufgenommen und empfangen wird.

Auch das Versicherungsrecht des ASVG scheint diese Entwicklung zu übergehen. Das derzeitige Gesetz entbindet die Versicherung von entsprechenden Zahlungen, sodaß viele Kranke bei der Entlassung statt einer Ermutigung, eine entmutigende Rechnung über ihre Spitalskosten erhalten.

Dieser Umstand hält sie oft davon ab, zeitgerecht und freiwillig die nötige Spitalsbehandlung in Anspruch zu nehmen. Ich bin überzeugt, daß vieles bei diesen Kranken zu verhindern ist, wenn der Weg ins Krankenhaus nicht finanziell belastet wäre und darum sich oft ganz wesentlich verzögert.

Österreich hat leider von allen Kulturstaaten der westlichen Welt den höchsten Prozentsatz an Zwangsaufnahmen. Alles was nun die moderne Entwicklung im Kampf gegen die Geisteskrankheit fördert, verdient deshalb unbedingte Unterstützung. Pro mente infirmis ist nun ein Beispiel einer solchen Gemeinschaft. Es ist auch gelungen, die Ärzteschaft zur tätigen Mitarbeit zu gewinnen. Dadurch ist gesichert, daß die angestrebte Hilfe sich realistisch den Erfordernissen anpaßt.

Die Aufgaben, die sich die Gesellschaft "Pro mente infirmis" gestellt hat, sind ungeheuer groß. Die Aufklärung und Richtigstellung von uralten Vorurteilen und das Abbauen von Mißverständnissen müssen endlich in viel größerem Umfang durchgeführt werden. "Pro mente infirmis" will sich hier einschalten, will mithelfen, daß die Gesellschaft nicht an der Not eines großen Teils unserer Mitbürger vorbeilebt und vollkommen falschen Vorstellungen huldigt. ./.

Bedenken Sie die schwierige Situation der Familien, jener 160.000, die schätzungsweise in unserer Stadt in irgendeiner Weise durch eine geistige Krise gegangen sind. Hier aufzuklären ist nicht nur eine ethische und kulturelle Verpflichtung, sondern eine psychohygienische Tat ersten Ranges am Volk. Nicht Bemitleiden, Anteilnehmen und Zusammenhelfen ist eine Devise modernen Denkens und deshalb wünsche ich der Gesellschaft "Pro mente infirmis" viel Erfolg bei der Erreichung ihrer Ziele."

In der darauffolgenden Wahl wurde Professor Dr. Hans Hoff zum Präsidenten, der Dekan der evangelisch-theologischen Fakultät Dr. Wilhelm Dantine zum Obmann und der Sektionschef im Sozialministerium Dr. Schindl zum stellvertretenden Obmann der Gesellschaft gewählt. In den Vorstand wurden namhafte österreichische Mediziner, Gelehrte und Künstler berufen.

\- - -

2. Welttagung über "Stadterneuerung" in Wien

2. Dezember (RK) Heute mittag fand in den Wappensälen des Rathauses ein Empfang der Wiener Stadtverwaltung für die Teilnehmer an der 2. Welttagung des ständigen Ausschusses "Stadterneuerung und Stadtplanung" des Internationalen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung statt. Im Namen des Bürgermeisters und der Stadtverwaltung hieß Baustadtrat Kurt Heller die Gäste herzlich willkommen. Seitens der Stadt Wien nahmen an dem Empfang auch die Stadträte Pfoch und Dr. Prutscher sowie Stadtbaudirektor Dipl.Ing. Dr. Koller teil. Im Namen der Tagungsteilnehmer dankte der Stellvertretende Vorsitzende des ständigen Ausschusses, M. Langlet, für den Empfang.

Die Welttagung "Stadterneuerung", die vom 1. bis 3. Dezember im Wiener Rathaus abgehalten wird, begann gestern mit einem Bericht von M. Langlet über die Tätigkeit und Organisation des Ausschusses. Ferner sprachen A. Solow, der Sekretär des ständigen Ausschusses, und Architekt Georg Conditt, der Leiter der Magistratsabteilung 18 (Stadt- und Landesplanung) und Sekretär des Ausschusses "Europa". Heute vormittag besichtigten die Tagungsteilnehmer die aus Anlaß der Konferenz eingerichtete Ausstellung "Stadterneuerung in Wien" in der Volkshalle des Rathauses und nahmen an einer Rundfahrt durch die Erneuerungsgebiete am Stadtrand Wiens teil. Am Nachmittag fanden Sitzungen der Arbeitsgruppen "Bodenbeschaffung für Zwecke der Stadterneuerung" und "Innerstädtischer Verkehr und Stadterneuerung" statt. Morgen wird die Welttagung mit Berichten über die Tätigkeit dieser beiden Arbeitsgruppen und einer Schlußansprache des Vorsitzenden M. Langlet abgeschlossen.

\- - -

Bessere öffentliche Verkehrsmittel für Liesing

2.Dezember (RK) In der heutigen Sitzung des Bauausschusses des Wiener Gemeinderates berichtete Stadtbaudirektor Dr. Koller über die Bemühungen der Stadt Wien, für die Bewohner des Liesinger Industriegebietes bessere Verkehrsverhältnisse zu schaffen.

Das Industriegebiet Liesing wird derzeit durch die Autobuslinien 64 und 64 a erschlossen und darüber hinaus wird die Schnellbahn in den Spitzenverkehrszeiten bis Liesing geführt. Da jedoch erwartet wird, daß sich in den unverbauten Gebieten im Süden der Stadt weitere Industriebetriebe ansiedeln werden, wurden bereits umfangreiche Planungen in Angriff genommen, um auch steigenden Frequenzen der Massenverkehrsmittel gerecht werden zu können.

In Zusammenarbeit mit den Österreichischen Bundesbahnen wurden im Rahmen einer Vorstudie die Möglichkeit untersucht, durch eine Verlegung der Badner Bahn auf eine Trasse westlich des Schöpfwerkes und am Steinsee vorbei, dieses Massenverkehrsmittel an das Liesinger Industriegebiet heranzuführen. Es wurde auch bereits die Lage der einzelnen Haltestellen festgelegt, und zwar so, daß sie sowohl den Bedürfnis der in den dortigen Betrieben Beschäftigten, als auch der Wohnbevölkerung entgegenkommt.

Die Österreichischen Bundesbahnen planen ferner, die Fernverkehr-Gleise der Südbahn so zu verlegen, daß sie über die Pottendorfer Linie führen und dann die derzeitige Südbahntrasse - vom Fernverkehr entlastet - auch für den Schnellbahnverkehr verwendet werden kann. Zur Verwirklichung dieses aussichtsreichen Projektes bedarf es jedoch noch verschiedener Verhandlungen zwischen dem Bund und den Ländern Wien und Niederösterreich über die finanzielle Seite des Planes. Im Zuge dieser Verhandlungen soll auch die Frage der Stadtbahnverlängerung geklärt werden.

\- - -

Geehrte Redaktion!

Wir erinnern daran, daß Bürgermeister Marek morgen Freitag, den 3. Dezember, um 10 Uhr im Fähnrichshof im 1. Bezirk das restaurierte Blutgassen-Viertel eröffnen wird. Vorher, um 8.45 Uhr, findet eine Pressеführung statt. Treffpunkt: Domstüberl, 1, Singerstraße 11 a.

\- - -

Ausbau der Ketzergasse und der Umfahrungsstraße "Hirschstetten"

2. Dezember (RK) Der Bauausschuß des Wiener Gemeinderates genehmigte heute die Kosten in Höhe von 4,8 Millionen Schilling (Baurate für 1965: 500.000 Schilling) für den geplanten Ausbau der Ketzergasse von der Brunner Straße bis zur Perchtoldsdorfer Straße im 23. Bezirk.

Die im Zuge der geplanten Ausbauarbeiten vorgesehene Unterführung der Südbahn ist bereits fertiggestellt, so daß nunmehr mit den Straßenbauarbeiten begonnen werden kann. Die Ketzergasse bildet von der Brunner Straße bis zur Perchtoldsdorfer Straße die Grenze gegen Perchtoldsdorf. Nach langen Verhandlungen ist es nunmehr gelungen, mit dem Land Niederösterreich Vereinbarungen über die Finanzierung der Straßenbauarbeiten zu treffen. Demnach wird Niederösterreich für die Gemeinde Perchtoldsdorf einen Kostenbeitrag von 1,9 Millionen Schilling leisten, die Gemeinde Perchtoldsdorf selbst stellt 175.000 Schilling für die Baumpflanzungen und für die öffentliche Beleuchtung zur Verfügung.

Gleichzeitig mit dem Ausbau der Ketzergasse, durch den eine zügige West-Ost-Straßenverbindung im Industriegebiet Liesing hergestellt werden soll, will man auch die unmittelbar anschließenden Straßen im Bereich der im Bau befindlichen städtischen Wohnhausanlagen auf den sogenannten Hanreichgründen ausbauen. Diese Wohnhausanlagen werden bereits im nächsten Jahr fertiggestellt sein. Das gesamte Straßenbauprojekt wird noch dem Stadtsenat und dem Gemeinderat zur endgültigen Beschlußfassung vorgelegt werden.

./.

In seiner heutigen Sitzung genehmigte der Bauausschuß ferner grundsätzlich den straßenmäßigen Ausbau der Umfahrungsstraße "Hirschstetten" im 22. Bezirk im Bereich zwischen der Ostbahnunterführung und der Spargelfeldstraße. Da für dieses Bauvorhaben umfangreiche Grunderwerbungen und Freimachungen notwendig sind, die sicherlich längere Zeit dauern werden, musste schon jetzt die grundsätzliche Genehmigung beantragt werden. Über die Kostenfrage wird der Bauausschuß zu einem späteren Zeitpunkt einen Beschluß fassen.

Neue Fußgängerunterführung am Praterstern

Nicht nur mit den Fahrzeugen, sondern auch mit den Fußgängern beschäftigte sich der Bauausschuß in seiner heutigen Sitzung: er genehmigte den Bau einer neuen Fußgängerunterführung am Praterstern. Diese Unterführung soll von der Endstation der Linie E_2 unter den Kreisverkehr hindurchführen und die Fußgänger gefahrlos in das Zentrum zur Schnellbahnstation bringen. Die Unterführung wird (einschließlich der beiden Stiegenabgänge) 80,8 Meter lang, 4 Meter breit und 2,60 Meter hoch sein. An den Tunnelwänden sind Nischen für Plakatwände vorgesehen. Die Baukosten betragen 5,3 Millionen Schilling (Rate für 1965: 1,5 Millionen Schilling). Mit den Bauarbeiten soll noch im Dezember begonnen werden.

\- - -

Rindernachmarkt vom 2. Dezember

2. Dezember (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 0. Neuzufuhren Inland: 5 Stiere, 16 Kühe, 12 Kalbinnen, Summe 33. Gesamtauftrieb dasselbe. Verkauft wurde alles.

Marktverkehr ruhig, Hauptmarktpreise.

Auslandsschlachthof: Inland 3 Rinder, Ausland: 7 Rinder aus Ungarn.

\- - -

Schweinenachmarkt vom 2. Dezember

2. Dezember (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 0. Neuzufuhren Inland: 121 Stück, Polen 116, verkauft zu 13.50 bis 13.80 S. Gesamtauftrieb 237 Stück, verkauft wurde alles. Industrieware Polen 414 Stück. Auslandsschlachthof: Inland 31 Stück, Industrieware Polen 58 Stück.

\- - -

Pferdenachmarkt vom 2. Dezember

2. Dezember (RK) Inland kein Auftrieb.

Auslandsschlachthof: unverkauft vom Vormarkt 103 Eseln aus der UdSSR, verkauft zu 7 S.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Was allen Wienern am Herzen liegt: Alt-Wien bleibt erhalten!

Feierliche Eröffnung des "Blutgassenviertels" hinter dem Stephansdom

3. Dezember (RK) Heute vormittag übergab Bürgermeister Bruno Marek das über Initiative der Stadt Wien sanierte Altstadt-Viertel, 1, Singerstraße-Blutgasse offiziell seiner Bestimmung. In seiner Eröffnungsansprache sagte er:

"Es ist ein eigenartiges Gefühl, einen Bau zu eröffnen, dessen Grundmauern schon vor einem halben Jahrtausend standen. Und ebenso eigenartig ist der Gegensatz zwischen den Hochhäusern unserer Gegenwart als Zeugnisse einer blitzschnell vorwärtsschreitenden Technik und den ehrwürdig, auf kleinem Raum aneinandergedrängten Wohnbauten unserer Vorfahren. Allerdings gibt es auch hier einen sinnvollen Zusammenhang. Als das Viertel um die Blutgasse und der Fähnrichshof entstanden, da liefen die Stadtmauern noch entlang der Singerstraße und innerhalb des kleinen zur Verfügung stehenden Raumes mußten die gotischen Hauser schmalfrontig in die Höhe streben um vermittels 'der Architecture zu profitieren' und 'vier, fünf und sechs Stockwerke aufeinandersetzen', wie es in einem alten städtebaulichen Kommentar heißt. Auch heute müssen unsere modernen Techniker von der 'Architecture' profitieren und '20 und 25 Stockwerke aufeinandersetzen', weil wir am gleichen Baugrundmangel leiden, wie das gotische Wien und das dringend benötigte Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetz immer noch fehlt.

Mit der finanziellen Unterstützung, die die Stadt Wien geleistet hat, indem sie der 'Ekazent' die Ablösesummen und den Baugrund zur Verfügung gestellt hat, nahm die Stadt Wien

./.

eine der vielen Aufgaben, die heute vor den Städtebauern stehen, in Angriff: die Erhaltung des Stadtbildes.

Wir wissen alle, wie sehr den Wienern die schönen und ehrwürdigen Zeugnisse vergangener Baukunst am Herzen liegen und wie leidenschaftlich die Öffentlichkeit Anteil nimmt, wenn eines dieser Zeugnisse bedroht ist. Mit vollem Recht! Unsere organisch gewachsene Wienerstadt soll nicht ihr Gesicht verlieren und allein aus Zweckmäßigkeitsgründen eine Anhäufung von Glas- und Betonblöcken werden. Wir wissen, wie auch andere Städte liebevoll den Rest ihres alten Stadtkernes pflegen und sogar vollkommen kriegszerstörte Viertel in ihrer alten Form wiederherstellen. Das geschieht keineswegs nur wegen des Fremdenverkehrs oder der Attraktion, sondern weil der Bürger selbst aus der Geschichte seiner Stadt das Bewußtsein der großen Vergangenheit gewinnen und sich an der Schönheit des einmal Geschaffenen erfreuen will.

Ein Stadtteil mit großer Vergangenheit

Und gerade hier im Blutgassenviertel wird die Vergangenheit unserer Stadt lebendig. In unmittelbarer Nähe des Stephansdomes, begrenzt durch Blutgasse, Singerstraße, Grünangergasse und Domgasse hat sich hier eine Fülle von historischen Erinnerungen angesammelt. Die Häuser in der Singerstraße, wohl erst 1550 urkundlich erwähnt, aber bereits 1276 als Sünchringerstraße, nach den Webern und Färbern genannt, die längst der Stadtmauer hinlief und in den "Plutgesslein" (früher Kothgessl) 1542 erwähnt, haben lange schon früher bestanden. In den ältesten Häuserchroniken scheinen sie schon als bekannt auf, obwohl man ihr genaues Alter gar nicht feststellen kann.

Das Haus Blutgasse 3 (das Pawlatschenhaus) muß mindestens 1414 schon bestanden haben, denn es wird zu diesem Zeitpunkt als Stiftungshaus von St. Stephan genannt. In diesem Hause lebte ab 1812 der Komponist Wenzel Müller, der uns die unvergänglichen Lieder zu Raimunds Stücken 'Brüderlein fein' und 'So leb denn wohl du stilles Haus' geschenkt hat. Das Haus gehörte damals einer Gräfin Leopoldine Unverzagt, die es auch aufstocken ließ.

./.

In einer Wohnung um uns, wo wir hier stehen, ist das 'stille Haus' zum erstenmal am Klavier des Komponisten erklungen. Aber nichts kann uns so sehr an die Stimmung der Altwiener Häuser erinnern, wie die 'Pawlatschen' - jahrhundertlang ein Charakteristikum des Wiener Wohnhauses - die hier von unseren modernen Architekten stilgetreu erneuert wurde.

Das Haus Blutgasse 5, der Fähnrichshof, in dem wir uns befinden, war ursprünglich ein ganzer Komplex von Häusern, die sich rings um den Hof gruppierten. Hier sollen die Wiener Tempelherren erschlagen worden sein und ihre Geister, die im Grabe keine Ruhe fanden, sollen noch ein halbes Jahrtausend später hier gespukt haben. Nach dem Blutbad an den Tempelherren soll auch die Blutgasse ihren Namen erhalten haben. Wenn diese Legende auch sicher nicht stimmt, denn die Templer besaßen in Wien gar keine Niederlassung, so zeigt sie doch, wie die Wiener an jenem grausigen Geschehen in ganz Europa Anteil nahmen und sich noch nach Jahrhunderten daran erinnerten.

Am 17. Juni 1753 brannte ein Teil des Fähnrichshofes zusammen mit den Häusern Singerstraße 9, 11 a-c ab. Diese Häuser stellten die Prälatur der Clarissinnen der Nikolaikirche dar, welche schon seit 1226 bestand und ebenfalls einen großen Komplex bildete. Viele Jahrhunderte lang auch eine Wallfahrtskirche, wurde sie nach der Säkularisierung durch Joseph II. im Jahre 1785 abgetragen. Dieser abgebrannte Teil des Fähnrichshofes und die Prälatur wurden wieder aufgebaut und 1801 neuerlich adaptiert. Der Name des Fähnrichshofes selbst wird wohl daher kommen, daß sich eine der vier Wiener Bürgerkompanien hier mit ihrer Fahne zu versammeln pflegte.

Das Schicksal des Hauses Nikolaigasse 1 schließlich ist besonders traurig. Es war ursprünglich ein Bestandteil des Nikolaiklosters, und in seiner letzten Gestalt im Jahre 1785 erbaut worden. Am 8. April 1945 fiel es einem Bombenteppich, der den ganzen Komplex abdeckte, zum Opfer.

Wenn Sie die nähere Umgebung des Blutgassenviertels durchwandern, werden Ihnen zahlreiche Gedenktafeln auffallen. Der große Humanist Cuspinianus hat sich in der Singerstraße ein Haus erbaut. Singerstraße 7 wohnte der Barockdichter Ayrenhoff, im gleichen Haus im Jahre 1781 Mozart und in den Jahren 1863-1865 Johannes Brahms.

./.

Am Haus Singerstraße 9 erinnert eine Tafel an das erste von Kolschitzky gegründete Wiener Kaffeehaus, Singerstraße 18 wohnten die Schwestern Fröhlich und Blutgasse 1 der berühmte Barockbaumeister Allio, von dem der barocke Teil des Stiftes Klosterneuburg und die Salesianerkirche stammt. Die große kulturelle Tradition, die sich in diesen Straßenund Häusern angesammelt hat, wird sich vielleicht auch hier in unserem neuen Fähnrichshof fortsetzen.

Die Geschichte des Ringens um die Erhaltung dieses Stadtviertels ist ja ein Spiegelbild der Baugesinnung. Es war schon einmal in Gefahr, abgerissen zu werden, als 1886 eine 'Centralstation für elektrische Beleuchtung' und dann 1891 die 'Allgemeine Österreichische Elektrizitätsgesellschaften' hier ein vierstöckiges Haus bauen wollten. Einige der Häuser waren schon seit einigen Jahrzehnten im Besitz der Stadt Wien und schon 1954 begannen die Überlegungen, wie dieses Viertel eine moderne Gestalt erhalten könnte. Seit 1960 waren die Architekten Euler und Turner an der Arbeit, die Pläne zur Umgestaltung zu verfassen, nachdem der Plan fallengelassen worden war, hier einen modernen Bezirksteil in der City zu schaffen.

Seit 1962 hat die Ekazent mit dem Umbau begonnen und nun können wir heute das erste bedeutende Beispiel einer Sanierung historischer Wohnbauten zeigen."

Alte Bauten bedürfen neuer Inhalte

Nach dem Bürgermeister ergriff Baustadtrat Kurt Heller das Wort. Er sagte:

"Es ist ohne Zweifel mehr als ein glücklicher Zufall, daß sich in dieser Woche in Wien im Zusammenhang mit der Stadterneuerung einige Ereignisse zu gleicher Zeit abspielen. In diesen Stunden tagt im Wiener Rathaus das aus vielen Ländern der Erde beschickte Stadterneuerungskomitee des Internationalen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung; vor wenigen Tagen hat der Herr Bürgermeister in der Volkshalle des Wiener Rathauses die Ausstellung 'Stadterneuerung' eröffnet und heute stehen wir hier, um ein praktisches Beispiel dieser Stadterneuerung zu sehen und das sanierte Altstadtgebiet 'Blutgasse' seiner Bestimmung zu übergeben. Diese Tatsachen sind ein Symbol dafür, wie ernst

./.

es uns mit unseren Bestrebungen zur Stadterneuerung ist.

Anläßlich der Beratungen des Internationalen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung hat der Vertreter einer bedeutenden europäischen Stadt die Frage aufgeworfen, ob unsere Städte eine generelle Stadterneuerung überleben werden. Der Vertreter Wiens hat auf diese Frage mit einer Gegenfrage geantwortet, nämlich mit der Frage, ob unsere Städte in Zukunft werden weiterleben können, wenn sie nicht von Grund auf erneuert werden. Damit ist aber die Haltung Wiens zur Frage der Stadterneuerung klar umrissen. Wir sind der Auffassung, daß bei Wahrung des Stadtbildes, das heißt bei Wahrung baukünstlerisch und historisch wertvoller Stadtteile und vor allem bei Erhaltung der Atmosphäre unserer Stadt eine Erneuerung Platz greifen muß und ich glaube, daß gerade die Sanierung des Blutgassenviertels ein gutes Beispiel für eine solche innerstädtische Erneuerung darstellt.

Der Wiener Gemeinderat hat im Jahre 1961 einen Grundsatzbeschluß für die weitere Entwicklung unserer Stadt gefaßt und dabei auch die Erhaltung des historisch wertvollen Stadtbildes gefordert. Nun kann aber die Erhaltung historisch oder baukünstlerisch wertvoller Bauwerke auf die Dauer nur dann von Erfolg gekrönt sein, wenn es gelingt, alten Bauten neue Inhalte zu geben, ihnen neue Funktionen zu verleihen. Es wäre völlig verfehlt und keine Stadt der Welt könnte es sich leisten, ihre historische Innenstadt zu einem Museum zu machen.

Bereits im Jahre 1956 hat daher die Wiener Stadtverwaltung einen Ideenwettbewerb für das Blutgassenviertel, umgrenzt von den Straßenzügen Singerstraße-Blutgasse-Domgasse-Grünangergasse, ausgeschrieben, der ein überaus interessantes Ergebnis gebracht hat. Die Ziele dieses Wettbewerbes waren die Wiederbesiedlung des Blutgassenviertels durch die Schaffung von Wohnungen und Geschäftslokalen zu ermöglichen, die den heutigen Anforderungen in jeder Hinsicht entsprechen, trotz weitgehender Entrümpelung den Altbestand möglichst zu erhalten und unter Berücksichtigung denkmalpflegerischer Wünsche das Neue dem Alten einzufügen, die Anlage einer Fußgängerpassage durch das Pawlatschen-Haus, vorläufig von der Blutgasse bis in die

./.

Grünangergasse und die Abzonung der gegen die Nikolaigasse gelegenen Häuser, um einerseits den Blick von der Grünangergasse auf den Stephansturm freizumachen und andererseits einen günstigen Lichteinfall im sogenannten Fähnrichshof zu bewirken.

Den ersten Preis bei diesem Wettbewerb hat das bekannte Wiener Architektenteam Theiss-Jaksch erhalten.

Nach einigen Versuchen, die Umgestaltung dieses Gebietes gemeinsam mit den damaligen Grundeigentümern durchzuführen - diese Versuche sind leider gescheitert - und nach sehr schwierigen Vorbereitungsarbeiten in rechtlicher und technischer Hinsicht wurde im Jahre 1961 beschlossen, die Arbeiten in Zusammenarbeit mit der Ekazent in Angriff zu nehmen. Es war dabei daran gedacht, diesen Versuch als Modellfall für die Sanierung größerer Teile des Stadtkernes zu betrachten, und zwar mit dem Ziele, abgewohnte Verfallsgebiete mit all ihren Gefahren des weiteren Verfalls, der Entwertung und der Ansteckung angrenzender Stadtteile mit neuem Leben zu erfüllen.

Ohne die Verdienste aller an diesem Projekt Beteiligten schmälern zu wollen, möchte ich doch heute eines Mannes gedenken, der entscheidend zum Gelingen dieses für Wien neuartigen Werkes beigetragen hat. Als ich den leider so früh verstorbenen Senatsrat Boeck beauftragte, die nötigen Voraussetzungen für dieses Bauvorhaben zu schaffen und sozusagen als Motor die Dinge in Gang zu halten, hat sich dieser ausgezeichnete Mitarbeiter mit dem ihm eigenen Temperament um die Lösung der vielfältigen Probleme bemüht, so daß schon nach verhältnismäßig kurzer Zeit mit dem Bau selbst begonnen werden konnte.

Was waren nicht alles für Hindernisse zu beseitigen. Einzelne Liegenschaften mußten angekauft werden, für verschiedene Altmieter waren neue Wohnungen bereitzustellen; auch die Mieter von Lokalen mußten befriedigt werden. Die Finanzierung der Aufschließung und der Abzonung hat große Probleme aufgeworfen. Aber in enger Zusammenarbeit mit der Ekazent, einem Bauträger, der die Garantie dafür gab, daß im Zusammenhang mit diesem Projekt keine Spekulationsgeschäfte durchgeführt wurden, konnte schließlich im Jahre 1962 mit dem Bau selbst begonnen werden.

./.

Es wurden insgesamt 29 wohnkulturell ganz ausgezeichnete Wohnungen geschaffen und elf Geschäftslokale errichtet.

Es ist mir ein aufrichtiges Bedürfnis, am heutigen Tage all jenen herzlichen Dank zu sagen, die sich um das Zustandekommen dieses Projektes verdient gemacht haben. Es sind das die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien mit ihrer Tochtergesellschaft Ekazent, die Architekten, die sich an dem seinerzeitigen Wettbewerb beteiligten und auch jene, die das Projekt letzten Endes entwarfen, das Wiener Stadtbauamt, die hier tätigen Firmen mit ihren Arbeitern und Angestellten und nicht zuletzt auch die künftigen Benützer der Wohnungen und Geschäftslokale, die durch ihre finanziellen Beiträge sehr wesentlich zum Gelingen dieses Vorhabens beigetragen haben.

Blutgasse nur für Fußgänger!

Diesen Damen und Herren darf ich bei dieser Gelegenheit sagen, daß die Absicht besteht, die Blutgasse für den Verkehr zu sperren, um damit Ihnen und den Besuchern dieses schönen Assanierungsgebietes Sicherheit und Ruhe zu geben!"

\- - -

Kommenden Sonntag, 11 Uhr:

Konzert der Wiener Symphoniker in der Stadthalle

3. Dezember (RK) Das zweite Konzert im Rahmen der Veranstaltungsreihe "Meisterorchester spielen Meisterwerke" in der Wiener Stadthalle findet am Sonntag, dem 5. Dezember, um 11 Uhr statt. Die Wiener Symphoniker unter der Stabführung von Ernst Märzendorfer spielen Werke von Franz Schubert (Vierte Symphonie), Claude Debussy ("Nachmittag eines Fauns"), Alexander Borodin ("Polowetzer Tänze" aus "Fürst Igor") und Ottorino Respighi ("Pinien von Rom").

Als visuelle Ergänzung dieser Konzertreihe ist im großen Foyer der Stadthalle täglich von 10 bis 22 Uhr die Gemäldeausstellung "Klang im Bild" zu sehen.

\- - -

Sonntagsfahrpreis am 8. Dezember

3. Dezember (RK) Am Mittwoch, dem 8. Dezember (Maria Empfängnis), gilt auf der Straßenbahn, Stadtbahn, auf den Autobuslinien und im Gemeinschaftstarif mit der Schnellbahn der Sonntagsfahrpreis. Es haben daher die Sonn- und Feiertags-Zweifahrtenfahrscheine zu 5.50 Schilling im Tarifgebiet I oder auf den Ausnahmetarifstrecken "Mauer, Lange Gasse - Mödling" bzw. "Kagraner Platz - Groß Enzersdorf" sowie die Sonn- und Feiertags-Zweifahrtenfahrscheine für Kinder zu 50 Groschen im Tarifgebiet I und II Gültigkeit. Die Kurz- und Teilstrecken-, Arbeitslosen-, Jugendfürsorge-, Hin- und Rückfahrscheine sowie sämtliche Wochenkarten sind an diesem Tag ungültig. Auf den Strecken des Tarifgebietes II gilt der Drei-Schilling-Fahrschein (im Vorverkauf 2.70 Schilling), auf den Aufzahlungsstrecken der Autobuslinie 64A der Drei-Schilling-Fahrschein.

\- - -

75. Geburtstag von Fritz Lang

3. Dezember (RK) Am 5. Dezember vollendet der Filmregisseur Fritz Lang das 75. Lebensjahr.

Er wurde in Wien geboren, wo er die Technik und die Kunstakademie besuchte. Einige Jahre lang führte er ein abenteuerliches Reiseleben, das ihn bis nach Indonesien führte. Im ersten Weltkrieg wurde er dreimal verwundet und schrieb in den Lazaretten seine ersten Drehbücher. 1919 drehte er in Berlin seinen ersten Film. In die Geschichte des künstlerischen Films ist Lang 1922 mit seinem großartigen Legendenfilm "Der müde Tod" eingegangen. Der märchenhaften Gestaltung folgte nun ein anderes Genre. Zwei Filme mit dem Thema des Dr. Mabuse zeigten im Stil des Filmexpressionismus in Dynamik und Drastik andere filmische Wirkungsmöglichkeiten. Weltbekannt wurde Fritz Lang durch seinen Nibelungenfilm (1925). Auch "Metropolis" wurde ein überwältigender Erfolg. Der Film wollte durch den Symbolgehalt seiner Gestalten und seiner utopischen Welt sozialkritisch wirken. Der Tonfilm stellte Fritz Lang vor neue Aufgaben. Was er früher nur durch das Bild erreichen konnte, erreichte er jetzt durch die Verwendung der Tonkulisse. Sein letzter in Deutschland gedrehter Film "Das Testament des Dr.Mabuse" wurde in Hitlerdeutschland bereits verboten. Lang reiste über England nach Amerika und wurde sofort in Hollywood engagiert. Aber erst 1936 erschien sein erster amerikanischer Film "Fury" (Lynchjustiz), wieder ein Meisterwerk. In der Folge schuf er noch mehrere andere Filme, die gleichfalls als ausgezeichnete Leistung gewertet werden müssen. Fritz Lang gehört zu den bedeutendsten Persönlichkeiten der Filmkunst. Seine Verdienste wurden 1957 durch die Verleihung des Verdienstordens der Deutschen Bundesrepublik gewürdigt.

Bürgermeister Bruno Marek und Stadtrat Hans Mandl haben dem Jubilar in herzlichen Worten gehaltene Glückwunschschreiben übermittelt.

Ein Stück Alt-Wien neu "eröffnet"

3. Dezember (RK) Heute vormittag wurde der über Initiative der Wiener Stadtverwaltung sanierte Altstadtteil 1, Blutgasse-Singerstraße-Grünangergasse offiziell seiner Bestimmung übergeben. Zu der Eröffnungsfeier hatten sich in dem zauberhaften "Fähnrichshof", in dem sogar ein uralter Baum erhalten werden konnte, Bürgermeister Bruno Marek, Landeshauptmann-Stellvertreter Hans Mandl, die Stadträte Kurt Heller und Dr. Maria Schaumayer, der Erste Präsident des Wiener Landtages Dr. Wilhelm Stemmer, Mitglieder des National-, Bundes- und Gemeinderates, Stadtbaudirektor Dipl.-Ing. Dr. Koller und zahlreiche andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens eingefunden. Ein Bläserchor der Wiener Gaswerke gab den festlichen, musikalischen Auftakt.

In seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Aufsichtsrates der "Ekazent" begrüßte der Generaldirektor der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien, Dr. Neubauer, die Ehrengäste. In seinen Eröffnungsworten betonte er, daß mit der Sanierung des Blutgassenviertels neue Wege zur Erhaltung alter Stadtteile eingeschlagen wurden. Man fand eine Möglichkeit der Finanzierung, die die öffentliche Hand nicht über Gebühr belastet. Im gegenständlichen Fall hat die Stadt Wien die Objekte aufgekauft, für die Absiedlung der Mieter gesorgt und für die speziellen Ziele der Stadtbildpflege 1,8 Millionen Schilling zugeschossen. Die restlichen 18,2 Millionen Schilling für die Restaurierung hat die "Ekazent" - eine Tochtergesellschaft der Zentralsparkasse vorfinanziert, erhält diese Summe aber in Form von Baukostenzuschüssen der Mieter beziehungsweise von Zinszahlungen wieder zurück. Die Ekazent übernimmt ferner die Instandhaltung und Verwaltung des Gebäudekomplexes. Die Mieter sind unkündbar und können ihre Bestandsrechte auch grundbücherlich eintragen lassen. Zahlreiche Überraschungen traten im Laufe der Bauarbeiten auf, sodaß sich die Fertigstellung um ein halbes Jahr verzögerte. Die architektonische Gestaltung haben die Professoren Euler und Turner hervorragend durchgeführt. Sehr schwierig war auch die Beschaffung stilechter Materialien. So hat man die benötigten

./.

alten Dachziegel - neue zu verwenden, wäre ein Stilbruch gewesen - von abgebrochenen Häusern in Wien und Niederösterreich, die etwa aus derselben Zeit stammen wie das Blutgassenviertel, kleinweise zusammentragen müssen. Es konnten auch nur hochqualifizierte Handwerker für die Restaurierung herangezogen werden.

In den Wohnungen, die mit jedem Komfort ausgestattet sind, haben sich unter anderem prominente Wiener Künstler eingemietet. Auch eine Reihe von Kunstausstellungen und eine Informationsschau der Österreichischen Gesellschaft für Architektur befinden sich hier. Eine Besonderheit ist auch das medizinische Untersuchungszentrum im Hause Blutgasse 5. Fachärzte aller Richtungen haben sich hier zu einer gemeinsamen Ordination zusammengetan, die in ihrer Art in Österreich einmalig ist.

Die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien hat durch ihre Unterstützung dieses Projektes wieder einmal bewiesen, daß die Ziele einer gemeinnützigen Sparkasse nicht nur darin bestehen, Geschäfte zu machen. Zu den Idealen dieses Institutes gehört auch die Förderung der Kunst, der Denkmalpflege und der städtebaulichen Aufgaben.

Nach Dr. Neubauer sprachen Baustadtrat Heller und Bürgermeister Marek ("Rathaus-Korrespondenz" Blatt 3261 bis 3267). Im Anschluß an die Eröffnungsfeier führte "Ekazent"-Direktor Hahn die Ehrengäste durch das Blutgassenviertel und erläuterte die einzelnen Baulichkeiten dieses romantischen Altstadtteiles.

\- - -

Volkshallen-Ausstellung "Stadterneuerung" soll 1967 in Berlin gezeigt werden

Franzosen nehmen sie zum Vorbild für Pariser Exposition

3. Dezember (RK) Die 2. Welttagung des Ständigen Ausschusses "Stadterneuerung und Stadtplanung" des Internationalen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung, die im Wiener Rathaus stattfand und von Fachleuten aus zehn europäischen und außereuropäischen Ländern beschickt war, wurde heute beendet. Sie befaßte sich diesmal nicht mit dem Problem der Stadterneuerung selbst, sondern mit den thematischen und organisatorischen Vorbereitungen für eine internationale Konferenz über die Stadterneuerung, die im Jahr 1967 in Berlin stattfinden wird.

Während ihres Aufenthalts besichtigten die ausländischen Gäste einen Teil der Entwicklungsgebiete Wiens (Wirtschafts- und Kulturzentrum Floridsdorf, Großfeldsiedlung, Montagebau Kagran) sowie die Ausstellung "Stadterneuerung in Wien" in der Volkshalle des Wiener Rathauses. Die Gäste waren von der Ausstellung sehr beeindruckt; die französischen Tagungsteilnehmer erklärten, auf Grund der in Wien empfangenen Anregungen im Herbst des kommenden Jahres eine ähnliche Ausstellung in Paris zeigen zu wollen. Die Stadt Wien wurde ferner eingeladen, ihre Ausstellung "Stadterneuerung" im Jahr 1967 bei der Konferenz in Berlin zu präsentieren.

\- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

3. Dezember (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Inländischer Chinakohl 3.50 bis 5 S je Kilo, inländische Karotten 4 bis 6 S je Kilo, inländisches Weißkraut 2.50 bis 4 S je Kilo.

Obst: Inländische Äpfel Wirtschaftsware 4 bis 7.20 S je Kilo, inländische Äpfel Tafelware 7.50 bis 12 S je Kilo, inländische Birnen 4 bis 10 S je Kilo; Orangen sind bereits ab 4.80 S je Kilo erhältlich und kosten bis 10 S je Kilo.

Wiens Pressefotografen ehrten ihre Freunde

Chefredakteur Adametz unter den Ausgezeichneten

3. Dezember (RK) Im "Presseclub Concordia" fand heute vormittag die Verleihung des Ehrenringes "optik-orbis" statt, den das Syndikat der Pressefotografen und Filmreporter Österreichs jenen Persönlichkeiten verleiht, die sich als Freunde und Förderer dieses Berufsstandes erwiesen haben. Der Ehrenring wurde heute vom Präsidenten des Syndikats Fritz Basch an Hofrat Prof. Vinzenz Ludwig Ostry, Hofrat Dr. Rudolf Kalmar, Chefredakteur Wilhelm Adametz und Sektionsrat abs.jur. Johann Ellinger überreicht. Der "optik-orbis" ist im Jahr 1962 ins Leben gerufen worden. Träger dieser Auszeichnungen waren bisher Bundeskanzler Ing. Raab, Stadtrat Mandl, Sektionschef Dr. Meznik, Polizeipräsident Holaubek und Sportjournalisten-Chef Strabl.

An der feierlichen Überreichung in der "Concordia" sah man unter den zahlreichen Ehrengästen Staatssekretär Rösch, die Stadträte Dr. Schaumayer und Sigmund, Kabinettsdirektor Dr. Trescher, Polizeipräsident Holaubek und General Fussenegger.

Sektionschef Dr. Meznik begrüßte in Vertretung des "Hausherrn" der Concordia, Dr. Kalmar, die Festgäste.

Präsident Basch hob einleitend die Bedeutung der Pressefotografie hervor und erinnerte an die prominentesten Kollegen: Jacqueline Kennedy und Lord Snowdon. Auch die österreichischen Pressefotografen gehören zu den wichtigsten Vermittlern zwischen Politikern und der Öffentlichkeit. Sie sind das Stimmungsbarometer jeder Veranstaltung. Das Bild kann oft mehr als Worte ausdrücken.

Hierauf würdigte der Präsident der Pressefotografen die Verdienste der Ausgezeichneten. Von Chefredakteur Adametz sagte er, er sei einer der charmantesten Pressechefs in Österreich und seine Diplomatie im Umgang mit den Journalisten habe bewiesen, daß er keine Feinde besitze; das heißt in Österreich sehr viel.

./.

Chefredakteur Adametz sei es zu verdanken, daß aus einem komplizierten Apparat, in dem man für alles eine Sonderbewilligung brauchte, ein Wiener Rathaus geworden sei, das Tore und Fenster geöffnet hat. Der publizistische Erfolg des Wiener Rathauses im Ausland sei sein Verdienst.

Nach der Überreichung der Ehrenringe sprach im Namen der Ausgezeichneten Hofrat Dr. Kalmar. Er erinnerte an die Zeit, in der die angesehensten Zeitungen es strikte abgelehnt hatten, Bilder zu bringen. Seither ist manches anders geworden. Die Bildberichterstattung ist ein wesentlicher Teil der Information der Öffentlichkeit. Die Bildberichterstatter sind die unmittelbarsten Kollegen der Journalisten geworden. Die Bildberichterstattung früherer Zeiten ist zur Bildjournalistik herangereift.

\- - -

Sitzungen von Wiener Bezirksvertretungen in der kommenden Woche

3. Dezember (RK) In der kommenden Woche finden folgende Sitzungen von Wiener Bezirksvertretungen statt:

Montag, 6. Dezember:

17.00 Uhr, Donaustadt, Lorenz Kellner-Gasse 15, Sitzungssaal.

Donnerstag, 9. Dezember:

17.00 Uhr, Margareten, Schönbrunner Straße 54 (Festsaal),
17.30 Uhr, Mariahilf, Amerlingstraße 11, 1. Stock,
18.00 Uhr, Wieden, Preßgasse 24, 1. Stock, Zimmer 105.

\- - -

Eine Hundertjährige in der Leopoldstadt

3. Dezember (RK) Diesmal trägt die Leopoldstadt zur Vermehrung der "Gilde der Hundertjährigen" in unserer Stadt bei: Frau Maria Stohr feiert übermorgen, Sonntag, in ihrer Wohnung im 2. Bezirk, Raimundgasse 6, ihren 100. Geburtstag. Aus diesem Anlaß hatte sich Bürgermeister Bruno Marek schon heute mittag bei der Jubilarin eingefunden, um ihr im Namen der Stadtverwaltung herzlich zu gratulieren und einen riesigen rot-weißen-Nelkenstrauß zu überreichen. Mit dem Bürgermeister war der Leopoldstädter Bezirksvorsteher Hubert Hladej mitgekommen, der Frau Stohr die Ehrengaben der Stadt Wien übergab und im Namen der Leopoldstädter Bevölkerung gratulierte.

Frau Maria Stohr, die noch außerordentlich rüstig ist und außer durch ihre gute Hör- und Sehkraft vor allem durch ihr fantastisches Erinnerungsvermögen alle, die sie kennen, erstaunt, wurde in Eger (CSSR) als Tochter eines Gymnasialdirektors geboren. Im Jahr 1891 - ihre Familie war inzwischen nach Saaz übersiedelt - heiratete sie den Inhaber eines Delikatessengeschäftes. Ihrer Ehe entsprossen fünf Kinder, von denen heute leider nur mehr zwei am Leben sind. Als ihr Gatte 1909 starb, führte sie das Geschäft bis zum Jahr 1945 allein weiter. Alle ihre Kinder ließ sie studieren; der älteste Sohn wurde Primararzt, der jüngste Sohn und die jüngere Tochter wurden beide Apotheker. 1945 kam die Familie Stohr nach Wien, wo sie eine neue Heimat fand. Heute lebt Frau Stohr im gemeinsamen Haushalt mit ihrer Tochter Rosa John.

\- - -

Schneebericht

3. Dezember (RK) Heute um zwei Uhr früh setzte bei einer Temperatur von plus ein Grad leichter Nieselregen ein, der am Stadtrand vereinzelt geringe Straßenglätte verursachte und die Ausfahrt von vier Streufahrzeugen notwendig machte. Um etwa sechs Uhr ging dieser Regen bei gleichbleibender Temperatur in Schneefall über; ab sieben Uhr blieb der Schnee zum Teil liegen. Daher wurde sofort die Ausfahrt aller Fahrzeuge und die Aufnahme von Schneearbeitern angeordnet. Insgesamt standen heute 1.128 Schneearbeiter, davon 389 aufgenomme Arbeitskräfte, und 131 Streufahrzeuge mit 15 Sandladegeräten zur Verfügung.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Eröffnung in Simmering:

Die Rede von Bürgermeister Marek

4. Dezember (RK) "Erst vor wenigen Tagen hatte ich die Ehre, in der Volkshalle des Rathauses eine Ausstellung über Stadterneuerung zu eröffnen. Wenn wir nun heute, hier im Dampfkraftwerk Simmering, ein neues Blockkraftwerk in Betrieb setzen, drängt sich mir unwillkürlich der enge Zusammenhang zwischen diesen beiden Ereignissen auf. Es gibt keine Stadterneuerung, keine Stadterweiterung ohne Schritthalten, ohne entsprechenden Ausbau der Elektrizitätswirtschaft.

Neue Siedlungen, neue Wohn- und Geschäftsviertel am Rande der Großstadt, wie wir sie bauen und auch weiterhin planen, können nur erstehen, wenn auch das Blut in den Adern einer Stadt, der elektrische Strom, erneuert und bereichert wird.

Wie sehr die elektrische Energie die Lebensspenderin der modernen Millionenstädte ist, haben wir erst kürzlich bei der Stromkatastrophe in New York und im ganzen Nordosten der Vereinigten Staaten erlebt. Es war auch diesmal so wie in anderen vielen Fällen: erst wenn wir etwas nicht mehr haben, merken wir, was es uns bedeutet. Der Gebrauch der Elektrizität ist uns so alltäglich und so selbstverständlich geworden, daß wir uns normalerweise gar nicht mehr bewußt machen, was sie uns gibt. Bricht aber dann eines Tages plötzlich das Dunkel über uns herein, wie dies in der amerikanischen Acht-Millionen-Stadt geschah, wissen wir auf einmal, daß der moderne Mensch ohne den elektrischen

./.

Strom hilflos wie ein kleines Kind ist, daß dieser Glühdraht, der vor noch gar nicht allzu langer Zeit erfunden wurde, buchstäblich unser Lebensfaden ist.

Freilich ist es nicht nur das ständige Wachsen der Stadt, das zu einer Ausweitung der Stromversorgung zwingt; auch die zunehmende Zahl der Neuanschlüsse von Koch- und Heizgeräten, der ansteigende Stromverbrauch der Industrie fordern gebieterisch den Ausbau der E-Werke. Deshalb können wir uns auch nicht mit diesem Blockkraftwerk 4 bescheiden, das wir heute eröffnen. Etwa um die Mitte des Jahres 1967 werden wir ein weiteres Blockkraftwerk in Betrieb nehmen, mit dessen Bau im vergangenen Jahr begonnen wurde.

Nur der Fachmann weiß, welche Umsicht bei der Planung neuer Energiequellen erforderlich ist. Es gilt den Anlagen zur Verteilung und zum Transport des Stromes ebensoviel Aufmerksamkeit zu widmen wie den Erzeugungsstätten. Ich möchte in diesem Zusammenhang nur die beiden im Jahre 1963 errichteten Umspannwerke Liesing und Südost sowie den Bau der ersten Bündelleitung zwischen den Umspannwerken Südost und Süd erwähnen. Hand in Hand mit dem Ausbau des Werkes Simmering geht auch die Umgestaltung der Nußdorfer Schleuse, die vor allem die Kühlwasserversorgung in trockenen Wintern sicherstellen soll. Darüber hinaus wurde dieses Dampfkraftwerk aber auch dadurch krisenfest gemacht, daß es von der Art der Betriebsenergie möglichst unabhängig ist: es kann sowohl mit Kohle wie mit Öl oder Erdgas in Gang gehalten werden.

Wir sehen immer wieder, daß auch die größten Wasserkraftwerke der Unbill der Natur und des Wetters ausgeliefert sind. Deshalb muß sich auch ein mit ausbaufähigen Wasserläufen so gesegnetes Land wie Österreich um die Erweiterung seiner kalorischen Kraftwerke bemühen; deshalb leistet auch das Kraftwerk Simmering einen wichtigen Beitrag zur österreichischen Elektrizitätswirtschaft.

Ich danke den Angestellten und Arbeitern sämtlicher Firmen, die am Bau des neuen Blockkraftwerkes 4 beteiligt waren, vom leitenden Ingenieur und Techniker bis zu jenen, die scheinbar geringfügige Arbeiten verrichteten, für ihre

./.

Einsatzbereitschaft und ihre Fachkenntnis, die sie in den Dienst dieses Vorhabens gestellt haben. Ich freue mich feststellen zu können, daß der Bau in relativ kurzer Zeit, ohne Menschenverluste und ohne schwere Unfälle verwirklicht wurde.

Möge das neue Blockkraftwerk der Stadt Wien in langen friedlichen Jahren Licht, Kraft und Wärme spenden!"

\- - -

Eröffnung in Simmering:

Die Rede von Stadtrat Dr. Maria Schaumayer

4. Dezember (RK) Mit der Inbetriebnahme des neuen Blockkraftwerkes 4 finden Modernisierung und Erweiterung des Dampfkraftwerkes Simmering ihren Fortgang. Sie sind gekennzeichnet durch die Steigerung der physikalischen Größen wie Dampfdruck und Dampftemperatur, ebenso aber auch der Leistungen und Dimensionierungen von Kessel, Turbine und Stromerzeuger; endlich noch all jener Maßnahmen, die geeignet sind, den Wärmeverbrauch je erzeugter Kilowattstunde zu verringern.

Es ist selbstverständlich, daß auch alle notwendigen Hilfseinrichtungen im Zusammenhang mit dem Entstehen des Werkes errichtet werden mußten. Die Investitionskosten für Block 4 betragen insgesamt 460 Millionen Schilling. Hievon entfiel auf Bau- und Baunebengewerbe eine Auftragssumme von 125,5 Millionen Schilling. Auch die neue Anlage ist ähnlich der vor etwa drei Jahren erbauten, ein sogenanntes Blockkraftwerk, bei dem Turbine und Generator betriebsmäßig eine Einheit bilden, im Gegensatz zu der früheren Bauweise der sogenannten Sammelschienenkraftwerke, bei denen mehrere Kessel auf eine gemeinsame Hauptdampfleitung arbeiten, an die alle vorhandenen Turbinen angeschlossen wurden. Die Kessel waren im gemeinsamen Kesselhaus, die Turbinen im gemeinsamen Maschinenhaus untergebracht.

Das moderne Blockkraftwerk 4 hat eine Generatorleistung von 100.000/110.000 Kilowatt, wobei der Bestpunkt bei 100.000 Kilowatt liegt. Der Dampfkessel hat eine Leistung von 340 Tonnen pro Stunde bei einem Dampfzustand von 208 atü und 535 Grad Celsius.

Es wurde an das bestehende Blockkraftwerk 3 angebaut, so daß das Maschinenhaus eine Fortsetzung des Maschinenhauses des letzteren geworden ist und der dort befindliche Kran nun beide Anlagen bestreicht.

Einige Werte über die Abmessungen des neuen Kraftwerksblockes sollen nun angeführt werden: der Turbosatz hat eine Länge

./.

von 31 Meter und benötigt mit seinem Zubehör ein Maschinenhaus mit den Maßen 48 x 22 x 35 Meter; dies entspricht einer Kubatur von 26.000 Kubikmeter.

Der Dampfkessel, dessen Abmessungen 13 x 21 Meter in der Grundfläche und 42 Meter in der Höhe betragen, nimmt mit allen seinen Hilfseinrichtungen einen Raum von 35.000 Kubikmeter ein. Der Mittelbau, in dem sich Bunker, Speisewasserbehälter, Speisepumpen und Eigenbedarfsschaltanlagen befinden, umfaßt einen Raum von 22.000 Kubikmeter.

Der Schornstein ist 120 Meter hoch und entsprechend mit einer Flugsicherungsanlage ausgerüstet.

Nachfolgend angeführte Materialmengen und Materialaufwendungen waren für die Errichtung dieser Gebäude notwendig: Aushub 10.000 Kubikmeter, Beton 20.000 Kubikmeter, Schalung 35.000 Quadratmeter, Armierungseisen 800 Tonnen, Stahlkonstruktion des Kesselhauses 300 Tonnen. Weil vor dem Baubeginn des Blockkraftwerkes 4 alte, von früheren Werkseinrichtungen stammende Gebäudeteile erst entfernt werden mußten, gab es außerdem 4000 Kubikmeter Abbruch.

Die Ausführung des Kesselhauses wurde nach den gleichen Gesichtspunkten gestaltet, die auch schon beim Blockkraftwerk 3 maßgebend waren. Es wurde wie dort eine kostensparende Konstruktion ausgeführt, bei der das Kesselgerüst gleichzeitig das Tragwerk für die Gebäudeteile ist.

Es soll aber auch der Materialaufwand für den maschinellen Teil bekanntgegeben werden, um die Größe des Werkes zu dokumentieren: Der Turbosatz wiegt rund 830 Tonnen, der Kessel wiegt rund 3.300 Tonnen, sämtliche Rohrleitungen 360 Tonnen, das übrige Maschinenzubehör 600 Tonnen, das größte Transportgewicht (Generator-Ständer mit angebauter Wasserstoffkühlung) 113 Tonnen.

Von der Menge des im Zusammenhang mit der Errichtung dieses Werkes verwendeten Materials, geben folgende Daten eine gute Vorstellung: Die gesamte Heizfläche des Kessels beträgt zirka 11.800 Quadratmeter; sie ist aus Stahlrohren gebildet, die eine Gesamtlänge von 110 Kilometer ergeben.

./.

Die Kühlfläche des Kondensators beträgt zirka 6.360 Quadratmeter und wird aus Messingrohren gebildet, die eine Gesamtlänge von 89 Kilometer haben.

An Kabeln wurden 23 Kilometer Hoch- und Niederspannungsleistungskabel und 105 Kilometer Steuerkabel verlegt.

Zum Abschluß der Ziffern und Daten sei noch erwähnt, daß allein für den baulichen Teil des neuen Blockkraftwerkes 4 etwa 150 Arbeiter rund eine Million Arbeitsstunden geleistet haben. Daß die Bautermine mit einer so bewundernswerten Präzision eingehalten wurden, dafür möchte ich allen Beteiligten - den Direktoren, den Planungsingenieuren, den Lieferfirmen und Baufirmen und all ihren Mitarbeitern - besonders herzlich danken.

Lassen Sie mich zum Schlusse noch zwei Gedanken äußern:: Das Kraftwerk Simmering ist bester Ausdruck des technischen Fortschrittes in unserer Stadt. Elektrifizierung ist zu einem Gradmesser für den Standard der Wirtschaft und des Volkes geworden. Der Block 4 leistet einen bedeutenden Beitrag zur Hebung dieses Standards. Das Kraftwerk Simmering in seiner neuen Gestalt widerlegt aber auch die Behauptung so mancher Kritiker der industriellen Welt, daß diese unausweichlich unschön und bedrückend sein müßte: Die Anlagen sind formschön gestaltet, sie vermitteln den Eindruck der Harmonie, sie sind Symbol des gestalterischen und schöpferischen Geistes. Unser Werk Simmering ist aber auch blitzsauber gehalten, dank der Arbeit unserer langjährigen Reinigungsfirma, aber diese Sauberkeit ist wohl auch der Ausdruck, daß unsere Mitarbeiter eine echte Beziehung zu ihrem Werk haben, daß sie es warten und pflegen.

So rufe ich dem ganzen Werk Simmering und besonders dem jüngsten Block 4 herzlich 'ad multos annos' zu - auf viele gute Jahre im Dienste unserer geliebten Heimatstadt und ihrer Bürger!"

\- - -

Eröffnung in Simmering:

Die Rede von Direktor Dipl.-Ing. Ruiss

4. Dezember (RK) Nur knapp drei Jahre nach der offiziellen Eröffnungsfeier des Blockkraftwerkes 3 sind wir heute zur Eröffnung eines neuen, größeren Werkes hier in Simmering zusammengekommen.

Das Blockkraftwerk 3 war vor allem dazu bestimmt, die alte 37 atü-Anlage, die weder in ihrer Größe noch in ihrer Wirtschaftlichkeit den heutigen Verhältnissen mehr entsprochen hat, durch eine moderne Hochdruckanlage zu ersetzen. Es sollte also vor allem die Wirtschaftlichkeit des Kraftwerksbetriebes gehoben werden. Daß dieses Ziel erreicht wurde, zeigt die Verbesserung des Wärmeaufwandes der Gesamtanlage für die kWh von 3600 kcal im Jahre 1961, auf 3150 kcal im Jahre 1963, wobei der neue Block selbst etwa 2400 kcal/kWh benötigte.

War also mit dem Blockkraftwerk 3 der Anschluß an den modernen Kraftwerksbau vollzogen, so zwang der ständig steigende Strombedarf dazu, nun die Leistungskapazität des Werkes namhaft zu vergrößern. Es wurden daher sofort nach Inbetriebnahme des Blockkraftwerkes 3 die Planungsarbeiten für einen weiteren größeren Block, gemeinsam mit den Wiener Starkstromwerken, aufgenommen.

Als Nennleistung wurde in Anpassung an den progressiv steigenden Strombedarf nunmehr 100 MW gewählt, als Druckstufe, im Einklang mit den bereits für Blockkraftwerk 3 durchgeführten Untersuchungen, wieder 200 atü und als Dampftemperatur der noch für ferritisches Material zulässige Wert von 535°C zugrundegelegt. Auch Blockkraftwerk 4 wurde als Kessel-Turbosatz-Trafo-Einheit ohne dampf- und speisewasserseitige Verbindung mit den anderen Kraftwerkseinheiten ausgelegt. Seinen Platz fand dieses 100 MW Blockkraftwerk mit Platzziffer 4 neben dem 64 MW-Blockkraftwerk 3.

Einige Daten der Hauptlieferteile mögen einen Überblick über das neue Werk geben.

Die Kesselanlage, ausgeführt als Zwangsdurchlaufkessel (System Benson) wurde von der SGP (Paukerwerk) gebaut und für folgende Verhältnisse ausgelegt:

./.

Höchste Dauerlast		340 t/h
Bestpunkt		290 t/h
Konzessionsdruck		208 atü
Dampfdruck	) am Frischdampf-	189 atü
Dampftemperatur	) überhitzer-austritt	535°C
Konzessionsdruck des Zwischenüberhitzers		48 atü
Temperatur am ZÜ-Austritt		530°C
Speisewassereintrittstemperatur		max. 260°C

Ansonsten ist das Kesselsystem das gleiche wie beim Blockkraftwerk 3. Auch die Feuerung wurde wieder für ein breites Brennstoffband (Steinkohle, Heizöl und Erdgas) ausgelegt.

Als Kesselwirkungsgrad wurde im Bestpunkt (Kesselbelastung 290 t/h) bei Heizöl oder Erdgasfeuerung ein Wert von 91,5 Prozent garantiert.

Die Entaschung der aus dem Feuerraumtrichter anfallenden Asche erfolgt hydraulisch, die Flugasche der übrigen Anfallstellen wird pneumatisch gefördert. Der Aschebrei der hydraulischen Entaschung wird in einen Pumpensumpf gespült und von dort durch Rohrleitungen weggepumpt; die pneumatisch geförderte Flugasche gelangt in Staubsammelbehälter, von wo die Asche angefeuchtet in Waggons oder Lkw abgezogen werden kann.

Die von der Siemens-Schuckertwerke AG (Werk Mülheim) gebaute Dampfturbine ist eine dreigehäusige axiale Kondensationsturbine mit acht ungesteuerten Anzapfstellen zur Vorwärmung des Kondensates auf die Speisewassertemperatur von 250°C im Bestpunkt. Sie ist für folgende Betriebsverhältnisse ausgelegt:

Dauerleistung	110 MW) an den Genera-
Bestlast	100 MW) torklemmen
Drehzahl	3000 U/min.
Frischdampfdruck	180 atü
Frischdampftemperatur	530°C
Zwischenüberhitzungs-temperatur	525°C
Kühlwassertemperatur	8°C

Der Kondensator wurde im Inland und zwar bei den Wiener Starkstromwerken, Werk Leopoldau, hergestellt. Er besteht aus zwei getrennten, zu beiden Seiten des Turbinenfundamentes angeordneten

./.

Teilen und ist für eine niederzuschlagende Dampfmenge von rund 190 t/h im Bestpunkt ausgelegt. Die hiefür erforderliche Kühlwassermenge beträgt 15.400 m^3/h.

Als Kühlwasserpumpen sind zwei von der Firma Voith, St.Pölten, gelieferte vertikale Propellerpumpen vorhanden, deren Laufschaufeln im Stillstand und Betrieb verstellbar sind, wodurch verschiedene Betriebsfälle mit möglichst gutem Wirkungsgrad beherrschbar werden.

Der von den Wiener Starkstromwerken, Werk Leopoldau, hergestellte Drehstromgenerator hat folgende Daten:

Leistung	125 MVA/110 MW
Leistungsfaktor	cos phi = 0,88
Spannung	10,5 kV
Drehzahl	3000 U/min.

Der Generator besitzt Wasserstoffkühlung (umlaufende Wasserstoffmenge ca. 90.000 m^3/h bei einem Wasserstoffdruck von 2 atü).

Die Umspanner, geliefert von der Elin-Union, haben folgende Daten:

Blockumspanner:

Leistung	125 MVA
Leerlaufübersetzung	10,5/100 kV ± 12 x 1,75 Prozent

Eigenbedarfsumspanner:

Leistung	14 MVA
Leerlaufübersetzung	10,5 kV ± 10 x 105V/5,25kV

Das klaglose Funktionieren der oben beschriebenen Anlage erforderte eine Reihe von Nebeneinrichtungen, wie sie auch bereits bei dem 64 MW-Blockkraftwerk 3 notwendig waren.

Dies betrifft besonders die Anlagen zur Erzielung der erforderlichen Kesselspeisewasser-Qualität. Sowohl das zur Kesselspeisung dienende Turbinenkondensat, als auch das Zusatzspeisewasser, das die unvermeidlichen Substanzverluste im Speisewasserkreislauf zu ersetzen hat, muß einer Reinigung unterzogen werden. Während die Kondensatreinigung sich auf die Entfernung von Verunreinigungen des Kondensates beschränken kann, die bei der Inbetriebnahme oder während des Betriebes durch Undichtheiten im Kondensator entstehen, muß das Zusatzwasser voll entsalzt und entkieselt werden. Schließlich wird das gesamte Speisewasser entgast.

./.

Das Kühlwasser für die Kondensationsanalge wird durch Siebbänder mechanisch gereinigt, Kühlwasser für besondere Zwecke (Lagerstellen, Stopfbüchsen) durch Kiesfilter geleitet, oder über eine Feinsiebanlage bezogen.

Vollentsalzungs- und Kiesfilteranlage wurden bereits bei Errichtung des 64 MW Blockkraftwerkes 3 so groß bemessen, daß sie auch das 110 MW Blockkraftwerk 4 mitversorgen können, nur die Kondensatreinigung wurde für den Betrieb der neuen Anlage vergrößert. Die Anlagen sind nun so groß, daß sie vier Blockanlagen versorgen können.

Um das Gebäude für den weiteren Ausbau freimachen zu können, wurde die nördlich des Blockkraftwerkes 4 stehende, allgemeine Eigenbedarfsanlage raummäßig im Gebäude dieses Blockkraftwerkes berücksichtigt und die Schaltanlagenteile ohne Betriebsunterbrechung übertragen.

Zur Eigenbedarfsversorgung des Blockkraftwerkes wurden zwei Eigenbedarfsanlagen errichtet, eine 5,25 kV-Anlage und eine 380 V-Anlage. Beide Schaltanlagen, die von BBC gebaut wurden, sind mit Doppelsammelschienen ausgerüstet und druckluftgesteuert. Die Anspeisung der Hochspannungsanlage erfolgt im Normalbetrieb über den Block-EB-Umspanner. Zum An- und Abfahren des Blockes beziehungsweise bei Störungen wird die Anspeisung auf die allgemeine EB-Anlage 3 umgeschaltet.

Durch die Überwachungs-, Fernsteuer- und Regelanlage der Wiener Schwachstromwerke Ges.mbH werden automatisch, entsprechend der eingestellten Blockleistung, die Verbrennung im Kessel, der Dampfdruck vor der Turbine, die Dampftemperaturen und die Speisewassermenge geregelt.

Nun noch einiges über die bauliche Anordnung des Blockkraftwerkes 4. Das Werk gliedert sich wie Blockkraftwerk 3 wieder in drei Baukörper: Maschinenhaus, Mittelbau und Kesselhaus. Maschinenhaus und Mittelbau stellen eine Verlängerung der entsprechenden Baukörper des Blockkraftwerkes 3 dar, die Kesselhausachse steht senkrecht dazu.

Im Maschinenhaus ist der Turbosatz mit der Vorwärmeranlage untergebracht. Der Maschinistenstand liegt auf Kote + 9,0, die Maschinenhaushöhe beträgt rund 25 Meter. Als Montagekran dient

./.

der bereits vorhandene Kran des Blockkraftwerkes 3, der die gesamte durchgehende Länge des Maschinenhauses beider Blöcke bestreicht.

Haupt- und Eigenbedarfstransformator sind im Freien aufgestellt.

Der Mittelbau enthält hauptsächlich die Kohlenbunker und die 'innere' Bekohlungseinrichtung. Die Kohle wird vom Kohlenlagerplatz auf Längs- und Schrägbänder dem Blockkraftwerk 3 zugeführt und kann dann wahlweise in dessen Bunker abgeworfen oder den Bunkern des Blockkraftwerkes 4 zugeführt werden.

Andererseits dient der Mittelbau auch zur Aufnahme des Speisewasserbehälters mit Entgaser sowie der zwei Speisewasserpumpensätze. Die Pumpen wurden von KSB geliefert, die zugehörigen Antriebsmotoren von je 4.000 kW von den Wiener Starkstromwerken.

Die Hochspannungsmotoren für die Antriebe der übrigen Hilfsbetriebe sind vom Werk Stadlau der Elin-Union geliefert worden.

An den Mittelbau und das Maschinenhaus schließt die bereits erwähnte allgemeine Eigenbedarfsanlage an, die mit einem zentralen Stiegenhaus vereinigt ist.

Das Kesselhaus, ein Stahlskelettbau mit einer Höhe von rund 42 Meter, ist ist mit Welleternit und Glas verkleidet. Die äußere Form des Kesselhauses des Blockkraftwerkes 3 mit den schräggestellten an das Kesselgerüst sich anlehnenden Seitenwänden, wurde auch bei Blockkraftwerk 4 wieder gewählt; sie gibt dem Bauwerk, zu dessen Gestaltung maßgebend Herr Baurat Architekt Hoppenberger beigetragen hat, eine charakteristische äußere Form.

Der an der Westseite angebrachte Stahlbetonschornstein hat eine Höhe von 120 Meter mit Rücksicht auf möglichste Reinhaltung der Umgebungsluft. Im Rauchgasweg vorgeschaltet sind Rauchgasfilter-Bauart Lurgi.

Das Blockkraftwerk 4 wurde nach dreijähriger Bauzeit am 1. Juni 1965 das erste Mal auf das Netz geschaltet, und absolvierte in der Folgezeit den vertraglichen Probebetrieb.

All jenen, die an Planung, Bau und Vollendung des Werkes mitgearbeitet haben, sei es als Angehörige der Lieferfirmen oder als Bedienstete der eigenen Werke, danke ich für ihr Wirken, das zum Gelingen unseres Bauvorhabens beigetragen hat."

\- - -

Wiens Stromversorgung um ein gutes Stück weiter

Bürgermeister Marek eröffnete Blockkraftwerk IV in Simmering

4. Dezember (RK)

Heute vormittag übergab Bürgermeister Bruno Marek das neue Blockkraftwerk IV im E-Werk Simmering offiziell seiner Bestimmung. Mit dem Bürgermeister hatten sich zu dem feierlichen Akt, der im Festsaal des Werkes Simmering stattfand, die Stadträte Bock, Pfoch und Dr. Maria Schaumayer sowie Mitglieder des Nationalrates, des Gemeinderates, der Bezirksvertretungen, Vertreter der Ministerien, des Arbeitsinspektorates, der Verbundgesellschaft, der Gewerkschaft, und viele andere Festgäste eingefunden.

Generaldirektor Dr. Reisinger begrüßte die Festgäste und beschäftigte sich dann mit Finanzierungsfragen der E-Werke. Wie er ausführte, wurde das Werk IV zu etwa 31 % aus Eigenmitteln und rund 69 % aus aufgenommenen Fremdmitteln finanziert. Bei dem Fremdkapital handelt es sich zu einem großen Teil um Gelder aus den von der Stadt Wien für die Wiener Stadtwerke in den Jahren 1962 und 1965 aufgelegten Anleihen. Leider standen aber nicht nur solche langfristige Leihgelder zur Verfügung, da gerade in den Jahren 1963 und 1964, in denen die Hauptarbeiten an dem Block IV geleistet wurden, die Stadt Wien nicht in die Lage versetzt war, den inländischen Anleihemarkt in Anspruch zu nehmen und so waren wir gezwungen, uns zunächst zum Teil auch mit mittelfristigen Krediten zu behelfen. Nun ist die Frage der Finanzierung von Kraftwerksbauten in der gesamten Elektrizitätswirtschaft und im besonderen in der österreichischen Elektrizitätswirtschaft immer wieder eine Frage, die die jeweiligen Verantwortlichen vor eine schwierige Situation stellt. Was aber die Finanzierung der Kraftwerksbauten der Wiener Stadtwerke wie auch der übrigen Stadtwerke der großen Städte gegenüber jenen der Verbundgesellschaft und gegenüber jenen der Landesgesellschaften noch schwieriger macht, ist die Tatsache, daß die Stadtwerke von der Möglichkeit langfristiges und gegenüber dem sonstigen Kapitalmarkt billigeres Geld aus dem ERP-Fonds zu erhalten, ausgeschlossen sind. Ich will in keiner Weise die Berechtigung der Kreditgewährung aus dem ERP-Fonds an alle jene, die daraus Mittel erhalten, bezweifeln, schon gar nicht die Berechtigung der Kredit-

./.

gewährung an die übrige Elektrizitätswirtschaft. Aber man muß sich doch vor Augen halten, daß die Wiener Elektrizitätswerke nach den im Verbundkonzern zusammengeschlossenen Gesellschaften die größten Elektrizitätserzeuger Österreichs sind und die Versorgung der Bundeshauptstadt und des sie umgebenden Gebietes mit elektrischer Energie sicherzustellen haben. In ihrer Eigenschaft als Landesgesellschaft für Wien haben die Wiener E-Werke wohl die gleiche Verpflichtung gegenüber jenen Abnehmern, die sie zu versorgen haben, man verweigert ihnen aber wie auch allen übrigen Stadtwerken die gleiche Möglichkeit einer zumindestens teilweisen Finanzierung ihrer Anlagen mit ERP-Mitteln.

Ich weiß, man wird mir nun hier entgegenhalten, daß ja der § 4 des ERP-Fonds-Gesetzes aus dem Jahre 1962 bestimmt, daß der Fonds keine Leistungen zugunsten von Gebietskörperschaften erbringen dürfe und daher auch die Wiener Stadtwerke als ein Teil der Gebietskörperschaft Wien durch den Bundesgesetzgeber selbst von einer Kreditgewährung ausgeschlossen wären. Und ich weiß auch, daß man sich hiebei zur Rechtfertigung dieser gesetzlichen Bestimmung auf das seinerzeitige Übereinkommen der Republik Österreich mit den Vereinigten Staaten von Amerika bezüglich der Verwendung der Mittel aus dem ERP-Fonds berufen wird. Man will dabei aber nur allzu gerne nicht wahr haben, daß das Verlangen der Amerikaner keineswegs so formuliert war, wie es nunmehr in der früher angeführten gesetzlichen Bestimmung fixiert ist. In jenem Übereinkommen war nämlich nur die Rede davon, daß diese Mittel aus dem ERP-Fonds nicht in den Haushaltsplan einer Gebietskörperschaft Eingang finden, weil die Amerikaner begreiflicherweise nicht haben wollten, daß diese Mittel zur Abdeckung eines Defizites in der ordentlichen Gebarung eines öffentlichen Haushaltes sondern zur Schaffung produktiver Werte eingesetzt werden. Eine sehr engherzige Auslegung dieser Bestimmung aus dem Übereinkommen hat dann mit der Motivierung, daß demnach Leistungen zugunsten von Gebietskörperschaften überhaupt ausgeschlossen wären, zu einem faktischen Ausschluß der Stadtwerke von der Berechtigung der Inanspruchnahme des ERP-Fonds geführt, welche Praxis schließlich dann

./.

im ERP-Fonds-Gesetz noch gesetzlich verankert worden ist. Es kann doch aber keinen Zweifel obliegen, daß gerade die Schaffung einer Kraftwerksanlage zur Versorgung von Wirtschaft und Bevölkerung zu allererst jenem Ziele entspricht, das jene, die dem österreichischen Staat diese Mittel zur Verfügung gestellt haben, verfolgt haben. Es ist daher meines Erachtens ein absolutes Unrecht an den Gemeinden und ihren Stadtwerken, wenn sie nicht nur beim Wiederaufbau der durch die Kriegsereignisse so schwer mitgenommenen Versorgungsanlagen von einer Inanspruchnahme dieser günstigen Finanzierungsquelle ausgeschlossen waren, sondern auch weiterhin solcherart als Parias behandelt werden, obwohl sie die gleichen Verpflichtungen zur ordnungsgemäßen Versorgung der Bevölkerung und Wirtschaft wie alle anderen Elektrizitätsversorgungsunternehmungen zu tragen haben.

Ich weiß, daß die Mittel aus dem ERP-Fonds nicht unbeschränkt sind und viele, die ihn in Anspruch nehmen dürfen, nicht im gewünschten Ausmaß zum Zuge kommen und ein Hinzutreten der kommunalen Versorgungsunternehmungen den Kreis der Geldhungrigen noch vergrößern würde, aber ich kann nicht umhin, auf dieses Unrecht, das hier den Gemeinden widerfährt, hinzuweisen und ich glaube, daß dazu kein anderer Fall als wie dieser, der Errichtung des größten Dampfkraftwerkes von Österreich mehr geeignet wäre.

Dankenswerterweise hat sich der Österreichische Städtebund schon immer dieses Anliegens der kommunalen Versorgungsunternehmungen angenommen, ich darf aber die Hoffnung und den Appell aussprechen, daß sich auch der künftige Nationalrat diesem Anliegen der Gemeinden mehr aufgeschlossen zeigt.

Ich habe zuerst erwähnt, daß mit der Inbetriebnahme des Blockes IV in Simmering nunmehr das mit Abstand größte Dampfkraftwerk Österreichs in Betrieb steht, Mit den 116.000 kW der als Werk I bestehenden nunmehr ältesten Anlage, den 64.000 kW des Blockes III und den nunmehr hinzutretenden 110.000 kW besitzt Simmering nunmehr eine Engpaßleistung von insgesamt 290.000 kW, von denen zunächst 258.000 kW in Betrieb stehen. Ich darf zum Vergleich darauf hinweisen, daß wir bei der Verbundgesellschaft, von der wir nach wie vor einen großen Teil

./.

der für den Wiener Raum benötigten elektrischer Energie beziehen, eine Leistung von 270.000 kW angemeldet haben.

Abschließend darf ich noch im Namen der Wiener Stadtwerke allen danken, die durch ihre Beschlüsse das Erstehen dieses Werkes ermöglicht haben, die dieses Werk geplant und ausgeführt haben, sei es als Angehörige der beteiligten Firmen, sei es als Angehörige des eigenen Unternehmens. Für sie alle ist der heutige Tag ein Ehrentag.

Hierauf sprach E-Werk Direktor Dipl.Ing. Ruiss (Blatt 3282 bis 3286).

Dann ergriff der amtsführende Stadtrat für die städtischen Unternehmungen, Dr. Maria Schaumayer das Wort (Blatt 3279 bis 3281).

Zum Abschluß sprach Bürgermeister Bruno Marek (Blatt 3276 bis 3278).

Hierauf begaben sich die Festgäste zur Besichtigung in das neue Werk, neben dem bereits ein gleich großes Blockkraftwerk V sich in Bau befindet. Mit der Inbetriebnahme dieses Werkes, die 1967 erfolgen soll, wird Simmering seinen vorläufigen Endausbau erreicht haben.

\- - -

Überreichung des Kinder- und Jugendbuchpreises der Stadt Wien

4. Dezember (RK) Nächste Woche, Dienstag, den 7. Dezember, findet im Stadtsenatssaal des Wiener Rathauses die Überreichung des Kinder- und Jugendbuchpreises der Stadt Wien 1965 statt.

Die Feier beginnt um 9.30 Uhr. Nach der Ansprache von Stadtrat Hans Mandl wird Bürgermeister Bruno Marek das Wort ergreifen und die Urkunden überreichen. Zum Abschluß des Festaktes liest Guido Wieland aus den ausgezeichneten Werken.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Morgen, Dienstag, 18 Uhr!

Tiroler Christbaum wünscht gesegnete Weihnachten

Gleichzeitig leuchten 21 "städtische" Christbäume

6. Dezember (RK) Morgen Dienstag, den 7. Dezember, um 18 Uhr (nicht wie ursprünglich berichtet 17 Uhr), beginnt die Feier, bei der der Tiroler Landeshauptmann Wallnöfer die 800 Lichter der großen Weißtanne auf dem Rathausplatz entzünden wird. Bei dem festlichen Akt werden die Speckbacher Stadtmusikkapelle Solbad Hall und die Musikkapelle der Wiener Verkehrsbetriebe konzertieren, die Wiltener Sängerknaben singen und ein Trompeterensemble der Wiener Symphoniker auf der Loggia des Rathausturmes spielen. Nach der Ansprache des Tiroler Landeshauptmannes wird Bürgermeister Bruno Marek das Wort ergreifen.

Der Tiroler Weihnachtsbaum wird aber nicht der einzige sein, der ab morgen abend die Wiener an das kommende Weihnachtsfest erinnert. Das Stadtgartenamt hat auch heuer wieder an verschiedenen Punkten unserer Stadt Weihnachtsbäume aufgestellt, insgesamt 21 an der Zahl. Die beiden großen Bäume vor dem Westbahnhof und bei der Oper stammen aus den Stadtforsten, und zwar aus Stixenstein, die übrigen Bäume kamen vom Jauerling nach Wien.

\- - -

Gesperrt bis 17 Uhr!

Stollenanschlag für Wiens Wasserleitungsprojekt "Sieben Quellen":

Die Rede von Bürgermeister Bruno Marek

6. Dezember (RK) Heute nahm Bürgermeister Bruno Marek den feierlichen Stollenanschlag für das Wasserleitungsprojekt der Gemeinde Wien "Sieben Quellen" im Karlgraben in der Steiermark und im Reistal in Niederösterreich vor. Damit wurde der Baubeginn für den längsten Wasserleitungsstollen Europas eingeleitet. Der durch die Schneealpe führende 9,8 Kilometer lange Tunnel wird das Wasser von den "Sieben Quellen" zur I. Wiener Hochquellenwasserleitung bringen. Die Kosten für das Gesamtprojekt sind mit 110 Millionen Schilling veranschlagt.

Bürgermeister Marek führte in seinen Reden aus: "Als Bürgermeister der Bundeshauptstadt freue ich mich, Sie heute bei diesem feierlichen Stollenanschlag begrüßen zu können. Das Wasserleitungsprojekt 'Sieben Quellen' - der Name klingt wie ein Symbol des Lebens und der Fruchtbarkeit - bildet eine wichtige Etappe im Ausbau der Wasserversorgung der Stadt Wien. Mehr noch als auf allen anderen Gebieten der Kommunalwirtschaft ist in diesem Bereich weit vorausschauende Planung und möglichst zuverlässige Abschätzung des Bedarfes in künftigen Jahrzehnten erforderlich.

Bedenken wir doch, daß sich der durchschnittliche Wasserverbrauch der Wiener Bevölkerung pro Kopf und Tag in den letzten sechzig bis siebzig Jahren ungefähr verzehnfacht hat. Er betrug um die Jahrhundertwende - vor Errichtung der II. Hochquellenleitung - rund 40 Liter und erreicht nunmehr, je nach Jahreszeit, eine Wassermenge von 300 bis 400 Liter pro Einwohner. Und der Bedarf steigt laufend weiter an. Denn der Wasserverbrauch ist ein Gradmesser der Wohnkultur, der wirtschaftlichen Blüte und der Hygiene einer Stadt. Mit der Verwirklichung unserer modernen Wohnbauprogramme, mit der Ansiedlung und Erweiterung der Industrieanlagen wird der Wasserbedarf automatisch anwachsen - eine erfreuliche Entwicklung, für die jedoch die kommunale Wasserwirtschaft rechtzeitig Vorsorge treffen muß.

./.

Es ist eine besondere Eigenart der Wiener, alles das, was seit Jahren und Jahrzehnten unzertrennlich mit ihrer Stadt verbunden ist, mit liebevollem Besitzerstolz zu umgeben. Das gilt nicht nur für die Wahrzeichen unserer Stadt, sondern ebenso auch für das Hochquellenwasser. Die Wiener sind sich der Güte ihres Wassers so sehr bewußt, daß es bekanntlich auch in populäre Werbeslogans der Wirtschaft Eingang gefunden hat! Der Erhaltung und Vermehrung des lebenspendenden Stromes aus den Bergen unserer Heimat gilt auch das Projekt, für das wir heute den Startschuß abgeben.

Die Kapazität des Kanals der I. Hochquellenleitung konnte in jüngster Zeit dank einiger einfacher baulicher Maßnahmen der Wiener Wasserwerke von 138 auf 200 Millionen Liter pro Tag gesteigert werden. Dieses Leistungsvermögen wird jedoch gegenwärtig noch bei weitem nicht ausgeschöpft. Das Wasserleitungsprojekt 'Sieben Quellen' soll dazu verhelfen, daß durch den Kanal der I. Hochquellenleitung künftig soviel von dem kostbaren Naß in das Wiener Versorgungsnetz einfließen kann, wie es der jetzige Ausbau des Kanals erlaubt.

Die 'Sieben Quellen' werden aber auch dazu beitragen, daß unser Riesenspeicher in Neusiedl am Steinfeld - der größte geschlossene Wasserbehälter der Welt - noch besser ausgenützt wird als bisher. Darüber hinaus soll das Wasser aus dem Karlgraben auch den Wasserleitungskraftwerken der Stadt Wien in Naßwald, Kaiserbrunn und Hirschwang zugute kommen.

Erlauben Sie mir, sehr verehrte Festgäste, in diesem Zusammenhang daran zu erinnern, was die Gemeinde Wien in den letzten Jahren für eine gesicherte Wasserversorgung der Bundeshauptstadt unternommen hat. Außer dem Leistungsspeicher auf dem Steinfeld haben wir das Grundwasserwerk Nußdorf und die Wientalwasserleitung ausgebaut sowie neue Wassergewinnungsanlagen an der I. und II. Hochquellenleitung geschaffen. Das neue Grundwasserwerk in der Lobau steht kurz vor seiner Vollendung. Durch Abschluß zahlreicher Lieferungs- und Tauschverträge mit den Gemeinden entlang der I. Wiener Hochquellenleitung wurde nicht nur das Wasseraufkommen für die Bundeshauptstadt sondern auch für diese niederösterreichischen Ortschaften wesentlich verbessert.

./.

Die Wichtigkeit und das Ausmaß dieser Arbeiten erkennen Sie am besten an folgendem Vergleich: die geschilderten Bauvorhaben und Aufschließungsmaßnahmen erbrachten eine zusätzliche Wassermenge von 150 Millionen Liter pro Tag. Allein diese 'Zubuße' würde beispielsweise ausreichen, die Städte Linz und Graz zusammen mit Wasser zu versorgen! Schließlich möchte ich noch erwähnen, daß die Forschungsarbeiten für die III. Wiener Wasserleitung, die wir im Auftrag der Obersten Wasserrechtsbehörde im Raum von Moosbrunn und Ebreichsdorf durchführen, mit unverminderter Intensität voranschreiten.

In weniger als drei Jahren werden nun auch die 'Sieben Quellen' aus dem Karlgraben nach Wien fließen. Das neu erschlossene Quellgebiet wird aber ebenso der niederösterreichischen und der steirischen Bevölkerung zugute kommen. Wir Wiener gehen nicht 'aufs Land', um Wasser zu hamstern. Wir wollen vielmehr in einträchtiger Zusammenarbeit mit den lokalen Behörden und Interessenten die flüssigen Bodenschätze unseres Vaterlandes zum gemeinsamen Wohle nützen. Als Bürgermeister der Stadt Wien danke ich daher ganz besonders allen jenen, die am Zustandekommen dieses Projektes beteiligt waren. Die Verwirklichung dieses Vorhabens scheint mir ein gutes Omen für eine künftige harmonische Zusammenarbeit der beiden benachbarten Bundesländer Wien und Niederösterreich zu sein. Ich wünsche allen, die in den kommenden Monaten an diesem Projekt arbeiten werden, das die glückverheißende Sieben in seinem Namen trägt, viel Erfolg und ein gutes Gelingen."

\- - -

Gesperrt bis 17 Uhr!

Stollenanschlag für Wiens Wasserleitungsprojekt "Sieben Quellen":

Die Rede von Stadtrat Hubert Pfoch

6. Dezember (RK) Heute nahm Bürgermeister Bruno Marek den feierlichen Stollenanschlag für das Wasserleitungsprojekt der Gemeinde Wien "Sieben Quellen" im Karlgraben in der Steiermark und im Reistal in Niederösterreich vor. Damit wurde der Baubeginn für den längsten Wasserleitungsstollen Europas eingeleitet. Der durch die Schneealpe führende, 9,8 Kilometer lange Tunnel wird das Wasser von den "Sieben Quellen" zur I. Wiener Hochquellenwasserleitung bringen. Die Kosten für das Gesamtprojekt sind mit 110 Millionen Schilling veranschlagt.

Stollenanschlag Karlgraben

In seiner Rede beim Stollenanschlag Karlgraben sagte Stadtrat Hubert Pfoch:

Ich freue mich außerordentlich, Sie heute anläßlich des Baubeginnes für den Überleitungsstollen zum Zwecke der Fassung und Einleitung der 'Sieben Quellen' begrüßen zu dürfen.

Die Vorarbeiten, vor drei Jahren von meinem Amtsvorgänger Franz Koci begonnen, finden, was die rechtliche Seite des Problems anlangt, seinen wohlverdienten Abschluß, der wieder nur Auftakt ist zu einer technisch und arbeitsmäßig gesehenen überaus interessanten Arbeit: den Stollenanschlag durch das Schneealpenmassiv.

Anläßlich der Errichtung der I. Wiener Hochquellenleitung in den Jahren 1869 bis 1873 wurden zunächst nur die großen Quellen am Fuße des Schneeberges in Kaiserbrunn und in Stixenstein gefaßt und abgeleitet. Die in den Wintermonaten infolge Frosteinwirkung geringer werdenden Quellschüttungen führten in der Folgezeit zur Fassung und Ableitung weiterer Quellen am Fuße der Rax bzw. der Schneealpe.

Mit der Einleitung dieser Quellen im Jahre 1897 war zunächst die Zahl der erfaßbaren Quellen erschöpft.

Der Bedarf an einwandfreiem Trinkwasser für die Wiener Bevölkerung konnte trotz der für die damalige Zeit verhältnismäßig großen Menge Wassers aus der I. Wiener Hochquellenleitung nicht gedeckt werden.

./.

Fachleute schätzten seinerzeit, weit vorausschauend für das Jahr 1950 die Einwohnerzahl von Wien auf drei Millionen und den täglichen Wasserverbrauch - der um die Jahrhundertwende 80 Liter je Kopf betragen hat - auf 140 Liter.

Tatsächlich war der Kopfverbrauch 1950 222 Liter. Er beträgt heute 300 Liter pro Kopf bei 1,5 Millionen Einwohner.

So erinnern wir uns gerne an den vorsorglichen Kauf der 'Sieben Quellen' im Jahr 1897 durch die Stadt Wien unter dem damaligen Bürgermeister Dr. Lueger und Stadtrat Gräf.

Die Wasserwerke der Stadt Wien, die sich unter anderem stets auch mit dem Ausbau der I. Wiener Hochquellenleitung beschäftigt haben, reichten im Jänner 1963 bei der Obersten Wasserrechtsbehörde ein Projekt zur Fassung und Einleitung dieser 'Sieben Quellen' in die I. Wiener Hochquellenleitung zuf wasserrechtlichen Genehmigung ein. Bei der am 1. und 2. Oktober 1963 stattgefundenen vorläufigen Überprüfungsverhandlung wurden nicht nur Einwendungen der durch die geplante Wasserableitung und befürchteten Quellenschutzmaßnahmen berührten Gemeinden, Wasserkraft- und Fischereiberechtigte, Grundbesitzer sowie Weideberechtigte vorgebracht, sondern auch die Gefährdung öffentlicher Interessen unter dem Gesichtspunkte des Natur- und Landschaftsschutzes, des Fremdenverkehrs, der Almwirtschaft, der Wasserkraftnutzung, der Sicherung der Wasserversorgung und Reinhaltung der Gewässer, geltend gemacht.

Am 12. Februar 1964 wurden schließlich die 'Sieben Quellen' unter Denkmalschutz gestellt und ab sofort jede Veränderung an den Grundstücken, auf denen sich die 'Sieben Quellen' befinden, untersagt.

Die Wasserwerke der Stadt Wien haben auf der Grundlage der im Gegenstand geführten Verhandlungen hierauf weitere Untersuchungen veranlaßt, mit den zahlreichen Parteien und beteiligten Behörden umfangreiche und schwierige Besprechungen aufgenommen und das Detailprojekt schließlich der Obersten Wasserrechtsbehörde zur Genehmigung vorgelegt.

./.

Die wasserrechtliche Verhandlung über dieses Detailprojekt fand am 23. und 24. März 1965 in Neuberg an der Mürz bzw. am 25. März 1965 in Hinternaßwald statt. Diese Verhandlung brachte eine einvernehmliche Klärung aller Fragen, die im Verfahren, betreffend die Fassung und Ableitung der 'Sieben Quellen' vorgebracht wurden.

Für das in der Endphase der Verhandlungen gezeigte Verständnis der vorhin genannten Stellen, Personen und Körperschaften und deren Bereitwilligkeit zu einer optimalen Lösung zu gelangen, danke ich besonders.

Auf Grund schlüssiger Gutachten der geologischen, karsthydrologischen, wasserbautechnischen und ärztlichen Sachverständigen bzw. auf das im wesentlichen einvernehmliche Verhandlungsergebnis wurde am 30. Juni 1965 vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft die von der Stadt Wien erbetene wasserrechtliche Bewilligung erteilt. Das naturschutzbehördliche Verfahren steht derzeit kurz vor dem Abschluß. Die baubehördliche Bewilligung für die Anlagen im Karlgraben liegt bereits vor. Die Grundbenützungsfrage konnte geklärt werden. Mit den zahlreichen Wasserkraftberechtigten an der Mürz bzw. an der Mur wurden umfangreiche Ablösevereinbarungen abgeschlossen.

Mit der Einleitung der 'Sieben Quellen' wird der Kanal der I. Wiener Hochquellenleitung im Durchschnitt um rund 20 Prozent bzw. um 26 Millionen Liter pro Tag mehr Wasser den Versorgungsgebieten zuleiten können. Allein mit dieser Wassermenge wird es möglich sein, den 600 Millionen Liter fassenden Wasserbehälter Neusiedl am Steinfeld alljährlich fünfzehnmal vollzufüllen bzw. den Betrieb dieses wichtigen Speichers beträchtlich wirksamer und elastischer zu gestalten. Der wasserrechtliche Ableitungskonsens von den 'Sieben Quellen' wurde mit 400 Liter/sec. das sind 34,560.000 Liter Wasser pro Tag festgelegt.

Die Stadt Wien hat es bei den rechtlichen Verfahren gerne übernommen, die Wasserversorgung der Gemeinde Neuberg an der Mürz sowie der Gemeinden des oberen Mürztales aus den, ein Privatgewässer der Stadt Wien darstellenden 'Sieben Quellen', zu befriedigen.

./.

Die Kosten für die Errichtung des vorliegenden Projektes werden mit 110 Millionen Schilling geschätzt. Das Projekt und die erste Baurate des Sachkredites wurde vom Wiener Gemeinderat bereits mit Beschluß vom 30. Juli 1965 genehmigt.

Nach Durchführung einer öffentlichen Ausschreibung genehmigte der für die Wasserversorgung der Stadt Wien zuständige Gemeinderatsausschuß VIII am 15. November 1965 die Vergabe der Arbeiten am Kernstück des genannten Bauvorhabens, das ist der Schneealpenstollen, dessen Anschlag wir heute feiern, an die beiden in Stollenbauarbeiten bewährten Arbeitsgemeinschaften: Hinteregger und Söhne, Aumann, Keller, Pichler für das Baulos Karlgarben und H. Rella & Co, A. Porr, Universale, P. Auteried & Co. für das Baulos Hinternaßwald.

Als Amtsführender Stadtrat für die Verwaltungsgruppe VIII - Öffentliche Einrichtungen danke ich allen am Zustandekommen dieses Bauvorhabens beteiligten Personen und Dienststellen und bitte Sie alle, dem gegenständlichen Projekt weiterhin volle Unterstützung zuteil werden zu lassen. Die beiden bauausführenden Arbeitsgemeinschaften ersuche ich, die erforderlichen Arbeiten in voller Tatkraft auszuführen, so daß das Wasser der 'Sieben Quellen' bereits in den Wintermonaten des Jahres 1968/69 der Bevölkerung für Trinkwasserzwecke zur Verfügung stehen wird.

Ich bitte nun einen Vertreter der Arbeitsgemeinschaft, das nunmehr zur Ausführung gelangende Wasserleitungsprojekt 'Sieben Quellen' technisch zu erörtern."

Stollenanschlag Reistal

Beim Stollenanschlag im Reistal, Hinternaßwald, sagte Stadtrat Pfoch:

Die große Zahl von Festgästen, die sich heute schon um zehn Uhr nahe von Neuberg an der Mürz im Karlgraben aus Anlaß des Beginnes der Arbeiten am Überleitungsstollen durch das Schneealpenmassiv zum Zwecke der Fassung und Einleitung der 'Sieben Qellen' und nun auch hier in Hinternaßwald eingefunden haben, zeugt von dem eminenten Interesse, das die Öffentlichkeit diesem Projekt entgegenbringt.

./.

Dieses Intersse, das ich mit Freude feststelle, stärkt uns auch in dem Willen, alle Maßnahmen zu fördern oder zu treffen, die zur klaglosen Versorgung der Bevölkerung Wiens mit erstklassigem in jeder Hinsicht einwandfreiem Trinkwasser führen. Ein Unterfangen, das bei dem ständig steigenden Bedarf - im Jahre 1965 sind es wieder um nahezu vier Millionen Kubikmeter Wasswe oder drei Prozent des Gesamtverbrauches mehr - nur mit Hilfe aller Stellen des Bundes und der Länder gelingen kann.

Nicht minder groß ist die Aufmerksamkeit, die dem Bauvorhaben selbst zugewendet wird. Der Tunnelbau, der Stollenanschlag, ist nun einmal ein Arbeitsvorgang, dem mit Recht Hochachtung und Respekt entgegengebracht wird. Wenn vor 70 Jahren dieses Projekt auf Grund des damaligen Standes der Stollenbautechnik und der damit verbundenen enormen Kosten nicht realisierbar war, so freut es uns heute, daß nach Überwindung der nicht unbedeutenden rechtlichen Voraussetzungen auch die technischen und finanziellen Möglichkeiten gegeben sind.

Durch Beschluß des Wiener Gemeinderates vom 30. Juli 1965 kann und nach Ausschreibung der Bauarbeiten und Vergabe an die Firmen ARGE: Hinteregger, Aumann, Keller und Pichler sowie die ARGE: Rella, der die Firmen Porr, Universale und Auteried angeschlossen sind, mit den Arbeiten begonnen werden.

Ich möchte noch ein Wort des Dankes sagen an meinen Amtsvorgänger, Stadtrat Koci, an Herrn Senatsrat Dipl.-Ing. Geilhofer, Senatsrat Dipl.-Ing. Kochanek, Senatsrat Dipl.-Ing. Drennig und allen Damen und Herren der Wiener Wasserwerke, an welcher Stelle immer sie mitgeholfen und die dem Werk ihre volle Aufmerksamkeit zugewendet haben und ihm jede mögliche Unterstützung angedeihen ließen.

Herr Bürgermeister, man weiß um Ihre Liebe, die Sie der österr ichischen Landschaft, den Wäldern, den Bergen und Tälern, der Natur entgegenbringen und so möchte ich Ihnen die Zusicherung geben, daß wir alles tun wollen, um die Harmonie der Technik zur Natur herzustellen.

Die Bauten und Anlagen der Wiener Wasserwerke waren und sind, stets unter Wahrung ihres Zwecks, der Umgebung, in der sie sich befinden, eingefügt im besten Sinne des Wortes angepaßt worden. So wollen wir es auch hier halten."

\- - -

Gemeinwirtschaftliche Leistungen bei Raumaufschließungen

6. Dezember (RK) Der Präsident der Arbeitsgemeinschaft der österreichischen Gemeinwirtschaft, Vizebürgermeister Felix Slavik, hat für 9. Dezember zu einem Vortrag dieser Vereinigung eingeladen. Am Donnerstag, um 15.30 Uhr, wird der Leiter der Magistratsabteilung für Straßenbau, Senatsrat Dipl.-Ing. Friedrich Grassinger, im Großen Sitzungssaal der Wiener Städtischen Versicherung im Ringturm über das Thema "Gemeinwirtschaftliche Leistungen bei Raumaufschließungen" sprechen.

\- - -

Morgen, Dienstag:

Die 100.000. Montagebauplatte in Kagran

Bürgermeister Bruno Marek hebt die Jubiläumsplatte "aus der Taufe"

6. Dezember (RK) Morgen Dienstag, den 7. Dezember, um 15 Uhr, feiert das Montagebauwerk in Kagran, 22, Erzherzog Karl-Straße wieder ein Jubiläum: die 100.000. Schwerbetonplatte wird, festlich bekränzt, die Halle verlassen. Das "auslösende Moment" wird Bürgermeister Marek persönlich sein; er wird den Druckknopf betätigen, der den Greifmechanismus auslöst, mit dessen Hilfe der tonnenschwere Bauteil aus der Gußform gehoben wird. Auch Baustadtrat Heller und Stadtbaudirektor Dipl.-Ing. Koller werden dem Ereignis beiwohnen.

Geehrte Redaktion!

Sie werden herzlich eingeladen, zur Feier der Fertigstellung der 100.000. Montagebauplatte im Werk Kagran, 22, Erzherzog Karl-Straße, Dienstag, den 7. Dezember, 15 Uhr, Berichterstatter und Fotoreporter zu entsenden.

\- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

6. Dezember (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Inländischer Chinakohl 3.50 bis 5 S je Kilo, inländischer Kohlrabe 1.50 bis 2.50 S je Stück, inländisches Weißkraut 2.50 bis 4 S je Kilo.

Obst: Inländische Äpfel Wirtschaftsware 4.50 bis 7 S je Kilo, inländische Äpfel, Tafelware 6 bis 12 S je Kilo, ausländische Orangen 5 bis 10 S je Kilo.

Großer Werbebus-Erfolg in der Steiermark

6. Dezember (RK) Der Gelenkautobus der Wiener Verkehrsbetriebe absolvierte, wie der amtsführende Stadtrat für die städtischen Unternehmungen, Dr. Maria Schaumayer mitteilt, zum vergangenen Wochenende seine erste Fahrt in die Steiermark. Der Autobus wurde in allen Orten, in Pinggau, Fürstenfeld, Feldbach, Radkersburg, Strass, Leibniz, Gleisdorf, Birkfeld und Ratten überaus freundlich aufgenommen. Insgesamt besuchten 449 Personen den Werbebus, wovon sich 82 Männer und 3 Frauen als ernste Interessenten erwiesen.

\- - -

Rinderhauptmarkt vom 6. Dezember

6. Dezember (RK) Unverkauft von der Vorwoche: 0. Neuzufuhren Inland: 69 Ochsen, 317 Stiere, 860 Kühe, 190 Kalbinnen, Summe 1.436. Verkauft wurden: 67 Ochsen, 317 Stiere, 860 Kühe, 190 Kalbinnen, Summe 1.434. Unverkauft blieben 2 Ochsen.

Preise: Ochsen 13 bis 16.40 S, extrem 16.70 bis 17.50 S, 9 Stück, Stiere 13 bis 16.50 S, extrem 16.70 S, 2 Stück, Kühe 9 bis 13.20 S, extrem 13.50 bis 14 S, 4 Stück, Kalbinnen 13 bis 16.50 S, extrem 16.50 bis 17.50 S, 6 Stück; Beinlvieh Kühe 7 bis 8.80 S, Ochsen und Kalbinnen 10.50 bis 12.50 S. Der Durchschnittspreis ermäßigte sich bei Ochsen um 10 Groschen, bei Stieren um 24 Groschen, bei Kühen um 35 Groschen und bei Kalbinnen um 14 Groschen je Kilogramm.

Die Durchschnittspreise einschließlich Beinlvieh betragen für: Ochsen 14.47 S, Stiere 15.14 S, Kühe 10.26 S, Kalbinnen 14.83 S; Beinlvieh verbilligte sich bis zu 50 Groschen je Kilogramm. Im Auslandsschlachthof keine Zufuhren.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

E-Werk Simmering in Vergleichen

Der doppelte Strombedarf der Bundesbahn - Kühlwasserbedarf mehr als doppelt so hoch wie der Trinkwasserverbrauch Wiens

7. Dezember (RK) Die großen Werke der modernen Technik lassen sich oft nur durch Vergleiche verständlich machen. So geht es auch mit dem neuen Blockkraftwerk IV, das am vergangenen Samstag in Simmering offiziell in Betrieb genommen wurde. Man kann sich unter der kurzen Bezeichnung "Block IV" wenig vorstellen. Daher einige Vergleiche, die uns der Amtsführende Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen Dr. Maria Schaumayer zur Verfügung stellte.

Schon bisher hätte Simmering mit den bestehenden Stromerzeugungsanlagen den Energiebedarf von Salzburg oder Kärnten decken können. Zusammen mit dem neuen Werk könnte Simmering allein den zehnfachen Strombedarf des Burgenlandes sicherstellen oder noch eindrucksvoller, doppelt soviel Strom liefern, wie die Österreichischen Bundesbahnen benötigen.

84.000 Kilowatt leistete Simmering vor Inbetriebnahme des Block III, dann kamen 64.000 Kilowatt dazu und nun mit dem Block IV 110.000 Kilowatt. Die gesamte Leistungsfähigkeit des Dampfkraftwerkes Simmering beläuft sich also zurzeit auf 258.000 Kilowatt. Die höchste Belastung des gesamten Salzburger Versorgungsgebietes betrug dagegen im Dezember vorigen Jahres insgesamt 144.100 Kilowatt.

Auch der technische Fortschritt läßt sich aus einigen Vergleichen herauslesen. In den Jahren 1955 wurde eine alte Anlage mit 35 Megawatt abgebrochen, die auf einer Gesamtfläche von

./.

11.134 Quadratmeter installiert war. Das moderne Werk IV mit seiner Leistung von 110 Megawatt benötigt nurmehr 4.863 Quadratmeter bebaute Fläche.

Gigantisch auch der Kühlwasserbedarf in Simmering. 12.000 Liter Wasser pro Sekunde, das sind 43.200 Kubikmeter in der Stunde, werden benötigt. Wenn man den durchschnittlichen Trinkwasserverbrauch in Wien mit annähernd 19.000 Kubikmeter in der Stunde annimmt, so kommt man auf den 2,3 fachen Wasserbedarf des Werkes Simmering. Ein Glück, daß dieses Wasser aus dem Donaukanal entnommen wird.

Im Block IV wurden 200.000 Meter Kabel verlegt, das entspricht der Entfernung Wien - Graz. Die Rohrleitungen kommen mit einer Länge von 130.000 Meter immerhin auf die Entfernung Wien - Amstetten.

Nun wird uns allmählich klar, welche Anstrengungen notwendig sind, um den ständig steigenden Stromverbrauch in unserer Stadt zu decken. Nocheinmal ein Vergleich: im Jahr 1956 betrug der größte Tagesbedarf in Wien 5.853 MWh, im Jahr 1965 war bisher der größte Tagesbedarf 11.000 MWh. Der gesamte Strombedarf für das von den Wiener Elektrizitätswerken versorgte Gebiet entspricht heute dem zweifachen Bedarf von Frankfurt am Main und ist eineinhalbmal größer als der Energiebedarf der bayrischen Landeshauptstadt München.

Ein allerletzter Vergleich zum Schluß: eine Kilowattstunde kostet uns 61 Groschen, das ist sogar noch weniger als eine Semmel kostet.

\- - -

Allgemeine Viehzählung 1965

7. Dezember (RK) Wie alljährlich findet auch heuer eine Allgemeine Viehzählung in ganz Österreich statt, wobei Pferde, Rinder, Schweine, Schafe, Ziegen und Geflügel gezählt werden. Mit dieser Zählung ist auch eine Erhebung über die Hausschlachtungen von Stechvieh verbunden.

In Wien werden die Erhebungen am 10. Dezember von den Magistratischen Bezirksämtern durchgeführt, die hiefür amtliche Zähler bestellen. In jeder Haushaltung, die für die genannten Erhebungen in Betracht kommt, muß am Zähltag, also am 10. Dezember, eine Auskunftsperson anwesend sein. Hat am Zähltag kein Zähler vorgesprochen, so ist der Viehhalter verpflichtet, am nächsten Tag beim Magistratischen Bezirksamt die erforderlichen Angaben zu machen. Die Unterlassung dieser Meldung sowie wahrheitswidrige oder unvollständige Auskünfte bei der Zählung sind strafbar.

Ebenfalls mit Stichtag 10. Dezember findet eine Erhebung der Besitzverhältnisse, der land- und forstwirtschaftlichen Arbeitskräfte und bestimmter betriebswirtschaftlicher Daten statt. Auskunftspflichtig ist jeder Bewirtschafter (Eigentümer, Besitzer, Pächter oder sonstige Nutznießer oder deren Beauftragte) einer Fläche von mindestens einem halben Hektar, wenn sie ganz oder teilweise land- oder forstwirtschaftlich genutzt wird; Erwerbsgartenbau-, -obstbau- und -weinbaubetriebe auch dann, wenn die Betriebsfläche kleiner als einen halben Hektar ist. Die zur Auskunftserteilung verpflichteten Personen haben in der Zeit vom 10. Dezember bis 23. Dezember 1965 im Gemeindeamt zu erscheinen und dort die ausgefüllten Betriebsbogen vorzulegen. In Wien werden die Betriebsbogen mit Ladungsbescheid zugestellt.

Für die Erhebungsorgane besteht laut Bundesgesetz Geheimhaltungspflicht; die gewonnenen Angaben dürfen somit nur für die Statistik verwendet werden.

Die Bevölkerung wird um verständnisvolle Mitwirkung gebeten.

\- - -

Donnerstag beginnt die Budgetdebatte

Nächste Woche Festsitzung des Wiener Landtages

7. Dezember (RK) Donnerstag, den 9. Dezember, beginnen die Beratungen des Wiener Gemeinderates über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien 1965. Die Sitzung wird an diesem Tag um 10 Uhr eröffnet. Vizebürgermeister Felix Slavik wird die Generaldebatte über das Budget und die Spezialdebatte über die Geschäftsgruppe II Finanzwesen mit einem grundlegenden Referat einleiten.

An den folgenden Tagen, mit Ausnahme sonntags und Montag den 13. Dezember, werden die Beratungen jeweils um 9 Uhr wieder aufgenommen. Täglich wird ein Kapitel in der Reihenfolge der Geschäftseinteilung behandelt. Dienstag, den 21. Dezember wird über das Budget der Hoheitsverwaltung abgestimmt, Mittwoch, den 22. Dezember werden die Wirtschaftspläne der Städtischen Unternehmungen behandelt.

Montag, den 13. Dezember, tritt um 9 Uhr der Wiener Landtag zu einer Festsitzung zusammen, die anläßlich der 20. Wiederkehr des Jahrestages des erstmaligen Zusammentretens des Wiener Landtages nach der Wahl vom 25. November 1945 stattfindet. Nach der Begrüßung von Präsident Dr. Wilhelm Stemmer wird Landeshauptmann Bruno Marek die Festrede halten.

Die Budgetberatungen werden an diesem Tag um 10.30 Uhr fortgesetzt.

\- - -

"Wirtschaftsmacht" Sparvereine!

Zentralsparkasse betreut 1.162 Vereine - heuer 102 Millionen Schilling

7. Dezember (RK) Wie aus dem Monatsbericht der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien hervorgeht, haben die Spareinlagen bei diesem Institut im Monat Oktober - nicht zuletzt durch den überwältigenden Erfolg des Weltspartages - einen effektiven Zuwachs von 193,1 Millionen Schilling zu verzeichnen. Damit sind die Spareinlagen bei der Zentralsparkasse seit Jahresbeginn um 646,9 Millionen Schilling gestiegen. Ende Oktober betrugen die gesamten Spareinlagen 7.504,8 Millionen. Damit erhöhte sich auch der Gesamteinlagenstand auf 12.246,3 Millionen Schilling. Die Zahl der Sparkonten hat sich im selben Zeitraum auf 774.913, jene der Girokonten auf 108.544 erhöht.

Im November werden auch alljährlich die Sparvereine ausgezahlt. Heuer hat die Zentralsparkasse 1.162 Sparvereine betreut, an die in diesen Tagen mehr als 102 Millionen Schilling ausgezahlt werden. Diese Beträge gehen an rund 100.000 Sparvereins-Mitglieder und stellen sicherlich in der Vorweihnachtszeit einen kräftigen Impuls für die heimische Wirtschaft dar. Für die Auszahlungen an ihre Mitglieder wurden den Sparvereinen rund 780.000 Stück Banknoten und fast drei Tonnen Münzgeld zur Verfügung gestellt.

\- - -

Übler Vandalismus der Kaiser Ebersdorfer "Krampusse"

7. Dezember (RK) In der Nacht vom 5. auf 6. Dezember kam es in der öffentlichen Gartenanlage in Kaiser Ebersdorf, Artillerieplatz, zu einem "Krampusrummel" sehr bösartiger Natur:

Von bisher noch unbekannten Tätern wurden hier fünf Schwarzföhren, und vier Birken brutal umgehackt und liegen gelassen. Ferner wurde eine Parkbank völlig demoliert. Der so sinnlos angerichtete Sachschaden beläuft sich auf mindestens 5.000 Schilling, worin der idelle Wert der Bäume für die Bevölkerung natürlich nicht zum Ausdruck kommt.

Die Polizei hat die Fahndung nach den Vandalen bereits mit Fährtenhunden eingeleitet.

\- - -

Stollenanschlag "Sieben Quellen":

Grußtelegramme von Bürgermeister Marek an die Landeshauptleute

Krainer und Hartmann

7. Dezember (RK) Im Anschluß an den feierlichen Stollenanschlag für das Wasserleitungsprojekt der Gemeinde Wien "Sieben Quellen", den Bürgermeister Bruno Marek gestern am Fuß der Schneealpe in der Steiermark und in Niederösterreich vornahm, sandte der Wiener Bürgermeister Grußtelegramme an die Landeshauptleute der Steiermark und Niederösterreichs.

In dem Telegramm an Landeshauptmann Josef Krainer heißt es:

"Aus Anlaß des Stollenanschlages in Neuberg, Karlgraben, entbiete ich herzlichste Grüße im eigenen Namen und namens des Landes Wien. Das heute begonnene Werk soll die Verbundenheit mit dem Bundesland Steiermark symbolisieren."

Landeshauptmann Dipl.-Ing. Eduard Hartmann erhielt von Bürgermeister Marek folgendes Telegramm:

"Im Anschluß an den Stollenanschlag in Neuberg erfolgt der Stollenanschlag in Hinternaßwald. Dieses Ereignis nehme ich zum Anlaß, um Ihnen herzliche Grüße im eigenen Namen und namens des Landes Wien zu übermitteln. Die Zusammenarbeit unserer drei Bundesländer vollbringt ein Werk der Solidarität zum gemeinsamen Wohle."

\- - -

Verband der Auslandspresse in Wien hat neuen Vorstand

Bürgermeister Marek schickte Glückwunschtelegramm

7. Dezember (RK) Die Mitglieder des Verbandes der Auslandspresse in Wien wählen jedes Jahr ihren Vorstand. Diese kurzen Intervalle sind darin begründet, daß viele Auslands-Journalisten, ähnlich wie im Diplomatischen Dienst, ihren Sitz häufig wechseln. In der 20. Generalversammlung, die soeben stattfand, wurde Henri Kohler ("Agence France Presse") zum Präsidenten gewählt. Vizepräsident wurde Wilhelm Krasser ("Reuter"). Manfred v. Conta ("Süddeutsche Zeitung") wurde Generalsekretär.

Die Wiener Stadtverwaltung legt seit jeher großen Wert auf gute Beziehungen zur Auslandspresse. Da alle hier akkreditierten Auslands-Journalisten immer wieder auch über Österreichs Bundeshauptstadt schreiben, helfen sie mit, in der Welt für Wien zu werben. Die Pressestelle der Stadt Wien hat guten Kontakt mit den Auslandkorrespondenten; Rathaus-Pressechef Wilhelm Adametz ist schon vor Jahren zum außerordentlichen Mitglied des Verbandes gewählt worden.

Anläßlich der eben stattgefundenen Wahl hat Bürgermeister Bruno Marek an den Verband der Auslandspresse ein Glückwunschtelegramm folgenden Inhaltes gerichtet:

"Herzlichen Glückwunsch zur Wahl Ihres neuen Vorstandes. Die Herren der neuen Leitung genießen hohes Ansehen und sind mir als Freunde der Wiener Stadtverwaltung bekannt. Allen Damen und Herren Ihres Verbandes wünsche ich beruflichen Erfolg und persönliches Wohlergehen."

\- - -

Bgm. Marek überreichte Kinder- und Jugendbuchpreise 1965

7. Dezember (RK) Heute vormittag überreichte Bürgermeister Bruno Marek im Stadtsenatssaal des Wiener Rathauses die diesjährigen Kinder- und Jugendbuchpreise der Stadt Wien. Die Jury für die Zuerkennung dieser Preise hatte am 10. November folgendermaßen entschieden:

Den Kinderbuchpreis der Stadt Wien erhielten Marlen Haushofer für "Brav sein ist schwer" (Verlag für Jugend und Volk) und Mira Lobe für "Die Omama im Apfelbaum" (Verlag Jungbrunnen).

Der Jugendbuchpreis der Stadt Wien wurde Mira Lobe für "Meister Thomas in St. Wolfgang" (Verlag für Jugend und Volk) zuerkannt.

Der Illustrationspreis wurde Helga Demmer für die Bilder zu dem Buch von Elly Demmer "Was kribbelt und krabbelt und leuchtet und blüht" (Österreichischer Bundesverlag) verliehen.

Folgende Werke erhielten Anerkennungsdiplome: Winfried Bruckner, "Die Pfoten des Feuers" (Jungbrunnen); Elly Demmer, "Was kribbelt und krabbelt und leuchtet und blüht" (Österreichischer Bundesverlag); Milo Dor, "Der Sohn des Wesirs" (Jugend und Volk); Vera Ferra-Mikura, "Besuch bei den drei Stanisläusen" (Jungbrunnen) und "Das Luftschloß des Herrn Wuschelkopf" (Jungbrunnen); Ortwin G. Kirchmayr, "U 20 - die Nacht der Jagd" (Österreichischer Bundesverlag); Mira Lobe, "Laßt Euch drei Geschichten erzählen" (Jugend und Volk); Lene Mayer-Skumanz, "Ein Engel für Monika" (Österreichischer Bundesverlag); Dr. Walter Norden, "Flieg mit uns" (Jugend und Volk); Ilse Schaller, "Himpel, Hampel, Humpel und der Vogel Hui" (Österreichischer Bundesverlag); Prof. Max Stebich "Aus Moor und Heide" (Verlag Julius Breitschopf); Anna Ungar "Die Prüfung der Kati Biro" (Jugend und Volk).

Zu der musikalisch umrahmten Feierstunde - das Streichquartett des Konservatoriums der Stadt Wien spielte Musik von Joseph Haydn - hatten sich mit Bürgermeister Bruno Marek die Stadträte Hans Mandl und Hubert Pfoch sowie Stadtschulratspräsident Dr. Max Neugebauer eingefunden. Unter den Festgästen sah man zahlreiche Mitglieder des Gemeinderates sowie Persönlichkeiten des Literatur- und Verlagswesen unserer Stadt.

./.

Hohe literarische Qualität der Kinder- und Jugendbücher

Kulturstadtrat Hans Mandl stellte die diesjährigen Preisträger vor. Seit der Stiftung des Jugendbuchpreises der Stadt Wien im Jahre 1954, so führte der Stadtrat dabei aus, wurden zahlreiche Diplome und Preise sowie Anerkennungsdiplome vergeben. In diesen zwölf Jahren haben sich Inhalt und Gesicht des österreichischen Kinder- und Jugendbuches bedeutend gewandelt. Wer jetzt die Auslagen unserer Buchhandlungen betrachtet, findet in ihnen den auch optisch sehr erfreulichen Niederschlag schriftstellerischer und verlegerischer Bemühungen. Wir sind wohl zu der Annahme berechtigt, daß an dieser so erfreulichen Entwicklung der österreichischen Kinder- und Jugendbuchpreise auch ihren Anteil hat.

Ferner sagte Stadtrat Mandl: "Mit der Feststellung, daß die literarische Qualität und der künstlerische Wert der heimischen Kinder- und Jugendbücher sehr gut geworden sind, drücke ich auch die Meinung der Jury aus, die diese Arbeit im Dienste des guten Jugendbuches in diesem Jahr zu vollbringen hatte. Diese beträchtliche Qualitätssteigerung des Jugendschrifttums in Österreich fand im Wettbewerb um den 'Kinder- und Jugendbuchpreis der Stadt Wien' in diesem Jahr ihren besonderen Ausdruck, denn in keinem Jahr wurden so viele Kinder- und Jugendbücher in einem Wettbewerb mit Anerkennungsdiplomen ausgezeichnet. Teilgenommen haben am Wettbewerb um den Kinder- und Jugendbuchpreis der Stadt Wien 25 Autoren aus neun Wiener Verlagen mit 31 Werken." Mit dem Dank an die bei dem Wettbewerb vertretenen Verlage und die Versicherung, daß die Stadt Wien auch weiterhin Verlegern und Autoren die verdiente Förderung und Anerkennung angedeihen lassen werde, schloß Stadtrat Mandl seine Rede.

Das richtige Geschenk für unsere Kinder

Bürgermeister Bruno Marek dankte in seiner Festrede den preisgekrönten Autoren für die literarischen Kostbarkeiten, die unseren Kindern und Jugendlichen alles das auf ihren Lebensweg mitgeben können, das sie dazu befähigt, ihre Zukunft gut und richtig aufzubauen. In einem Rückblick auf seine eigene Jugendzeit erinnerte der Bürgermeister an die Bücher und Lieder von

./.

damals, die keineswegs dazu angetan waren, solchen hochstehenden Zielen zu dienen. Die Kinder von damals lasen und sangen von Soldaten und Feldherrn. Dann kamen der erste und der zweite Weltkrieg, in denen jedes menschliche Gefühl getötet wurde. Jetzt aber ist eine neue Zeit angebrochen, in der wir nur das tun, was wir auch vor der Zukunft verantworten können.

"Die Fülle der diesjährigen Preise beweist die hohe Qualität der Kinder- und Jugendbücher", stellte Bürgermeister Marek sodann fest. "Ich möchte Ihnen allen für den Geist, der aus Ihren Büchern spricht, aus ganzem Herzen danken. An die Presse aber richte ich die Bitte, diesen wirklich außerordentlich guten Büchern bei den Rezensionen besondere Sorgfalt angedeihen zu lassen, um den Eltern bei der Auswahl der Weihnachtsgeschenke für ihre Kinder behilflich zu sein. Wenn eines dieser Bücher auf einem Weihnachtstisch liegt, dann ist es das richtige Geschenk, das dazu angetan ist, den kleinen Menschen zu formen und ihm die Liebe nicht nur zu den Menschen, sondern zu aller lebenden Kreatur zu vermitteln."

Anschließend überreichte der Bürgermeister die Preise, die Anerkennungsdiplome für die Autoren sowie die Diplome für die Verlage. Im Namen der Preisträger dankte Frau Mira Lobe, der heuer die außergewöhnliche Leistung gelang, innerhalb eines Jahres sowohl den Kinderbuch- als auch den Jugendbuchpreis und ein Anerkennungsdiplom zu erhalten. Abschließend las Guido Wieland aus den mit dem Kinder- und Jugendbuchpreis ausgezeichneten Büchern.

\- - -

35 Millionen Wohnbauförderungsdarlehen bewilligt

7. Dezember (RK) In der Sitzung der Wiener Landesregierung, die heute unter Vorsitz von Landeshauptmann Bruno Marek stattfand, wurden auf Antrag von Vizebürgermeister Felix Slavik Darlehen nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1954 in der Gesamthöhe von 35,091.000 Schilling bewilligt. Mit diesen Mitteln werden 228 Wohnungen und Eigenheime sowie ein Geschäftslokal errichtet werden. Der größte Teil der Darlehen entfiel wieder auf gemeinnützige Bauvereinigungen.

\- - -

Neue Gemeindesubventionen für Kultur- und Volksbildung

7. Dezember (RK) Kulturstadtrat Hans Mandl beantragte heute in der Sitzung des Wiener Stadtsenates vier Subventionsanträge an kulturelle und volksbildnerische Vereinigungen in der Gesamthöhe von 140.000 Schilling. Es erhalten: der Verband Wiener Volkshilfe 100.000 Schilling, das Österreichische Bauzentrum 20.000 Schilling, der Österreichische Naturschutzbund 15.000 und der Neue Hagenbund 5.000 Schilling.

\- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

7. Dezember (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Inländischer Chinakohl 3.50 bis 5 S je Kilo, inländischer Kohlrabi 1 bis 2.50 S je Stück, inländisches Weißkraut 2.50 bis 5 S je Kilo.

Obst: Inländische Äpfel, Wirtschaftsware 4.50 bis 7 S je Kilo, inländische Äpfel, Tafelware 6 bis 12 S je Kilo, Orangen, blond sind schon ab 4.50 S je Kilo erhältlich und kosten bis 10 S je Kilo.

Personalnachrichten

7. Dezember (RK) Auf Antrag des städtischen Personalreferanten Stadtrat Hans Bock hat heute der Wiener Stadtsenat den Amtsrat Eduard Schläger (Magistratsabteilung 6) zum Oberamtsrat befördert.

Anläßlich der Versetzung in den Ruhestand wurde dem Senatsrat der Verkehrsbetriebe Dipl.-Ing. Karl Schemel der Titel Technischer Vizedirektor verliehen. Aus dem gleichen Anlaß wurde den Senatsräten Dipl.-Ing. Robert Kainz, Franz Obermaier, Dipl.-Ing. Franz Ruprich und Dipl.-Ing. Heinrich Strasser Dank und besondere Anerkennung ausgesprochen. Den Oberamtsräten Gottfried Homann, Josef Reichel und Karl Schuster sowie den Amtsräten Othmar Hierat, und Karl Panek wurde Dank und Anerkennung ausgesprochen. Ebenfalls wegen Versetzung in den Ruhestand wurde dem Stadtbaurat Dipl.-Ing. Oskar Tegtbauer der Titel Oberstadtbaurat verliehen.

\- - -

Gesperrt bis 17.30 Uhr:

800 Lichter brennen am Tiroler Weihnachtsbaum für die Wiener

7. Dezember (RK) Im Rahmen einer stimmungsvollen Feierstunde auf dem Rathausplatz wurde heute abend der Tiroler Weihnachtsbaum illuminiert. Um 17.30 Uhr begann ein weihnachtliches Platzkonzert abwechselnd dargeboten von der Musikkapelle der Wiener Verkehrsbetriebe und der Speckbacher Stadtmusikkapelle aus Solbad Hall. Kurz vor 18 Uhr stimmten die Wiltener Sängerknaben, die zu Ehren der Bundeshauptstadt Wien ebenfalls aus Tirol hierher gekommen sind, reizende Weihnachtslieder ihrer Heimat an.

Um 18 Uhr erlosch die kleine Rathausbeleuchtung und der Bläserchor der Wiener Symphoniker intonierte eine Festfanfare. Dann trat Landeshauptmann-Stellvertreter Stadtrat Hans Mandl ans Rednerpult und begrüßte die erschienenen Ehrengäste, darunter den Tiroler Landeshauptmann Dr. Wallnöfer, Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Kunst und andere Herren de Tiroler Landesregierung. Von seiten der Bundeshauptstadt waren Bürgermeister Marek, Vizebürgermeister Slavik, die Stadträte Bock, Maria Jacobi, Mandl, Dr. Prutscher, Dr. Maria Schaumayer und Sigmund sowie die Präsidenten des Wiener Landtages Mühlhauser und Helene Potetz erschienen. Stadtrat Mandl führte in seiner Ansprache aus:

"Ich habe die Auszeichnung und die Freude, Sie meine Damen und Herren im Namen der Stadtverwaltung, bei der heutigen Illuminierung des Weihnachtsbaumes aus Tirol auf das herzlichste begrüßen zu dürfen und Ihnen für Ihr Erscheinen zu danken. Vor zwei Wochen kam diese Prachttanne, die heute festlich geschmückt in majestätischer Größe vor uns steht, nach einer langen Reise in Wien an und wurde von tausenden Wienerinnen und Wienern freudig erwartet. Als der Baumriese, überzuckert vom ersten Schnee und geschmückt mit dem Tiroler Wappen im 15. Bezirk eintraf, wurde er mit Weihnachtsliedern, gesungen von hellen Kinderstimmen, willkommen geheißen.

Mit Liebe und Sorgfalt wurden die notwendigen Vorbereitungen getroffen und auch hier verfolgen unzählige Zuschauer die Schmückung 'ihres' Weihnachtsbaumes.

./.

Nehmen Sie bitte, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, werte Festgäste, von dieser kleinen Feier den Eindruck mit, daß ganz Wien sich nicht nur über diese prachtvolle Weißtanne aus den Tiroler Bergen freut, sondern vor allem die schöne Geste der Verbundenheit Tirols mit seiner Bundeshauptstadt dankbar zu schätzen weiß.

In diesem Sinne darf ich Sie, Herr Landeshauptmann, ersuchen, das Wort zu ergreifen und die rund 800 Lichter des Baumes zu entzünden."

Dann folgten die Grußworte des Tiroler Landeshauptmannes Dr. Wallnöfer, denen die Speckbacher Stadtmusikkapelle die Tiroler Landeshymne folgen ließ. Danach schaltete Landeshauptmann Wallnöfer die Beleuchtung ein und mehr als 800 Lichter auf der mächtigen Weißtanne erfüllten den Rathausplatz mit ihrem Glanz. Nach der Enthüllung der Widmungstafel sprach Bürgermeister Bruno Marek. Den Abschluß der Feierstunde bildeten wieder die Stadtmusikkapelle aus Solbad Hall und die Wiener Straßenbahnerkapelle. (Den Text der Ansprachen von Landeshauptmann Wallnöfer und Bürgermeister Marek bringen wir in der nächsten Ausgabe der "Rathaus-Korrespondenz".)

\- - -

Fertigteile für 3.300 Wohnungen

Ein Betriebsjubiläum des Wiener Montagebauwerkes in Kagran

7. Dezember (RK) Im Rahmen einer kleinen Feier im Montagebauwerk Kagran wurde heute die 100.000. Schwerbetonplatte, die die Fabrik seit ihrem Bestehen hergestellt hat, aus der Gußform gehoben. In Vertretung von Bürgermeister Bruno Marek, der im letzten Augenblick verhindert war, an dieser Feier teilzunehmen, erschien Baustadtrat Kurt Heller. Stadtbaudirektor Dipl.-Ing. Dr. Koller hieß ihn im Namen des Montagebauwerkes willkommen.

In seinen Begrüßungsworten führte Stadtrat Heller aus, daß sich das Werk in Kagran nach Überwindung der anfänglichen Schwierigkeiten die Anerkennung der gesamten österreichischen Bauwirtschaft errungen hat. Bisher konnten durch die Fertigteil-Bauweise, für die in Kagran echte Pionierarbeit geleistet wurde, 2.446 Wohnungen fertiggestellt und übergeben werden. Weitere 804 Wohnungen sind in Bau und für rund 50 Wohnungen liegen Fertigteile auf den Lagerplätzen, sodaß das Werk darauf hinweisen kann, in der kurzen Zeit seit Erreichung seiner vollen Kapazität Material für 3.300 Wohnungen hergestellt zu haben. Dies sei eine bemerkenswerte Leistung der Ingenieure und der etwa 700 Arbeiter, die das Werk beschäftigt.

In der großen Halle der Montagebaufabrik betätigte Stadtrat Heller dann unter dem Surren der Fernseh- und Wochenschau-Kameras den Spezialkran, der den festlich bekränzten und mit der Inschrift "100.000. Platte" versehenen Bauteil aus der Gußform hob.

\- - -

Schweinehauptmarkt vom 7. Dezember

7. Dezember (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 0. Neuzufuhren Inland: 5.250 Stück. Neuzufuhren: Bulgarien 529 Stück, Dänemark 400 Stück, DDR 605 Stück, Polen 1.431 Stück, Rumänien 150 Stück, Summe: 8.635 Stück. Industrieware Polen: 300 Stück. Auslandsschlachthof: Inland 416 Stück, Ungarn 831 Stück. Industrieware aus Polen 74 Stück, Ungarn 976 Stück.

Preise: Extremware 16 bis 16.20 S, 1. Qualität 15.20 bis 15.80 S, 2. Qualität 14.50 bis 15.20 S, 3. Qualität 13.50 bis 14.50 S; Zuchten extrem 13 S, Zuchten 12 bis 12.80 S; Altschneider 10 bis 11 S. Auslandsware: Bulgarien 13.50 bis 15 S, Dänemark 14.60 bis 15.50 S, DDR 13.50 bis 14.80 S, Polen 13.50 bis 15.20 S, Rumänien 13.60 bis 14 S; Inlandware 13.80 bis 15.50 S. Auslandsschlachthof: Ungarn 13.50 bis 15.10 S.

Der Durchschnittspreis für inländische Schweine erhöhte sich um einen Groschen je Kilogramm und beträgt nunmehr 14.86 S. Der Durchschnittspreis für ausländische Schweine erhöhte sich bei: bulgarischen um 36 Groschen, und beträgt nunmehr 13.78 S, dänischen Schweinen um 39 Groschen und beträgt nunmehr 15.19 S, DDR-Schweine um 29 Groschen und beträgt nunmehr 13.90 S, polnischen um fünf Groschen je Kilogramm und beträgt nunmehr 14.09 S. Der Durchschnittspreis für rumänische Schweine beträgt 13.81 S. Der Gesamtdurchschnittspreis für ausländische Schweine erhöhte sich um 18 Groschen je Kilogramm und beträgt nunmehr 14.13 S.

\- - -

Pferdehauptmarkt vom 7. Dezember

7. Dezember (RK) Aufgetrieben wurden 73 Stück, hievon fünf Fohlen. Als Schlachttiere wurden 57 Stück verkauft, als Nutztiere 0 Stück verkauft, unverkauft blieben 16 Stück.

Herkunft der Tiere: Niederösterreich 33 Stück, Steiermark 7 Stück, Oberösterreich 2 Stück, Burgenland 27 Stück, Kärnten 1 Stück.

Preise: Schlachttiere Fohlen 12 bis 15.20 S, Extremware 9.50 bis 10 S, 1. Qualität 8.50 bis 9.20 S, 2. Qualität 7.20 bis 8.30 S, 3. Qualität 5 bis 7 S. Auslandsschlachthof: 9 Stück aus Polen 8 bis 10.90 S. Der Durchschnittspreis für inländische Schlachtpferde erhöhte sich um zwei Groschen und beträgt nunmehr 7.88 S. Der Durchschnittspreis für inländische Fohlen ermäßigte sich um 76 Groschen und beträgt nunmehr 13.44 S, für Pferde und Fohlen 8.37 S.

\- - -

Bundesländerweihnachtsbaum ist Symbol der Zusammengehörigkeit

7. Dezember (RK) Anläßlich der Weihnachtsbaumfeier auf dem Wiener Rathausplatz sagte der Tiroler Landeshauptmann Dr. Wallnöfer:

"Wir haben uns heute vor dem Wiener Rathaus eingefunden, um diesen Weihnachtsbaum zu entzünden, vor jenem Rathaus, das Symbol einer Stadt ist, die immer wieder Zeugnis von der großen österreichischen Kultur ablegt. Von diesem Platz aus sieht man das Parlament, das Burgtheater, die Universität und dahinter ahnt man die Silhouetten des Stephansdomes, der Hofburg und der Nationalmuseen. Wir lassen unsere Gedanken aber auch in die Millionenstadt mit ihrer begabten Bevölkerung und ihrer großen Vergangenheit schweifen.

An dieser Stelle denken die hier anwesenden Tiroler aber auch an ihre Heimat, die mit Österreich seit so vielen Jahrhunderten verbunden ist und die ihre Vorfahren beiderseits des Brenners unter den härtesten Bedingungen urbar gemacht haben. Dieses Tirol hat Österreich, seiner Hauptstadt und ganz Europa große Staatsmänner, Gelehrte, Erfinder, Künstler und Techniker geschenkt.

Darum ist den Tirolern der Weihnachtsbaum für die Bundeshauptstadt auch keine Äußerlichkeit, sondern ein tiefempfundener Ausdruck der Gemeinsamkeit und Zusammengehörigkeit.

Aus Tirol stammt übrigens das erste und älteste Zeugnis über den Brauch des Weihnachtsbaumes und zwar aus dem Kloster Neustift bei Brixen. In den Aufzeichnungen des Klosters ist im Jahre 1610 erwähnt, daß man zum Christfest neben der Krippe ein mit Äpfel und Nüssen geschmücktes Tannenbäumchen aufgestellt hat. Es sollte an den Baum der Erkenntnis im Paradies erinnern. Auch das Lied 'Stille Nacht' ist von Tiroler Volkssängern in die weite Welt hinausgetragen worden.

Diese fehlerlos gewachsene Tanne aus den Tiroler Wäldern in der Gemeinde Radfeld wurde von Forstfachleuten und Soldaten sorgsam geborgen und hierhergebracht, wofür wir den umsichtigen Helfern herzlich danken wollen. Ihre Lichter sollen nun allen

./.

Wienern, ja allen Österreichern und besonders auch allen Tiroler Landsleuten auf beiden Seiten des Brenners zu einem frohen Feste und einem glücklichen Neuen Jahr leuchten."

Bürgermeister Marek erwiderte in seiner Dankrede:

"Vor uns steht im Lichterglanz diese herrliche Gabe des Bundeslandes Tirol, die wir als Symbol der Verbundenheit doppelt achten. Gestern erst wurde auf dem Gebiet der Bundesländer Niederösterreich und Steiermark der Startschuß zu einem großen Projekt gegeben, das ebenfalls Zeugnis des Zusammenwirkens der österreichischen Länder ist: Die Wasser der 'Sieben Quellen' im Karlgraben bei Neuberg an der Mürz werden durch einen zehn Kilometer langen Stollen durch den Schneeberg in die I. Hochquellenleitung eingeleitet und nicht nur den Wienern, sondern auch 29 anderen Gemeinden an der Südbahnstrecke zugute kommen. In den gestrigen Ansprachen wurde die Zahl '7' als altes Symbol des Lebens und der Fruchtbarkeit gepriesen. Diese Zahl spielt auch in der heutigen Feier eine Rolle, denn es ist das siebente Mal, daß wir einen Weihnachtsbaum der Bundesländer auf diesem Platz entzünden. Es ist erstmals eine prachtvolle Weißtanne, für die wir den Tirolern und allen, die bei der Einbringung und beim Transport mitgewirkt haben, herzlich danken. Sie wird uns bis zum 6. Jänner nun viele Wochen erfreuen und manche Wiener vielleicht an jene Notzeiten nach dem Krieg erinnern, da sie im Lande Tirol gastliche Aufnahme gefunden haben, oder auch an schöne Urlaubstage in den Tiroler Bergen.

Vor allem aber ist sie ein Symbol der Einheit aller Österreicher, die die schweren Aufgaben der letzten beiden Jahrzehnte nicht gegeneinander oder nebeneinander, sondern miteinander gelöst haben. Darum sollen uns die Lichter dieses Baumes mahnen, auch im Jahre 1966 und darüber hinaus zusammenzustehen und zusammenzuarbeiten für eine schöne und glückliche Zukunft unserer Heimat Österreich."

Abschließend dankte Bürgermeister Marek der Stadtmusikkapelle aus Solbad Hall und den Wiltener Sängerknaben, sowie dem Bläserchor der Wiener Symphoniker und der Kapelle der Wiener Verkehrsbetriebe für ihre Mitwirkung bei der Weihnachtsbaumfeier.

Die Wiltener Sängerknaben lud er ein, noch etwas länger als vorgesehen Gäste der Bundeshauptstadt zu sein und noch einige schöne und erlebnisreiche Tage hier zu verbringen.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Gesperrt bis 17 Uhr:

Gemeinwirtschaftliche Leistungen bei Raumaufschließungen

9. Dezember (RK) Der Präsident der Arbeitsgemeinschaft der österreichischen Gemeinwirtschaft, Vizebürgermeister Felix Slavik, hat für heute 15.30 Uhr, zu einem Vortrag dieser Vereinigung eingeladen. Der Leiter der Magistratsabteilung für Straßenbau, Senatsrat Dipl.-Ing. Friedrich Grassinger, sprach im Großen Sitzungssaal der Wiener Städtischen Versicherung im Ringturm über das Thema "Gemeinwirtschaftliche Leistungen bei Raumaufschließungen". Er führte aus:

"Unser Zeitalter der Automatisierung ist in allen Industrieländern mit einem starken Wachstum der Städte verbunden. Das Anwachsen der städtischen Bevölkerung ging in verhältnismäßig kurzen Zeiträumen vor sich und führte zu einem großen Wohnungsmangel.

In Wien, dessen Einwohnerzahl sich nach dem zweiten Weltkrieg auf rund 1,6 Millionen stabilisiert hat, ist wohl keine Bevölkerungsexplosion zu erwarten. Trotzdem führen die gesteigerten Bedürfnisse des Wohlstandszeitalters zu einem großen Bedarf an neuen Wohnungen. Da die inneren Bezirke dicht verbaut sind, können die benötigten Wohnungen nur in weiterer Entfernung vom Stadtkern, in den Außenbezirken, errichtet werden. Dazu aber ist die Bereitstellung neuen Baulandes, die Erschließung neuer Räume, erforderlich.

Die Erschließung eines neuen Baulandes erstreckt sich auf die Herstellung der Verkehrsflächen und der Versorgungsanalgen. Die Verkehrsflächen sind in der Regel von der Gemeinde herzu-

./.

stellen. Dagegen sind die Versorgungsanlagen zum Teil von der öffentlichen Hand und zum Teil von kommunalen oder sonstigen gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen zu bauen. Dies ist der Anteil, den die Gemeinwirtschaft für die Erschließung neuer Wohngebiete zu leisten hat. Es handelt sich hierbei um die Anlagen der Wasser- und Stromversorgung, der Versorgung mit Gas, Telefon und Fernheizung sowie um die Anlagen zur Beseitigung der Abwässer, also der Kanalisation.

Bei der Herstellung dieser Erschließungsanlagen ist zu berücksichtigen, daß zum Beispiel Strom und Wasser, vor allem aber befestigte Straßen bereits für die Durchführung der Hochbauarbeiten benötigt werden. Untersuchungen des Institutes für Bauforschung in Hannover haben ergeben, daß zum Beispiel die Aufwendungen für die Herstellung von behelfsmäßigen Baustraßen im unerschlossenen Gelände bis zu 20 Prozent der Kosten des endgültigen Straßennetzes betragen können. Außerdem entstehen beträchtliche Mehrkosten, wenn gleichzeitig mit den Hochbauarbeiten Leitungen verlegt werden müssen. Die Anlagen des Tiefbaues, wie die Verlegung der Kanäle, Gas- und Wasserleitungsrohre, sollen daher stets vor Inangriffnahme der Hochbauten hergestellt werden. Eine unbedingte Notwendigkeit stellt dies beim Bau von Fertigteil-Häusern dar, da die Heranschaffung der schweren Fertigteile nur auf befestigten Fahrbahnen möglich ist.

Wegen der gegenseitigen Behinderung beim Einbau und wegen der notwendigen Lagerung des anfallenden Aushubmateriales können die Verlegungsarbeiten nur nacheinander durchgeführt werden und erfordern daher einen erheblichen Zeitaufwand. Neben diesem Nachteil der in herkömmlicher Weise vorgenommenen Einbauten im Straßenkörper, besteht ein weiterer darin, daß die Fahrbahnkonstruktion auf einen durch die Verlegung der Einbauten gelockerten Boden aufgebaut werden muß. Ein weiterer schwerwiegender Nachteil wirkt sich erst nach Jahren aus. Für Reparaturzwecke und für die Herstellung neuer Anschlüsse müssen nämlich die Verkehrsflächen aufgegraben werden. Die dadurch bedingten Behinderungen des Verkehrs verursachen der Volkswirtschaft durch Mehrverbrauch an Treibstoffen, größeren Reparaturanfall und vor allem durch Verlust an Arbeitszeit schweren Schaden.

./.

Es wird daher bereits seit einiger Zeit nach anderen Möglichkeiten der Verlegung der Versorgungsleitungen gesucht. Bei der Erschließung von neuen Baugebieten kommt die Struktur der neuen Wohnhausanlagen diesen Bestrebungen sehr zu Gute. Die Wohnhäuser werden heute nicht mehr an der Baulinie in einer Zeile errichtet; es wird vielmehr aufgelockert gebaut, mit weiten Zwischenräumen und Grünflächen. Damit aber ist die Möglichkeit gegeben, für die Verlegung der Versorgungsleitungen eigene Trassen außerhalb der Fahrbahn vorzusehen.

Das Wiener Stadtbauamt hat daher die gemeinsame Verlegung von Versorgungsleitungen als Rationalisierungsmaßnahme durch das Österreichische Institut für Bauforschung untersuchen lassen. Dieses hat nach Berücksichtigung der zahlreichen Vorschriften und Bestimmungen, die für die Verlegung von Gas-, Wasser- und Stromleitungen bestehen, einen Vorschlag für die Herstellung eines Sammelgrabens ausgearbeitet, durch den sich gegenüber der traditionellen Methode eine Ersparnis von rund zehn Prozent ergeben würde.

Erhebungen bei neuen großen Wohnhausanlagen am Rande Wiens haben ergeben, daß die Kosten der Straßenherstellungen und des Baues der Versorgungsleitungen einschließlich der Fernheizung ungefähr zehn Prozent der Gesamtbaukosten betragen. Dies allerdings unter der sehr günstigen Voraussetzung, daß die neuen Wohnhausanlagen unmittelbar anschließend an bereits verbautes Gebiet errichtet wurden. Es waren daher sowohl Straßen als auch Kanäle und sämtliche Versorgungsnetze vorhanden, an die angeschlossen werden konnte. Die Aufschließungsarbeiten erstreckten sich daher nur auf das neue Baugelände. Der Anteil der Aufschließungskosten wird jedoch mit der Verlagerung der Wohnbautätigkeit in weiter vom Stadtkern entfernte Gebiete stark ansteigen. Die kommunalen und sonstigen gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen werden für diese Arbeiten in den nächsten Jahren und Jahrzehnten hunderte Millionen Schilling aufwenden müssen. Eine möglichst wirtschaftliche Verwendung dieser Mittel soll durch Rationalisierung der Methoden der Aufschließung erreicht werden."

\- - -

Musikveranstaltungen in der Woche vom 13. bis 19. Dezember

9. Dezember (RK)

Montag, 13. Dezember:

18.30 Uhr, Musikakademie, Vortragssaal: Akademie für Musik u.d.K.: Vortrag Dagobert Buchholz "Probleme der Liedinterpretation" (IV)

19.00 Uhr, Palais Palffy, Figarosaal, Haydnsalon: Österreichisch-Polnische Gesellschaft: Weihnachtskonzert; Halina Czerny-Stefanska, Klavier / Andrzej Bachleda, Tenor (Mozart, Schumann, Chopin)

19.30 Uhr, Musikverein, Brahmssaal: Wiener Streichquartett (Haydn: Streichquartett C-dur op.33/3; Beethoven: Streichquartett f-moll op. 95; Brahms: Streichquartett c-moll op. 51/1)

20.00 Uhr, Palais Schwarzenberg: Ensemble "Musica da camera": "Virtuose Cembalo-Musik"; Vera Schwarz, Cembalo Rene Clemencic, Flauto dolce / Eduard Melkus und Marion van Beek, Barockgeige / Alfred Planyavsky, Violine (J.S. Bach, Ph. E. Bach, Scarlatti, Mozart); Wiederholung vom 12. Dezember

20.00 Uhr, Palais Palffy, Beethovensaal: Österreichische Gesellschaft für Musik: Einführungsabend zur Volksopernpremiere von Stanislaw Moniuszkos Oper "Halka"; es spricht Dr. Marcel Prawy

Dienstag, 14. Dezember:

18.30 Uhr, Musikakademie, Vortragssaal: Akademie für Musik u.d.K.: Violoncello-Abend der Klasse Richard Krotschak (Schubert, Brahms, Prokofieff)

19.00 Uhr, Musikakademie, 1, Singerstraße 26, Orgelsaal B: Akademie für Musik u.d.K.: Orgelabend der Klasse Anton Heiller (Bach, Franck, Reger)

19.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal: Gesellschaft der Musikfreunde: Beethoven-Klavierabend Friedrich Gulda (Sonaten op. 13 "Pathetique", op. 27/2 "Mondschein-Sonate", op. 81 a "Les Adieux" und op. 106 "Hammerklavier-Sonate")

Mittwoch, 15. Dezember:

18.30 Uhr, Musikakademie, Vortragssaal: Akademie für Musik u.d.K.: Liederabend der Klasse für Lied und Oratorium Dr. Erik Werba - Kurt Schmidek

./.

19.00 Uhr, Konservatorium, Konzertsaal: Konservatorium der Stadt Wien: Vortragsabend Julika Behar und Hideko Ukai (Klavierklasse Roland Raupenstrauch)

19.30 Uhr, Musikverein, Brahmssaal: Klavierabend Florencia Raitzin (Mozart: Sonate B-dur KV-570; Schumann: Kreisleriana op. 16; Chopin: Sonate h-moll op. 58; Bach: Französische Suite G-dur; Bartók: 15 ungarische Volkslieder

19.30 Uhr, Konzerthaus, Großer Saal: Musikalische Jugend Österreichs: 3. Konzert im Zyklus II (Voraufführung des 3. Konzertes im Zyklus I der KHG); Wiener Symphoniker, Wladimir Orloff (Cello), Dirigent Zdenek Kosler (Lutoslawski, Tschaikowsky, Dvořak)

Donnerstag, 16. Dezember:

18.00 Uhr, Musikakademie, Vortragssaal: Akademie für Musik u.d.K.: Violinabend der Klasse Eduard Melkus (Bruch, Tschaikowsky, Hindemith)

19.00 Uhr, Musikakademie, Orgelsaal 17: Akademie für Musik u.d.K.: Orgelabend der Klasse Alois Forer

19.30 Uhr, Musikverein, Brahmssaal: Gesellschaft der Musikfreunde: 3. Abonnement-Liederabend Christa Ludwig, am Flügel Dr. Erik Werba (Schumann, Reger, Pfitzner, Rachmaninoff)

19.30 Uhr, Konzerthaus, Großer Saal: Wiener Konzerthausgesellschaft 3. Konzert im Zyklus I; Wiener Symphoniker, Wladimir Orloff (Cello), Dirigent Zdenek Kosler (Lutoslawski: Trauermusik; Tschaikowsky: Rokoko-Variationen op. 33; Dvořak: 7. Symphonie d-moll op. 70)

19.30 Uhr, Konzerthaus, Schubertsaal: Klavierabend Margaret May (Bach, Mozart, Beethoven, Scriabine, Liszt, Chopin, Kabalewsky)

Freitag, 17. Dezember:

18.30 Uhr, Musikakademie, Vortragssaal: Akademie für Musik u.d.K.: Vortrag Dagobert Buchholz "Probleme der Liedinterpretation" (V)

19.00 Uhr, Konservatorium, Konzertsaal: Konservatorium der Stadt Wien: Vortragsabend der Klavierklasse Gertraud Kubaesek "Originalmusik für vier Hände"

19.30 Uhr, Konzerthaus, Mozartsaal: Wiener Konzerthausgesellschaft: 2. Konzert im Zyklus V; Orgelabend Hans Haselböck "Deutsche und französische Orgelmusik der Weihnachtszeit" (Danrieu, Pachelbel, Buxtehude, Distler, Messiaen)

./.

19.30 Uhr, Radio Wien, Großer Sendesaal: Österreichischer Rundfunk - Radio Wien: 2. Konzert im Zyklus IV; Orchester von Radio Wien, Georg Weinhengst (Flöte), Dirigent Ernst Märzendorfer (Leitermeyer: Capriccio concertato op. 20; R. Kittler: Konzert für Flöte und kleines Orchester; E-Marckhl: Symphonie in cis)

Samstag, 18. Dezember:

15.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal: Wiener Philharmoniker: Nicolai-Konzert, Dirigent Dr. Karl Böhm (Bruckner: 8. Symphonie c-moll)

19.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal: Musikalische Jugend Österreichs: a.o. Chororchesterkonzert; Orchester des Linzer Landestheaters, Wiener Jeunesse-Chor, Solisten Hansmann - Soukupova - Equiluz - Ronge - , Dirigent Kurt Wöss (G. Fr. Händel "Der Messias")

19.30 Uhr, Musikverein, Brahmssaal: Musikalische Jugend Österreichs: 3. Konzert im Zyklus IX A "Werke aus den Niederlanden"; Ensemble "Musica antiqua"; Choralschola der Hofburgkapelle, Leitung Rene Clemencic (Dufay, Obrecht, des Pres, Willaert, di Lasso)

Sonntag, 19. Dezember:

11.00 Uhr, Musikverein, Großer Saal: Wiener Philharmoniker: Wiederholung des Nicolai-Konzertes, Dirigent Dr. Karl Böhm (Bruckner: 8. Symphonie)

11.00 Uhr, Radio Wien, Großer Sendesaal: Österreichischer Rundfunk - Studio Wien: 3. Konzert im Zyklus II; Wiener Symphonier, Elly Ney (Klavier), Dirigent Robert Heger Haydn: Symphonie Es-dur "Mit dem Paukenwirbel"; Beethoven: 3. Klavierkonzert c-moll op. 37; Reger: Mozart-Variationen op. 132)

16.00 Uhr, Musikverein, Großer Saal: Niederösterreichisches Tonkünstlerorchester: 5. Sonntag-Nachmittagskonzert; mitwirkend Walter Klien (Klavier), Dirigent Dr. Oskar Danon (Glinka: Ouverture zu "Ruslan und Ludmilla"; Beethoven: 4. Klavierkonzert; Schostakowitsch: 1. Symphonie)

19.30 Uhr, Musikverein, Brahmssaal: Musikalische Jugend Österreichs: 3. Konzert im Zyklus IX B (Wiederholung vom 18. Dezember) "Werke aus den Niederlanden "; Ensemble "Musica antiqua", Choralschola der Hofburgkapelle, Leitung Rene Clemencic

19.30 Uhr, Palais Palffy, Beethovensaal, Haydnsalon: Wiener Beethoven-Gesellschaft: Klavierabend Elly Ney (Beethoven-Sonaten)

./.

10.30 Uhr, Konzerthaus, Mozartsaal: Wiener Kammerorchester: 3. Konzert im Matineen-Zyklus; mitwirkend Michael Frischenschlager (Violine), Dirigent Ernst Dunshirn (J.S. Bach: Suite D-dur; Mozart Violinkonzert G-dur KV 216; Schubert: Konzertstück D-dur für Violine und Orchester; Beethoven: Mödlinger Tänze; Haydn: Syphonie-D-dur Nr. 73)

\- - -

Wiener Gemeinderat - Vorläufige Rednerliste

zum Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien sowie zum Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke für das Jahr 1966

(Mit zusätzlichen Nominierungen ist zu rechnen)

9. Dezember (RK)

Berichterstatter Stadtrat	Geschäftsgruppe	Zum Wort gemeldet			
		KLS	FPÖ	ÖVP	SPÖ
VBgm. Slavik Do.9.12.	General- u. Spezialdebatte z. Gesch.Gr.II	Lauscher	Dr.Schmidt	Dr.Bauer	Planek
Bock Fr.10.12.	SpezDeb. GeschGr. I	Maller	Dr. Hirnschall	Eleonora Hiltl	Müller Schiller
Mandl Sa.11.12.	SpezDeb. GeschGr.III	Lauscher	Peter	Fröhlich	Liwanec
Maria Jacobi Mo.13.12.	SpezDeb. GeschGr.IV	Lauscher	Dr. Hirnschall	Kabesch	Graczoll Maria Szöllösi
Dr.Glück Di.14.12.	SpezDeb. GeschGr.V	Maller	Dr. Hirnschall	Lehner	Jos.Fischer Pellet Dipl.Vw. Karoline Pluskal
Heller Mi.15.12.	SpezDeb. GeschGr.VI	Lauscher	Dr. Schmidt	Pelzelmayer	Dkfm. Hintschig
VBgm. Dr.Drimmel Do.16.12.	SpezDeb. GeschGr.VII	Lauscher	Dr. Schmidt	Neusser	Peska
Pfoch Fr.17.12.	SpezDeb. GeschGr. VIII	Maller	Peter	Matza	Fucik Ing. Hofstätter
Glaserer Sa.18.12.	SpezDeb. GeschGr. IX	Maller	Dr. Schmidt	Dr.Helene Stürzer	Dr.Bohmann Windisch

./.

Berichterstatter Stadtrat	Geschäftsgruppe	Zum Wort gemeldet			
		KLS	FPÖ	ÖVP	SPÖ
Dkfm.DDr. Prutscher Mo.20.12.	SpezDeb. GeschGr.X	Lauscher	Peter	Jetzletzberger	Deutsch
Sigmund Di.21.12.	SpezDeb. GeschGR.XI	Maller	Dr. Hirnschall	Dr. Glatzl	Sagmeister
Dkfm.Dr. Maria Schaumayer Mi.22.12.	SpezDeb. GeschGR.XII	Maller	Peter	Kowarsch	Kostelecky Nekula

- - -

Sitzung des Wiener Gemeinderates

Die Budgetberatungen im Rathaus haben begonnen

9. Dezember (RK) Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Bruno Marek trat heute vormittag der Wiener Gemeinderat zur Beratung des Voranschlages der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1966 zusammen.

Es lagen folgende Anträge der KLS vor: betreffend "Installierung der Straßenbeleuchtung in der Breitenleer Straße", betreffend "Instandsetzung von Wegen im 22. Bezirk", betreffend "Verlängerung der städtischen Autobuslinie 63" sowie betreffend "Schaffung einer Verkehrsverbindung zwischen Meidling und Favoriten durch Verlängerung einer städtischen Autobuslinie".

Hierauf wurde die Wahl von neuen Schriftführern vorgenommen, die der Gemeinderat nach der Geschäftsordnung jeweils auf die Dauer eines Jahres zu wählen hat. Die neuen Schriftführer sind: von der SPÖ Franz Graczoll, Maria Hirschler, Herbert Mayr, Leopoldine Schlinger, Josef Srp und Margarete Tischler; von der ÖVP Erich Kabesch, Walter Lehner und Wilhelm Neusser.

Der Ablauf der Debatte

Auf Vorschlag des Bürgermeisters erklärt sich der Gemeinderat mit der Abwicklung der Budgetdebatte in folgender Form einverstanden: So wie in den letzten Jahren wird zuerst die Generaldebatte, verbunden mit der Spezialdebatte zur Verwaltungsgruppe II (Finanzwesen), durchgeführt und hierauf über die Ansätze dieser Verwaltungsgruppe abgestimmt. Morgen, Freitag folgt die Verhandlung über die Verwaltungsgruppe I (Personal) und in weiterer Folge wird über die Verwaltungsgruppen III bis XI, jede als eigene Beratungsgruppe, nach je einem einleitenden Bericht des zuständigen Amtsführenden Stadtrates verhandelt und abgestimmt werden. Nach der Beschlußfassung über die Ansätze der Verwaltungsgruppe XI wird über Bilanz und Bedeckung, worüber Vizebürgermeister Slavik bereits in seinem ein-

./.

leitenden Referat berichten wird, abgestimmt werden. Damit wird der Voranschlag für das Jahr 1966 erledigt sein.

Wiener Voranschlag für 1966

Vizebürgermeister Felix Slavik (SPÖ) referiert nun - zum neuntenmal wie er betont - über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1966, der von großer Bedeutung für die weitere Entwicklung unserer Stadt sein wird.

Der Entwurf des Voranschlages war vom 30. November bis 7. Dezember zur öffentlichen Einsicht aufgelegt. Von diesem Recht der Einsichtnahme haben 35 Personen Gebrauch gemacht, und zwar 22 Männer und 13 Frauen. 30 Personen haben sogenannte Erinnerungen abgegeben, zwei Erinnerungen wurden durch die Post zugesandt.

Zum Finanzwesen wurden zwei Erinnerungen abgegeben, zur Kultur sieben, zum Wohlfahrtswesen sieben, zum Gesundheitswesen zehn, zu Bauangelegenheiten acht, zu Baubehördliche Angelegenheiten vier, zu Öffentliche Einrichtungen elf, zu Wirtschaftsangelegenheiten zwei, zu Allgemeine Verwaltung zwei, und zu den Städtischen Unternehmungen 17. Neun Erinnerungen betreffen nicht den Voranschlag und beschäftigen sich mit Steuerreformen, mit einem Bodenbeschaffungsgesetz, dem Ausbau des Schnellbahnnetzes und dem Bau von Mittelschulen. Die Erinnerungen zum Budget behandeln unter anderem den Neubau von Schulen, die Errichtung von Kinderspielplätzen und Kindergärten, den Bettenmangel in den Spitälern, Maßnahmen gegen die Luftverunreinigung, Straßen- und Gehsteigherstellungen, höhere Ansätze für Wohnbauten und Verkehrsbauten, die Errichtung von Lichtsignalanlagen und den Ausbau der Straßenbeleuchtung, Probleme der Stadtreinigung und der Bäder, die Verlegung des Naschmarktes, die Einrichtung einer Fragestunde im Gemeinderat sowie Verkehrsverbesserungen bei Straßenbahn und Autobus.

Die Sicherung der elementaren Lebenserfordernisse

Bei der Erstellung des Voranschlages für das Jahr 1966 wurde die Überlegung zugrunde gelegt, daß die Gemeindeverwaltung dafür sorgen muß, daß vor allem die elementaren Erfordernisse des Lebens in einer Zivilisation gesichert werden: Nahrung,

./.

Kleidung und Wohnung. Wenn man sich zu diesem unbestrittenen Recht unserer Bevölkerung bekennt, dann muß man sich auch zur Vollbeschäftigung bekennen. Sie ist die wesentlichste Voraussetzung dafür, daß diese elementaren Grundrechte des Lebens gesichert werden können. In- und ausländische Institute kamen übereinstimmend zu der Schätzung, daß mit einem Wachstum unseres Bruttonationalprodukts im Ausmaß von etwa vier Prozent gerechnet werden kann. Eine der wesentlichen Voraussetzungen für das Wachstum unseres Bruttonationalprodukts bildet die Zahl der Beschäftigten. Eine Zunahme der Zahl der Beschäftigten um rund 20.000 Arbeitskräfte kann ein Wachstum von rund einem Prozent bewirken. Gewisse Reserven liegen noch beim Fremdenverkehr, wo es noch ruhige Monate gibt. Hier muß durch Propaganda- und Organisationsmaßnahmen der Versuch unternommen werden, die stillen Monate mehr als bisher zu beleben. Vor allem aber muß die Steigerung des Bruttonationalprodukts um vier Prozent durch Rationalisierungs- und Organisationsmaßnahmen in unserer Wirtschaft selbst erreicht werden.

Bei der Erstellung des Voranschlages mußte auch die Preis- und Lohnentwicklung berücksichtigt werden. Während in den ersten zehn Monaten dieses Jahres eine Preissteigerung von fünf Prozent eingetreten ist, ist in den ersten neuen Monaten - für die die Unterlagen vorliegen - das Bruttoeinkommen um acht Prozent gestiegen, was einer Steigerung des Nettoeinkommens um sechs Prozent entspricht. Somit hat das Realeinkommen eine Erhöhung um ein Prozent erreicht. Der Lebensstandard ist somit in diesem Zeitraum nur verhältnismäßig wenig gestiegen. Man darf sich durch die Motorisierungs und die Entwicklung des Fernsehens nicht täuschen lassen. Wir wissen, wie viele Ratengeschäfte auf diesem Gebiet abgeschlossen werden und mit wieviel Einschränkungen auf anderen Sektoren diese Entwicklung erkauft wird.

Diese Überlegungen waren auch maßgebend, für die Behandlung der Stadtwerke. So ist im Voranschlag ein Stabiliserungsbeitrag für die Wiener Verkehrsbetriebe im Ausmaß von 170 Millionen Schilling vorgesehen. Das soll mithelfen, diese geringfügige Differenz nicht noch weiter zu vermindern oder gar ins Negative umschlagen zu lassen. Zu beachten war ferner die Entwicklung der Baukosten, wo eine Steigerung um neun Prozent zu verzeichnen ist.

./.

Bei der Erstellung des Voranschlages mußte weiter berücksichtigt werden, daß bei den Verhandlungen noch nicht klar war, wie der Finanzausgleich in den kommenden Jahren aussehen wird. Nun wird der bestehende Finanzausgleich auch für das Jahr 1966 in Geltung bleiben. Dieser Finanzausgleich war ursprünglich für fünf Jahre vorgesehen und ist nunmehr das achte Jahr in Kraft. Das zeigt, daß es wahrscheinlich ein sehr gerechter Finanzausgleich war.

Den Gebietskörperschaften stellen sich aber noch andere dringende Probleme. Mit dem Schuljahr 1966/67 wird das neunte Schuljahr wirksam werden. Zur Lösung dieses Problems ist in Aussicht genommen, in den nächsten Jahren Schulbauanleihen aufzulegen. Ein zweites wichtiges Problem ist die Erhaltung der Spitäler. Hiobsbotschaften, wie sie manchmal in den Zeitungen stehen, treffen nicht zu, denn niemand denkt daran, die privaten Spitäler zu schließen. Viel ernster erscheint, daß sich einzelne Gemeinden mit dem Gedanken tragen, den Spitalsbetrieb einzuschränken. Die Vertreter der Länder und Gemeinden waren der Auffassung, daß wieder die "Drei-Achtel-Deckung" eingeführt werden müßte, sie haben sich aber auch zu einer Solidaritätsaktion zugunsten der Spitalerhalter bereiterklärt, wonach Bund, Länder und Gemeinden zugunsten der Spitalerhalter auf je ein halbes Prozent der Ertragsanteile verzichten sollen. Auch mit dieser Angelegenheit wird sich das neue Parlament unmittelbar nach seinem Zusammentritt zu beschäftigen haben. Weitere Probleme bilden der Straßenbau, die Wasserversorgung, die Abwässerreinigung und die Luftreinigung. Die Lösung jedes einzelnen dieser Probleme erfordert einen Milliardenaufwand, und es ist bisher noch nicht abzusehen, wie die Mittel hierfür aufgebracht werden sollen.

Wie in den vergangenen Jahren bildet auch heuer wieder der Wohnbau einen Schwerpunkt im Budget. Vorgesehen sind die Errichtung von 5.000 Gemeindewohnungen und die Förderung von 6.300 Wohneinheiten, womit erstmals eine Zahl von 11.300 Wohnungen erreicht wird, die die Stadt selbst baut oder durch Förderungsmaßnahmen bauen hilft. Dazu kommen die Förderungsbeträge aus dem Wohnhauswiederaufbaufonds und der private Wohnbau, sodaß

./.

insgesamt mit der Neuerrichtung von 13.000 bis 14.000 Wohneinheiten in Wien gerechnet werden kann. Mit dieser Zahl erreicht Wien erstmals 7,7 neue Wohnungen pro tausend Einwohner. 1963 waren es 5,5, 1964 erstmals für Österreich 6,4 Wohnungen pro tausend Einwohner. Die Steigerung ist also sehr beachtlich. Gemessen an anderen Ländern, mit denen wir uns vergleichen können, sind wir jedoch noch weit zurück: Die Schweiz baut zehn, die skandinavischen Länder errichten im Durchschnitt 9,5 Wohnungen pro Jahr und tausend Einwohner. Daher dürfen wir uns mit dem Erreichten nicht zufrieden geben und müssen uns als Nahziel den Bau von 8,5 Wohnungen pro tausend Einwohner, das sind 15.000 Wohnungen im Jahr, vornehmen. 1966 wird ein Schritt in dieser Richtung getan, im Interesse unserer Familien und unserer Jugend müssen wir jedoch weitere Anstrengungen unternehmen.

Auch auf anderen Gebieten warten große Aufgaben. Eine davon ist die Verbesserung der Infrastruktur unserer Wirtschaft. Sie ist zur Erhaltung der Vollbeschäftigung und des Zuzugs von Arbeitskräften besonders wichtig. Die gesellschaftliche Entwicklung fordert ferner mehr öffentliche Einrichtungen für unsere Kinder und für unsere Alten, um sich die im Arbeitsprozeß Stehenden nicht ausreichend kümmern können. Dazu gehört auch ein entsprechender Ausbau der Spitäler.

Auch an unsere Stadtwerke werden immer größere Anforderungen gestellt. Das Budget berücksichtigt dies durch eine einmalige Zuwendung von 170 Millionen Schilling an die Wiener Stadtwerke. In den folgenden Jahren soll ein jährlicher Zuschuß von 100 Millionen gezahlt werden. Außerdem wurde eine Kapitalaufstockung von insgesamt 361,6 Millionen Schilling vorgenommen, teilweise durch Vermögensübertragungen, beziehungsweise durch Übernahme von Leistungen durch die Hoheitsverwaltung. Auch die Rationalisierung der Stadtwerke wird systematisch fortgesetzt. Dazu ist die Auflage einer Investitionsanleihe in der Höhe von 500 Millionen Schilling vorgesehen.

./.

2.247 Millionen für Investitionen

Bei der Erstellung des Budgets hat man die Wünsche der einzelnen Ressorts den Realitäten gegenübergestellt. Das "Wunschbudget" hätte einen Abgang von 1.610,7 Millionen Schilling ergeben, mit dem wir natürlich nicht vor den Gemeinderat gehen hätten können. Es waren daher Korrekturen notwendig, leider auch bei den Investitionen. Die diesbezüglichen Wünsche hätten 3.371,2 Millionen erfordert. 1.123,4 Millionen mußten davon gestrichen werden und das Budget sieht nunmehr Investitionen von 2.247,8 Millionen vor.

Man liest manchmal in den Zeitungen, in Wien herrsche Überfluß. Dies stimmt nicht, denn man sieht, daß in Wien viel mehr Wünsche offen sind, als erfüllt werden können. Aber wir wirtschaften sparsam und führen nur das durch, was wir uns leisten können.

Noch etwas Interessantes zeigt der Voranschlag 1966: der Personalstand wird eine Steigerung um 49 Dienstposten auf 34.738 erfahren. Diese geringfügige Steigerung ist umso bemerkenswerter, wenn man bedenkt, daß ständig neue Kindergärten, neue Grünflächen, mehr Straßen, Kanäle, Rohrleitungen und mehr Wohnungen errichtet werden. All das erfordert natürlich auch einen vermehrten Arbeitsaufwand. Daß dieser mit praktisch dem gleichen Personalstand bewältigt werden kann, ist nur durch eine weitgehende Rationalisierung auf allen Gebieten möglich. Diese Rationalisierungsmaßnahmen werden stets im Einvernehmen mit den Bediensteten und mit der Gewerkschaft durchgeführt. Dahinter verbirgt sich eine großartige Leistung der Gemeindeangestellten, die leider nicht immer entsprechend gewürdigt wird. Anläßlich des Nationalfeiertages gab es Pressekommentare, die sich darüber mokierten, daß diejenigen, die von den Steuern leben, arbeitsfrei hatten. Ich glaube, der Wiener Gemeinderat sollte allen Gemeindebediensteten zum Ausdruck bringen, daß er die dumme Meinung nicht teilt, diese hätten nichts zu tun, als am Ersten das Geld abzuholen, sondern auf die Leistungen unserer Arbeiter und Angestellten stolz ist. (Allgemeiner Beifall.)

./.

Auch einer anderen, bisweilen in der Presse geäußerten Meinung muß entgegengetreten werden: Wien verwaltet sparsam, kann aber auf Einnahmen nicht leichtfertig verzichten. Wenn sich die Löhne ändern, ändern sich sofort auch die Steuern. Beim Vermögen ist das anders, seine Besteuerung ändert sich nur alle sechs Jahre. Im Fall der Grundsteuer fand die letzte Hauptfeststellung 1956 statt. Die nächste gab es nicht nach sechs, sondern erst nach sieben Jahren, nämlich 1963. Wollte man den Wirksamkeitsbeginn der neuen Grundsteuer erst mit 1965 festsetzen, wäre diese Abgabe volle neun Jahre gleich geblieben. Die ganz geringe Anzahl der Berufungen und Eingaben gegen die neuen Abgabenbescheide - gegen den Zeitpunkt des Wirksamkeitsbeginnes gab es eine einzige und gegen Höhe und Rückwirkung auch eine einzige Eingabe - zeigen, daß die Bevölkerung dafür Verständnis hat, daß die erhöhte Grundsteuer ab 1963 eingehoben wird. Überdies werden von Amts wegen zinsenfreie Ratenzahlungen bewilligt und in Härtefällen Billigkeitsmaßnahmen getroffen. Damit haben wir das sozial Richtige getan und gleichzeitig auch die Interessen der Gemeinschaft gewahrt.

Der Budgeterstellung sind wie jedes Jahr monatelange Vorarbeiten vorausgegangen. Die Beratungen auf der Politikerebene sind in sehr kollegialler und sachlicher Atmosphäre vor sich gegangen und es wurde volles Einvernehmen erzielt. Ich möchte an dieser Stelle allen Beamten, die bei der Ausarbeitung des Voranschlages mitgewirkt haben und meinen Kollegen im Stadtsenat für das gute Einvernehmen herzlich danken. (Allgemeiner Beifall.)

Man rechnet 1966 also mit Gesamteinnahmen von 9.505,061.100 Schilling und Gesamtausgaben von 9.741,632.000 Schilling. Es ergibt sich also ein Abgang von 236,570.900 Schilling. Wir haben allerdings im Voranschlag eine Reserve für unvorhergesehene Ausgaben in der Höhe von 180 Millionen Schilling vorgesehen. Die Einnahmen teilen sich folgendermaßen auf: Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben 3, 3 Milliarden, städtische Steuern und Abgaben einschließlich Zuschläge zu den Wettgebühren 1,834.651.000 S, Verwaltungsabgaben, Gebrauchsgebühren etc. 1.051,827.600 S, verschiedene Einnahmen 1.775,349.600 S, Wertdurchführung 797,807.900 Schilling, weiterzugebende Darlehen

./.

245,425.000 Schilling und Erlös aus der Investitionsanleihe 1966 500 Millionen Schilling.

Für den Personalaufwand erwarten wir Ausgaben von 2,679,388.800 Schilling, das sind 29,8 Prozent der bereinigten Ausgaben. Im Vorjahr waren es 29,4 Prozent. Der Sachaufwand steigt perzentuell gesehen gegenüber dem Vorjahr um ein Prozent. Für Investitionen haben wir 2.447,850.000 Schilling vorgesehen, das sind 27,2 Prozent, gegenüber 28,2 Prozent. Diese perzentuelle Verschiebung kommt dadurch zustande, daß wir immerm mehr Schulen, Kindergärten, mehr Straßen, teurere und zusätzliche Einrichtungen in den Spitälern und ähnliches zu betreuen haben und der Sachaufwand dadurch immer größer wird. Die dadurch perzentuell geringeren Investitionen sinken jedoch nur perzentuell, nicht jedoch in der Höhe der Beträge.

Gegenüber dem Voranschlag für 1965 sind die Einnahmen ohne die durchlaufende Darlehensgewährung um 9,1 Prozent und die Ausgaben um 8,9 Prozent angestiegen. Der veranschlagte Abgang beträgt 2,4 Prozent gegenüber 2,6 Prozent im Jahre 1965.
Die Einnahmen bei der Gewerbesteuer wurden für 1966 besonders vorsichtig geschätzt, da das heurige Ergebnis den Schätzungen nicht entsprechen wird. Die Gewerbesteuer hat die Entwicklung genommen, die die Gemeindeverwaltung bereits 1958 dazu veranlaßt hat, einen Teil der Gewerbesteuer gegen andere Beteiligungen einzutauschen. Bei den anderen Steuereinnahmen haben wir im wesentlichen überall Steigerungen angenommen, so besonders bei der Grundsteuer, da sich durch die Neufestsetzung der Einheitswerte höhere Steuereingänge ergeben werden.

Für das gesamte Bau- und Baunebengewerbe betreffende Ausgaben wird 1966 mit 3,2 Milliarden Schilling gerechnet, gegenüber 3.052,000.000 im Jahr 1965. Das ist eine Steigerung um rund 170 Millionen Schilling oder 5,6 Prozent.

In der Finanzgruppe direkt sind einschließlich der weitergegebenen Darlehen und Anlehen Ausgaben von rund 2.186,601.600 Schilling für 1966 veranschlagt (1965: rund 1.932,400.000).

./.

Das starke Ansteigen geht unter anderem auf die 170 Millionen als Zuschuß der Hoheitsverwaltung an die Verkehrsbetriebe, auf die Erhöhung der Reserve für unvorhergesehene Ausgaben um 20 Millionen und auf den höheren Schuldendienst zurück. Vom Finanzministerium wurde bereits die grundsätzliche Zustimmung gegeben, auch im Jahr 1966 eine Investitionsanleihe in der Höhe von 500 Millionen Schilling aufzulegen, die wieder den Stadtwerken zur Verfügung gestellt werden soll.

Wesentlicher Beitrag zur Erhaltung der Vollbeschäftigung

Der Referent stellt fest, daß man bei der Erstellung des Voranschlages bemüht war, mit den veranschlagten Beträgen allen Erfordernissen Rechnung zu tragen, die voraussichtlich im kommenden Jahr anfallen werden.

Detaillierte Angaben werden die Referenten bei den einzelnen Verwaltungsgruppen machen.

Im übrigen hofft Vizebürgermeister Slavik, daß der Wiener Gemeinderat mit den Grundsätzen, die bei der Erstellung des Voranschlages 1966 befolgt wurden, einverstanden ist. Nach seiner Ansicht gibt der Voranschlag auch 1966 der Gemeindeverwaltung die Möglichkeit, das zweite Jahr der Legislaturperiode erfolgreich zu absolvieren und wieder einen Schritt weiter zu tun in der Durchführung des gegebenen Arbeitsprogrammes.

Die Beträge dieses Voranschlages werden einen wesentlichen Beitrag zur Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung geben und auch mithelfen, unsere Stadt weiter zu entwickeln. Wir leben in einer glücklichen, vielleicht aber auch schweren Zeit, die uns viel Arbeit aufbürdet, aber auch in einer Zeit, die uns viele Möglichkeiten bietet. Diese Zeit der Vollbeschäftigung und Aufwärtsentwicklung müssen wir nützen im Interessen unserer und der nachfolgenden Generationen. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Die eingebrachten Erinnerungen zum Voranschlag 1966 ersucht der Referent den zuständigen Gemeinderatsausschüssen zur Erledigung zuzuweisen. Abschließend stellt Slavik die formellen Anträge.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

./.

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

9. Dezember (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Inländischer Chinakohl 3.50 S bis 5 S je Kilo, inländischer Kohl 3 S bis 6.50 S je Kilo, inländischer Kohlrabi 1 S bis 2.50 S je Stück.

Obst: Inländische Äpfel Wirtschaftsware 4 S bis 7 S je Kilo, inländische Äpfel Tafelware 6 S bis 12 S je Kilo, Orangen sind ab 4.50 S je Kilo erhältlich und kosten bis 10 S je Kilo.

\- - -

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes):

Die General- und Spezialdebatte

Sodann wird die General- und Spezialdebatte eröffnet. Als erster Redner spricht Gemeinderat Lauscher (KLS). Er übt Kritik an dem Budget, von dem er sagt, daß es sich in altbekannten Bahnen bewege. Strukturelle Veränderungen oder höhere Leistungen seien leider nicht zu erwarten. Der größere Aufwand komme durch Preiserhöhungen zustande, die Einnahmen steigen durch zu erwartende größere Erträgnisse aus Steuern und Abgaben und durch die Aufnahme von Darlehen. Bemerkenswert sei, daß bei der Lohnsummensteuer mit einer um 28 Millionen Schilling größeren Einnahme gerechnet werde, bei der Gewerbesteuer jedoch nur mit einer um zwei Millionen höheren Einnahme. Die Löhne seien zwar gestiegen, die Profite aber auch, und zwar ungleich mehr als die Löhne. Eine gewaltige Steigerung der Einnahmen werde durch die Erhöhung der Grundsteuer um 25 Prozent erreicht. Die Zahl der Benachteiligten sei hier weitaus größer als die der Begünstigten. So gehören zum Beispiel alle Mieter zu den Betroffenen, weil die Eigentümer die Erhöhung auf die Mieter abwälzen werden.

Viele brennende Probleme könnten auch im nächsten Jahr nicht gelöst werden. So würden zum Beispiel nur genau so viele oder genau so wenige Wohnungen gebaut werden, wie für heuer vorgesehen waren, nämlich 11.300. Wie immer wieder erklärt werde, scheitere eine stärkere Wohnbautätigkeit nicht an der Geldfrage, sondern an der bereits völlig ausgelasteten Baukapazität. Im Gegensatz dazu sei aber zum Beispiel die Montagebaufabrik weitaus leistungsfähiger als seinerzeit angenommen wurde. Außerdem hätten sich auch zahlreiche Baufirmen bereit erklärt, zu den gleichen Bedingungen wie die Montagebaufabrik für die Gemeinde zu bauen. Die Möglichkeiten für den Bau von mehr Wohnungen seien also gegeben, im Budget werde davon jedoch kein Gebrauch gemacht.

Ähnlich sei es mit dem Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes. Die KLS-Fraktion habe dem Gemeinderat schon in den fünfziger Jahren einen Vorschlag über den Bau eines Schnellbahnnetzes unterbreitet. Aber erst nach vielen Jahren konnte die Teilstrecke Meidling-Floridsdorf dem Verkehr übergeben werden. Im vorliegenden Budget

./.

merke man nichts von einem weiteren Ausbau des Schnellbahnnetzes. Für Vorarbeiten zum Ausbau des Stadtbahnnetzes seien zwei Millionen Schilling vorgesehen, ansonsten finde man nur Beträge für die Unterführung Lastenstraße, für Kreuzungsbauwerke und Fußgängerpassagen.

Keine Ansätze gebe es im Budget für die Errichtung der vierten Donaubrücke, der zweiten Müllverbrennungsanlage, des Fernheizwerkes, des Krankenhauses und Altersheimes Ost und des neuen Dianabades sowie schließlich für den absoluten Hochwasserschutz. Alle diese wichtigen Bauten seien schon seit langem versprochen, im Budget 1966 sei aber nichts dafür vorgesehen.

Für all das brauche man riesige Geldmittel, die es jedoch nicht in genügendem Ausmaß gibt, weil Wien vom Bund seit Jahr und Tag vernachlässigt und benachteiligt werde. Diese Benachteiligung sei auch schon vor der Wiener ÖVP zugegeben worden, und zwar auf dem Klagenfurter Bundesparteitag im Jahre 1963. Aber was habe die Wiener ÖVP seither dagegen getan? Nichts sei zum Beispiel auf dem Gebiet des Gesundheitswesens geschehen. Das Defizit der Wiener Spitäler steige von Jahr zu Jahr. Auch bei den difizitären Verkehrsbetrieben sei nichts geschehen. Die Wiener ÖVP habe beim Bund die entsprechenden Beträge weder für den Ausbau der Massenverkehrsmittel Wiens noch für die Sicherung eines absoluten Hochwasserschutzes reklamiert. Die Haltung der Wiener ÖVP sei ein typisches Beispiel von Lizitationspolitik.

Die ÖVP sei der Meinung, in den nächsten fünf Jahren könnten nicht nur 45.000, sondern 60.000 Wohnungen gebaut werden. Wie verhalte sich diese Ansicht jedoch zur Forderung der ÖVP, den kommunalen Wohnungsbau zu reduzieren? Die ÖVP habe auch nichts unternommen, damit die Gemeinde endlich wieder über freiwerdende Wohnungen verfügen könne. Sie habe auch nichts dazu getan, daß endlich ein Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetz zustandekomme. Sie vertrete nach wie vor die Interessen der Großunternehmer und der Bodenspekulanten.

Der Grund, warum in den vergangenen Jahren noch kein besserer Finanzausgleich durchgesetzt werden konnte, liege darin, daß die SPÖ-Rathausmehrheit immer wieder auf ihren demagogischen Koalitionspartner Rücksicht nehme und den Weg des geringeren Widerstandes einschlage. Vizebürgermeister Slavik habe auch heute wieder den Finanzausgleich als "nicht ungünstig", als "gerecht" bezeichnet. Die Tatsachen stünden jedoch im Gegensatz dazu.

./.

Im weiteren stellt GR. Lausc er fest, daß die Politik der Gebühren-, Tarif- und Preiserhöhungen in diesem Jahr eine spürbare Verteuerung der Lebenshaltungskosten zur Folge hatte. Im Budget für 1966 seien erhöhte Gebühren für die Müllabfuhr vorgesehen; sie sollen um rund 30 Prozent steigen. Außerdem denke man auch an eine Fahrpreiserhöhung der öffentlichen Verkehrsmittel. Diese Erhöhung sei allerdings wegen der bevorstehenden Wahlen auf später verschoben worden.

Als letztes Ausweichmittel werde die Aufnahme von kostspieligen Darlehen und Anleihen angesehen. So soll im nächsten Jahr wieder eine Anleihe von 500 Millionen Schilling aufgelegt werden. Der Schuldenstand der Gemeinde Wien werde jedoch im nächsten Jahr bereits auf mehr als 3,5 Milliarden Schilling gestiegen sein. Wenn zum Beispiel in der "Arbeiter-Zeitung" behauptet werde,, daß die Stadt Wien keine Schuldenpolitik mache, dann strafe der vorliegende Budgetentwurf diese Behauptung Lügen.

Der Redner warnt vor jenen Kreisen in der ÖVP, die Wien immer benachteiligt haben, jene selben Kreise, die jetzt nach der absoluten Mehrheit im Parlament streben.

Abschließend erklärt GR. Lauscher im Namen der KLS, daß seine Fraktion auch heuer nicht in der Lage sei, dem Kapitel Finanzen die Zustimmung zu geben.

GR. Dr.Schmidt (FPÖ) meint, die von Vizebürgermeister Slavik genannten eindrucksvollen Zahlen verleiten zur Annahme, daß auch immer größere Leistungen erbracht werden. Bei näherer Betrachtung zeigt sich jedoch, daß zwar der Gesamtrahmen des Budgets gestiegen ist, aber gerade der Investitionssektor im Verhältnis dazu nicht entsprechend dotiert wurde. So beträgt die Gesamtsteigerung 9,7 Prozent, die Steigerung im Kapitel Bauwesen aber nur 5,7 Prozent. Der Anteil für das Bauwesen am Budget ist ebenfalls seit Jahren zurückgegangen. Waren es 1963 noch 20,3 Prozent, so sind es für 1966 nur mehr 17,3 Prozent.

Der Redner vertritt auch die Meinung, daß ein Teil der Budgetsteigerung nur auf die Teuerung zurückgeht. Beispiel dafür sei der Wohnungsbau, der zwar um 76 Millionen höher als im Vorjahr dotiert wird. Trotzdem bleibe die Bauleistung mit 5.000 Wohnungen gleich. ./.

Die höhere Dotierung entspricht genau der Steigerung des Baukostenindex.

Die Einnahmen im Budget sind auch diesmal betont vorsichtig geschätzt, was schon zur Übung gehört. Was fehlt ist daher eine Übersicht über das zusätzliche Programm, das auf Grund der voraussichtlichen Mehreinnahmen durchgeführt werden wird. Der Redner stellt einen Antrag, dem Gemeinderat alle Vierteljahre eine solche Übersicht vorzulegen.

Es fälle auf, daß die Gewerbesteuer nur mit zwei Millionen höher eingesetzt ist.

Kritik übt Gemeinderat Dr. Schmidt an der Neubemessung der Grundsteuer, die keineswegs in der Mehrzahl der Fälle Ermäßigungen brachte, wie dies der Finanzreferent behauptet hat (Vizebürgermeister Slavik: Das hab ich nie gesagt!). Der Redner wendet sich auch gegen die rückwirkende Einhebung, die große Härten mit sich bringt. Die Budgeteinsicht zeige, daß bei vorsichtigster Schätzung eine Steigerung der Grundsteuer um 25 Prozent erwartet wird. Das kann doch nicht das Ergebnis einer Grundsteuermehrleistung einer Minderheit nach Abzug der Minderleistung einer Mehrheit sein. Die Gemeinde Wien hätte die soziale Verpflichtung, die Härten, die sich aus der rückwirkenden Einhebung ergeben, zu beseitigen. Dr. Schmidt stellte deswegen den Antrag, die Grundsteuer für die Kalenderjahre 1963 und 1964 in gleicher Höhe wie für 1962 einzuheben.

Bei den Budgetansätzen sehen wir auch 170 Millionen Schilling, die den Verkehrsbetrieben an Stelle der Tariferhöhung zur Verfügung gestellt werden, um die Tarife aufrechterhalten zu können. Man sieht, was Wahlen alles bewirken können. Offiziell heißt es natürlich, daß die für den 1. Jänner 1966 bereits fix in Aussicht genommene Erhöhung der Verkehrstarife im Interesse der Erhaltung der Währungsstabilität abgeblasen worden sei. Aber der gelernte Österreicher weiß, daß nicht so sehr die Sorge um den Schilling, sondern die Sorge um die Wählerstimmen ausschlaggebend gewesen ist. Es ergeben sich zwei konkrete Fragen: Auf welchen Zeitpunkt wird nun die Tariferhöhung bei den Verkehrsbetrieben verschoben; und ist der Finanzreferent der Meinung, daß es

./.

volkswirtschaftlich richtig ist, die 170 Millionen auf dem Wege der Kreditaufnahme zu beschaffen, also Schulden mit Schulden zu bezahlen?

Auf dem kommunalen Wohnbausektor ist mit der Errichtung und Förderung von 11.300 Wohnungen zu rechnen. Das ist zweifellos eine schöne Zahl, geeignet, dieses lebenswichtige Problem der Stadt etwas zu mildern, aber keineswegs es zu entschärfen. Dazu ist der Wohnungsfehlbestand an ordentlichen Wohnungen und die Zahl der Wohnungssuchenden in dieser Stadt zu groß. Die Wohnungsfrage ist ein Problem der Bundesgesetzgebung; aber hier ist die Regierung Klaus-Pittermann ebenso wenig weitergekommen wie ihre Vorgänger. Keine der beiden Regierungsparteien hat versucht, im Parlament in dieser wichtigen Frage eine Entscheidung herbeizuführen. Das Parlament ist in der österreichischen Demokratie nicht sehr gefragt, freie Abstimmungen ohne Koalitionszwang schon gar nicht. Der Bevölkerung wäre aber eine klare Mehrheitsentscheidung für die Lösung lebenswichtiger Probleme lieber als ein jahrelanges unfruchtbares Tauziehen ohne Aussicht auf eine Lösung.

Die Bewältigung des Großstadtverkehrs ist dem geistigen Umstellungsprozeß der Rathausmehrheit ausgesetzt. Leider sind sehr viele Jahre dabei unnütz verstrichen, und anscheinend wird auch in Zukunft das Tempo nicht sehr gesteigert werden. Bis zur Stunde fehlt noch immer ein Generalverkehrsplan, der den Individual- und den Massenverkehr gemeinsam umfaßt. Der Tenor der Berichte der gesamten österreichischen Presse über die Münchner Verkehrsausstellung - wo der Beitrag Wiens kläglich war - war: Wien fehlt ein Generalverkehrsplan. Daher war ich sehr erstaunt, als Bürgermeister Marek im Rundfunk sagte, daß der Wiener Gemeinderat Ende 1961 den Generalverkehrsplan für den Individualverkehr beschlossen hätte. Ich habe Verständnis dafür, daß man die etwas komplizierte Beschlußfassung im Rundfunk etwas vereinfacht darstellt. Wenn man das aber schon tut, dann kann man nicht unterscheiden zwischen Generalverkehrsplan für den Individualverkehr und für den Massenverkehr. Warum das wohl gesagt worden ist? Man wollte wohl nicht zugeben, daß sich die Auffassungen der Rathausmehrheit über die Bewältigung des Massenverkehrs zwischen 1961

./.

und 1965 radikal geändert, um nicht zu sagen ins Gegenteil verkehrt habe. Das Argument, es seien für die Änderung der Auffassungen über die Unterfahrung der Innenstadt technische Gründe maßgebend gewesen, ist weggefallen. Ich bin neugierig, welche Argumente man nun für den Gesinnungswandel der Rathausmehrheit vorbringen wird. Trotzdem freuen wir uns, daß sich - spät aber doch - die Erkenntnis durchgesetzt hat, daß ein Konzept für die zweite Verkehrsebene geschaffen werden muß. Im Budget für 1966 finden wir allerdings nichts von einem solchen Konzept. Wir sind überhaupt enttäuscht, daß gerade der Investitionssektor sehr gering dotiert ist. Die Mitteilung im Wiener Amtsblatt vom Oktober, daß die Wiener Stadtverwaltung jetzt einen Forschungsauftrag vergeben hat, um die Planung des künftig notwendigen Verkehrsnetzes rechtzeitig beginnen zu können, steht doch einigermaßen im Widerspruch zu den Behauptungen, daß der Generalverkehrsplan für den Individualverkehr schon beschlossen sei und jener für den Massenverkehr sozusagen schon vor der Tür stünde. Es erweckt nicht den Eindruck, als würde die Gemeindeverwaltung aus dem Stadium der Improvisation bereits in das der Planung eingetreten sein. Wenn das Vorbereitungstempo so bleibt, reiht es sich würdig an das bisherige Schneckentempo und Durcheinander an.

Es sei ferner aufgefallen, daß das Defizit der Spitäler um 18,4 Prozent gestiegen sei, während der Bundesbeitrag nach dem Krankenanstaltengesetz nur um 8,4 Promille wuchs. Obwohl alle Länder und Gemeinden sich darüber einig seien, daß die Leistungen des Bundes zu gering sind, konnte man im Parlament keine Mehrheit für eine Änderung der betreffenden Bestimmungen finden. Dies wohl deshalb, weil man diese Mehrheit nicht gesucht hat. In freier Abstimmung wäre auch dieses Problem lösbar gewesen. Man findet sich zum Nachteil Wiens mit den Gegebenheiten ab.

Der Redner gab seiner Befriedigung über die Fortschritte beim neuen Allgemeinen Krankenhaus und bei anderen Einrichtungen Ausdruck und lobte die vorbildlichen Leistungen der Schul- und Kulturverwaltung, namentlich das Modernisierungsprogramm der Pflichtschulen. Als weniger befriedigend bezeichnete er die Budget-

./.

ansätze für die öffentlichen Einrichtungen. Die FPÖ-Fraktion werde dem Voranschlag als einem Routinebudget und einem Spiegelbild unentschlossener Kommunalpolitik die Zustimmung versagen.

Gemeinderat Dr. Bauer (ÖVP) geht in seinem Debattenbeitrag zunächst auf die Frage ein, wie weit eine Gemeinschaft in das Leben des einzelnen eingreifen dürfe und unterstrich die Leistungen der ÖVP für die Wiener Kommunalpolitik der letzten 20 Jahre. Das Budget für 1966 bezeichnete er als eines der üblichen Routinebudgets, beinahe fein säuberlich von vorherigen Haushaltsplänen abgeschrieben und mit bestimmten, teilweise recht interessanten Steigerungssätzen versehen. Er vermißt darin Umschichtungen größeren Umfanges und die Bedachtnahme auf die Veränderung der wirtschaftlichen und soziologischen Strukturveränderungen. Er fordert ein brauchbares Budgetkonzept für Wien und eine möglichst verläßliche Vorausschau auf die Entwicklung der kommenden Jahre. In Wien werde mit "Kaltschnäuzigkeit" budgetiert.

Der Redner setzt sich sodann mit verschiedenen publizistischen Äußerungen auseinander, wobei es zu einem heftigen Zwischenrufduell zwischen ihm und Gemeinderäten der SPÖ kommt. Ferner wird kritisiert, daß das Wiener Budget nicht zuerst dem Gemeinderat, sondern der Wiener SP-Konferenz vorgelegt wurde und die Frage gestellt, was die SPÖ sagen würde, wenn der Finanzminister seinen Voranschlag zuerst einem Forum der ÖVP zur Beschlußfassung vorlegte. (Gelächter und Zwischenrufe und bei der SPÖ: "Genau das hat doch der Finanzminister getan!") Gemeinderat Dr. Bauer sprach sich für neue Wege der Budgeterstellung, für zeitgerechte Besprechungen sowie dagegen aus, daß man dem Gemeinderat ein fix und fertig gedrucktes Konzept vorlegt, das zwar theoretisch aber in der Praxis niemals abgeändert werden kann. Er verlangte die Einsetzung eines Budgetausschusses.

Der Redner bezeichnete das Wohnungsproblem als eine Hauptsorge der Bevölkerung und setzt sich kritisch mit den Budgetansätzen für den Wohnbau auseinander. Er bezeichnete es als völlig unnötig, daß man durch die Errichtung der Montagebaugesellschaft der privaten Bauwirtschaft Konkurrenz macht. Das soziale Wohnbauprogramm der Gemeinde Wien sei längst nicht mehr sozial, sondern höchstens sozialistisch und das System der Er-

./.

richtung und der Zuweisung von Gemeindewohnungen sei völlig verfehlt. Überdies werde fast die Hälfte aller öffentlichen Mittel für den Wohnungsbau in Österreich vom Bund, den Ländern und den Gemeinden in den Wohnungsbau der Stadt Wien investiert, obwohl auf die Bundeshauptstadt nur 23 Prozent aller in Österreich in den Nachkriegsjahren errichteten Wohnungen entfallen. Schon damit ist das Märchen von der ständigen Benachteiligung Wiens durch den Bund auch auf dem Gebiet des Wohnungsbaues glatt widerlegt. (Zwischenruf Gemeinderat Schreiner, SPÖ: "Da werden sich die Bundesländer aber freuen, wenn sie das hören!"; Gemeinderat Hofmann (SPÖ): "Das werden wir uns sehr gut merken!") Auch die Mieten in den von der Gemeinde Wien errichteten Bauten steigen sprunghaft. An Stelle des legendären Zinsgeiers verschwundener Zeiten sei der ausbeuterische Stadtkapitalismus in den Zinshäusern der Gemeinde Wien getreten, den es um jeden Preis zu bekämpfen gelte. (Heftige Zwischenrufe von seiten der SPÖ.) Das heiße jedoch nicht, daß die ÖVP den kommunalen Wohnbau ablehne. Die Wohnungen seien größtenteils auch zu klein. In der Bevölkerung aber müsse ein Umdenken stattfinden, da es nicht angehe, daß man für die Wohnung nichts, für alles andere aber alle Beträge auszugeben bereit sei.

Zum Thema Stadterneuerung wiederholte der Redner die Forderung nach Auflockerung und Entflechtung von Wohn- und Betriebsbaugebieten und lobte in diesem Zusammenhang die Sanierung des Blutgassenviertels. Wenn die Gemeinde sich zu einer neuen Bodenpolitik durchringt, bedürfe es des zu Unrecht von den Sozialisten immer wieder geforderten Bodenbeschaffungsgesetzes nicht.

Zum Problem des Massenverkehrs in Wien wurde auf die Studie des Institutes für Betriebstechnik an der Technischen Hochschule in Wien eingegangen und daraus der Beweis dafür abgeleitet, daß die Forderungen nach einer zweiten Verkehrsebene berechtigt gewesen seien. Die ÖVP trete bei aller Befriedigung über die "Ustraba" für den Bau einer echten U-Bahn und für das von der Technik vorgeschlagene, kombinierte Massenverkehrsmittel ein, dessen Vorteile der Redner ausführt.

Auch die Parkraummisere hätte sich Wien leicht ersparen können (Zwischenruf Stadtrat Heller: "Welche Stadt kennt keine Parkraum-

./.

misere?") Es habe offenbar noch vor kurzer Zeit nicht den marxistischen Maximen entsprochen, sich einen Arbeiter als glücklichen Autobesitzer vorzustellen. Der heutige Verkehrssalat führe jetzt zu Freizeitverlusten und Umsatzverlusten der Wirtschaft.

Zum Gesundheitswesen sagte der Generalredner der ÖVP, daß die TBC in unserer Stadt erfolgreich bekämpft werde und lobte die Initiative des Stadtrates Dr. Glück für die Kinderlähmungs-Schutzimpfung, die ein durchschlagender Erfolg geworden sei. Gefordert wurden wirksame Maßnahmen zur Krebsbekämpfung und ein umfassender Schutz für Mutter und Kind. Die Leistungen der konfessionellen Spitäler, die unter großen Opfern der katholischen wie der evangelischen Kirche einen wertvollen Beitrag zum Gesundheitswesen Wiens leisten, werden betont. (Zwischenruf Gemeinderat Windisch, SPÖ: "Das haben wir nie bestritten!") Der Redner geht ferner auf die Fürsorge für Alkoholiker und alte Menschen ein.

Die ÖVP wolle aber auch alles tun, daß Wien eine Stadt der Kultur bleibe. Für die Wirtschaft müsse ebenfalls besser gesorgt werden. In diesem Zusammenhang kritisiert der Redner die Einhebung der neuen Grundsteuern rückwirkend ab 1. Jänner 1963, auf die andere Städte verzichtet hätten. Man könne nach einer solchen Maßnahme nicht den Produzenten und dem Handel allein die Verantwortung für Preissteigerungen in die Schuhe schieben. Man dürfe auch nicht so tun, als befänden wir uns bereits in einer Inflation und solle statt dessen echte Konsumentenpolitik betreiben. Heute gehe es darum, die Wiener Wirtschaft europareif zu machen, wofür leider noch nicht allzuviel geschehen sei. Diesbezügliche Anträge der ÖVP seien zu wenig berücksichtigt worden. Die Abwanderung der Industrie in westliche Bundesländer müsse verhindert werden. In diesem Zusammenhang wird an einen Antrag der ÖVP zur Einführung von Volksabstimmung und Volksbegehren im Wiener Landtag erinnert. Durch solche echt demokratische Methoden könnte die richtige Rangordnung von Großprojekten direkt durch das Volk entschieden werden.

Obwohl die Zahlen des Budgets den bequemen Trott erkennen lassen, den die Mehrheit im Rathaus im Besitz ihrer Macht geht, sei die ÖVP der Überzeugung, daß mit diesem Budget für Wien doch etwas geleistet werden könne, und werde ihm daher ihre Zustimmung erteilen.

./.

GR. Planek (SPÖ) hält es nicht für günstig, so sehr von der sachlichen Linie abzugehen, wie es sein Vorredner im ersten Teil seiner Ausführungen getan hat. Dieser Teil war nichts anders als ein Sammelsurium literarischer Ausdrücke und überdies nicht, wie es sein sollte, in freier Rede vorgebracht, sondern gelesen. Seine eigenen Ausführungen, ohne Redeunterlage, werden daher etwas bescheidener klingen.

Immer wieder wurde davon gesprochen, was schön und gut für unsere Stadt wäre, von der Dringlichkeit dieser Vorhaben usw. Es wäre jedoch interessant, einmal konkret zu hören, wie man sich die Finanzierung aller dieser Vorhaben vorstellt? Schließlich sind wir an einen finanziellen Rahmen gebunden. Auf welche Art will man also den Finanzrahmen erweitern, will man Steuern erhöhen, Fremdkapital heranziehen oder von wo sonst sollen die Mittel für die Erfüllung dieser Forderungen herkommen? Es wäre interessant, wie sich die ÖVP zu dieser Frage stellt. Erst wenn konkrete Vorschläge gemacht würden, könnte man darüber diskutieren.

Jeder Bürger, nicht nur der Gemeinderat, der mit offenen Augen durch die Stadt geht, wird sehen, was da oder dort noch zu machen ist. Wenn man aber sachlich sein will, nicht demagogisch, dann muß man auch erkennen, daß in Wien noch nie so viel geleistet wurde, wie in den letzten Jahrzehnten. Es wird auch jedem klar sein, daß man auch bei uns zur Lösung der Verkehrsprobleme eine zweite Verkehrsebene braucht. Daß ein Teil seiner Fraktion der Ansicht war, die Alweg-Bahn sei vielleicht das entsprechende technische Mittel, sei begreiflich, da die Alweg-Bahn-Gesellschaft diese Bahn teilweise aus eigenen Mitteln finanzieren wollte.

Ein in letzter Zeit von Experten ausgearbeiteter Entwurf für die Lösung der Wiener Verkehrsprobleme sei auch den Stadtwerken bekannt. Der vorläufige berechnete Aufwand für dieses Projekt wird mit elf Milliarden Schilling angenommen. Bei einem Netz von 145 Kilometer Länge würde nach deutschen Unterlagen berechnet, eine echte U-Bahn in Deutschland 40 Milliarden Schilling kosten, das bei uns geplante Verkehrsnetz jedoch elf Milliarden.

./.

Der Wiener Weg, daß wir vorerst eine Unterpflaster-Straßenbahn planen, die jederzeit in eine Untergrundbahn umgewandelt werden kann, ist also nicht der schlechteste, da wir ihn finanziell verkraften können.

Es wurde auch kritisiert, daß präliminierte Beträge vielfach nicht mit den tatsächlichen Kosten übereinstimmen. Selbstverständlich kann eine präliminierte Summe nicht genau sein, da sich während der Durchführung eines Vorhabens noch wiederholte Änderungen ergeben.

Was die Zuwachsrate des Sozialprodukts anlangt. Die Experten nehmen an, daß sie im kommenden Jahr nur vier Prozent ausmachen wird. Es ist daher selbstverständlich, daß der Finanzreferent seine Ansätze gleichfalls vorsichtig geschätzt hat. GR. Planek stellt fest, daß er fünf Budgetjahre, und zwar 1960 bis 1964 untersucht hat, also abgerechnete Haushaltsjahre. Es hat sich gezeigt, daß man in diesen fünf Jahren 200 Millionen aus den Rücklagen entnommen hat. Wir haben also 200 Millionen mehr ausgegeben, als eingenommen, weil soviel dringend Notwendiges durchzuführen war. Es wird daher wahrscheinlich im Jahr 1965 und 1966 der Versuch unternommen werden, das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben wiederherzustellen.

Es wurde auch der Vorwurf erhoben, daß auf dem Bausektor zu wenig geschieht. In der genannten Abrechnungsperiode haben wir jedoch tatsächlich im Geldaufwand mehr geleistet, als perzentuell gegenüber dem Zuwachs im Budget entsprochen hätte. 1964 sind wir beim Wohnungsbau auf eine Meßzahl von 155 gekommen, wir haben also mehr ausgegeben, als der reale Zuwachs in den Jahren ausgemacht hat. Auch beim Straßenbau wurde, in diesen Kennziffern ausgedrückt, mehr gemacht, als der reale Zuwachs des Budgets in der genannten Periode ausmachte.

Nochmals zum U-Bahn-Bau. Es wurde gesagt, ausländische Städte machen mehr. Nicht gesagt wurde jedoch, was in diesen anderen ausländischen Städten der Bund für diesen Zweck an Beiträgen leistet. Die folgenden Zahlen, die einer deutschen Publikation entnommen sind, beziehen sich auf den Zeitraum 1950 bis 1960: Von Hannover wurden für den U-Bahn-Bau pro Kopf der Bevölkerung 143 Schilling, von Köln 110,50 Schilling, von Düsseldorf 260 Schilling aufgewendet.

./.

Der Bund gab in Hannover Zuschüsse von 11 Schilling pro Kopf der Bevölkerung, in Köln 27,30 Schilling, in Düsseldorf 34,45 Schilling. Daraus ist zu ersehen, wie kräftig der Bund in Deutschland den Städten zuschießt. Und daraus sieht man, wie falsch die Wiener Bevölkerung von der ÖVP informiert wird.

Es ist eine Tatsache, daß die Investitionen um ein Prozent sinken werden. Man muß dabei aber auch an den notwendigen Erhaltungsaufwand denken, den der Bau von mehr Wohnungen, Schulen und so weiter einmal mit sich bringen wird. Betrachtet man die Lage an Hand der wirklichen Ausgaben, so zeigt sich, daß in den Jahren 1960 bis 1964 versucht wurde, die Investitionsquote im allgemeinen auf gleicher Höhe zu halten.

Die folgenden Zahlen über den Anteil der Investitionsausgaben von Bund, Ländern und Wien sollen zeigen, wie vielfältig und vielseitig die Aufgaben sind, die Wien zu lösen hat: Vom Bund wurden 1963 an Investitionen aufgewendet: für Straßen und Brückenbau 71,4 Prozent, für Wohnungsbau 4,18 Prozent, für öffentliche Einrichtungen 9 Prozent. Die Länder ohne Wien wendeten auf: für Straßen- und Brückenbau 55,4 Prozent, für Wohnungsbau 0,8 Prozent, für öffentliche Einrichtungen 0 Prozent. Von Wien allein hingegen wurden aufgewendet: 19,6 Prozent für Straßen- und Brückenbau, 36,9 Prozent für Wohnungsbau, 15,3 Prozent für öffentliche Einrichtungen.

Die ÖVP stellte die Forderung auf, Wien sollte beherzigen was Abgeordneter Uhlir vom Bund gefordert hat. Vizebürgermeister Dr. Drimmel behauptete dazu in einem Artikel unter anderem, unser Budget sei undurchsichtig, irreführend und ähnliches. Dazu ist jedoch zu sagen, daß das System im Bund verschieden von dem unseren ist. Bei uns herrscht nämlich eine Kollegial- und nicht eine Ministerialverwaltung.

Im Zusammenhang mit der Motorisierungswelle wird von uns immer wieder gefordert, etwas für den ruhenden Verkehr zu tun und Garagen, Einstellplätze und so weiter zu schaffen.

./.

Dies darf jedoch nicht unsere Aufgabe sein. Wir müssen hingegen versuchen, die Möglichkeiten dafür zu schaffen, daß man rasch vom individuellen Verkehr auf den öffentlichen Verkehr umsteigen kann, wenn man gut und schnell in die Stadt kommen will.

Untersuchen wir nun die schwierige Frage, was auf uns zukommt, welche Aufgaben wir in nächster Zeit zu lösen haben werden. In den nächsten zehn Jahren werden wir vor allem dafür zu sorgen haben, daß die Strom-, Gas-, Wasser-, Wärmeversorgung unserer Stadt erweitert wird. Was wird die Stadt für diese und andere Dinge aufwenden müssen? Der Ausbau der Wasserversorgung etwa wird eine Milliarde Schilling kosten, der Ausbau des Hauptstraßennetzes 900 Millionen, Brückenbauten 400 Millionen, für Spitäler werden wir (ohne Bundeszuschüsse) 2,8 Milliarden Schilling aufwenden müssen, für den absoluten Hochwasserschutz 2,5 Milliarden, für den Wohnungsbau 8 bis 10 Milliarden, für den Bau der neuen Großmarkthalle 300 Millionen, für die Errichtung des Schlachthofes 700 Millionen und schließlich für die Erweiterung des Stadtbahn- und Schnellbahnnetzes 11 oder 12 Milliarden Schilling. Das alles kann nur dann sinnvoll durchgeführt werden, wenn wir einen Finanzplan haben und eine Rangordnung und Schwerpunktprogramme ausarbeiten. Bei der Finanzierung erhebt sich die Frage: Eigen- oder Fremdmittel? Fremdmittel jedenfalls werden nur dann verwendet werden, wenn die Gewißheit besteht, daß zumindest die Zinsenlast wieder hereinkommt.

Im folgenden beschäftigt sich Gemeinderat Planek mit einigen Fragen der Integration und richtet in diesem Zusammenhang an den Berichterstatter die Bitte, die Ergebnisse der Integrationsenquete den Gemeinderäten vorzulegen.

Der Redner verweist wieder darauf, daß Wien aus seinem Steueraufkommen 1,5 Milliarden Schilling den anderen Bundesländern zur Verfügung stellen muß. Er wurdere sich daher, daß der Redner der Volkspartei nicht gesagt habe, er werde dafür eintreten, daß der Bund der Stadt Wien mehr Mittel zur Verfügung stellt.

./.

Abschließend legte GR. Planek ein Bekenntnis zur Koalition ab und forderte die ÖVP auf, bei der Zusammenarbeit mehr Sachlichkeit und mehr Wohlwollen aufzubringen. (Beifall bei der SPÖ).

Vizebürgermeister Slavik meint in seinem Schlußwort, daß von den vier Diskussionsbeiträgen eine Rede war, die für das Budget und für die Zusammenarbeit eintrat; eine Rede war gegen das Budget, gegen die Zusammenarbeit, aber für die Annahme des Budgets, und dann waren zwei Reden, die gegen das Budget gewesen sind, aber einen weniger oppositionellen Ton hatten als jene Rede, die auch für die Annahme des Budgets war. (Stadtrat Dr. Schaumayer, ÖVP: Das ist nur heuer so!)

Hierauf beschäftigte sich der Referent eingehend mit dem Problem der Grundsteuer. Er stellt fest, er habe nie davon geredet, daß die Mehrheit weniger zahlt, sondern gesagt, daß er sich bei seiner ersten Annahme verschätzt habe. Ursprünglich wurde damit gerechnet, daß ein Drittel unverändert bleibt, ein Drittel Erhöhungen und ein Drittel Ermäßigungen sein werden. Die Änderungen waren aber stärker als angenommen. Eine Untersuchung im September hat 50,9 Prozent Erhöhungen und 49,1 Prozent Ermäßigungen ergeben. Eine Untersuchung im Dezember ergab 28.000 Ermäßigungen und 43.000 Erhöhungen.

Der Referent weist dann anhand zahlreicher Beispiele nach, daß die Ermäßigungen vor allem bei den kleinen Grundstücken eingetreten sind, also bei solchen, wo Rentner und Pensionisten die Besitzer sind. Wir wissen, sagte Vizebürgermeister Slavik abschließend zu diesem Problem, daß es Ungerechtigkeiten gegeben hat, aber nicht durch die Schuld der Stadtverwaltung. Denn die Festsetzung des Einheitswertes hat das Finanzamt durchzuführen. Leider hat man es versäumt, vorher entsprechende Richtlinien herauszugeben, sodaß oft eine sehr verschiedene Beurteilung erfolgte.

Zu dem Vorhalt, daß für einige Projekte kein Geld vorgesehen sei, erwiderte der Vizebürgermeister, daß bei einigen erst die rechtliche Frage ausgetragen werden muß, ob es sich um Bundes- oder Gemeindeaufgaben handelt. Wir haben es so wie in den vergangenen Jahren gehalten, daß nur fertige Projekte in das Budget aufgenommen werden, weil wir zuerst wissen müssen, was es kostet.

./.

Wir haben hier eine Kollegialverwaltung, und sollten sich die finanziellen Möglichkeiten ergeben und Projekte fertigwerden, wird die Finanzverwaltung nicht zögern, den Gemeinderat um seine Genehmigung zu ersuchen.

Zur Frage des Finanzausgleichs sagt der Referent: Die Stadt Wien wird auf vielen Gebieten außerhalb des Finanzausgleichs belastet oder nicht genügend berücksichtigt. Es ist einfach grotesk, wenn in der Diskussion gesagt wurde, daß der Bund der Stadt Wien Milliardenbeträge gibt. Die sogenannten gemeinschaftlichen Abgaben sind keine ausschließlichen Bundesabgaben, nach dem Finanzgesetz gebührt ein Teil dem Bund, ein Teil den Ländern und der dritte Teil den Gemeinden. Uns schenkt niemand etwas! Aber neben diesem Finanzausgleich gibt es andere Probleme, wo die Stadt Wien benachteiligt wird. Am offensichtlichsten ist das beim Straßenbau, wo in den Bundesländern Milliardenbeträge ausgegeben werden, aber nur ein Promille-Satz oder ein ganz kleiner Prozentsatz auf die Stadt Wien entfällt. Ebenso werden beim Förderungswesen Milliardenbeträge ausgegeben, von denen fast nichts in die Stadt Wien kommt.

Es wurde gesagt, daß die Müllabfuhr teurer wurde. Man kann auf dem Standpunkt stehen, es soll alles bei den alten Preisen bleiben - aber dann darf man nicht Forderungen an die Leistungsfähigkeit der Stadt Wien stellen. Wir können nicht die Erhöhung der Kosten der Müllabfuhr selbst übernehmen und andererseits schon wieder eine neue Müllverbrennungsanlage bauen.

Weiter wurde gesagt, daß die Stadt Wien große Schulden habe. Im Rechnungsabschluß 1964 sind Schulden von 2.345 Millionen ausgewiesen. Davon entfallen 408 Millionen auf die Hoheitsverwaltung, wobei wieder 324 Millionen den Wohnhaus-Wiederaufbau betreffen. Das muß dazugesagt werden. Das betrifft jene Krieggschäden, die mit Hilfe des Wohnhaus-Wiederaufbaues behoben wurden. Der Rest von 84 Millionen sind alte Schulden.

Die Investitionen der Wasserwerke, die als zu gering bezeichnet wurden, steigen von 114,6 Millionen im Rechnungsabschluß 1964 auf 130 Millionen im Voranschlag 1966.

Zur Entkräftung der Kritik, daß für den Großstadtverkehr zuwenig Mittel bereitgestellt werden, führt Vizebürgermeister Slavik an, daß im Voranschlag für 1966 nur für Verkehrsbauten 428,4 Millionen vorgesehen sind.

./.

Der Referent zitiert ausländische Zeitungen, aus denen die Schwierigkeiten anderer Großstädte beim U-Bahnbau und andererseits die Anerkennung für die Leistungen Wiens bei der Lösung seiner Verkehrsprobleme hervorgehen.

Zur Finanzverwaltung führt der Redner aus: Im Rechnungsabschluß 1957 waren Rücklagen von 634,8 Millionen Schilling ausgewiesen, laut Rechnungsabschluß 1964 sind es 636,1. Wir haben in diesem Zeitraum 45.000 Millionen ausgegeben und 45.000 Millionen und noch 1,2 Millionen eingenommen. Wir können mit ruhigem Gewissen sagen, daß wir es uns sehr genau eingeteilt haben, daß es genauer kaum mehr möglich ist. 1958 hatten wir eine Investitionssumme von 1,1 Milliarden, laut Rechnungsabschluß 1964 betrugen die Investitionen 2,3 Milliarden. Wir haben also von 1958 bis 1964 die Investitionssumme verdoppelt. Zusammenfassend ergibt sich: Wir haben die Rücklagen nicht verbraucht, sondern wir haben sie bewahrt. Sie könnten höher sein, aber man soll das nicht aus Prestigegründen tun, sondern man soll die Aufgaben erfüllen.

Was soll ich mit der größten "Oppositionsrede" anfangen? Daß die ÖVP immer modern war, ist nichts Neues; daß sie früher nie bestanden hat, ihre Anhänger früher nie auf der Welt waren, haben wir auch schon ein paarmal gehört. Es ist immerhin erfreulich, daß die Nachfahren der alten Christlich-sozialen nun so weit gekommen sind, daß sie das, was Julius Tandler unter heftigem Protest des Bürgertums in Wien eingeführt hat, jetzt doch positiv bewerten. (Beifall bei der SPÖ). Wir haben auch gehört, wie großartig die Budgetvorschau des Bundes ist. Allerdings stimmt sie schon für 1967 nicht mehr. Was soll man von so einer Vorschau halten? Warum so eine Propagandarede? Halten Sie diese Rede bei einem Landesfinanzreferenten Ihrer Partei, damit Sie die Reaktion hören! (Heiterkeit bei der SPÖ).

Wenn davon gesprochen wurde, er habe das Budget mit einer Kaltschnäuzigkeit vorgelegt, so kann er dazu nur erwidern, daß er davon ausgegangen ist, daß den Gemeinderäten ein Referat von einer Stunde angenehmer wäre, als ein dreistündiges. Er habe jedoch gehofft, daß zumindest der Generalredner einer jeden Partei den Budgetentwurf genau angeschaut hätte.

./.

Wiederholt wurde auf das Bundesbudget verwiesen. Es bestehe jedoch ein großer Unterschied zwischen einer ministeriellen Verwaltung und einer Kollegialverwaltung. Das Parlament beschließt ein Budget und weist jedem Ressort das Geld zu. Bei uns ist das nicht so. Wir gehen mit allen Vorhaben in die Kollegialorgane, also Gemeinderatsausschüsse, Stadtsenat und bei größeren Sachen auch in den Gemeinderat.

Bei den Ausführungen von GR. Dr. Bauer hatte man das Gefühl, daß heute der Wahlkampf in den Wiener Gemeinderat einzieht. Man hat jedoch den Eindruck, daß der Debattenredner das Budget zu wenig gelesen hat. Außerdem besteht, wenn eine Rede vorgelesen wird - wie GR. Bauer es getan hat - die Möglichkeit, daß der Redner gar nicht sein eigenes Gedankengut vorbringt, womit natürlich im konkreten Fall keineswegs ein solcher Verdacht ausgesprochen werden soll.

Als tollkühn bezeichnet der Referent die Behauptung, daß die Hälfte aller Wohnbauförderungsmittel nach Wien fließt. Wir wissen alle, daß davon keine Rede ist. Es gibt einen einzigen Fonds, bei dem wir auf 60 Prozent Anspruch haben, und tatsächlich 58 Prozent bekommen, das ist der Wohnhaus-Wiederaufbaufonds. Aus Mitteln des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds erhält Wien 30.97 Prozent, aus der Landeswohnbauförderung 1954 nur 24.27 Prozent.

Es wurde auch davon gesprochen, wie raffgierig der "Stadtkapitalismus" ist, der für Gemeindewohnungen Mietzinse bis zu elf Schilling pro Quadratmeter verlangt. Dabei müßten die Gemeinderäte genau wissen, daß zwei Prozent der Baukosten pro Jahr eingehoben werden, das gleiche wie beim Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds und bei der Landeswohnbauförderung. Der Redner hat es sich jedoch sehr einfach gemacht und die Aufzugs-, Kolonia-, Warmwasser-, Zentralheizungsgebühren usw. miteingerechnet. Interessant ist jedoch, daß der Redner der ÖVP kein Wort über den bekannten Wunsch seiner Partei gesagt hat, für die Privatwohnungen, egal welchen Baujahres, Mietzinse von vier Schilling pro Friedenskrone einzuheben. Ein gefährliches Wort wurde geprägt, als man sagte, man kann bei Lebensmitteln auf die billigere Qualität ausweichen. Ein derartiger Ausspruch erinnert an die

./.

Wursthaut, von der man Suppe kochen kann. Die ÖVP möchte für alle Wohnungen gleichviel verlangen, für die älteste und schlechteste Wohnung genausoviel wie für die modernste.

Der Vertreter der ÖVP hat auch gemeint, daß das Grundbeschaffungs- und Assanierungsgesetz gar nicht so notwendig wäre. Man soll sich jedoch daran erinnern, wie oft Kritik gegeben wurde, weil hohe Beträge für Grundankäufe ausgegeben werden mußten. Die Stadtverwaltung braucht diese Gründe, um ihre Aufgaben erfüllen zu können, wie es die Errichtung von Kindergärten, Spitälern, Parkanlagen, Straßen und ähnliches ist. Er ist daher der Meinung, daß ein Grundbeschaffungs- und Assanierungsgesetz dringend notwendig ist.

Der Redner der ÖVP hat auch die Befürchtung ausgesprochen, daß die Sozialisten vor den Nationalratswahlen mit einem Plan für die Errichtung einer U-Bahn herauskommen könnten. Vizebürgermeister Slavik stellt fest, daß es sich diesmal um eine Nationalratswahl handelt. Vielleicht könnte der Redner dem Bundeskanzler und dem Finanzminister empfehlen, mit einem solchen Projekt vor den Wahlen herauszukommen. Die Sozialisten würden dies mit Freude begrüßen.

Es wurde zugegeben, daß wir für unsere Spitäler viel machen, jedoch kritisiert, daß wir für die privaten Anstalten nichts ausgeben. Der Redner dürfte anscheinend die Subventionen übersehen haben, die zum Beispiel die Barmherzigen Brüder und das St. Anna Kinderspital erhalten haben. Dem Göttlichen Heiland hat die Stadtverwaltung für die Errichtung eines Pavillons 40 Millionen zur Verfügung gestellt, mit einer Laufzeit von siebzig Jahren und einer Verzinsung von einem Prozent pro Jahr.

Einige Aufregung habe es gegeben wegen der Lohn- und Preisentwicklung. Zieht man einen Vergleich zwischen den Jahren 1958 und 1965 kommt man darauf, daß die Preise um 25 Prozent gestiegen sind und die Nettolöhne um 40 Prozent. Das heißt, daß sich von 1958 bis 1965 eine Reallohnverbesserung um 15 Prozent ergeben hat, im Durchschnitt also eine jährliche von 2,1 Prozent.

./.

Was die Frage der Vorbereitung auf den europäischen Markt betrifft, können wir darauf hinweisen, daß wir sehr intensiv an Integrationsstudien arbeiten. Das kann auch kaum verborgen geblieben sein, da alle interessierten Körperschaftn daran mitarbeiten. Wir wirken auch mit Bundesdienststellen zusammen, wobei sich oft Verzögerungen ergeben, weil diese die Vorschläge erst dann weitergeben, wenn sie mehrfach überprüft und genehmigt wurden. Jedenfalls wird die Grundlagenforschung, die wir jetzt im Hinblick auf einen gemeinsamen Markt betreiben, wesentlich dazu beitragen, daß wir von keiner Entwicklung überrascht werden können.

Zur Frage der Budgeterstellung ist zu sagen: Wenn beim Bund so ruhig und so vernünftig geredet worden wäre, wie in den Budgetverbesprechungen der Stadt Wien, hätte es in der Regierung möglicherweise keinen Budgetkrach gegeben. Man kann aber nicht auf den Semmering oder sonstwohin fahren und von dort ausposaunen, man werde Neuwahlen erzwingen, wenn die SPÖ zum Budgetentwurf nicht vorbehaltlos ja sage, obwohl man gar nicht wußte, was in diesem Entwurf drinnensteht. Vielleicht wußte man es aber auch - das müssen die Herren von der ÖVP besser wissen (Zwischenruf Vizebürgermeister Dr. Drimmel: "Sie werden mir das Geheimnis nicht entlocken!").

Der Referent empfahl abschließend, die vorliegenden Anträge den zuständigen Gemeinderatsausschüssen zuzuweisen und den Ansätzen seiner Geschäftsgruppe zuzustimmen.

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des zweiten Hauptstückes mit den Stimmen der SPÖ und der ÖVP angenommen. Die Anträge der FPÖ-Fraktion werden einstimmig der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Der Vorsitzende, GR. Helene Potetz, unterbricht darauf die Sitzung.

Die Beratungen werden morgen Freitag, den 10. Dezember, um 9 Uhr mit der Behandlung der Geschäftsgruppe I (Personalangelegenheiten) fortgesetzt. Referent ist Stadtrat Hans Bock (SPÖ).

(Ende des Sitzungsberichtes)

\- - -

Rindernachmarkt vom 9. Dezember

9. Dezember (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 2 Ochsen, Summe: 2. Neuzufuhren Inland: 2 Ochsen, 7 Stiere, 16 Kühe, 9 Kalbinnen, Summe: 34. Gesamtauftrieb: 4 Ochsen, 7 Stiere, 16 Kühe, 9 Kalbinnen, Summe: 36.

Marktverkehr ruhig. Hauptmarktpreise.

\- - -

Schweinenachmarkt vom 9. Dezember

9. Dezember (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 0. Neuzufuhren Inland: 143, DDR 155 zu 13.50 und 14 S.Gesamtauftrieb: 298. Verkauft wurde alles.

Marktverkehr ruhig. Hauptmarktpreise.

\- - -

Pferdehauptmarkt vom 9. Dezember

9. Dezember (RK) In- und Ausland kein Auftrieb

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Die Budgetberatungen im Rathaus:

Das Personal der Stadt Wien

10. Dezember (RK) Am zweiten Tag der Budgetberatungen in Wiener Rathaus wurde die Verwaltungsgruppe I (Personalangelegenheiten, Verwaltungs- und Betriebsreform) behandelt. Stadtrat Bock (SPÖ) erstattete das Referat. Er führte aus:

"Wie immer eröffnet die Geschäftsgruppe I die Spezialdebatte. Auch wenn die numerische Stellung nicht gegeben wäre, erscheint es mir sinnvoll, die Debatte mit den Personalangelegenheiten zu beginnen. Mit der Beschlußfassung dieses Haushaltsplanes werden bekanntlich Entscheidungen getroffen, die weit über das nächste Jahr hinaus von richtungsweisender Bedeutung sind. In seinem Rahmen ist die Fertigstellung begonnener Vorhaben, die Weiterführung im Bau befindlicher und die Planung neuer Projekte aufgenommen worden. Einsatzfreudigkeit und Arbeitswille unserer 54.000 Gemeindebediensteten werden wie immer zur Verwirklichung dieser gestellten Aufgaben wesentlich beitragen. Daraus ergibt sich, wie ich wiederholt festgestellt habe, für uns die selbstverständliche Verpflichtung, Vorsorge zu treffen, daß auch unser Personal am sozialen Fortschritt teilnehmen kann und vom gesteigerten Volkseinkommen seinen gerechten Anteil erhält. Wien hat auf dem Gebiet des Dienst- und Besoldungsrechtes in den vergangenen Jahren im allgemeinen und in diesem Jahr im besonderen, beachtliche Fortschritte aufweisen können.

./.

Acht Prozent höherer Personalaufwand

Der Wiener Magistrat rechnet für das Jahr 1966 mit Personalausgaben von 2.679,38 Millionen Schilling. Der Personalaufwand übersteigt den des Vorjahresvoranschlages um 251,16 Millionen Schilling. Diese Mehrausgaben sind vor allem auf die 25. Novelle der Dienst- und Besoldungsordnung der Beamten der Stadt Wien, die eine Erhöhung der Gehaltsansätze und der Nebengebühren ab 1. Juni 1965 um sieben Prozent brachte sowie auf die besoldungsrechtlichen Verbesserungen für die Bediensteten der Verwendungsgruppen C und D, zurückzuführen. Der Anteil des Personalaufwandes wird von 29,4 auf 29,8 Prozent ansteigen. Werden die kassenmäßig unwirksamen Wertdurchführungen aus dem Vergleich genommen, und man müßte es eigentlich tun, wenn man ein echtes Bild erhalten will, dann beträgt der Anteil des Personalaufwandes 32,7 Prozent, was ungefähr einem Drittel der effektiven Geldaufwendungen der Stadt Wien im Jahre 1966 entsprechen wird.

Die Wiener Stadtwerke rechnen für das kommende Jahr mit einem Personalaufwand von insgesamt 1.606,02 Millionen Schilling, das sind um 112,39 Millionen Schilling mehr als im laufenden Jahr. Der Mehraufwand hat im wesentlichen die gleichen Ursachen wie beim Magistrat. Die Personalausgaben steigen somit gegenüber dem Vorjahr beim Magistrat und den Wiener Stadtwerken insgesamt um rund acht Prozent.

Zur Frage einer Gehaltsforderung der Bediensteten für das Jahr 1966 möchte ich feststellen: obwohl jede Gehaltserhöhung für eine Finanzsituation der Stadt Wien eine Belastung bedeutet, hat die Wiener Gemeindeverwaltung, sooft die öffentlichen Bediensteten mit der Regierung ein Übereinkommen abgeschlossen haben, sich dieser Verpflichtung noch nie entzogen. Wir haben immer Wege gefunden - damit ihre berechtigten Forderungen erfüllt werden können - ohne dabei eine Budgetkrise herbeizuführen - die Rücklagenpolitik der Stadt Wien ist ein sicherer Garant für unsere Gemeindebediensteten.

Der Dienstpostenplan für das Jahr 1966 sieht beim Magistrat eine Vermehrung um 49 Dienstposten vor. Es ist daher mit einem Personalstand von insgesamt 34.738 Aktivbediensteten zu rechnen.

./.

Davon entfallen auf Vollbeschäftigte 32.692, auf Teilbeschäftigte 1.265 und auf Saisonkräfte 781. Der Mehrbedarf begründet sich zufolge Schaffung sozialer Einrichtungen, vor allem von Kindertagesheimen und der damit verbundenen Eröffnung neuer Kindergruppen.

Hinsichtlich der geringfügigen Personalvermehrung können Sie entnehmen, daß unsere Verwaltung sparsam und wirtschaftlich geführt wird; dabei ist zu berücksichtigen, daß die ständig wachsenden Aufgaben, in der Praxis vom fast gleichbleibenden Personalstand bewältigt werden.

Bei den Wiener Stadtwerken beträgt der Personalstand für das Jahr 1966 18.924, das sind um 501 Bedienstete weniger, als für 1964 vorgesehen waren.

Im kommenden Jahr wird der Stand der Pensionisten beim Magistrat voraussichtlich 17.150 erreichen, das sind um 64 weniger als 1965. Davon beträgt die Anzahl der versorgten Witwen 5.900, das sind 34 Prozent.

Die Wiener Stadtwerke rechnen 1966 mit 18.670 Pensionisten, somit um 205 weniger als im abgelaufenen Jahr. Die Anzahl der versorgten Witwen bei den Wiener Stadtwerken beträgt zirka 8.900 beziehungsweise 48 Prozent.

Die Situation auf dem Arbeitsmarkt

Die Situation auf dem Arbeitsmarkt ist gekennzeichnet durch eine wachsende Knappheit an Arbeitskräften. Einer Vorausschätzung des Arbeitskräftepotentials in Österreich bis 1980 nach, würde die Zahl der heimischen Arbeitskräfte ohne ausländische Gastarbeiter in den kommenden fünf Jahren bis 1970 um 159.000 oder 4,8 Prozent sinken. Nach 1970 würde die Zahl der Berufstätigen wieder zunehmen und wäre im Jahre 1980 wieder fast so hoch wie 1961. Dabei wird die Zahl der berufstätigen Männer weniger abnehmen und später stärker zunehmen als die der Frauen; das Arbeitskräftepotential wird sich also, ebenso wie die Bevölkerung, etwas 'vermännlichen'. Und ebenso wird es sich auch etwas 'verjüngen';vor allem wird die Zahl der Berufstätigen von 20 bis unter 50 Jahre zunehmen. Da die Bevölkerung bis 1980 ziemlich gleichmäßig

./.

zunehmen, die Zahl der Berufstätigen aber zunächst abnehmen wird, sinkt der Anteil der Gesamtzahl aller Berufstätigen an der Gesamtzahl der Bevölkerung - die allgemeine Erwerbsquote - zunächst und stabilisiert sich dann. Die Erwerbsquote betrug 1961 noch 47,6 Prozent. Sie wird voraussichtlich bis 1970 auf 43 Prozent sinken und würde dann ungefähr auf diesem Niveau verharren. Wenn ich den eben genannten Zahlen gegenüberstelle, daß im Jahre 1937 die Arbeitslosenrate bei 1,337.000 Beschäftigten 32 Prozent betragen hat, sie sich im vergangenen Jahr bei 2,364.000 Arbeitnehmern auf durchschnittlich 3 Prozent gestellt hat, so gibt es für uns trotz aller Erschwernisse nur eine Verpflichtung; die Vollbeschäftigung zu sichern!

Welche Schlußfolgerung soll man aber aus der Arbeitskräfteprognose ziehen? Wie können wir uns im Konkurrenzkampf um die Arbeitskraft behaupten? Wir haben meiner Meinung nach mindestens vier Probleme unser Augenmerk zuzuwenden:

Rationalisieren und automatisieren, wo es nur möglich ist.

Aufwertung des öffentlichen Dienstes.

Den Nachwuchs sichern -, sich der Personalwerbung unter Zuhilfenahme neuzeitlicher Werbemethoden zu bedienen und einen Ausgleich, im angemessenen Ausmaß, durch die Verwendung von ausländischen Arbeitskräften zu schaffen, soferne keine Arbeitskräfte im Inland mehr greifbar sind.

Zum Thema Rationalisierung habe ich schon wiederholt darauf hingewiesen, daß sie unsere vordringlichste Aufgabe sein muß. Wir gehen diesen Weg zielbewußt in allen Zweigen unserer Verwaltung. Ich verweise auf die Kommission zum Studium von Rationalisierungsmaßnahmen bei den städtischen Kranken- und Pflegeanstalten, die wir vor kurzem gewählt haben. Es wird Aufgabe dieser Kommission sein, in verstärktem Ausmaß alle Möglichkeiten auszuschöpfen, die eine Vereinfachung, bessere Organisationsformen und Rationalisierung im Betrieb und in der Verwaltung der städtischen Kranken- und Pflegeanstalten mit sich bringen könnten. Ich möchte nicht unerwähnt lassen, daß die Rationalisierungskommission der Verkehrsbetriebe schon viel Erfolg gebracht hat und wertvolle Arbeit leistet.

./.

Aufwertung des öffentlichen Dienstes

Meiner Ansicht nach müßte man auch verstärkt darangehen, die Aufwertung des öffentlichen Dienstes ins Auge zu fassen. Zweifellos keine Aufgabe, die sich von heute auf morgen erreichen läßt. Ich meine dabei nicht nur die selbstverständliche Hebung der materiellen Basis und der sozialen Geltung des öffentlichen Dienstes. Ich denke an die Pflege der mitmenschlichen Beziehungen, die oberster Grundsatz einer jeden demokratischen Verwaltung sein sollten, sowohl der inneren als auch der äußeren. Bezüglich der äußeren, gemeint sind Parteien und Kunden, ist die vom Gemeinderatsausschuß I eingesetzte Kommission zur Überprüfung der bei der Stadt Wien verwendeten amtlichen Formulare, kurz Formularkommission genannt, in Tätigkeit. Obwohl die Kommission infolge eines enormen Arbeitsanfalles nur langsam vorankommt, kann ich berichten, daß die Begutachtung der Formulare der Geschäftsgruppe I, die vor allem Personalangelegenheiten betreffen, sowie die Formulare der Wiener Stadtwerke, die insbesondere dem Kundendienst dienen, nahezu abgeschlossen ist.
Die sorgsame Pflege der menschlichen Beziehungen ist Sache einer gesunden Personalpolitik. Mit der Schaffung würdiger Arbeitsbedingungen, die zu unseren Bemühungen gehören, ist es aber allein nicht getan. Eine Personalpolitik, wie wir sie uns vorstellen, bringt den richtigen Mann an den richtigen Platz, bereitet ihn für seine Arbeit richtig vor und schafft alle Voraussetzungen, die die Zusammenarbeit mit anderen Mitarbeitern erleichtern. Personalpolitik, so verstanden, bewirkt, daß der Mitarbeiter sich selbst als Mensch unter Menschen erlebt.

Wir haben aber auch in einer anderen Richtung einen Anstoß gesetzt. Die Einladung an unsere Schwestern, gemeinsam mit der Modeschule der Stadt Wien am Entwurf einer neuen Tracht mitzuwirken, hat Anklang gefunden. Ich hoffe, daß die neu entworfenen Modelle den ungeteilten Beifall unserer Schwesternschaft finden werden. Selbstverständlich ist es nur ein Teilproblem, aber kein unwesentliches.

./.

Hinsichtlich des Nachwuchsproblems haben wir unter anderem in Fortsetzung der im Vorjahr begonnenen Einstellung von Kanzleilehrlingen heuer bereits 350 Kanzleilehrlinge und 20 Lehrlinge des technischen Dienstes aufgenommen. Mit der Einstellung dieser Jugendlichen sind der Stadt Wien aber auch Aufgaben ungeahnten Ausmaßes erwachsen. Gilt es doch, diese jungen Menschen, die in einigen Jahrzehnten zu den tragenden Säulen unserer Stadt und unseres Staates zählen werden, in jeder Hinsicht vorbildlich zu betreuen. Aus diesem Grunde wurde hiefür ein eigenes Büro errichtet, in dem erfahrene Pädagogen und Jugenderzieher mit der Durchführung eines großzügig und vielseitig ausgearbeiteten Jugendbetreuungsplanes, der der Entwicklung der Mentalität der Jugend und den gesellschaftlichen Veränderungen gerecht wird, tätig sind.

Mobilisierung der Arbeitskraftreserven

Man müßte versuchen, die Mobilisierung noch vorhandener heimischer Arbeitskraftreserven im Wege einer intensiven Personalwerbung zu erreichen. Obwohl die Gemeinde Wien nach dem Bund der größte Arbeitgeber Österreichs ist, fällt diese Tatsache in den Augen der Bevölkerung bei der Wahl des Arbeitsplatzes nicht entsprechend ins Gewicht. Sei es, weil dies zu wenig bekannt ist, sei es, weil andere hemmende Faktoren im Spiele stehen. In unserer Wohlstandsgesellschaft wird die Wahl des Arbeitsplatzes hauptsächlich von zwei Faktoren bestimmt: vom Wunsch nach möglichst hohem Verdienst und vom Streben nach einem bestimmten Sozialprestige. Die Aufgabe einer Werbekampagne muß deshalb sein, alle hemmenden Faktoren durch überzeugende Argumentation zu überwinden und die Vorteile, die eine Anstellung bei der Gemeinde Wien mit sich bringt, in den Vordergrund zu stellen. In dieser Richtung wurde bereits ein erster Werbeanstoß gesetzt, und es gilt nun, die gefundene Linie konsequent weiterzuverfolgen. In der bisherigen Werbung wurde von den klassischen Medien die Anzeige herangezogen, die von Sonderaktionen unterstützt wurde, wie zum Beispiel: Einsatz eines Straßenbahnwerbewagens beziehungsweise eines Werbeautobusses. In unserer diesjährigen Werbung haben wir selbstverständlich wieder die 'Anzeige'

./.

in den Mittelpunkt unserer Aktionen gestellt. Es ist bemerkenswert, daß die Presse einen kräftigen Zuwachs im Inseratenvolumen zu verzeichnen hat. Nicht weniger als 13 Prozent stiegen die Aufwendungen der österreichischen Wirtschaft für Anzeigenwerbung im September und Oktober 1965 gegenüber dem gleichen Zeitraum im Vorjahr. Parallel zur Anzeigenwerbung ist eine entsprechende Rundfunkwerbung geplant, die erfahrungsgemäß eine wirksame Unterstützung der Inseratenwerbung darstellt. Da es bei der werblichen Aussage in erster Linie darum gehen muß, die Tätigkeit der städtischen Bediensteten in den Augen der Öffentlichkeit attraktiv erscheinen zu lassen, müßte in erster Linie das Argument der Sicherheit, das durch die heutige Vollbeschäftigung in den Hintergrund gerückt ist, das aber auf lange Sicht gesehen einen sehr positiven Faktor darstellt und immer noch einen echten Vorteil gegenüber Arbeitsplätzen in der Privatwirtschaft bietet, erwähnt werden. Wir glauben, daß die In-Aussicht-Stellung einer gesicherten Zukunft auch heute noch bei der breiten Bevölkerung auf fruchtbaren Boden fällt. Ein weiteres Argument für die Anzeigenwerbung ist die Widerlegung der Vorurteile, die bezüglich der Dotierung durch die Gemeinde Wien bestehen. Es müßten daher konkrete Fälle angeführt werden, die zeigen, daß die finanzielle Seite nicht so negativ ist, wie allgemein befürchtet wird.

Zum Problem der Einstellung von teilbeschäftigten Bediensteten möchte ich feststellen, daß dieses Vorhaben von wechselndem Erfolg begleitet war. Im allgemeinen wird es bei verschiedenen Dienstzweigen als zweckmäßig angesehen, teilbeschäftigte Bedienstete zu verwenden. Dies trifft insbesondere für Frauenberufe zu und wird auch von vielen Frauen als notwendige und beste Lösung des Problems der Doppelbelastung der Mutter angesehen. Die Praxis zeigt, daß sich der Einsatz von teilbeschäftigten Bediensteten vor allem auf dem Sektor des Haus-, Küchen- und des Krankenpflegepersonals, hier sind die Abteilungshelferinnen gemeint, bewährt hat. Aber auch im Kanzleidienst wurden ebenfalls gute Erfolge erzielt und die anfänglich angestellten Befürchtungen, daß viele Vollbeschäftigte zur Halbtagsbeschäftigung drängen und dadurch ein noch

./.

größerer Personalmangel eintreten würde, haben sich nicht erfüllt. Die Werbung von teilbeschäftigten diplomierten Krankenschwestern hingegen brachte leider ein negatives Ergebnis.

Gastarbeiter

Sollte der Versuch, noch vorhandene heimische Arbeitskräfte zu mobilisieren, kein Ergebnis zeitigen, müßte schließlich die organisierte Hereinnahme von ausländischen Gastarbeitern in Erwägung gezogen werden. Wenn wir darangehen, ausländische Gastarbeiter bei der Stadt Wien zu beschäftigen, müßten wir uns dessen bewußt sein, daß die 'Einfuhr' nur eine vorübergehende Lösung darstellen kann. Wenn wir keine Armee von Arbeitslosen in Österreich wünschen, dann sollten wir sie auch in keinem anderen Land für wünschenswert oder für das unentrinnbare Schicksal der dort Lebenden halten. Kommen doch diese Arbeitskräfte vorwiegend aus Ländern mit struktureller Arbeitslosigkeit. Sie verlassen nicht ihr Land, wie einst die Österreicher, weil ihre Fabriken stilliegen, sondern weil sie überhaupt keine Fabriken haben. Das besagt aber auch, daß die Armut dieser Länder außerordentlich groß ist und der überwiegende Teil der Gastarbeiter Hilfsarbeiter sind. Viele von ihnen kommen auch nicht für schwere körperliche Arbeiten in Frage.

In Wien wurden im Vorjahr insgesamt 16.000 Gastarbeiter beschäftigt. Die größte Gruppe bildeten die Jugoslawen, dann folgen Türken und Griechen und, im Abstand, Italiener, Spanier und andere Nationen. Die Gastarbeiter bleiben in der Regel länger als ein Jahr. Manche gehen von Österreich weiter nach Deutschland, in die Schweiz oder nach Übersee. Die Stadt Wien beschäftigt derzeit zirka 90 Ausländer. Die Verwendung von ausländischen Gastarbeitern wirft viele Fragen auf. Vorerst sind die ausländischen Arbeiter einer starken Fluktuation unterworfen. Sie neigen dazu, da ihr Arbeitseifer relativ groß ist, die gesetzliche Arbeitszeit zu überschreiten, das heißt, sie wollen mit möglichst viel Geld zu ihrer Familie zurückkehren und dafür wird ihnen die 45-Stunden-Woche zu kurz.

./.

In weiterer Folge wäre auch in Betracht zu ziehen, da sie hier weder Heim noch Familie haben, daß für sie die Freizeit weniger begehrenswert als für ihre österreichischen Arbeitskollegen ist. Auch ihre Unterbringung schafft manche Probleme.

Die Arbeitgeber müssen neben dem nicht unbeträchtlichen Anwerbepauschale zusätzlich Leistungen gewähren, die dem inländischen Arbeitnehmer nicht zufallen und für diesen ein Gefälle im Vergleich zum Gastarbeiter ergeben. Ein anderes Problem ist, daß es zu viel Verachtung für gewisse Arbeiten gibt. Der eine verachtet die Hausarbeit, der andere die Straßenreinigung und ein dritter die Landarbeit. Diese Mißachtung, die wir gar nicht energisch genug bekämpfen können, wird auf diejenigen übertragen, die solche Arbeiten verrichten. Die Vollbeschäftigung zwingt nun dazu, diese wenig gesuchten Berufe durch Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen anziehender zu machen und durch verschiedene Mittel ihr Ansehen zu erhöhen.

Unfallfürsorge für Beamte

Im Laufe des Jahres 1965 zeichnet sich auch immer mehr die Tendenz ab, schon vor langer Zeit gehegte Forderungen der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes zu erfüllen. Es wurden unter anderem intensive Verhandlungen über die Einführung einer besonderen Unfallfürsorge für die Beamten geführt und es ist zu hoffen, daß die Verhandlungen im Jahr 1966 abgeschlossen werden können. Für den Bundesbereich konnte auch ein neues, verbessertes Pensionsgesetz verabschiedet werden, das mit 1. Jänner 1966 in Kraft tritt. Es liegt auch bereits ein Magistratsentwurf vor, die pensionsrechtlichen Bestimmungen der Dienst- und Besoldungsordnung, wieweit sie nun hinter den neuen bundesrechtlichen Bestimmungen liegen, an diese anzugleichen. Ich hoffe, eine entsprechende Gesetzesvorlage in einer der nächsten Landtagssitzungen einbringen zu können.

Abschließend dankte der Referent allen Bediensteten der Gemeinde Wien, daß sie ihre Kraft eingesetzt haben, um die Erfordernisse ihres Dienstes zu erfüllen und der Wiener Bevölkerung zu dienen und ersuchte den Gemeinderat, den Ansätzen des Voranschlages der Geschäftsgruppe I zuzustimmen."

\- - -

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes):

240 Kinderträume werden Wirklichkeit

10. Dezember (RK) Heute morgen besichtigten Bürgermeister Bruno Marek und Stadtrat Maria Jacobi in den Räumen des Städtischen Jugendamtes eine liebevoll arrangierte Spielzeug-Ausstellung. Mit diesen Kinderherrlichkeiten hat es eine besondere Bewandtnis: alljährlich um die Weihnachtszeit werden 360 Wiener Kinder, von denen man weiß, daß sie in ihrer Familie keine rechte Festesfreude finden, zu einem Weihnachtsturnus in städtische Kindererholungsheime eingeladen. Von Mitte Dezember bis zum Ende der Weihnachtsferien werden sie in den Heimen Tribuswinkel, Lehenhof und Sulzbach Ischl umsorgt. 240 dieser Kleinen, die von zu Hause keine Weihnachtsgeschenke zu erwarten haben, werden überdies vom Jugendamt beschenkt.

Bürgermeister Marek fand anerkennende Worte für die Mitarbeiter des Jugendamtes und bezeichnete als das eigentlich Bemerkenswerte an dieser Aktion die Art ihrer Durchführung: schon im Herbst bemühen sich die Fürsorgerinnen, die geheimen Wünsche der für den Weihnachtsturnus ausgewählten Kinder zu ermitteln. Da kommen oft die rührendsten Träume zutage: Ein kleiner Bub aus sehr traurigen Familienverhältnissen wünschte sich zum Beispiel nichts anderes, als einen Christbaum für sich ganz allein. Selbst dann, wenn die Wünsche über den gesteckten finanziellen Rahmen hinausgehen, setzen die Mitarbeiter des Jugendamtes ihren Ehrgeiz darein, sie wenn irgend möglich zu erfüllen. Das Ergebnis dieser Bemühungen ist nun diese Schau im Jugendamt, die für sich allein schon eine Augenweide ist und ahnen läßt, welche Freuden die beteilten Kinder am Weihnachtsabend erwarten. Das Jugendamt der Stadt Wien hat für diese Aktion einen Betrag von rund 35.000 Schilling aufgewendet.

Die Spielzeugschau ist täglich von 8 bis 16 Uhr für jedermann frei zugänglich. Die Adresse lautet: 1, Schottenring 24, 4. Stock. Hinweistafeln "Zur Weihnachtsausstellung" sind angebracht.

\- - -

Gesellschaft der Freunde der Biologischen Station Wilhelminenberg

10. Dezember (RK) Die Gesellschaft der Freunde der Biologischen Station Wilhelminenberg veranstaltet Montag, den 13. Dezember, um 18.30 Uhr, im Auditorium maximum der Wiener Universität einen Vortragsabend. Nach einleitenden Worten von Univ.-Prof. Dr. Fritz Knoll spricht Univ.-Prof. Dr. Wilhelm Kühnelt über "Die Stellung der Vergleichenden Verhaltensforschung innerhalb der Biologie". Anschließend zeigt Otto Koenig neue Forschungsfilme aus der Biologischen Station Wilhelminenberg. Der Eintritt ist frei.

Am Freitag, dem 17. Dezember, um 18.30 Uhr, findet im Hörsaal des Instituts für Völkerkunde, 1, Universitätsstraße 7, die ordentliche Generalversammlung 1965 dieser Gesellschaft statt.

Rendezvous mit Tieren

Im Wollzeilen-Verlag ist das Buch "Rendezvous mit Tieren" von Otto Koenig erschienen. Es umfaßt 264 Seiten, davon 32 Bildseiten mit 54 Abbildungen. In Ganzleinen-Ausführung kostet es 160 Schilling.

\- - -

Sitzungen von Wiener Bezirksvertretungen in der kommenden Woche

11. Dezember (RK) In der kommenden Woche finden folgende Sitzungen von Wiener Bezirksvertretungen statt:

Dienstag, den 14. Dezember:

16.00 Uhr, Simmering, Enkplatz 2/117,
18.30 Uhr, Hietzing, Hietzinger Kai 1.

Mittwoch, den 15. Dezember:

17.30 Uhr, Josefstadt, Schlesingerplatz 4.

Donnerstag, den 16. Dezember:

17.00 Uhr, Landstraße, Karl Borromäus-Platz 3/1.

Freitag, den 17. Dezember:

16.00 Uhr, Meidling, Schönbrunner Straße 259/1.

\- - -

Ladenschlußzeiten zu Weihnachten und Silvester

10. Dezember (RK) Das neue **Landesgesetzblatt für Wien** enthält eine Verordnung des Landeshauptmannes über den Ladenschluß. Mit dieser neuen Verordnung werden unter anderem die Geschäftszeiten am Weihnachtsabend und zu Silvester neu geregelt. Lebensmittelgeschäfte haben am Weihnachtsabend bis 14.30 Uhr geöffnet, Süßwarengeschäfte und Blumenhandlungen bis 17 Uhr. Zu Silvester schließen die Lebensmittelgeschäfte um 17 Uhr, Süßwarengeschäfte und Blumenläden sowie Verkaufsstellen für Silvesterartikeln um 20 Uhr.

Im neuen Landesgesetzblatt ist auch eine Abänderung des Anzeigenabgabegesetzes enthalten.

Das Landesgesetzblatt ist um 1.50 Schilling im Drucksortenverlag der Stadthauptkasse, 1, Rathaus, Stiege 7, Hochparterre, und in der Verkaufsstelle der Österreichischen Staatsdruckerei - Wiener Zeitung, 1, Wollzeile 27 a, erhältlich.

\- - -

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes):

Die Debatte über Personalangelegenheiten

Als erste Debattenrednerin zur Geschäftsgruppe I spricht GR. Eleonora Hiltl (ÖVP). Sie beschäftigt sich mit dem Problem des Krankenschwesternmangels in den Wiener Spitälern und stellt fest, daß hier rund 500 Schwestern fehlen, und zwar bei insgesamt 6.264 Krankenschwesterposten, von denen nur 5.898 besetzt sind und 130 Schwestern ständig durch Karenzurlaub oder Krankheit entfallen. Durch den Personalmangel müssen die Schwestern Überstunden machen, und die diplomierten Krankenschwestern müssen oft zu Arbeiten herangezogen werden, die nicht ihrer Ausbildung entsprechen und von Hilfspersonal verrichtet werden sollten.

Zum Nachwuchsproblem: Es zeigt sich nicht nur in Wien, sondern überall in Europa, daß in der Jugend Interesse für den Krankenpflegeberuf absolut vorhanden ist. Man müsste jedoch eine neue Bewertung dieses Berufes durchsetzen. Durch den Fortschrift der Medizin und die höhere Lebenserwartung haben sich die Arbeitsmethoden in den Spitälern wesentlich geändert, die Krankenschwestern haben eine ganz andere Position als früher. Sie sind heute die Helferinnen des Arztes, die mehr Verantwortung tragen und mehr Aufgaben erfüllen müssen als vor Jahrzehnten. Deshalb müßte auch ihr soziales Prestige gehoben werden.

Dazu kommt, daß man die Krankenschwestern auch auf finanziellem Gebiet neu einstufen müßte.. So wie es heute gemacht wird, erscheint es zumindest merkwürdig. Der Grundgehalt der Schwestern ist verhältnismäßig gering, die Zulagen machen jedoch fast 30 Prozent des Gehaltes aus. Der größte Teil dieser Zulagen aber wird nicht in die Pension eingerechnet. Es ist untragbar, daß zum Beispiel eine Stationsschwester weniger verdient, als eine Hilfsschwester im sogenannten "Radldienst", weil die Stationsschwester keine Zulagen bekommt.

In diesem Zusammenhang legt GR. Eleonora Hiltl einen Antrag über die Schaffung eines eigenen Gehaltsschemas für das Krankenpflegepersonal vor. ./.

Darin heißt es: Unter Berücksichtigung auf die besondere Berufsausbildung und den verantwortungsvollen Dienst möge für das Krankenpflegepersonal und verwandter Berufe ein eigenes Gehaltsschema geschaffen werden, das eine dienst- und besoldungsrechtliche Besserstellung dieser Berufsgruppen gewährleistet. Unter anderem sollten dabei alle bisherigen starren Zulagen in den Grundgehalt eingebaut und die Beförderungsrichtlinien für Stationsschwestern, Oberschwestern und Oberinnen verbessert werden. Bei Übernahme in das neue Gehaltsschema müßten die Schulzeit und die Dienstjahre voll angerechnet werden.

Im weiteren stellt die Debattenrednerin fest, daß der Rechtsschutz für Krankenschwestern nicht im Krankenpflegegesetz verankert ist. Deshalb müßte dieses Gesetz dahingehend novelliert werden. Ein weiteres Problem bildet die berufliche Fortbildung der schon im Dienst stehenden Krankenschwestern. Viele Schwestern, die sich in Fortbildungskursen weiterbilden wollen, werden nämlich für den Besuch solcher Kurse entweder gar nicht oder nur sehr ungern freigestellt.

Auch hier müßte ein Wandel geschaffen werden. Zum Problem der Ausbildung von Krankenschwestern legt Gemeinderat Hiltl gleichfalls einen Antrag vor, in dem Maßnahmen zur Sicherung eines qualifizierten Nachwuchses für die Sozial- und Pflegeberufe verlangt werden. In dem Antrag heißt es, der Gemeinderat möge den Wiener Stadtschulrat ersuchen, beim Unterrichtsministerium eine Sonderform der Oberstufe des wirtschaftskundlichen Realgymnasiums für Mädchen zu beantragen, wobei im Lehrplan in besonderer Weise auf die künftige Tätigkeit in den Sozial-, Heil- und Pflegeberufen Bedacht genommen werden soll. Wie die Debattenrednerin dazu ausführt, soll dies der Vorschlag zu einem Versuch sein, die Jugend in höherem Maß als bisher auf den Krankenpflegeberuf aufmerksam zu machen und sie zum Besuch der beliebten und in ganz Europa anerkannten Wiener Schwesternschulen anzuspornen.

GR. Müller (SPÖ) berichtet als Vorsitzender der Formularkommission über die Bemühungen, den schriftlichen Verkehr der verschiedenen Dienststellen des Magistrats und der Stadtwerke mit der Bevölkerung und den städtischen Bediensteten zu vereinfachen und wo es notwendig ist, höflicher zu gestalten.

./.

Die bisherigen Erfahrungen zeigen, daß durch die große Zahl der Drucksorten - bei den Stadtwerken gibt es fast 4.500 und bei der Hoheitsverwaltung mehr als 5.000 - der Abschluß dieser Arbeit noch nicht abzusehen ist. Im allgemeinen Schriftverkehr wird jedoch nach Empfehlung der Kommission und einem Erlaß des Magistratsdirektors bereits eine Anrede und eine Schlußformel geschrieben. Die Überprüfung der Drucksorten der Stadtwerke und der Geschäftsgruppen ist fast abgeschlossen. Die Kommission hat die Änderungen immer im Einvernehmen mit den zuständigen Abteilungen durchgeführt. Aus Sparsamkeitsgründen sollen jedoch die meisten der noch vorhandenen Formulare aufgebraucht werden, ehe man eine Neuauflage herausgibt. Der Redner gibt die Anregung, auch bei der Textierung von Gesetzentwürfen darauf zu achten, daß sie allgemein verständlich sind.

Der immer größer werdende Aufgabenbereich der Stadtverwaltung hat zur Folge, daß immer mehr Drucksorten verwendet werden müssen. Versuchen wir, diese Drucksorten, die den menschlichen Kontakt oftmals ersetzen müssen, höflich und freundlich zu gestalten.

GR. Maller (KLS) verweist auf die Schlüsselstellung, die die Geschäftsgruppe I in der Stadtverwaltung hat. Diese Gruppe steht vor der schwierigen Aufgabe, alle Dienststellen der Stadt Wien mit ausreichendem und gutem Personal zu versorgen. Leider ist es derzeit so, daß gerade auf jenen Arbeitsgebieten, auf denen Personalmangel herrscht, unser Personalstand überaltert ist und jede Pensionierung eine Lücke reißt. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist heute ungeheuer angespannt. So standen nach der vom Stadtrat vorgelegten Statistik im Jahr 1964 15.631 offenen Stellen nur 13.089 Arbeitsuchende gegenüber, von denen viele aber wegen Krankheit oder Alter kaum mehr in den Arbeitsprozeß eingegliedert werden können. Wenn die Gemeinde Wien also ihr Personaldefizit decken will - und das steht außer Zweifel - muß sie in Konkurrenz zur gesamten Privatwirtschaft treten.

./.

Dazu ist es jedoch notwendig, Voraussetzungen zu schaffen, die den Dienst bei der Gemeinde Wien wieder anziehend machen. Dazu gehören anständige Gehälter, richtige Bewertung durch richtige Einstufung, soziale Betreuung, Schaffung von Kindergärten in größeren Betrieben und Spitälern, ein menschliches und ordentliches Betriebsklima, um nur einiges zu nennen.

Stadtrat Bock war sicherlich in seiner bisherigen Tätigkeit bemüht, bei der Personalgewinnung neue Wege zu gehen, wie zum Beispiel durch Heranziehung von Pensionisten für die Straßenreinigung, Einstellung von kaufmännischen Lehrlingen und ähnliches. Viele kostspielige Werbemethoden haben jedoch leider keine Erleichterung gebracht. Groß ist auch die Zahl der Dienstesentsagungen. Leider handelt es sich hier in der Mehrzahl um qualifizierte Arbeitskräfte. Die Einstellung von indonesischen Krankenschwestern könne man nur als Entwicklungshilfe werten, denn auf dem Personalsektor wird dadurch kaum eine Erleichterung erzielt, da die Mädchen erst die Sprache lernen und geschult werden müssen. Zur Gewinnung von Krankenschwestern und Pflegern wird es notwendig sein, für diese Gruppe ein eigenes Gehaltsschema zu schaffen.

Der Gemeindeverwaltung ist es nur durch die außergewöhnliche Dienstleistung und Dienstauffassung vieler ihrer Bediensteten möglich, ihren Pflichten nachzukommen. Derartige Überbelastungen führen aber oft zu Erkrankungen und vermehrter Dienstunfähigkeit. Leider kommt es dann oft vor, daß durch ihre überdurchschnittliche Leistung erkrankte Bedienstete entpragmatisiert werden oder durch den Wegfall der verschiedenen Zulagen finanziellen Schaden erleiden. Die Gemeindebediensteten sind nach wie vor Stiefkinder der Konjunktur. Während in der Privatwirtschaft die Arbeiter und Angestellten einen - wenn auch ungenügenden - Anteil am gestiegenen Sozialprodukt erhalten, wurden die Gemeindebediensteten bis heute nicht berücksichtigt. Die Gehälter der öffentlich Bediensteten und somit auch der Gemeindebediensteten sind gegenüber der Privatwirtschaft um mehr als 40 Prozent zurück. Dem öffentlichen Dienst wird immer wieder vorgehalten, er lebe von Steuergeldern und diene der Öffentlichkeit, daher könnten seine Bezüge nicht an die gestiegenen Lebenshaltungskosten

./.

angeglichen werden. Die Folge dieser Argumentation ist der vorhandene Personalmangel. Erfreulicherweise hat sich der Finanzreferent gestern von dieser Einstellung distanziert. Die Gehaltserhöhung vom Juni 1965 um 7 Prozent wurde durch die Preissteigerungen voll aufgesaugt. Durchschnittlich sind die Gehälter im öffentlichen Dienst um mehr als 20 Prozent hinter den Lebenshaltungskosten zurück. Im Jahre 1966 sollte versucht werden, diesen Rückstand etappenweise aufzuholen.

Das neue Pensionsrecht für Bundesbedienstete, das am 1. Jänner 1966 in Kraft tritt, bringt eine Reihe von Verbesserungen. Auch die Gemeinde Wien wird in Anlehnung an dieses neue Gesetz ihr Pensionsrecht novellieren. Die besseren Bestimmungen, die wir im Pensionsrecht haben, müssen natürlich beibehalten werden. Bei einer Reihe von Frauenberufen wäre auch die Dienstzeit auf 30 Jahre herabzusetzen. Mit der Erreichung der vollen Dienstzeit muß auch die Möglichkeit verbunden sein, in den Ruhestand zu treten. Ebenso müßten die Zulagen in die Pension eingerechnet werden. Der Hilflosenzuschuß muß ein Rechtsanspruch werden und darf nicht von der Höhe des Pensionsbezuges abhängig sein.

Mit dem Wirksamwerden des neuen Pensionsrechtes sollte auch ein Unfallversicherungsgesetz in Kraft treten. In ein solches Gesetz müßten eine Reihe von Berufskrankheiten neu aufgenommen werden. Bei der Haushaltszulage ist eine kleine Verbesserung im Bezug auf die Anspruchsberechtigung eingetreten, da weibliche Bedienstete, die eine Kinderzulage beziehen, auch die Haushaltszulage erhalten. Wir sind dafür, daß die Haushaltszulage allen gegeben wird, die einen eigenen Haushalt führen.

In der Verwaltung wird weiterhin die Praxis geübt, Bedienstete, die niedriger eingestuft sind, zu qualifizierteren Arbeiten heranzuziehen. Für eine länger als ein Monat dauernde höhere Verwendung ist eine Ergänzungszulage zu gewähren. Hier wird aber sehr kleinlich vorgegangen.

Bei gleicher Verwendung finden wir auch vielfach eine ungleiche Bezahlung. So gibt es bei den Fürsorgerinnen bei der Durchführung der gleichen Aufgaben vier verschiedene Entlohnungsgruppen.

./.

Bei den Verkehrsbetrieben steht nach wie vor die Aufwertung des Berufes im Vordergrund. Hier wäre es an der Zeit, das schikanöse Strafsystem zu beseitigen. Dieses wird auch bei Vertragsbediensteten angewendet, obwohl es gesetzlich nicht gedeckt ist.

Die KLS werden auch in diesem Jahr den Ansätzen der Verwaltungsgruppe I nicht ihre Zustimmung geben.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) führt aus, Sinn eines Voranschlages sei es, die Einnahmen und die Ausgaben realistisch abzuschätzen. Es hat keinen Sinn, Ausgaben, mit denen man rechnen muß, unter den Tisch fallen zu lassen.

Der Budgetentwurf 1966 zeigt im I. Hauptstück gegenüber 1965 ein leichtes Ansteigen der Personaltangente von 29,4 Prozent auf 29,8 Prozent, das auf die Gehaltserhöhung zurückzuführen ist. Bei einer stabilen Entwicklung der Wirtschaft könnte der Entwurf des I. Hauptstückes eine brauchbare Grundlage für die Arbeit im nächsten Jahr sein. Leider leben wir nicht in einer derartigen Periode unserer Wirtschaft, denn wir haben eine Preislawine erlebt, die im letzten Jahrzehnt ohne Beispiel ist. Die Erhöhung der Bezüge der öffentlich Bediensteten wurde durch die Preissteigerungen total zunichte gemacht. Vom März bis September ist ein Kaufkraftschwund von 5,1 Prozent zu verzeichnen, wobei die Auswirkungen der Unwetterkatastrophen nicht berücksichtigt sind. Das ist mehr, als die Gehaltserhöhung ausgemacht hat. Die Bundesregierung ist nach dem Rücktritt noch weniger fähig als vorher, für eine Beruhigung auf der Preisfront zu sorgen. Wir haben in den letzten Jahren immer wieder feststellen müssen, daß die Preisauftriebstendenzen hauptsächlich von der öffentlichen Hand ihren Ausgang genommen haben. Wenn die öffentlich Bediensteten nicht eine Senkung ihres Lebensstandards in Kauf nehmen wollen, bleibt ihnen nichts anderes übrig, als immer wieder in immer kürzeren Intervallen eine Abgeltung der Teuerung zu verlangen. Angesichts dieser Situation ist es nicht zu vertreten, wenn im Voranschlag für 1966 die Gehaltsregelung des nächsten Jahres vollkommen negiert wird. Man lügt sich damit doch immer wieder nur in die eigene Tasche. Die Regierungskrise allein ist kein plausibler Grund dafür, daß im Wiener Voranschlag keine Vorsorge getroffen wird.

./.

Bei der heutigen Situation auf dem Arbeitsmarkt ist es nicht leicht, die Aufgaben des Personalressorts zu erfüllen und alle Dienststellen der Gemeindeverwaltung mit ausreichendem und qualifiziertem Personal zu versorgen. Die Hauptschwierigkeiten liegen bei der Stadt Wien im geltenden Besoldungsschema, das einem Vergleich mit den Gegebenheiten der Wirtschaft nicht standhält. Der Hauptunterschied liegt darin, daß man in der Privatwirtschaft nach vier oder fünf Jahren Einarbeit und Praxis einen Bezug erreichen kann, den man beim öffentlichen Dienst erst nach 15 oder 20 Jahren erwarten kann. Daher die Forderung nach einer zeitgemäßen Anpassung des Besoldungsschemas durch Vorziehen der höheren Steigerungsbeträge der höchsten Dienstjahre und Verflachung der Gehaltskurve in der letzten Phase der Dienstzeit.

Stadtrat Bock hat gesagt, daß die Stadt Wien der Motor des Dienst- und Besoldungsrechtes der öffentlichen Hand sei. Diesbezüglich hätte Wien aber noch zahlreiche Möglichkeiten, initiativ zu werden. Man müsse sich von der Vorstellung befreien, daß die Pragmatisierung und der Pensionsanspruch heute noch eine besondere Attraktion darstellen. Für viele liegt darin kein sichtbarer Vorteil gegenüber den Ruhegenüssen aus dem ASVG, das teilweise sogar günstigere Bestimmungen enthält, als das Pensionsrecht der öffentlich Bediensteten.

Als imponierend bezeichnete der Redner, daß die Zahl der Dienstposten trotz erhöhter Anforderungen seit Jahren fast gleichgeblieben ist. Dies könne nicht von allen Behörden in Österreich gesagt werden und sei zweifellos eine Folge von höheren Leistungen der städtischen Bediensteten und gelungenen Rationalisierungsmaßnahmen. Sehr vorteilhaft sei auch die Einstellung von Bürolehrlingen, die es noch bei keiner anderen Stelle der öffentlichen Verwaltung gibt.

Weniger erfolgreich sei die städtische Personalpolitik bei den Technikern, den Sozialberufen, den Verkehrsbetrieben und dem Pflegepersonal der Spitäler. 1965 wurden erstmals größere Anstrengungen in der Personalwerbung unternommen. Obwohl die Gestaltung der Zeitungsannoncen im Lauf des Jahres besser wurde,

./.

sei diese Form der Werbung allein nicht ausreichend. Die Idee des Werbebusses der Verkehrsbetriebe ist ausgezeichnet. Man müßte auch ein ähnliches Werbeteam für Sozialberufe zusammenstellen, das die Schulen besucht und auch mit den Eltern spricht.

Den Fotos in dem Werbebus konnte man entnehmen, daß die Unterbringung der neu geworbenen Kräfte von auswärts in großen Schlafräumen mit Stockbetten erfolgen soll. Da die Mitarbeiter der Verkehrsbetriebe ganz verschiedene Dienstzeiten haben, werde dies auf die Dauer kaum zumutbar sein.

Auf dem Spitalssektor habe sich die Situation weiter verschärft. Im Sommer gab es 3.000 gesperrte Betten und das "Volksblatt" schreibt jetzt auch von einem "Betten-Winter", da noch immer 1.268 Betten gesperrt seien, weil 500 Krankenschwestern fehlen. Dabei ist mit einer Verminderung der Zahl der Ordensschwestern zu rechnen. Außerdem verlassen jährlich 250 Schwestern die Gemeindespitäler, größtenteils wohl aus familiären Gründen, manche aber auch, weil sie anderswo bessere Arbeitsbedingungen finden. Das bedinge für das verbleibende Personal eine ungeheure Mehrbelastung. Die unbezahlte Mehrarbeit zeige sich sogar in den Zahlen des Rechnungsabschlusses 1964: Trotz Lohnerhöhung von vier Prozent ab 1. August blieben von dem veranschlagten Personalaufwand insgesamt 14 Millionen übrig, auch wenn man die an private Firmen gezahlten Reinigungskosten abzieht.

Geleistete Überstunden werden aber nur bis zur 51. Wochenstunde bezahlt. Ein Antrag der FPÖ, auch darüber hinausgehende Stunden zu bezahlen, sei im Ausschuß steckengeblieben, angeblich deshalb, weil die Zustimmung des Spitalserhalter-Verbandes nicht zu erlangen war. Es zeige sich darinnen, daß die Sozialberufe noch keine entsprechende Wertung genießen und man zuviel mit dem Idealismus der Bediensteten rechne.

Große Werbekraft sei von den Schwestern-Garconnieren und von der Realisierung einer modernen und zweckmäßigen Schwesterntracht zu erwarten. Aber auch auf dem Gehaltssektor müsse etwas geschehen. Der Unterschied zwischen diplomierten und undiplomierten Kräften sollte mehr als Brutto 200 Schilling betragen. Überhaupt wäre ein eigenes Gehaltsschema für Sozialberufe nötig. Der Einwand, daß dem die Notwendigkeit einer einheitlichen Gehaltspolitik in ganz Österreich entgegenstehe, sei nicht stichhältig, weil diese

./.

gar nicht einheitlich sei. Die Sozialversicherungsträger hätten beispielsweise ein eigenes Schema, besser als das übliche, und mit voller Überstundenentlohnung.

Die Sozialversicherungsträger ersparen sich auch die Kosten für eigene Schwesternschulen und viele ihrer Schwestern werden in städtischen Krankenpflegeschulen ausgebildet.

Erwägenswert sei auch der Vorschlag von Prorektor Fellinger, die Krankenpfelgeschulen aufzustocken, sie mit einer Fachmatura beenden zu lassen und dadurch eine B-Entlohnung der Absolventen zu ermöglichen.

Die begrüßenswerten Aktionen des Jugendbetreuungsbüros sollten auch auf die übrigen städtischen Bediensteten ausgedehnt werden. Die Privatwirtschaft erbringe nämlich weit mehr freiwillige Leistungen. Bei Großbetrieben sei beispielsweise die Betriebsküche eine Selbstverständlichkeit, wie sie etwa in der neuen Hauptanstalt der Zentralsparkasse oder auch in der Niederösterreichischen Landesregierung eingeführt sei.

Auch im Rathausviertel sollte eine Betriebsküche geschaffen werden. Die Gemeinde Wien hat schließlich für andere Gaststätten wie jetzt erst wieder für den Rathauskeller genug Geld ausgegeben.

Bei den Gehaltsvorschüssen ist erfreulicherweise die Nachfrage stark rückläufig. Der Redner regt deshalb an, auf die Zinsenzahlung dann zu verzichten, wenn solche Vorschüsse der Wohnraumbeschaffung dienen.

Zur Besetzung der Primariatsposten lehnt der Redner das Eindringen der Parteibuchwirtschaft auf dem Gesundheitssektor entschieden ab.

Im übrigen erklärt er, daß seine Fraktion den Ansätzen dieser Geschäftsgruppe nicht zustimmen werde.

GR. Dr. Marga Hubinek (ÖVP) beschäftigt sich mit dem Mangel an geschulten Sozialarbeitern. Die Sprengel in den Bezirksämtern werden immer größer, die Fürsorgerinnen müssen bis an die Grenze ihrer physischen Leistungsfähigkeit arbeiten. Es ist bedauerlich, daß bei den neuen Lehrplänen der Frauenoberschulen der Unterrichtsgegenstand Fürsorge verschwunden ist.

Auch bei den Kindertagesheimen haben wir großen Personalmangel. Man sollte mehr Möglichkeiten einer echten Freizeitbeschäftigung schaffen, weil hier noch ein Reservoir an Arbeitskräften steckt.

./.

Bei der Gemeinde sind auch die Aufstiegsmöglichkeiten im akademisch-technischen Dienst geringer. Im Bundesdienst gibt es hier bessere Chancen.

Die Rednerin erneuert den Wunsch, die Abteilungsleiterposten öffentlich auszuschreiben.

Zur Besetzung der Primariate äußert auch GR. Dr. Hubinek den Verdacht, daß manchmal nicht die sachliche Qualifikation ausschlaggebend sei. Für die ÖVP ist der Vorschlag des Landessanitätsrates maßgebend. Allein dieses Gremium ist dazu befähigt, die Auswahl der Ärzte zu treffen. Die Rednerin appelliert deshalb an den Landessanitätsrat, sich in seinen Entscheidungen nicht durch parteipolitische Erwägungen verwirren zu lassen.

GR. Hahn (ÖVP) erinnert daran, daß es in den ersten Nachkriegsjahren vieler Beziehungen und in den meisten Fällen auch eines bestimmten Parteibuches bedurfte, um in den Gemeindedienst aufgenommen zu werden. Damals galt es noch als besondere Auszeichnung, in den Verwaltungsdienst zu kommen. Die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung und die Vollbeschäftigung hat jedoch die Lage grundsätzlich geändert. Der rasante Wirtschaftsaufschwung hat die Rathausmehrheit anscheinend überrascht. Man hätte sich schon vor Jahren intensiver mit dem Nachwuchsproblem beschäftigen müssen. In den vergangenen zwei Jahren hat man 500 Lehrlinge aufgenommen. Es erscheint wichtig, daß man ihnen die positiven Seiten des Beamtentums zeigt und daß sie möglichst viel lernen. Man wird allerdings auch, wenn man die jungen Arbeitskräfte behalten will, das Gehaltsschema neu konstruieren müssen.

Das Gehaltssystem des öffentlichen Dienstes muß geändert werden, um zu vermeiden, daß sich nur minderqualifizierte Bewerber melden. Derzeit ist es so, daß die Anfangsgehälter in der Privatwirtschaft höher sind als im öffentlichen Dienst. Die Endbezüge allerdings sind im öffentlichen Dienst meistens besser als in der Privatwirtschaft. Es gibt mehrere Vorschläge darüber, wie das Gehaltsschema nach neuen Richtlinien aufgestellt werden könnte. Solche Vorschläge werden einmal realisiert werden müssen.

./.

Einen Schritt zum echten Leistungslohn hat die Gemeinde Wien bereits durch die Schaffung von Ausgleichszulagen bei der Verwendung auf höheren Dienstposten geschaffen. Allerdings werden hier zwei Probleme aufgeworfen. Auf Grund der neuen Regelung können keine Blitzkarrieren mehr gemacht werden. In Zukunft wird für übergangene dienstältere Kollegen auch der Trost wegfallen, daß ein Vorgesetzter unter Umständen weniger Gehalt bekommt.

In diesem Zusammenhang erinnert der Redner an zwei alte ÖVP-Anträge. Der eine verlangt die Einsichtnahme in die Dienstbeschreibung, der zweite, der gleichfalls bisher noch nicht behandelt wurde, fordert, daß alle Dienstposten, die nicht durch Richtlinienbeförderung erreicht werden können, ausgeschrieben werden sollen. Zu letzterem Antrag verweist der Redner auch auf einen diesbezüglichen Punkt im SPÖ-Programm. Als weiteren ewigen Streitpunkt bezeichnet er sodann die Maschinschreibzulage, die nur gewährt wird, wenn "überwiegend" Maschinschreibarbeiten geleistet werden. Richtig findet hingegen GR. Hahn den Umstand, daß junge Sekretärinnen, die in Stadtratbüros oder bei leitenden Beamten tätig sind, durch Überstundenpauschale für ihre geringen Anfangsgehälter entschädigt werden.

Im folgenden befaßt sich der Redner mit dem Problem der Zulagen und meint, daß auf diesem Gebiet die Gehaltsverrechnung zur Wissenschaft wird. So berechtigt manche Zulagen sind, müssen doch andere wieder als etwas eigenartig bezeichnet werden. So zum Beispiel die Mitfahrerzulage von 25 Groschen pro Fahrstunde. Andererseits aber ist es gleichfalls recht eigenartig, daß die Wiener Rettungsfahrer und die Fahrer des Krankenbeförderungsdienstes erst seit 25. November dieses Jahres eine mit 111 Schilling pauschalierte Zulage bekommen, die andere vor ihnen schon längst erhalten haben. (Zwischenruf von Berichterstatter Stadtrat Bock: Die Rettungsfahrer haben ja auch eine Abgeltung bekommen!)

Sodann kritisiert GR. Hahn die Tatsache, daß Bedienstete in manchen Gruppen nur zwei Jahre, in anderen Gruppen aber 15 Jahre warten müssen, bis sie in die nächste Verwendungsgruppe kommen.

./.

Besonders kraß zeigt sich das bei der Einstufung der Spitalköche. Hier ist nämlich der Lehrbrief oder eine 15jährige zufriedenstellende Tätigkeit im Küchendienst erforderlich. Es wäre sicherlich angebracht, auf diesem Gebiet eine bessere Qualifizierung vorzunehmen. Abschließend stellt der Redner die Frage, wann die nächste, die 26. Novelle zur Dienst- und Besoldungsordnung behandelt wird, und teilt mit, daß seine Fraktion den Ansätzen in der Geschäftsgruppe I zustimmen wird.

GR. Dr. Gisel (SPÖ) antwortet auf den Vorwurf der Gemeinderätin Dr. Hubinek, bei der Ernennung eines Leiters wären zwei Professoren und fünf Dozenten übergangen worden und ein nicht habilitierter Arzt mit der geringsten Erfahrung habe die Stellung bekommen, wobei wahrscheinlich die Verwandtschaft maßgebend gewesen sei. Ich möchte betonen, führt der Redner aus, daß der ausgewählte Arzt im Vorschlag des Landessanitätsrates enthalten war.

Wenn der Vorwurf erhoben wird, daß ein parteipolitischer Gesichtspunkt maßgebend gewesen sei, trifft das in einem Punkt zu. Dieser Arzt ist in einer sozialistischen Familie aufgewachsen, was wahrscheinlich auf seine Erziehung eingewirkt hat. Als er als Spitalsarzt in den Dienst der Stadt Wien trat, hat er sich im Interesse seiner Kollegenschaft betätigt. Er ist in seinem Spital freigewählter Funktionär gewesen und dadurch recht häufig in Konflikte mit der Spitalsdirektion und mit seinem Abteilungsvorstand geraten. Dieser "nicht qualifizierte," nach den Erfahrungen deutlich minder qualifizierte" Mann hat, eingespannt in den schweren Dienst eines Spitalsarztes, über zwanzig wissenschaftliche Arbeiten verfasst. Ich habe ihn auch in der Gesellschaft der Ärzte gehört, wo er ohne Manuskript gesprochen hat. Am Ende des Vortrages hat ein Universitätsprofessor gesagt: "Das war einer der besten Vorträge, die wir in diesem Jahr in der Gesellschaft hatten." (GR. Dr. Marga Hubinek: Warum hat er sich nicht habilitiert?) Es ist sehr schwer für diejenigen, die nicht den Betrieb des akademischen Lebens kennen, zu verstehen, warum jemand, der nicht an einer Universitätsklinik ist, es so schwer hat, Dozent oder Professor zu werden. Die Vorschläge werden von den Chefs der Klinik gemacht, und die haben ihre eigenen Leute im allgemeinen Interesse unterzubringen. ./.

Der Klinikchef hat den akademischen Unterricht zu führen und dazu braucht er gute Leute. Diejenigen Ärzte, die sich zum Dienst an der Klinik bereitfinden und die der betreffende Kollege für seinen Unterricht braucht, werden, wenn sie sich wissenschaftlich qualifizieren können, viel leichter den Titel des Dozenten erreichen können. Als der betreffende Arzt nach dem Krieg nach einem längeren Studienaufenthalt in Amerika zurückkam, hat er mit meiner Unterstützung die erste Ferienaktion für zuckerkranke Kinder gestartet. Heute, nach zwölf Jahren, sind diese Aktionen schon selbstverständlich.

Ich billige den Diskussionsrednern das Recht zu, sich Gedanken darüber zu machen, ob die gesundheitliche Betreuung der Wiener Bevölkerung optimal ist. Ich nehme aber auch das Recht in Anspruch, daß sich ein Gemeinderat für alle diese Ärzte in unseren Spitälern einsetzt, die auch die Chance haben wollen, einmal eine leitende Stelle zu bekommen.

GR. Schiller (SPÖ) führt aus, der Mangel an Arbeitskräften sei nicht nur in der Gemeinde Wien zu bemerken, sondern auch in der Privatwirtschaft spürbar. In den Diskussionen des Gemeinderates im Jahr 1934 zog sich auch eine Sorge durch alle Reden, nämlich die unerhörte Arbeitslosigkeit. Wir dürfen uns heute glücklich schätzen, Diskussionen über den Mangel an Arbeitskräften zu führen, und nicht mehr über das Gegenteil, wie wir das in jenen verheerenden Jahren erlebt haben.

Das Problem des Personalmangels wird auf keinen Fall durch das Abwerben von Arbeitskräften aus anderen Bereichen zu lösen sein. Eine Lösung wird nur gefunden werden können, wenn es gelingt, zusätzliche Arbeitskräfte zu mobilisieren, beziehungsweise durch Rationalisierung freizustellen. Wir leben in einer Periode der Entwicklung, in der die ganze Sozialstruktur unserer Bevölkerung in einen Umbruch begriffen ist. Das Ansteigen der Zahl der Angestellten und das Absinken der Zahl der manuell Tätigen ist darauf zurückzuführen, daß sich die gesamte Wirtschaft in einer revolutionären Entwicklung befindet. Der technische Fortschritt und die Anwendung der wissenschaftlichen Erkenntnisse führt dazu, daß Angestellte weit mehr gefragt sind und daß die manuell tätigen Berufe zurückgedrängt werden.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

./.

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

10. Dezember (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Inländischer Chinakohl 3.50 bis 5 S je Kilo, inländischer Kohl 3 bis 6 S je Kilo, inländisches Weißkraut 2.50 bis 5 S je Kilo.

Obst: Inländische Äpfel Wirtschaftsware 4.50 bis 7 S je Kilo, inländische Äpfel Tafelware 6 bis 12 S je Kilo, Orangen sind bereits ab 4 S je Kilo erhältlich und kosten bis 10 S je Kilo.

\- - -

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes:)

Wir dürfen mit Recht darauf stolz sein, daß wir heute die Pensionsbestimmungen des öffentlichen Dienstes an die Bestimmungen des weit jüngeren ASVG angleichen müssen. Durch mehr als ein Jahrhundert war es ein Vorrecht des öffentlichen Dienstes, Pensionsbestimmungen zu haben. Dank der Arbeit der Gewerkschaften und der Sozialistischen Partei ist es gelungen, diese Bestimmungen auf die gesamten Werktätigen auszudehnen. Es liegt in der Natur der Entwicklung, daß die eine Gruppe vorprellt und die andere dann nachzuziehen hat.

Es wurde davon gesprochen, daß die Zahl der Witwenpensionen bei den Stadtwerken prozentuell höher ist, als in der allgemeinen Verwaltung. Der Redner regt an zu untersuchen, woran es liegen mag, daß die Bediensteten der Stadtwerke im Durchschnitt früher sterben, als jene Mitarbeiter, die in der allgemeinen Verwaltung tätig sind. An manueller Arbeit allein kann es nicht liegen, da es heute auch bei den Stadtwerken schon viele technische Einrichtungen gibt, die die Arbeit erleichtern.

Zur Frage der Lohnbewegungen und des nicht im Budget vorhandenen Ansatzes für eine kommende Abgeltung der Teuerung für unsere Bediensteten: Bei allen Verhandlungen seit zwanzig Jahren haben die Forderungen der Gewerkschaft bei der Verwaltung immer ein offenes Ohr gefunden und hunderte Fragen konnten einvernehmlich gelöst werden. Man hatte bei der Gemeinde Wien noch niemals das Argument als Antwort auf eine Forderung gehört, daß das nötige Geld nicht vorhanden sei.

Viel zuwenig beachtet man die Tatsache, daß die Gemeinde Wien seit mehr als einem Jahrzehnt trotz immer neuer Aufgaben zahlenmäßig den selben Personalstand hat. Man muß diese hohe Leistung der Bediensteten anerkennen und ihnen nicht nur im Namen des Gemeinderates, sondern auch im Namen der gesamten Bevölkerung danken. (Allgemeiner Beifall).

Zur Frage der Zulagen: Gegenwärtig werden Verhandlungen zwischen der Gewerkschaft und der Stadtverwaltung über die Einbeziehung gewisser Zulagen in die Pensionen geführt. Teilerfolge wurden auf diesem Gebiet schon erzielt. Es ist zu hoffen, daß die Verhandlungen im kommenden Jahr erfolgreich abgeschlossen werden.

./.

Bei Betrachtung der Budgetzahlen sieht man, daß die Nebenbezüge genau 20 Prozent der Hauptbezüge ausmachen. Das heißt, daß im Durchschnitt die schemamäßigen Bezüge um 20 Prozent höher sind. Das heißt natürlich nicht, daß es beim einzelnen Bediensteten genau 20 Prozent ausmacht. Tatsache ist, daß dieses Zulagensystem kompliziert ist und daß sich die Gewerkschaft gemeinsam mit der Verwaltung bemüht, hier eine gute Lösung zu finden. Kaum gelöst wäre die Frage jedoch, wenn man alle Nebengebühren in die Bezüge einrechnen würden, da im selben Augenblick verschiedene Gruppen neuerlich Zulagen verlangen würden. Die Schwierigkeit liegt darin, daß wir so viele unterschiedliche Kategorien, mit verschiedenster Schulbildung, viele Berufserschwernisse und ähnliches haben. Es wird daher kein Gehaltssystem, wie immer es aussehen mag, ohne Zulagen auskommen.

Stadtrat Bock stellt im Schlußwort mit Freude fest, daß sich die Diskussionsredner in ihren Ausführungen sachlich mit der Geschäftsgruppe I befaßt und sachliche Kritik geübt haben. Verschiedene Schwierigkeiten und Probleme wurden aufgezeigt, um deren Lösung man sich bemühen werde. Die Sachlichkeit in den Ausführungen ist vielleicht darin begründet, daß nur Mitglieder des zuständigen Gemeinderatsausschusses Stellung genommen haben.

Nicht richtig ist es, daß der Personalstand an diplomierten Schwestern um 500 Bedienstete zu gering ist. Tatsächlich fehlen 300 Schwestern, in dieser Zahl sind aber 130 Karenzurlaube enthalten. Außerdem darf man nicht vergessen, daß derzeit die Diplomfeiern stattfinden und wir dadurch bald neue Schwestern bekommen werden. Der Rückgang in der Schwesternzahl zeigt sich nicht nur bei den weltlichen Schwestern, sondern in noch stärkerem Maß bei den geistlichen. 1949 hatten wir in unseren Anstalten einen Stand an weltlichen Schwestern von 4.291, 1964 von 5.299.

./.

Geistliche Schwestern arbeiteten 1949 1306 in unseren Spitälern, 1964 nur mehr 765. Wir sehen also, daß gerade der starke Abfall an geistlichen Schwestern viel zum Personalmangel auf diesem Sektor beiträgt. Das Interesse der Jugend an sozialen Berufen ist nicht so gering, wie man annimmt. Leider werden junge Menschen oft von ihren Eltern abgehalten, einen Sozialberuf zu ergr. fen. Vielleicht wollen viele Eltern trachten, ihr Kind so früh als möglich in den Arbeitsprozeß einzugliedern und die Familie finanziell dadurch zu entlasten. Vielleicht könnte hier ein Weg gefunden werden, diese finanziellen Schwierigkeiten zu beseitigen und den Eintritt in unsere Vorschulen und Schwesternschulen dadurch zu erleichtern.

Über die Einrechnung von Zulagen in die Pension hat Gemeinderat Schiller bereits gesprochen. Hier gibt es viele Schwierigkeiten, denn zum Beispiel eine Gefahrenzulage, Überstundenvergütung oder eine Nachtdienstzulage kann nicht in einem Gehaltsgesetz verankert sein. Man ist aber trotzdem bereits dabei, hier eine gute Lösung zu finden. Selbstverständlich kann die Stadt Wien nicht allein diesen Weg beschreiten, sie muß auch die Wünsche der spitalerhaltenden Verbände und der anderen Gemeinden und Länder berücksichtigen.

Es wurde darauf verwiesen, daß die Krankenkassen den Schwestern mehr zahlen, als die Gemeinde Wien. Die Krankenkassen sind Körperschaften des öffentlichen Rechts und führen selbst keine Schwesternschulen. Würden wir die Bezüge unserer Schwestern den dortigen anpassen, würden die Krankenkassen die Gehälrter abermals erhöhen. Es wäre also ein Lizitieren ins Unendliche.

Die Schwesternausbildung ist bundesgesetzlich geregelt und Verbesserungen wären auf dieser Ebene durchzuführen. Unsere Vorschulen sind sehr gut besucht, was für die Zukunft zu Hoffnungen berechtigt.

Als ich vor zwei Jahren Personalreferent wurde, habe ich einen Unterstand von 400 Bediensteten übernommen, der mittlerweile auf 60 gesunken ist. Das muß immerhin als Erfolg gewertet werden.

./.

(Beifall aller Fraktionen). Das Schlüsselproblem ist die Gewinnung der Jugend, die auf lange Sicht den Personalmangel des öffentlichen Dienstes beseitigen könnte. Momentane Erfolge würde auch ein Kommission zur Sicherung von Arbeitskräften nicht erringen.

Zur Frage, ob man bei der Personalwerbung die Gehaltssätze angeben soll, verweise ich auf ein Beispiel aus der Kampagne des Werbebusses im Burgenland. Es meldete sich da als Interessent ein Autobuschauffeur einer privaten Linie, fügte aber gleich hinzu, er verdiene sehr viel. Es stellten sich heraus, daß er samt Zulagen 4.000 Schilling bekommt. Der Fachbeamte der Verkehrsbetriebe rechnete ihm aus, daß er für dieselbe Arbeitszeit bei der Stadt Wien 6.000 Schilling erhielte, worauf er sich sofort verpflichtete. Dies zeigt, daß in der Öffentlichkeit ganz falsche Vorstellungen über die Höhe der städtischen Bezüge herrschen. Die Gehaltstangente weist 1966 übrigens seit langer Zeit wieder eine steigende Tendenz auf.

Derzeit laufen Gehaltsverhandlungen und die Stadt Wien wird nicht zögern, ihren Resultaten zu entsprechen. Voraussichtlich im Jänner wird bereits über ein neues Pensionsgesetz verhandelt werden, dessen Entwurf bereits der Gewerkschaft überreicht wurde.

Es sei zugegeben, daß bei den Zulagen Unebenheiten bestehen, die im Laufe der Zeit jedoch ausgeglichen werden sollen.

GR. Dr. Hirnschall hat gesagt, daß im Budget 1966 nichts für Gehaltserhöhungen vorgesehen sei. Er hat es aber ohne Sorge gesagt, und die diesbezügliche Zuversicht ist allgemein, denn man weiß, daß die Stadt Wien eine Rücklagenpolitik betreibt und daher jederzeit in der Lage ist, unerwartete oder erwartete Entwicklungen auf dem Lohnsektor aufzufangen, ohne eine Finanzkrise heraufzubeschwören.

Zum Vergleich mit der Privatwirtschaft: Es ist richtig, daß man dort schneller höhere Einkommen erreicht, die Schwierigkeit ist nur, einen Weg zu finden, um die länger im Dienst Stehenden nicht zu benachteiligen. Wenn dieser Weg gefunden wird, können diesbezügliche Verbesserungen jederzeit durchgeführt werden.

./.

Freilich hat die Pragmatisierung heute nicht mehr jene Bedeutung wie früher. Ich erhalte jedoch zahlreiche Briefe von 50jährigen und Älteren, die in der Privatwirtschaft nicht mehr unterkommen. Diese Briefe zeigen, daß die Pragmatisierung für die älteren Jahrgänge von großer Bedeutung ist.

Ein Werbeteam für Sozialberufe, wie es GR. Dr. Hirnschall anregt, habe ich selber schon vorgeschlagen. In den nächsten Tagen wird übrigens ein Fernseh-Werbefilm von 20 Minuten gezeigt, der in der Sendung der Berufsberatung "Was soll ich werden?" für den Schwesternberuf werben soll.

Die Schlafräume und Stockbetten für die neuangeworbenen Kräfte von auswärts gefallen auch mir nicht. Sie gehören jedoch zu den Anfangsschwierigkeiten und werden sobald als möglich durch etwas Besseres abgelöst werden.

Es stimmt nicht, daß die Schwestern kein Entgelt für geleistete Überstunden erhalten. Sie bekommen eine gestaffelte Mehrstunden-Pauschalierung bis 51 Stunden und alle darüber geleisteten Stunden werden im Wege des Zeitausgleiches abgegolten.

Zur Frage der Besetzungen von Primariaten: GR. Dr. Gisel hat zum besonderen Fall bereits Stellung genommen. Grundsätzlich soll jedoch festgestellt werden, daß wir eine Besetzung von Stellen nach der Parteizugehörigkeit absolut ablehnen. Das muß jedoch für alle Parteibücher gelten und nicht nur für rote. In der ÖVP schreit man aber nur auf, wenn einmal ein Sozialist eine Stelle erhält!

Man muß einmal grundsätzlich darüber diskutieren, ob wirklich immer der primo loco-Gereihte drankommen muß. Der Dreiervorschlag nennt ja drei fachlich qualifizierte Kräfte. Bei einem Primariat kommt es nicht nur auf die fachliche Qualifikation, sondern auch auf die Gabe der Menschenführung und das Organisationstalent an. Wir kennen Beispiele von Primariaten, aus denen die Schwestern davonlaufen, weil ein schlechtes Betriebsklima herrscht. Ich könnte auch einen Fall nennen, wo der primo loco-Gereihte die Stelle bekommen hat, obwohl ich darüber nicht sehr glücklich war, und jetzt kommen die Beschwerden!

./.

Ich bitte, mir zu glauben, daß in jedem Fall nicht parteipolitische, sondern sachliche Überlegungen maßgeblich sind. Man muß übrigens auch Spitalsärzten die Chance geben, verantwortungsvolle Stellen zu erhalten und nicht nur den Ärzten von den Universitätskliniken. Beispielsweise kommt auch Professor Antoine, den wir kürzlich geehrt haben, aus einem städtischen Spital.

Wenn ein Bewerber der ÖVP nahesteht, dann wird er immer als der Fachmann und Experte hingestellt. Aber wenn einmal ein qualifizierter Fachmann, der Sozialist ist, eine Stelle bekommt, dann wird gleich von Parteibüchlwirtschaft geschrien. Es muß deshalb mit der falschen öffentlichen Meinung aufgeräumt werden, daß der Personalsektor nach parteipolitischen Gesichtspunkten verwaltet werde. Die Ursache dieser Meinung, die auch in der jüngsten "Spiegel"-Diskussion zum Ausdruck kam, geht auf eine längst vergangene Zeit zurück: 1945 brauchte man noch ein Unbedenklichkeitszeugnis einer politischen Partei, um eine Stelle zu erhalten. Diese Übergangszeit ist jetzt vorbei. Heute herrscht Vollbeschäftigung, die der beste Schutz gegen parteipolitische Mißbräuche in der Personalpolitik ist. Diese Vollbeschäftigung gilt es auch darum zu erhalten.

Was die Einsichtmöglichkeit in die Dienstbeschreibung betrifft, mache ich es immer wieder allen Vorgesetzten zur Pflicht, erst mit den Bediensteten persönlich zu reden, bevor sie eine Eintragung vornehmen. Daß es diesbezüglich kaum Unstimmigkeiten gibt, zeigt auch die Tatsache, daß die Beschreibungskommission jährlich höchstens einen Fall und oft nicht einmal das zu bearbeiten hat. Was die Postenausschreibung anlangt, versicherte der Referent, daß diese im"Programm für Österreich" erhobene Forderung durchaus ernst genommen wird. Ein Zusatz wird freilich notwendig sein: "Sofern nicht dienstrechtlich erworbene Rechte verletzt werden, bzw. daß sie gewahrt bleiben!"

Daß die Rettungsfahrer die Zulage als letzte bekommen haben: die Rettungsfahrer waren nämlich schon den anderen voraus.

./.

Erst später haben wir eine Zulage für die anderen Fahrer gemacht und nun waren wieder die Rettungsfahrer zurück, so daß sie nachgezogen worden sind. Was da ungerecht sein soll verstehe ich nicht.

Abschließend dankte Stadtrat Bock allen herzlich für die sachliche Art der Diskussion. Diese gibt uns die Berechtigung zu sagen, wenn wir uns sachlich den Problemen des Personals widmen, dann werden wir diese Probleme auch lösen können.

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des I. Hauptstückes mit den Stimmen der SPÖ und der ÖVP angenommen. Die beiden Anträge der ÖVP werden einstimmig zur Behandlung zugewiesen.

Der Vorsitzende Gemeinderat Helene Potetz unterbricht die Sitzung. Die Beratungen werden morgen, Samstag, den 11. Dezember, mit der Behandlung der Geschäftsgruppe III, Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung, fortgesetzt. Referent ist Stadtrat Hans Mandl.

(Ende des Sitzungsberichtes)

\- - -

Eine "Wolfsschanzengasse" in Floridsdorf

10. Dezember (RK) Einen Beschluß des Kulturausschusses des Wiener Gemeinderates zufolge erhält jener Teil der Haidschüttgasse im 21. Bezirk, der von der Floridsdorfer Hauptstraße zur Grabmayergasse führt, den Namen "Wolfsschanzengasse".

Damit soll an eine alte Festungsanlage erinnert werden, die einst in diesem Gebiet lag.

Die Umbenennung war deshalb notwendig geworden, weil die Haidschüttgasse in zwei Teile getrennt worden ist. Der fehlende Zusammenhang bei gleicher Bezeichnung erschwerte die Orientierungsmöglichkeit.

\- - -

Eine halbe Million für Wiener Sportvereine

10. Dezember (RK) Der Kulturausschuß des Wiener Gemeinderates hat 529.000 Schilling aus dem Sportfonds für Sportorganisationen Wiens genehmigt: 14 Vereinigungen erhalten 341.800 Schilling für den Bau oder die Instandsetzung von Übungsanlagen, 19 weitere bekommen 87.200 Schilling für den Ankauf von Sportgeräten und die Durchführung des Trainingsbetriebes, der ASKÖ Wien, die Union Wien, der ASVÖ Wien und der Wiener Fußballverband erhalten je 25.000 Schilling für Ausbildungslehrgänge, Organisation, Sportpropaganda und ähnliches.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Die Radiorede des Bürgermeisters

11. Dezember (RK) In der Sendereihe "Wiener Probleme" von Radio Wien diskutieren morgen Sonntag, den 12. Dezember, um 19.45 Uhr, im Ersten Programm Bürgermeister Bruno Marek, Stadtforstdirektor Dipl.-Ing. Dr. Herbert Tomiczek und der Leiter des Rundfunkressorts "Politik und Wirtschaft", Dr. Wolfgang Gerle, über die städtischen Forste.

\- - -

Gesperrt bis Sonntag, 12. Dezember, 20 Uhr!

Bürgermeister und Stadtforstdirektor:

Die Städtischen Forste

Wiens Waldbesitz fast so groß wie Wien selbst

11. Dezember (RK) In der Sendereihe "Wiener Probleme" von Radio Wien am Sonntag, dem 12. Dezember, diskutierten Bürgermeister Bruno Marek, Stadtforstdirektor Dipl.-Ing. Dr. Herbert Tomiczek und der Leiter des Rundfunkressorts "Politik und Wirtschaft", Dr. Wolfgang Gerle, über die städtischen Forste.

Dr. Gerle: Guten Abend meine Damen und Herren. Wenn heute die Sendung von Herrn Bürgermeister Bruno Marek mit einem musikalischen Auftakt beginnt, so deswegen, um uns sofort mitten in die Thematik des heutigen Gespräches zu führen. Es erklangen

./.

Waldhörner, folglich geht es also um den Wiener Wald, dessen Verantwortlicher - wenn ich so sagen darf - Herr Stadtforstdirektor Diplomingenieur Dr. Herbert Tomiczek ist, der Herrn Bürgermeister Marek beim heutigen Gespräch assistieren wird.

Bgm. Marek: Der städtische Forstbesitz umfaßt ungefähr 31.000 Hektar. Um Ihnen eine Begriff zu geben: Das gesamte Flächenausmaß unserer Stadt beträgt 41.000 Hektar. Nur der kleinere Teil dieser Wälder liegt innerhalb der Grenzen unserer Stadt. Es sind dies etwa 7.000 Hektar. Die größten Forstverwaltungen besitzt die Gemeinde Wien in Niederösterreich, und zwar im Einzugsgebiet der 1. Hochquellenwasserleitung, in Hirschwang, Naßwald und Stixenstein. Und im Gebiet der Quellen für die 2. Hochquellenwasserleitung befindet sich die Forstverwaltung Wildalpen in der Steiermark.

Dr. Gerle: Mancher Großstädter, der während seines Urlaubes gelegentlich einmal die Bekanntschaft eines Försters macht, hält diesen Beruf für einen sehr schönen und angenehmen.

Bgm. Marek: Der Beruf eines Forstbeamten ist unzweifelhaft ein herrlicher Beruf, ob er aber auch immer ein angenehmer Beruf ist, das kann uns wohl am besten Herr Forstdirektor Dr. Tomiczek sagen.

Dr. Tomiczek: Für viele Urlauber mag ja der Förster, Jäger oder Heger ein Mann sein, der den ganzen Tag nichts anderes zu tun hat, als im schönen Wald gemütlich spazierenzugehen. Aber leider herrscht nicht immer schönes Wetter und überdies läßt sich das Leben in der Natur nicht in das Schema einer Fünf-Tage-Woche pressen. Auch im Winter, wenn der Schnee meterhoch liegt, muß der Forstbeamte in den Wald hinaus, er hat auch bei strömendem Regen hinauszugehen, kurz gesagt, wie auch das Wetter sein mag, er hat die ihm anvertraute Natur, die Tierwelt ebenso wie die Pflanzenwelt ständig zu überwachen und zu lenken, was natürlich letztlich dazu führt, daß er seinen Dienst nicht so regelmäßig versehen kann, wie ein Beamter, der hinter einem Schreibtisch sitzt und seine fixen Dienststunden hat.

Dr. Gerle: Wenn ich an die 31.000 Hektar Wald denke, so scheint mir das ein Areal zu sein, das zu betreuen und zu über-

./.

wachen nicht ganz einfach ist. Vor allem wird man dazu viele Beamte benötigen.

Dr. Tomiczek: Nun, es kommt darauf an, was man unter viel versteht. Wir sind 78 Forstbeamte, dazu kommen noch 18 Verwaltungsbeamte und 172 ständig beschäftigte Arbeiter sowie einige Saisonkräfte.

Dr. Gerle: Das sind zusammen - lassen Sie mich rasch rechnen - rund 270 Bedienstete. Also 270 Bedienstete für 31.000 Hektar Wald. Kaum zu glauben.

Bgm. Marek: Ja, und daraus können Sie wohl am besten ersehen, daß unsere Forstbeamten und Forstarbeiter keineswegs ein so romantisch-geruhsames Leben führen können, wie mancher Urlauber glauben mag. Unsere Bediensteten haben eine verantwortungsvolle Aufgabe zu erfüllen. Wie schon angedeutet, sind unsere Waldungen in Niederösterreich und der Steiermark Quellenschutzforste. Der Wald hilft mit, die Wasserversorgung zu sichern, seine Existenz ist für uns die Garantie, daß die Quellen nicht versiegen werden. Sie wissen doch, wo der Wald fehlt, da fehlt bald auch das lebensspendende Wasser. Diesen Wald zu erhalten ist eine der wichtigsten Aufgaben aller Dienstnehmer, die im Rahmen der Stadtforstdirektion tätig sind. Bei dieser Gelegenheit möchte ich ihnen allen recht herzlich danken für ihre aufopferungsvolle Arbeit.

Dr. Tomiczek: Und ich, Herr Bürgermeister, darf wieder Ihnen danken für Ihre anerkennenden Worte. In diesem Zusammenhang möchte ich an die Dienstvorschrift für die Forstwirtschaftsführer der Stadt Wien erinnern. In der Präambel heißt es dort klar und deutlich: 'Die Forste der Stadt Wien dienen der Wohlfahrt des Landes.' Das also ist der Hauptzweck unserer Wälder im Stadtgebiet selbst; sie dienen der Erholung und Entspannung der Wiener Bevölkerung.

Bgm. Marek: Und diese Aufgabe erfüllen sie auch wirklich. Die Wiener, das kann ich aus eigener Anschauung sagen, lieben ihren Wiener Wald. Und obgleich wir doch in einer Zeit starker Motorisierung leben, so kann man erfreulicherweise doch immer wieder sehr viele Menschen in der Umgebung unserer Stadt sehen, die schlicht und einfach spazierengehen. Es sind nicht nur ältere Menschen, die man in den Wäldern um Grinzing und Sievering und Neuwaldegg spazierengehen sehen kann, es sind erfreulicher-

./.

weise auch sehr viele junge Menschen auf den Waldwegen zu finden.

Dr. Gerle: Es bahnt sich also eine Entwicklung an, die uns wieder zurück zur Natur führt.

Dr.Tomiczek: Dabei ist es doch eigentlich noch gar nicht so lange her, da schien es, als wären manche Wiener an der Erhaltung des Waldes, der ihre Stadt umgibt, überhaupt nicht interessiert.

Dr. Gerle: Das war um die Jahrhundertwende, als man den Wiener Wald beziehungsweise wesentliche Teile von ihm ganz einfach abholzen wollte.

Dr. Tomiczek: Richtig, und damals war es Josef Schöffel, uns allen noch heute als Retter des Wiener Waldes ein Begriff, der erfolgreich um die Erhaltung dieser grünen Lungen unserer Stadt kämpfte.

Bgm. Marek: Im Jahre 1905 wurde dann dieser Kampf durch das Gesetz über die Schaffung und Erhaltung des Wald- und Wiesengürtels siegreich beendet und seither hat sich jede Stadtverwaltung um die Erhaltung dieses Stückes Natur bemüht. Wir selbst haben in den vergangenen 10 Jahren umfangreiche Waldungen im Wiener Raum erworben, um sie der Bevölkerung zur Verfügung zu stellen. Ein sehr interessantes und wichtiges Projekt ist die Aufforstung der Kuppe des Laaer Berges. Dort hat seinerzeit Profitgier und Unverstand die bestehenden Wälder zum Verschwinden gebracht. Heute müssen wir uns sehr, sehr anstrengen, diesen Fehler der Vergangenheit wieder gutzumachen, nicht wahr Herr Forstdirektor?

Dr. Tomiczek: Ja, diese Aufforstung zählt wohl zu den schwierigsten Aufgaben der Forstverwaltung. Ein extrem schlechter Standort, ein wasserloser und humusarmer Schotterboden, ständig wehende Winde und äußerst geringer Niederschlag haben unsere Forstleute vor ganz besondere Probleme gestellt. Es mußte gutes Erdreich herangeschafft werden, wir mußten auch eine eigene Berieselungsanlage bauen, aber heute kann man doch schon sagen, daß das Experiment geglückt sein dürfte.

Bgm. Marek: Allerdings, bis dieser Wald wirklich ein Wald sein wird, werden noch rund 50 bis 60 Jahre vergehen, denn einen Wald kann man ja nicht bauen wie etwa ein Haus oder anlegen wie eine Straße. Es dauert viele, viele Jahre,

./.

bis aus einer jungen Pflanzung ein richtiger Wald geworden ist.

Dr. Gerle: Wer sich mit dem Wald beschäftigt, muß in die Zukunft schauen.

Bgm. Marek: Richtig, vorausdenken und vorausplanen ist dabei unbedingt erforderlich. Daß das natürlich auch Geld kostet, wird wohl niemand verwundern. Das Budget des Stadtforstamtes umfaßt zum Beispiel heuer 30 Millionen Schilling und für das nächste Jahr haben wir 34 Millionen Schilling im Voranschlag eingesetzt. Die Erhaltung des Waldbestandes kostet also nicht nur viel Zeit, sie kostet auch eine Menge Geld.

Dr. Gerle: Obwohl doch der Wald auch holzwirtschaftlich genutzt wird?

Dr. Tomiczek: Die holzwirtschaftliche Nutzung unserer Waldungen fällt nicht sehr ins Gewicht. Wir haben den Bestand zu sichern. Sind aber einmal die Bäume 120 Jahre alt geworden, dann geht in den meisten Fällen auch ihr Leben zuende und sie werden gefällt. Deshalb ist das Stadtforstamt auch ständig um neue Aufforstungen bemüht; jährlich werden 600.000 bis 800.000 Waldbäumchen versetzt.

Dr. Gerle: Herr Forstdirektor, Sie erwähnten eben 120 Jahre alte Bäume. Es gibt doch in unseren Wäldern aber auch Bäume, die viel älter sind.

Dr. Tomiczek: Gewiß und diese Bäume schützen wir besonders; wir betrachten sie als Naturdenkmäler und sie sind auch als solche gekennzeichnet.

Bgm. Marek: Die Stadt Wien hat im Kulturamt ein eigenes Referat, das sich mit dem Naturschutz beschäftigt. Es führt ein Naturdenkmalbuch, in dem rund 500 Bäume und Baumgruppen als Naturdenkmäler eingetragen sind. Es handelt sich dabei meist um sehr schöne Exemplare oder um in Wien seltene Pflanzen. Sie tragen eine Plakette, die sie für jedermann als geschützt deklarieren. Jede Beschädigung, auch nur das Abbrechen eines Zweiges ist verboten.

Dr. Gerle: Meines Wissens nach befindet sich eine beachtliche Anzahl dieser Naturdenkmäler im Lainzer Tiergarten.

./.

Dr. Tomiczek: Das ist richtig. Dem Lainzer Tiergarten - er ist übrigens 2450 Hektar groß - gilt unsere besondere Aufmerksamkeit, weil er doch das bekannteste Erholungsgebiet am Rande unserer Stadt ist, in das kein Auto eindringen darf, und in dem jedes Kofferradio und jeder störende Lärm verpönt sind.

Bgm. Marek: Wir bemühen uns sehr um diesen Lainzer Tiergarten. Der Besucher findet hier nicht nur herrliche Landschaftsbilder, sondern auch gepflegte und naturbelassene Wanderwege, weite Lagerwiesen und zwei Raststätten. Neuer wurde auch ein Naturlehrpfad angelegt, an dessen Rand genau beschriftete Tafeln Auskunft über die zu beiden Seiten wachsenden Pflanzen geben.

Dr. Gerle: Den besonderen Reiz des Lainzer Tiergartens macht aber, wie schon der Name sagt, der reiche Wildtierbestand aus.

Bgm. Marek: Richtig, aber er dient keineswegs dem Jagdvergnügen einzelner wie immer wieder geglaubt wird. Die Stadt Wien hat vielmehr mit dem Erwerb des Tiergartens die Verpflichtung übernommen, seine Eigenart als Wildpark zu erhalten.

Dr. Gerle: Die meisten Tiere im Lainzer Tiergarten leben ja völlig frei, was aber leider manchmal zu Unfällen führt.

Dr. Tomiczek: Aber nur dann, wenn einzelne Besucher die Tiere nicht in Ruhe lassen. Man kann sie, ja man soll sie anschauen, aber man soll sie nicht zu füttern versuchen. Vor allem nicht die Wildschweine. Denn wer mit gespreizten Fingern einem Wildschwein zum Beispiel ein Stück Butterbrot reicht, dem kann es leider passieren, daß die Sau in ihrer Gier nicht zwischen Butterbrot und Finger unterscheidet.

Bgm. Marek: Liebe Wienerinnen und Wiener, glauben Sie uns bitte, daß die Rehe, Hirsche und Wildschweine im Lainzer Tiergarten keine Not leiden. Es ist am besten sie in Ruhe zu lassen. Und wenn wir unsere Wildpferde im Gehege halten, so nicht deshalb, weil wir die Menschen vor den harmlosen Pferden schützen wollen, sondern die Wildpferde vor den Fütterungsversuchen der Besucher.

Dr. Gerle: Herr Forstdirektor, ein ähnlich beliebtes Ausflugsgebiet wie der Lainzer Tiergarten ist doch wohl auch die Lobau?

./.

Dr. Tomiczek: Durch das Eindringen der Industrie und durch viele wilde Siedlungen hat die Lobau allerdings heute leider nicht mehr jene Bedeutung wie früher.

Bgm. Marek: Dafür ist sie aber durch die Erschließung des Grundwasservorkommens wieder wichtig für die Wasserversorgung unserer Stadt geworden.

Dr. Gerle: Wenn vom Lainzer Tiergarten und von der Lobau gesprochen wird, so muß man natürlich auch von den Wäldern im Bereich des Hermannskogels, des Kahlenberges und des Leopoldsberges sprechen.

Bgm. Marek: Denn das sind unsere frequentiertesten Ausflugsgebiete und an manchen Sommersonntagen hat man den Eindruck, als sei ganz Wien unterwegs.

Dr. Gerle: Wo befindet sich eigentlich der älteste Waldbesitz unserer Stadt?

Dr. Tomiczek: Das sind die Bürgerspitalswälder am Hadersdorferkogel. Diese sowie der Wurzbachwald und der Schuhbrecherwald gehören der Stadt Wien bereits seit dem Jahre 1542. Aber auch in unseren Tagen bemüht sich die Gemeindeverwaltung um die Vermehrung des Waldbesitzes.

Bgm. Marek: In den letzten Jahren konnte die Stadt Wien große Waldflächen des ehemaligen Schwarzenbergbesitzes erwerben sowie das Laudongut in Hadersdorf. Ich glaube, unser heutiges Gespräch hat wohl bewiesen, daß die Stadtverwaltung alles unternimmt, um unseren Wiener Wald zu schützen und zu erhalten, ja ihn zu mehren, getreu der Dienstvorschrift, die der Herr Forstdirektor bereits zitierte: "Die Forste der Stadt Wien dienen der Wohlfahrt des Landes." Ich bitte Sie, meine Damen und Herren, uns bei dieser Aufgabe zu unterstützen und unseren Bemühungen Verständnis entgegenzubringen. Mit dieser Bitte verabschiede ich mich von Ihnen auch im Namen des Herrn Stadtforstdirektors Dipl.-Ing. Dr. Tomiczek recht herzlich. Und da wir heute mit Waldhörnern begonnen haben, wollen wir uns auch stilgerecht mit Waldhörnern verabschieden.

\- - -

Die Budgetberatungen im Rathaus:

Kultur, Volksbildung, Schulen

11. Dezember (RK) Am dritten Tag der Budgetberatungen im Wiener Rathaus wurde die Geschäftsgruppe III (Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung) behandelt. Stadtrat Hans Mandl (SPÖ) erstattete das Referat.

Er führte aus:

"Ich darf Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren des Wiener Gemeinderates, heute zum 17. Male das Budget der Verwaltungsgruppe III vorlegen, und da es für mich das letztemal ist, daß ich die Auszeichnung habe, über die Fragen der Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung zu referieren, bitte ich, mir zu gestatten, mich weniger mit den Zahlen zu beschäftigen, sondern allgemeine Bemerkungen mehr in den Vordergrund zu stellen.

Wir stehen am Ende eines für die Republik Österreich bedeutsamen Gedenkjahres. Es sind dies Gedenktage, die verschiedentlich zu Reminiszenzen Anlaß gaben und Erinnerungen an eine Zeit wachriefen, die wohl eine der härtesten war, die unsere Stadt in diesem Jahrhundert durchleben mußte.

War sie schon 1918 durch den Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Monarchie von der Reichshaupt- und Residenzstadt eines 50 Millionen-Reiches zum vielgeschmähten Wasserkopf eines 7 Millionen-Staates geworden, die sich in zäher Arbeit auf völlig neuen Wegen der Kommunalpolitik wieder die Anerkennung der Welt erringen konnte, so war die Situation Wiens nach Beendigung des zweiten Weltkrieges noch hoffnungsloser geworden. Man spricht heute noch mit Recht vom Jahre Null, wenn man sich an diese Zeit erinnert.

So schmerzlich der Zerfall des großen Reiches 1918 unsere Stadt traf, so waren doch nach verhältnismäßig kurzer Zeit viele Fäden aus der Vergangenheit wieder lebendig und neu geknüpft worden, die Grenzen waren offen und ein reger Wirtschafts-

./.

verkehr zwischen den sogenannten Nachfolgestaaten war im Gange. Obwohl Wien die politische Funktion als Hauptstadt verloren hatte, war es doch Mittelpunkt und Zentrum der geistigen und wirtschaftlichen Ausstrahlung geblieben.

Wir können das aus den Zahlen des Fremdenverkehrs feststellen: 1936/37 wurden 1,640.500 Nächtigungen von Besuchern aus der Tschechoslowakei, Ungarn, Jugoslawien, Polen und Rumänien gezählt. (1964/65 waren es rund 200.000.) Insgesamt kamen 48 Prozent der ausländischen Besucher aus diesen sogenannten Nachfolgestaaten.

1945, als der Eiserne Vorhang niederging und Wien zur Stadt des Dritten Mannes wurde, verlor es nicht nur jede Verbindung mit diesen Staaten - es geriet auch geopolitisch in eine äußerst prekäre Situation. Wien wurde - da der Osten des großen europäischen Kulturkreises hermetisch abgeriegelt war - zu einer Stadt am Rande Europas, war zu einer Umsteigstation zwischen St. Pölten und Mistelbach geworden, wie der Schriftsteller Hans Weigel die Situation sarkastisch bezeichnete.

Die großen geistigen und wirtschaftlichen Strömungen, in deren Mittelpunkt Wien Jahrhunderte hindurch lag, erreichten nicht mehr unsere Stadt, und was man als europäisch, als Kulturbereich des Abendlandes bezeichnete, endete im allgemeinen in München oder fand seine Grenze in einer Linie von Skandinavien über München bis Rom. Wien lag abseits dieser Straße, war von Kriegszerstörungen heimgesucht, von einem neuen Europa mehr oder weniger abgeschrieben.

Gemeinsames Bekenntnis zur abendländischen Kultur

Wir Wiener haben uns nie mit dieser Situation abgefunden, haben nie an das Unverrückbare des Eisernen Vorhanges geglaubt und alles getan, um dieser wunderbaren Stadt ihre alte Position im europäischen Raum zurückzugewinnen. Zurückzugewinnen in einem alten und doch neuen europäischen Bereich, in dem die politischen, wirtschaftlichen und geistigen Äußerungen und Tendenzen beider Richtungen in dieser Stadt wieder aufgenommen und weitergegeben werden können.

./.

Und wir fühlten uns dazu verpflichtet, weil diese Position der Mitte auch die grundsätzlichen Eigenschaften des Wieners mitgeformt haben, seine dem Ausgleich zugewandte, tolerante, weltbürgerliche Haltung, sein Bemühen, auch den Gesprächspartner zu verstehen und ihm gerecht zu werden.

Und wir haben Recht behalten.

Wien hat trotz aller Hemmnisse seine europäische Aufgabe erkannt und unter großen Opfern bisher gemeistert. Wien ist wieder eines der Zentren des europäischen Fremdenverkehrs geworden. Hier treffen einander Gäste aus aller Welt. Und der Wiener Frmdenverkehr ist, was seine Besucher anlangt, der ausgeglichenste ganz Österreichs.

Wien ist wieder zu einer Kongreßstadt ersten Ranges aufgestiegen. So fanden in den letzten fünf Jahren in Wien 829 Kongresse mit 295.000 Delegierten statt. Bei den Europagesprächen versammelten sich allein in den letzten fünf Jahren 79 Vertreter von 20 Staaten zu internationalen Diskussionen, und bei den Festwochen der letzten fünf Jahre waren 26 Orchester aus elf Staaten bei uns zu Gast und wirkten neben unseren eigenen Klangkörpern mit am Fest des Jahres. Dabei standen 86 Dirigenten aus 14 verschiedenen Staaten als ausländische Gäste am Pult.

Das sind nur einige knappe Beispiele dafür, wie weit es bis heute schon gelang, die verlorengegangene Internationalität Wiens neu zu gewinnen.

Diese Zahlen zeigen uns aber auch, wo die große politische, wirtschaftliche und vor allem kulturelle Aufgabe dieser Stadt in ihrer nahen und fernen Zukunft liegt.

Langsam aber unaufhaltsam setzt sich die Erkenntnis durch, daß Europa, daß europäische Kultur und Zivilisation nicht am ohnedies nicht mehr Eisernen Vorhang aufhören kann und wenn sich der europäische Osten auch heute zu anderen politischen und wirtschaftlichen Systemen bekennt als der Westen, im geistigen Bereich findet er immer mehr zum abendländischen Kulturkreis zurück.

Und dieses gemeinsame Bekenntnis zur abendländischen, zur europäischen Kultur ist vielleicht in naher oder ferner Zeit

./.

das einzige Band, das die Völker dieses Kontinents von Gibraltar bis zum Bajkalsee wirklich zusammenhält.

Darin liegt ein Großteil unserer Hoffnungen. Diese Tendenzen zu erkennen und zu fördern, ist Wiens Aufgabe, seine Stärke und Sendung für die Zukunft.

Die Schule hat Vorrang

Nun zu den Zahlen des Budgets: Die Ansätze sind gegenüber denen des Vorjahres um 43,536.900 Schilling auf 533,694.500 Schilling gestiegen. Das bedeutet eine Steigerung um rund 8,9 Prozent. Innerhalb des Budgets der Geschäftsgruppe III wurde auch dieses Jahr wieder der Schule ein gewisser Vorrang eingeräumt.

Wir wenden unserem Pflicht- und Fachschulwesen rund 359,600.000 Schilling zu, für den übrigen Kulturbereich stehen 174,053.000 Schilling zur Verfügung. Diese Ordnung der Budgetmittel wird verständlich, wenn man bedenkt, daß wir erstens vor der Einführung des neunten Schuljahres stehen und zweitens durch das Ansteigen der Geburtenzahlen sowie die Abwanderung der Bevölkerung in die Randgebiete der Stadt noch immer ein starker Bedarf an Schulneubauten vorhanden ist.

Im Schuljahr 1965/66 gibt es in Wien 309 Volks-, Haupt- und Sonderschulen mit 2.850 Klassen und 80.629 Schülern. Gegenüber 1964 ist dies ein Plus von 60 Klassen und 3.019 Schülern.

Für den Bauaufwand der allgemein bildenden Pflichtschulen wurden für 1966 145,800.000 Schilling vorgesehen, das sind rund 56 Prozent der Gesamtausgaben für diese Schulsparte. 92,800.000 Schilling sind für Neubauten, 53,000.000 Schilling für Renovierungen und Erhaltungsarbeiten bestimmt. Wir haben derzeit sechs Schulen im Bau, für die Bauraten im Gesamtbetrag von 47 Millionen Schilling vorgesehen sind.

Im kommenden Jahr können wir auch den Wunsch der Sonderschule für körperbehinderte Kinder 2, Max Winter-Platz, erfüllen. Die Schule bekommt ihren Aufzug. Für diesen Zweck ist im Voranschlag ein Betrag von 1,3 Millionen Schilling vorgesehen.

Für die bauliche Erhaltung und Modernisierung von Schulgebäuden für Zwecke der Volks-, Haupt- und Sonderschulen sowie des neunten Schuljahres steht im Voranschlag 1966 ein Betrag von 53 Millionen Schilling zur Verfügung. Für den Sachaufwand sind im Jahr 1966 rund 46,700.000 Schilling vorgesehen. ./.

Überraschungen mit dem neunten Schuljahr

Das polytechnische Jahr stellt uns in Wien vor manche Überraschung und vor manches Rätsel. Es ist für uns deshalb Gegenstand großer Schwierigkeiten, weil wir bei allen Berechnungen mit vielen unbekannten Größen arbeiten müssen.

Im allgemeinen nehmen wir bei den Jahrgängen unserer Volksschulen einen Schnitt von etwa 10.000 Schülern pro Jahrgang an. Von diesen 10.000 Kindern einer vierten Volksschulklasse erreichen im Schnitt etwa 6.000 Kinder die vierte Hauptschulklasse. Die restlichen 4.000 Kinder sind in irgendeine Mittelschule abgewandert oder treten vorzeitig aus.

Wir haben also als vorsichtige Verwalter angenommen, daß wir mit etwa 5.500 Kindern für den polytechnischen Lehrgang rechnen können und haben unser Programm auch darauf aufgebaut. Wir haben die Standorte der rund 180 Klassen im Einvernehmen mit Bezirksvorstehern und Bezirksschulinspektoren in den einzelnen Bezirken festgelegt.

Im März dieses Jahres führte nun der Stadtschulrat für Wien eine schriftliche Elternbefragung durch, um festzustellen, ob die Kinder nach Absolvierung des achten Schuljahres den polytechnischen Lehrgang besuchen oder das neunte Schuljahr in einer anderen Schule absolvieren würden. Diese Erhebungen brachten nun die große Überraschung. Nach ihr hatten sich nur 2.719 Schüler für den Besuch des neunten Schuljahres gemeldet. 2.719 Schüler - das ist fast genau die Hälfte der Schüler, die wir ursprünglich angenommen hatten, und auch die Hälfte der Klassen. Der Stadtschulrat schätzt nunmehr, daß wir für den polytechnischen Jahrgang 1966/67 mit einer Schülerzahl von ungefähr 3.000 bis 3.500 rechnen sollten, also statt 180 Klassen nur deren 100 bis 110 brauchen würden.

Die Reduzierung um rund 75 Klassen ließ natürlich unser ganzes Konzept zusammenbrechen. Hatten wir im Vorjahr noch mit 18 Standorten für das polytechnische Jahr gerechnet, so kommen wir nun mit neun Standorten aus. Mit dieser Beschränkung werden sich zweifellos für eine größere Zahl von Schülern weitere Schulwege ergeben, was sicher unangenehm ist, was aber jeder Lehrling des gleichen Alters bisher ebenfalls auf sich

./.

nehmen mußte, wenn er in seinen Betrieb beziehungsweise in die Berufsschule fuhr. Wir sind der Meinung, daß man den in den einzelnen Bezirken vorhandenen Schulraum in erster Linie den Schulneulingen vorbehalten soll, denen weite Schulwege möglichst erspart werden sollen.

Derzeit sieht die Planung für das neunte Schuljahr etwa so aus: 3, Hainburger Straße: Knaben und Mädchen der Bezirke 1, 2, 3 und 11. - I. Zentralberufsschule, 6, Mollardgasse: Knaben der Bezirke 4, 5, 6, 7, 12, 13 und 23. - 10, Pernerstorfergasse: Knaben des 10. Bezirkes. - 10. Wienerfeld Ost: Mädchen des 10. Bezirkes. - III. Zentralberufsschule, 12, Malfattigasse: Mädchen der Bezirke 4, 5, 6, 12, 13 und 23. - II. Zentralberufsschule, 15, Hütteldorfer Straße: Knaben und Mädchen der Bezirke 14 und 15, Mädchen des 7. Bezirkes. - 16, Lorenz Mandl-Gasse: Knaben und Mädchen der Bezirke 16 und 17.- 18, Schopenhauerstraße: Knaben und Mädchen der Bezirke 8, 9, 18 und 19. - 20, Vorgartenstraße 95: Knaben und Mädchen der Bezirke 20, 21 und 22.

Da nicht nur die erforderlichen Schulräume sichergestellt sind, sondern auch für den Sachaufwand, den das neunte Schuljahr verursachen wird, im Voranschlag 1966 Vorsorge getroffen wurde und schließlich auch der Lehrerbedarf gesichert erscheint, steht - im Gegensatz zu manchen anderen Bundesländern - der Durchführung des neunten Schuljahres ab dem Schuljahr 1966/67 in Wien kein Hindernis entgegen.

Stolze Schul-Bilanz

Abschließend und zusammenfassend möchte ich sagen:

Die Stadtverwaltung hat seit dem Jahre 1945 24 Schulen neu gebaut; für 20 Schulen wurden Zubauten erstellt; 198 Schulen wurden generalrenoviert und so modernisiert, daß sie in ihrer Ausstattung einem Neubau gleichkommen; in 250 Schulen wurden die Turnsäle erneuert.

Wenn man bedenkt, daß in den zwanzig Jahren der Ersten Republik zwei Schulneubauten errichtet wurden (Veitingergasse und Natorpgasse), so darf man wohl sagen, daß in der Zweiten Republik im gleichen Zeitraum geschehen ist, was nur geschehen konnte.

./.

Von 1945 bis 1964 wurden für Volks-, Haupt- und Sonderschulen 1.845,000.000 Schilling, für Berufsschulen 536,600.000 Schilling, insgesamt also 2.381,600.000 Schilling aufgewendet.

Ich darf bei dieser stolzen Bilanz wohl Eltern und Lehrer bitten, Geduld und Einsehen zu haben, wenn da und dort noch ein Wunsch offen bleibt.

Frauen-Fachschulen, Modeschule

Neben unseren Pflichtschulen möchte ich auch auf die beiden Fachschulen für wirtschaftliche Frauenberufe, 9, Hahngasse, und 12, Dörfelstraße, hinweisen, die elf Klassen mit zusammen 260 Schülern haben (Ansatz 6,287.000 Schilling).

Die Modeschule der Stadt Wien (Ansatz: 4,250.000 Schilling) tritt neben ihrer Hauptaufgabe als Lehranstalt für die schöpferischen Modeberufe immer wieder als Ideenbringer der jungen Wiener Mode in Erscheinung. Gegenwärtig laufen fünf Entwurfswettbewerbe von Firmen und Fachverbänden, darunter der Entwurfsauftrag von Stadtrat Bock für die Krankenschwesternkleidung. Ein Wiener Textilmusterwettbewerb wurde erfolgreich mit der Erringung eines ersten Preises beendet.

Für das kommende Jahr ist der Baubeginn des so heiß ersehnten und mehrmals zurückgestellten Turnsaales sowie der entsprechenden Nebenräume im sogenannten Wäscherhof des Hetzendorfer Schlosses vorgesehen. Damit wird die Modeschule im Jahre 1967 neben den Klassenzimmern und Werkstätten über alle Räume und Einrichtungen verfügen, die eine Fachschule dieser Art braucht.

Landesbildstelle, Pädagogisches Institut

Die Landesbildstelle (Ansatz: 3,296.000 Schilling) ist für unsere Schulen zu einem unentbehrlichen Faktor in Unterricht und Erziehung geworden. 66.500 Entlehnungen von Filmen, Dias, Projektionsmitteln und Tonträgern an Schulen und Volksbildungseinrichtungen in einem Jahr beweisen besser als lange Reden die intensive Tätigkeit dieser Stelle.

./.

Im Fotolabor der Landesbildstelle wurden zirka 22.000 fotografische Einzelarbeiten durchgeführt. Dokumentationsaufnahmen von Großbaustellen wurden ebenso hergestellt wie Flugaufnahmen für Vermessungszwecke und Lehrfilme.

Das Pädagogische Institut und die pädagogische Zentralbücherei (Ansatz: 2,522.700 Schilling) weisen steigende Frequenz auf und tragen viel dazu bei, daß Wien auf einen so hochqualifizierten Stand an Lehrkräften hinweisen kann.

Landesjugendreferat Wien

Die Neuordnung des Landesjugendreferates Wien (Ansatz: 557.600 Schilling) ist zum großen Teil abgeschlossen. Über Anregung und Wunsch des Kontrollamtes haben wir die wirtschaftlichen Agenden des Landesjugendreferates einem Verein, dem 'Wiener Jugendkreis' übertragen, der im Auftrag des Landesjugendreferates dessen Sommerlager, Skikurse usw. durchführt. Der Wiener Jugendkreis wird für diese Aufgaben von der Stadt Wien subventioniert, sein Vorstand setzt sich aus Funktionären der Stadt und Vertretern des Bundesjugendringes zusammen. Nach Wegfall dieser wirtschaftlichen Arbeitsbelastung kann sich das Landesjugendreferat jetzt mehr mit den Anliegen der Jugendorganisationen und der Jugendbetreuung beschäftigen.

Es war mir immer eine Herzensangelegenheit, auch unsere Jugend in den Bereich unserer Arbeit einzubeziehen, ihr die Welt des Schönen zu erschließen und vor allem in ihr die Liebe zu unserer Heimat zu wecken und zu vertiefen. Ob es sich um die Schulgalerien, die Schülerkonzerte, das Theater der Jugend, das Jugendabonnement und die Verbesserungen unserer Schulen usw. handelt, immer haben wir versucht, den jungen Menschen heranzuziehen, ihm Wege zu weisen, in ihm Bedürfnisse zu wecken, die ihn einmal als Erwachsenen befähigen, als glücklicher Mensch in einem glücklichen Land zu leben.

./.

Ich habe deshalb auch immer die Arbeit des Landesjugendreferates mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt und alle Bestrebungen unterstützt, ob es die Arbeiten der Jugendzentren waren oder das Jugendfilmabonnement, der Redewettbewerb, das Jugendsingen, die Lager und Skikurse usw. Ich habe mich über jeden Erfolg, auch den kleinsten, gefreut, weil ich glaube, daß so, wie wir die Jugend von heute formen, das Leben unseres Alters geformt sein wird.

Es war ein schöner Tag für mich, als ich in der Zeitung lesen konnte, die Beatles würden nicht nach Wien kommen, weil zu wenig Karten verkauft worden seien. Ich habe innerlich ein herzliches 'Bravo' der musikalischen Jugend Österreichs zugerufen und an ihre 15 Konzertzyklen gedacht, die ausverkauft sind und neben klassicher Musik auch Jazz im Programm haben - allerdings ohne Pilzperücken und Yeah-Yeah-Geschrei.

Hohle Schlagworte und schlechte Beispiele sind ~~keine Erziehungsmittel~~

Wie gesagt, das alles ist schön und befriedigend und gibt zu vielen Hoffnungen Anlaß. Und trotzdem bedrückt mich oft eine tiefe, ehrliche Sorge, jetzt, wo ich aus dem öffentlichen Leben ausscheide, mehr denn je.

Einer der lapidarsten Grundsätze der Erziehung besagt, daß das Beispiel das beste Erziehungsmittel sei. Ich glaube, daß gerade wir Erwachsenen bei der Erziehung zu Staatsbewußtsein, Verantwortlichkeit und Bekenntnis zu diesem Staat unserer Jugend so wenig gute Beispiele geben. Wenn ich 'Wir' sage, so meine ich alle Erwachsenen, mich inbegriffen, die in Positionen stehen, wo ihre Arbeit im Lichte der Öffentlichkeit geleistet wird oder zur Meinungsbildung in dieser Öffentlichkeit beiträgt.

Horchen Sie doch nur in die Jugend hinein, und Sie werden erschrecken, wie abfällig sie über die lebensnotwendigsten Voraussetzungen einer echten Demokratie urteilt und spricht, über funktionelle Einrichtungen der Demokratie, über Politik und Politiker, die gesetzgebenden Körperschaften und so weiter.

./.

Wir stehen vor Neuwahlen - einer Einrichtung, die zu den Grundfesten der Demokratie zählt, deren Besitz uns stolz machen sollte. Solche Wahlen bringen Auseinandersetzungen mit sich, die, wenn sie sachlich geführt, von jedem verstanden werden. Wenn aber solche Auseinandersetzungen den sachlichen Boden verlassen und in kleinliches Gezänke und persönliche Diffamierung absinken, dann kann es nur zu leicht passieren, daß es wieder zu Situationen kommt, die wir überwunden glaubten.

Unsere Jugend von heute ist nüchterner und schneller im Beurteilen, aber auch im Verurteilen geworden. Es wäre schrecklich, wenn sie alles Mühen um diesen Staat abtun würde mit der rasch gefaßten Meinung, daß die Parteien als notwendige Einrichtungen der Demokratie ihre Unfähigkeit unter Beweis gestellt hätten, lebensnotwendige Probleme zu lösen und ein neuer Retter gefunden werden müßte. Hohle Schlagworte und schlechte Beispiele sind keine Erziehungsmittel zu Demokratie und Staatsbewußtsein.

Verzeihen Sie einem, der Jahrzehnte seines Lebens dem Dienst der Gemeinschaft gewidmet hat, diesen Exkurs in ein Thema, das vielleicht nicht ganz zu den nüchternen Ziffern eines Budgets gehört. Aber, es geht um die Jugend Österreichs, der wir Beispiel sein wollen. Und es geht um die Zukunft unserer Heimat, die bei allen von uns über allem stehen sollte.

Und nun zu jenem Teil meiner Geschäftsgruppe, der die vielfältigen Bereiche kultureller Arbeit umschließt. Da sind zunächst unsere wissenschaftlichen Abteilungen. Sie arbeiten in ihrer gewohnt stillen und soliden Art im Dienste der Forschung und Wissenschaft.

Archiv, Bibliothek, Museum

Das Archiv der Stadt Wien (Ansatz 80.000 S) mit seiner Exposition 'Archivalien aus 8 Jahrhunderten' internationales Aufsehen erregt, als eine der wesentlichsten Ausstellungen eines Archivs überhaupt. Ihr Erfolg veranlaßte die Anfertigung eines ungefähr halbstündigen Schulfernsehfilmes, der demnächst ausgestrahlt wird.

./.

In diesem Jahr erschien in der Reihe 'Wiener Schriften' eine Publikation des Archivrates Dr. Jäger-Sunstenau über Johann Strauß und seine Dynastie. Archivrat Dr. Czeike bearbeitete die Neuausgabe des 'Groner' (Wien, wie es war), der eben erschien und eine sehr wesentliche Bereicherung der Literatur über unsere Stadt ist.

Die Stadtbibliothek (Ansatz: 303.000 Schilling) konnte wieder eine Reihe wertvoller Sammelstücke erwerben, wie Franz Grillparzers Tagebuch der Reise nach Deutschland (65.000 Schilling), eine große Anzahl von Briefen von Dichtern, Malern und Schriftstellern (33.000 Schilling) und zuletzt 250 Hugo Wolf-Briefe (345.000 Schilling). Die Kleinausstellungen wurden fortgesetzt und finden weiterhin großen Anklang.

Der Ausbau der restlichen Depoträume im Dachboden des Hauses ist fertig, Platz für die nächsten zehn Jahre ist damit gesichert. Derzeit ist die Neugestaltung des Katalog- und Leseraumes in Arbeit.

Das Historische Museum der Stadt Wien (Ansatz: 8,610.500 Schilling) hat den systematischen Ausbau seiner Sammlungen auch in diesem Jahr erfolgreich fortsetzen können.

Die Mozartwohnung im sogenannten Figarohaus in der Domgasse wurde völlig erneuert. Das gleiche geschah mit dem Sterbezimmer Franz Schuberts in der Kettenbrückengasse. Die bauliche Renovierung des Uhrenmuseums am Schulhof wurde abgeschlossen, die Neuauffstelung der Sammlung wird bis zum Sommer 1966 durchgeführt sein; dann werden alle drei Stockwerke zur Besichtigung freigegeben. Die Modernisierung der Modesammlungen des Historischen Museums ist mit einem Kostenaufwand von 150.000 Schilling in Angriff genommen worden und wird 1966 mit dem gleichen Betrag zum Abschluß gebracht.

Für Neuerwerbungen wurden in diesem Jahr 456.000 Schilling ausgegeben.

1966 soll mit der Renovierung einer der wichtigsten Gedenkstätten der Musikstadt Wien, mit Schuberts Geburtshaus, begonnen werden. 300.000 Schilling sind als erste Baurate für das durch Feuchtigkeit gefährdete Haus bereitgestellt.

./.

Eine recht erfreuliche Entwicklung nehmen nun auch die 18 Heimatmuseen. Sie decken jetzt weitgehend selbständig aus eigener Kraft ihre finanziellen Erfordernisse. Ich möchte damit nicht sagen, daß zentrale Hilfe nicht notwendig wäre. Sie wird auch immer gerne gegeben, wenn Eigeninitiative sichtbar wird.

Hermes-Villa wird Naturkunde-Museum

Die Stadt Wien plant, die Hermes-Villa im Lainzer Tiergarten zu einem Museum der Naturkunde Wiens auszugestalten. Eine Arbeitsgemeinschaft am Institut für Wissenschaft und Kunst unter der Leitung von Univ.-Dozent Dr. Starmühlner hat seit einigen Jahren die nötigen wissenschaftlichen Vorarbeiten geleistet.

Die Stadt Wien hat bereits einige wertvolle naturkundliche Sammlungen für das Museum erworben, die sonst wahrscheinlich ins Ausland abgewandert wären. Sie sind zur Zeit in städtischen Depots gelagert, würden aber zur fachkundigen Aufbewahrung und Betreuung natürlich den entsprechenden musealen Rahmen brauchen.

Für die Bauarbeiten sind im Voranschlag 1966 zwei Millionen Schilling als erste Baurate vorgesehen.

Stadtbild- und Denkmalpflege

Einige Worte zur Stadtbild- und Denkmalpflege.

Vor wenigen Tagen hat Bürgermeister Marek das sanierte Blutgassenviertel, den Gebäudekomplex Singerstraße-Grünangergasse-Blutgasse, der Benützung und als kostbares Geschenk der Allgemeinheit übergeben. Damit wurde ein sehr wesentlicher und positiver Beitrag zur Erhaltung und Verschönerung unserer Stadt gegeben und der Beweis erbracht, daß man aus alten, abgewohnten Gebieten, wie dieses eines war, richtige Schmuckstücke mit schönen, modernen Wohnungen schaffen kann.

./.

Die Methode der Sanierung des Blutgassenviertels und damit der Sicherung der Altstadt zeigt uns den Weg, und ich bin glücklich, allen Zweiflern zum Trotz die Richtigkeit meiner seinerzeitigen Behauptung unter Beweis gestellt zu sehen, daß eine Sanierung solcher Gebäude durchaus möglich ist. Die Methode Blutgasse ist nur eine Möglichkeit, es gibt deren viele.

Auch die Idee der Altfassaden-Aktion hat sich bewährt. Leider hat die Überbeanspruchung des Baugewerbes, die wahrscheinlich auch durch das schlechte Wetter bedingt war, verhindert, daß alle genehmigten Fassaden fertiggestellt werden konnten. Die positive Auswirkung solcher denkmalpflegerisch instandgesetzter Fassaden kann jedoch am Haus 1, Judenplatz 8, studiert werden. Dieses Haus, das bisher völlig unscheinbar war, gibt nnn dem ganzen Platz ein anderes Aussehen.

Ich darf mitteilen, daß die Aktion im nächsten Jahr fortgeführt wird. Es sollen die Fassaden in der Gegend Bäckerstraße-Sonnenfelsgasse in Angriff genommen werden.

Ich habe 1964 anläßlich der Budgetrede gesagt: 'Es kann jedes Menschen Wille sein, in einem Museumsraum zu wohnen, aber eine Stadtverwaltung kann und darf ihre Stadt nicht zu einem Mussum machen. Dann wäre Wien wirklich eine sterbende Stadt. Man muß auch in der Denkmalpflege Kompromisse schließen können.'

Ich meine damit keinesfalls, daß die Denkmalpfleger nicht ihre warnende Stimme erheben und mit sachlichen Argumenten für einen Fall eintreten sollen. Aber das, was um die Florianikirche aufgeführt wurde, war alles andere als eine sachliche Diskussion. Und ich glaube, auch Sie, meine Herren von der Tagespresse, sollten es an Ihrer Blamage im Falle Grünbergstraße genug sein lassen.

9,5 Millionen jährlich für die Wissenschaft

In dieses an Jubiläen so reiche Jahr fielen auch die Gedenkfeiern der Alma Mater Rudolfina und der Technischen Hochschule Wien.

In der Verfassung der Bundesrepublik Österreich sind die Kompetenzen in allen Bereichen der Verwaltung klar und eindeutig geregelt, die Verpflichtungen und Rechte des Bundes, der Länder und Gemeinden festgelegt. In dieser Verfassung heißt es, daß Hoch-

./.

schulangelegenheiten Bundessache sind und daß für alles, was an den Hochschulen geschieht oder unterlassen wird, der Bund beziehungsweise das zuständige Bundesministerium die volle Verantwortung zu tragen haben. Wenn man das anders haben will und immer wieder mit Forderungen kommt, die nicht in die Kompetenzen des Landes fallen, dann muß man eben die Kompetenzen neu regeln und Rechte und Pflichten neu ordnen. Ich bin überzeugt, daß die Stadt Wien dann jene Verpflichtungen auch in diesem Bereich in gewohnter Weise erfüllen würde.

Wenn wir trotzdem jährlich rund 9,5 Millionen Schilling für Wissenschaftsförderung aller Art ausgeben, so ist das eine freiwillige, zusätzliche Leistung, die wir gerne erbringen, weil wir an der Bildung unseres Volkes Interesse haben. Aber sie kann nur eine zusätzliche Leistung sein, auch wenn sie gerne freiwillig erbracht wird.

Aus Anlaß der Hochschuljubiläen hat die Stadt Wien eine Stiftung in der Höhe von 50 Millionen Schilling errichtet, die den Namen Hochschuljubiläumsstiftung trägt. Aus dieser Stiftung werden jährlich drei bis vier Millionen Schilling für Forschungsarbeiten zusätzlich zur Verfügung gestellt, die sonst nicht geleistet werden könnten. Ein Kuratorium, in das die Stadt und die Hochschulen gleichermaßen delegieren, wird über die Vergabe entscheiden. Die Konstituierung des Kuratoriums wird voraussichtlich noch in den kommenden Wochen erfolgen können.

Volksbildung

Neben der Pflege der Wissenschaften, die ja nicht direkt zum Aufgabenbereich der Stadt, sondern nach unserer Verfassung zu dem des Bundes gehören, sind uns alle Belange der Volksbildung ein besonderes Anliegen.

Im Budget 1966 sind für den Verband Wiener Volksbildung allein an Subventionen drei Millionen Schilling vorgesehen. Damit ist die Subvention für diesen Verband seit 1961 um rund 50 Prozent erhöht worden.

Im Rahmen unseres großen Bauprogrammes, für das bisher rund 100 Millionen Schilling seit 1945 ausgegeben wurden, sind derzeit noch das Volksheim Alt-Ottakring, die Räume für die Volkshochschule

./.

Simmering in der Hauptschule Enkplatz und das Volksheim Inzersdorf im Bau. Der Umbau der aufgelassenen Schule 7, Zollergasse, für Zwecke der Volkshochschule Wien-West ist vorgesehen.

Die 4.673 Kurse der Wiener Volksbildung im Arbeitsjahr 1964/65 mit ihren 113.037 Hörern und die 8.405 Veranstaltungen mit ihren 1,020.514 Teilnehmern bergen eine Fülle von Tätigkeiten im Sinne einer echten Bildungsarbeit auf breitester Basis. Es zeigt sich, daß die Furcht, das Massenmedium Fernsehen würde die Volksbildung arg beeinträchtigen oder gar zugrunde richten, nicht berechtigt war. Im Gegenteil: bei geschickter Zusammenarbeit können aus den einstigen Konkurrenten Verbündete werden.

Eine sehr erfreuliche Überraschung bereitet und das Planetarium, das in den eineinhalb Jahren Betrieb mehr als 100.000 Besucher aufzuweisen hatte.

Über die Biologische Station Wilhelminenberg ist in den letzten Wochen viel geschrieben worden. Wer die Station kennt, muß stolz darauf sein, ein solches Institut im Bereich unserer Stadt zu haben.

Ich habe die Initiative Otto Königs und die Arbeit der Station auf dem Gebiet der Verhaltensforschung immer geschätzt und die Stadt Wien hat die Biologische Station nicht nur ideell, sondern von Anfang an auch materiell unterstützt und einigemale vor der Auflösung bewahrt. Wir sind auch diesmal wieder mit einer namhaften Summe beigesprungen und haben dadurch die verschiedenen Hilfsaktionen ins Rollen gebracht.

Trotzdem - oder gerade deshalb - muß ich Herrn Professor König dringend ersuchen, sich im Rahmen der vorhandenen Mittel zu bewegen, seine Budgetansätze einzuhalten und neue Aktivitäten nur dann zu beginnen, wenn die nötigen Mittel vorher gesichert sind. Im übrigen aber wünsche ich ihm und seinen Mitarbeitern viel Erfolg in ihrer Arbeit.

./.

Büchereien

Die Städtischen Büchereien (Ansatz: 16,626.000 Schilling) haben in den letzten Jahren auf Grund der Intensivierung der Arbeit in den 55 Zweigstellen durch Verbesserung und Erweiterung des Buchbestandes, durch Neuadaptierungen und zweckmäßigere Ausgestaltung der Räumlichkeiten und in der Zusammenarbeit mit Schulen gute Fortschritte gemacht.

Besonders großen Wert legen wir auf enge Kontakte mit den Schulen. Wir richten keine eigenen Schulbüchereien ein und verweisen bewußt unsere Schüler auf die städtischen Büchereien, um sie an diese zu gewöhnen und auch nach dem Schulaustritt eine Kontinuität in der Beziehung zum Buch zu sichern.

Um einerseits unsere Hauptbücherei, die im alten Josefstädter Rathaus ein äußerst beengtes Dasein fristet, entsprechend unterzubringen, andererseits auch einigen anderen Institutionen Platz zu schaffen, haben wir beschlossen, ein 'Haus des Buches' zu bauen. Es soll im Schönbornpark errichtet werden. Derzeit wird das Raumprogramm erstellt.

Unsere Pensionistenbücherei ist von 97 auf 110 Zweigstellen angewachsen, und die Bücherkisten zu je 40 Bänden, die untereinander ausgetauscht werden, wandern im Sommer auch in die Ferienheime, die Stadtrat Maria Jacobi für ihre Erholungsaktion eingerichtet hat.

Die Versorgung der Spitäler, besonders der Kinderspitäler, mit guten Büchern wird fortgesetzt.

Musikstadt Wien

Wien ist seit altersher die Musikmetropole der Welt, es gibt wohl keine Stadt mit solch glanzvollem Musikleben, es gibt aber - so glaube ich - auch keine Stadt, in der die gesamte Bevölkerung solchen sachverständigen Anteil am musikalischen Leben nimmt, wie das in Wien der Fall ist.

Unsere Musiklehranstalten (Ansatz: 15,098.400 Schilling) sind ein bedeutender Faktor bei der musikalischen Erziehung unserer Jugend. Sie haben auch im abgelaufenen Jahr eine gute Entwicklung genommen.

./.

Viele neue Kontakte mit ausländischen Anstalten gleicher Art konnten aufgenommen werden. Sie fanden ihren praktischen Niederschlag in Austauschkonzerten mit Berlin, Helsinki, London, Laibach und Agram.

Ein dringender Wunsch der Musiklehranstalten findet im nächsten Jahr Erfüllung: die Renovierung der Musikschule 5, Bräuhausgasse wird 1966 in Angriff genommen. Ich weiß, daß die Musiklehranstalten unter Raummangel leiden. Vielleicht könnten im Zusammenwirken mit den Volkshochschulen und Volksheimen da oder dort Erleichterungen geschaffen werden.

Ausgezeichnet und in ihren Auswirkungen deutlich spürbar, haben sich die Schülerkonzerte, die Konzerte des Jugendabonnements, die Konzerte an Volkshochschulen und der Zyklus 'Meisterorchester spielen Meisterwerke' bewährt. 763.000 Schüler haben die Konzerte seit ihrer Einführung im Jahre 1951/52 bis heute besucht.

Die Wiener Symphoniker haben ihre Funktion als das tragende Konzertorchester unserer Stadt weiter gefestigt. Sie sind durchschnittlich an 220 Aufführungen im Jahr beteiligt. Sie werden vom Verein Wiener Symphoniker getragen, der die Hauptlast der Kosten des Orchesters übernimmt und dessen zwei Mitglieder die Stadt Wien und das Bundesministerium für Unterricht sind.

Von einem Gesamterfordernis von 20,150.000 Schilling im Jahr werden durch Eigeneinnahmen aus Orchesterdiensten 6,050.000 Schilling gedeckt. Der Rest muß als Subvention dem Verein gegeben werden. Im Kommenden Jahr beträgt der Zuschuß der Stadt 9,4 Millionen, der des Bundes 4,7 Millionen Schilling. Nur rund 30 Prozent werden also vom Orchester selbst aufgebracht, 70 Prozent müssen als Zuschuß gegeben werden.

Vor kurzem konnten die Wiener Symphoniker eine Konzertreise in der Dauer von vier Wochen absolvieren, die sie durch die Deutsche Bundesrepublik führte.

Die geplanten Tourneen der nächsten Jahre - vor allem die für 1967 geplante Welttournee - werden wohl nicht durchgeführt werden können, wenn nicht seitens des Bundes bald definitive und bindende Zusagen über seine Beiträge gegeben werden.

./.

Wir unterstützen ferner die beiden Wiener Konzertgesellschaften, die als Träger des Wiener Konzertlebens ausgezeichnete Arbeit leisten, und geben Unterstützungen an viele Vereinigungen, die in buntem Reigen durch ihr verdienstvolles Wirken die Musikalität unserer Stadt in alle Welt hinaustragen. Alles zusammengenommen, sind es rund 30 Millionen Schilling, die die Musikstadt vorsorglich investiert, um ihrem Ruf, die Musikmetropole der Welt zu sein, in Gegenwart und Zukunft gerecht zu werden.

Bildende Künste

Die Förderungsmaßnahmen auf dem Gebiet der bildenden Künste wurden und werden fortgesetzt. 1965 wurden an 33 Künstler Aufträge zur Herstellung von 143 Arbeiten erteilt, im gleichen Zeitraum wurden 151 Arbeiten fertiggestellt. Auch die Ankaufstätigkeit wurde fortgesetzt; bis 1. November wurden 236 Stück Graphiken etc. für Schulgalerien und Wandschmuck gekauft. Derzeit gibt es 39 Schulgalerien an Pflichtschulen und 35 Kleingalerien in Volkshochschulen, Krankenhäusern, Jugendgästehäusern usw.

In der Secession wird zum 16. Mal die Ausstellung 'Das gute Bild für jeden' veranstaltet. Für das Jahr 1966 planen wir in Fortsetzung der Serie von Großausstellungen, die 1958 mit 'Van Gogh' begonnen und mit der Schau 'Wien um 1900' in diesem Jahr ihr vorläufiges Ende gefunden hatte, eine repräsentative Ausstellung der Werke von Toulouse Lautrec. Die bei den vergangenen Ausstellungen geschaffenen Kontakte mit dem Ausland kommen diesem Vorhaben sehr zugute. Wir haben bereits Zusagen von zirka 20 Museen und Sammlern, sich mit Leihgaben zu beteiligen.

Die Gesamtausgaben für Förderungsmaßnahmen auf dem Gebiet der bildenden Kunst betragen rund 6,7 Millionen Schilling.

21,6 Millionen für Wiens Theater

Die Unterstützung der Privattheater ist schon fast zur Selbstverständlichkeit geworden, denn keine dieser Bühnen könnte ohne diese Unterstützung auch nur eine Woche bestehen.

Die Wiener Privattheater befinden sich in einer schwierigen Lage, da der Bund wahrscheinlich Subventionskürzungen vornehmen

./.

wird. Die Subventionen der Stadt Wien bleiben nicht nur ungekürzt, sondern werden auch 1966 eine steigende Tendenz aufweisen. Für Theaterzwecke sind insgesamt rund 21,6 Millionen Schilling vorgesehen. Darin ist die Erhaltung und Subventionierung des Theaters an der Wien, des Theaters der Jugend, der Kleinbühnen und des Jugendabonnements der Stadt Wien enthalten.

Die Gesamtsubvention verteilt sich auf Großbühnen (Volkstheater, Josefstadt mit Kammerspielen und Kleinem Haus, Raimundtheater) mit rund 11,400.000 Schilling, Kellertheater (Subventionen und Prämien) mit rund 500.000 Schilling, Kammeroper usw. mit rund 800.000 Schilling. Für das Theater an der Wien ist derzeit eine Subvention von 5,8 Millionen Schilling vorgesehen, nicht inbegriffen die Wiener Festwochen und das Sommerprogramm. Für das Theater der Jugend und das Jugendabonnement sind 3,1 Millionen Schilling im Voranschlag.

Die Wiener Theater haben dank dieser Unterstützung ihre Bedeutung im Kulturleben unserer Stadt erhalten und weiter ausbauen können. Die von der Stadt Wien subventionierten und geförderten Privattheater und Kleinbühnen werden in den letzten Jahren pro Saison von rund 1,5 Millionen Menschen besucht, die Schwankungen der Besucherzahlen sind seit J hren geringfügig. Die Durchschnittsfrequenz dieser Theater einschließlich des Theaters an der Wien betrug 1964 73,5 Prozent, der Durchschnittspreis einer Eintrittskarte 1964 36 Schilling. Wir verkennen dabei nicht, daß die Preis- und Lohnentwicklung auch gleichbleibende Subventionen abwertet und haben als teilweisen Ausgleich daher auch alle Lohnforderungen des technischen und künstlerischen Bühnenpersonals durch ständige Erhöhungen dieser Subventionen bezahlt.

Das Jugendabonnement der Stadt Wien, das Jugendlichen von 14 bis 25 Jahren den Besuch von Oper, Burgtheater, Theater in der Josefstadt, Volkstheater, Theater an der Wien und einer Kleinbühne ermöglicht, wurde wieder in einer Abonnementhöhe von 15.000 Stück aufgelegt.

Das Theater der Jugend, das von der Stadt Wien großzügig unterstützt wird, floriert wie keine andere Publikumsorganisation in diesem Land.

./.

Die Gesamtzahl der Besucher aller Veranstaltungen des Theaters der Jugend betrug in der Spielzeit 1964/65 über 600.000, 118.000 davon kamen allein in das Theater an der Wien. Mit dem Theater im Zentrum besitzt Wien als einzige Stadt Europas ein eigenes Kindertheater, das ausschließlich für die Jugend spielt.

Das Theater an der Wien scheint unter der neuen Direktion endlich jenen Weg zu finden, der für diese Bühne der beste und geeignetste ist. Das heitere musikalische Theater, modifiziert im Musical und musikalischem Lustspiel, setzt nicht nur eine jahrzehntelange Tradition dieses Hauses fort, sondern schließt auch eine Lücke im Wiener Theaterleben.

Ich bin auch der Meinung, daß der kleine Theaterskandal kürzlich den Theaterhimmel Wiens nicht zum Einsturz brachte - auch wenn ich selbst bezweifle, daß das, was dort gezeigt wurde, mit Kunst identisch ist. Aber - dem Wort und dem Spiel seine Freiheit!

Festwochenmotteo 1966: 'Österreich'

Auch die Wiener Festwochen 1965 hatten sich in das Jubiläumsjahr eingeschaltet, ja, sie waren für die breitere Öffentlichkeit, vor allem des Auslandes, der eigentliche Höhepunkt des Gedenkjahres. Die künstlerischen Beiträge der vier Nationen im Theater an der Wien und im Konzertsaal ergaben zusammen mit den österreichischen Werken aus Klassik und Moderne ein Programm von hohem künstlerischem Rang.

Das Theater an der Wien war als Festspielhaus erstmals mit elf neuen Produktionen in 28 Tagen voll ausgelastet und hat sich als solches ausgezeichnet bewährt. Auch das sehr reiche Programm der einzelnen Wiener Bezirke war dem Motto angepaßt. Zusammen mit den Bezirken konnten wir 1045 Veranstaltungen zählen, wahrscheinlich das größte Festspielprogfamm der Welt.

Da man nicht jedes Jahr das Hauptgewicht auf internationale Gastspiele legen kann, hat der Intendant der Wiener Festwochen für 1966 ein Programm ausgearbeitet, das unter der Devise 'Österreich' steht..

./.

Zu unserem lebhaften Bedauern werden Staatsoper und Volksoper in der Festwochenzeit wieder keine Premiere haben. Ich stelle das nur sachlich fest, weil diese Vorgangsweise den Statuten widerspricht, die Land und Bund gemeinsam beschlossen haben. Die anderen Wiener Bühnen werden mit Beiträgen aus dem traditionellen Bereich der österreichischen Literatur (Raimund, Nestroy, Schnitzler, Hofmannsthal usw.) vertreten sein.

Als Eigenveranstaltungen der Wiener Festwochen werden nicht weniger als sieben Uraufführungen österreichischer Werke im Theater an der Wien stattfinden. Damit soll dem In- und Ausland gezeigt werden, daß Wien noch immer ein Ort lebendiger Theaterkultur ist und daß man den immer repräsentativer werdenden Festspielen rund umher Neues entgegenstellen kann.

Das konzertante Programm der Gesellschaft der Musikfreunde wird sich um ganz einzigartige, kostbare Autographenausstellungen musikalischer Meisterwerke, vor allem aus eigenem Besitz, gruppieren und - wie ich glaube - sowohl in den Ausstellungen wie in den Festkonzerten Einmaliges bieten.

Die Festwochen 1967 sind bereits in Planung. Sie werden unter dem Motto 'Österreich und der Donauraum' stehen, und ich darf sagen, daß auch für dieses Festival die Vorbereitungen schon ziemlich weit gediehen sind.

Wo bleibt das Wiener Festspielfonds-Gesetz?

Am 26. November 1964 hat der damalige Herr Bürgermeister und jetzige Herr Bundespräsident Franz Jonas über einstimmigen Beschluß der Wiener Landesregierung der Bundesregierung den Entwurf eines Wiener Festspielfonds-Gesetzes mit dem Ersuchen um Behandlung übermittelt, der dem zuständigen Ressortchef, dem Unterrichtsminister, weitergeleitet wurde. Außer einer Sitzung im Bundesministerium für Unterricht, bei der jeder Teilnehmer bis zum Schluß nicht wußte, was mit ihr bezweckt und was bei ihr als Resultat zu erwarten sei, ist bisher nichts, aber schon gar nichts geschehen.

Der Herr Bundesminister hat es bis heute nicht einmal für notwendig befunden, dem Herrn Bürgermeister zu antworten. Ich möchte den Herrn Bundesminister für Unterricht fragen, wann er

./.

gedenkt, den weit über die Grenzen Österreichs bekannten und international anerkannten Wiener Festwochen die gleiche finanzielle Sicherheit zu geben, wie anderen Festspielstädten, und damit eine ordentliche Planung für die Zukunft zu gewährleisten.

Europa-Gespräch 1966:'Der Einzelne und die Gemeinschaft'

Nicht unwesentlich haben auch die im Rahmen der Wiener Festwochen stattfindenden Europa-Gespräche der letzten Jahre dazu beigetragen, die Diskussion um den großen europäischen Kulturkreis, in dessen geographischer und geistiger Mitte Wien liegt, seine Impulse zu geben. Sie haben sich aus bescheidenen Anfängen zu internationaler Bedeutung entwickelt, und diverse Studiengruppen aus allen Ländern geben Monate vor Veranstaltungsbeginn ihre Kartenwünsche bekannt.

Wir konnten im Gespräch dieses Jahres schon 4.500 Besucher zählen. Es war ein echtes Ost-West-Gespräch, das erste seiner Art. Presse, Rundfunk und Fernsehen brachten ausführliche Kommentare, und vor allem das Ausland würdigte das Europa-Gespräch 1965 in langen Artikeln. Vier dicke Mappen konnten mit solchen Zeitungsartikeln angelegt werden.

Die 4.500 Zuhörer des Gespräches waren nicht wenig überrascht, als die 24 Gesprächspartner aus zwölf Ländern feststellten, daß im Osten 'westliche Tendenzen' und im Westen 'östliche' immer deutlicher spürbar werden, oder mit anderen Worten gesagt: daß diese Begriffe aufhören, so radikale Gegensätze zu sein, wie sie es noch vor kurzem waren.

Prof. Adam Schaff aus Polen, ein profilierter Wissenschaftler und strenger Kritiker solcher Veranstaltungen, richtete ein Schreiben an das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten, in dem er empfahl, diese Europa-Gespräche der Stadt Wien als ständige Institution zu führen.

Für die Stadt Wien selber bedeuten diese Begegnungen ein starkes Bemühen, immer mehr Forum für Diskussionen zu werden, die anderswo nicht geführt werden können. Die Atmosphäre dieser Stadt und das Wissen der Gesprächspartner, daß wir ehrliche Makler sein wollen, schaffen uns eine gute Ausgangsposition, die wir nutzen werden.

./.

Das Europa-Gespräch des nächsten Jahres soll wieder ein Kontaktgespräch sein, zu dem Wissenschaftler aus Ost und West geladen werden. Es hat das Thema: 'Der Einzelne und die Gemeinschaft', das in eine Reihe von Unterthemen gegliedert sein wird.

Olympia-Bewerbung Wiens noch nicht entschieden!

Nun einige Worte zum Thema Sport:

Die Tagespresse der letzten Zeit hat sich in verschiedenen Artikeln mit einer eventuellen Bewerbung Wiens um die Sommerolympiade 1972 beschäftigt, und auch Sektionschef Pruckner vom Bundesministerium für Unterricht hat sich in einer Pressekonferenz damit befaßt.

Tatsächlich hat die Sitzung des Internationalen Olympischen Komitees vom 3. bis 10. Oktober in Madrid die Fragen der Bewerbung um diese Sommerspiele behandelt und den Bewerbungstermin mit 31. Dezember 1965 festgelegt. Bis zu diesem Datum müssen also Bewerbungen um diese Sommerspiele im Generalsekretariat in Lausanne eingelangt sein, sollen sie noch anerkannt werden.

Der Präsident des Österreichischen Olympischen Komitees, Vizebürgermeister Dr. Drimmel, hat den Bürgermeister von diesen Fakten mit einem Schreiben vom 12. Oktober in Kenntnis gesetzt und ihn ersucht, zu überlegen, ob eine Bewerbung Wiens in Aussicht genommen werden könne.

Nun war dreierlei zu tun:

Erstens war festzustellen, ob unsere Sportorganisationen in der Lage sein werden, die gewaltige, organisatorische Arbeit zu bewältigen, die ein Sportfest solchen Umfangs erfordert. Nach einer ganz ausgezeichneten und in der ganzen Welt gelobten Durchführung der Gymnaestrada war diese Frage mit Rücksicht auf die lange Zeit, die zur Vorbereitung der Olympiade zur Verfügung steht, durchaus zu bejahen.

Zweitens war festzustellen, welche Bauten und Sportanlagen errichtet werden müssen und wie hoch die Kosten dieser Bauten sind. Nach Rom und Tokio durfte hier nicht kleinlich, aber trotzdem auch mit Maß geplant werden. Die Berechnungen des Stadtbau-

./.

amtes liegen nun vor und decken sich mit den Schätzungen der Sportstelle der Stadt Wien. Die notwendigen Sportanlagen zu bauen oder olympiareif zu machen, würde Kosten in der Höhe von rund 620 Millionen Schilling erfordern, und zwar ohne Straßen und Verkehrsbauten und ohne Durchführung der Olympiade selbst, die mit Kosten von rund 350 Millionen Schilling zu veranschlagen ist, und ohne die Kosten für das Olympische Dorf, das eine Summe von rund 1.379,000.000 Schilling erfordern wird. Das Olympische Dorf ist für die Unterbringung von Sportlern, Funktionären und Journalisten gedacht, also für etwa 18.000 Personen, und entspricht etwa einer Wohnanlage mit rund 4.000 Wohneinheiten.

Alles zusammengenommen - ohne Verkehrsbauten - ergibt einen Betrag von rund 2.5 bis 3 Milliarden Schilling.

Ich glaube, es besteht kein Zweifel, daß solch enorme Summen nicht von Wien allein aufgebracht werden können, sondern hier namhafte Hilfen des Bundes in Anspruch genommen werden müssen.

Drittens war daher festzustellen, ob der Bund bereit und in der Lage ist, eine 50prozentige Beteiligung an den Kosten zu garantieren, da diese Garantieerklärung der Österreichischen Bundesregierung unserem Bewerbungsschreiben beigelegt werden muß.

Der Herr Bürgermeister hat mit Datum vom 19. Oktober 1965 ein Schreiben an den Herrn Bundeskanzler gerichtet und um Übernahme dieser Haftung ersucht, wobei er gleichzeitig auf die ungefähre Höhe der Kosten und den Bewerbungstermin besonders hingewiesen hat.

Der Herr Bundeskanzler hat dem Herrn Bürgermeister den Empfang dieses Schreibens bestätigt, und mitgeteilt, daß er es den zuständigen Ministerien zur Stellungnahme weitergegeben habe.

Erst nach Einlangen der Garantieerklärung auf Beteiligung des Bundes können sich die Stadtverwaltung und ihre Organe entscheiden, ob sie an einer Bewerbung teilnehmen werden oder nicht. Erst nach diesem Beschluß können wieder die notwendigen, administrativen Maßnahmen unternommen werden, um das Bewerbungs-

./.

schreiben mit allen Beilagen rechtzeitig in Lausanne zu hinterlegen. Bis heute ist weder eine zustimmende noch ablehnende Antwort eingelangt.

Ich muß darauf aufmerksam machen, daß diese administrativen Arbeiten nicht zu bewältigen sind, wenn nicht bis längstens 15. Dezember eine klare Stellungnahme der Bundesregierung einlangt.

Ob sich dann die Stadt Wien entschließt, in den nächsten sechs Jahren jährlich rund 250 Millionen Schilling für die Olympiade auszulegen oder nicht, müssen deren Organe entscheiden.

Ich muß nur pflichtgemäß darauf aufmerksam machen, daß wir 1966 die Jugendweltmeisterschaft im Fechten und die Union Bundeskampfspiele, und im Jahr 1967 die Eishockey-Weltmeisterschaft, die Weltmeisterschaft im Eiskunstlauf und das Internationale ASKÖ-Bundessportfest in den Mauern unserer Stadt haben werden - Veranstaltungen, die, wie ich höre, ebenfalls mit zum Teil hohen Beiträgen von Land und Bund rechnen.

Kein Olympiakampf Wien gegen München

Die Tageszeitung 'Die Pressee' befaßte sich am 1. Dezember ebenfalls mit der Bewerbung Wiens um die Olympiade und betitelt den Artikel mit 'Olympia-Kampf zwischen Wien und München?'. Ich darf Sie beruhigen, es wird keinen neuen Kriegsschauplatz geben. Die Stadt München sandte vor kurzem einen Funktionär der Stadtverwaltung zu uns nach Wien, der uns folgendes mitteilte:

Die oberste Sportbehörde Westdeutschlands sei der Meinung, daß eine Bewerbung der Bundesrepublik bzw. eine ihrer Städte gerade jetzt günstigste Aussichten hätte, und der Präsident des Deutschen Sportbundes, Willi Daume, sei an die Stadt München mit dem Vorschlag herangetreten, die Stadt möge sich um die Olympiade bewerben.

Nach den letzten Nachrichten, die ich von Herrn Oberbürgermeister Vogel aus München telefonisch erhielt, werden zwei Drittel der Kosten von Bonn und dem Staate Bayern und ein Drittel von der Stadt München getragen, wobei Gesamtkosten von 600 bis 750 Millionen D-Mark errechnet worden sind.

./.

Wie dem auch sei, es wird keinen Kampf zwischen beiden Städten geben. Im Gegenteil, die faire Art unserer Münchner Kollegen wird die alte Freundschaft der beiden Städte nur vertiefen können, wer immer auch die Olympiade 1972 bekommt.

Fremdenverkehr

Wenn ich abschließend die Entwicklung des Wiener Fremdenverkehrs im Jahr 1964/65 streife, so dürfen wir mit Freude und Genugtuung feststellen, daß sie als durchaus günstig anzusehen ist und die steigende Tendenz der letzten Jahre weiter angehalten hat.

Aus dem Ausland, vor allem aus den überseeischen Ländern, war ein starkes Ansteigen der Übernachtungszahlen festzustellen. Wenn Sie bedenken, daß die Fremdenverkehrsstatistik 1936/37 458.800 Reisende und 2,966.000 Nächtigungen verzeichnete, und wir im Jahre 1964/65 1,032.900 Reisende mit 3,118.000 Nächtigungen ausweisen, dann können Sie ersehen, wie sehr es gelungen ist, im Wiener Fremdenverkehr wieder aufzuholen und den Entfall aus dem Osten (damals 1,410.500 Nächtigungen) auszugleichen.

Wenn es nun gelingt, auch den Reiseverkehr aus dem Osten wieder zu intensivieren - und alle Anzeichen deuten darauf hin -, dann kann sich der Fremdenverkehr zu einem wirtschaftlichen Faktor ersten Ranges entwickeln, wie er das ja heute schon im Bundesausmaß ist.

Und damit schließt sich eigentlich der Kreis meiner Betrachtungen. Ich habe mir erlaubt, eingangs darauf hinzuweisen, welche Funktion Wien dank seiner Besonderheiten im europäischen Raum hat - hier ist eine davon.

Der jetzt zehn Jahre bestehende Fremdenverkehrsverband für Wien mit seinem Büro, der Fremdenverkehrsstelle der Stadt Wien, hat an der erfreulichen Entwicklung des Wiener Fremdenverkehrs und der starken Ausweitung der Hauptreisezeit, die heute von der Frühjahrsmesse bis Ende Oktober dauert, großen Anteil.

Seine umfangreichen Werbemaßnahmen in aller Welt, die Durchführung und Förderung kultureller und gesellschaftlicher Veran-

./.

staltungen während der Sommermonate und die Betreuung der Besucher haben dazu beigetragen, das Ansehen und die Beliebtheit, deren sich unsere Stadt überall erfreut, zu vermehren.

Die Durchführung dieser Aufgaben ist nicht ohne Probleme, weil sich die Zunahme des Wiener Fremdenverkehrs nicht gleichmäßig über das ganze Jahr oder über eine 'Winter'- und eine 'Sommersaison' verteilt, sondern hauptsächlich während des Hochsommers eintritt. Kongresse und vor allem die Wiener Festwochen wirken ausgleichend; der Rhythmus des Lebens unserer Stadt, seine Hochsaison von Kunst und Kultur stimmt jedoch nicht mit dem Rhythmus unseres Fremdenverkehrs überein. So können die rund 300.000 Wien-Besucher der Monate Juli und August nicht die Staatstheater besuchen, nicht die Sängerknaben hören, nicht die Spanische Reitschule bewundern. Auf der anderen Seite ist eine nennenswerte Belebung des Wiener Fremdenverkehrs während der Wintermonate trotz vielfältiger Bemühungen noch nicht gelungen.

Wenn man einmal von Radetzky sagte, in seinem Lager sei Österreich, so kann man in Abwandlung dieses Wortes mit Fug und Recht behaupten: In unseren Gästehäusern ist die Jugend der Welt.

54.348 junge Menschen aus allen Teilen der Welt passierten in diesem Jahr unsere Gästehäuser Pötzleinsdorf und Hütteldorf, und ich weiß, daß sich bei genügend Raum die Zahl der Gäste um mindestens 50 Prozent erhöhen würde. Beide Häuser sind ab April des nächsten Jahres voll ausgebucht.

Das Internationale Studentenheim 'Haus Döbling' hat sich in den zwei Jahren seines Bestandes einen guten Ruf erworben. Es hatte in diesem Sommer 12.125 Gäste mit insgesamt 41.743 Nächtigungen."

\- - -

Die Budgetdebatte im Rathaus

Zur Frage der Kostenbeteiligung des Bundes an der Olympiade 1972

11. Dezember (RK) Zusätzlich zu den Ausführungen über die Kosten, die mit der Durchführung der Sommer-Olympiade 1972 in Wien erwachsen würden ("Rathaus-Korrespondenz" Blatt 3423 bis 3425), stellte Stadtrat Hans Mandl in seinem Referat fest:

"Die Meldung einer Wiener Korrespondenz vom heutigen Tage, die behauptet, daß die Ermittlung der voraussichtlichen Olympiade-Kosten vom Unterrichtsministerium durchgeführt worden sei, ist unrichtig. Das Unterrichtsministerium hat vielmehr von der Stadt Wien eine Kostenschätzung verlangt, die Stadtverwaltung hat die Berechnungen durchgeführt und dem Unterrichtsministerium jene Zahlen zur Verfügung gestellt, die dieses jetzt veröffentlicht hat."

Zur Frage der Stellungnahme der Bundesregierung zum Schreiben des Wiener Bürgermeisters vom 19. Oktober, in dem die Regierung aufgefordert wurde eine Haftungserklärung abzugeben, sagte Stadtrat Mandl:

"Inzwischen habe ich gestern erfahren, daß über eine Korrespondenz die Nachricht verbreitet worden sei, in der Regierungssitzung am Dienstag würden die Herren Bundesminister Dr. Piffl-Percevic und Dr. Schmitz einen Antrag einbringen, nach dem die Regierung beschließen solle, die Kosten für die Olympiade so aufzuteilen, daß ein Drittel der Kosten der Bund, ein Drittel das Land Wien und ein Drittel die Stadt Wien, also deutsch gesprochen, zwei Drittel die Wiener Bevölkerung allein zu tragen hätte.

Ich kann die Richtigkeit der Meldung der Korrespondenz nicht überprüfen. Aber wenn es wirklich wahr sein sollte, daß die beiden Minister diesen Antrag einbringen wollen, dann ist das ein Affront gegen die Stadt Wien, wie ihn sich anläßlich einer internationalen Angelegenheit bisher kein Minister erlaubt hat. Und jeder Wiener Gemeinderat - auch Sie meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei - muß zutiefst entrüstet und beschämt sein, daß die Bundeshauptstadt schlechter behandelt werden

./.

soll, als die Stadt Innsbruck bei Durchführung der Winter-Olympiade 1964. Denn dazu leistete der Bund 40 Prozent, das Land Tirol und die Stadt Innsbruck je 30 Prozent.

Die nächste Ministerratssitzung findet am Dienstag, dem 13. Dezember, statt. Wir haben dann noch genau zehn Arbeitstage Zeit, die Angelegenheit im Bereiche der Stadt zu beraten, eine eventuelle Bewerbung beim Österreichischen Olympischen Komitee einzubringen, die nötigen Unterlagen zu sammeln und zu drucken, um sie noch vor dem 31. Dezember in Lausanne überreichen zu können.

Zehn Tage also für uns und fast zwei Monate Zeit für zwei Minister, einen solchen Antrag zu stellen. Es werden sich nun die Körperschaften der Stadt Wien damit zu beschäftigen haben, ob sie unter diesen Umständen eine Bewerbung um die Sommer-Olympiade 1972 anstreben oder nicht."

\- - -

Kulturdebatte

GR. Karoline Pluskal (SPÖ) berichtet über das Sommerprogramm. Bei den Konzerten im Arkadenhof des Wiener Rathauses gab es im Jahr 1965 ein Jubiläum, da die Zahl der Konzerte zweihundert erreichte. Die Frequenz lag trotz des äußerst schlechten Wetters im Durchschnitt bei 2.500 Personen. Um die Leitung der 17 Konzerte bewarben sich mehr als 160 Dirigenten. Zum Bestand des Sommerprogramms gehören auch die Palais-Konzerte. An diesen haben sich Künstler aus 11 Nationen beteiligt. Im Oberen Belvederegarten und im Volksgarten wurden je 9 Konzerte des Wiener Konzertorchesters angesetzt, die die Wiener Note hervorheben. In Wiener Parkanlagen haben 56 Konzerte von Blechmusik-Kapellen stattgefunden. Im Theater an der Wien gab es im Sommer 20 Aufführungn der Lehár-Operette "Der Graf von Luxemburg".

Die Rednerin regt abschließend an, die vor kurzem eröffnete Ausstellung "Das gute Bild für jeden" auch in den Außenbezirken zu zeigen, um ein neues Publikum für diese Kunst zu gewinnen.

GR. Bittner (ÖVP) führt aus, daß die Stadt Wien kein Schulgebäude benützt, das vor dem Jahr 1850 erbaut wurde, während elf Prozent der Schulgebäude in den anderen Bundesländern aus diesen Jahren stammen. 44 Prozent der in Wien verwendeten Schulgebäude stammen aus der Zeit von 1865 bis 1896, 43 Prozent aus der Zeit von 1896 bis 1918, zwei aus der Zeit der Ersten Republik bis 1934, zwei aus der Zeit von 1934 bis 1938 und eines wurde nach dem 11. März 1938 eröffnet. Wien ist also in der glücklichen Lage, keinen so großen Nachholbedarf zu haben wie die anderen Bundesländer. Wien hat überdies den Vorteil der Konzentration der Schüler. Während in Vorarlberg in einem Schulgebäude durchschnittlich 123 Schüler untergebracht sind, in Oberösterreich 165, sind es in Wien 239.

Eine Statistik zeigt, daß in Wien das Ein- und Zweikindersystem vorherrscht. Es stammen 30,5 Prozent aus Einkind- und 37 Prozent aus Zweikinderfamilien, in Vorarlberg nur acht Prozent aus Einkindfamilien, 21 Prozent aus Zweikinderfamilien und 24 Prozent aus Dreikinderfamilien.

./.

Von 1.000 Einwohnern besuchen in Vorarlberg 102 die Volksschule, in Wien nur 30.

Bei der Stadtplanung darf man nicht nur die Wohngebiete planen, sondern man muß auch die Plätze für Schulbauten mit einbeziehen. Hand der Bevölkerungsbewegung ist es genau verfolgbar, wo wir Schulen brauchen.

Von den rund 10.000 Pflichtschülern in der vierten Volksschulklasse gehen im Durchschnitt 4.000 in höhere Schulen. Der Andrang zu den höheren Schulen ist in den letzten Jahren enorm gestiegen. Aus finanziellen Gründen braucht heute niemand mehr vom Studium ausgeschlossen zu werden. Im Burgenland gehen 8,5 Prozent der Abgänger aus der vierten Volksschulklasse in die höhere Schule, in Salzburg 13,8 Prozent und in Wien 43,6 Prozent. Die höchste Quote weisen in Wien der 1. 13, 18. und 19. Bezirk auf.. Im 18. Bezirk sind in diesem Jahr 63 Prozent der Abgänger der vierten Volksschulklasse in die Höhere Schule gegangen, im 21. Bezirk nur 15 Prozent.

Vom Bund wurden für die Schulbautätigkeit im Jahr 1965 165 Millionen Schilling ausgegeben. Der Ansatz für 1966 soll gleich hoch sein. Sowohl von der Stadt wie auch von seiten des Bundes wird alles getan, um den Wiener Kindern eine ihrem Können und Wollen adäquate Bildung zu geben.

Für die Hochschulen ist zwar der Bund zuständig, es wird aber gut sein, wenn wir unsere Hochschulen fördern.

Im Hinblick auf die Olympischen Spiele müssen wir verlangen, daß die Stadt Wien in keiner Weise schlechter behandelt wird als die Stadt Innsbruck. (Beifall bei ÖVP und SPÖ) Hier sollen alle Chancen auf dem Gebiet der Bewerbung verfolgt werden.

GR. Wiesinger (SPÖ) stellt fest, daß ein Vergleich der Beträge, die für das Pädagogische Institu im Voranschlag eingesetzt sind, gemessen am Gesamtbudget der Gruppe III leicht dazu verleiten könnte, zu glauben, diese Anstalt sei für unsere Stadt unbedeutend. Wenn man die Tätigkeit des Instituts jedoch näher betrachtet, muß man feststellen, wie wichtig sie für das Wiener Schulwesen ist.

./.

Abgesehen vom Studienbetrieb, der es den Lehrern erleichtert, ihre Prüfungen abzulegen und ihnen die Möglichkeiten zur Weiterbildung während ihrer Lehrtätigkeit gibt, werden vom Institut wiederholt bedeutende Fachtagungen abgehalten und Ausstellungen und Leistungsschauen der Schüler der Öffentlichkeit vorgestellt. Die pädagogische Forschung ist ein nicht unbedeutender Sektor des Instituts. Als ihr Glanzstück kann die Zentralbücherei bezeichnet werden, die über einen Stand von 145.000 Werken verfügt und die im abgelaufenen Schuljahr rund 70.000 Entlehnungen aufwies. Die Bedeutung, die diese Einrichtung für das Wiener Schulwesen hat, wird durch das Wirksamwerden des neuen Schulgesetzwerkes noch steigen, da dieses die versuchsweise Führung von pädagogischen Akademien vorsieht. Der Redner meldet die Forderung an und will auch die zuständigen Bundesstellen daran erinnern, daß die Schulgesetze im Hinblick auf die Pädagogischen Akademien im Jahr 1968 wirksam werden und die im 10. Bezirk geplante Akademie bis dahin fertig sein soll. Das notwendige Raum- und Funktionsprogramm des Stadtschulrates ist fertiggestellt und wir hoffen, daß mit dem Bau im nächsten Jahr begonnen werden kann. In diese Schulen sollen dann aber nicht ausgesuchte Schüler kommen, sondern sie soll wie eine Sprengelschule benützt werden, damit der Lehrer dort kein ausgesuchtes Schülermaterial vorfindet.

Der Redner stellt fest, daß der Dienst der Lehrer an den Wiener Schulen kein leichter ist. Noch viel schwerer wäre er aber, hätte die Stadt Wien nicht so großes Verständnis für das Wiener Schulwesen. So werden im kommenden Jahr nicht weniger als 633 Lehrer mehr beschäftigt, als im Dienstpostenplan vorgesehen sind. Wien ist damit das einzige Bundesland, das über den Dienstpostenplan hinaus Lehrer beschäftigt. Bei einem Vergleich mit Niederösterreich stellt sich heraus, daß Wien bei einer Angleichung an Niederösterreich den Lehrerstand um 1.200 verringern könnte.

./.

Abschließend dankt der Redner auch im Namen der Wiener Lehrerschaft Stadtrat Mandl für die vielen Jahre seines Wirkens, in denen er ein vornehmer Förderer und Freund des Wiener Schulwesens war. Die Stadt Wien habe in der Ersten Republik das Glück gehabt, einen Mann wie Glöckel als Glanzlicht der Schulreformbewegung zu besitzen. Wir glauben, mit demselben Recht sagen zu dürfen, daß der Name Hans Mandl in die Wiener Schulgeschichte der Zweiten Republik ebenso ehrenvoll und würdig eingehen wird. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

GR. Lauscher (KLS) bezeichnet die Geschäftsgruppe als außerordentlich reich an wichtigen Aufgaben, Fragen und Problemen. Die Stadtverwaltung hat 1945 auch auf diesem Sektor ein fürchterliches Erbe übernehmen müssen und man muß anerkennen, welch großen Beitrag Stadtrat Mandl mit seinen Bemühungen geleistet hat, daß Wien wieder eine europäische Funktion und Aufgabe übernehmen konnte, nämlich ein Ort der Begegnung, eine Brücke des Ausgleichs und der Verständigung zwischen den Völkern zu sein.

Die Kultur und Bildung unseres Landes war in letzter Zeit wiederholt Gegenstand der Diskussion und Polemik. Der Unterrichtsminister und seine Kulturpolitik sind dabei nicht gut weggekommen. Es sei unbestritten, daß es unserem Land an einem krausschauenden Konzept auf diesem Gebiet mangelt. Wissenschaft und Kultur werden mit unzulänglichen Mitteln abgespeist und wir geraten dadurch in Gefahr, den anderen gegenüber zurückzubleiben. Die empfindlichen finanziellen Einschränkungen der Bundesverwaltung auch bei den staatlichen Kunstsammlungen legen der Gemeinde Wien besondere Verantwortung auf, mehr zur Förderung der bildenden Künstler zu tun. Der Redner regt in diesem Zusammenhang die Abhaltung von Ausstellungen zeitgenössischer Kunst und von Kollektivausstellungen in der Stadthalle an. Wichtig wäre es für Wien, auch Werke von Künstlern unserer Nachbarländer zu zeigen. Das Europa-Gespräch zwischen Ost und West während der kommenden Festwochen wäre durch eine Konfrontation der bildenden Kunst zu ergänzen.

./.

Im Theater an der Wien wurde unter der neuen Leitung von Rolf Kutschera der erste Schritt getan, um dieses schöne Theater besser auszunützen. Begrüßenswert ist auch seine Benützung als Theater der Jugend. Daß ein Teil der Abende leider unbesetzt bleibt, liegt an der Nichteinhaltung der Verpflichtungen, die die Bundestheater übernommen haben. Es ist zu begrüßen, daß von der Theaterleitung die wirtschaftlichen Voraussetzungen für eine Eigenproduktion geschaffen wurden und zu hoffen, daß man dadurch auch zur Schaffung eines eigenen Ensembles kommt.

GR. Lauscher unterstützt sodann die Forderung nach Errichtung eines eigenen Länderstudios Wien, jedoch unter der Voraussetzung, daß dieses Studio kein Propagandawerkzeug der Parteien sein dürfe, wie es der Österreichische Rundfunk ist.

Der Redner bezeichnet anschließend die Forderung nach Herabsetzung der Vergnügungssteuer für die Kinos als berechtigt. Der Film sei noch immer das Theater des kleinen Mannes. Der Kinobesuch habe jedoch 1964 mit 76 Millionen Besuchern seinen Tiefstand erreicht; 1959 waren es 120 Millionen. Trotzdem kann man sagen, daß jeder Österreicher im Durchschnitt einmal monatlich ins Kino geht. Was dort jedoch geboten wird, sei unter aller Kritik. Deshalb sei es vor allem wichtig, gute Filme in die Kinos zu bringen. Die Folgerung daraus ist, daß man gute Filme auch steuerlich bevorzugt behandeln müsse. Die Lösung, die bereits in anderen Bundesländern schon verwirklicht sei, müsse sein, die von der Prädikatisierungskommission ausgezeichneten Filme von der Vergnügungssteuer zu befreien oder diese Steuer herabzusetzen. Die KLS-Fraktion habe bereits vor langem den Antrag gestellt, derartige Steuererleichterungen für prämiierte Filme einzuführen; dieser Antrag sei bisher jedoch nicht berücksichtigt worden.

Im Zusammenhang mit der Einführung des neunten Schuljahres bemängelt GR. Lauscher die ungenügende Aufklärung der Öffentlichkeit. Die Eltern wüßten vielfach nicht, daß ihre Kinder in Zukunft ein Jahr länger in die Schule gehen müssen. Viele glauben, das polytechnische Lehrjahr sei nur eine Zusatzklasse zur Hauptschule. Es wäre also Aufgabe des Stadtschulrates, die Öffentlichkeit eingehend zu informieren.

./.

Dem zeitgeschichtlichen Unterricht an den Schulen mißt der Debettenredner größte Bedeutung zu. Er erklärt, der Nationalfeiertag sollte in allen Schulen auch als Tag des Gedenkens an die Erringung der Unabhängigkeit Österreichs begangen werden. Er regt an, die in Graz gezeigte Ausstellung des Arbeiterkammertages über die Geschichte des Kampfes für Österreich, die auch nach Wien kommen wird, allen Lehrern und Schülern zugänglich zu machen.

Im weiteren fordert der Redner, Ernennungen oder Versetzungen von Lehrern rechtzeitig schon vor Beginn des Schuljahres bekannt zu geben und den Lehrern standesgemäße Wohnungen zur Verfügung zu stellen. Wie Verteidigungsminister Prader kürzlich erklärt hat, habe jeder Offizier und Unteroffizier eine solche standesgemäße Wohnung.

Der Redner verwies auf die Bedeutung des Sports und kritisierte das Eindringen deutschnationaler Gedanken in den Wiener Sportbetrieb, wie sie vom sogenannten Österreichischen Turnerbund ständig in dessen Verbandsorgan publiziert würden. Er regte eine Neuverteilung der Kompetenzen an, nach der das Sozialministerium für den Sport auf Bundesebene und das Unterrichtsministerium für den Schulsport zuständig wäre.

Die Bewerbung Wiens um die Olympiade 1972 sei voll zu unterstützen, eine entsprechende Kostenbeteiligung des Bundes aber selbstverständliche Voraussetzung. Nach den heute bekanntgewordenen Plänen würde der Bund überhaupt nur zehn Prozent der faktischen Kosten aufbringen. Die ÖVP Gemeinderäte sollten dissbezüglich bei ihren Parteifreunden im Bund intervenieren.

Der Redner forderte ferner einen planmäßigen Aufbau im österreichischen Sport, mehr Sportförderungsmittel der Stadt Wien und bessere Trainingsmöglichkeiten für aktive Sportler. GR. Lauscher schloß mit einer Würdigung der Verdienste von Stadtrat Mandl.

GR. Ascherl (SPÖ) betonte die Vorrangstellung des Schulbaus in den letzten Jahren, was durch eine vorausschauende Finanzpolitik ermöglicht wurde. Auch von den schärfsten Kritikern muß zugegeben werden, daß Wien die Verpflichtungen beispielhaft erfüllt, die ihm durch das neunte Schuljahr auferlegt wurden.

./.

In dem großen Schulerneuerungsprogramm, das nunmehr fast abgeschlossen ist, wurden von den 243 Pflicht- und Berufsschulen der Stadt 45 Schulen - zum Teil sehr große Objekte - neu errichtet und darüber hinaus 198 alte Schulen generalrenoviert. Ein Schul-Modernisierungsprogramm dieses Ausmaßes gibt es nur in Wien, worauf wir alle stolz sein können. Alle Wiener Pflichtschüler erhalten heute in modernen schönen Klassenräumen Unterricht. Der Vergleich mit einer Statistik aus 1949 zeigt, welch große Fortschritte auf dem Schulsektor erzielt werden konnten. Auch die Teilnehmer an den Rundfahrten "Neues Wien" äußern sich darüber stets anerkennend. Auf einer Besichtigungsfahrt konnte der Kulturausschuß feststellen, daß die generalrenovierten Klassen genauso freundlich, schön - und zweckmäßig sind, wie die neuerbauten. Dabei kostet die Renovierung einer Klasse 200.000 Schilling, der Neubau aber zwei Millionen. Nur durch die verhältnismäßig geringen Kostenerfordernisse für den Renovierungsplan war es möglich, solche Erfolge zu erzielen. Es wird in Zukunft aber auch alles getan werden müssen, um den derzeitigen vorbildlichen Zustand zu erhalten.

Die Wiener Schule genoß in der Ersten Republik weltweites Ansehen. Von der Wiener Schulreform sind Impulse und Anregungen ausgegangen, deren Ergebnisse heute Allgemeingut geworden sind. In der Zweiten Republik hat Wien dieses Reformwerk fortgesetzt und seine Schulen entsprechen heute wie nie zuvor dem Geist der Schulreform, den neuesten psychologischen und pädagogischen Erkenntnissen sowie unseren Schulgesetzen.

GR. Peter (FPÖ) teilt gleich eingangs mit, daß seine Fraktion den Ansätzen dieser Geschäftsgruppe zustimmen werde. Im Namen der Opposition wolle er auch Stadtrat Mandl alles Gute wünschen und hoffen, daß seine Kraft auch weiter in irgendeiner Form der Gemeinde Wien zur Verfügung stehen möge.

Trotzdem wolle er einige Kritik üben, betonte der Redner, denn dazu sei die Opposition nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet.

./.

Er bedauert, daß bei den Ansätzen des Kulturbudgets die Einnahmen gesunken sind. Zum Kapitel Denkmalpflege regt er an, den Sockel des Tegetthoff-Denkmals ordentlich zu restaurieren, denn derzeit stehe der berühmte Admiral auf einem "g'flickten Postament".

Beim Körpersport sind sowohl die Einnahmen als auch die Ausgaben gesunken, hier verstehe er nicht die Aspiration auf die Olympischen Spiele, wenn die Ausgaben gekürzt werden. Als Unrecht gegenüber der Stadt Wien bezeichnet der Redner das Angebot des Unterrichtsministers, sich nur mit einem Drittel an den Kosten für die Olympischen Spiele zu beteiligen. Er begrüßt, daß auch die Wiener ÖVP-Vertreter dagegen sind.

Bundesjugendring: Noch immer ist eine Anzahl von Jugendorganisationen nicht aufgenommen worden. Man sollte nicht ideologische Gründe dafür vorschieben, denn es gehe offensichtlich nur um das Geld.

Lobende Worte findet der Redner für die Schulverwaltung. Er tritt auch für die Erhaltung des Landschaftsbildes an der Peripherie Wiens ein.

Dem Theater der Jugend, das mit 66.000 Abonnenten vielleicht den größten Abonnentenstand hat, den es im Theaterleben gibt, werden vom Kulturamt 1,5 Millionen Schilling Zuschuß gegeben, davon werden aber in der Form von Steuern und Mieten wieder 1,2 Millionen Schilling zurückverlangt.

Die Gemeinde Wien gibt für die künstlerische Ausgestaltung der Gemeindebauten im Jahr vier bis fünf Millionen Schilling aus. Der beamtete Mäzenas verwaltet das Geld nur, das er dafür ausgibt. Dieses Geld wird von den Steuerzahlern unfreiwillig gegeben. Es wäre daher nur recht und billig, dem Willen und Wollen dieses Geldgebers Rechnung zu tragen und es nicht zur Förderung von Kunstgegenständen zu verwenden, die der Geldgeber nicht will. Die FPÖ sei nie dafür eingetreten, daß auf das Kunstschaffen Zwang ausgeübt werden soll. Bei den Förderungsmaßnahmen sollte man aber doch darauf Rücksicht nehmen, was die Geldgeber haben wollen und was sie nicht haben wollen. Ist denn die Gemeinde Wien dazu da, zweifelhafte Existenzen zu fördern, wie Jaspers die modernen Künstler nannte? Wien steht vor der großen Frage: Kunst

./.

mit dem Volk oder Kunst ohne Volk. Das Volk hat im großen und ganzen die gleiche Meinung, nur findet sich innerhalb der Koalitionsparteien niemand, der die Courage hätte, das auszudrücken. Heute traut sich keiner mehr, einen wirklichen Schmarrn beim richtigen Namen zu nennen. Man traut sich ja nicht einmal mehr, hier in unserer alten Kunststadt wirkliche Kunst zu schützen. (Windisch, SPÖ: Zurück zur Steinzeit, meinen Sie wahrscheinlich!) Es geht nicht darum, zurückzuschreiten, sondern nur darum, nur das gute Moderne zu fördern. Es gibt auch in der modernen Kunst Werke in erstklassiger Manier, daneben stehen aber jene Kunstwerke, die diese Bezeichnung nicht verdienen, die abgelehnt werden von der Mehrheit der Bevölkerung und die auch in Jahrzehnten noch keine Anerkennung gefunden haben werden. Für sie einzutreten, hieße Wien in Kunst und Kultur zu enteuropäisieren.

GR. Dipl.-Ing. Dr. Strunz (ÖVP) erinnert daran, daß wir in einer Großstadt leben, in der es an der Tagesordnung ist, daß unsere Jugend an Zivilisationsschäden leidet. Deshalb kommt der Förderung nicht nur des Massensportes, sondern auch des Vereinssportes so große Bedeutung zu. Der "Sportplatz der offenen Tür" im Inundationsgebiet ist sicherlich zu begrüßen, ebenso die Tatsache, daß durch die Privatinitiative des WAC der Zwei-Brückenlauf veranstaltet wird. Es genügt jedoch nicht, daß man einmal jährlich bei einer solchen Veranstaltung mitläuft und womöglich zusammenbricht, weil man das ganze Jahr über keinerlei Sport betreibt. Eine derartige Veranstaltung soll vielmehr ein Anreiz für ständige sportliche Betätigung sein. Der Redner zieht dann einen Vergleich zwischen den Spitzenleistungen der einzelnen Sportvereine. Die Sport-Union schneidet hier auf vielen Gebieten weitaus besser ab als der ASKÖ, wird aber keinesfalls von der Stadtverwaltung in ihren Bemühungen dementsprechend unterstütz. So stünden dem Arbeiterschwimmverein zum Beispiel 13 Schwimmstunden in städtischen Bädern zur Verfügung, der Union jedoch nur 4,5 für den gleichen Zeitraum. (Zwischenruf Stadtrat Heller: Denken Sie an die Anzahl der Schwimmer!) Auch beim Skilauf, bei dessen Veranstaltungen die Union rund 80 bis 85 Prozent der Teilnehmer stellt, fehlt eine

./.

ausreichende Subventionierung.

Der Redner kritisiert sodann die ungünstige und ungerechte Verteilung der Wiener Sportplätze, die vom ASKÖ verwaltet werden, sowie die ungerechte Zusammensetzung des Sportbeirates (sechs ASKÖ-Mitglieder, zwei Union-Mitglieder, zwei Mitglieder des Allgemeinen Sportverbandes), dessen Rolle er als mehr oder weniger untergeordnet bezeichnet.

Als Gemeinderat Dr. Strunz auf die Bergsteigervereine zu sprechen kommt und fordert, daß mit der Hetze gegen den Österreichischen Alpenverein Schluß gemacht werden müsse, wird er von zahlreichen Zwischenrufen unterbrochen. (Zwischenruf Stadtrat Heller, SPÖ: Sie reden vom Sport wie Gemeinderat Peter von der Kunst!) Abschließend sagt der Redner, daß für die Sportförderung in Wien wohl gute Ansätze vorhanden sind, aber wesentlich mehr getan werden könnte.

Der nächste Redner, Gemeinderat Rösner (SPÖ) kommt auf die Olympia-Bewerbung Wiens zu sprechen und bedauert es, daß sich die Intrigen häufen, während der Termin immer näher rückt. Wien dürfe nicht schlechter als Innsbruck behandelt werden. Ist es Neid und Mißgunst, die Wien die Olympischen Spiele nicht gönnen? Daß in Wien die Voraussetzungen für die Durchführung einer so großen Sportveranstaltung gegeben sind, hat die Gymnaestrada bewiesen, die von 16.000 aktiven Sportlern beschickt war. In vier Tagen wurden 379 Vorführungen reibungslos durchgeführt. Die Stadt Wien stellte alle Sportanlagen kostenlos zur Verfügung und steuerte außerdem noch 2,5 Millionen Schilling bei. An den Olympischen Spielen 1964 in Tokio nahmen nur 6.000 aktive Sportler teil. Wenn man die Gymnaestrada mit den Olympischen Spielen nicht vergleichen kann, so ist das Verhältnis 16.000 zu 6.000 doch eine imposante Zahl.

Wiener Sportplätze: Heuer im Herbst wurde die neue große Sportanlage Schwarzlackenau eröffnet. 1966 werden zwei weitere Großsportanlagen errichtet, eine davon wird vielleicht auch schon fertiggestellt werden, und zwar eine Anlage in Hirschstetten mit 46.000 Quadratmeter und die zweite im 10. Bezirk, Nothnagelplatz, mit 51.700 Quadratmeter Grundfläche. Der Bau eines Sport-

./.

zentrums im 14. Bezirk mit 70.000 bis 80.000 Quadratmeter Grundfläche ist geplant. Ferner soll das Radstadion neu erbaut werden, neben der Stadthalle wird ein 50 Meter-Sportschwimmbecken entstehen. Der geplante Bau des Donauhochwasser-Schutzkanals wird zusätzlich große Sportmöglichkeiten bieten.

Wien steht laut Statistik bei der Sportförderung an erster Stelle unter allen Bundesländern. An zweiter Stelle steht die Steiermark. Niederösterreich etwa widmet dem Sport nur 0,002 Prozent seiner Gesamtausgaben.

GR. Dr. Strunz hat das Stichwort vom "Sportplatz der offenen Tür" gegeben. Heuer erfolgte im Innndationsgebiet unter großer Assistenz - es waren vier Ministerien, der Rundfunk und das Fernsehen beteiligt - der Spatenstich zum "Sportplatz der offenen Tür." Dabei sagte der Sektionschef des Unterrichtsministeriums: "... schon jetzt plant die Gemeinde Wien die Errichtung der vom Unterrichtsministerium projektierten Sportplatzkette." Diese Feststellung ist unrichtig, denn bereits 1950 hat die Sportstelle der Stadt Wien an das zuständige Bundesstrombauamt ein Ansuchen um Genehmigung von Sportplätzen der offenen Tür gerichtet. Darauf wurde nicht reagiert, aberjetzt, weil das Unterrichtsministerium den Antrag stellte, ging es auf einmal. (Zwischenruf GR. Hans Mayr, SPÖ: "Das ist eben Sachlichkeit!") Man soll nicht Dinge, die andere Stellen schon längst geplant haben, als eigene Erfindungen reklamieren.

In Wien besteht auch der Wunsch nach einer anderen Sportstätte der offenen Tür, und zwar nach einer Skiwiese mit künstlich erzeugtem Schnee. Dies wird durch die Erfindung einer amerikanischen Firma ermöglicht, die schon in anderen Ländern erprobt wurde. Es handelt sich dabei um eine "Schneekanone", die aus Wasser künstlichen Schnee erzeugt (Zwischenruf Stadtrat Pfoch: "Das sind uns die liebsten Kanonen!").Eine solche Skiwiese wäre eine wertvolle Bereicherung für den Wiener Massensport.

GR. Fröhlich (ÖVP) erinnerte an die volkswirtschaftliche Bedeutung der Einnahmen aus dem Fremdenverkehr

./.

In Wien habe sich jedoch die Zuwachsrate der Nächtigungsziffern stark verlangsamt, obwohl eine Erweiterung des Bettenangebotes um 13,77 Prozent (1.878 Betten) zu verzeichnen war. Die Kapazitätsausnützung der Beherbergungsbetriebe in Wien liegt zwar relativ, bezogen auf den gesamtösterreichischen Durchschnitt, gut. Im Vergleich mit anderen Fremdenverkehrsländern rangiert sie aber ganz weit unten. Dabei werden Österreich in den nächsten Jahren viele neue Konkurrenzländer auf dem Fremdenverkehrssektor erwachsen.

Der Verschuldungsgrad der österreichischen Fremdenverkehrswirtschaft ist innerhalb von drei Jahren um 161,3 Prozent gestiegen, was gewaltige Probleme mit sich bringt.

Für die großzügige materielle Hilfe, die die Stadt Wien dem Fremdenverkehr angedeihen läßt, gebührt dieser Dank. Die Unterstützung, die vor allem der kulturellen Seite des Fremdenverkehrs zuteil wird, möge aber ebenso großzügig auch auf wirtschaftlicher Ebene gewährt werden. An Stelle des Ping-Pong-Spiels zwischen Bund, Ländern und Gemeinden sollten endlich echte gemeinsame Maßnahmen für die Fremdenverkehrswirtschaft treten.

Auch die Bemühungen um eine Saisonverlängerung müssen konkretisiert werden. Öffentliche Stellen sollten auch nicht wirtschaftliche Agenden übernehmen, die die private Wirtschaft selbst leisten kann und diese dadurch konkurrenzieren. Die zuständige Magistratsabteilung soll ferner Richtlinien für die Mindestausstattung von Fremdenverkehrsbetrieben ausarbeiten, deren Erfüllung für die Zuerkennung einer Konzession maßgeblich sein muß. Die von Stadtrat Dr. Prutscher in die Wege geleitete Aktion zur Koordinierung der Betriebssperren der Wiener Gaststätten soll intensiviert werden. Schließlich muß man auf die Fremdenverkehrswirtschaft schon deshalb besondere Rücksicht nehmen, weil sie eine besonders krisenfällige Sparte der Volkswirtschaft darstellt.

./.

GR. Herbert Mayr (SPÖ) spricht über den Schulraumbedarf im 23. Bezirk. Dort sind in machen Gebieten viele neue Wohnhausanlagen entstanden, sodaß in den nächsten Jahren ein großer Schulraumbedarf eintreten wird. Es genügt aber nicht, hier neue Schulen zu bauen, denn nach einiger Zeit sind diese Stadtteile überaltert und wir bekommen Schulraum frei, den wir dann anderswo brauchen könnten. Der Redner regt daher an, praktikable Schulen anzuschaffen. Er betont in diesem Zusammenhang, daß man beim Schulneubau immer auch an den Turnsaal denken müsse. Er begrüßt, daß nun die Modeschule ebenfalls einen Turnsaal bekommt.

Zur Staatsbürgerkunde bedauert der Redner, daß sie in den höheren Schulen etwas vernachlässigt wird. Er führt an, daß zum Beispiel bei "Quiz 21" eine Jusstudentin auf dem Wissensgebiet Film eine Frage 6, aber in Staatsbürgerkunde nur eine Frage 3 gewählt hat. Das sollte zu denken geben.

GR. Eleonora Hiltl (ÖVP) betont, Aufgabe dieser Geschäftsgruppe sei besonders, sich der Jugend anzunehmen, diese Jugend in einem demokratischen und toleranten Geist zu erziehen und sie mit der Kultur und den schönen Künsten bekanntzumachen. Die Befürchtungen des Vorredners teilt sie nicht, denn auch in den höheren Schulen sei im Lehrplan für einen entsprechenden Geschichtsunterricht und für staatsbürgerliche Erziehung vorgesorgt. Wenn die zitierte Jusstudentin in Staatsbürgerkunde nur eine Frage drei gewählt habe, so hat sie vielleicht die zukünftige Juristin dazu veranlaßt, vorsichtig und genau abzuwägen.

Die Rednerin spricht dann über die Musikerziehung der Wiener Jugend und lobt besonders die Kindersingschulen der Stadt Wien. Sie bringt in diesem Zusammenhang verschiedene Verbesserungsvorschläge und Anregungen, vor allem für eine bessere Ausstattung dieser Schulen mit Musikinstrumenten.

Überhaupt habe das Konservatorium mit seinen Musikschulen große Aufgaben zu erfüllen. Mit den Schülerkonzerten werde gleichfalls ein guter Weg für die Musikerziehung der Jugend beschritten.

./.

Eine traurige Entwicklung zeige sich auf dem Gebiet des Instrumentenbaues. In Wien sind nur mehr zwölf Geigenbauer tätig, überwiegend alte Leute, die keinen Lehrlingsnachwuchs haben. Noch ärger ist es auf dem Gebiet der Holzblasinstrumentenerzeugung. Die Staatsoper muß ihre Holzblasinstrumente zur Reparatur nach Deutschland schicken. Unsere Jugend müßte darauf aufmerksam gemacht werden, daß es hier die besten Zukunftschancen gibt.

Wir können stolz darauf sein, daß wir in Wien nicht nur die Philharmoniker haben, sondern in den Wiener Symphonikern ein ebenbürtiges Orchester. (Beifall bei ÖVP und SPÖ.) Die ÖVP setzt sich dafür ein, daß Wien, soweit es die Wiener Symphoniker und die Wiener Festwochen betrifft, vom Bund nicht schlechter behandelt wird als die übrigen Bundesländer. (Neuerlicher Beifall der beiden großen Parteien.)

Wien hat den Vorteil, an den vom Bund subventionierten Aufführungen der Bundestheater teilnehmen zu können. Darüber hinaus hat Wien Anspruch, für die Festwochen etwas aus dem gemeinsamen Topf des Bundes zu bekommen.

Der neue Direktor des Theaters an der Wien bemüht sich, neue Wege zu gehen, und hier taucht das große Problem der Gastspiele auf. Man muß jeden Direktor einer solchen Institution die Freiheit lassen, auch etwas zu wagen. Wer etwas wagt, kann gewinnen, er kann aber manchmal auch verlieren. Vielleicht könnten wir gerade im Theater an der Wien eine Stätte finden, in der das moderne Musical gepflegt wird.

Es wäre die Möglichkeit zu prüfen, in einem Schulgebäude oder in einem anderen Gebäude innerhalb des Gürtels ein Theatermuseum einzurichten. Es ist viel Material dazu vorhanden, und hier könnte auch eine für die Fremden interessante Institution geschaffen werden, die mit dem Begriff "Musikstadt - Theaterstadt" verbunden ist.

Die Heimatmuseen haben eine sehr wichtige lokalhistorische Aufgabe zu erfüllen. Subventionen, die hier gegeben werden, sind nutzbringend angelegt. Im Josefstädter Heimatmuseum wurde das lebendige Bild eines alten Gewerbes erhalten. Dieses Museum könnte als Vorbild für andere dienen.

./.

Zur Volksbildung: Stadtrat Mandl hat von seinen Bemühungen zur Herbeiführung einer gewissen Kooperation zwischen den einzelnen Veranstaltungen der Volksbildungshäuser gesprochen. Eine solche Kooperation wäre sicher zweckmäßig, aber man würde durch sie leicht Gefahr laufen, die einzelnen Volksbildungsstätten für manche Hörer dadurch nicht mehr so anziehend zu machen, wenn besondere Veranstaltungen nur in einzelnen Volkshochschulen stattfänden. Außerdem würde man die Initiative der einzelnen Volksbildungshäuser dadurch sicherlich einschränken. Man kann mit Freude feststellen, daß die Zahl der Volkshochschulkurse von 4346 im Jahr 1963/64 auf 4.673 im Jahr 1964/65 gestiegen ist und die Hörerzahl von 112.644 auf 113.037. Die Steigerung geht vor allem auf die zunehmende Kurs- und Hörerzahl in den praktischen und sprachlichen Fächern zurück. An Vorträgen nahmen 1963/64 86.697 Personen teil und im Kursjahr 1964/65 104.214. Die Arbeit in den Volksbildungsstätten ist deshalb so wichtig, weil sie die Menschen einer vernünftigen Freizeitbeschäftigung zuführt und ihnen die Möglichkeit der Weiterbildung nicht nur auf beruflichem Gebiet sondern auf allen Wissensgebieten gibt.

Für den Bau der Stadtbücherei sind leider im Budget noch keine Beträge eingesetzt. Die derzeitigen Räume sind erschreckend und völlig unzureichend. Die Rednerin hofft, daß das Projekt, in dem im Schönbornpark stehenden Bunker ein "Haus des Buches" einzurichten, möglichst bald verwirklicht werden möge. Die Zahl der Bücher steigt ständig, die Räume wachsen aber leider nicht mit. Als erfreulich bezeichnet sie es, daß es endlich gelungen ist, die Bibliothekare besser einzustufen. Einige wenige gibt es jedoch auch heute noch, die, weil sie keine Matura haben, nicht in die Gruppe B eingestuft werden können. Hier müßte man durch die Einrechnung von Zulagen in die Pension einen gerechten Ausgleich schaffen.

Auf dem Sektor des Denkmalschutzes ist viel geschehen. Leider hat man aber noch immer auf ein Schrammel-Denkmal vergessen.

./.

Abschließend stellt Gemeinderat Miltl fest, daß in den vergangenen Jahren, in denen Stadtrat Mandl dieses Amt führte, auf dem kulturellen und Schulverwaltungssektor viel und gute Arbeit geleistet wurde. Sie dankt dem Stadtrat für die so ausgezeichnete Zusammenarbeit, für das Verständnis, das er im Ausschuß immer für alle Probleme hatte, für die Aufnahme der vorgebrachten Anregungen und für die auf echter kultureller Basis stehende Zusammenarbeit. (Beifall bei SPÖ, ÖVP und KLS). Wenn der Stadtrat jetzt am Ende dieses Jahres sein verantwortungsvolles Amt zurücklegt, kann er auf Jahre zurückblicken, in denen gute Arbeit geleistet wurde. Eine Arbeit für diese Stadt, die auch in der Zukunft noch als eine positive, als eine fruchtbare geschätzt und gewertet werden wird. Seiner Nachfolgerin kann man nur wünschen, daß sie diese schwere Arbeit mit dem gleichen Elan und der gleichen Initiative übernehmen und weiterführen möge. Im Namen ihrer Fraktion wünscht die Rednerin Stadtrat Mandl für die Zukunft das Allerbeste. Er ist viel zu jung, um sich ganz zurückzuziehen. Er möge sein Interesse der Kultur und der Volksbildung weiterhin noch viele Jahre zuwenden.

Den Ansätzen der Geschäftsgruppe III werde ihre Fraktion die Zustimmung erteilen.

Als letzter Debattenredner ging Gemeinderat Liwanec auf einige Feststellungen seiner Vorredner ein: Wenn Gemeinderat Lauscher betont hat, daß Stadtrat Mandl immer die Erinnerung daran wachhielt, daß Europa nicht am Eisernen Vorhang aufhört, dann muß auch gesagt werden, daß Stadtrat Mandl stets zu jenen zählte, die den Eisernen Vorhang bekämpft haben, auch zu einer Zeit, als das noch riskant war. Der Eiserne Vorhang ist nicht gewachsen, sondern Europa gewaltsam aufgedrängt worden. Und Mandl hat die dahinterstehende Geisteshaltung stets bekämpft.

Was den Geschichtsunterricht an den Schulen betrifft, ist es bedauerlich, daß er bei 1918 oder bestenfalls bei 1934 endet.

./.

Gemeinderat Dr. Strunz kritisiert hier alljährlich die angeblich ungerechte Verteilung der Trainingszeit in der Stadthalle. Er sollte sich stattdessen die Praxis bei der Vergabe der Übungsstätten des SC des Handelsministeriums ansehen.

Zum Debattenbeitrag von Gemeinderat Peter muß betont werden, daß seine darin vorgetragene Meinung nicht die Meinung des Wiener Gemeinderates darstellt. Ich will mich in meinen Worten auch nicht auf das Biertisch-Niveau begeben. Wir werden aber stets die Künstler und die Kunst gegen alle Peters, von wo sie auch kommen mögen, verteidigen.

Wien hat stets alles Erdenkliche getan, um zu einer vernünftigen Verwendung der Freizeit zu erziehen. Ein wesentlicher Teil dieser Erziehung muß jedoch von der Familie geleistet werden. Vor allem gilt es, die Jugend den demokratischen Einrichtungen gegenüber aufgeschlossen zu machen. Auch den jungen Lehrern muß immer wieder neu gesagt werden, was Demokratie ist und was sie von uns verlangt. Was man nicht erlebt hat, kann man nicht beurteilen und deshalb dürfen wir die Jugend nicht nur kritisieren, sondern müssen ihr zu einem echten Verständnis der Situation helfen.

Eine Demokratie funktioniert nur dann, wenn die demokratischen Parteien funktionieren. Darum muß der Jugend gesagt werden, daß es nicht die Wahrheit ist, was parteifeindliche Interessengruppen ihr immer wieder weismachen wollen. Der wichtigste Erziehungsfaktor ist und bleibt jedoch das Vorbild der Erwachsenen und der Gesamtbevölkerung. Auch die Presse hat hier eine große Verantwortung. Ich richte an sie die ernste Aufforderung, uns bei unseren Aufgaben staatspolitischer Erziehung entsprechend zu unterstützen.

So wie die Wiener Stadtwerke die Aufgabe haben, die Bevölkerung stets zu einem erschwinglichen Preis zu versorgen, hat ein Gemeinwesen auch die Aufgabe, allen kulturellen Bedürfnissen der Bevölkerung Rechnung zu tragen. Es wird oft sehr oberflächlich von "Reglementierung von oben" gesprochen. Die SPÖ hat in ihrem Parteiprogramm schon lang festgelegt, daß die Verwendung der Freizeit die persönlichste Angelegenheit jedes Einzelnen ist. Die Aufgabe der Öffentlichkeit aber besteht darin, genügend Möglichkeiten für eine niveauvolle, kulturell wertvolle Freizeitgestaltung zu schaffen.

./.

Die Wiener Privattheater würden alle nicht mehr existieren, wäre das Kulturamt der Stadt Wien ihnen nicht immer wieder finanziell hilfreich beigesprungen. Es ist jedoch zu bedauern, daß einige der bekanntesten Theaterdirektoren bereit waren, ihre Freiheit in der Programmgestaltung gegen die Zusicherung einzutauschen, nie mehr finanzielle Sorgen haben zu müssen. Eine solche Übergabe der Kompetenzen in der Programmgestaltung hat jedoch glücklicherweise nicht stattgefunden.

Die Stadt Wien hat auch den guten Film stets unterstützt. Hier gebührt dem Leiter der Aktion "Der gute Film", Dr. Kennedy, der momentan schwer erkrankt ist, Dank und Anerkennung. (Beifall bei SPÖ, ÖVP und KLS). Leider gibt es noch keine steuerlichen Vorteile für prädikatisierte Filme. Auch eine Gesamtregelung des österreichischen Filmwesens steht noch aus. Das Unterrichtsministerium hat nur einen Teil davon herausgebrochen und die Länder um das Kulturgroschenerträgnis gebracht. Damit wurde niemandem geholfen.

Wien tut auch das Möglichste, um seinen Ruf als Musikstadt hochzuhalten. Dasselbe gilt für das Gebiet der Kunsterziehung, von den Schulgalerien bis zur Ausstellung "Das gute Bild für jeden". Wenn diese Ausstellung heuer etwas stagniert, ist dies nur als ein Zeichen für den Erfolg unserer Kunsterziehung zu werten, weil nämlich die Künstler offenbar auch außerhalb dieser Ausstellung genügend Interessenten für ihre Werke finden. Die Künstler sind dafür dankbar, daß keiner von ihnen benachteiligt und keine Kunstrichtung bevorzugt wird.

Auf dem Gebiet der Büchereien wurde vom Kulturamt nichts verabsäumt. Es gibt eine große Zahl von Bibliotheken und ähnlichen Institutionen, die auch von der Gemeinde Wien gefördert werden. Auf dem Gebiet der Volksbildung wird auch durch die Errichtung von Kulturzentren in den neuen Wohngebieten außerordentlich viel getan.

Was in allernächster Zeit in erster Linie notwendig sein wird, ist die Festsetzung einer echten Rangordnung auf kulturellem Gebiet. Wir werden überlegen müssen, was das Wichtigste ist und wofür man mehr Mittel aufwenden muß. So eine Rangordnung werden wir unbedingt brauchen.

./.

Wenn man 16 Jahre Kulturamt unter der Führung Stadtrat Mandls mit zwei Jahrzehnten konservativer Führung des Unterrichtsministeriums vergleicht, so scheint mir, daß wir wesentlich weiter gekommen sind als der Minoritenplatz. Bei uns ist ein wenig mehr Ordnung zu spüren, es gibt bei uns ein wenig mehr Planung auf allen Gebieten und eine gerechtere Verteilung der Steuermittel. Das Setzen der Akzente geschieht im Unterrichtsministerium manchmal wohl zu oberflächlich.

Der Ruf nach Gerechtigkeit für das Land Wien wird auch auf dem Gebiet des Rundfunks nicht verstummen. Wir werden die Schaffung eines Studios Wien durchsetzen müssen. Es darf keine Benachteiligung mehr für Wien geben.

Ein Teil des Dankes der SPÖ-Fraktion an Stadtrat Mandl besteht in der Versicherung, daß wir uns alle bemühen werden, alles das, was er aufgebaut hat, zu bewahren und weiterzuführen. Wir alle werden uns bemühen, sein Erbe in seinem Sinn zu verwalten.

In seinem Schlußwort stellt Stadtrat Mandl einleitend fest, es sei ein großes Erlebnis für ihn gewesen, daß der Gemeinderat zu seinem Abschied mit seltener Aufmerksamkeit an diesem freien Samstag die lange Debatte über kulturelle Fragen geführt hat. Im folgenden nimmt er sodann zu einigen in der Debatte aufgeworfenen Fragen Stellung.

Er dankt für die Anregung, die Ausstellung "Das gute Bild für jeden" auch in Ottakring zu zeigen, und teilt mit, daß im Lauf der letzten fünf Jahre insgesamt 2.760 Bilder aus dieser Ausstellung in die Wohnungen gewandert sind.

Die Vorarbeiten für die Errichtung einer Pädagogischen Akademie sind schon sehr weit gediehen. Die Gründe konnten bereits zur Verfügung gestellt werden.

Das Theater an der Wien war ursprünglich dafür bestimmt, den Wiener Festwochen als Festspielhaus zur Verfügung zu stehen. Natürlich ist es dabei schwer, das Haus in der übrigen Zeit zu füllen.

./.

Es war jedoch geplant, daß ein Drittel der Spielzeit den Bundestheatern, ein Drittel den Festwochen und ein Drittel dem Theater der Jugend gehören sollten. Bei zwei Drittel der Spielzeit konnte dieser Plan erfüllt werden, nur die Bundestheater sind ausgefallen. Ich hoffe, mit dem neuen Bundestheaterchef auch hier zu einer befriedigenden Lösung kommen zu können.

Es ist nicht leicht, den guten Film zu fördern, denn die Förderung müßte eigentlich schon bei der Filmproduktion einsetzen. Im übrigen wird die Vergnügungssteuer nicht von den Ländern, sondern von den Gemeinden eingehoben.

Zu Gemeinderat Peter gewandt, sagt Stadtrat Mandl: Wir wollen uns heute nicht mehr über die moderne Kunst unterhalten. Ich gehe jetzt in Pension, und vielleicht gelingt es mir dann, Gemeinderat Peter von der modernen Kunst zu überzeugen. Mit dem Wort vom "Haus der deutschen Kunst" war im übrigen nicht das Haus selbst gemeint, sondern der Geist, der dort geherrscht hat. Es darf nie wieder so weit kommen, daß jemand bestimmt, was Kunst ist.

Künstlicher Schnee für die Wiener Skifahrer

Es ist eine Tatsache, daß wir in Wien schneearme Winter haben. Deshalb sind wir schon lange mit dem Projekt einer künstlichen Schneerzeugung beschäftigt. Die Erfahrungen, die man damit im Ausland bereits gemacht hat, sind sehr gut.

Wir brauchen aber zu einer künstlichen Schneerzeugung sehr viel Wasser. Dieses Wasser haben wir bei der Hohen Wand-Wiese gefunden. Die Anlage wird daher voraussichtlich noch in diesem Winter in Betrieb genommen werden. Auch ein kleiner Skilift soll eingerichtet werden, und vielleicht wird man die Piste am Abend beleuchten.

Zum Kapitel Fremdenverkehr: Man darf nicht vergessen, wenn die im Fremdenverkehr beschäftigten Leute gut verdienen, dann verdienen auch alle anderen Gewerbe mit.

Gemeinderätin Hiltl dankte der Referent für ihren Hinweis, daß eine gewisse Aktivität im Kulturleben notwendig sei. Wir brauchen nicht nur Theater- und Konzertpublikum sondern auch

./.

Menschen, die die Kunst ausüben. Danke auch für die Unterstützung bei den Wiener Symphonikern. Ohne die schriftliche Zusicherung des Unterrichtsministeriums können jedoch die Verträge nicht unterzeichnet werden. Und die Zeit drängt.

Es gibt tatsächlich heute in Österreich fast keine Instrumentenbauer mehr, die imstande sind, Instrumente erster Ordnung herzustellen oder auch nur zu reparieren.

Alte Backstube: Er sei überzeugt, daß diese Einrichtung Nachahmung finden wird.

Dem Gemeinderat Liwanec dankte der Referent für seine Ausführungen über die Rangordnung. Er glaube, daß wir diese Rangordnung gefunden haben, aber beweglich genug gewesen sind, die Rangordnung stets den geänderten Verhältnissen anzupassen. In dieser Rangordnung muß jedoch in den nächsten Jahren und Jahrzehnten die Jugend und die Sorge um die Jugend an erster Stelle stehen (Beifall). Wir tun sehr viel für die jetzige Generation, viel für die alten Leute in dieser Stadt, aber wir sollen dabei nicht vergessen, daß wir die Jugend brauchen, um unsere Republik lebendig und auf Dauer gefestigt zu halten.

Abschiedsworte

Abschließend erklärte der scheidende Kulturstadtrat und Landeshauptmann-Stellvertreter Mandl: "Für mich war es immer eine große Auszeichnung, im Gemeinderat vor Ihnen, den gewählten Vertretern der Wiener Bevölkerung, Rechenschaft ablegen zu dürfen, über das, was ich getan habe. Ich danke für das Vertrauen, das sie mir entgegengebracht haben, ich danke für dieses Vertrauen vor allem meinen Parteifreunden, die mir Gelegenheit gegeben haben, in dieser schönen Stadt und für diese schöne Stadt zu wirken. Bitte schenken Sie auch meiner Nachfolgerin dasselbe Vertrauen, mit der ich mich in der Sorge um diese schöne Stadt Wien eins und verbunden weiß. (Allgemeiner starker Beifall.)

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des III. Hauptstückes einstimmig angenommen.

./.

Bürgermeister Marek würdigt Stadtrat Mandl

Hierauf ergriff der Vorsitzende Bürgermeister Bruno Marek das Wort um zum Abschied noch einmal die Persönlichkeit und das Werk des nächste Woche aus seinem Amt scheidenden Kulturstadtrates Hans Mandl zu würdigen. Der Bürgermeister betonte, daß Stadtrat Mandl heute zum 17. mal die Ansätze seiner Geschäftsgruppe referiert habe. Wir haben heute aus seinem Mund zum letztenmal den Tätigkeitsbericht über das vergangene Jahr und eine Vorschau für die kommenden Jahre gehört.

Hans Mandl kam im Jahr 1949 in dieses Haus und er kam als ein erfahrener Schulmann, als Pädagoge. Er übernahm dieses Ressort und es war ein kühnes Unterfangen, damals in dieser Stadt bereits von Kultur und Schule zu sprechen. Von 1918 bis 1945 wurden nur zwei Schulen in Wien neu gebaut. Heute können wir auf 22 neue Schulen hinweisen und auf 175 Schulen, die gründlich renoviert wurden. Dieses große Werk wurde von Stadtrat Mandl begonnen und durchgeführt.

Im folgenden würdigte der Bürgermeister die Verdienste von Stadtrat Mandl auf dem Gebiet der Volksbildung, seine Bemühungen um das Volkshochschulförderungsgesetz, um den Wiener Kunstfonds, um den Dr. Adolf Schärf-Fonds und die Universitätsstiftung. Er erinnerte an das Stipendium der Stadt Wien, an die Europa-Gespräche, an das Europa-Buch. Mandls Wirken in dieser Richtung wurde durch die Verleihung des Europa-Preises anerkannt.

Stadtrat Mandl habe sich bemüht, das Theater nicht nur einem bestimmten Kreis von Menschen zugänglich zu machen, sondern auch der Jugend durch die Schaffung des Jugendabonnements. Besondere Verdienste habe er sich auch um das Theater an der Wien erworben. Auch die anderen Theater haben ihm viel zu verdanken. Zur Anerkennung künstlerischer Leistungen sei die Joseph Kainz-Medaille geschaffen worden.

1951 wurden die Wiener Festwochen ins Leben gerufen. Für ihre Schaffung habe Hans Mandl internationale Anerkennung gefunden. Die Einführung der Arkadenhofkonzerte in den Sommermonaten bietet den Fremden die Möglichkeit, im wirklich romantischen Hof des Wiener Rathauses Musikaufführungen zu erleben.

./.

In den Sommermonaten können unsere Gäste im Theater an der Wien an Operettenaufführungen teilnehmen, Stadtrat Mandl sei auch die Kenntlichmachung historischer Wiener Bauten unter der Devise "Wien - eine Stadt stellt sich vor" zu danken.

Für die Ehrung verdienter Menschen wurde die Ehrenmedaille der Stadt Wien in drei Stufen geschaffen, ferner die Professor Julius Tandler-Medaille für im Fürsorgewesen tätige Menschen.

Stadtrat Mandl habe auch viele Anregungen gegeben, die das Gebiet der bildenden Kunst betreffen. Auch die Plakatwertungsaktion sei auf ihn zurückzuführen. Die Glanzausstellungen der letzten Jahre seien ebenfalls ihm zu danken. Es sei ein kühner Gedanke gewesen, im Jahr 1954 im Wiener Stadtpark eine Plastikausstellung zu veranstalten und dort auch Werke von Künstlern zu zeigen, die noch umstritten sind.

Auch auf dem Gebiet des Fremdenverkehrs habe sich Stadtrat Mandl große Verdienste erworben. Auf seine Anregung seien auch die Jugendgästehäuser geschaffen worden. Er habe auch den Schutz der Natur in sein Ressort aufgenommen und gesetzliche Sicherungen geschaffen, daß sie nicht durch die Zivilisation oder durch Eigenwilligkeit einzelner beeinträchtigt wird. Er sei immer bestrebt gewesen, der Jugend Möglichkeiten zur Ausübung des Sports zu bieten. Das Museum der Stadt Wien gibt die Möglichkeit, historische Kunst und Kunstschätze der Gegenwart zu zeigen. Die "Fassadenaktion", die der Erhaltung des Stadtbildes dient, geht auf ihn zurück.

Die Aktion "Der Weihnachtsbaum der Bundesländer" wurde erstmalig 1959 gestartet. Er zeigt in der vorweihnachtlichen Zeit die Verbundenheit Wiens mit den Bundesländern.

Ich glaube, führt Bürgermeister Marek aus, Ihrer Zustimmung sicher zu sein, wenn ich sage: In der Geschichte und vor der Geschichte bleibt das Werk Hans Mandls bestehen. Wir sind mit ihm 16 Jahre gegangen. Wir haben in diesen 16 Jahren ein Stück Kunst, Kultur und Heimatgeschichte unserer Stadt, die wir alle lieben, erlebt. Daß er uns dies nahe gebracht hat, dafür danke ich ihm im Namen des Wiener Gemeinderates. (Allgemeiner Beifall. Die Mitglieder des Gemeinderates erheben sich von ihren Sitzen und

./.

bereiten Amtsführendem Stadtrat Mandl lebhafte Ovationen. (Bürgermeister Marek, Landtagspräsident Dr. Stemmer, Vizebürgermeister Dr. Drimmel, 2. Landtagspräsident Mühlhauser, GR. Doktor Schmidt (FPÖ) und GR. Lauscher (KLS) begeben sich zum Sitz von Stadtrat Mandl und schütteln ihm die Hände. Hierauf unterbricht der Vorsitzende Bürgermeister Marek die Sitzung. Die Beratungen werden übermorgen, Montag, den 13. Dezember, um 10.30 Uhr im Anschluß an die Festsitzung des Landtages, die um 9 Uhr beginnt, mit der Behandlung der Geschäftsgruppe IV, Wohlfahrtswesen, fortgesetzt. Der Referent ist Stadtrat Maria Jacobi.

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Die Budgetberatungen im Wiener Rathaus:

Das Wiener Wohlfahrtswesen

13. Dezember (RK) Am heutigen vierten Tag der Budgetberatungen im Wiener Rathaus wurde die Verwaltungsgruppe IV (Wohlfahrtswesen) behandelt. Es referierte Amtsführender Stadtrat Maria Jacobi (SPÖ):

"Wenn uns durch die heutige Feierstunde die Zeit vor zwanzig Jahren wieder nahe gebracht wurde, so wird uns das seither Erreichte besonders deutlich, wenn wir die Aufgaben des Wiener Wohlfahrtswesens im Jahr 1945 mit denen von heute vergleichen:

In den ersten Nachkriegsjahren war die Sozialarbeit geprägt von der Sorge um das bloße Weiterleben. Alle Kräfte mußten zusammengefaßt werden, um die dringendsten Fürsorgemaßnahmen für die notleidende Bevölkerung sicherzustellen. Die öffentliche Fürsorge hatte in dieser Zeit ihre größte Leistungsprobe zu bestehen.

Neben fast 60.000 Personen, die einer dauernden Unterstützung bedurften, waren die Flüchtlinge, die Heimkehrer und jene Familien, deren Familienerhalter sich noch in Kriegsgefangenschaft befanden, zu betreuen.

Der großzügigen Hilfe des Auslandes war es zu danken, daß der damalige Stadtrat Dr. Freund am 16. Dezember 1946 in seiner Budgetrede nicht nur berichten mußte, daß es in Wien 35.000 Fälle aktiver Tuberkulose-Erkrankter gibt, sondern auch berichten konnte, daß 227.300 Personen mit den nötigsten

./.

Lebensmitteln, Bekleidungsstücken und Schuhen versorgt wurden. Ich möchte auch heute nicht versäumen, den Regierungen, der Bevölkerung von Argentinien, Australien, Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Honduras, Irland, Kanada, Norwegen, Schweden, Schweiz, UdSSR, USA und der Organisation der Vereinten Nationen den Dank Wiens auszusprechen.

Der Vorschlag meiner Verwaltungsgruppe möge zeigen, welche neue Aufgaben die neue Zeit gebracht hat: Meiner Verwaltungsgruppe stehen für 1966 609,130.000 Schilling, also um 60,933.700 Schilling - das sind 11,11 Prozent - mehr als im laufenden Jahr zur Verfügung. Die Lehrlingsheime und die Altersheime werden von der Verwaltungsgruppe V verwaltet und sind in diesen Beträgen nicht enthalten. Es ist leider eine Tatsache, daß ein allgemein verbesserter Lebensstandard weder die Notwendigkeit, noch die Aufgaben der Fürsorge vermindert, sondern sie nur verändert.

Kinderheime - eine wichtige Hilfe für unsere Wirtschaft

In unserer Jugendfürsorge steht die Unterbringung der Kinder, deren Mütter einem Beruf nachgehen, im Vordergrund. Den Prozeß eines sozialen Wandels in der Bevölkerung mögen einige Zahlen zeigen:

In Wien ist seit 1956 die Zahl der unselbständig Erwerbstätigen von 706.405 Personen bis Ende 1964 um fast neun Prozent auf 768.627 im Monatsdurchschnitt gestiegen. Gleichzeitig hat die Zahl der Angestellten um 21 Prozent zugenommen, während die Zahl der Arbeiter um ein halbes Prozent sank.

Bei diesem Umschichtungsprozeß spielt nun die stärkere Eingliederung der Frau in das Berufsleben eine besondere Rolle. Von den 62.000 Arbeitnehmern, die in diesen 8 Jahren neu in den Arbeitsprozeß eingegliedert wurden, sind nämlich 39.000 Frauen. Also 62,9 Prozent oder fast zwei Drittel!

./.

Den Müttern zu helfen, war stets unser Bemühen. War es bereits bis Ende 1945 möglich gewesen, 254 Gruppen unserer Kindertagesheime in Betrieb zu nehmen, so standen 1956 bereits 516 Gruppen zur Verfügung, und Ende 1965 - nachdem wir gerade in diesen Tagen vier neue Kindertagesheime von den Bauabteilungen übernehmen konnten - werden wird über 201 Kindertagesheime mit 714 Gruppen verfügen. Allein in diesem Jahr konnten wieder insgesamt 34 Gruppen in Betrieb genommen werden.

Wir werden selbstverständlich auch im kommenden Jahr den Ausbau des Kindertagesheimwesens fortsetzen. Können wir doch einer Veröffentlichung des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen entnehmen, daß auch in den kommenden Jahren mit einer weiteren Eingliederung der Frauen in den Wirtschaftsprozeß gerechnet werden muß. Mehr Mütter als bisher werden also tagsüber ihrer Familie entzogen sein.

Hatten wir 1965 155,338.400 Schilling für die Kindertagesheime, das heißt für den Betrieb, für Personalkosten, für Neu- und Umbau, vorgesehen, so werden wir heuer 175,847.600 Schilling, also um fast 21 Millionen Schilling mehr dafür aufwenden. Mit dem Bau von drei neuen Kindertagesheimen, in 11, Kopalgasse, 10, Inzersdorfer Straße und 3, Marxergasse, werden wir beginnen. Im kommenden Jahr können wir aber auch rechnen mit der Fertigstellung der Kindertagesheime in 10, Herzgasse, 21, Aistgasse, 22, Rugierstraße, und 22, Langobardenstraße.

Eine Erhebung über die soziale Situation der Mütter unserer Tagesheimkinder hat folgendes Bild ergeben: Ein Drittel der Mütter unserer Kinder in den Säuglingskrippen sind Alleinverdiener. Bei den Kindern der Kleinkinderkrippe ist jede vierte Mutter Alleinerhalterin ihres Kindes. In den Krabbelstuben sind es 18 Prozent und in den Kindergartengruppen fast 15 Prozent. Die Mütter unserer 5.600 Hortkinder sind zu einem Fünftel die Erhalter ihrer Familie. In diesen Fällen zeigt sich neben dem wirtschaftlichen Aspekt die besondere sozialpädagogische Bedeutung unserer Einrichtungen.

./.

In diesem Zusammenhang gestatten Sie mir einige Worte zu der Personalsituation, die uns - denken wir an die Zukunft - große Sorge bereitet. Obwohl die bevorzugte Abfertigungsmöglichkeit weggefallen ist, verlieren wir auch weiter rund 100 bis 120 Kräfte jährlich, das sind rund 10 Prozent des Gesamtstandes. Davon wieder scheiden etwa 10 Prozent wegen Erreichung der Altersgrenze aus. Die anderen bleiben entweder nach der Eheschließung oder spätestens nach dem ersten Kind zu Hause.

Nun gilt es ja nicht nur, diese Kräfte zu ersetzen, sondern auch jene Posten neu zu besetzen, die infolge der Vermehrung unserer Kindertagesheime hinzukommen.

In diesem Jahr konnten wir 139 geprüfte Kindergärtnerinnen und 32 Kindergartenhelferinnen, die als Externistinnen die Prüfung innerhalb von 5 Jahren ablegen, aufnehmen. Derzeit arbeiten 83 Kindergartenhelferinnen bei uns, von denen 23 mit Ende des Schuljahres die Prüfung ablegen.

Trotzdem wird uns das kommende Jahr einen besonderen Engpaß bringen, weil wegen des 9. Schuljahres ein ganzer Jahrgang ausfällt. Die Absolventen einer einzigen Klasse unserer Kindergärtnerinnenbildungsanstalt, die wir mit Zustimmung des Stadtschulrates noch 3jährig führen dürfen, werden zur Verfügung stehen.

Seit Inkrafttreten der neuen Schulgesetze sind wir bemüht, Kindergartenhelferinnen einzustellen und haben dafür auch zusätzliche Ausbildungsposten erhalten. Leider hatten bisher alle unsere Bemühungen, die im Einvernehmen mit der Verwaltungsgruppe I unternommen wurden, junge Frauen für diesen Beruf zu interessieren, nicht den Erfolg, den wir erhofften. Im Hinblick auf den notwendigen weiteren Ausbau unserer Kindertagesheime wollten wir in diesem Jahr in unserer Bildungsanstalt für Kindergärtnerinnen auch einen dritten Paralleljahrgang führen. Es meldeten sich aber gerade nur so viele, daß wir zwei Klassen füllen konnten.

./.

Gelegentlich hört man, der Beruf der Kindergärtnerin sei zu wenig attraktiv für junge Leute. Eine Untersuchung über die "Berufsbeurteilung bei arbeitenden Jugendlichen", die im Institut für empirische Sozialforschung von dem Wiener Soziologen Ernst Gehmacher gemacht wurde, hat aber gerade zu diesem Problem ein interessantes Ergebnis gebracht: Es wurden 395 Mädchen zwischen 14 und 18 Jahren aufgefordert, 26 Berufe nach ihrer Attraktivität zu beurteilen; dabei hat es sich gezeigt, daß der Beruf der Kindergärtnerin nach denen der Stewadeß und Säuglingspflegerin rangiert, also an dritter Stelle in der Reihenfolge der Beliebtheit steht. Trotzdem - das ist die Tatsache - fehlt es uns an einer ausreichenden Zahl geeigneter Bewerber.

Das Jugendamt konnte bis Ende Oktober dieses Jahres in 1.025 Fällen, in denen das Jugendamt eingeschaltet war, alleinstehenden Müttern zu den ihnen zustehenden Unterhaltsbeiträgen von außerehelichen oder geschiedenen Vätern verhelfen.

Aus der Arbeit der Fürsorgerinnen

An Mündeln sind 2.018 neu in die Obhut des Jugendamtes gekommen - 868 wurden selbsterhaltungsfähig. In 382 Fällen wurde die Vormundschaft an die Mütter abgetreten, sodaß derzeit 22.521 Kinder, die unter gesetzlicher Amtsvormundschaft stehen, und 276 eheliche Mündel von unseren Fürsorgerinnen des Wiener Jugendamtes betreut werden. 18.899 davon leben bei der Mutter oder bei Verwandten, 1.417 bei fremden Pflegeeltern und 2.054 in Heimen. 286 davon sind entweder körperbehindert oder sinnesbehindert. Teils sind es leichte, teils aber auch schwere Behinderungen.

Außerdem werden derzeit von unseren Fürsorgerinnen rund 9.700 Fälle der freiwilligen Erziehungshilfe, rund 1.800 Fälle der gerichtlichen Erziehungshilfe und 750 Fälle der Fürsorgeerziehung betreut und führen die Erziehungsaufsicht über 57 Kinder und Jugendliche.

./.

Gegenüber dem Vorjahr ist eine steigende Tendenz bei den Fällen der freiwilligen Erziehungshilfe, also der Hilfe des Jugendamtes im Einvernehmen mit den Erziehungsberechtigten zu beobachten. Waren es 1964 rund 9.000 Fälle, so sind es in diesem Jahr bis jetzt 9.700 Fälle. Dagegen sind die Fälle der Fürsorgeerziehung von 810 im Vorjahr auf 750 in diesem Jahr, und die Fälle der Erziehungsaufsicht von 65 Fällen im Vorjahr auf 57 in diesem Jahr zurückgegangen.

Sorgen mit Kindern aus desolaten Familien

Als Überstellungsgrund in ein Heim scheint immer öfter die Gefahr der Verwahrlosung oder Schwererziehbarkeit auf. Da in unserer Zeit der sogenannten Wohlstandsgesellschaft auch das Wort Wohlstandsverwahrlosung immer öfter genannt wird, ließ ich von 1.225 Kindern und von 341 Jugendlichen, die in unseren eigenen Heimen leben, die Berufszugehörigkeit des Familienerhalters beziehungsweise des gesetzlichen Vertreters der Kinder feststellen, um auf der Basis des Ergebnisses besser die gesamte soziale Situation beurteilen und daraus eventuelle Schlußfolgerungen ziehen zu können.

Das Ergebnis zeigt, daß ein gewisser Notstand an Schulung und Bildung - der nicht immer mit der Berufssituation ident ist, aber doch noch am häufigsten beim ungelernten Arbeiter zu finden ist - eine Gefahrenquelle der Verwahrlosung für die Kinder ergibt. Allein diese Feststellung weist auf die Notwendigkeit hin, der Schul- und Erwachsenenbildung größte Aufmerksamkeit zu schenken und allen unseren Kindern eine bessere Bildung angedeihen zu lassen, damit sie einmal die Aufgaben bei der Erziehung ihrer Kinder besser erfüllen können. Soziologisch interessant ist, daß wir nach wie vor in den sozialen Schichten, in denen die größte Gefährdung für eine gesunde Entwicklung der Kinder gegeben ist, auch den größten Prozentsatz unehelich geborener Kinder finden.

Wir sind darangegangen, unsere Heime so umzugestalten, daß sie mit einer durchschnittlichen Familienerziehung weitgehend Schritt halten können.

./.

Unsere Psychologin, die das Zentralkinderheim und die Kindergärten betreut, konnte feststellen, daß unsere Kinder dort in ihrer Entwicklung den Familienkindern kaum nachstehen. Kürzlich hat ein Österreicher, der in Deutschland in einem Industriebetrieb eine leitende Stellung hat, ein 15 Monate altes Mädchen aus dem Zentralkinderheim adoptiert. Es ist schon das zweite Kind, das diese Familie bei sich aufgenommen hat. Als dieses Mädchen vor der Adoption - wie jedes Kind - auf einer Klinik untersucht werden mußte, stellte der Klinikbericht fest, daß dieses 'Heimkind' in seiner geistigen Entwicklung staunenswert gediehen sei.

Im vergangenen Jahr haben insgesamt 1.098 Kinder im Alter von 0 bis 6 Jahren in städtischen Heimen gelebt.

Eine Voraussetzung für den Erfolg war und ist, daß es gelingt, bei den Kleinkindern die Zahl der Kontaktpersonen auf zwei herabzusetzen, sodaß diese zwei Tanten 'zu den geliebten Tanten ihrer Kinder werden', und immer, wenn einmal eine Trennung erfolgen muß, gibt es dann Tränen auf beiden Seiten. Wir haben auch die Lebensumgebung der Kinder farbenfroh, einer Wohnung ähnlich, gestaltet. Die Wohngruppen sind pädagogisch gesehen ideale, geschlossene, familienähnliche Einheiten.

Der Umbau des letzten Pavillons im Zentralkinderheim ist nun in Angriff genommen. Im kommenden Jahr werden dafür allein zwei Millionen Schilling aufgewendet werden. Auch bei dem Umbau unserer Kinderübernahmstelle haben wir uns von dem Gedanken leiten lassen, den Kindern hier das zu bieten, was sie in einer desolaten Familie entbehren müssen. In einer Bauzeit von vier Jahren konnte die Kinderübernahmsstelle den Anforderungen unserer Zeit angepaßt werden und am 22. November konnten wir der neuen, altbewährten Kinderübernahmsstelle den Namen ihres Schöpfers, Professor Julius Tandler, geben, dessen Grundsätze auch weiterhin für unsere Arbeit beispielgebend sein werden. Im Heim Hütteldorf, in dem wir 145 schwach befähigte Kinder betreuen, wird durch die Sanierung der Zentralheizung und durch den Zubau eines Pavillons die Heimsituation wesentlich erleichtert werden. Gerade diese Kinder benötigen mehr Bewegungsmöglichkeiten.

/.

Auch der Umbau unseres Heimes Lindenhof wird fortgesetzt werden. Die Renovierung des Westgebäudes war so weitgehend, daß man praktisch von einem neuen Heim sprechen kann. Auch hier wurden kleine Wohnschlafeinheiten und Räume für sinnvolle Freizeitgestaltung geschaffen.

In unserem Gesellinnenheim haben bereits in diesem ersten Betriebsjahr 19 dieser jungen Mädchen durch die Hilfe des Heimes in die volle wirtschaftliche Selbständigkeit hineingefunden. Das Gesellenheim für junge Männer konnte fertiggestellt werden und wird zur Zeit besiedelt. Die Erfolge unserer Heime berechtigen es,daß, wir für sie im kommenden Jahr wieder 102,684.700 Schilling aufwenden.

Die Pflegekinder der Stadt Wien

Die Gesamtzahl der von der Stadt Wien betreuten Pflegekinder hat sich auch in diesem Jahr nicht entscheidend verändert. 1.687 Kinder und Jugendliche mußten neu in die Pflege der Stadt Wien übernommen werden und 1.670 Kinder konnten entweder wieder in die Familie zurückkehren oder sind selbsterhaltungsfähig geworden; derzeit betreuen wir also 5.264 Kinder. 1.333 Kinder davon lebten Ende September bei Pflegeeltern.

Erfreulicherweise ist es gelungen, die Zahl der Pflegegroßfamilien um acht auf 32 zu erhöhen. Von diesen 32 Pflegegroßfamilien, in denen 189 Kinder versorgt werden, sind 18 in Wien, 2 in der Steiermark und 12 im Burgenland. In Würdigung der Verdienste der Pflegeeltern einerseits und der Berücksichtigung der gestiegenen Lebenshaltungskosten andererseits wurde in diesem Jahr wieder das Pflegegeld erhöht. Außerdem sind wir dazu übergegangen, den Pflegeeltern statt der Kinderkleider einen Geldbetrag zu geben. Dies bedeutet nicht nur eine wesentliche Verwaltungsvereinfachung, sondern wird auch von den Pflegeeltern als sehr angenehm empfunden, da sie damit die Kinder individueller ausstatten können.

./.

137 Pflegemütter, die 10 Jahre lang ein Kind betreuten, konnten wieder zu einer kleinen Feier eingeladen und ihnen ein Diplom und eine Geschenkkassette überreicht werden.

Weil wir noch mehr Pflegeeltern für unsere Kinder gewinnen sollen, werden wir in einem neuen Werbeprospekt an die Wiener und Wienerinnen mit der Bitte herantreten, ein Pflegekind bei sich aufzunehmen, oder ein Kind zu adoptieren. An Pflegegeldern werden wir rund 11,5 Millionen Schilling ausgeben.

Bis Ende September dieses Jahres wurden von der Vermittlungsstelle des Jugendamtes der Stadt Wien seit ihrer Gründug im Jahre 1951 1.857 Adoptionen abeschlossen.

Unsere besondere Aufmerksamkeit gilt auch unseren Mütterberatungsstellen und wir beobachten aufmerksam die Säuglingssterblichkeit, die heuer voraussichtlich 2,88 Prozent gegen 2,85 Prozent im Vorjahr betragen wird, damit eventuell durch Fürsorgemaßnahmen die Kunst der Ärzte unterstützt werden kann.

Für die Jugendfürsorge sollen 1966 insgesamt 390,615.400 Schilling aufgewendet werden, das sind um 34,420.100 Schilling mehr als heuer.

Wiens Wohlfahrtswesen in internationalen Vergleichen

Gestatten Sie, meine Damen und Herren, daß ich hier am Abschluß des Kapitels Jugendbetreuung und Jugendfürsorge noch einige Worte sage über die Position Wiens, gesehen im internationalen Vergleich mit einigen westeuropäischen Städten: Zum Beispiel: Kopenhagen, das keine Kriegsschäden hatte, hat rund 713.000 Einwohner, das sind rund 44 Prozent der Bevölkerung Wiens. Und doch beträgt die Zahl der Plätze in Krippen, Krabbelstuben und Kindergärten nur knapp 2.400, das ist nicht einmal ein Sechstel dessen, was uns derzeit in Wien für diese Altersgruppe zur Verfügung steht. Aber auch mit Großstädten der Deutschen Bundesrepublik können wir uns messen: West-Berlin verfügt derzeit über 17.160 Plätze für Kinder bis zu 14 Jahren. Das sind um fast 3.000 weniger als in Wien, obzwar West-Berlin 2,180.000 Einwohner zählt.

./.

Hamburg, das 100.000 Einwohner mehr hat als Wien, hat für die Altersgruppe bis zu 6 Jahren rund 60 Prozent unserer Plätze und für Hortkinder etwa 4.000 Plätze, das heißt um fast 2.000 weniger als Wien.

Das Internationale Arbeitsamt hat eine Statistik über die Kosten, die für die soziale Sicherheit aufgewendet werden, herausgegeben, und festgestellt, daß an erster Stelle die Deutsche Bundesrepublik, an zweiter Stelle Frankreich und an dritter Stelle bereits Österreich steht. Bedenken wir die katastrophale Situation am Ende des zweiten Weltkrieges und die Größe unseres Landes, so kann uns dieser Erfolg nur mit Stolz erfüllen.

Gelegentlich hört man zwar bei uns über die Sozialpolitik in Österreich das Schlagwort von der 'Sozialinflation', und in Form der 'Wildschweinstory' wurden die sozialen Leistungen geradezu als schädlich dargestellt. Ich glaube aber nicht, daß den verantwortlichen Politikern in den anderen Ländern vorgeworfen wird, sie würden eine Politik der 'Sozialinflation" forcieren. Dort hat sich überall schon lange die Einsicht durchgesetzt, daß die finanziellen Mittel für Sozialaufwendungen wirtschaftspolitisch gesehen nicht zum Fenster hinausgeworfen sind.

Erwachsenenfürsorge und Altenbetreuung

136,3 Millionen Schilling stehen uns für diese Arbeit im kommenden Jahr - gegenüber 119,5 Millionen S in diesem Jahr - zur Verfügung. Gegenüber dem Vorjahr ist die Zahl der Dauerunterstützten bis Ende Oktober wieder um 290 auf insgesamt 7.612 unterstützte Personen, einschließlich der 301 Empfänger einer wirtschaftlichen TBC-Hilfe zurückgegangen. Waren im Budget 1965 68 Millionen Schilling für Daueruntersützungen vorgesehen, so waren infolge der zweimaligen Erhöhungen noch weitere 6,6 Millionen Schilling notwendig. Für 1966 haben wir, trotzdem wir mit einem weiteren Sinken der Zahl der zu befürsorgenden Menschen rechnen können, einen Betrag von 74,8 Millionen Schilling, für Geldaushilfen 6,6 Millionen Schilling und für die Wohlfahrtskrankenpflege 8,7 Millionen Schilling vorgesehen. Wien steht damit hinsichtlich des Fürsorgeaufwandes, der pro Kopf der Bevölkerung geleistet wird, an erster Stelle in Österreich, und zwar mit großem Abstand.

./.

Von den 874 Personen, an die bis Ende Oktober eine Dauerunterstützung neu verliehen wurde, waren 238 Männer und Frauen, die infolge einer Minderung der Erwerbsfähigkeit oder Erwerbsunfähigkeit für längere Zeit hilfsbedürftig wurden.

Das Referat Individualfürsorge, das seit 15 Jahren besteht, nimmt sich dieser Einzelfallbetreuung besonders an. 19 Fürsorgerinnen sind hier bemüht, in Form der Einzelfallarbeit die Wiedereingliederung jener zu ermöglichen, die durch Krankheit oder familiäre Zerrüttung vorübergehend die Fähigkeit, für ihre Familie oder sich selbst zu sorgen, verlieren. Für besonders schwierige Fälle stehen zwei Psychiater und ein Arzt zur Verfügung.

Besonders ausgebaut wurde auch der Verbindungsdienst zu fast allen städtischen Spitälern. Zur Arbeit der Fürsorgerinnen gehört es auch, mit den Angehörigen der Kranken Kontakt aufrecht zu erhalten, und den Betreuten bei der Entlassung zu helfen.

Seit 1962 gibt es auch den Verbindungsdienst zum Rehabilitationszentrum des Psychiatrischen Krankenhauses Baumgartner Höhe. Auch hier kann in Einzelfällen entscheidend geholfen werden.

Es kommen auch ältere Personen in gesicherten Einkommensverhältnissen in die Sprechstunden der Fürsorgerinnen. Sie leiden an verschiedenen Altersbeschwerden und -problemen und brauchen im wesentlichen vor allem eine persönliche Aussprache. Mit dieser Einzelfallbetreuung verwirklichen wir nicht nur einen schon von Tandler geprägten Grundsatz, nämlich, 'Wir haben daran zu arbeiten, die Fürsorge überflüssig zu machen', sondern diese Arbeit ist auch wirtschaftlich wertvoll, da die Gemeinschaft mit der Erhaltung des Betreffenden nicht mehr belastet wird.

Die Fürsorgerinnen übernehmen auch besonders problematische Schicksale, die an mich herangetragen werden.

Durch die Heimhilfe kann in zahlreichen Fällen eine Unterbringung in geschlossener Fürsorge vermieden werden. Leider können wir unsere Heimhilfe nicht immer und in jenem Maße einsetzen, wie wir es gerne tun würden und es auch notwendig wäre. Aber auch hier bestimmt der Mangel an Personal unsere Grenzen.

./.

Zwar konnten in diesem Jahr bis Ende Oktober 118.759 Stunden, also um 12.793 mehr geleistet werden als im Vorjahr; trotzdem sind wir nicht zufrieden und hoffen, daß unsere ständige Werbung eines Tages doch noch einen Erfolg bringt. In diesem Jahr konnten wir 71 neue Helferinnen gewinnen, aber leider verließ uns die gleiche Anzahl wieder - wie wir überhaupt immer wieder die Beobachtung machen müssen, daß viele Frauen, die sich melden, nur bereit sind, für eine bestimmte Zeit zur Verfügung zu stehen. Entweder um eine bestimmte Situation zu überbrücken oder um eine bestimmte Summe zu verdienen.

Für das kommende Jahr haben wir wieder 3,2 Millionen Schilling für die Heimhilfe vorgesehen.

In diesem Zusammenhang möchte ich allen Wienern und Wienerinnen danken, die meinen Aufruf, auf den Nachbarn nicht zu vergessen, verständnisvoll aufgenommen haben, selbst zu helfen, wo sie helfen können, oder uns auf dringende Fälle aufmerksam zu machen.

Besonders danken möchte ich auch jenen vielen Fürsorgeräten, die sich bemühen, in ihrem Sprengel, in den einzelnen Häusern die Hilfe für einen alten Menschen zu organisieren und selbst stets bereit sind, helfend einzubreifen.

Arbeitstherapeutische Kurse und Behindertenbetreuung

Eine besondere Sparte in der Arbeit der Erwachsenenfürsorge bildet die Führung der Arbeitstherapeutischen Kurse. Auch hier ist das Ziel, körperbehinderte Mitbürger in das normale Leben einzugliedern, zumindest aber jedem Behinderten eine Stellung in der Gemeinschaft zu ermöglichen, die er auf Grund seiner zwar reduzierten, aber bildungsfähigen geistigen, körperlichen und seelischen Kräfte erreichen kann.

Von den 78 Männern und Frauen, die in den ersten zehn Monaten dieses Jahres arbeitstherapeutisch betreut wurden, konnten 29, das sind ungefähr 37 Prozent auf einen fixen Arbeitsplatz vermittelt werden. Für die Führung dieser Kurse

./.

sind für das kommende Jahr wieder 470.000 Schilling vorgesehen. Mit Herbst 1966 werden wir auch in neue Räume übersiedeln können.

Auch die Besprechungen über unser Behindertengesetz stehen vor dem Abschluß. Mit der Einbringung des Gesetzes in den Landtag soll jenen Mitmenschen geholfen werden, die an einem körperlichen oder geistigen Gebrechen leiden und dadurch in ihrem Fortkommen gegenüber ihren gesunden Mitmenschen behindert sind.

Im Opferfürsorgereferat der Magistratsabteilung 12 sind 46 Bedienstete bemüht, die Anträge von Opfern des Nationalsozialismus zu bearbeiten.

In diesem Referat, das als mittelbare Bundesverwaltung tätig ist, wurden seit dem 1. April 1961 bis Ende Oktober dieses Jahres 67.011 Opferfürsorgeanträge eingebracht. Davon wurden 58.970 erledigt, offen sind rund 8.000. Um eine Möglichkeit zu finden, den Begutachtungsvorgang abzukürzen, habe ich heuer im Jänner eine Besprechung einberufen, an welcher Vertreter der Geschädigten, des Gesundheitsamtes, des Bundesministeriums für soziale Verwaltung und meiner Verwaltungsgruppe teilnahmen. Vor wenigen Wochen ist es gelungen, Ärzte der Pensionsversicherungsanstalt für die Begutachtertätigkeit zu gewinnen.

17 Prozent der Wiener sind über 65

Einen breiten Raum unserer Tätigkeit nimmt die Betreuung unserer alten Mitbürger ein. Das Volkszählungsergebnis hat - wie allgemein bekannt - ergeben, daß in Wien 276.956 Frauen und Männer leben, die über 65 Jahre alt sind; das heißt 17 Prozent aller Wiener gehören diesem Personenkreis an.

88.255 von ihnen, also fast ein Drittel, leben allein. Besonders hart betroffen vom Alleinsein sind die Frauen, denn von 88.255 alleinlebenden Menschen sind fast 76.000 Frauen. Verglichen mit den Ergebnissen der Volkszählung von 1951 ist die Zahl der über 65jährigen um 47.531 gestiegen.

./.

Unsere Pensionistenklubs sollen für diese alleinlebenden alten Menschen die Brücke zur Gemeinschaft bilden. Wir konnten in diesem Herbst wieder 5 neue Pensionistenklubs eröffnen, und es stehen den Wienern derzeit 97 dieser Zentren der Geselligkeit und des Gesprächs zur Verfügung. 6,150.000 Schilling haben wir für die Führung dieser Pensionistenklubs im Budget vorgesehen, also um 950.000 Schilling mehr als im Vorjahr.

Rund 6.000 Frauen und Männer besuchen unsere Klubs, davon sind 88 Prozent ASVG-Pensionisten und 12 Prozent Befürsorgte. Vorträge, Filme, Veranstaltungen, Bücher bieten den Besuchern die Möglichkeit der Zerstreuung und tragen dazu bei, daß sie mit den Problemen des Alterns leichter fertig werden. Dazu zählen aber auch die Arbeit in Hobbygruppen und im Sommer die Ausflüge, für die wir 2,2 Millionen Schilling vorgesehen haben.

Eine Arbeitsgemeinschaft und 2 neue Pensionistenheime für unsere Alten

Den Kontakt, den wir mit den Volkshochschulen aufgenommen haben, in denen fast überall Zusammenkünfte von Pensionistengruppen stattfinden, wollen wir ausbauen, um so zu einer Arbeitsgemeinschaft im Interesse unserer alten Mitbürger zu kommen. Diese Arbeitsgemeinschaft soll sich in unorthodoxer Weise, möglichst unbelastet von Formalismen, mit der Betreuung unserer Mitbürger, die aus dem Arbeitsprozeß ausscheiden, beschäftigen. Nach Möglichkeit sollen auch die Betroffenen selbst bei der Lösung dieser Aufgabe mitwirken, damit wirklich den Bedürfnissen dieser Menschen entsprochen werden kann.

Ein kleiner Wegweiser, den diese Arbeitsgemeinschaft erarbeiten soll, dem Menschen in dem Moment wo er aus dem Arbeitsprozeß ausscheidet, in die Hand gegeben, soll zeigen, welch zahlreiche Möglichkeiten und Schönheiten unsere Stadt für die Jahre der Ruhe bietet.

Für jene betagten Mitbürger aber, denen es schon schwer fällt, ihren Haushalt zu führen, werden wir den Bau von zwei weiteren Pensionistenheimen, und zwar eines in Döbling und eines in Ottakring im kommenden Frühjahr beginnen.

./.

Alle meine Mitarbeiter sind erfüllt von Verantwortungsgefühl und Liebe zu ihrer Arbeit. Ich möchte ihnen daher anläßlich dieser Budgetdebatte danken:

Den Fürsorgerinnen, die für die Jugend tätig sind, ebenso wie denen, die unsere Erwachsenen und Alten betreuen. Den vielen Kindergärtnerinnen und Erziehern, die unsere Kinder betreuen. Den Beamten der Magistratsabteilungen 11, 12, 13 und 14 und den Fürsorgeräten, deren Arbeit ich schon an einer anderen Stelle gewürdigt habe.

Sie aber, meine Damen und Herren, hoffe ich, davon überzeugt zu haben, daß - wenn wir auch im kommenden Jahr wieder eine höhere Summe aufwenden - diese nicht nur gerechtfertigt, sondern geradezu eine Voraussetzung ist für ein gutes Zusammenleben in der Gemeinschaft einer Großstadt."

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes.)

\- - -

Nur mehr geschulte Kräfte als Kranführer

Kranführer-Kurse im Berufs- und Wirtschaftsförderungsinstitut

13. Dezember (RK)

Der Gemeinderatsausschuß für Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten hat sich in mehreren Sitzungen eingehend mit dem Problem zur Verhütung der Unfälle durch Baukräne befaßt.

Während Kräne auf Grund der Dienstnehmerschutzverordnung und der ÖNormen vor ihrer Inbetriebnahme, nach größeren Instandsetzungen, und außerdem jährlich einmal überprüft werden müssen, ist eine Befähigungsprüfung der Kranführer derzeit gesetzlich nicht vorgeschrieben. Es besteht jedoch die Möglichkeit, auf freiwilliger Basis Kranführerkurse zum Beispiel im Berufsförderungsinstitut 1., Wipplingerstraße 33, oder beim Wirtschaftsförderungsinstitut 18., Währinger Gürtel 97-99, zu besuchen und sich sodann einer Prüfung durch den "Technischen Überwachungsverein" zu unterziehen. Die Tatsache, daß nur etwa 3 Prozent der Unfälle, die durch Baukräne verursacht wurden, auf Materialfehler zurückzuführen sind, jedoch für 97 Prozent menschliches Versagen die Ursache war, gab Anlaß, die Stadtbauamtsdirektion mit dem Entwurf eines Kranführergesetzes zu beauftragen.

Der Entwurf zu diesem Gesetz liegt nun vor und wurde Anfang Jänner der Magistratsdirektion überreicht. Diese wird beim Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau die Erlassung eines diesbezüglichen Bundesgesetzes anregen, da die Regelung durch ein Landesgesetz infolge der Kompetenzbestimmungen in Angelegenheiten des Gewerbes nicht möglich erscheint. Bis zur gesetzlichen Regelung durch den Bund wird die Stadt Wien als Bauherr die Auftragserteilung für die von ihr durchzuführenden Bauten davon abhängig machen, daß zur Bedienung von Kränen nur Personal verwendet wird, das die entsprechende Schulung in Kranführerkursen nachweisen kann.

Darüber hinaus hat die Stadtbauamtsdirektion die Ingenieurkammer, die Wirtschaftskammer und die Bundesinnung der Baugewerbe ersucht, in ihrem Wirkungskreis eine gleichartige Regelung zu treffen. ./.

Mit diesen Maßnahmen hat die Stadt Wien alles in ihrer Macht Stehende getan, um der Gefahr, die durch die Bedienung von Baukränen durch ungeschultes Personal entstehen kann, wirkungsvoll zu begegnen.

\- - -

50. Geburtstag von Curd Jürgens

13. Dezember (RK) Heute vollendet der Schauspieler Curd Jürgens das 50. Lebensjahr.

Er wurde in München geboren und begann am Metropoltheater in Berlin seine Bühnenlaufbahn. 1938 kam er zum erstenmal nach Wien, wo er am Deutschen Volkstheater auftrat. Von 1941 bis 1953 war er ans Burgtheater verpflichtet. In der Folge widmete er sich vorwiegend der Filmarbeit. Curd Jürgens bewährte sich in seiner Wiener Zeit als hervorragender Gestalter und ausgezeichneter Sprecher im klassischen und modernen Drama. Auch der Film bot ihm viele Möglichkeiten, als Menschendarsteller künstlerische Wirkung zu erreichen. Höhepunkte waren seine Mitwirkung in den Verfilmungen von Carl Zuckmayers "Des Teufels General"" und von Gerhart Hauptmanns "Die Ratten".

Bürgermeister Marek und Stadtrat Mandl haben dem Jubilar in herzlichen Worten gehaltene Glückwunschschreiben übermittelt.

\- - -

Festsitzung des Wiener Landtages

Gedenken an die konstituierende Sitzung vor 20 Jahren

13. Dezember (RK) Vor genau 20 Jahren, am 13. Dezember 1945, trat der am 25. November 1945 gewählte Wiener Landtag um 17.07 Uhr unter dem Vorsitz von Leopold Kunschak zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Aus diesem Anlaß fand heute im Gemeinderatssitzungssaal des Rathauses eine Festsitzung des Wiener Landtages statt, an der Bundespräsident Franz Jonas, sämtliche Mitglieder des Landtages, die Wiener Bundesräte und zahlreiche Ehrengäste teilnahmen.

Nachdem Landeshauptmann Bruno Marek und Landtagspräsident Dr. Wilhelm Stemmer den Bundespräsidenten zu seinem Platz im festlich geschmückten Saal geleitet hatten, wurde die Feierstunde mit der Bundeshymne begonnen. Dann eröffnete der Landtagspräsident die Festsitzung und begrüßte die Ehrengäste und die Sitzungsteilnehmer.

In seiner Eröffnungsrede bezeichnete Landtagspräsident Dr. Stemmer neben dem der Zweite und der Dritte Landtagspräsident Mühlhauser und Helene Potetz, Landesamtsdirektor Dr. Ertl und die beiden Schriftführer, die Abgeordneten Herbert Mayr und Kowarsch Platz genommen hatten, die heutige Sitzung als die persönlichste unter den Festsitzungen des Jubiläumsjahres 1965, da die Mehrzahl der heute erschienenen Ehrengäste im Dezember 1945 oder kurz darnach ihre öffentliche Tätigkeit in Wien aufgenommen hatten. Im Saal und auf der dicht gefüllten Galerie nahmen zahlreiche Mitglieder des damaligen Landtages und der ersten Landesregierung, die damals gewählten Mitglieder des Bundesrates sowie die bald darnach bestellten Bezirksvorsteher und Bezirksvorsteher-Stellvertreter an der Festsitzung teil.

Landtagspräsident Dr. Stemmer zählte sodann von diesen Persönlichkeiten alle jene namentlich auf, die heute noch dem Wiener Landtag angehören: die drei Präsidenten Dr. Stemmer, Mühlhauser und Helene Potetz, Landeshauptmann Marek, die Stadträte Slavik, Maria Jacobi, Dr. Prutscher und Sigmund sowie die Abgeordneten Nora Hiltl, Lauscher, Maller, Planek und Schwaiger.

./.

Ferner sind heute noch die Bezirksvorsteher beziehungsweise Bezirksvorsteher-Stellvertreter Erba, Zehetbauer und Mistinger tätig. Der damalige Landtagsabgeordnete Weikhart ist heute Mitglied der Bundesregierung, die damalige Landtagsabgeordnete Rudolfine Muhr Mitglied des Bundesrates und der damalige Branddirektor Holaubek, Wiens Polizeipräsident. "Möge die heutige Festsitzung sie alle an unseren gemeinsamen, schweren Anfang von 20 Jahren erinnern", schloß Dr. Stemmer seine Begrüßungsrede.

Anschließend spielte die Kammermusikvereinigung des österreichischen Rundfunks unter der Leitung von Prof. Dr. Viktor Redtenbacher das Menuetto von Michael Haydn.

Sodann hielt Landeshauptmann Bruno Marek die Festrede. Er führte aus:

"Heute vor genau 20 Jahren, am 13. Dezember 1945, trat in diesem historischen Sitzungssaal des Gemeinderates der erste nach langen Jahren der Gewaltherrschaft wieder freigewählte Wiener Landtag zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Heute vor zwanzig Jahren konnten wir zum ersten Mal wieder aufatmen in dem Bewußtsein, daß eine neue Ära anhebt, daß jene Tage endlich gekommen sind, nach denen sich viele Österreicher in Nacht und Finsternis hinter Kerkermauern und Stacheldraht, Jahre hindurch gesehnt hatten. Ein freies Wien begann wieder stolz und selbstbewußt sein Haupt zu erheben und sein Schicksal in die eigene Hand zu nehmen.

Nach 12 Jahren angemaßter Macht und von obenher befohlener Maßnahmen verschaffte sich zum ersten Mal wieder die wahre Stimme der Wiener Bevölkerung durch den Mund ihrer freigewählten Mandatare Gehör. Der historische Tag - es war ein Donnerstag - ließ sich trübe und kalt an. Die zertrümmerten Fenster in diesem Saal waren nur teilweise ersetzt, die verbliebenen Lücken mit Brettern vernagelt, zwischen denen der Wind eisig hereinpfiff. Heizmaterial war nicht vorhanden, die Abgeordneten in dünnen, abgetragenen Mänteln froren, die Not und die Entbehrungen der unvorstellbar harten Nachkriegszeit standen ihnen noch im Gesicht geschrieben.

./.

Trotzdem waren die Repräsentanten der Wiener Bevölkerung, die sich damals in diesem Raum versammelten, glücklich und zukunftsfroh, denn die fast unerträgliche Last des Krieges und der Diktatur war ein für allemal von ihren Schultern genommen worden. Es herrschte zwar Not und Mangel an allem und jedem, ein Fünftel der Stadt lag in Trümmern, der harte Wille des Besatzungsregimes war allein maßgebend - aber all das beirrte die Wiener Abgeordneten nicht mehr, denn sie wußten genau, daß sie eines Tages völlig frei und unabhängig sein würden, frei und zufrieden in einer autonomen wiedererstandenen Heimatstadt. Von diesem Augenblick an waren wir selbst für unsere Zukunft verantwortlich und hatten das beglückende Gefühl, daß es in erster Linie an uns liegt, wie sich unsere weiteren Geschicke gestalten würden.

Den Vorsitz in dieser ersten Wiener Landtagssitzung führte als Alterspräsident Leopold Kunschak. Er war damals vierundsiebzig Jahre alt, ein durch leidvolle Erfahrung geprüfter und gereifter Mann. In der letzten Gemeinderatssitzung vor dem 12. Februar 1934 war Kunschak der einzige Sprecher seiner Partei gewesen, der vor dem sich anbahnenden verhängnisvollen Weg des Faschismus und des Terrors gegen die Arbeiterschaft gewarnt hatte. Er sah damals den einzigen Weg zur Rettung unserer Heimat in der Zusammenarbeit aller gegen den Nationalsozialismus, gegen den wahren Feind Österreichs. Wie recht hatte er doch!

Nach dem Gelöbnis der Landtagsabgeordneten wurde Professor Dr. Hans Neubauer zum Landtagspräsidenten, der Abgeordnete Thaller zum Zweiten und der Abgeordnete Bauer zum Dritten Präsidenten gewählt. Damit hatte die am 26. November 1945 frei gewählte Volksvertretung des Landes Wien ihre Funktion bestätigt und ihre Arbeit aufgenommen, nicht allein als freie, eingesetzte oder ernannte, sondern als durch Willen des Volkes bestellte Körperschaft.

Die ersten Worte des neuen Präsidenten galten dem Andenken jener Mitglieder des Wiener Landtages vor 1934, die den Schrecken der Gewaltherrschaft zum Opfer gefallen waren. Auch heute wollen wir uns ihrer erinnern und nochmals in Ehrfurcht ihre Namen nennen. Wir wollen niemals vergessen, daß sie nur deshalb ihr Leben einbüßen mußten, weil sie es der Befreiung aller arbeitenden Menschen geweiht hatten.

./.

Gedenken an die Opfer der Gewaltherrschaft

In Auschwitz wurder der langjährige Präsident des Wiener Landtages und letzte Finanzreferent, der hochbefähigte Kommunalpolitiker Dr. Robert Danneberg, ermordert, nachdem er vier Jahre lang alle Qualen der Konzentrationslager hatte durchleiden müssen.

Ebenfalls im Konzentrationslager starben die Landtagsabgeordneten Eduard Reismann, Therese Ammon und Dr. Otto Kanitz, der das Land Wien auch im Bundesrat vertreten hatte. Die Abgeordneten Anton Krolig und Sigmund Rausnitz wurden durch den Nationalsozialismus in den Selbstmord getrieben.

Eine große Zahl von Mitgliedern des letzten frei gewählten Wiener Landtages war durch die Diktatur aus Österreich vertrieben worden. Diese aufrechten Demokraten sind in der Fremde gestorben, ohne ihre Heimat je wiedergesehen zu haben. Unser unvergessener Freund, Professor Julius Tandler, der Schöpfer des Wiener Fürsorgewesens, mußte bereits 1934 Wien verlassen und starb 1936 einen frühen Tod in Moskau, nachdem er noch die Wohlfahrtseinrichtungen unserer Stadt in China, Japan und in den USA populär gemacht hatte. Ebenfalls nicht mehr zurückgekehrt ist der geniale Finanzfachmann Hugo Breitner, der bald nach dem Zusammentritt des Landtages, im Mai 1946, in Amerika gestorben ist. Franz Novy, der dem Gemeinderat seit 1932 angehört hatte, hat die Rückkehr aus der Emigration noch erlebt und konnte von 1945 bis 1949 als Amtsführender Stadtrat für das Bauwesen den Wiederaufbau seiner Heimatstadt einleiten, bis ihn ein allzu früher Tod dahinraffte.

Viele ehemalige Mitglieder dieses Hohen Hauses haben uns in den letzten zwanzig Jahren verlassen. Die Bürgermeister Seitz und Körner, die Vizebürgermeister Emmerling, Kunschak, Honay, Speiser, Weinberger und Steinhardt, die Stadträte Weber, Exel, Resch, Rohrhofer, Freund, Fritsch, Afritsch, Riemer und Wollinger. Groß ist die Zahl der Mitglieder des Wiener Landtages, jener ersten konstituierenden Sitzung, die heute nicht mehr unter uns weilen. Ihnen allen sei gedankt für ihren Opfermut und für ihr Vertrauen in die Kraft der Wiener Bevölkerung, sich ihre Heimatstadt aus Trümmern neu zu schaffen.

./.

Als wir damals aus dem kalten Sitzungssaal in den noch kälteren Dezembertag hinaustraten, begrüßten uns die Mittagsblätter mit den Berichten darüber, wie die neuen Schillingnoten von der Wiener Bevölkerung aufgenommen wurden. Der 13. Dezember 1945 war nämlich auch der erste Tag, an dem neben den alten Reichsmarkscheinen und den Besatzungs-Schillingnoten auch die neuen, auf österreichische Schilling lautenden Noten als gültige Zahlungsmittel in Kraft getreten waren. Auch das konnten wir als Symbol dafür ansehen, daß wir, abgesehen von der hemmenden Bevormundung durch die vierfache Besatzung, für die wirtschaftliche Zukunft unserer Stadt und unseres Landes nun wieder selbst verantwortlich waren.

Nun sind zwanzig Jahre vergangen seit jenem denkwürdigen Tag. Zwanzig Jahre sind in der Geschichte einer Stadt kein allzu langer Zeitabschnitt, einer Stadt, die bald das tausendjährige Jubiläum ihrer verbürgten Erwähnung in den Annalen begehen können wird. Zwanzig Jahre währen aber lange, wenn man von einem Jahr Null aus rechnen muß, vom absoluten Chaos, das Krieg und Verwüstung hinterlassen haben; zwanzig Jahre sind auch ein verhältnismäßig langer Abschnitt in einem Menschenleben, das in so schicksalhafte Zeitläufte hineingestellt wurde.

Was die Wiener geleistet haben

Deswegen glaube ich, daß wir dazu berechtigt sind, Rückschau zu halten auf die Geschicke unserer Stadt in den vergangenen zwei Jahrzehnten, die für ihre Entwicklung so bestimmend waren.

Wenn man sich heute in Erinnerung ruft, unter welch widrigen Lebensbedingungen die Wiener Bevölkerung in den ersten fünf Jahren nach Kriegsende den Wiederaufbau ins Werk setzte, muß man diesem Wien und seinem damaligen Bürgermeister, dem späteren Bundespräsidenten General Körner, uneingeschränkt Bewunderung zollen. Vor allem der erste und der zweite Nachkriegswinter brachte schwerste Belastungsproben. Die Energiezufuhr war ebenso unzureichend wie die Versorgung mit Lebensmitteln. Die Industrie mußte zuweilen den Betrieb einstellen, dem Normalverbraucher standen zum Beispiel im Juni 1946 nur 700 Kalorien täglich zur Verfügung. Trotz alledem haben die Wiener den Mut nicht sinken

./.

lassen, sie haben gearbeitet und begonnen, ihre Stadt vom Bombenschutt freizumachen - als erstem Bezirk gelang das übrigens dem Bezirk Mariahilf, der schon Ende Juni 1946 wieder ein fast normales Bild bot. Der nächste Schritt war die Wiederherstellung der Verkehrsverbindungen im Stadtbereich, die im Herbst 1946 als einigermaßen gelungen bezeichnet werden konnte. Besonders wichtig war dabei der Wiederaufbau der Brücken, der zum Teil mit Hilfe der Besatzungsmacht erfolgte, weil die Brücken auch für den militärischen Nachschub gebraucht wurden.

Nun ging es an die Sicherung der Wohnstätten. Rund ein Fünftel der Wiener Wohnungen war ganz oder teilweise zerstört, die Materialbeschaffung war mit unvorstellbaren Schwierigkeiten verbunden - und doch ist es gegangen. Schon am 11. Juli 1947 konnte der erste, wenn auch sehr bescheidene Wohnungsneubau der Gemeinde Wien in der Friedrich Kramer-Gasse im 10. Bezirk mit 48 Wohnungen seiner Bestimmung übergeben werden, im August desselben Jahres wurde der Grundstein zur Per-Albin-Hansson-Siedlung gelegt, der ersten großen städtischen Wohnbauanlage der Nachkriegszeit. Die Bautätigkeit nahm immer größeres Ausmaß an, und im Jahre 1949 gab es bereits ein fest umrissenes städtisches Wohnbauprogramm.

Langsam besserte sich auch die Ernährungslage. Nicht vergessen werden soll in diesem Zusammenhang die große Reihe der Lebensmittel-Hilfsaktionen des Auslandes, vor allem die Care-Aktion, die vielen Wienern in der ärgsten Not geholfen hat. Die Kinder und die alten Leute litten damals wohl am meisten unter Hunger und Kälte. Deshalb wollen wir uns immer dankbar daran erinnern, wie sich die Kinder-Hilfsaktionen, später war es dann die UNICEF, unserer jüngsten Mitbürger angenommen haben. Die Schweizer, die Schweden, die Dänen, die Holländer, die Belgier, aber auch die Franzosen und Engländer übernahmen Pflegekinder und zahlreiche Leute aus Übersee sandten Spenden.

Für unsere Kinder setzten wir nach und nach wieder die Kindergärten instand und versuchten, das Schulwesen wieder in geordnete Bahnen zu bringen, was wegen der vielen Zerstörungen äußerst schwierig war.

./.

Bis 1950 konnten 100 Schulen neu hergerichtet werden, anschließend begann der Neubau moderner Schulen mit der Schäfferschule auf der Wieden, der inzwischen viele weitere gefolgt sind.

Das wirtschaftliche Leben unserer Stadt war nur unter großen Schwierigkeiten wieder in Gang zu bringen. Der Energiemangel und das Fehlen von Transportmitteln waren die schwersten Hindernisse, und es erforderte allergrößten Optimismus und viel Geschick, trotzdem Erfolge und noch dazu in so überreichem Maße, zu erzielen, wie uns dies tatsächlich vergönnt war.

Der schönste Tag seit 17 Jahren

Endlich kam der Tag, der uns mit dem Staatsvertrag auch unsere volle Freiheit und Souveränität brachte. Bürgermeister Franz Jonas erhielt am 27. Juli 1955 den Brief des letzten Wiener Stadtkommandanten - es war der französische Oberst Ollé Laprune - in dem mitgeteilt wurde,.... ' daß die Kommandanten der interalliierten Kommandantur die Ausübung aller auf die Verwaltung der Stadt Wien bezüglichen Funktionen einstellen.'

Nach dem Abgang des letzten russischen Truppentransportes hatte ich am 22. Oktober 1955 als Präsident des Wiener Landtages die große Freude, die Worte zu sprechen: 'Keinen schöneren Tag als den heutigen kannte seit vielen Jahrzehnten unser Österreich, unsere Bundeshauptstadt. Denn nach Abzug aller Besatzungstruppen gibt der Ablauf dieses Tages unserem Lande die ihm seit siebzehn Jahren durch Gewalt vorenthaltene volle Souveränität wieder. Es ist jener Tag, an dem sich unser Blick von der durchmessenen Leidenszeit einer Zukunft in Freiheit und Selbstbestimmung zuwenden darf...'

Nun konnten auch die Wiener mit neuem Mut an die Arbeit gehen. Wien sollte wieder Weltstadt werden! Wir wollten das einzigartige Gesicht unserer Stadt bewahren und mußten alles daransetzen, um eine Synthese von Alt und Neu zu finden.

./.

Was wäre auch damit gewonnen, wenn wir den Wienern eine supermoderne Stadt der Zukunft hinstellen wollten, die mit dem reichen und vielfältigen Begriff 'Wien', mit dem Geist und der Atmosphäre der Stadt, wie wir sie kennen und lieben, nur mehr den Namen gemein hätte? Wien besteht nicht bloß aus den Elementen der Landschaft, der Architektur, seiner Wirtschaft und seines Geisteslebens, Wien ist auch Ausdruck eines bestimmten, schwer definierbaren Lebensgefühls, einer spezifischen Einstellung zum Dasein. Und gerade dieses Lebensgefühl, das man kaum näher erklären kann, befähigt diese Stadt, eine verbindende Rolle zwischen den Nationen zu spielen. Wir Wiener wollen mit ganzer Kraft bestrebt sein, dieser großen, völkerverbindenden Aufgabe gerecht zu werden. Deshalb haben wir - seitdem Staatsvertrag und Neutralität uns nicht nur unsere Freiheit brachten, sondern auch die Straßen zu uns erschlossen haben - unsere Tore weit geöffnet für die gegenseitige Verständigung der Völker aus aller Welt. Die Kongreßstadt Wien, in der vor 1955 nur etwa acht internationale Kongresse stattfanden, ist heute Schauplatz von mehr als 200 Tagungen im Jahr. Hier treffen einander Politiker, Wissenschaftler und Fachleute aus Ost und West, hier hat die internationale Atomenergiebehörde ihren Sitz genommen und hierher kommt langsam eine internationale Institution nach der anderen. Wir heißen sie alle willkommen und wir freuen uns auch über die in letzter Zeit erkennbar gewordene Änderung in der Haltung der Oststaaten. Wir dürfen nun hoffen, daß auch von dieser Seite her der Weg zu uns gefunden werden wird und daß Wien bald nicht mehr eine 'Vorstadt Europas' sein wird, wie ein Buchtitel lautet, sondern ein Treffpunkt und Kreuzungspunkt von größter internationaler Bedeutung. Die von der Stadt Wien alljährlich veranstalteten Europa-Gespräche könnten ein wichtiger Schritt in dieser Richtung sein. Sie sind ein Beweis mehr dafür, daß sich Wien seiner Mission und seiner Verantwortung voll bewußt ist. Wien hat trotz allen materiellen Schwierigkeiten, die zu überwinden waren, die kulturelle Aufbauarbeit nicht außer Acht gelassen und vermag auch auf diesem Gebiete auf stolze Leistungen zu verweisen, die hier im einzelnen aufzuzählen mir leider die Zeit fehlt.

./.

Aus der Geschichte lernen!

Ich habe versucht, Ihnen eine kurze Rückschau auf die Geschicke Wiens in den vergangenen zwanzig Jahren zu geben. Ich wollte damit nicht nur dem sicherlich hundertmal verdienten Lob unserer Heimatstadt und ihrer Bevölkerung das Wort reden. Ich hatte vielmehr auch - wenn Sie mir dieses Geständnis nicht übelnehmen - eine heimliche pädagogische Absicht. Ich wollte Sie auf all das hinweisen, was wir in den vergangenen Jahren unter ungleich schwierigeren Verhältnissen als den heutigen, zu leisten imstande waren, was wir trotz allen Hürden und Fährnissen glanzvoll vollbracht haben. Möge uns der Gedanke daran anspornen, auch heute und in alle Zukunft die Liebe zu unserer Heimatstadt niemals abkühlen zu lassen und niemals in unserem Streben zu erlahmen.

Denn seien wir stets dessen eingedenk: Wenn heute bei der großen Mehrheit der Bevölkerung Wohlstand herrscht, und die Aufgaben, die noch vor uns stehen, nicht mehr unübersehbar, sondern mit den vorhandenen Mitteln lösbar erscheinen, - ist dies nur das Ergebnis härtester und unermüdlicher Arbeit. Fühlen wir uns daher niemals allzu saturiert und zufrieden! Wollten wir sorglos in den Tag hinein leben und das Erworbene nicht energisch genug zusammenhalten und mehren, könnten wir unvermutet über Nacht wieder ins Elend stürzen.

Vergessen wir aber auch nicht: wenn wir heute frei sind, freie Menschen in einer freien Stadt, der Hauptstadt eines freien Landes, so ist uns diese Freiheit ebensowenig wie der soziale Fortschritt mühelos in den Schoß gefallen. Die Freiheit ist vielmehr ein in bitteren Jahren erkämpftes Vorrecht, dessen wir uns täglich von neuem würdig erweisen müssen. Wollten wir sie als ein Geschenk des Zufalls betrachten und uns darauf verlassen, daß sie uns ohne unser Zutun erhalten bleibt, würden wir eines Tages aufwachen und uns vergeblich nach ihr zurücksehnen.

./.

Und noch eines dritten sollten wir eingedenk sein: die Einigkeit der Österreicher in der Verfolgung der wichtigsten inneren und äußeren Ziele unseres Landes ist ein durch bittere Erfahrung, durch Leid und zahllose Prüfungen erreichtes politisches Reifestadium. Wollten wir ihrer in vielleicht momentaner Verstimmung überdrüssig werden, könnte die aufbrechende Zwietracht an den Bestand unseres Landes und damit auch unserer Stadt rühren.

Seien wir daher aufrechte und ehrliche Demokraten, die zu ihrer eigenen Überzeugung ebenso stehen wie sie die Meinung anderer achten; denn nur dann werden wir die Tradition zu hüten vermögen, die uns in den vergangenen zwanzig Jahren zur verpflichtenden Aufgabe geworden ist, nur dann werden wir die gesicherte und friedliche Zukunft erleben, die Österreich und nicht zuletzt die Stadt Wien in so überreichlichem Maße verdient haben."

Mit dem Divertimento in G-Dur von Michael Haydn fand die Festsitzung des Wiener Landtages ihren Abschluß.

\- - -

Das Wetter und die Preise

"Neue Mitteilungen aus Statistik und Verwaltung der Stadt Wien"

13. Dezember (RK) In der neuen Folge der vom Statistischen Amt der Stadt Wien herausgegebenen "Mitteilungen" für die Monate Juli bis September (Jahrgang 1965, Nr. 3) ist eine interessante Untersuchung über die Zusammenhänge zwischen dem Wetter des heurigen Sommers und der Preisentwicklung veröffentlicht:

Im Vergleich mit den Sommermonaten der Jahre 1960 bis 1964 gab es heuer 49 Millimeter mehr Regen, 103 Stunden weniger Sonnenschein und 1,2 Grad niedrigere Durchschnittstemperaturen. Der Besuch der städtischen Sommerbäder, der im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre 1,43 Millionen Badegäste betrug, sank heuer um 29 Prozent auf knapp über eine Million Besucher.

Diese Witterungsverhältnisse beeinträchtigten auch die Versorgung der Stadt Wien mit Frühgemüse empfindlich: in den Monaten April bis Juni wurden um 20 Prozent weniger Gemüse auf die Wiener Märkte geliefert als sonst. Von Juli bis September gingen die inländischen Anlieferungen um 30 Prozent zurück, während die Einfuhr von Importwaren nur um sechs Prozent zunahm. Bei Obst blieben die Inlandslieferungen um 80 Prozent und bei Kartoffeln um 40 Prozent hinter dem Durchschnitt der vergangenen Jahre zurück. Die fehlenden Mengen konnten jedoch durch Importe ausgeglichen werden.

Die für die amtliche Preisstatistik ermittelten Durchschnittspreise waren im Juni zwischen 7 und 173 Prozent höher als im Juni 1964. Die Preise für Kartoffeln lagen beträchtlich über den entsprechenden Vorjahrspreisen und zwar im Juni um 37, im Juli um 65, im August um 77 und im September um 75 Prozent. Im Verbraucherpreisindex stieg die Rubrik "Ernährung" innerhalb eines Monats um elf Prozent an.

Andere Abschnitte der "Mitteilungen" beschäftigen sich mit den Bevölkerungsvorgängen, dem Fremdenverkehr, dem Gesundheits- und Fürsorgewesen und den wirtschaftlichen Verhältnissen in Wien während der Monate Juli bis September.

Die "Mitteilungen aus Statistik und Verwaltung der Stadt Wien" sind zum Preis von 6,- Schilling im Verlag Carl Ueberreuter, 9, Alser Straße 24, erhältlich.

Hohe Ehrung der Gartenbaugesellschaft für Stadtrat Heller

13.Dezember(RK)Gestern Sonntag fand im Festsaal der Österreichischen Gartenbaugesellschaft eine Feier statt, bei der vier verdiente Funktionäre dieser Gesellschaft zu "korrespondierenden Mitgliedern der Österreichischen Gartenbaugesellschaft" ernannt wurden. Diese hohe Auszeichnung wurde auch Wiens Baustadtrat Kurt Heller zuteil. Der Präsident der Gesellschaft, der Niederösterreichische Landeshauptmann Dipl.-Ing. Dr. Hartmann würdigte die Verdienste von Stadtrat Heller, die dieser sich als Vizepräsident der Gesellschaft erworben hat. Er unterstrich dabei die zielbewußte und international allseits anerkannte Grünflächenpolitik der Wiener Stadtverwaltung.

Neben Stadtrat Heller wurde die gleiche Auszeichnung an den Präsidenten der Niederösterreichischen Landwirtschaftskammer, Nationalrat Scheibenreif, den Präsidenten der Wiener Landwirtschaftkammer, Dr. Hengl, und den Präsidenten des Absolventenverbandes höherer Gartenbauschulen, Regierungsrat Cede, zuteil. Präsident Scheibenreif verwies in seiner Dankadresse auf die ernome Bedeutung und den großen Erfolg, den die WIG 64 für den gesamten österreichischen Gartenbau hatte.

Zu den Ehrenmitgliedern der Österreichischen Gartenbaugesellschaft zählen seit vielen Jahren der deutsche Altbundeskanzler Dr. Adenauer und Graf Bernadotte.

158 Ehejubilare feiern im Rathaus

13. Dezember (RK) Heute, morgen und übermorgen wird Bürgermeister Bruno Marek jeweils um 15 Uhr im Stadtsenatssaal des Wiener Rathauses 158 Wiener Ehepaare beglückwünschen, die in diesen Wochen ein besonders bemerkenswertes Ehejubiläum begehen. Von den 158 Paaren feiern 144 die Goldene, elf die Diamantene und drei sogar die Eiserne Hochzeit.

\- - -

Pflegepuppen für Wiener Kinder

13. Dezember (RK) Am Mittwoch, dem 15. Dezember, um 15 Uhr, wird Stadtrat Maria Jacobi im Wappensaal des Wiener Rathauses Pflegkindern der Stadt Wien Pflegepuppen überreichen, die von den Kindern "adoptiert" werden dürfen, wenn sie sie ein Jahr lang gut hegen und pflegen.

Am Freitag, dem 17. Dezember, um 15 Uhr, werden im Stadtpark-Kindergarten Mädchen aus verschiedenen Horten der Stadt Wien gleichfalls von Stadtrat Maria Jacobi Puppenkinder überreicht bekommen.

Eisrevue-Sondervorstellung für Wiens Dauerbefürsorgte

Am Mittwoch, dem 22. Dezember, um 14.30 Uhr, findet in der Wiener Stadthalle eine Sondervorstellung der Wiener Eisrevue für die Dauerbefürsorgten Wiens statt.

Geehrte Redaktion!

Sie sind herzlich eingeladen, zu diesen drei Veranstaltungen Fotoreporter und Berichterstatter zu entsenden.

\- - -

Schwedische Lichterkönigin zu Besuch im Wiener Rathaus

13. Dezember (RK) Alle Jahre zur Adventzeit werden nach einem alten Brauch an den schwedischen Universitäten Lichterköniginnen gewählt. Eine dieser "Lucias", wie sie genannt werden, kam jetzt auch nach Wien und besuchte heute vormittag das Wiener Rathaus: Brigitta Enval, die Lichterkönigin der Universität Umea, der nördlichsten Universität der Welt. In ein weißes Gewand gekleidet und mit einer Lichterkrone auf dem Kopf zog sie in Begleitung zweier gleichfalls weiß gekleideter Kolleginnen in den Roten Salon des Rathauses ein, wo sie von Bürgermeister Bruno Marek herzlich begrüßt wurde. Sie überbrachte ihm die Grüße des Bürgermeisters von Umea und als Gastgeschenk eine schwedische Glasvase. Der Bürgermeister dankte im Namen der Wiener Bevölkerung für den "königlichen" Besuch und revanchierte sich mit Wien-Büchern und einer Schale aus Augartenporzellan.

Anschließend fand noch eine feierliche Zeremonie statt: Der Direktor der schwedischen Fremdenverkehrsstelle, Paulsson, ernannte unter großem Beifall aller Anwesenden Bürgermeister Marek zum "Ehren-Lappen" und setzte ihm als Zeichen dieser Würde eine bunte Lappenmütze auf. Der Bürgermeister dankte herzlich für diese Ehrung und versprach, die Mütze nicht zu vergessen, wenn er jemals nach Lappland kommen sollte.

\- - - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

13. Dezember (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Inländischer Chinakohl 3.50 bis 5 S je Kilo, inländischer Kohl 3 bis 6.50 S je Kilo, inländisches Weißkraut 2.50 bis 5 S je Kilo.

Obst: Inländische Äpfel Wirtschaftsware 3 bis 7 S je Kilo, inländische Äpfel Tafelware 6 bis 12 S je Kilo, Orangen sind bereits ab 4 S je Kilo erhältlich und kosten bis 10 S je Kilo.

\- - -

Polizeischutz für die Fledermaus

13. Dezember (RK) Die Gesellschaft der Musikfreunde veranstaltet eine Ausstellung über die "Dynastie Strauß". Stadtrat Mandl hat der Stadtbibliothek die Genehmigung gegeben, Teile der Originalpartitur des "Zigeunerbaron" und das gesamte Originalmanuskript der "Fledermaus" für die Exposition zur Verfügung zu stellen. Die wertvollen Exponate werden in diesen Tagen unter Polizeischutz in das Archiv der Gesellschaft der Musikfreunde überstellt.

\- - -

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes:)

Debatte über das Wohlfahrtswesen

13. Dezember (RK) In der Spezialdebatte ergriff zunächst GR. Dr. Marga Hubinek (ÖVP) das Wort. Sie verwies darauf, daß in Österreich 700.000 Kinder eine berufstätige Mutter haben, daß Österreich in Westeuropa an zweiter Stelle in der Zahl der Ehescheidungen und an erster Stelle hinsichtlich der Zahl der unehelichen Kinder steht. Damit sei der ganze Problemkreis der Jugendfürsorge umrissen. Die Arbeitsleistung der Träger dieser Fürsorge werde vor allem durch zwei Umstände ungünstig beeinflußt, nämlich durch den Mangel an geschulten Fürsorgerinnen und den latenten Konflikt zwischen den hiefür zuständigen Verwaltungsbeamten und den geschulten Sozialarbeitern. Es wäre wünschenswert, daß diesen Verwaltungsbeamten entsprechende Grundkenntnisse auf den Gebieten der Medizin, der Psychologie und der Pädagogik vermittelt würden.

Sosehr die Bestrebungen um einen Ausbau der städtischen Heime und vor allem auch der nunmehr in Angriff genommene Umbau des Zentralkinderheimes begrüßt werden können, darf nicht übersehen werden, daß bei der derzeitigen Teilung in Altersgruppen und der Aufgliederung in Säuglingsheime, Kleinkinderheime, Schulkinderheime - womöglich noch nach den verschiedenen Schultypen -, Lehrlingsheime und neuerdings auch Gesellenheime die Pflegekinder der Stadt Wien kaum jemals Wurzeln schlagen und sich heimisch fühlen werden. Hier wäre eine Umorganisation am Platze, die diesen Kindern durch eine gemeinsame Unterbringung der verschiedenen Altersgruppen und auch der Geschlechter familienmäßige Kontakte vermittelt.

Unter Hinweis auf eine Reihe von Beispielen aus dem Ausland, wo auch in sozialistisch geführten Gemeinden die Jugendfürsorge von der öffentlichen Hand nur subsidiär getragen wird, setzte sich die Rednerin für eine Partnerschaft zwischen den öffentlichen und privaten Fürsorgeinstituten auch in Wien ein. Im besonderen bedauerte sie in diesem Zusammenhang, daß der Gedanke, gemeinsam mit der Caritas ein Kinderdorf für gehirngeschädigte Kinder zu errichten, knapp vor der Realisierung fallengelassen wurde.

./.

Die Rednerin bedauert die Divergenz zwischen den Wiener Jugendschutzbestimmungen und denen der Bundesländer und tritt für die Schaffung eines einheitlichen Gesetzes ein. Zweckmäßig wäre es auch, jährlich eine "Woche des Jugendschutzes" abzuhalten, da ja immer neue Jahrgänge heranwachsen, auf die die Bestimmungen Anwendung finden. Die Exekutivbeamten müßten mit den Jugendschutzbestimmungen bestens vertraut sein.

Vor Beschließung des in Aussicht gestellten Behindertengesetzes, müßte ein Entwurf zeitgerecht zum Studium vorgelegt werden und überdies wäre mit den Vertretern der von dem Gesetz Betroffenen ehestens das Einvernehmen herzustellen. Derzeit sieht es leider so aus, als ob das Gesetz als "geheime Kommandosache" vorbereitet werden würde.

So begrüßenswert die Einrichtung der Heimhilfe auch ist, muß man doch auf den großen Mangel hinweisen, der ihr noch anhaftet. Heimhelferinnen können derzeit nur für mittellose Personen zur Hilfe eingesetzt werden. Oftmals ist es aber so, daß auch andere Frauen, zum Beispiel für die Dauer eines Spitalsaufenthaltes oder einer Entbindung, zur Betreuung ihrer Familie eine Heimhelferin benötigen, für deren Bezahlung sie auch gerne aufkommen würden.

Die Rednerin stellt einen dementsprechenden Antrag auf Änderung der Richtlinien für die Bewerbung um eine Heimhilfe, und um seine Zuweisung an den Gemeinderatsausschuß IV.

GR. Maria Szöllösi (SPÖ) stellt fest, daß der Lehrplan für die Fürsorgeberufe zeitgerecht erstellt wurde und daß Wien gerade auf dem Sektor der Schulgesetze beispielgebend ist. Erfreulich sei es, daß in der Debatte auch die ÖVP immer wieder die Leistungen von Julius Tandler anerkennt, anscheinend sei das "die neue Idee, die sie ins Rathaus bringt".

Auf den großen Aufgabenbereich der Geschäftsgruppe IV hat ja die Referentin bereits hingewiesen. Vor allem aber müßte die Arbeit der Jugendämter hervorgehoben werden. Wir haben derzeit in Wien 53 Mutterberatungsstellen und elf Mütterschulen, in denen im Jahr 1965, von Jänner bis Oktober, 85.746 Kinder untersucht wurden. Während es seinerzeit die Hauptaufgabe des Jugendamtes war, sogenannte Mündel zu be-

./.

treuen, liegt sie heute vielfach darin, den "Scheidungswaisen" und ihren Müttern zu ihrem Recht zu verhelfen.

Zum Jugendschutz: Auf Anregung der Vertreter Wiens hat sich ein Komitee gebildet, das sich mit der Frage der Vereinheitlichung der Jugendschutzbestimmungen beschäftigt. Der Unterschied zwischen den Wiener und den Bundesländerbestimmungen ist sehr gering und betrifft hauptsächlich das Alter der Jugendlichen. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß der Jugendliche bis zum 18. Lebensjahr in Gasthäusern nichts zu suchen hat und keinen Alkohol zu sich nehmen sollte. Die Bundesländer haben als Altersgrenze das 16. Lebensjahr.

Eine große Aufgabe des Jugendamtes ist die psychologische Betreuung schwieriger Kinder. Für alle notwendigen Einrichtungen zu dieser Betreuung wurde bereits vorgesorgt. In der Kinderübernahmsstelle, dem jetzigen Julius Tandler-Heim, arbeitet ein Team von Psychologen, Erziehern, Fürsorgern, Lehrern und Fachärzten. Die Beobachtungsstation bietet Platz für 42 Kinder, die ungefähr sechs bis acht Wochen dort betreut werden. Insgesamt wurden bis jetzt 674 in dieser Beobachtungsstation betreut und weitere 300 ambulant behandelt. Diese Einrichtung hat auch im Ausland große Beachtung gefunden.

Von großer Wichtigkeit für unsere Kinder ist auch die Erholungsaktion. Es gibt heute nicht nur einsame alte Menschen, sondern vielleicht ebensoviele einsame Kinder. Die Teilnahme an einer Urlaubsaktion ist nicht nur für ihre Gesundheit von großem Vorteil, sie gibt den Kindern auch das Gefühl der Zusammengehörigkeit und die Möglichkeit, in den Heimen ihren Neigungen nachzugehen. Derzeit verfügen wir über 33 in- und ausländische Heime. Auch die Schullandheimaktion bewährt sich bestens, ebenso die Studentenaustauschaktion.

./.

Der Beruf der Fürsorgerin verlangt nun einmal Idealismus, weshalb es bei diesen nicht nur auf die Höhe des Gehaltes ankommt. Die Fürsorge ist keine Domäne der Frau, sondern bietet auch jungen Männern lohnende Berufsziele.

Wir brauchen mehr Pflegeplätze und Adoptiveltern und es ist eigentlich eine Schande, daß man in unserer Stadt des "Goldenen Wiener Herzens" solche Schwierigkeiten hat.

Ein Wort von Julius Tandler soll am Ende dieses Debattenbeitrages stehen und den tiefsten Sinn unserer Arbeit aufzeigen: "Wir arbeiten an unserer Selbsterübrigung."

GR. Lauscher (KLS) dankt für das statistische Material, das dem Gemeinderat diesmal von den Referenten vorgelegt wurde, und lobt die Arbeit der Alten- und Erwachsenenfürsorge. Die geplanten Neubauten von Pensionistenheimen sollten vorranging durchgeführt werden. An die Referentin richtete er die Frage, was aus dem Plan eines Helferkreises für ganz Wien geworden sei.

Der Heizzuschuß, den die Befürsorgten in den Wintermonaten erhalten, beträgt seit Jahren 100 Schilling, obwohl auch die Brennmaterialien ständig teurer werden. Der Redner legte einen Antrag seiner Fraktion vor, diesen Heizzuschuß auf 120 Schilling zu erhöhen.

Begrüßt wird besonders, daß die Dauerunterstützungen ab 1. Jänner 1966 analog dem Pensionsanpassungsgesetz erhöht werden und daß die Rentendynamik dadurch auch den Befürsorgten zugute komme.

Bezüglich der Geldbeihilfen, die die Pflegeeltern jetzt anstelle der Kinderkleider erhalten, wurde gefragt, in welcher Höhe sich diese Beträge bewegen und welche Sicherheiten eingebaut sind, daß sie widmungsgemäß verwendet werden.

In Wien gäbe es zuwenig Kindergartenplätze und wegen Personalmangels könnten manche Kindertagesheime nicht übergeben werden und stünden lange leer. Auch die beiden Sonderkindergärten seien nicht ausreichend. An die Referentin wird die Frage gerichtet, ob die Zahl der Kindergartenplätze in Wien bewußt in einem begrenzten Rahmen gehalten werde.

Kindergärtnerinnen erhielten für Mehrleistungen nicht die entsprechende Entlohnung. Auch sollte ihnen eine Bildungszulage gewährt werden. Geklagt wurde über mangelhafte Verpflegung in den Kindergärten durch ungesunde und nicht kindergemäße Kost. Das Kindergartenessen sollte nach wissenschaftlichen Grundsätzen zusammengestellt werden, da sich Mangelerscheinungen oft erst später auswirken. ./.

Auch bei den Fürsorgerinnen herrscht großer Mangel und damit eine große Arbeitsüberlastung. Ein Wunder, daß noch kein Malheur geschehen ist. Die Besoldung der Fürsorgerinnen hat ebenfalls noch keine Wendung zum Guten erfahren. Es gibt vier Entlohnungsgruppen bei praktisch gleicher Arbeit. Eine Unterstützung der fachlichen Weiterbildung der Fürsorgerinnen wäre gleichfalls notwendig.

Abschließend erklärt der Redner, daß die KLS-Fraktion den Ansätzen dieser Geschäftsgruppe zustimmen werden, weil hier wertvolle Arbeit geleistet wird.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) beschäftigt sich vor allem mit Fragen der Kinderbetreuung. In Wien ist sicherlich einiges auf diesem Gebiet geschehen, doch steht dies in keinem Verhältnis zu dem, was heute bereits notwendig wäre. Die 19.000 Kindergartenplätze in unserer Stadt entsprechen knapp einem Geburtenjahrgang. Die Wartelisten für die Kindergärten werden immer länger. Dabei kommen jährlich nur ungefähr 550 Plätze dazu, sodaß wir vermutlich auch im Jahr 2000 noch recht lange Wartelisten haben werden.

Der Redner beklagt auch, daß für das Großstadtkind viel zu wenig Spielplätze vorhanden sind. Im Ausland ist man hier einen Schritt weiter. In Dänemark zum Beispiel sehen die Bauordnungsbestimmungen vor, daß bei einem Bau mit mehr als acht Wohnungen auch ein Kinderspielplatz geschaffen werden muß. Die deutsche Musterbauordnung enthält ebenfalls eine solche Bestimmung.

GR. Dr. Hirnschall wiederholt eine schon früher ausgesprochene Bitte an Stadtrat Maria Jacobi, einen Zwischenbericht darüber zu erstatten, wie die Beträge im Rahmen der Hilfsmaßnahmen für die Hochwassergeschädigten Wiens, für die im Voranschlag 3,3 Millionen Schilling vorgesehen sind, aufgeteilt werden und wie hoch der gesamte Schaden ist.

Im weiteren kritisiert der Debattenredner den, wie er sagt, unbefriedigenden Stand der legistischen Arbeit in der Geschäftsgruppe IV. So wurde die Vorlage des Kindergartengesetzes schon vor drei Jahren angekündigt, bis heute liegt aber noch immer kein Entwurf vor. Ein ähnliches "Schneckentempo"

./.

herrsche bei der Ausarbeitung des Wiener Behindertengesetzes. Die Mehrzahl der Bundesländer hat auf diesem Gebiet bereits seit einem Jahr eine gesetzliche Regelung getroffen. 1963 wurde in der Budgetdebatte der Entwurf für das Wiener Behindertengesetz angekündigt, im Juli 1964 wurde der Entwurf erst ausgesendet. Bis jetzt sollen jedoch noch immer nicht die Stellungnahmen der Behörden dazu vorliegen. Heute hat die Berichterstatterin erklärt, daß es damit ernst werde. Leider aber wurde noch immer kein fixer Termin genannt. Die Betroffenen bringen natürlich kein Verständnis für solche Verzögerungen auf.

GR. Kabesch (ÖVP) verlangt, daß die Vorteile des Pensionsanpassungsgesetzes auch den Beziehern von Unterstützungsleistungen durch die Gemeinde Wien zugute kommen sollten. Damit seien nicht nur die Blinden gemeint, sondern man sollte diesen Grundsatz auch auf die Dauerbefürsorgten anwenden. Man müsste jetzt schon prüfen, ob es eine gesetzliche Möglichkeit gibt, die Angleichungen an die Richtzahlen des ASVG schon in den betreffenden Gesetzen vorwegzunehmen.

Der Debattenredner kritisiert sodann den mangelnden Kontakt zwischen der Verwaltungsgruppe IV und den verschiedenen Verbänden, wie zum Beispiel mit dem Blindenverband. Den Verbänden müssten mehr Möglichkeiten geboten werden, ihre Meinungen vorzubringen und ihre Forderungen darzulegen.

Sodann kommt Gemeinderat Kabesch auf die Pensionistenklubs zu sprechen. Er meint, daß die Mehrzahl der Leiterinnen dieser Klubs wohl ihr Bestes tun. In Wahlzeiten könne man jedoch immer wieder feststellen, daß in den Klubs die notwendige Überparteilichkeit nicht beachtet werde. In manchen Klublokalen würden Wahlplakate der SPÖ affichiert, in einem Klub sei in der Pause einer Filmvorführung ein Diapositiv mit der Aufforderung gezeigt worden, die SPÖ zu wählen. Es komme auch vor, daß in manchen Klubs Wahlspenden gesammelt werden. Die Leistungen, die das Fürsorgewesen und das Wohlfahrtsreferat erbringen, werden schließlich aus den Steuern und Spenden aller Wiener aufgebracht, und es ist daher unangebracht, zu versuchen, das als Leistung der Mehrheitspartei im Rathaus darzustellen.

./.

GR. Kabesch setzte sich für einen verstärkten Kontakt zwischen den Mandataren und den Befürsorgten sowie den Pensionistenklubs und weiter für eine lebendigere und aktuellere Gestaltung des Programms dieser Klubs ein. Schließlich unterbreitete er den Vorschlag, jedes Jahr eine Sammlung für einen aktuellen Zweck, im kommenden Jahr etwa für die Zivilinvaliden durchzuführen.

Die ÖVP wird den Ansätzen der zur Verhandlung stehenden Verwaltungsgruppe die Zustimmung erteilen.

GR. Graczoll (SPÖ) erklärte, daß jeder politischen Partei das Recht auf Kritik zustehe, daß eine demokratische Körperschaft, eine demokratische Verwaltung ohne Kritik nicht vorstellbar wäre. Allerdings müsse die Äußerung einer solchen Kritik verantwortungsbewußt erfolgen. Wenn nun in einer Zeitung das Wiener Wohlfahrtswesen mit einem Misthaufen verglichen wurde, dann sind damit nicht nur die Regeln des Anstandes und des des guten Geschmacks verletzt worden, sondern mit einer solchen Kritik richtet sich auch der Journalist selbst, aber auch die Zeitung, die so etwas veröffentlicht, und nicht minder die Partei, die eine derartige Kritik duldet. Wenn dann dieselbe Partei in der Generaldebatte durch ihren Sprecher erklären ließ, daß ihr eine echte Zusammenarbeit in diesem Hause am Herzen liege, dann müsse man an der Ehrlichkeit solcher Beteuerungen Zweifel hegen.

Die Sprecherin der ÖVP von heute und der Redner der Volkspartei in der Generaldebatte haben lobende Worte für Julius Tandler gefunden. Er hätte sich über eine solche Anerkennung sicherlich gefreut, wenn sie ihm von dieser Seite schon in der Zeit seines Wirkens gezollt worden wäre. Damals hatte es aber noch keine "junge ÖVP", sondern nur eine alte Christlichsoziale Partei gegeben, die über Julius Tandler nichts Besseres zu sagen wußte, als das Wort von der Fürsorgeinflation in dieser Stadt. (Zwischenrufe bei der ÖVP.) Die Vertreter der Christlichsozialen Partei oder einige von ihnen, die im Jahr 1934 aus diesem Saal hinausgegangen sind, sind 1945 bei derselben Tür wieder als Vertreter der Österreichischen Volkspartei hereingekommen. (GR.Dr.Habl: Zum Beispiel Kunschak!) Wir wollen feststellen, daß Kunschak jener Mann gewesen ist,

./.

der nicht ab 1945, sondern schon vor dem Jahr 1934 ein echter Demokrat in den Reihen der alten Christlichsozialen Partei gewesen ist, als andere es nicht waren. (Ruf bei der ÖVP: Aber die Sozialdemokratische Partei hat nicht immer so über Kunschak gesprochen wie Sie heute!)

Die ÖVP ist heute für die öffentliche Fürsorge, allerdings billigt sie ihr nur subsidiär Aufgaben zu. Die öffentliche Hand soll die Mittel beistellen, und die privaten Organisationen und Vereine sollen dann in Fürsorge machen. Das nennt man dann Subsidialitätsprinzip. Dafür können sich die Sozialisten nicht begeistern. Die ÖVP ist von diesem Prinzip deshalb so begeistert, weil sie hofft, durch die Organisationen, die ihr weltanschaulich und politisch nahe stehen, auf jene Menschen, die einer solchen Hilfe bedürfen, Einfluß zu gewinnen. Den Sozialisten aber erscheint der Weg, den die Gemeinde Wien auf diesem Sektor seit Julius Tandler beschritten hat, auf jeden Fall als der bessere, sie halten von der Wohltäterei gar nichts, jedoch vor der öffentlichen Fürsorge sehr viel.

Es ist eine durchaus erfreuliche Tatsache, wenn wir heute feststellen können, daß der Anteil der Menschen über 60 Jahre im Vergleich zu Budapest mit 15 Prozent und München mit 17 Prozent in Wien 25 Prozent ausmacht. Zur Hebung der Lebenserwartung in unserer Stadt hat sicherlich das Wiener Fürsorgewesen wesentlich beigetragen. Es ist auch kein Zufall, daß für 1966 für die Erwachsenenfürsorge um 17 Millionen Schilling mehr im Budget aufscheinen. Bei einer Umfrage bei den Besuchern der Pensionistenklubs haben 20 Prozent die angegriffene Gesundheit, sieben Prozent die materielle Notlage, acht Prozent Einsamkeit und Alter, drei Prozent eine nicht zufriedenstellende Wohnung als ihr größtes Anliegen bezeichnet; 45 Prozent aber antworteten, daß sie keine persönlichen Probleme haben, und einige fügten noch bei, daß sie ganz zufrieden seien, ihnen nichts fehle und manche sogar, daß sie restlos glücklich seien. Wenn aus diesem Kreis eine gewisse Zufriedenheit und Geborgenheit und ein Glücksempfinden zum Ausdruck gebracht wird, so haben dazu ganz gewiß die Pensionistenklubs in Wien beigetragen.

./.

Die Referentin hat ja bereits über die Arbeitsgemeinschaft zwischen Volkshochschulen, Rentnerverband und Experten berichtet, die sich mit dem Problem der alten Menschen beschäftigt und ihnen den Übergang vom Arbeitsprozeß in den Ruhestand erleichtern soll. Stadtrat Jacobi ist für ihre Initiative zur Schaffung dieser Arbeitsgemeinschaft, die sich bestens bewährt, herzlichst zu danken.

Die Einrichtung der Nachbarschaftshilfe hat sich gleichfalls bestens bewährt. Ein Versuch im 15. Bezirk hat dazu geführt, daß man dort jetzt 74 Personen betreut, vor einem Jahr waren es noch 33. Vielleicht könnte mit Hilfe der Bezirksvorsteher und der Fürsorgeräte in allen Bezirken ein derartiger Versuch unternommen werden. Oft finden sich die Helfer gleich im selben Haus, denn es ist ja nicht so, daß die Hilfsbereitschaft fehlt, es liegt vielmehr an der Gedankenlosigkeit des einzelnen.

Über der Kritik an der öffentlichen Fürsorge sollte man aber nicht die großen Erfolge übersehen, die gerade während der letzten Jahre erzielt werden konnten. Trotz Personalmangels sind die Heimhilfestunden um 12.000 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres vermehrt worden.

Zu den Pensionistenheimen: Als das erste Heim im 22. Bezirk eröffnet wurde, gab es keinen Andrang. Jetzt liegen plötzlich mehr als 2.000 Anmeldungen für Pensionistenheime vor, und da nun alle auf einmal nicht erledigt werden können, kommt es zur Unzufriedenheit. In Hietzing wird jetzt das zweite Pensionistenheim besiedelt, und für das kommende Jahr sind zwei weitere in Aussicht genommen. Da unser Finanzreferent gerade für die alten Menschen unserer Stadt ein offenes Herz und eine offene Hand hat, werden auch in den folgenden Jahren bei anhaltendem Bedarf, weitere Heime errichtet werden.

Abschließend appelliert der Redner an alle Verantwortlichen, daß auch heuer wieder am 24. und 31. Dezember die Pensionistenklubs geöffnet sein sollen. Gerade an diesen Tagen ist es wichtig, nicht auf unsere Alleinstehenden zu vergessen und ihnen die Möglichkeit zu bieten, diese Tage im Kreise ihrer Schicksalsgefährten zu verbringen.

./.

Stadtrat Maria Jacobi nimmt in ihrem Schlußwort zu den Ausführungen der Debattenredner Stellung. So hat GR. Dr. Marga Hubinek festgestellt, daß Österreich zum Beispiel in der Zahl der unehelich geborenen Kinder an erster Stelle steht und daß auf diesem Gebiet viel zu wenig getan wird. Stadtrat Jacobi vertritt die Meinung, daß wir uns im Wiener Gemeinderat nicht mit Fragen zu beschäftigen haben, die ganz Österreich betreffen, sondern mit Wiener Fragen. Wenn wir gerade diese Zahlen ansehen, können wir feststellen, daß Wien im Vergleich zu den Bundesländern nicht schlecht abschneidet. So werden prozentuell gesehen, die meisten unehelichen Kinder in Salzburg geboren. Es sind dort 18 Prozent, an zweiter Stelle liegt Kärnten mit 15 Prozent. Dann folgen Tirol mit 14, Oberösterreich mit 12 und dann erst Wien mit neun Prozent. Dann kommen nur mehr Vorarlberg mit acht, Niederösterreich mit sieben und Burgenland mit fünf Prozent.

Zur Frage der Kindergärten: Wo Gemeinderat Hubinek die Zahl von 30.000 fehlenden Kindergartenplätzen her hat, sei nicht bekannt. Bei uns wurde nur festgestellt, daß wir in Wien einen Bedarf für insgesamt 30.000 Kindergarten und Hortplätze haben. Dr. Hubinek hat auch gemeint, wir sollten doch vor allem eine bessere Partnerschaft zwischen der privaten und der öffentlichen Fürsorge herstellen und Professor Tandler zitiert. Tandler hat sicher nicht gemeint, daß das Recht der Kinder auf Hilfe dadurch gesichert wird, daß das Geld der öffentlichen Hand an Private gegeben wird. Er hat gemeint, daß die Kinder von der öffentlichen Hand so betreut werden müssen, daß ihre Entwicklung in jeder Weise gewährleistet und gefördert wird. Es ist auch nicht richtig, daß das Ausland auf diesem Gebiet uns weit voraus ist. Sie sind nicht weiter als wir, sie haben nur unsere Tradition übernommen und fortgesetzt. Von Wien aus ging der Gedanke in die Welt und nicht umgekehrt. Wir sind ständig bemüht, die Zahl der Kindergärten zu erhöhen. Daß wir dem großen Nachholbedarf, der sich durch die Umwandlung in der Gesellschaft ergeben hat, in so kurzer Zeit nicht gerecht werden können, ist selbstverständlich.

Daß das Essen in den Kindergärten schlecht sein soll, hört man zum erstenmal. Selbstverständlich wird diese Angelegenheit überprüft.

./.

Ein Mangel an Kleinkinderplätzen besteht derzeit nicht, wir haben vielmehr rund 100 Plätze im Zentralkinderheim frei. Sollte sich hier keine Änderung ergeben, müßte man die Kinder aus den privaten Heimen zurückziehen. Zu den vorgebrachten Vergleichen mit dem Ausland: In England ist die Situation ganz anders, da das Kindergartenjahr vor der Schulpflicht in den Schulen abgehalten wird. In den anderen Ländern sind die Kindergärten auch nicht wie bei uns von sechs bis 18 Uhr geöffnet, sondern meistens nur für einige Stunden am Tag.

Daß die Ansätze für Kindergartenbauten in diesem Jahr etwas geringer sind, hat den Grund darin, daß wir auf die Errichtung von Kindergärten in Fertigteilbauweise übergegangen sind, die veranschlagten Beträge daher jeweils nur für ein Jahr gelten. Das für Spielplätze innerhalb der Gruppe IV veranschlagte Geld ist nur für Spielplätze innerhalb der Kindergärten gedacht, hat also keineswegs mit den Ansätzen für den Spielplatzbau überhaupt zu tun.

Im Lindenhof bekommt jedes Kind, wenn vom Arzt verordnet, die entsprechende Diätkost.

Die den Säuglingswäschepaketen beigelegte Broschüre wird den Gemeinderäten vorgelegt.

Zum Thema Jugendschutz hat Gemeinderat Szöllösi bereits gesprochen. Es kann doch kaum im Interesse des Wiener Gemeinderates liegen, das Gesetz so dem der Bundesländer anzupassen, daß die Jugendlichen bereits ab 16 Jahren öffentlich Alkohol konsumieren dürfen.

Die Möglichkeiten der Fortbildung für Fürsorgerinnen sind keinesfalls gering. Jede Fürsorgerin hat die Verwaltungsakademie zu besuchen und darüber hinaus wird jede Fortbildungsmöglichkeit, die sich für eine Fürsorgerin ergibt, unterstützt.

Obwohl es Frau Gemeinderat Dr. Hubinek nicht gerne hat, wenn man sie richtigstellt, muß gesagt werden, daß über Lehrpläne an den Frauenoberschulen zwar seit Jahren verhandelt wird, aber nicht für die Oberklassen sondern nur für die Unterstufe. Nur in der Oberstufe aber wird die Fürsorge behandelt.

./.

Die Anregung von GR. Kabesch, die Fürsorgeunterstützung unter Verwendung des Anpassungsfaktors zu erhöhen, würde eine Verschlechterung für die Betroffenen bedeuten. Wir geben diesen nämlich nicht nur die sieben Prozent des Anpassungsfaktors, sondern den effektiven Betrag, um den die Ausgleichszulage erhöht wird, was bei den Fürsorgeunterstützungen wesentlich mehr als sieben Prozent ausmacht.

Wenn angeblich in Pensionistenklubs Wahlplakate der SPÖ hängen, so ist dies wahrscheinlich so, daß die Plakate in jenen Wohnhäusern affichiert sind, in denen die Klubs untergebracht sind. Plakate in Häusern sind weder der SPÖ noch der ÖVP oder anderen Parteien verboten. Sollte aber wirklich in einem Pensionistenklub-Lokal selbst ein Wahlplakat hängen, werden alle zuständigen Stellen zu einer einvernehmlichen Lösung bereit sein. Wenn gesagt wurde, daß vielleicht wegen solcher Plakate die Klubs schlecht besucht würden, kann nur darauf verwiesen werden, daß in keinem einzigen Wiener Pensionistenklub mehr ein Platz frei ist.

Über Weihnachten werden übrigens 13 und zu Silvester zehn Pensionistenklubs offenhalten, und zwar nicht nur für Klubmitglieder, sondern für alle Einsamen, die sich rechtzeitig anmelden.

Das Behindertengesetz und das Kindergartengesetz sind in Vorbereitung. Es werden dazu Kontakte mit allen zuständigen Verbänden hergestellt, mit denen bestes Einvernehmen besteht.

GR. Dr. Marga Hubinek kann ich nur empfehlen, ihren Antrag in der Sache der Heimhilfe zurückzuziehen. Er beruht nämlich auf mangelhaften Informationen. Die Heimhilfe wird bekanntlich von einem Verein geleistet, und nicht vom Wohlfahrtsamt der Stadt Wien. Der Gemeinderat kann aber keinem Verein vorschreiben, diese oder jene Richtlinien zu erlassen. In meinem Referat war nur deshalb von der Arbeit der Heimhilfe die Rede, weil die Stadt Wien dem Verein jene Leistungen bezahlt, die er für Fürsorgefälle erbringt.

Die Geldablöse, die an die Stelle der Sachaushilfe für Befürsorgte trat, wird so gehandhabt, daß man Preislisten für alle Bekleidungsstücke erstellt hat, die als Richtlinien dienen.

./.

Die Verdrängung der Sachaushilfe durch eine Bargeldablöse ist ein weiterer Schritt zur Ausmerzung der Gedanken überholter "Armenrechts-Fürsorge". Wegen der Verwendung der Mittel sollten wir nicht zu mißtrauisch sein. Die Befürsorgten hätten ja auch früher die Möglichkeit gehabt, die zur Verfügung gestellten Kleidungsstücke zu verkaufen. Pflegeeltern erhalten statt der Kinderkleider jetzt zweimal jährlich 1.000 Schilling (Für Kinder bis zu 18 Monaten zweimal 800 Schilling).

Zu Beginn der Aktion "Vergiß nicht Deinen Nächsten" hatten wir die Hoffnung, es würden sich viele junge Menschen melden, die man den Fürsorgeräten als Helfer zur Seite stellen könnte. Gemeldet haben sich jedoch nur einzelne. Daher wurde im 15. Bezirk ein neuer Versuch unternommen: Die Fürsorgeräte haben in den einzelnen Hausgemeinschaften Hilfe für diejenigen organisiert, die ihrer bedürftig sind. Dies erwies sich als eine noch viel glücklichere Lösung, als der ursprüngliche Plan, weil dadurch eine echte Nachbarschaftshilfe ins Leben gerufen wird. Ich habe alle Fürsorgeräte gebeten, ähnliches auch in ihren Bezirken zu organisieren. Für die Unterstützung der "Aktion Nachbarschaftshilfe" danke ich auch der Caritas, der Volkshilfe, dem Rentnerverband und der Zeitung "Express", die sich zum Sprachrohr dieser Bestrebungen gemacht haben.

Abschließend empfiehlt die Referentin den Antrag der KLS zur Behandlung zuzuweisen und ersucht um Zustimmung zu den Ansätzen ihrer Geschäftsgruppe.

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des IV Hauptstückes einstimmig angenommen, der Antrag der KLS wird einstimmig zugewiesen.

Der Vorsitzende GR. Nora Hiltl stellt fest, daß Stadtrat Jacobi zu dem von der ÖVP gestellten Antrag erklärt hat, daß dieser nicht zur Abstimmung kommen könne, weil er in die Kompetenz eines Vereines eingreife.

Der Vorsitzende unterbricht hierauf die Sitzung. Die Beratungen werden morgen, Dienstag, den 14. Dezember, um 9 Uhr, mit der Behandlung der Geschäftsgruppe V, Gesundheitswesen, fortgesetzt. Referent ist Stadtrat Dr. Otto Glück.

(Ende des Sitzungsberichtes).

\- - -

Großes Interesse für das "gute Bild" in der Secession

Bisher bereits 307 Exponate verkauft

13. Dezember (RK) Die Kulturamtsausstellung "Das gute Bild für jeden", die seit 30. November in der Secession zu sehen ist, konnte bisher sehr zufriedenstellende Umsätze und hohe Besucherzahlen verzeichnen. Bis gestern abend kamen 5.547 Schaulustige in das Ausstellungsgebäude und erstanden 307 Exponate im Gesamtwert von rund 157.000 Schilling. Selbstverständlich hat die Jury, die für die Auswahl der Bilder verantwortlich ist, genügend Reserve zur Hand, um die Ausstellung immer wieder mit neuen Beständen auffüllen zu können. "Das gute Bild für jeden" ist noch bis einschließlich 24. Dezember täglich von 10 bis 20 Uhr bei freiem Eintritt geöffnet.

\- - -

Rinderhauptmarkt vom 13. Dezember

13. Dezember (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 0. Neuzufuhren Inland: 46 Ochsen, 267 Stiere, 771 Kühe, 125 Kalbinnen, Summe 1.209. Gesamtauftrieb dasselbe, verkauft wurde alles. Auslandsschlachthof: 41 inländische Rinder.

Preise: Ochsen 13.50 bis 16.50 S, extrem 16.80 bis 17.50 S (7 Stück), Stiere 13.30 bis 16.50 S, extrem 16.60 bis 16.70 S (3 Stück), Kühe 9.20 bis 13.50 S, extrem 13.80 bis 15 S (10 Stück), Kalbinnen 13 bis 16.60 S, extrem 16.70 bis 17 S (5 Stück); Beinlvieh Kühe 7.80 bis 9 S, Beinlvieh Ochsen und Kalbinnen 10 bis 12.80 S.

Der Durchschnittspreis erhöhte sich bei Ochsen um 21 Groschen, bei Stieren um 24 Groschen, bei Kühen um 29 Groschen und bei Kalbinnen um 9 Groschen je Kilogramm. Der Durchschnittspreis einschließlich Beinlvieh beträgt bei: Ochsen 14.68 S, Stieren 15.38 S, Kühen 10.55 S, Kalbinnen 14.92 S. Beinlvieh erhöhte sich bis zu 30 Groschen je Kilogramm.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Dienstag, den 21. Dezember:

Wahl des neuen Kulturstadtrates

14. Dezember (RK) Am Dienstag, dem 21. Dezember, findet im Anschluß an die Budgetberatungen der Verwaltungsgruppe XI (Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten) die Wahl von Gemeinderat Gertrude Sandner zum neuen Amtsführenden Stadtrat für Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung als Nachfolgerin von Stadtrat Hans Mandl statt.

Geehrte Redaktion!

Sie sind herzlich eingeladen, Berichterstatter und Fotoreporter zu dieser Wahl und zur Angelobung im Sitzungssaal des Wiener Gemeinderates zu entsenden.

\- - -

Die Budgetberatungen im Rathaus:

Das Wiener Gesundheitswesen

14. Dezember (RK) Am fünften Tag der Budgetberatungen im Wiener Rathaus wurde die Verwaltungsgruppe V, Gesundheitswesen, behandelt. Stadtrat Dr. Glück (ÖVP) führte in seinem Referat aus:

"Meinen Bericht über das Budget der Geschäftsgruppe V möchte ich heuer ausnahmsweise mit den Leistungen der Magistratsabteilung 16 beginnen. Obwohl diese Abteilung bei den Budgetverhandlungen der letzten Jahrzehnte nie erwähnt wurde, kommt ihrer Arbeit ganz wesentliche Bedeutung zu.

Die Abteilung für Sanitätsrechtsangelegenheiten ist maßgeblich beteiligt an der Vorbereitung der verschiedensten Gesetze, zum Beispiel des Tuberkulosengesetzes, des Epidemiegesetzes, des Krankenpflegegesetzes und der Bazillenausscheiderverordnung, um nur einige wichtige herauszugreifen. Heuer wurde unter anderem auch der Entwurf eines Wiener Rettungs- und Krankenbeförderungsgesetzes ausgearbeitet, es wurde die planmäßige Bekämpfung der Ratten durch neue gesetzliche Regelungen verstärkt. Allein in Apothekerangelegenheiten wurden in diesem Jahr bereits 463 Akte erledigt und 182 Krankenanstaltenangelegenheiten abgeschlossen.

Kein einziger Kinderlähmungsfall in Wien

Ich habe in meinen früheren Ausführungen schon immer betont, daß neben der kurativen Medizin auch ein neuer umfangreicher Schwerpunkt, nämlich die prophylaktische Medizin immer mehr an Bedeutung gewinnt, das heißt jene medizinische Tätigkeit, die vorbeugend wirken und das Auftreten von Krankheiten von vornherein verhindern soll.

Das Gesundheitsamt kann auch für das heurige Jahr auf beachtliche Erfolge im Rahmen der prophylaktischen Medizin hinweisen.

Wenn wir uns die Leistungen der Magistratsabteilung 15 in diesem Jahr ansehen, so können wir mit großer Freude feststellen, daß auch heuer kein Fall von übertragbarer Kinderlähmung gemeldet wurde. Aus dieser wichtigen Feststellung darf

./.

man wohl den Schluß ziehen, daß der Erfolg der oralen Schutzimpfung bei der Bekämpfung der Krankheit mit ihren oft furchtbaren Folgeerscheinungen in unserer Bundeshauptstadt hundertprozentig war. Es ist selbstverständlich, daß diese Impfungen heuer, sie haben übrigens Mitte November begonnen, und auch im nächsten Jahr an den jährlich anfallenden neuen Jahrgängen unter den gleichen Bedingungen durchgeführt werden. Außerdem werden im kommenden Jahr Untersuchungen durchgeführt werden, die uns ein Bild darüber geben sollen, wie lange der hundertprozentige Schutz durch bereits durchgeführte Impfungen anhält.

Die Erkrankungen an infektiöser Gelbsucht, die erst seit kurzer Zeit anzeigepflichtig sind, sind in ihrer Gesamtheit im Verhältnis zur gleichen Zeit des Jahres 1964 annähernd gleich geblieben. Bei Auftreten dieser Erkrankung zum Beispiel in Kindergärten oder Internaten wurde heuer mit prophylaktischen Maßnahmen, das heißt mit Verabreichung von Gammaglobulin für die gesamte Gruppe begonnen.

Impfaktion gegen Wundstarrkrampf

Für das kommende Jahr ist eine weitere vorbeugende und meinem Ermessen nach sehr wichtige Maßnahme vorgesehen. Durch eine umfassende Impfaktion soll erreicht werden, daß der so gefürchtete Wundstarrkrampf verhütet wird. Die Infektion erfolgt bei dieser Krankheit ausschließlich durch Kontakt von Wunden mit Straßenstaub. Es gibt zwar zum Unterschied von der Kinderlähmung auch nach einer Verletzung, zum Beispiel nach einem Straßenunfall, eine Möglichkeit zur Verhinderung der Krankheit, nämlich die Tetanusschutzimpfung. Diese kann aber mit zusätzlichen Gefahren auch ernster Art verbunden sein. Die erfolgreichste Prophylaxe ist aber die aktive Schutzimpfung. Der Beginn dieser Aktion ist für das Frühjahr 1966 vorgesehen.

Für grippegefährdete Bedienstete der Stadt Wien, also vor allem für die in einem Spital arbeitenden Angestellten, wurde und wird auch derzeit eine Grippeimpfung auf Kosten des Wiener Magistrates durchgeführt.

Gegen die Rattenplage

Zur allgemeinen Hygiene zählt in enger Verbindung zur Bekämpfung der Seuchen auch die Bekämpfung der Ratten. Im ersten Halbjahr 1965 wurden annähernd 75.000 Auslegungen mit fast

./.

25.000 Kilogramm Giftködermaterial in etwas mehr als 46.000 [illegible] Objekten durchgeführt. Zur Regelung der Rattenbekämpfung wurde in diesem Jahr eine neue Fassung der gesetzlichen Bestimmungen geschaffen. Diese Bestimmungen geben nun die Möglichkeit, neben der fortlaufenden Rattenbekämpfung sogenannte 'Rattenkampftage' durchzuführen. Besonders notwendig sind diese Maßnahmen bei Aufgrabungsarbeiten und bei Auftreten von Kanalschäden. Für diese über das übliche Maß hinausgehenden Bekämpfungsmaßnahmen gegen die Ratten wurde mir auch für das kommende Jahr ein entsprechender Betrag zur Verfügung gestellt.

Die langanhaltende Regenperiode und das Hochwasser im Frühjahr ließen in diesem Jahr eine besonders große Gelsenplage aufkommen. Darf ich dazu gleich sagen, daß eine Gesundheitsgefährdung oder Malariaausbreitung durch die Gelsenplage nicht erfolgt. Deshalb war die Gesundheitsbehörde auch nicht vor die Notwendigkeit gestellt, eine Bekämpfung der Stechfliegen mit allen Mitteln in die Wege zu leiten. Ich persönlich bin der Meinung, daß gegen lokalisierte Bekämpfungsmaßnahmen zum Beispiel im Bereich von Bädern kein Einwand zu erheben ist. Bei großräumigen und ausgedehnten Gelsenbekämpfungsmaßnahmen, die ja mit chemischen Mitteln durchgeführt werden, ist die Gefahr einer Störung des biologischen Gleichgewichtes durch [illegible] Schädigung von Bienen und anderen nützlichen Tieren nicht von der Hand zu weisen. Ich glaube, daß aus diesem Grund großräumige Gelsenbekämpfungsmaßnahmen nicht durchgeführt werden sollen.

Modernisierung des schulzahnärztlichen Dienstes

Zu den Referaten des Gesundheitsamtes zählen auch die Schulzahnkliniken. Diese haben bis zum Ende des Schuljahres 1964/65 nach jenem Routinesystem gearbeitet, wie es im Jahre 1922 eingeführt worden ist. Die Zustände derzeit sind aber völlig andere als vor 40 Jahren. Es war daher dringend notwendig, die Schulzahnkliniken den geänderten Verhältnissen anzupassen. Im Einvernehmen und nach Absprache mit dem Stadtschulrat wurde der schulzahnärztliche Dienst grundlegend modernisiert und die Umstellung im Bereich der Schulzahnkliniken ist derzeit in vollem Gange. Worauf es uns ankommt, ist, daß sichergestellt wird, daß alle Kinder in den städtischen Pflichtschulen mindestens zwei Mal jährlich zahnärztlich untersucht werden und daß diese Untersuchungen in den Schulen stattfinden. Das ./.

Ergebnis der Untersuchungen wird den Eltern der Kinder schriftlich mitgeteilt. Die Behandlung selbst soll dann bei den freiberuflich tätigen Zahnärzten durchgeführt werden. Das stößt deshalb auf keine Schwierigkeiten, da ja fast alle Kinder krankenversichert sind. Für jene Kinder und Jugendliche, bei denen dies aus irgendeinem Grund nicht möglich ist, wurden fünf ehemalige Schulzahnkliniken in Wien, wenn ich so sagen darf, in Schwerpunktstationen umgewandelt, in denen alle Kinder und Jugendliche kostenlos behandelt werden.

Diese Jugendzahnkliniken werden mit den modernsten Apparaten ausgestattet. Es wird auch eine eigene Narkosestation geschaffen, in der alle chirurgischen und konservierenden Behandlungen in Vollnarkose kostenlos durchgeführt werden können. Sollten Kontrolluntersuchungen, die nun jährlich zweimal durchgeführt werden, ergeben, daß die bei der letzten Untersuchung festgestellten Schäden des Gebisses nicht behoben wurden, werden die Eltern in die Schule vorgeladen und über die Wichtigkeit der notwendigen Zahnbehandlung aufgeklärt.

Als wichtige Einrichtung bei den Schulzahnkliniken kann ich nun endlich die Schaffung einer kieferorthopädischen Station des Gesundheitsamtes mitteilen. Eine große Zahl der Wiener Schulkinder benötigt eine Zahnregulierung. Die derzeit bestehenden kieferorthopädischen Zahnkliniken in der Poliklinik und der Universitätszahnklinik sind nicht in der Lage, alle Kinder in Behandlung zu nehmen. Diese neue Station des Gesundheitsamtes wird vorerst in der Schulzahnklinik Josefstadt in der Wickenburggasse untergebracht. Die entsprechende Adaption der Räume ist derzeit schon im Gange. Die Eröffnung dieser Station wird am 1. März 1966 erfolgen.

Die Fluoraktion, die eine echte und wirkungsvolle Cariesprophylaxe darstellt, wird in diesem Schuljahr 1965/66 in allen vier Volksschulklassen und den ersten und zweiten Klassen der Hauptschulen und in den höheren Schulen durchgeführt. Ständig werden die Kinder durch wiederholte Aufklärung von der Notwendigkeit der Tabletteneinnahme zu überzeugen versucht. Unverändert geht die Durchführung dieser Aktion bei allen werdenden Müttern, Säuglingen und Kleinkindern weiter. Als Folge dieser Fluortablettenaktion ist derzeit schon fest-

./.

stellbar, daß die Zahnfäule um 13 Prozent zurückgegangen ist. Sie betrug im Jahre 1962 60 Prozent und im Jahre 1965 47 Prozent. Dieser große Erfolg ist nur durch die Fluortablettenaktion erklärbar.

Weitere Erfolge in der Tbc-Bekämpfung

Auch auf dem Gebiet der Tuberkulosefürsorge kann Erfreuliches berichtet werden. Der Anteil der Wiener Kinder bei der Gesamtzahl an Neuerkrankungen an Tuberkulose in Österreich ist innerhalb von zehn Jahren von 29 Prozent auf 7 Prozent zurückgegangen. Diese außerordentlich erfreulichen Resultate gewinnen noch an Bedeutung, wenn man die größere Infektionsgefahr in einer Großstadt berücksichtigt. Meines Erachtens ist dieser Erfolg auf die konsequent durchgeführte BCG-Impfung zurückzuführen. Mehr als 90 Prozent aller Neugeborenen werden hier in Wien gleich nach der Geburt gegen Tuberkulose geimpft und die Nachimpfung führt ein Impfteam des Gesundheitsamtes lückenlos bei den neun- bis zehnjährigen Volksschülern durch.

In diesem Jahr sind um 7 Prozent weniger an aktiver Tuberkulose erkrankte Patienten festgestellt worden. Obwohl große Erfolge im Kampf gegen die Tuberkulose erzielt wurden, ist diese Seuche noch lange nicht ausgerottet. Deshalb ist es auch im kommenden Jahr notwendig, die Fürsorgestellen zu modernisieren. So wurde in diesem Jahr die Tuberkulosefürsorgestelle unter anderem im 5. und 14. Bezirk ausgebaut und neu ausgestaltet.

Auch bei den Schirmbildreihenuntersuchungen - und diese Untersuchungen halte ich für besonders wichtig - konnten im letzten und in diesem Jahr schöne Erfolge erzielt werden. Im Durchschnitt kann man sagen, daß von tausend Personen ein bis zwei tuberkulosverdächtige Personen gefunden werden, die nicht wissen, daß sie bereits erkrankt sind.

Ein neues großes Problem stellen die tuberkulösen Gastarbeiter dar. In unserem Tuberkulosereferat wurde bei den Gastarbeitern eine hohe Durchseuchung festgestellt. Die hier in Wien durchgeführten Untersuchungen ergaben, daß unter hundert Fällen zirka drei Fälle mit offener Tuberkulose aufgedeckt werden.

./.

Auch die Gesundenuntersuchungsstellen werden in großem Ausmaß von der Wiener Bevölkerung in Anspruch genommen. Auf einem internationalen Kongreß der deutschen Gesellschaft für Dokumentation wurden die Resultate unserer Gesundenuntersuchungsstellen außerordentlich beachtet und dabei betont, das Österreich damit wegweisend ist. In diesem Jahr wurden bei 3,5 Prozent der durchuntersuchten Frauen und Männer geschwulstverdächtige Befunde erhoben. Heuer wurde im 18. Bezirk eine neue Gesundenuntersuchungsstelle eröffnet.

Sowohl bei der Fürsorge für Alkoholkranke, als auch bei der Fürsorge für Geisteskranke erhöht sich die intensive Betreuung von Jahr zu Jahr. Die Zusammenarbeit mit den Ärzten ist eine erfreulich gute. Vor einigen Wochen konnte eine dritte Beratungsstelle für Alkoholiker im 2. Bezirk eröffnet werden. Im Südosten des Stadtgebietes ist die Eröffnung einer weiteren Beratungsstelle im kommenden Jahr geplant.

Untersuchung des Trinkwassers

Nun zur hygienisch-bakteriologischen Untersuchungsanstalt. Trinkwasseruntersuchungen mit Färbeversuchen wurden im Trinkwasserwerk Lobau in reichlicher Zahl durchgeführt. Ebenso wurde und wird die projektierte Fassung und Einleitung der Sieben Quellen hydrologischen Untersuchungen laufend unterzogen. Im heurigen Jahr wurden auch auf dem Gebiet der Abwasserhygiene Großuntersuchungen der Donau und des Donaukanals durchgeführt. Aus diesen Untersuchungen geht hervor, daß vor allem der Donaukanal aus hygienischen Gründen zu sanieren wäre. Diese Sanierung würde auf Grund der Untersuchungen am besten dermaßen erfolgen, daß die Ausmündung der beiden Hauptsammelkanäle in den Donaustrom verlegt werden soll.

Zum Schutz der Donau ist eine mechanische zentrale Kläranlage erforderlich. Diese Anlage müßte allerdings jetzt schon so projektiert werden, daß in ferner Zukunft eventuell ein stufenweiser Ausbau im Sinne einer vollbiologischen Klärung der Abwässer möglich wäre.

In den letzten zwei Jahren wurden von der bundesstaatlichen bakteriologisch-serologischen Untersuchungsanstalt Wien und dem Institut für medizinische Physik in Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsamt der Stadt Wien Messungen der

./.

bestehenden Luftverunreinigung durchgeführt. Untersucht wurde dabei der Staub-, Blei-, Schwefeldioxyd- und CO-Gehalt der Luft. Diese Untersuchungen müssen noch jahrelang durchgeführt werden, um auswertungs- und publikationsfähig zu werden. Für die, bei den Bezirksgesundheitsämtern entnommenen Straßenluftproben liegen Meßwerte von 0,1 - 1,1 mg/m3 vor. Das ist als ein relativ günstiges Ergebnis zu werten. Die Zeit ist allerdings noch zu kurz, um daraus endgültige Schlüsse ziehen zu dürfen.

Seit Juli 1965 steht unserem Hygienereferat ein Präzisions-Schallpegelmesser zur Verfügung, dadurch ist es nun bei den Begutachtungen möglich, Lärmbekämpfung objektiv auf Grund eigener Messungen zu untersuchen. Mit diesem Instrument konnten die uns angezeigten Lärmbelästigungen abgestellt werden.

Die Wiener Spitäler

Bei dem nun folgenden Bericht über das Anstaltenamt möchte ich gleich mit einem Punkt beginnen, der dem Spitalerhalter zunehmende Sorgen bereitet, nämlich die stetige Zunahme der Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben.

1966 werden pro Patient und Tag cirka 293 Schilling (ohne Investitionen) und 359 Schilling (mit Investitionen) ausgegeben. Wegen dieser steigenden Kosten ist die Magistratsabteilung 17 im April 1965 an den Hauptverband der Sozialversicherungsträger um Erhöhung der Pflegegebühren herangetreten. Es wurde damals eine Erhöhung des Satzes von 104 Schilling auf 130 Schilling verlangt. Die Verhandlungen konnten vor einigen Tagen wohl abgeschlossen werden, doch war es nicht möglich den angestrebten Satz zu erreichen. Die neuen Ansätze der Pflegegebühren betragen nunmehr für Sozialversicherte pro Tag 114 Schilling für Selbstzahler 140 Schilling, für Selbstzahler in der II. Gebührenklasse 198 Schilling, in der I.Klasse 240 Schilling. Diese bei den Verhandlungen erzielten neuen Sätze konnten bei der Budgeterstellung allerdings noch keine Berücksichtigung finden.

./.

Für die Inventarerhaltung werden 37 Millionen Schilling (im vorigen Jahr 34,3 Millionen Schilling) notwendig sein. Für die Anschaffung medizinischer Apparate und Geräte im kommenden Jahr, sowie für das allgemeine Inventar sind 20,400.000 Schilling (im vorigen Jahr 19,850.000,-Schilling) vorgesehen. Für Medikamente werden 107 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt (im vorigen Jahr 91,29 Millionen Schilling), für die bauliche Erhaltung in den städtischen Krankenanstalten 31 Millionen Schilling (im vorigen Jahr 31 Millionen Schilling) und für die Investitionen auf dem Bausektor 216,500.000,-Schilling (im vorigen Jahr 177,49 Millionen Schilling). In dieser Summe ist auch die Rate für den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses in der Höhe von 140 Millionen Schilling enthalten.

Großes Spitalsbauprogramm

Nun zu den bedeutendsten Projekten, die im kommenden Jahr durchgeführt werden sollen.

Darf ich mich zuerst mit unserem derzeit größten Bauprojekt, dem Neubau des Allgemeinen Krankenhauses, befassen. Vor kurzem konnte im Rahmen einer kleinen Feier die Dachgleiche der neuen Wohngebäude begangen werden. Ein wichtiger Abschnitt, nämlich Bauabschnitt 1, im Rahmen unseres Bauprogrammes wurde damit erreicht.

Dieser erste Bauabschnitt umfaßt zwei große Personalwohnhäuser und die Schwesternschule mit Internat, daneben auch noch einen Autoabstellplatz für 140 Kraftfahrzeuge. Der Spitzenausschuß hat in seiner 12. Sitzung vom 1. Juni 1964 die Summe von 340 Millionen Schilling für diesen ersten Bauabschnitt genehmigt. Unmittelbar nach dieser Sitzung konnte unverzüglich mit dem Bau dieser drei großen Objekte begonnen werden.

Die Wohnräume weisen eine Größe von 24,5 m2 auf und sind in Form von modernen Garconnieren gestaltet. Bei der Einrichtung dieser Garconnieren wird dafür Sorge getragen werden, daß eine behagliche und wohnliche Atmosphäre entsteht.

./.

Neben diesen geplanten Bauarbeiten wurde auch ein neues Kanalnetz angelegt. Es wurden zwei neue Hauptsammler errichtet, die Länge dieser neuen Kanäle beträgt 520 Meter. Erfreulich bei dem Bau dieser großen Objekte war die Tatsache, daß die vorgesehene Bauzeit nicht nur eingehalten, sondern teilweise sogar unterboten werden konnte.

Im kommenden Jahr wird nun mit dem Bauabschnitt 2 begonnen werden. Diese Gebäudegruppe, die nun die gesamte Psychiatrische Klinik, die Kinder- und Jugendpsychiatrische Abteilung, die Kinderklinik und die Heilpädagogische Abteilung umfaßt, ist südwestlich des Kerns der Anlage angeordnet. Verbindungsgänge sollen diese Gebäudegruppe mit dem Hauptgebäude verbinden, um die notwendigen funktionellen Zusammenhänge herzustellen.

Die Psychiatrische Klinik wird aus einem dreigeschoßigen Untersuchungs- und Behandlungsbau bestehen. Im Untergeschoß werden die Aufnahme, der Eingang für Liegendkranke und eine Spezialpflegeeinheit, im Erdgeschoß die Ambulanzen, physikalische Therapie, Beschäftigungstherapie und im 1. Obergeschoß die neurophysiologischen und andere Labors, alle Nebenräume und die Leitung untergebracht werden. Der dreigeschoßige Bettenbaukörper umfaßt sechs Pflegeeinheiten. Die Jugendpsychiatrie ist zwischen Psychiatrischer- und Kinderklinik geplant.

Anschließend daran ist die Kinderklinik vorgesehen, die wiederum aus einem dreigeschoßigen Untersuchungs- und Behandlungsflachbaukörper und dem darauf aufgesetzten sechsgeschoßigen Bettenbaukörper besteht.

Der Bau dieser gesamten Anlage wird im kommenden Jahr begonnen, nach Fertigstellung dieses Bauabschnittes 2, der wohl drei bis vier Jahre in Anspruch nehmen wird, kann die Neuropsychiatrische und die Kinderklinik in diesen Neubau übersiedeln. Unmittelbar nach dieser Übersiedlung wird der Abbruch der derzeitigen Psychiatrischen Klinik durchgeführt, dieser Abbruch wiederum ist Voraussetzung für den Beginn der Arbeiten des eigentlichen Kernkomplexes dieses Neubaues.

./.

Eine besonders wichtige Entscheidung wurde in der letzten Sitzung des Spitzenausschusses vom 23. Juni 1965 getroffen. Ursprünglich war die Errichtung des Allgemeinen Krankenhauses in zwei Baustufen projektiert. Die Bauleitung hat nun angeregt, die Entscheidung, den Neubau in zwei völlig getrennten Etappen durchzuführen, nochmals zu überprüfen. Mehrere Punkte waren maßgebend dafür, daß der Spitzenausschuß auf Grund dieser Anregung beschlossen hat, den Neubau in einer Etappe durchzuführen:

Erstens müßte die II. Universitäts-Frauenklinik, die Hals-, Nasen- und Ohrenklinik und die I. Medizinische Universitätsklinik generalsaniert werden. Es müßte zweitens ein Versorgungstunnelsystem für die sogenannten neuen Kliniken geschaffen werden. Drittens würden auch von bodenmechanischer, fundierungstechnischer und baukonstruktiver Art wesentlich umfangreichere Arbeiten und Adaptierungen erfolgen müssen und viertens würde die Errichtung in zwei Baustufen bedeuten, daß im Bereich dieses großen Krankenhauses für die Dauer vieler Jahre eine Großbaustelle mit allen damit verbundenen störenden Auswirkungen auf den ganzen Betrieb der Anstalt bestehen würde.

Das zweite große Bauvorhaben im Rahmen des Neubaues der Universitätskliniken ist der Umbau der II. Chirurgischen Universitätsklinik und I. Universitäts-Frauenklinik. Diese Arbeiten werden auch im kommenden Jahr programmgemäß weitergehen. Im heurigen Jahr wurden die Rohrarbeiten zur Gänze fertiggestellt. Mit der Vollendung der Arbeiten, die die Operationsräume, Ambulanz, Röntgen, Atemphysiologie und Kieferstation umfassen, ist in Kürze zu rechnen.

Im Rahmen des Klinikerprogramms wird im kommenden Jahr die Urologische Klinik, die Orthopädische und die Kieferchirurgische Klinik überholt und modernisiert. Außerdem ist ein neues Sanierungsprogramm für die alten Kliniken in Ausarbeitung.

./.

Besonders hervorheben möchte ich die Errichtung einer Betatronbestrahlungsanlage, deren Bau im kommenden Jahr fortgesetzt und voraussichtlich abgeschlossen wird. Mit der Betatronanlage im Zentralröntgeninstitut des Allgemeinen Krankenhauses werden wir in Wien ein zweites großes Bestrahlungszentrum geschaffen haben.

Nun zu dem zweiten großen Bauvorhaben, dem Neubau des Rudolfspitals. Bedingt durch die seit der Errichtung dieser Anstalt in den Jahren 1860 bis 1864 stürmisch vorangetriebene Entwicklung der Medizin wurde die Notwendigkeit einer grundlegenden Restaurierung oder Neuerrichtung des völlig veralteten Hauses erkannt. Auf Grund eines Gemeinderatsbeschlusses (vom 20. Juli 1962) wurde nun nach genauen und gründlichen Vorarbeiten der Weg zur Errichtung des Neubaues der Krankenanstalt Rudo- iftung freigegeben. In einem sechzehngeschoßigen Bettenhochhaus im Einflursystem wird nun dieses Schwerpunktspital erstehen.

Es wird ein Operationszentrum mit acht Operationssälen und einer eigenen Aufwach- und Intensivpflegestation geschaffen. Im ersten Untergeschoß wird eine zentrale Versorgungsebene untergebracht, wie zum Beispiel Bettenzentrale, Zentralapotheke, Zentralsterilisationsanlage, sowie eine große physikalische Therapieanlage und außerdem die Prosektur und die Archivräume.

Die für jeden Krankenhausbetrieb entscheidende Frage der Transport- und Verkehrswege ist durch weitgehende Automatisierung horizontaler und vertikaler Verbindungen gelöst. Ausgangsebene aller vertikalen Versorgungswege ist das erste Untergeschoß mit seinen zentralen Einrichtungen im Sinne einer 'zentralen Koordinierungsstation', von der aus alle Stationen raschestens erreicht werden können.

Eine große Variabilität in den Ambulanzen ist durch die Planung von Zwischenwandelementen vorgesehen, ebenso ist es auch in den Stationen möglich, durch Austausch von Zwischenwänden Sechsbettzimmer in Dreibettzimmer und umgekehrt ohne große Schwierigkeiten umzuwandeln.

./.

Die technischen Einrichtungen dieses Schwerpunktspitales werden den modernsten Anforderungen entsprechen. Rufanlagen, Personalsuchanlagen, Gegensprechanlagen, Rohrpostverbindungen, ausreichende Telefonanschlüsse und konsequente Rationalisierung des Behandlungs- und Pflegeablaufes sind vorgesehen.

Der gegenwärtige Stand ist so, daß der Abbruch des Westverbaues bis auf das Erdgeschoß abgeschlossen ist, die Fundamente für das Kesselhaus sind teilweise fertiggestellt. Die notwendige Verlegung der Abteilungen und Ambulanzen ist im großen und ganzen abgeschlossen und eine provisorische Unterbringung sichergestellt. Mit dem Umbau der Küche kann am 3. Jänner 1966 begonnen werden.

Im Krankenhaus Lainz wurde heuer die Betatronanlage fertiggestellt. Ich glaube, daß wir die Fertigstellung dieser Anlage als einen sehr großen Fortschritt bezeichnen dürfen. Es ist dies die erste Anlage, die in Österreich ihrer Bestimmung übergeben wurde.

Im kommenden Jahr wird mit dem Neubau des Zentrallaboratoriums und Isotopenlaboratoriums begonnen. Die Planungsarbeiten für diesen Neubau sind bereits abgeschlossen. Das Gesamterfordernis für dieses Objekt beträgt 20,600.000 Schilling. Für ein Schwerpunktspital halte ich die Errichtung einer derartigen Zentraleinrichtung für unbedingt erforderlich und für einen entscheidenden Fortschritt. Außerdem wird in diesem Spital im kommenden Jahr auch das geistliche Schwesternheim entsprechend adaptiert.

Im Wilhelminenspital konnte in diesem Jahr im Rahmen des großen Erweiterungsprogrammes der Pavillon 28 mit 204 Betten seiner Bestimmung übergeben werden. In diesem Pavillon ist eine chirurgische Abteilung, die gynäkologisch-geburtshilfliche und eine urologische Abteilung untergebracht. Im Erdgeschoß befinden sich die entsprechenden Ambulanzen. Der Operationstrakt im 5. Stock verfügt über vier aseptische und zwei septische Operationssäle. Im 6. Stock sind die Ärztedienstzimmer und die Zimmer für die diensthabenden Schwestern untergebracht. Die Gesamtkosten dieses Pavillons betrugen 60 Millionen Schilling. Die Kosten für das Bett betrugen somit rund 250.000 Schilling.

./.

Im kommenden Jahr wird nun in diesem Spital das große neue Röntgeninstitut fertiggestellt. 18 Millionen Schilling sind als Baukosten für dieses Röntgeninstitut vorgesehen. Dazu kommen noch die Einrichtungskosten von 7,2 Millionen.Schilling und der Kobaltbunker mit 5,2 Millionen Schilling. Eine entscheidende Maßnahme stellt auch der Neubau einer großen unfallchirurgischen Abteilung dar. Die Planungen für diesen Neubau, der 120 Betten umfassen wird, sind abgeschlossen. Es kann somit 1966 mit dem Bau dieser Abteilung, der mir ganz besonders wichtig erscheint, begonnen werden. Im Franz Josef-Spital ist die Planung einer neuen urologischen Abteilung noch nicht abgeschlossen. In diesem Spital wird die 2. medizinische Abteilung modernisiert. Im Elisabethspital ist es gelungen, für die Bauvorbereitungen und für den Baubeginn der ersten Baustufe, es handelt sich hiebei um den Neubau der chirurgischen Abteilung, eine erste Baurate sicherzustellen.

In der Lungenheilstätte Baumgartner Höhe wurde heuer der Pavillon Hermann fertiggestellt. Mit Pavillon Austria und diesem Pavillon wurden nun in dieser Anstalt zwei mustergültige Abteilungen geschaffen. Die Kosten für den Umbau und die Modernisierungsarbeiten im Pavillon Hermann betrugen zwölf Millionen Schilling. Auch unsere geistlichen Schwestern, die in dieser Anstalt arbeiten, haben neue und schöne Wohnmöglichkeiten bekommen. Im kommenden Jahr wird die Generalsanierung des Pavillons Leopold begonnen.

Ein großes Projekt im nächsten Jahr, dessen Planung bereits abgeschlossen ist, ist die Errichtung eines Sonderkinderkrankenhauses für gehirngeschädigte Kinder. Die Gesamtkosten dieses Neubaues werden sich auf 40 Millionen Schilling belaufen. Ich glaube es als einen großen Fortschritt bezeichnen zu dürfen, daß für diese bedauernswerten Kinder eine zweckentsprechende Anstalt errichtet wird.

Für weitere Planungsarbeiten unter anderem auch für das Krankenhaus Ost ist im Budget eine entsprechende Summe vorgesehen.

./.

Die Altersheime

Bei unseren städtischen Altersheimen hat sich der systemisierte Bettenstand von 6.315 auf 6.475 Betten erhöht. Trotz der recht umfangreichen Bauarbeiten in verschiedenen Altersheimabteilungen war es auch in diesem Jahr möglich, eine achtundneunzigprozentige Ausnützung des Durchschnittsbettenbelages zu erzielen.

Im Altersheim Lainz wird der völlige Umbau des Pavillons XI, es handelt sich dabei um die große neurologische Abteilung dieser Anstalt, fortgesetzt und abgeschlossen. Die Gesamtkosten für diesen Umbau betrugen 37,1 Millionen Schilling.

Ebenso wird im kommenden Jahr der Einbau von Zentralheizungsanlagen und Installierungsanlagen von Kalt- und Warmwasser in den Pavillons IV, VI und XIV weitergeführt und teilweise abgeschlossen. Auch auf den Erweiterungsbau der Heizwerkstätte, der im kommenden Jahr voraussichtlich abgeschlossen werden kann, möchte ich nicht vergessen hinzuweisen.

Im Altersheim Baumgarten wird Pavillon VI in allernächster Zeit in Betrieb genommen werden können. Dieser Pavillon umfaßt über hundert Betten und ist entsprechend den neuesten Erfahrungen und Kenntnissen umgebaut worden.

Weiters wird in dieser großen Anstalt der Bau der Zentralheizungsanlage im Pavillon II fortgesetzt. Die Gesamtkosten für den Neubau dieser Zentralheizungsanlage in diesem Pavillon betragen 23 Millionen Schilling.

Sehr viel Sorge bereitet mir das Altersheim Liesing, das in seiner derzeit baulichen Gestaltung für den Betrieb eines Altersheimes wenig geeignet erscheint. Da der Umbau einen sehr beträchtlichen Kostenaufwand erfordern würde, ist an einen Neubau gedacht, an dessen Planung bereits gearbeitet wird. Dieses neue Altersheim soll im Süden der Stadt mit einem Fassungsraum zwischen 800 bis 1.000 Betten errichtet werden.

Im Altersheim St. Andrä werden die Arbeiten zur Fertigstellung der Aufstockung des Tagraumzubaues abgeschlossen. Auch der Anstaltsausbau wird im Jahre 1966 mit einem Betrag von 950.000 Schilling vollendet. Dadurch wird die Eröffnung einer neuen Station in Bälde ermöglicht. Die Kosten dieser Station betragen insgesamt 2,2 Millionen Schilling.

./.

Die Finanzierung der Planung eines Altersheimes im Zusammenhang mit einem Krankenhaus links der Donau im städtebaulichen Entwicklungsgebiet Stadlau, wird, wie ich schon erwähnt habe, auch im kommenden Jahr sichergestellt.

Im systemisierten Bettenstand der Anstalten für Geisteskranke tritt auch im kommenden Jahr keine Änderung ein. Die Intensivierung der psychiatrischen und medizinischen Betreuung der Kranken beginnt sich aber insoferne vorteilhaft auszuwirken, als der Durchschnittsbelag erstmals nun nach vielen Jahren eine deutlich sinkende Tendenz aufweist. Besonders der Ausbau der therapeutischen Einrichtungen, wobei hier besonders die Arbeitstherapie einen hervorragenden Anteil hat, gewährleistet, daß die Patienten wieder ins Berufsleben zurückgeführt werden können. Die Errichtung eines Tag- und Nachtspitales im Psychiatrischen Krankenhaus hat sich so bewährt, daß sie eine Dauereinrichtung der Anstalt wurde. Im Einvernehmen zwischen Anstaltsarzt, Fürsorgerin und Arbeitsamt werden dem Patienten hiebei Arbeitsstellen vermittelt, die er auf Grund seines psychischen Zustandsbildes auszufüllen imstande ist. Im Tagspital werden jene Patienten untergebracht, die noch nicht dem Arbeitsprozeß eingegliedert werden können. Sie üben im Rahmen der Arbeitstherapie ihre Tätigkeit aus.

Im Psychiatrischen Krankenhaus wird nun der völlige Umbau und die Modernisierung des Pavillons XXIV im kommenden Jahr abgeschlossen. Die Kosten dieses Umbaues betragen 5,4 Millionen Schilling.

Unsere zweite Anstalt, die Heil- und Pflegeanstalt Ybbs a/D. wird im Jahre 1967 ihr 150jähriges Bestandsjubiläum begehen. Bei dieser Anstalt wird derzeit geprüft, in welchem Umfang eine Erweiterung dieser Anstalt möglich wäre.

Ausbau des Rettungsdienstes

Darf ich mich nun einem Kapitel zuwenden, das besondere Bedeutung im Rahmen meiner Geschäftsgruppe hat, nämlich das Rettungs- und Krankenbeförderungswesen. 1964 und 1965 wurden insgesamt 14 neue Ambulanzwagen mit Spezialausstattung und Spezialeinrichtung gekauft, es wurde die Rettung mit entsprechender

./.

Sprechfunkanlage versehen, neue Uniformen für das gesamte Rettungs- und Krankenbeförderungspersonal angeschafft. Abgesehen davon wurde die Rettungszentrale völlig modernisiert.

Mit dem Bau der neuen Rettungs- und Sanitätsstation Arsenal wurde begonnen.

Der Umbau und die Modernisierungsarbeiten der Rettungsstation Penzing wurden eingeleitet.

Die Rettungsstation Aspang wurde geschaffen und modern eingerichtet.

Im kommenden Jahr nun sollen die Umbau- und Modernisierungsarbeiten der Station Mariahilf abgeschlossen werden.

Außerdem können im nächsten Jahr, und das freut mich ganz besonders, 10 neue Ambulanzwagen gekauft werden. Die Kosten für einen Wagen betragen 180.000 Schilling.

Alle Rettungsstationen wurden mit modernen und wohnlichen Einrichtungsgegenständen versehen. Mit diesen Arbeiten wird nun sehr bald die Generalsanierung unseres Rettungs- und Krankenbeförderungsdienstes abgeschlossen werden können.

In der Rettungszentrale befindet sich auch die sogenannte Bettenzentrale. Besetzt ist die Bettenzentrale mit einem Arzt, der die Einweisungsdiagnosen überprüft und bei Unklarheit Rücksprache mit den einweisenden Ärzten hält. Durch diese Maßnahmen gelang es immer, für schwere akute Fälle Betten zur Verfügung zu stellen. Bei den pflegebedürftigen Patienten wurde ein sofortiges Einvernehmen mit der Magistratsabteilung 12 hergestellt, die die Aufnahme in die Altersheime durchführt.

500 Schwestern fehlen

Auch im kommenden Jahr sollen für unsere Krankenpflegeschulen illustrierte Prospekte an alle Haushalts- und Mittelschulen von Wien, Niederösterreich und Burgenland ausgesendet werden und auch in den Spitälern zur Verteilung gelangen. Die Werbung, die in diesem Jahr durchgeführt wurde, hat es mit sich gebracht, daß die Zahl der Bewerberinnen für unsere Krankenpflegeschulen zugenommen hat.

./.

Auch das monatliche Taschengeld unserer Schülerinnen wurde erhöht. (Im ersten Jahrgang von 300 Schilling auf 320 Schilling, im zweiten Jahrgang von 415 Schilling auf 445 Schilling und im dritten Jahrgang von 585 Schilling auf 625 Schilling.)

Außerordentlich bewährt haben sich in jeder Krankenpflegeschule die Vorpraktika. Der Andrang ist so groß, daß das Referat V Schwierigkeiten hat, Räume für Vorpraktika zu finden.

Ich glaube, daß auch dieser große Erfolg auf unsere intensive Werbung zurückzuführen ist.

Zum Krankenpflegepersonalstand darf ich Ihnen mitteilen, daß derzeit 366 Posten unbesetzt sind. Wenn man den Karenzurlaub und den Krankenstand hinzurechnet, so fehlen uns durchschnittlich 500 Schwestern. Diese Tatsache bringt es mit sich, daß ständig Stationen gesperrt gehalten werden müssen. Im Monat November dieses Jahres sind es 600 Betten, die wegen Personalmangel nicht belegt werden können. Daraus ergibt sich wohl, daß die Nachwuchssituation im Schwesternberuf sehr ernst zu beurteilen ist. Es muß von seiten der Gemeindeverwaltung alles überlegt und durchdacht werden, dem Mangel gerade auf diesem Sektor zu beheben. Der Krankenpflegeberuf muß aufgewertet werden. Die Tatsache der Abwertung und Nivellierung zugunsten des Sanitätshilfspersonals wirkt auf die ausgebildeten Schwestern selbstverständlich entmutigend und stellt die Arbeit, die Mühe und natürlich auch die Kosten einer dreijährigen Ausbildung überhaupt in Frage. Nach wie vor bin ich der Meinung, daß für diesen Beruf ein eigenes Gehaltsschema anzustreben wäre. Wenn wir diesen Beruf aufwerten wollen und das müssen wir wohl, dann ist es unsere Pflicht, auch das soziale Prestige dieses Berufes zu heben. Die Art der Lebensführung und die Höhe des Einkommens sind aber nun einmal Wertmesser des gesellschaftlichen Ansehens. Dazu kommt noch, daß die völlig antiquierte Vorstellung, die derzeit noch über den Krankenpflegeberuf bei dem Großteil der Bevölkerung vorherrscht, richtiggestellt werden muß. Motivforschungsuntersuchungen über das Bild der Schwestern in der

./.

Öffentlichkeit haben das bestätigt. Man ist vielfach noch immer der Ansicht, daß mit diesem Beruf Verzicht auf Freiheit, auf geregelten Lohn, auf soziale Anerkennung, auf Privatleben und womöglich noch der Verzicht auf das 'Geheiratetwerden' verbunden ist.

Ich glaube, wir müssen hier einiges richtigstellen: Ein neuer Schwesterntyp muß geschaffen werden: Die moderne selbstbewußte, junge Frau, die als Helferin des Arztes sich einer wunderschönen Aufgabe widmet.

Ich hoffe, daß auch die neue Schwesterntracht hier ihren Beitrag dazu leistet. Ich bin nun aber unbedingt der Ansicht, daß auch bei der Kleidung äußere Kennzeichen die diplomierte Krankenschwester vom Krankenpflegehilfsdienst unterscheiden müssen.

Von großer Bedeutung ist, glaube ich, daß für unsere Schwestern auch entsprechende Wohnmöglichkeiten geschaffen werden. In den letzten Jahren wurden im Wilhelminenspital, Franz Josef-Spital und im Rudolfspital Schwesternhäuser gebaut. Derzeit sind im Preyer'schen Kinderspital und im Allgemeinen Krankenhaus Wohnhäuser für Schwestern im Bau. Für die Kinderklinik Glanzing, Krankenhaus Lainz und Psychiatrisches Krankenhaus sind entsprechende Schwesternhäuser bereits in Planung. Mit dem Ausbau der Schwesternhäuser wird ein entscheidender Schritt zur Behebung des Personalmangels im Krankenpflegeberuf getan.

Rationalisierung in den Spitälern

Auch die vom Gemeinderat am 19.November 1965 eingesetzte Rationalisierungskommission begrüße ich sehr. Ich bin der Meinung, daß die Mitglieder dieser Rationalisierungskommission Fachleute und Firmen heranziehen müßten. Mir selbst wurden allerdings seit zwei Jahren meine Bemühungen, verschiedene Firmen, zum Beispiel die Hospitalplan oder die Ögefa einzusetzen, um Rationalisierungsmaßnahmen auszuarbeiten, nicht bewilligt. Meine Hoffnung geht nun dahin, daß über diesen Weg meine Bemühungen nun doch verwirklicht werden. Dazu kommt selbstverständlich, daß alle Rationalisierungsmaßnahmen Geld kosten. Wenn nicht

./.

das entsprechende Geld bei Vorliegen von Plänen flüssig gemacht wird, so wird auch das Einsetzen einer derartigen Kommission keinen Sinn haben.

Eines möchte ich auf alle Fälle klarstellen. In den letzten Jahren wurden von seiten der Magistratsabteilung 17 eine Reihe von Rationalisierungsmaßnahmen bereits durchgeführt. Wenn ich nur einiges hervorheben darf, so sind es vor allem die Rationalisierungsmaßnahmen in den Küchen, wesentliche Erleichterungen der Wäschemanipulation durch Auflassung des Zählvorganges, keine monatliche Inventur, akustische Ruf- und Gegensprechanlage, Modernisierung des Speisentransportes durch elektrische Transportwagen, Standardisierung des Krankenbettes und der Nachtkästchen, Rohrpostanlagen, zentrale Sterilisieranlagen, ag[illegible]. Einmalgeräte für Bluttransfusionen und Injektionen, zentrale Sauerstoffversorgungsanlagen, Spitalgebührenverrechnung durch Lochkartensystem und so weiter.

Abschließend möchte ich noch allen [illegible] Bediensteten meiner Verwaltungsgruppe für ihre geleistete Arbeit recht herzlich danken. Darf ich auch allen Mitgliedern des Gesundheitsausschusses V für die erfolgreiche und schöne Zusammenarbeit in diesem Jahr herzlich danken."

\- - -

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes):

Internationales Studentenheim in Döbling wird vergrößert

Planungsarbeiten für die zweite Baustufe

14. Dezember (RK) Der Kulturausschuß des Wiener Gemeinderates hat nun die Planungsarbeiten für die Erweiterung des Internationalen Studentenheimes Döbling, soweit sie für eine genaue Kostenermittlung des zweiten Bauteiles erforderlich sind, mit einem Aufwand von 1,006.000 Schilling genehmigt. Bekanntlich wurde das Internationale Studentenheim der Stadt Wien im 19. Bezirk, Gymnasiumstraße 85, mit 364 Zimmern und allen dazugehörigen Gemeinschafts- und Nebenräumen am 1. Oktober 1963 eröffnet.

Wie groß der Bedarf an Heimplätzen für in- und ausländische Hochschüler ist, zeigt allein schon die Tatsache, daß das Studentenheim in der Gymnasiumstraße sofort vollbelegt war und nach dem ersten Betriebsjahr nur 19 Plätze freigeworden sind. Zu diesem Zeitpunkt lagen aber bereits 1.800 weitere Ansuchen um Aufnahme in das Studentenheim vor. Am Ende des zweiten Betriebsjahres war die Situation ähnlich.

Bei der aus dem Jahr 1960 stammenden Planung des Studentenheimes war eine Endkapazität von rund 700 Zimmern beziehungsweise Betten vorgesehen, doch wurde zunächst nur der erste Bauteil errichtet. In Anbetracht des Quartiermangels für in- und ausländische Hörer der Wiener Hochschulen erscheint es nunmehr unerläßlich, so bald wie möglich mit dem zweiten Bauteil zu beginnen.

Die notwendigen Besprechungen über das Raumprogramm und die Wirtschaftlichkeit des gesamten Projekts führten innerhalb des Magistrats bereits zu den gewünschten Ergebnissen. Die Einbringung eines ausgereiften Projektes im Gemeinderat zur Beschlußfassung steht bevor. Der für die Planung des ersten Bauteiles verantwortliche Architekt Fred Freyler wurde auch mit den Vorarbeiten für den zweiten Bauteil betraut.

\- - -

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes):

Debatte über Gesundheitswesen

In der Spezialdebatte befaßt sich als erster Diskussionsredner GR. Lehner (ÖVP) mit der Situation der Wiener Privatkrankenhäuser und bedauert, daß für sie nicht genug getan wird. Anscheinend ist man bei den Sozialversicherungsinstituten auf sie nicht sehr gut zu sprechen. Es ist kaum glaublich, wenn man hört, daß man diesen Spitälern pro Bett und Tag bis jetzt 104 Schilling bezahlt hat, die echten Kosten in unseren Gemeindespitälern aber pro Tag 293 Schilling ausmachen. Auch wenn man nun eine Erhöhung auf 114 Schilling vorgenommen hat, so ist das absolut noch nicht befriedigend. Immerhin stellen doch die Privatspitäler Wiens unserer Bevölkerung 4.760 Betten zur Verfügung, und wir wissen, wie es uns heute erginge, hätte hier nicht private Initiative mit Idealismus gepaart Hervorragendes geleistet. Durch die Arbeiten der Privatspitäler ersparen wir uns - weil ansonsten diese Arbeit die Gemeinde Wien leisten müßte - täglich mehr als eine Million Schilling, im Jahr 373 Millionen.

Die finanzielle Lage der Privatspitäler ist derzeit äußerst schwierig und es ist deshalb verständlich, daß unter diesen Arbeitnehmern eine gewisse Unruhe herrscht.

Hier sei allen, die mit der Krankenpflege zu tun haben, gedankt. Besonderer Dank gebührt einer Gruppe von Idealisten: den 739 geistlichen Schwestern, die heute noch in unseren städtischen Krankenanstalten Dienst machen. Ihre Zahl nimmt freilich ständig ab, und wir sehen auch noch diese Sorge auf uns zukommen.

In der Bevölkerung wird oft nicht verstanden, daß man immer wieder viele Millionen in das alte Allgemeine Krankenhaus steckt, obwohl schon am neuen gearbeitet wird. Man muß aber bedenken, daß das Allgemeine Krankenhaus im Jahr von 70.000 Patienten in Anspruch genommen wird und bis zur Fertigstellung des neuen Hauses noch fast zehn Jahre vergehen werden.

./.

Diese 700.000 Menschen können auf ihre Behandlung nicht zehn oder auch nur ein Jahr warten. Jede Ausgabe wird aber genau auf ihre Notwendigkeit überprüft.

Im Hinblick auf die Zunahme der Verkehrsunfälle ist die bereits im Gang befindliche Dezentralisierung der Unfallkrankenhäuser zu begrüßen. Das Wilhelminenspital wird die Westeinfahrt Wiens betreuen, das geplante Krankenhaus Wien-Ost die Gebiete jenseits der Donau, das Rudolfsspital die Osteinfahrt und den Süden das Franz Josef-Spital.

Zur Frage der Besetzung der Primariate führt der Redner aus: Wir erklären uns mit der großen Zahl von Ärzten solidarisch, welche über die Art, mit der man über die Reihungsvorschläge des Landes-Sanitätsrates hinweggeht, mehr als befremdet sind. Für uns ist der Landes-Sanitätsrat ein Forum von erstklassigen Fachleuten, das sich eine Reihung reiflich überlegt, und wir sind doch wohl alle einer Meinung, daß der Beste für die Leitung unserer Wiener Spitäler gerade gut genug ist.

Gemeinderat Lehner begrüßt dann die Aufstellung der Betatronanlage in Lainz. Wenn sie auch 8,6 Millionen Schilling gekostet hat, sind wir doch überzeugt, daß es keine Ausgabe gibt, welche vor dieser den Vorrang haben könnte. In diesem Zusammenhang hebt der Redner auch die Bedeutung der Gesundenuntersuchung hervor und stellt schießlich fest: Wir sind dagegen, wenn man, wenn es um die Gesundheit unserer Bevölkerung geht, parteipolitische Ziele verfolgt. Wir verstehen es nicht, wenn die Krebsforschung bürokratisch durchgeführt werden soll. Diese große Aufgabe erfordert eine echte Zusammenarbeit, sie ist ein Gebot der Stunde.

GR. Pellet (SPÖ) erklärt, diese Geschäftsgruppe hat das Ziel, der Bevölkerung zu dienen, ihre Gesundheit zu erhalten, den Kranken und Alten zu helfen. Ein Teil dieser Betreuung gilt auch den jungen Menschen, jenen, die in Lehrlings- und in Durchgangsheimen untergebracht sind. Mit Dank kann vermerkt werden, daß die Lehrlinge und Lehrmädchen sehr gut betreut und die Heime ständig renoviert und modernisiert werden. In einer Hinsicht allerdings sind sie etwas stiefmütterlich dran: bei der Verpflegung. Es geht nicht an, daß für die Verpflegung täglich nur 14 Schilling, in einem Durchgangsheim sogar nur

./.

11,90 Schilling bereitgestellt werden. Der Körper dieser jungen Menschen ist im Entwicklungsstadium, und es wäre sehr angebracht, in der Frage der Verköstigung eine Verbesserung herbeizuführen.

Zur Lärmbekämpfung verweist der Redner darauf, daß vor kurzem in Deutschland ein Bundesgesetz geschaffen wurde, das dem Schutz vor Baulärm dient. Abschließend fragt er, ob gegen die Verunreinigung der Luft Maßnahmen getroffen worden sind.

GR. Maller (KLS) spricht über den Bettenmangel. Es sei nicht zu verantworten, wenn auch noch Betten wegen Urlaubs oder wegen des Schwesternmangels stillgelegt werden müssen.

Aufgabe der Stadt Wien sei es, dafür zu sorgen, daß der Schwesternberuf wieder anziehend wird.

Er habe vor zwei Jahren die Schaffung einer Spezialgeschwulstklinik angeregt. Diese Forderung wurde heuer auch von GR. Dr. Gisel erhoben. Stadtrat Dr. Glück hat geantwortet, daß dies zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht zweckmäßig erscheine. Demgegenüber betont der Redner, daß bei einer Tagung der Weltgesundheitsorganisation die Forderung nach eigenen Tumorkliniken und Spezialkrankenhäusern aufgestellt wurde.

Zur Kinderlähmungsimpfung: Die diesjährige Aktion ist wegen des Mangels an Propaganda nicht sehr erfolgreich gewesen. Dabei haben ungeimpfte Kinder jetzt ein größeres Risiko als früher. Der Redner verlangt Auskunft, wieviel Prozent der Neugeborenen im Vorjahr geimpft wurden, wieviel Prozent voraussichtlich bei der diesjährigen Aktion erfaßt werden, warum heuer eine Anmeldung erforderlich war und warum man keine entsprechende Aufklärung und Propaganda für die Impfaktion betrieben hat.

Zum Defizit der Krankenanstalten sagt GR. Maller, es sei unverständlich, daß die Spitäler wie jeder Greißler Umsatzsteuer bezahlen müssen. Auch auf die Besteuerung von Heilmitteln hat der Finanzminister nicht verzichtet. In diesem Zusammenhang fragt er, welche Belastungen den Krankenanstalten durch die Versorgung der Patienten mit Medikamenten erwachsen und polemisiert gegen die hohen Handelsspannen der Apotheken.

./.

Abschließend erklärt GR. Maller im Namen der KLS-Fraktion, daß er dem Budget für das Gesundheitswesen nicht die Zustimmung geben könne.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) bezeichnet als die unerfreulichste Seite des Gesundheitswesens das Problem des sich ständig vergrößernden Spitalsdefizits. Der reine Betriebsabgang bei den städtischen Krankenanstalten, einschließlich AKH und der psychiatrischen Anstalten, hat, ohne die baulichen Herstellungen und Inventaranschaffung einzuschließen, 1964 bereits 503 Millionen Schilling betragen. Für 1965 rechnet man mit 520 Millionen und für 1966 bereits mit 572 Millionen Schilling Defizit. Der Betrag, den der Bund nach dem Krankenanstaltengesetz an die Wiener Spitäler vergütet, ist im Voranschlag mit 43,5 Millionen eingesetzt, das sind also nur etwas mehr als 7,5 Prozent. Für die Heil- und Pflegeanstalten leistet der Bund überhaupt keinen Zuschuß. Das Problem des Spitalsdefizits ist natürlich nicht nur ein Wiener Problem. Auch Provinzstädte mit eigenen Krankenanstalten stehen schon am Rande des Ruins. Einige Vorschläge, auf welche Weise man den spitalerhaltenden Gemeinden helfen könnte, stehen ja inzwischen zur Diskussion. So hat der Hauptverband der Sozialversicherungsträger vorgeschlagen, daß Bund und Länder je 3/8 und die spitalerhaltenden Gemeinden 2/8 des reinen Betriebsabganges übernehmen sollten. Was dem Redner an diesem Vorschlag nicht gefällt, ist die Tatsache, daß die Höhe des Kostenzuschusses allein vom Defizit abhängen soll. Eine derartige Maßnahme würde eine wirtschaftliche Führung der Krankenanstalten kaum fördern. Nach einem Vorschlag von Vizebürgermeister Slavik könnte das Defizit dadurch gemeinsam getragen werden, daß ein halbes Prozent der Ertragsanteile zugunsten eines Fonds für die spitalerhaltenden Gemeinden zur Verfügung gestellt würde. Er hat jedoch nicht gesagt, nach welchem Schlüssel die Aufteilung dieses Fonds vor sich gehen sollte, ob vielleicht auch hier nach der Höhe des Defizits?

./.

Die einfachste und gerechteste Lösung wäre nach Ansicht des Redners, wenn man als Schlüssel für die Aufteilung die Zahl der geleisteten Verpflegstage der einzelnen Krankenanstalten nehmen würde. Man könnte dann auch einen Weg finden, die Privatspitäler entsprechend zu berücksichtigen.

Als erfreulich bezeichnet GR. Dr. Hirnschall, daß im kommenden Jahr wesentlich höhere Beträge für Spitalsbauten bereitgestellt sind. Besonders fällt auf, daß die Gelder etwas konzentrierter für den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses, das Rudolfsspital und Wilhelminenspital verwendet werden sollen. Diese Projekte werden dadurch sicherlich rationeller und kostensparender durchgeführt werden können. Für den geplanten Neubau der Chirurgie im Elisabethspital und den Neubau des Krankenhauses Wien-Ost sind im Budget anscheinend keine neuen Beträge eingesetzt.

Im Rudolfsspital sind die Bauarbeiten derzeit in vollem Gang. Leider dürfte es aber trotz des Bestehens eines eigenen Bau- und Planungsausschusses zu Fehlplanungen gekommen sein. Es wurde nämlich der Saal 29, der zur 1. Medizinischen Abteilung gehört, vollkommen umgebaut und nun heuer, nachdem alles fertig war, abgerissen. Der Redner ersucht um Aufklärung in dieser Angelegenheit.

Zu gering erscheinen ihm die Ansätze für die Anschaffung von medizinischen Apparaten und Geräten. Der veranschlagte Betrag von sieben Millionen wird kaum zu einer zeitgemäßen instrumentellen Ausrüstung der Spitäler beitragen. Zur notwendigen Entlastung des Pflegepersonals müßte man mehr an die Anschaffung arbeitssparender und -erleichternder Geräte denken. Der Redner denkt dabei an die Verwendung der sogenannten Einmal-Geräte, die langwierige Reinigungsarbeiten ersparen, weil sie nach einmaligem Benützen weggeworfen werden können. Manchmal fehlt es jedoch in den Spitälern nur an Kleinigkeiten. So stehen zum Beispiel auf einer Station mit 40 Betten im Allgemeinen Krankenhaus nur 13 Fieberthermometer zur Verfügung, was die Arbeit der Schwestern natürlich nicht erleichtert.

. /.

Als bedauerlich bezeichnet es der Redner, daß man zwei sogenannte Bettenzentralen trotz ihrer Fertigstellung nicht verwendet. Diese Einrichtung dient dazu, die Betten der Entlassenen zu reinigen, zu desinfizieren und neu zu beziehen. Dem Personal würde dadurch viel Arbeit abgenommen werden. Ebenso wurde eine bereits vor drei Jahren installierte Sauerstoffanlage bis jetzt nicht in Betrieb genommen. Der Redner ersucht um Mitteilung, welche Gründe hierfür maßgebend waren. Es ist zu hoffen, daß die vor kurzem ins Leben gerufene Rationalisierungskommission ihre Arbeit bald aufnehmen und zu guten Ergebnissen kommen möge.

Der Redner verweist darauf, daß derzeit unter den Spitalsärzten eine gewisse Beunruhigung wegen Auflassung einer großen Zahl von Dienstposten in den städtischen Krankenanstalten besteht. Es sei kaum zu verstehen, daß man wegen Schwesternmangels ärztliche Dienstposten auflassen will, wo viele Ärzte noch bis zu 100 Überstunden monatlich leisten müssen.

Eine Änderung müßte unbedingt in der Frage der Kostentragung für die Spitalsaufenthalte geistes- oder nervenkranker Patienten erfolgen. Nach der derzeitigen Gesetzeslage müssen die Krankenkassen nur die Hälfte der Verpflegskosten bezahlen, die andere Hälfte wird von den Patienten oder ihren Angehörigen eingehoben. Da derartige Krankheiten meist lange dauern, geraten die Betroffenen oder ihre Familien in große finanzielle Schwierigkeiten. Eine unterschiedliche Behandlung zwischen den Kranken, die leider noch im ASVG verankert ist, dürfte man keinesfalls zulassen. Die Arbeiterkammer hat bereits vorgeschlagen, eine entsprechende Novellierung des ASVG vorzunehmen. Ein Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes, das zwar für Oberösterreich gefällt wurde, aber analog auch für Wien gelten müßte, besagt, daß auch von geistes- oder nervenkranken Patienten kein Ersatz der Verpflegskosten verlangt werden dürfte. GR. Dr. Hirnschall ersucht Stadtrat Dr. Glück, eine entsprechende Novellierung zum Wiener Krankenanstaltengesetz vorzubereiten.

Den Ansätzen der Geschäftsgruppe VI werde die FPÖ-Fraktion zustimmen.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

\- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

14. Dezember (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Inländischer Chinakohl 3.50 bis 5 S je Kilo, inländische Karotten 3 bis 7 S je Kilo, inländisches Weißkraut 2.50 bis 5 S je Kilo.

Obst: Blonde Orangen sind bereits ab 4 S je Kilo erhältlich und kosten bis 10 S je Kilo.

\- - -

Der nächste Redner ist GR. Dipl.-Ing. Blaschka (ÖVP). Er befaßt sich ausführlich mit den zwei großen Gefahren für den modernen Menschen: mit der Luftverunreinigung und der Lärmerregung. Er bezeichnet es als Aufgabe der Stadtverwaltung, diesen Gefahren Einhalt zu gebieten. Mehrere Staaten, Länder und Städte haben bereits Vorschriften auf diesem Gebiet erlassen. Bei uns liegt zwar seit Jahren ein Entwurf des Städtebundes über ein Gesetz gegen die Luftverunreinigung vor, bis jetzt ist es aber noch zu keinem Beschluß darüber gekommen.

Luftverunreinigung: Es gibt zwei Arten der Luftverunreinigung, nämlich die staubförmige und die gasförmige. Die staubförmige Verunreinigung wird je nach Jahreszeit zu 50 bis 75 Prozent durch die Emissionen von Schornsteinen usw., zu 25 bis 50 Prozent durch Kraftfahrzeuge verursacht. Im Staub finden sich rund 3.000 verschiedene chemische Verbindungen. Darunter sind die Bleiverbindungen in den Abgasen der Kraftfahrzeuge besonders gefährlich.

Bei der gasförmigen Luftverunreinigung bilden Schwefeldioxyd und Kohlenmonoxyd die größten Gefahren. Industrie und Gewerbe haben bei der Bildung des Schwefeldioxyds hohen Anteil. Hier ist es aber bereits durch verschiedene Maßnahmen, wie den Einbau von Schornstein-Filtern usw. gelungen, die Verunreinigungen auf ein Mindestmaß herabzudrücken. Auf diesem Gebiet wurde auch vom Wiener Gesundheitsamt schon viel geleistet.

Ein weiteres Problem bei der Luftverunreinigung bildet die sogenannte Entflechtung dicht bebauter Stadtgebiete. Es ist Aufgabe der Stadtverwaltung, hier helfend einzugreifen. Es ist jedoch nicht immer möglich, die Betriebe so abzusiedeln, wie es wünschenswert wäre. Die Beistellung geeigneter Tauschgründe könnte hier viel helfen.

Im Winter hat der Hausbrand den größten Anteil an der Luftverunreinigung. Die Kontrolle ist hier sehr schwierig. Die vermehrte Einführung von Gas- oder Stromheizung könnte vieles verbessern, dies ist jedoch derzeit aus bekannten Gründen nur in geringem Ausmaß möglich. Eine weitere Forderung wäre, in Neubauten nur noch Zentralheizungen einzubauen.

./.

Messungen haben gezeigt, daß die Luftverunreinigung durch die Abgase der Kraftfahrzeuge vor allem an frequentierten Kreuzungen außerordentlich große Gefahren für den Menschen bildet. Der große Kohlenmonoxydgehalt der Luft ist auch für Kinder und Tiere besonders gefährlich. Heute gibt es in Wien rund 293.000 Kraftfahrzeuge, bis 1980 wird eine Zunahme auf 550.000 angenommen. Es ist klar, daß alles unternommen werden muß, um eine weitere Verschlechterung der Luft zu verhindern. Es sind zweifellos genügend Möglichkeiten dafür vorhanden, wie zum Beispiel die Maßnahmen zeigen, mit denen der Österreichische Touringclub begonnen hat. Durch eine Vergaserregulierung an bisher 5.000 Kraftfahrzeugen konnte der ÖAMTC eine Senkung des Kohlenmonoxydgehaltes der Abgase dieser Fahrzeuge um ein Drittel erreichen. In diesem Zusammenhang ist es besonders erfreulich, daß die Verkehrsbetriebe Autobusse auf Flüssiggas umstellen. Dadurch ist eine wesentliche Verbesserung der Verbrennung zu erreichen.

Lärmerregung: Hier sind genügend gesetzliche Bestimmungen zur Abhilfe vorhanden. Leider aber werden sie zu wenig angewandt und von jenen Leuten nicht beachtet, die es angeht. Lärm ist nicht nur lästig, sondern er bringt vor allem große Gefahren für die Gesundheit mit sich. So wurden bereits schwere Gehörschäden, Störungen des Zentralnervensystems, Herzleiden, Magen- und Darmerkrankungen und viele andere Kranheiten festgestellt, die durch zu großen Lärm verursacht werden.

Eine der größten Lärmquellen ist der Straßenlärm. Vor allem über die jugendlichen Mopedfahrer wird viel geklagt. Wenn Polizeipräsident Holaubek in einem Presseinterview erklärt, daß der Lärm eine Erscheinung unserer Zeit sei und es keine echte Lösung dieses Problems geben könne, so ist das nicht ganz richtig. In der Schweiz zum Beispiel werden Lärmsünder im Straßenverkehr rigoros bestraft. Es gibt nicht nur hohe Strafen für die Besitzer allzu lauter Fahrzeuge, und unter Umständen kann bei Lärmdelikten sogar der Führerschein entzogen werden. Außerdem gibt es in der Schweiz hohe Strafen für das laute Zuschlagen von Autotüren und für die berühmten "Kavaliersstarts".

Auf diesem Gebiet gäbe es jedenfalls ein reiches Betätigungsfeld auch für unsere Exekutive. Polizeipräsident Holaubek hat zwar

./.

erklärt, daß es zu wenig Polizeibeamte gebe, hingegen gibt es aber genügend Polizeibeamte zur Überwachung und Bestrafung von Parksündern, die der Gesundheit der Bevölkerung keineswegs schaden.

Auch gegen den Baulärm könnte viel geschehen. Die Bundesrepublik Deutschland hat heuer ein Gesetz beschlossen, das alle vermeidbaren Geräusche bei Baumaschinen untersagt und detaillierte Bestimmungen über Lärmschutzvorrichtungen enthält. Vor zwei Jahren stellte die ÖVP den Antrag, Aufträge nur an solche Baufirmen zu vergeben, die geräuscharm arbeiten.

Vor allem ist der Wohnbereich vor Lärm zu schützen. Dazu gehören die Erschließung ruhiger Wohngebiete, die Planung von schallgeschützten Wohnungen und die Überwachung ihrer Durchführung. Leider gibt es bis jetzt keine Novellierung der Bauordnung in diesem Sinne.

Die Kosten für Maßnahmen gegen Lärm und Luftverunreinigung sind sicher geringer als die volkswirtschaftlichen Verluste durch gesundheitliche Schädigungen.

Eine der wichtigsten Aufgaben in diesem Zusammenhang ist auch die Erhaltung des Wald- und Wiesengürtels.

GR. Diplom.-Volkswirt Karoline Pluskal (SPÖ) begrüßte die Intensivierung der Schwangerenberatung und die Leistungen der 53 Mutter und Kind-Beratungsstellen. Wenn die Säuglingssterblichkeit in Wien trotzdem noch immer 2,9 Prozent beträgt, muß man sich nach den tieferen Ursachen fragen: 1964 wurden in Wien 19.952 Kinder lebend geboren. Davon waren 1.480 Frühgeburten mit einem Geburtsgewicht von weniger als 2.500 Gramm. Von diesen starben 25 Prozent vor Erreichung des ersten Lebensjahres. Diese Sterblichkeitsrate bei den Frühgeburten erhöht die Säuglingssterblichkeit in Wien, die ohne letztere nur 1,1 Prozent betragen würde. Also muß gegen die Frühgeburten etwas unternommen werden. Bei diesen ist das Gesamtmilieu ein bestimmender Faktor. Gerade dieser Faktor aber kann durch die Schwangerenberatung positiv beeinflußt werden. Freilich müssen die Frauen auch bereit sein, hinzugehen.

./.

Der schulärztliche Dienst sollte auch den Kampf gegen den Alkohol unterstützen, da vielleicht Zusammenhänge zwischen unkonzentrierten Kindern und alkoholsüchtigen Eltern bestehen. Auch die Sportvereine müßten gegen den Alkoholmißbrauch wirken und die Spitzensportler sollten hier Vorbilder sein.

Die Dezentralisierung der Schulzahnkliniken könnte auch dazu führen, daß sich weniger Kinder behandeln lassen, weil die vielen berufstätigen Mütter nicht die Zeit finden, mit ihren Kindern die fünf Schwerpunktstationen aufzusuchen. Vielleicht ließen sich von seiten der Schulen - außerhalb der Schulzeit - gruppenweise Fahrten in die Kliniken organisieren.

Die Tbc-Anfälligkeit der Wiener Kinder liegt weit unter dem gesamtösterreichischen Durchschnitt. Eine neue Gefahrenquelle ergibt sich aber durch die Fremdarbeiter. Man müßte deren Arbeitsbewilligung daher von einer Tbc-Untersuchung abhängig machen.

In der Heil- und Pflegeanstalt Ybbs, die durch den Kraftwerksbau Grundflächen verloren hat, sollten bis zum 150 jährigen Bestandsjubiläum der Anstalt im Jahre 1967 Ersatzgründe für die Erholung der Pfleglinge beschafft werden.

Die Aufwertung des Schwesternberufes muß auch durch die Ärzte gefördert werden, die in den Schwestern nicht Handlanger sondern Mitarbeiterinnen sehen sollten.

Ein weites Betätigungsfeld wird die Rationalisierungskommission haben, da im Spitalbetrieb sicher mancher Leerlauf herrscht.

Vor allem müssen wir uns um die Vermenschlichung des Spitalwesens bemühen. Denn bei allen wirtschaftlichen Maßnahmen dürfen wir den Menschen nicht vergessen, darf der Mensch nicht zu kurz kommen, weder der im Spital Beschäftigte, noch der auf das Spital Angewiesene.

GR. Dr. Helene Stürzer (ÖVP) behandelt Probleme alter Menschen. Durch den Fortschritt der Wissenschaft haben die Menschen im allgemeinen eine höhere Lebenserwartung. Die alternden Menschen wollen aber auch etwas von ihrem Alter haben.

./.

Gleichzeitig werden freilich auch die Sorgen, die sich ihnen aufdrängen, von Jahr zu Jahr größer. Sie wollen nicht der Allgemeinheit anheimfallen, sie wollen, soweit es geht, selbst für ihr Alter sorgen. Da entsteht die Frage der Heimhilfe. Leider ist unser gestriger diesbezüglicher Antrag von Frau Stadtrat Jacobi nicht zur Abstimmung gebracht worden, mit der Begründung, der Verein, dem die Heimhilfe obliege, sei ein Privatverein und man könne sich nicht einmischen. Nun ist der Standort dieses Vereins das Amtshaus in der Gonzagagasse und ein Beamter der Gemeinde Wien hat die Aufsicht darüber. So hätte sich die Frau Stadtrat zumindest mit der Leitung dieses Vereins ins Einvernehmen setzen können.

Ein wesentliches Problem ist die Betreuung der pflegebedürftigen alten Menschen. Darum unsere alte Forderung nach richtigen Alterskrankenhäusern. Dazu muß das Sozialministerium endlich das Krankenanstaltengesetz durchbringen. Eine große Hilfe sind uns die von Privaten betriebenen Altersheime. Wir haben insgesamt 12.000 Betten in Altersheimen. 4.700 davon, rund ein Drittel, werden privat betreut. Wir können diesen privaten Institutionen nur von ganzem Herzen dankbar sein, daß sie uns eine so große Sorge für die älteren Bürger unserer Stadt abnehmen. Wir müssen ihnen aber auch helfen; denn nur eine Hilfe anzunehmen ohne Gegenleistung, ist nicht sehr schön für eine große Stadt.

Dr. Stürzer bringt dann einen Antrag auf Schaffung einer Schwesternakademie ein. Auch für Krankenpflegeberufe sollte endlich wie bei den Ärzten eine Institution zur Fortbildung geschaffen werden. Ziel einer solchen Schwesternakademie wäre die Vermittlung von neuen Erkenntnissen auf medizinischem Gebiet und deren Konsequenzen in der Krankenpflege, sowie die Heranbildung von Führungspersonal wie Stationsschwestern, Oberschwestern usw.

Schließlich regt Gemeinderätin Dr. Stürzer die Schaffung neuer Lehrlingsheime an.

./.

GR. Fischer (SPÖ) weist darauf hin, daß es bei allen Infektionskrankheiten nur 22 Todesfälle gegenüber 26 im Vorjahr gegeben hat. Er begrüßt auch die angekündigte Prophylaxe gegen Wundstarrkrampf. Auch bei der Tbc-Bekämpfung wurden erfreuliche Erfolge erzielt. Leider aber gibt es noch zwei Krankheiten, die als Geißel der Menschheit bezeichnet werden müssen: Krebs und Rheuma.

Bei Krebs kann vor allem durch die Frühdiagnose viel geholfen werden. Der Redner verlangt daher die Einführung einer turnusmäßigen Untersuchung der Bevölkerung, die zur Pflicht gemacht werden soll. Wir brauchen auch eine Zentralstelle für die Krebsuntersuchung.

Auch bei Rheuma müßte alles getan werden, um eine Prophylaxe wirksam werden zu lassen.

Zum vielzitierten Personalmangel meint der Redner, daß der Hauptgrund der sei: ein persönlicher Dienstleistungsberuf kann keine Fünf-Tage-Woche und keine geregelte Freizeit kennen. Man sollte deshalb neben anderen Maßnahmen den Schwestern die Tagessorgen erleichtern, vor allem die Wohnungssorgen. Die Schwesternheime sollten auch wirkliche Wohnungen sein und nicht unter Aufsicht stehende Heimzimmer.

Der Redner regt ferner zur Entlastung der Schwestern den verstärkten Einsatz technischer Mittel an. Er nennt unter anderem Gegensprechanlagen und Fernsehen.

Bei der Werbung für den Schwesternberuf verspricht er sich durch einen persönlichen Kontakt von Ärzten und Schwestern mit den Hauptschülerinnen am meisten.

Was die Klagen über zuwenig Krankenbetten anlangt, so möge man bedenken, daß heutzutage kein Kranker mehr daheim gepflegt wird. Die Verweildauer beträgt bei uns im Durchschnitt 15 bis 22 Tage, während sie in den USA unter zehn Tagen liegt. Hier findet die Rationalisierungskommission ein großes Arbeitsfeld. Es sei zum Beispiel schleierhaft, warum zwischen Freitag und Montag keine Entlassungen durchgeführt werden können. GR. Fischer verweist auch darauf, daß Vorarlberg bei seinen Spitälern eine Mitbeteiligung aus den Einzugsgebieten verlangt. Vielleicht könnte man in Wien einen ähnlichen Weg gehen, wo 17 Prozent der Patienten in den Spitälern Nichtwiener sind.

./.

Bei der "Versorgung" der alten Menschen meint der Redner, die Leitworte sollten sein: Wiederertüchtigung, Beschäftigung, Aufmunterung! Er verweist auf das Beispiel Dänemark wo eine "Stadt der alten Mitbürger" ins Leben gerufen wurde. Man muß den alten Menschen das Gefühl geben, daß sie auch weiterhin ein nützliches Glied der menschlichen Gesellschaft sind.

Viel wurde auch von den geplanten Bauten auf dem Spitalssektor gesprochen. In diesem Zusammenhang muß man auch der bauausführenden Stelle, dem Stadtbauamt, herzlichst danken.

GR. Blaschka hat über die Luftverunreinigung gesprochen, und davon, daß auf diesem Sektor dringend etwas geschehen müßte. Leider hat er nicht dazu gesagt, daß der vom Städtebund auf Verlangen der Gemeinde Wien eingebrachte Gesetzentwurf infolge von Kompetenzschwierigkeiten noch beim Handelsministerium liegt. Der Redner möge also bei den seiner Partei angehördenen Ministern intervenieren.

Abschließend dankt GR. Fischer allen Ärzten, dem Haus- und Pflegepersonal, den Direktoren und allen übrigen Bediensteten der Altersheime und Krankenanstalten, aber auch allen Bediensteten der zuständigen Magistratsabteilungen für die gute Arbeit, die sie auch im Jahr 1965 geleistet haben. Ohne ihr Können und ihre Liebe für diesen Beruf hätte die Arbeit nicht den erwiesenen Erfolg gezeitigt. Wir hoffen alle, daß auch der Arbeit des Jahres 1966 derselbe Erfolg beschieden sein möge.

Den Ansätze der Geschäftsgruppe V werde die SPÖ-Fraktion gerne zustimmen.

GR. Dozent Dr. Gisel (SPÖ) stellt fest, daß es eine ganz neue Disziplin in der Medizin gibt, die sogenannte Nuklearmedizin. Im Krankenhaus Lainz betreiben wir seit einigen Jahren eine kleine im Ausbau befindliche Isotopenstation. Der Redner schildert die Vorgangsweise dieser neuen Untersuchungsmethode, bei der mit Hilfe von strahlender Substanz, die in die Blutbahn eingebracht wird, Krankheitsherde lokalisiert werden können. Hinsichtlich der Kostendeckung sollte man bei Einführung jeder neuen Disziplin der Medizin eine Absprache treffen.

./.

Zur Frage der Gastarbeiter: Von den nach Österreich einreisenden Gastarbeitern ist ein größerer Prozentsatz tuberkulös angesteckt, drei Prozent leiden sogar an offener Tuberkulose. Es erhebt sich nun die Frage, wie diese Gastarbeiter gesundheitlich erfaßt werden, damit sie nicht zu einer Infektionsquelle für unsere Bevölkerung werden.

Zu klären wäre auch die Frage, ob der derzeitige Verköstigungssatz für das Psychiatrische Krankenhaus nicht zu gering ist.

Wie GR. Dr. Gisel aus einem an ihn gerichteten Brief entnimmt, wurde einer ehemaligen Patientin des Psychiatrischen Krankenhauses nun, da sie wieder einer Beschäftigung nachgeht, eine Vorschreibung für den Krankenhausaufenthalt übermittelt. Die Frau verdient derzeit wöchentlich netto 379 Schilling, dieser Betrag soll sich durch Exekution nun auf 168 Schilling vermindern, was für die Betreffende nicht tragbar ist. Der Redner stellt die Frage, ob eine Lohnpfändung in einem solchen Ausmaß überhaupt möglich ist.

Seine letzte Frage geht dahin, wann Stadtrat Dr. Glück erfahren hat, daß die Indonesierinnen, die im Wilhelminenspital arbeiten, keine voll ausgebildeten diplomierten Schwestern sind, sondern Schwesternschülerinnen.

Stadtrat Dr. Glück dankt in seinem Schlußwort den Debattenrednern für ihre Anregungen, die er zur Kenntnis nehmen und überprüfen will, und vor allem auch für die kritischen und anerkennenden Worte.

Zu den Privatspitälern: Die finanzielle Situation der Privatspitäler ist tatsächlich äußerst ernst, in letzter Zeit besonders deshalb, weil Mitte November von der Gewerkschaft der Bediensteten dieser Spitäler eine Lohnforderung erhoben wurde. Diese Forderung besteht absolut zu Recht, denn in einigen Privatspitälern hat eine Schwester im ersten Dienstjahr um 700 Schilling weniger als im Gemeindedienst. Natürlich gibt es auch innerhalb der Privatspitäler einige, die besser dran sind. Besonders schwierig ist die finanzielle Lage bei den evangelischen Krankenhäusern. Den Privatspitälern müsse also sehr rasch geholfen werden.

./.

Auf vielen Gebieten müssen gesetzliche Lösungen getroffen werden, ob es sich um das Tuberkolosegesetz oder die Aufbringung der Mittel für die Spitäler handelt. Es gibt kein Land, wo die Gesundheitspolitik so nebenbei behandelt wird wie in Österreich.

Bei den Krankenschwestern wird man nur mit dem Hinweis auf die Berufung nicht viel weiterkommen. Die Bezahlung ist schon eine sehr wichtige Anerkennung der geleisteten Arbeit. Die Forderung nach einem neuen Gehaltsschema im Krankenpflegeberuf ist sicher nicht aus der Luft gegriffen. Wichtig ist auch die Errichtung von Krankenpflegeschulen und die Schaffung von Fortbildungsmöglichkeiten. Die Fortbildung ist hier genauso wichtig wie bei den Ärzten.

Es war uns bekannt, daß nur drei oder vier der indonesischen Schwestern ein Diplom haben. Aber wir können nicht von unterentwickelten Ländern verlangen, daß sie uns hochspezialisierte Kräfte schicken und wir sozusagen die Unterentwickelten sind. Es ist schon auch ein bißchen Hilfe für die unterentwickelten Länder dabei. Wir verwerten das Arbeitspotential dieser Schwestern und bilden sie zugleich aus. Sie stellen sich sehr klug an.

Es wäre zu überlegen, den Vertrag mit den geistlichen Schwestern zu ändern, der derzeit äußerst ungünstig für die Orden ist. Sie bekommen 60 Prozent des Anfangsgehaltes einer diplomierten weltlichen Schwester, unabhängig davon, ob sie 20 oder 30 Jahre im Gemeindedienst arbeiten. Die Diskrepanz wird noch größer, wenn man bedenkt, daß praktisch für eine geistliche Schwester zwei weltliche gebraucht werden. Vielleicht könnte man es verhindern, daß sie sich in ihre Anstalten zurückziehen, wenn man sie finanziell mehr unterstützt und annähernd den weltlichen Schwestern gleichstellt.

Bei der Besetzung der Primarärzte wird unsererseits grundsätzlich der primo loco Gereihte vorgeschlagen, gleichgültig welcher Partei er angehört. Selbstverständlich soll auch ein Gemeindearzt die Chance haben, leitender Arzt zu werden. In den letzten Jahren sind sehr viele Gemeindeärzte primo loco vorgeschlagen worden und haben dann auch die betreffende Stelle bekommen. Selbstverständlich ist auch der an zweiter oder dritter Stelle Gereihte für einen Primararztposten geeignet. Er hat eben nur das Pech, daß sich ein Fähigerer um dieselbe Stelle beworben hat. Gerade bei der Besetzung der Primararztstellen soll nur auf die Worte des Fachgremiums gehört werden.

./.

Zur Forderung nach Schaffung von eigenen Krebsspitälern erwidert Dr. Glück, daß ohnehin Schwerpunktspitäler bestehen. Man darf nicht vergessen, daß es verschiedene Krebsarten gibt, und wenn man Spezialteams bildet, dann kommt man zu Schwerpunktspitälern, die wir ohnehin haben.

Die über die Schluckimpfung angeführten Zahlen betreffen nur die Meldungen der Gesundheitsämter. Man darf aber nicht vergessen, daß die Schluckimpfung auch von praktischen Ärzten, Kinderärzten usw. verabreicht wird.

Die Gemeinde Wien hat in den großen Spitälern eigene Apotheken und ist daher in großem Maße Selbstversorger. Natürlich wird auch von pharmazeutischen Industrien eingekauft. Die Entscheidung ist vielfach den Primarärzten überlassen. Die hiefür eingesetzte Summe spricht für eine gewisse Großzügigkeit, die aber auf diesem Gebiet zweifellos notwendig ist.

Die für das Elisabethspital eingesetzte erste Rate ist tatsächlich sehr gering, aber hier ist noch nicht entschieden, wie die Heizung eingerichtet wird. Im Rudolfsspital ist tatsächlich der Saal 29 renoviert worden, knapp bevor der Neubau beschlossen wurde. Aber es ist so eine Kleinigkeit, daß man deswegen den Neubau nicht zurückstellen soll. Da das ganze sicher noch vier Jahre in Betrieb sein wird, müssen auch unterdessen Renovierungsarbeiten durchgeführt werden.

Die Denkschrift der Ärzte, die natürlich auch er bekommen hat, bezeichnet Stadtrat Dr. Glück als eine eher prophylaktische Maßnahme. Er stellt in diesem Zusammenhang fest, daß die Zahl der Ärzte an den städtischen Krankenhäusern in den Jahren 1955 bis 1965 von 823 auf 1159 gestiegen ist. Dabei erhöhte sich die Zahl der Anstaltsleiter in den vergangenen zehn Jahren von 93 auf 104, jene der Oberärzte von elf auf 64, der Assistenten von 145 auf 214, der Sekundarärzte von 432 auf 590 und der Konsiliarfachärzte von vier auf 43. Härtefälle sind bisher nicht aufgetreten.

Die Sauerstoffanlage im Franz Josef-Spital wird noch diese Woche dem Betrieb übergeben. An den Verzögerungen waren die Lieferfirmen schuld.

./.

Die Schwangerenberatung ist von entscheidender Bedeutung. in diesem Zusammenhang ist es eine äußerst wichtige Maßnahme, daß jetzt die Übergabe der Säuglingspakete mit der Bestimmung der Wassermannreaktion und der Blutgruppe verknüpft ist. Die Säuglingssterblichkeit wird heuer wahrscheinlich 2,8 Prozent erreichen. Es ist eine Tatsache, daß die Säuglingssterblichkeit auf der ganzen Welt vom Norden nach dem Süden zunimmt.

Der Berichterstatter spricht sich sodann für die Zentralisierung der Schulzahnkliniken aus. Wenige, gut ausgestattete und gut besuchte Schulzahnkliniken sind besser als viele schlechtbesuchte mit mangelhafter Einrichtung. Im übrigen wäre es außerordentlich wichtig, die Kinder schon vor der Schulzeit von Zahnärzten untersuchen zu lassen. Hier müßte man auf die Eltern aufklärend einwirken.

Die Fremdarbeiter werden vom Arbeitsamt, von dem sie die Arbeitsbewilligung bekommen, zum Amtsarzt geschickt. Der sogenannte Seuchenfreiheitsschein, den sie mitbringen, entspricht nicht immer den Tatsachen; außerdem gibt es auch viele Schwarzarbeiter unter den Fremdarbeitern. Es werden aber alle untersucht. Im übrigen wird jetzt täglich ein Erlaß des Sozialministeriums erwartet, der dieses Problem für ganz Österreich regeln soll.

Lainz kann man nicht in eine Alterscity umwandeln, da 95 Prozent der Altersheiminsassen krank sind. Es besteht daher die Pflicht, solche Heime als Alterskrankenhäuser zu deklarieren.

Die Kritik an der zu langen Aufenthaltsdauer der Patienten in unseren Krankenhäusern ist durchaus berechtigt. Der Berichterstatter erklärt, er sei sehr erstaunt gewesen, als er hörte, daß die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Patienten in den amerikanischen Großkrankenhäusern nur sechs bis sieben Tage beträgt. Dies halte er für etwas zu kurz. Im Wilhelminenspital jedoch beträgt die Aufenthaltsdauer durchschnittlich 22 Tage. Das sei zweifellos zu lang. Der goldene Mittelweg wäre hier durchaus von Vorteil. Eine Lösung dieses Problems ist jedoch sehr schwierig. Die ganze Angelegenheit wird gegenwärtig vom Primarärztekollegium behandelt.

./.

Die Verköstigungsquote im Psychiatrischen Krankenhaus beträgt derzeit 11.50 Schilling. Dies wird mit Recht kritisiert. Bei der Verwaltungsgruppe für Finanzwesen wurde bereits ein Antrag um Erhöhung der Quote gestellt; dieser Antrag wurde jedoch abgelehnt. Nach einer Urgenz wurde von der Verwaltungsgruppe II mitgeteilt, daß das Kontrollamt erst zustimmem müsse. Nun liegt der Antrag beim Kontrollamtsdirektor, der eine wohlwollende Behandlung zugesagt hat.

Es ist ein unhaltbarer Zustand, daß die Geisteskranken gesetzlich anders behandelt werden als die übrigen Kranken. Hier darf kein Unterschied in der Gesetzgebung gemacht werden.

Die indonesischen Schwestern sind zwischen 18 und 24 Jahre alt. (Zwischenruf von Vizebürgermeister Dr. Drimmel: "Das wollte ich schon lange wissen!")

Damit ist die Debatte über das Gesundheitswesen beendet.

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des V. Hauptstückes einstimmig angenommen. Der Antrag der ÖVP (Schaffung einer Schwesternakademie) wird einstimmig der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Die Vorsitzende, GR. Nora Hiltl, unterbricht die Sitzung.

Die Beratungen werden morgen, Mittwoch, den 15. Dezember, um 9 Uhr mit der Behandlung der Geschäftsgruppe VI (Bauangelegenheiten) fortgesetzt. Referent ist Stadtrat Kurt Heller (SPÖ).

(Ende des Sitzungsberichtes).

\- - -

Albert Ehrenzweig zum Gedenken

14. Dezember (RK) Auf den 16. Dezember fällt der 10. Todestag des Schöpfers des österreichischen Versicherungsrechtes Sektionschef a.D. Univ.-Prof. Dr. Albert Rudolf Ehrenzweig.

Er wurde am 29. Juni 1875 in Baden bei Wien geboren und widmete sich nach Absolvierung des Jusstudiums der richterlichen Laufbahn. 1916 erfolgte seine Habilitierung für Zivilprozeßrecht an der Wiener Universität und seine Berufung in das Versicherungsamt des Innenministeriums. 1919 wurde ihm die Leitung des Amtes übertragen. Nach der Okkupation Österreichs übersiedelte Ehrenzweig in die Vereinigten Staaten. 1949 kehrte er in die Heimat zurück und wurde zum Honorarprofessor für bürgerliches Recht und Zivilprozeß an der Wiener Universität ernannt. Seine wissenschaftliche Tätigkeit galt von vornherein den modernen Gebieten des Privatrechts. Ehrenzweig verfaßte 1918 den maßgebenden Kommentar zur neuen Anfechtungsordnung. Später beschäftigte er sich hauptsächlich mit dem Versicherungsrecht. Er veröffentlichte kommentierte Ausgaben des Gesetzes über den Versicherungsvertrag. 1929 erschien die große Publikation "Rechtsordnung der Vertragsversicherung". Grundlegend war seine systematische Darstellung "Versicherungsvertragsrecht (Reichsrecht und Österreichisches Recht mit den tschecholslowakischen Besonderheiten)"aus dem Jahre 1935. Ehrenzweig verfaßte auch zahlreiche Zeitschriftenartikel und war Mitarbeiter der "Juristischen Blätter". Seine Schriften zeichneten sich durch souveräne Beherrschung des Stoffes, überzeugende Logik und klare sprachliche Gestaltung aus.

\- - -

Die Renner-Preise 1965

Würdiger Abschluß des Jubiläumsjahres: Wiener Universität und Technische Hochschule Wien als Preisträger

14. Dezember (RK) Zum 12. Mal seit ihrem Bestehen werden heuer Preise aus der Dr. Karl Renner-Stiftung verliehen. Diese trägt den Namen des großen Staatsmannes und geistigen Vaters der Ersten und Zweiten Republik, an den sich unser Volk stets dankbar erinnern wird. Der Wiener Gemeinderat hat Dr. Renner anläßlich der Vollendung seines 80. Lebensjahres durch die Errichtung der Stiftung ein sinnvolles Geburtstagsgeschenk gemacht.

Nach den geltenden Richtlinien können Einzelpersonen und Personengemeinschaften in den Genuß der Stiftung treten. Diese ist dazu bestimmt, Verdienste um die Republik Österreich zu belohnen. Es muß sich dabei um Leistungen von ganz besonderer Art handeln: Um ein mutiges, beispielgebendes Verhalten, das unter den erschwerendsten Umständen erfolgt und geeignet ist, die mitmenschlichen Beziehungen und das Zusammengehörigkeitsgefühl zu vertiefen, um ein Wirken von weittragender Bedeutung auf sozialem, politischem, kulturellem, wissenschaftlichem, künstlerischem, technischem und wirtschaftlichem Gebiet, durch welches das Ansehen des Landes und seiner Bundeshauptstadt erhöht wird.

Auf Grund eines einstimmigen Vorschlages des von ihm eingesetzten Kuratoriums hat der Herr Bürgermeister bestimmt, daß der Preis des Jahres 1965 zwischen der Wiener Universität und der Technischen Hochschule Wien geteilt wird, sodaß auf jede ein Geldbetrag von 100.000 Schilling entfällt. Die beiden jubilierenden Hohen Schulen, von denen die eine heuer ihr 600jähriges Bestehen gefeiert hat, die andere vor 150 Jahren gegründet wurde, sind für die österreichische Wissenschaft von größter Wichtigkeit und mit dem kulturellen Leben Wiens untrennbar verbunden.

./.

Durch die Zuerkennung des Renner-Preises an die Wiener Universität und an die Technische Hochschule Wien soll am Ende des Jubiläumsjahres 1965 noch einmal deutlich zum Ausdruck gebracht werden, wieviel Österreich und Wien ihnen verdanken.

Die feierliche Preisverleihung findet im Jänner 1966 im Rathaus statt.

\- - -

Wieder höhere Fürsorgerenten in Wien

14. Dezember (RK) Auf Antrag von Stadtrat Maria Jacobi genehmigte heute die Wiener Landesregierung eine neuerliche Erhöhung der Fürsorgerenten ab 1. Jänner 1966. Die Richtsätze sind zuletzt am 15. Dezember 1964 mit Stichtag vom 1. Jänner und 1. Juli 1965 erhöht worden.

Die Erhöhung erfolgte damals in Anlehnung an die zu dem gleichen Termin in Kraft getretene Erhöhung der Richtsätze für die Ausgleichszulagen in der Sozialversicherung, und zwar für jene Hilfebedürftigen, die das 65. beziehungsweise 60. Lebensjahr überschritten haben oder arbeitsunfähig sind. Dazwischen erfolgte am 1. Mai 1965 eine Erhöhung sämtlicher Richtsätze um je fünf Schilling als Abgeltung der damaligen Milchpreiserhöhung.

Die Richtsätze der Ausgleichszulagen in der Sozialversicherung werden nun ab 1. Jänner 1966 für Eigenpensionisten und Witwen neuerlich um 64 Schilling erhöht, für den miterhaltenen Ehegatten um 25 Schilling und für das miterhaltene Kind um sieben Schilling. Es werden daher in Wien die Richtsätze der öffentlichen Fürsorge für alte und erwerbsunfähige Personen (gehobene Fürsorge) in gleichem Ausmaß ab 1. Jänner 1966 erhöht. Außerdem sollen auch die Richtsätze der allgemeinen Fürsorge für junge und arbeitsfähige Personen, die - abgesehen von der Erhöhung um fünf Schilling ab 1. Mai 1965 - seit Jänner 1962 nicht erhöht worden waren, etwas angehoben werden.

Die erhöhten Richtsätze des Wohlfahrtsamtes der Stadt Wien werden daher ab 1. Jänner 1966 folgendermaßen lauten:

./.

Gehobene Fürsorge: Für Alleinstehende 799 Schilling (bisher 735 S), für Hauptunterstützte im Familienverband 779 Schilling (bisher 715 S), für Mitunterstützte ohne Kinderbeihilfenanspruch 375 Schilling (bisher 350 S), für Mitunterstützte mit Kinderbeihilfenanspruch 282 Schilling (bisher 275 S).

Allgemeine Fürsorge: Für Alleinstehende 450 Schilling (bisher 415 S), für Hauptunterstützte im Familienverband 400 Schilling (bisher 385 S) und für Mitunterstützte mit oder ohne Kinderbeihilfenanspruch 230 Schilling (bisher 205 S).

Die für die Gemeinde Wien sich daraus ergebenden Mehrauslagen betragen für das Jahr 1966 schätzungsweise 7,120.000 Schilling.

- - -

Wiener Feuerwehr erhält Lederpelerinen

14. Dezember (RK). In der heute abgehaltenen Sitzung des Wiener Stadtsenates dankte Bürgermeister Bruno Marek offiziell den Männern der Feuerwehr der Stadt Wien, die bei der Bekämpfung des Brandes der Messe-Westhalle eingesetzt waren. Er wies darauf hin, daß der Brand nicht nur nach kurzer Zeit schon lokalisiert war, sondern daß bei den Löscharbeiten in schonungsvollster Weise vorgegangen worden ist.

Stadtrat Rudolf Sigmund, dem die Feuerwehr der Stadt Wien untersteht, gab einen näheren Bericht über die Löschaktion, wobei er auf die Schwierigkeiten und Gefahren hinwies, die den Feuerwehrmännern durch das Zerbersten der großen Glasscheiben der Westhalle erwachsen sind. Es hat sich dabei herausgestellt, daß die Feuerwehrmänner wohl über einen guten Kopfschutz verfügen, die Bekleidung des Oberkörpers jedoch unter solchen Umständen nicht ausreicht. Er teilte mit, daß er dem städtischen Finanzreferenten Vizebürgermeister Felix Slavik vorgeschlagen habe, als neuartige Schutzkleidung eine Anzahl von Lederpelerinen anzuschaffen und dafür großes Verständinis gefunden habe.

Abschließend teilte Bürgermeister Marek mit, daß der Betrieb der Frühjahrsmesse durch den Brand keinerlei Beeinträchtigung erfahre. Bereits heute werden von der Moosbrunner Glasfabrik neue Tafeln geliefert und morgen beginnt ein Team von drei Firmen mit dem Einschneiden der großen Glasscheibe..

\- - -

Schweinehauptmarkt vom 14. Dezember

14. Dezember (RK) Unverkauft von der Vorwoche: 0. Neuzufuhren Inland: 5.941, Polen 1.522, Bulgarien 550, DDR 889, Dänemark 498. Gesamtauftrieb: 9.400. Verkauft wurde alles. Auslandsschlachthof: Inland 419, zu 14.20 bis 16.20 S, Ungarn 1.314 zu 13.50 bis 14.60 S. Industrieware: Polen 143, Ungarn 680, Industrieware: Jugoslawien 37, Polen 364.

Preise: Extremware 16 S (16.20), 1. Qualität 15 bis 15.80 S, 2. Qualität 14 bis 15 S, 3. Qualität 13 bis 14 S, Zuchten extrem 13 S, Zuchten 12 bis 12.80 S; Altschneider 10 bis 11 S.

Ausländische Schweine notierten: Polen 13.40 bis 15.40 S, Bulgarien 13.30 bis 14.50 S, DDR 13.50 bis 14.40 S, Dänemark 14 bis 15.50 S,

Der Gesamtdurchschnittspreis für inländische Schweine ermäßigte sich um 20 Groschen je Kilogramm und beträgt nunmehr 14.60 S. Der Durchschnittspreis ermäßigte sich bei: bulgarischen Schweinen um 16 Groschen und beträgt 13.62 S, dänischen Schweinen um 21 Groschen und beträgt 14.98 S, DDR Schweinen um 17 Groschen und beträgt 13.73 je Kilogramm. Der Durchschnittspreis für polnische Schweine erhöhte sich um zwei Groschen je Kilogramm und beträgt nunmehr 14.11 S. Der Gesamtdurchschnittspreis für ausländische Schweine ermäßigte sich um sieben Groschen und beträgt nunmehr 14.06 S.

\- - -

Pferdehauptmarkt vom 14. Dezember

14. Dezember (RK) Aufgetrieben wurden 73 Stück, hievon sechs Fohlen. Verkauft wurden als Schlachttiere 60 Stück, als Nutztiere drei Stück, unverkauft blieben zehn Stück.

Herkunft der Tiere: Niederösterreich 43, Oberösterreich 5, Kärnten 4, Steiermark 4, Burgenland 17.

Preise: Schlachttiere Fohlen 14 bis 15.50 S, Pferde extrem 9.70 bis 12.50 S, 1. Qualität 8.60 bis 9.50 S, 2. Qualität 7.30 bis 8.50 S, 3. Qualität 5 bis 7.20 S; Nutztiere Fohlen 7.60 bis 9.20 S.

Der Durchschnittspreis erhöhte sich für inländische Schlachtpferde umd neun Groschen und für inländisdhe Schlachtfohlen um 106 Groschen je Kilogramm. Er beträgt für Schlachtpferde 7.97 S, für Schlachtfohlen 14.50 S, für Schlacht- und Nutzpferde 7.98 S, für Pferde und Fohlen 8.62 S.

\- - -

60984 81800

11.071

Großbuchbinderei
Bulla Best.
Wien XX..

Wiener Stadtbibliothek
57291 F

F 57291
15.-31. Dez. 1965
Sch. 1

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

WIENER STADTBIBLIOTHEK

Wien war schon zweimal "olympiareif"

Bürgermeister Marek an Bundeskanzler Dr. Klaus und Vizekanzler Dr. Pittermann

15. Dezember (RK) Aus den Meldungen mehrerer Nachrichtenagenturen geht hervor, daß sich die Bundesregierung gestern über die finanzielle Beteiligung an den Olympischen Sommerspielen 1972 in Wien nicht einigen konnte. Der Finanzminister hat Wien überhaupt die "Olympiareife" abgesprochen. Nun hat sich Wien bekanntlich schon zweimal um die Austragung der Olympischen Spiele beworben, und zwar für die Jahre 1964 und 1968. Beide Male war die Bundesregierung der Ansicht, daß Wien durchaus in der Lage wäre, die Spiele durchzuführen. In der Zwischenzeit haben sich, wie wohl anerkannt werden muß, die Verhältnisse eher zum Besseren gewendet. Umso unverständlicher ist es daher, wenn nun in der Frage der Abhaltung der Olympischen Spiele solche Schwierigkeiten auftauchen.

Bürgermeister Bruno Marek hat deshalb heute an Bundeskanzler Dr. Klaus und Vizekanzler Dr. Pittermann Schreiben gerichtet, in denen er, unbeschadet eines späteren Übereinkommens über die finanzielle Regelung, um die prinzipielle Zustimmung der Bundesregierung für die Bewerbung Wiens ersucht. Die beiden gleichlautenden Briefe haben folgenden Wortlaut:

./.

"Wie mir bekannt wurde, konnte sich die österreichische Bundesregierung in ihrer heutigen Sitzung über die finanzielle Beteiligung an den Olympischen Sommerspielen 1972 nicht einigen. Als Bürgermeister der Bundeshauptstadt Wien bedaure ich dies zutiefst.

Im Hinblick auf den uns gestellten Termin für die Einreichung der Bewerbung muß ich unter Berücksichtigung dieses Umstandes Sie, sehr geehrter Herr Bundeskanzler und die österreichische Bundesregierung ersuchen, mir einen gleichlautenden Brief zu übermitteln, wie er der Stadt Wien vom Herrn Bundeskanzler Dr. Gorbach am 29.5.1963 als Unterlage für die Bewerbung 1968 zur Verfügung gestellt wurde. Ich darf wohl die Erwartung aussprechen, daß die österreichische Bundesregierung die Bewerbung der Stadt Wien um die Olympischen Sommerspiele 1972 in der Form eines Billigungsbriefes zum Ausdruck bringen wird.

Mit meinem Ersuchen verbinde ich die feste Überzeugung, daß eine Bundesregierung zu einem späteren Zeitpunkt sicher bereit sein wird, mit der Stadt Wien ein finanzielles Übereinkommen zu treffen, womit die Durchführung der Olympischen Sommerspiele 1972 gewährleistet wird.

Wenn die Bewerbung Wiens rechtzeitig bis 31.12.1965 beim I.O.C. einlangen soll, muß ich Sie bitten, unter Berücksichtigung der noch notwendigen Beschlußfassung durch das Ö.O.C., mir das erbetene Schreiben bis spätestens 17.12.1965 zu übermitteln."

Die Budgetberatungen im Wiener Rathaus:

Bauangelegenheiten

15. Dezember (RK) Am heutigen sechsten Tag der Budgetberatungen im Wiener Rathaus wurde die Verwaltungsgruppe VI (Bauangelegenheiten) behandelt. Stadtrat Heller (SPÖ) führte in seinem Referat aus:

"Das Jahr 1965 war, wie Ihnen allen bekannt ist, durch monatelanges Schlechtwetter gekennzeichnet und auch die mit Beginn des Jahres erfolgten Lohn- und Gehaltserhöhungen, deren Berechtigung keineswegs in Frage gestellt werden soll, haben den bereits vorher bis in Detail festgelegten Ablauf der diesjährigen Bauarbeiten ein wenig ins Wanken gebracht. Dennoch ist es uns gelungen, die für diesen Zeitraum vorgesehenen Arbeiten im wesentlichen termingerecht durchzuführen.

Aus der Arbeit der Stadtplanung

Sowohl Art als auch Umfang der Bauten, die wir in den nächsten Jahren und Jahrzehnten zu bewältigen haben werden, können nur mit denen der großen Stadterweiterung im vorigen Jahrhundert verglichen werden. In ihrer Art deshalb, weil auch wir unter anderem die planlichen und baulichen Voraussetzungen für die Erneuerung Wiens, für den endgültigen Ausbau zweier kompletter Verkehrssysteme für den öffentlichen - und den Individualverkehr, für den Bau einer vierten Strombrücke, für den verbesserten Hochwasserschutz und nicht zuletzt für die Errichtung gewaltiger Wohnviertel im Norden, Osten und Süden der Stadt schaffen müssen.

./.

Auf Grund der Volkszählung aus dem Jahr 1961 wurden Bevölkerungsprognosen ausgearbeitet. Diesen zufolge hat sich zwar die biologische Struktur der Wiener Bevölkerung seit der Volkszählung aus dem Jahr 1951 beträchtlich verbessert, dennoch ist Wien weiterhin auf Zuwanderung angewiesen. Eine Untersuchung der Wanderungsbewegung innerhalb Österreichs lehrt uns, daß generell betrachtet, mit einer genügend großen Zuwanderung gerechnet werden kann, daß aber die traditionellen Zuwanderungsgebiete, wie beispielsweise das nördliche Niederösterreich, bald erschöpft sein werden. Wien wird sich daher besonders anstrengen müssen, um Zuwanderer auch aus anderen Teilen Österreichs anzuziehen.

Eine weitere Arbeit, die im Verlauf dieses Jahres abgeschlossen wurde, ist die an den sogenannten 'Flächenbilanzen'. Wir können jetzt mit genügender Genauigkeit sagen, welche Bebauungsmöglichkeiten in den einzelnen Teilen der Stadt vorhanden sind. Auf Grund dieser und einer Reihe anderer Unterlagen haben wir einige 'Stadtmodelle' entworfen. Unter dieser Arbeitsbezeichnung haben wir die beiden wichtigen Punkte unseres städtebaulichen Konzepts, die Auflockerung der zu dicht bebauten Stadtgebiete und die Verdichtung der zu locker bebauten Gebiete am Stadtrand erstmals konkret in Zahlen dargestellt. Es handelt sich dabei um die schematische Darstellung von Möglichkeiten einer besseren Verteilung der Wohn- und Arbeitsstätten innerhalb unseres Stadtgebietes. Diese scheinbar nur theoretischen Überlegungen, wie das Wien des Jahres 2.000 aussehen könnte, sind von höchst aktueller Bedeutung. Wir stehen heute vor der Entscheidung über eine Reihe gewaltiger Investitionen, zu deren Verwirklichung Jahre, wenn nicht Jahrzehnte benötigt werden.

Die Entwicklungsmöglichkeiten, die durch die 'Stadtmodelle' angedeutet werden, müssen natürlich noch in allen Konsequenzen durchgedacht werden, bevor wir entsprechend dem städtebaulichen Grundkonzept ein konkretes Ziel für die anzustrebende Stadtentwicklung festlegen können. Eine grundlegende Frage, die wir noch vor dieser Entscheidung klären müssen, ist die nach der Bebauungsdichte in Wohngebieten.

./.

In den bereits dicht bebauten Gebieten stehen wir vor der Alternative, ob wir eine Verbesserung der Lebensverhältnisse jetzt in Angriff nehmen wollen, oder diese Aufgabe auf die nächste und übernächste Generation abschieben dürfen. In diesen Gebieten besteht heute ein krasses Mißverhältnis zwischen einer zu dichten Bebauung einerseits und unzureichenden Grünflächen, öffentlichen Bauplätzen und Verkehrsflächen andererseits. Wir können zu einer schrittweisen Verbesserung kommen, wenn wir in diesen Teilen der Stadt bei allen Neubauten weniger dicht bauen, als dies in der Gründerzeit der Fall war und außerdem überall dort, wo es möglich ist, zu Lasten alter und nicht erhaltenswerter Bauten neue Grünflächen, neue öffentliche Einrichtungen und mehr Verkehrsflächen schaffen.

Vor einer ebenso weitreichenden Entscheidung stehen wir hinsichtlich der Form der neuen Wohnbauten in den Randgebieten der Stadt. Würde die Wohnbautätigkeit im Verlauf der nächsten Generation ausschließlich in Form von mehrgeschoßigen Wohnhäusern vor sich gehen, würden dafür rund 15 Quadratkilometer neuen Baulandes benötigt werden. Eine Bebauung ausschließlich mit Einfamilienhäusern, und das bei sehr dichter und sparsamer Bebauung, würde rund 45 Quadratkilometer Bauland in Anspruch nehmen. Das sind zwar rein theoretische Werte, sie zeigen aber die Auswirkungen der Entscheidungen, die wir zu treffen haben.

Wiens neue 'Satelliten-Städte'

Die Gemeinderätliche Stadtplanungskommission, deren Mitgliedern und Mitarbeitern ich bei dieser Gelegenheit herzlichst danken möchte, hat im Frühjahr dieses Jahres auf Grund von Modellentwürfen den Umbau der Großfeldsiedlung beschlossen. Dieses Bauvorhaben ist deshalb besonders bemerkenswert, weil es nicht nur das bisher größte auf dem Gebiet des sozialen Wohnungsbaues ist - es werden mehr als 5.000 Wohnungen mit allen öffentlichen Einrichtungen wie Einkaufszentren, Schulen, Kinder-

./.

gärten usw. entstehen, also eine komplette kleine Stadt - sondern weil zur Verwirklichung dieses Planes auch bestehende Siedlungshäuser abgetragen werden müssen. Es handelt sich also auch dabei um eine echte Maßnahme der Stadterneuerung. Das zweitgrößte Bauvorhaben, dessen Planung jetzt abgeschlossen ist, ist die Per Albin Hansson-Siedlung-Ost, wo auf dem Südhang des Laaer Berges rund 4.000 Wohnungen errichtet werden sollen.

Die ganze Tendenz im sozialen Wohnungsbau zielt auf die Schaffung großer zusammenhängender Wohneinheiten.

Wir beabsichtigen ferner, im kommenden Jahr einen internationalen Wettbewerb für die Bebauung des am Südrand Wiens liegenden Gebietes zwischen Inzersdorf, Südautobahn, Vösendorf und Pottendorfer Linie auszuschreiben. Hier soll auf freiem Felde ein völlig neuer Stadtteil entstehen. Zum erstenmal greift damit die Planung über die Stadtgrenzen hinaus; die notwendigen Kontakte mit der Gemeinde Vösendorf sind bereits aufgenommen.

Die Stadtverwaltung hat vor allem im Gebiet ehemaliger Randgemeinden, zum Teil auch innerhalb des alten Stadtgebietes, das schwierige Erbe wilder Siedlungen zu bewältigen, die vielfach in Notzeiten entstanden sind, und heute eine schwere Belastung darstellen. Nach Beratungen in der Gemeinderätlichen Stadtplanungskommission hat die Magistratsdirektion eine Weisung über die zukünftige Behandlung unbefugter Bauführungen erlassen, durch welche sichergestellt wird, daß bei individueller Prüfung jedes Falles nach einheitlichen Gesichtspunkten vorgegangen wird. Es wird aber an einigen Stellen auch zum Abbruch wilder Siedlungen kommen müssen. Das trifft vor allem auf unbefugte Bauten im Wald- und Wiesengürtel zu, um dessen Erhaltung wir ständig bemüht sein müssen.

Im Jänner dieses Jahres hat der Gemeinderat auf Vorschlag der Planungskommission den landschaftlich reizvollen Wiener Teil des Bisamberges zum Wald- und Wiesengürtel erklärt. Hoffentlich gelingt es, das angrenzende niederösterreichische Gebiet ebenfalls vor spekulativer Verbauung zu schützen.

./.

Ein weiterer Antrag auf eine beträchtliche Ausdehnung des Wald- und Wiesengürtels, und zwar vom Wolfersberg und Schottenhof stadtauswärts ist derzeit in Ausarbeitung. Im kommenden Jahr werden weitere derartige Anträge für den Südrand der Stadt und das Gebiet jenseits der Donau folgen. Es wird ferner an einem Programm gearbeitet, den Prater auszugestalten und der Öffentlichkeit im weitestmöglichen Ausmaß zugänglich zu machen.

Die Gemeinderätliche Planungskommission hat sich auch mit dem Problem der Grünflächenversorgung im dicht verbauten Gebiet befaßt und auf Grund von Entwürfen des Stadtbauamtes eine Entschließung über die Schaffung neuer Grünflächen in diesen Bereichen gefaßt. Die entsprechenden Anträge, die zum Großteil städtischen Grundbesitz betreffen, werden im kommenden Jahr zur Beschlußfassung vorgelegt werden.

Für die Neubebauung der Fruhwirt-Gründe neben der Karlskirche wurde beschlossen, einen städtebaulichen Wettbewerb auszuschreiben, der nächstes Jahr durchgeführt werden wird.

Nachdem im Vorjahr ein erfolgreicher städtebaulicher Wettbewerb für die Anlage des Zentrums Kagran abgehalten worden ist, wurde heuer ein Projekt für ein Bezirkszentrum in Hernals fertiggestellt, das in Kürze der Planungskommission zur Begutachtung vorgelegt wird.

Wesentliche Arbeiten wurden im vergangenen Jahr auch auf dem Gebiete der Verkehrsplanung geleitstet. Zugleich mit der Ausarbeitung der 'Stadtmodelle' wurden die Gesetzmäßigkeiten der Berufspendelwanderung zwischen Wohn- und Arbeitsstätten untersucht.

Der Generalverkehrsplan für Wien

Ich habe bereits anläßlich der vorjährigen Budgetdebatte über unsere Arbeiten an einem Generalverkehrsplan für den öffentlichen Verkehr berichtet. Die sehr schwierigen und zeitraubenden Arbeiten, die das Stadtbauamt gemeinsam mit den Verkehrsbetrieben und freischaffenden Fachleuten durchgeführt hat, sind

./.

so weit, daß die Auswahl eines Betriebssystems möglich ist und daß die bereits vorliegenden Entwürfe für das gesamte Netz entsprechend den Ergebnissen der Prognose über die Berufspendelwanderung bewertet und beurteilt werden können. Darüber hinaus wurden alle jene Untersuchungen und Projektierungen durchgeführt, die zur Sanierung des zentralen Stadtbereiches notwendig sind. Darauf möchte ich etwas näher eingehen:

Die Kerngebiete unserer Städte haben im Verlauf der zurückliegenden Jahrzehnte eine grundlegende Veränderung ihrer Struktur erfahren.

Früher war die City ein dicht besiedeltes Wohngebiet, auch Sitz der Behörden, der unmittelbar der Versorgung dienenden Geschäfte, der Handwerksbetriebe sowie der kulturellen Einrichtungen; das hat sich durch das Eindringen von Wirtschaftsunternehmen, vor allem des tertiären Sektors, grundlegend geändert. Diese Veränderung wird in den hohen Beschäftigtenziffern der zentralen Gebiete offensichtlich. Die Folge sind starke Berufsverkehrsströme, die täglich zweimal, auf nur wenige Stunden zusammengedrängt, zwischen den Wohn- und Arbeitsplätzen zirkulieren und sich zwangsläufig zu den innerstädtischen Gebieten hin immer mehr verdichten. Durch die fortschreitende Individualisierung des Verkehrs, die einen wesentlich höheren Bedarf an Verkehrsflächen zur Folge hat, wird die Situation im Kernraum unserer Stadt immer schwieriger. Eine restlose Befriedigung dieser Bedürfnisse gerade in diesen Gebieten ist wegen der beschränkten Möglichkeiten, die Verkehrsflächen auf Kosten der baulichen und historischen Substanz auszuweiten, nicht vertretbar.

Lassen Sie mich dies mit ein paar Zahlen unterstreichen. Die Motorisierungsprognose von 1959 hat für das Jahr 1965 einen Bestand von rund 240.000 Kraftfahrzeugen angenommen. Diese Zahl wurde jedoch schon 1962, also drei Jahre früher überschritten.

1964 schätzte man den Kraftfahrzeugbestand für 1980 auf 530.000 Kraftfahrzeuge, das heißt rund doppelt soviele wie derzeit. Weitere Untersuchungen haben ergeben, daß in den Bezirken

./.

1 bis 9 und dem 20. Bezirk derzeit rund 90.000 Stellplätze vorhanden sind. Unter Berücksichtigung der derzeit in diesem Gebiet wohnenden 621.000 Personen werden also um 1980 im gleichen Gebiet bei Nacht 120.000 Abstellplätze fehlen. Das heißt, daß unter der Annahme, daß für einen Abstellplatz rund 25 Quadratmeter erforderlich sind, eine Fläche von rund drei Quadratkilometer für neue Abstellplätze nötig wäre. Zum Vergleich: die Fläche des 1. Bezirkes beträgt 2,88 Quadratkilometer; der Flächenbedarf ist also größer als der gesamte 1. Bezirk!

Noch krasser ist die Situation bei Betrachtung der für den Tag notwendigen Abstellplätze. Hier würde das Defizit mehr als die Fläche des 5., 6., 7. und 8. Bezirkes zusammengenommen betragen.

Nicht einmal die Verdoppelung des derzeitigen Straßenraumes innerhalb des Bereiches Gürtel - Donaukanal würde ausreichen, um den Ansturm der Kraftfahrzeuge auch nur einigermaßen bewältigen zu können.

Die Forderung, daß der Besitz eines Autos allgemein möglich ist, kann nur dann erfüllt werden, wenn ebenso allgemein auf eine unbeschränkte Verwendung des Automobils verzichtet wird. Es muß uns allen klar sein, daß unseren Städten ihr Gesicht und ihre Eigenart nur dann bewahrt werden kann, wenn auf diese unbeschränkte Benützung des eigenen Kraftfahrzeuges vor allem in den innerstädtischen Bereichen verzichtet wird.

Es muß der Bevölkerung eine attraktive und leistungsfähige Alternative zum Kraftfahrzeug geboten werden. Die Verkehrsplanung hat daher ihre Untersuchungen vor allen Dingen darauf abgestimmt, welches Transportsystem den Wünschen und Bedürfnissen der Stadtbevölkerung am besten entsprechen könnte. Ebenso wurden die Arbeiten darauf ausgerichtet, klarzustellen, welche Art von öffentlichen Verkehr in der Lage sein wird, die großen Mengen des Berufspendelverkehrs zu transportieren. Weiters mußten bei den Überlegungen die günstige Erreichbarkeit der Haltestellen, möglichst kurze Zugsfolgezeiten, hohe Reisegeschwindigkeit und womöglich Tarifeinheit einkalkuliert werden.

./.

Es konnte eine exakte Berechnungsmöglichkeit gefunden werden, die die Voraussetzungen dafür schafft, die Notwendigkeiten richtig einschätzen zu können. Als Bewertungsgrundlagen wurde die Zahl der Umsteigefälle für die Gesamtheit der Benützer ebenso wie die Summe der Reisezeiten, die Gesamtbaukosten, die Betriebskosten und der Personalbedarf eingeführt.

All diese Überlegungen führten zu einem Betriebssystem hoher Leistungsfähigkeit, zu einem Stadtbahn-Schnellbahn-System. Dies bedeutet jedoch nicht, daß in allen Bereichen sofort der Endzustand angestrebt werden muß. Es wird vielmehr angestrebt, die Investitionen vorerst auf die zentralen Bereiche der Stadt zu konzentrieren. Die Folge ist, daß bis zur Fertigstellung einer betriebsfähigen Stadtbahnstrecke einzelne Trassen auch im Ustraba-Betrieb bedient werden können. Auf der Basis dieser Berechnungen und Überlegungen, die in absehbarer Zeit Grundlage entscheidender Beschlüsse der zuständigen Organe sein werden, sind die weiteren Arbeiten an einem Gesamtkonzept für den öffentlichen Verkehr möglich gemacht worden.

Neben diesen Arbeiten grundsätzlicher Natur wurden und werden die Projektierungsarbeiten an dem zum Teil bereits fertiggestellten und zum Teil im Bau befindlichen Straßennetz I. Ordnung fortgesetzt. Mit Rücksicht auf den Ausbau des Autobahnnetzes in Österreich erscheinen die bevorstehenden Arbeiten sowie die weiteren Projektierungen von hoher Dringlichkeit. Um eine neuerliche Benachteiligung des Bundeslandes Wien bei der Festlegung des Bundesstraßennetzes zu verhindern, müssen sowohl die noch nicht befriedigten Wünsche über die Aufnahme weiterer Straßen in das Bundesstraßenverzeichnis neuerlich vorgebracht werden, als auch das Reihungsprogramm des Bundesministeriums über den Ausbau der Autobahnen genauestens überprüft werden.

Gesetzliche Grundlagen fürs Baugeschehen

Der Österreichische Städtebund hat vor Jahren den Entwurf eines Luftreinhaltegesetzes ausgearbeitet und in Anlehnung an ausländische Vorbilder Vorschriften vorgesehen, die derartige Gefährdungen der Bevölkerung hintanhalten sollen. ./.

Wir sind in der Sache bisher leider nicht viel weiter gekommen. Es wäre jedoch im elemantaren Interesse der Volksgesundheit, wenn hier zielführende legislative Schritte unternommen werden könnten.

Auch die Bekämpfung aller Lärmquellen, die bisher nur lückenhaft in verschiedenen Gesetzen mehr oder minder unzureichend verankert ist, sollte womöglich in einem zusammengefaßten Gesetz geregelt werden.

Ich habe im Vorjahr erwähnt, daß wir uns bei zwei großen Bauvorhaben der Netzplantechnik bedienen, die es zum Unterschied von den althergebrachten Planungsmethoden möglich macht, bei der Baudurchführung sämtlicher inneren Zusammenhänge der einzelnen Arbeitsvorgänge zu durchschauen. Trotzdem die beiden Baustellen Grundwasserwerk Lobau und Brücke über die Südbahn im Zuge der Wienerbergstraße und Ruckergasse unter dem heurigen Katastrophenwetter schwer zu leiden hatten, hat sich der Einsatz der Netzplantechnik so gut bewährt, daß sie im kommenden Jahr im vermehrten Umfang auf städtischen Baustellen eingesetzt werden wird.

Überhaupt wird es der Einsatz von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen in Zukunft auch möglich machen, auf der Basis eines einheitlichen Leistungsverzeichnisses die Ausschreibungs- und Abrechnungsmodalitäten zu vereinfachen, sodaß die Techniker des Bauamtes in vermehrtem Umfang ihre eigentlichen Aufgaben, nämlich Planung, Koordinierung und Bauaufsicht erfüllen können.

Unsere Bemühungen zur möglichst kontinuierlichen Beschäftigung der Arbeitskräfte des Bau- und Baunebengewerbes wurden im Jahre 1965 fortgesetzt.

Das Stadtbauamt läßt nichts unversucht, um die Personalknappheit im Bau- und Baunebengewerbe, aber auch die ständigen Preiserhöhungen abzufangen. Der von der Österreichischen Bauinnung errechnete Baukostenindex ist von Dezember 1964 bis November 1965 um rund zehn Prozent gestiegen!

Baulandbeschaffung und Bauordnungsnovelle

Schwere Sorgen bereitet uns die Baulandbeschaffung und Baulandbereitstellung.

./.

Ich habe immer wieder an dieser Stelle berichten müssen, daß die Entwicklung unserer Stadt durch egiostische Einzelinteressen nur zu oft auf das Schwerste gefährdet wird, und ich muß hier wieder den dringenden Appell an Sie alle richten, an Sie alle, meine Damen und Herren, zu einer vernünftigen Bodenordnung beizutragen. Ich glaube sagen zu dürfen, daß die Stadt stets mit gutem Beispiel vorangeht. In jedem Einzelfall, bei der Absiedlung etwa von Gewerbetreibenden, versuchen wir den Betroffenen Beihilfen in einer Höhe zu gewähren, die es ermöglicht, an anderer Stelle und meist unter besseren Verhältnissen eine neue Existenzgrundlage aufbauen zu können. Einschränkungen des Eigentumsrechtes oder dessen Aufgabe haben wir immer angemessen entschädigt. Ich muß Ihnen aber auch sagen, daß wir nicht auf die Dauer zusehen können, wie aus falsch verstandenen Eigentumsbegriffen der Umbau unserer Stadt verhindert wird. An Beispielen dafür besteht leider kein Mangel.

Eines der bedeutendsten legislativen Vorhaben der Stadt ist die große Bauordnungsnovelle. Sie ist deswegen von so erheblicher Bedeutung für die Öffentlichkeit, da ja die Bestimmungen der Bauordnung tief in das Baugeschehen der Stadt eingreifen und ihr Bild und ihre Struktur auf lange Sicht mitbestimmen. Nachdem das Stadtbauamt einen Referentenentwurf für diese Novelle nach sorgfältiger Koordinierung aller Anregungen und Interessen der einzelnen technischen Dienststellen mit den Erfahrungen der Baubehörde fertiggestellt und vorgelegt hatte, finden seit anfangs Mai 1965 Besprechungen über die endgültige Redigierung des Entwurfes unter Leitung der Magistratsdirektion und unter Mitwirkung aller maßgebenden Fachdienststellen statt. Sie gehen zügig voran und haben bisher befriedigende Resultate gezeigt.

3,2 Milliarden für Bauaufgaben

Lassen Sie mich nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, von den konkreten Bauaufgaben des nächsten Jahres sprechen.

./.

Sowohl die Einnahmen, als auch die Ausgaben meiner Geschäftsgruppe sind im Voranschlag für das Jahr 1966 beträchtlich erhöht worden. Während die Einnahmen von 182,372.200 Schilling auf 243,300.200 Schilling stiegen, das sind 33,4 Prozent, erhöhen sich die Ausgaben von 1.598,991.600 Schilling um 91,276.700 Schilling auf 1.690,268.300 Schilling, das sind 5,71 Prozent. Die an sich erfreuliche Steigerung bei den Einnahmen ist allerdings auf die Tatsache zurückzuführen, daß der Bund im nächsten Jahr Straßenbauschulden aus dem Jahre 1964 in der Höhe von 59,5 Millionen Schilling begleichen wird.

Wie in den vergangenen Jahren wird das Stadtbauamt auch im Jahre 1966 für andere Verwaltungsgruppen Bauvorhaben mit einem Gesamtaufwand von 620 Millionen Schilling durchführen. Insgesamt sieht der Voranschlag für die Beschäftigung im Bau- und Baunebengewerbe einen Betrag von rund 3.222 Millionen Schilling vor.

Vorrang für den Wohnungsbau

Auch heuer werden die größten Beträge für den kommunalen Wohnungsbau aufgewendet. 988 Millionen Schilling sind für ihn vorgesehen. Im Jahre 1965 haben wir rund 5.000 Wohnungen fertiggestellt. Von den am Jahresende 1965 im Bau befindlichen mehr als 8.000 Wohnungen werden im nächsten Jahr mehr als 5.000 Wohnungen fertiggestellt werden. Der Baubeginn von etwa 5.000 Wohnungen, teils in herkömmlicher, teils in Fertigteilbauweise, ist für das nächste Jahr vorgesehen.

Die Erfahrungen dieses Jahres haben uns gezeigt, daß durch Rationalisierungsmaßnahmen und durch geeignete Baulenkungsmaßnahmen etwaige Kostensteigerungen doch teilweise aufgefangen werden können. So stiegen die Kosten bei Baumeisteranboten von August 1964 bis August 1965 nur um 5,1 Prozent. Da auch die Kosten der Professionistenarbeiten und die Materialpreise gestiegen sind, erhöhten sich die Gesamtbaukosten im städtischen Wohnungsbau um rund 8,3 Prozent.

Als besonders erfreulich möchte ich die Zustimmung des Finanzreferenten Vizebürgermeister Slavik zu den vom Stadtbauamt vorgeschlagenen Baustufen bezeichnen.

./.

Wir werden ungeachtet der einzelnen Bauraten, die vom Wetter und Baufortschritt abhängig sind, in der ersten Baustufe bis April mit dem Bau von 1.200 Wohnungen, in der zweiten Baustufe von Mai bis August mit dem Bau von 1.000 Wohnungen und in der dritten Baustufe von September bis November mit dem Bau von 1.400 Wohnungen beginnen. Dazu kommen noch rund 1.500 Wohnungen, die durch unsere Montagebaugesellschaft geliefert werden sollen. In unserem Wohnbauprogramm ist auch der Bau von rund 700 Fertigteilwohnungen durch neue Montagebaufirmen eingeplant.

Mehr als bisher sollen im Jahre 1966 auch Wohnbauförderungsmittel für den kommunalen Wohnungsbau verwendet werden.

Für Wiederaufbauten sind im Budget 46 Millionen Schilling vorgesehen, die natürlich nur ausgegeben werden können, wenn die notwendigen Darlehensbewilligungen durch den Wohnhauswiederaufbaufonds erfolgen.

Für Vorbereitungsarbeiten für die künftigen Wohnbauprogramme sind 15,5 Millionen Schilling und für Fertigstellungs- und Ergänzungsarbeiten 11,52 Millionen Schilling im Budget eingesetzt. Von diesen Beträgen werden 7 Millionen Schilling für nachträgliche Aufzugseinbauten Verwendung finden. 7 Millionen Schilling werden für Demolierungen, vor allem in Assanierungsgebieten gebraucht.

Vizebürgermeister Slavik hat bereits darauf hingewiesen, daß im kommenden Jahr neben dem kommunalen Wohnungsbau der Bau von weiteren 6.300 Wohnungen durch Förderungsmaßnahmen der Stadt bewerkstelligt werden soll, sodaß die direkte und indirekte Wohnbauleistung der Stadt im Jahre 1966 zirka 11.300 Wohnungen betragen wird. Nachdem der monatliche Mietzins bei unseren städtischen Wohnhausanlagen einen Prozentsatz der baulichen Investitionskosten beträgt, ist es unsere große Sorge, diese Kosten möglichst niedrig zu halten.

Wir betrachten es als ausgesprochen erfreulich, daß die zunehmende Verwendung von Fertigteilen auch in die konservative Bauweise Einzug hält. In Zukunft werden auch bei der konservativen Bauweise in unserem kommunalen Wohnungsbau Fertigteil-Deckenplatten, Fertigteil-Stiegenhauselemente und Fertigteil-Hauptgesimse Verwendung finden. Die Verwendung dieser Fertigteile hat ihre Vorteile vor allem in der Verkürzung der Bauzeit und zum

./.

Teil auch in der Vereinfachung verschiedener Arbeitsgänge. Auch die Verwendung von Fertigeinbaufenstern und seit einiger Zeit sogar von Plastikfenstern sind wertvolle Teile unseres Rationalisierungsprogrammes.

Überhaupt möchte ich mit ein wenig Stolz auf die Forschungsarbeit unseres Stadtbauamtes hinweisen, auf die Entwicklung neuer Baustoffe unter weitestgehender Verwendung von Stoffen, die bisher als Abfallprodukte galten, sowie auf die ständige Verbesserung der Ausstattung unserer Wohnungen, ihrer Grundrisse und vieles andere.

Es ist auch interessant festzustellen, daß die zahlreichen Angriffe und Mißtrauenskundgebungen, die noch bis vor kurzer Zeit gegen unsere Montagebauten, insbesondere in Bezug auf Qualität und Preis und auf die Leistungsfähigkeit der Firma vorgebracht wurden, vollkommen verstummt sind und nun der Befürchtung gewichen sind, die Montagebauindustrie könnte zu viele Wohnungen herstellen. Wenn in Hinkunft durch weitere Firmen und Firmengruppen die Vorfertigung von Bauelementen aufgenommen werden wird, werden sie die Anfangsschwierigkeiten nicht mehr in dem Maß wie wir zu überwinden haben.

Für die Planung unserer Hochbauten wurden 1965 218 Planungsaufträge an freischaffende Architekten vergeben, nebst 143 Aufträgen an Künstler zur Ausgestaltung von städtischen Wohn- und Nutzbauten.

Fast 40 Millionen für Planungsarbeiten

Für die Arbeiten der Stadt- und Landesplanung stehen auf Rubrik 611 5,250.000 Schilling zur Verfügung. Schon Vizebürgermeister Slavik hat darauf hingewiesen, daß dies nur ein Teil des Betrages ist, der im Jahr 1966 tatsächlich für Planungszwecke aufgewendet werden soll. Abgesehen davon, daß ich anläßlich der Budgetvorberatungen vom Finanzreferenten die Zusage erhalten habe, daß etwa anfallende Planungsarbeiten auch während des Jahres durch Zusatzkredite finanziert werden würden, ergibt das genaue Studium des Voranschlages, daß neben dem bereits erwähnten Betrag allein im Rahmen der Hoheitsverwaltung im Budget für das Jahr 1966 Planungskosten in Höhe von 15,4 Millionen Schilling vorgesehen sind.

./.

Dabei handelt es sich um Kosten für grundsätzliche Planungen und auch um Kosten für Detailplanungen, die deshalb nicht gesondert ausgewiesen als Planungskosten aufscheinen, weil sie vielfach in den Baukosten enthalten sind. 1,2 Millionen Schilling sollen an verschiedene Planungsinstitute für Arbeiten ausbezahlt werden. Wenn Sie nun noch die Planungskosten der Stadtwerke in der Höhe von 3,8 Millionen Schilling und die Kosten der ausschließlich mit Fragen der Grundsatzplanung befaßten Bediensteten hinzurechnen, kommen Sie auf Planungskosten von 39,7, also fast 40 Millionen Schilling.

Große Erfolge konnten wir beim Neubau des Allgemeinen Krankenhauses verzeichnen. Wenn man bedenkt, daß die drei Objekte des Wohnbezirkes, dessen Dachgleiche im Oktober 1965 erreicht wurde, insgesamt 700 Wohneinheiten für Schwestern und Ärzte, die Schwesternschule mit ihrem Internat und gedeckte Autoabstellplätze für 140 Kraftfahrzeuge enthalten, so kann mit Recht behauptet werden, daß die kurze Bauzeit seit Mitte 1964 tatsächlich eine beachtliche Leistung darstellt.

Vielleicht noch bedeutungsvoller als die Erreichung der Hauptgleiche des Wohnbezirkes ist der am 23. Juni vom Spitzenausschuß gefaßte Beschluß, den Neubau des Kernkomplexes nicht wie ursprünglich vorgesehen in zwei Baustufen, sondern in einem Zuge durchzuführen. Diese Entscheidung, die einem Antrag der Baudienststellen des Bundes und der Stadt entspricht, bringt Einsparungen in der beachtlichen Höhe von etwa 600 Millionen Schilling und Vorteile für die Patienten, die Ärzte, das Pflegepersonal und die Forschung.

Auch über die Planung des zentralen Großmarktes und des neuen Schlachthofes möchte ich heute wieder kurz berichten. Wie Sie wissen, wurde im vergangenen Jahr ein Wiener Planungsbüro beauftragt, ein Raum- und Funktionsprogramm und ein Grundsatzkonzept auszuarbeiten. Eine Vorstudie darüber wurde gegen Ende des Jahres 1964 den zuständigen Abteilungen zur Stellungnahme übergeben. Die genauen Untersuchungen, auch einer sogenannten zweiten Variante, die Verkehrsanalysen und die Ergebnisse von Probebohrungen haben gezeigt, daß in St. Marx wohl eine technisch und auch betrieblich einwandfreie Anlage ge-

./.

schaffen werden kann, daß aber die Investitionskosten unverhältnismäßig hoch wären. Es wurden daher andere Grundstücke auf ihre Eignung für die Errichtung des Zentralgroßmarktes untersucht und wir haben nach einigen Aussprachen vor kurzem jene Untersuchungsergebnisse erhalten, die uns die Möglichkeit geben werden, hinsichtlich der neuen Anlagen eine Entscheidung zu treffen, die sowohl technisch und betrieblich als auch wirtschaftlich günstig ist. Die für diese Entscheidung erforderlichen letzten Überprüfungen sind noch nicht abgeschlossen. Es kann jedoch, wie ich glaube, schon jetzt gesagt werden, daß der Schlachthof in St. Marx verbleiben, der Markt aber auf einem anderen Grundstück im Süden der Stadt errichtet werden wird. Wir schätzen, daß wir durch die Trennung der beiden Anlagen nahezu 400 Millionen Schilling an Investitionskosten einsparen können.

Den Berichten der anderen Geschäftsgruppen können Sie entnehmen, in welch großem Ausmaß wir wieder Sportanlagen, Kindergärten, Schulen, Spitäler, Märkte, Feuerwachen und viele andere Objekte bauen oder erhalten werden.

Verkehrsprobleme

Der Voranschlag für das kommende Jahr sieht erstmals bedeutende Einnahmen auf der Rubrik 621 in der Höhe von 65 Millionen Schilling vor. Ich habe schon darauf hingewiesen, daß in diesem Betrag Straßenbauschulden des Bundes aus dem Jahr 1964 in der Höhe von 59,5 Millionen Schilling enthalten sind.

Für die Erhaltung der baulichen Anlagen sind wieder 45 Millionen Schilling vorgesehen. Die Wetterverhältnisse dieses Jahres und die leider schon im Vorjahr von mir erwähnte gegen unseren Willen durch Bundesvorschriften zugelassenen erhöhten Achsdrücke für Schwerlastfahrzeuge haben neuerlich schwere Deckenschäden an unseren Straßen verursache. Natürlich haben zu diesen Schäden auch die vielen Umleitungen beigetragen, die im Gefolge von Bauführungen in einzelnen Teilen unserer Stadt notwendig waren.

Im Straßenbaubudget sind einschließlich der Mittel für die Erhaltung der baulichen Anlagen 219 Millionen Schilling vorge-

./.

sehen. Das bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Erhöhung von rund 28 Millionen Schilling. Das ist gewiß kein überwältigender Betrag. Ich bitte Sie aber zu bedenken, daß auch auf vielen anderen Rubriken des Voranschlages Mittel für die Straßen- und Verkehrsbauten enthalten sind. Wir haben uns der Mühe unterzogen und aus den Voranschlägen der einzelnen Abteilungen jene Beträge herausgezogen, die ausschließlich für Verkehrsbauten aufgewendet werden. Diese Beträge ergeben eine Summe von 473,425.000 Schilling, wobei allein auf dem Brückenbausektor 153,8 Millionen Schilling aufgewendet werden.

Zu diesem Betrag sind aber noch jene Mittel hinzuzuzählen, die der Bund im Jahre 1966 für den Autobahn- und Bundesstraßenbau in Wien aufwenden wird. Wir haben bereits vor vielen Monaten dem zuständigen Ministerium unsere Wünsche bekanntgegeben. Sie betragen beim Autobahnbau 228,6 Millionen Schilling und beim Bundesstraßenbau 75,1 Millionen Schilling, zusammen also 303,7 Millionen Schilling. Wenn der Bund in der Lage ist, im kommenden Jahr diese Beträge für den Autobahn- und Bundesstraßenbau in Wien aufzuwenden, was wir aus den Ihnen allen bekannten Gründen bis heute leider noch nicht wissen, würden im Jahr 1966 für Verkehrsbauten in Wien 777,1 Millionen Schilling zur Verfügung stehen. Wenn Sie jetzt eine Kopfquotenberechnung anstellen würden, würden die Dinge wesentlich anders aussehen, als das in manchen Publikationen bisher der Fall war.

Autobahn- und Bundesstraßenbau in Wien

Ich kann Ihnen über den Autobahn- und Bundesstraßenbau im Jahr 1966 leider noch keine endgültigen Mitteilungen machen. Wir glauben aber doch, daß wir im Jahr 1966 auch auf diesem Sektor ein beträchtliches Stück weiterkommen werden. Mein besonderer Wunsch wäre, daß die notwendigen Mittel für den Beginn des Baues der vierten Donaubrücke zur Verfügung gestellt werden. Wir haben in unseren Wünschen an den Bund dafür den Betrag von zehn Millionen Schilling eingesetzt.

Zwischen meiner vorjährigen Budgetrede und dem heutigen Tag liegt ein Ereignis von besonderer Bedeutung für die Realisierung unserer Pläne für den Ausbau des Straßennetzes in unserer

./.

Stadt, nämlich die feierliche Verkehrsübergabe der Nordeinfahrt über die neue Donaubrücke am 19. Dezember 1964. Es ist dies das erste Stück des Autobahnnetzes in Wien, das in Betrieb genommen werden konnte. Gestatten Sie mir, rückblickend auf diesen Straßenbau einen Hinweis auf die Schwierigkeiten, die wir gerade beim Bau der sogenannten Donaukanalbegleitstraße zu überwinden hatten. Die vollkommen unverständliche Haltung eines Liegenschaftsmiteigentümers hatte zur Folge, daß ein Teilstück der Autobahn am rechten Ufer des Donaukanals erst etwa ein halbes Jahr nach der Freigabe des Verkehrs auf der Nordeinfahrt fertiggestellt werden konnte.

Aus dem Umstand, daß ein Liegenschaftsmiteigentümer auf Grund eines Enteignungsverfahrens nach einem richterlichen Erkenntnis eine wesentlich geringere Entschädigung erhielt, als ihm durch die Stadt im Verhandlungswege bereits angeboten worden war, erhoffen wir uns einen heilsamen Einfluß auf ähnlich gelagerte Fälle, in denen es uns trotz wirklich entgegenkommender Verhandlungen nicht mehr vertretbar erscheint, überspitzte Forderungen von Liegenschaftseigentümern zu erfüllen.

Die Bauarbeiten an der Autobahn-West beim Auhof sowie an den stadtseitigen Anschlüssen zu den beiden Wientalbegleitstraßen gehen zügig weiter. Auch die Arbeiten an der Einführung der Autobahn-Süd zum Knoten Inzersdorf bzw. zur Triester Straße und in Richtung vierter Donaubrücke gehen ihrer Vollendung entgegen. Auch hier hoffe ich auf genügend Verständnis der Bundesdienststellen, damit wir den Autobahnbau in Richtung vierte Strombrücke vorantreiben können.

Im Bereich 'Wien-Süd-Anschlußstelle Favoriten' ist der Beginn der Bauarbeiten allerdings noch von der Erteilung einer eisenbahnbehördlichen Genehmigung abhängig, die hoffentlich ehestens zu erreichen sein wird. In dem Verbindungsstück 'Inzersdorf-Altmannsdorfer Straße' stoßen die Grundeinlösungen auf große Schwierigkeiten, so daß für 1966 kaum mit der Einleitung von Baumaßnahmen gerechnet werden kann.

./.

Im Abschnitt 'Anschlußstelle Favoriten-Landstraße' sollen die Grundfreimachungen in verstärktem Maß durchgeführt werden. Auch an der Nordautobahn sind im Zusammenhang mit dem Anschluß der Bundesstraße 225 nach Klosterneuburg Arbeiten vorgesehen.

Am Bundesstraßennetz sind außerdem noch folgende Arbeiten geplant: Auf der Bundesstraße 1 wird zunächst der sechsspurige Ausbau der rechten Wientalbegleitstraße zwischen dem Knoten Auhof und dem Nikolaiberg abgeschlossen und der Ausbau vom Knoten Auhof bis zum Karl Seitz-Platz in Weidlingau in Angriff genommen werden. Auch der Neubau der linken Wientalbegleitstraße zwischen St. Veit-Brücke und Nikolaiberg soll weitergeführt werden. Im Abschnitt Hütteldorfer Brücke bis Hirschgraben wird diese Straße zwischen Wienfluß und Westbahn als Hangbrücke geführt und dann über eine Spannbetonbrücke das rechte Wienfluß-Ufer erreichen. Mit dem Bau dieser beiden Brückenbauwerke wurde im Herbst dieses Jahres begonnen. Auf der rechten Wienflußbegleitstraße auf dem Hietzinger Kai zwischen Braunschweiggasse und Mantlergasse wird die Erneuerung der Fahrbahndecke abgeschlossen werden.

Benachteiligung Wiens durch den Bund

So sehr wir die lang erwartete Tätigkeit des Bundes auf den Wiener Straßen begrüßen, müssen wir doch mit aller Deutlichkeit sagen, daß das jahrelange Unrecht noch nicht zur Gänze beseitigt ist.

Vielleicht darf ich ein besonders krasses Beispiel, das um weitere vermehrt werden könnte, erwähnen. Es handelt sich um die schienengleiche Kreuzung der Simmeringer Hauptstraße mit der Donauländebahn an der Landesgrenze zwischen Wien und Niederösterreich. Die Stadtgrenze verläuft inmitten der Bahntrasse. Und nun hören und staunen Sie: Bis zur niederösterreichischen Landesgrenze, also auf niederösterreichischem Gebiet, ist diese Straße Bundesstraße.

./.

Von dort an ist sie, obwohl die Bedeutung der Straße gegen die Stadt zu eher noch zunimmt, nur mehr Gemeindestraße. Wenn an dieser bedeutenden Kreuzung die schon dringend notwendige Unterfahrung gebaut werden würde, würde für die Kosten auf niederösterreichischem Gebiet der Bund, für die Kosten auf Wiener Gebiet aber der Wiener Steuerzahler aufzukommen haben.

Es ist klar, daß diese rechtliche Konstruktion unhaltbar ist, da ja niemand behaupten kann, daß die Bedeutung dieser Straße für den Durchzugsverkehr innerhalb der Eisenbahnkreuzung endet. Wie bereits gesagt, nimmt die Bedeutung der Straße in Richtung zum Stadtzentrum noch erheblich zu. Alle diese Argumente hat die Stadt Wien in Schreiben an das Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau vom Februar 1960 und Mai 1962 ausführlich dargelegt. Mit Rücksicht auf die Dringlichkeit der Herstellung der Unterfahrung hat der Herr Bürgermeister am 19. Oktober 1965 den Herrn Bundesminister neuerlich ersucht, die Übernahme des auf Wiener Gebiet liegenden Teiles dieses Straßenzuges in die Wege zu leiten, zumindest aber den Bau des Kreuzungsbauwerkes auf Kosten des Bundes durchzuführen. Hoffentlich kann ich dem Gemeinderat bald über einen Erfolg der Initiative des Herrn Bürgermeisters berichten.

Städtischer Straßenbau 1966

Doch nun zu den städtischen Straßenbauten. Für 1966 ist die Fertigstellung der Lastenstraße, von der Universitätsstraße bis zur Secession vorgesehen. Im Anschluß daran wird eine Änderung der Gleisanlagen der Wiener Verkehrsbetriebe auf dem Karlsplatz vorgenommen. Auch die Fahrbahnen werden in diesem Bereich in einem begrenzten Umfang als sogenanntes 'Langzeitprovisorium' umgestaltet werden, weil der endgültige Ausbau erst gemeinsam mit der geplanten Nord-Süd-Verbindung der Stadtbahn erfolgen kann.

An größeren Bauvorhaben sind außerdem vorgesehen:

./.

Der straßenmäßige Ausbau im Bereich des Matzleinsdorfer Platzes, insbesondere der Quellenstraße; die Fertigstellung der Adalbert Stifter-Straße von der Klosterneuburger Straße bis zum Friedrich Engels-Platz und der Lorenz Müller-Gasse und Dresdner Straße von der Brigittenauer Lände bis zum Hochstädtplatz. Außerdem soll die Erzherzog-Karl-Straße weiter ausgebaut werden. Dazu kommen der Ausbau der Linken Wienzeile von der Hofmühlgasse bis zum Margaretengürtel und die Fahrbahnverbreiterung des Inneren Gürtels von der Kandlgasse bis zur Kinderspitalgasse.

Darf ich nun noch einige Straßenbauvorhaben aufzählen, ohne sie im Detail zu erläutern:

Geplant ist unter anderem der weitere Ausbau der Taborstraße, der Linzer Straße, der Sandleitengasse, der Brünner Straße, der Breitenleer Straße, der Neustiftgasse, der Wilhelminenstraße, der Jägerstraße und der Ketzergasse. Die Kreuzung Praterstraße - Rotensterngasse soll durch einen Umbau der Haltestelleninseln und durch Schaffung eines geregelten Fußgeherüberganges entschärft werden. Auch die Südportalstraße, die Ober-Laaer Straße, die Baumeistergasse und die Sieveringer Straße werden ausgebaut werden, wobei es sich bei der Sieveringer Straße werden ausgebaut werden, wobei es sich bei der Sieveringer Straße um die Herstellung eines Promenadeweges und kleinerer Fahrbahnregulierungen handelt. Für die Regenerierung alter Asphaltbeläge sollen 3 Millionen Schilling aufgewendet werden.

Große Straßenbauarbeiten werden im Zusammenhang mit Wohnhausanlagen durchzuführen sein. Im Zuge des Ausbaues der Siedlungsstraßen sollen 1966 zirka 60.000 m^2 neue Tragschichten hergestellt und rund 300.000 m^2 Oberflächenbehandlungen aufgebracht werden.

Für Grundfreimachungen ist ein Betrag von 4 Millionen für Detailprojektierungen ein solcher von 2 Millionen Schilling vorgesehen. Den Wiener Verkehrsbetrieben wird im Zusammenhang mit Verkehrsbauten ein Betrag von 32,1 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt.

./.

Die im Gang befindlichen und in Angriff zu nehmenden Straßen- und Verkehrsbauwerke stellen durchwegs Bestandteile unseres Verkehrskonzeptes dar, das bezüglich des Individualverkehrs seit längerer Zeit festliegt, in Plänen vorhanden ist und oftmals publiziert wurde und bezüglich des öffentlichen Verkehrs, wie bereits gesagt, einen Stand erreicht hat, bei dem klar erkennbar ist, daß die in Ausführung begriffenen Teilstrecken, Verkehrsknoten und Brücken unbestrittene Bestandteile des Erdzustandes darstellen.

Alle Arbeiten auf dem Sektor des Verkehrsbaues stehen im Zeichen erhöhter Sicherheit und Annehmlichkeit für den schwächsten Verkehrsteilnehmer, nämlich den Fußgeher. Durch die zusätzliche Schaffung gesicherter Querungsmöglichkeiten und die verstärkte Anwendung signalgesteuerter Niveauübergänge wird der berechtigten Forderung der Majorität der Straßenbenützer Rechnung getragen.

Brücken- und Wasserbau

Auch für den Brücken- und Wasserbau stehen im nächsten Jahr große Beträge zur Verfügung. Dabei gebe ich zu bedenken, daß im Jahr 1965 die Finanzierung großer Brückenbauvorhaben ausgelaufen ist. Für den Brücken- und Wasserbau sind insgesamt 204,9 Millionen Schilling vorgesehen. Mit diesem Betrag werden wir unter anderem die unterirdischen Bauwerke in der Lastenstraße fertigstellen und die Bauten am Gürtel und Matzleinsdorfer Platz fortsetzen. Allein für diese beiden Bauvorhaben sind im Voranschlag 135 Millionen Schilling eingesetzt. Fertiggestellt wird auch die Wienerbergbrücke über die Südbahn und den Wienfluß in Verlängerung des Margaretengürtels. Für die Herstellung eines weiteren Personentunnels am Praterstern ist ein Betrag von zwei Millionen Schilling bereitgestellt.

Unsere Brückenbauabteilung ist auch in unmittelbarer Bundesverwaltung am Bau von Brücken im Zuge von Autobahnen oder Bundesstraßen tätig.

./.

Im kommenden Jahr soll am rechten Brückenkopf der Nordbrücke eine Brücke nächst dem Handelskai über zwei Bahngleise und eine Straße gebaut werden. Für die 4. Donaubrücke werden, vorausgesetzt, daß der Bund die dazu notwendigen Mittel zur Verfügung stellt, die Bauarbeiten in Form eines Ideenwettbewerbes ausgeschrieben werden. Mit Beginn der Bauarbeiten selbst ist voraussichtlich in der zweiten Jahreshälfte 1966 zu rechnen.

Der wichtige Umbau der Nußdorfer Schleuse ist soweit fortgeschritten, daß noch im heurigen Winter mit einem provisorischen Betrieb gerechnet werden kann. Der Umbau soll nächstes Jahr abgeschlossen werden. Dieses Mehrzweckbauwerk sichert bei Niederwasser und Eisgang den Eintritt einer Mindestwassermenge in den Donaukanal, die sowohl zur Erhaltung der Uferschutzbauten als auch für Kühlzwecke des E-Werkes unbedingt nötig ist. Es ist außerdem eine leistungsfähige teilautomatische Schiffahrtsschleuse mit modernsten Einrichtungen und gleichzeitig das erste Bauwerk im Zusammenhang mit dem verbesserten Hochwasserschutz für Wien.

Hochwasserschutz

Das Jahr 1965 war für Österreich ein ausgesprochenes Katastrophenjahr. Auch Wien ist davon nicht verschont geblieben, obwohl wir im Verhältnis zu anderen Bundesländern noch glimpflich davongekommen sind. Das lang anhaltende Hochwasser der Donau im Frühjahr, im Sommer und im Herbst dieses Jahres hat uns wieder mit aller Deutlichkeit vor Augen geführt, daß wir uns mit dem für Wien bestehenden Hochwasserschutz nicht zufriedengeben können. Obwohl das heurige Hochwasser mengenmäßig als bescheiden anzusehen war - es hat nicht die Höhe des Hochwassers vom Juli 1954 erreicht - ist es in unserer Stadt zu bedeutenden Schäden gekommen.

./.

Ich habe im Vorjahr sehr ausführlich über den Stand der Projektierungsarbeiten an einem verbesserten Hochwasserschutz für Wien berichtet und darf neuerdings darauf hinweisen, daß im Abschlußbericht des Studienkomitees im Österreichischen Ingenieur- und Architektenverein einhellig die von unseren Fachleuten für notwendig angesehene höchste Hochwassermenge von 14.000 m^3/sec. anerkannt und ausdrücklich festgestellt wurde, daß aus einer Vielzahl von Projekten nur mehr drei, darunter das Projekt des Wiener Stadtbauamtes, zur Diskussion stehen. Das Studienkomitee hat außerdem darauf hingewiesen, daß das Projekt der Stadt Wien jenes ist, das in der generellen Planung am weitesten durchgearbeitet und durch die bekannten Modellversuche auch wissenschaftlich untermauert ist.

Die zuständigen Bundesdienststellen haben zu unserem großen Bedauern trotz oftmaligen Drängens bis heute zu den vorliegenden Projekten keine Stellungnahme bezogen oder eine Entscheidung getroffen. Der Gemeinderat hat sich in seiner Sitzung vom 30. Juli dieses Jahres mit einem Antrag des Stadtbauamtes auf Verbesserung des Schutzes von Wien gegen Hochwässer der Donau befaßt und den Magistrat beauftragt, mit dem für die Durchführung von Regulierungsarbeiten an der Donau zuständigen Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau unverzüglich Verhandlungen wegen der Realisierung der Arbeiten für den verbesserten Hochwasserschutz aufzunehmen.

Die zuständige Magistratsabteilung hat dem Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau mit Schreiben vom 11. August 1965 einen diesbezüglichen Antrag zugeleitet. Der Herr Bürgermeister hat den Herrn Bundesminister mit Schreiben vom 2. September 1965 auf diesen Antrag aufmerksam gemacht und ihn um seine Unterstützung zur ehesten Inangriffnahme der für den Schutz von Gut und Leben der Wiener Bevölkerung unbedingt notwendigen Maßnahmen gebeten.

./.

Zu unserem großen Bedauern hat der Herr Bundesminister in einer Anfragebeantwortung im Nationalrat und in einem Schreiben an den Herrn Bürgermeister vom 13. Oktober dieses Jahres, allerdings ohne Angabe von konkreten Rechtsgrundlagen, die Meinung vertreten, der Bund wäre nur für die Mittel- und Niederwasserregulierung zuständig. Dieser Auffassung ist der Herr Bürgermeister mit Schreiben vom 26. November dieses Jahres unter genauer Darlegung der Rechtslage entgegengetreten. Wir werden die weiteren Verhandlungen mit dem Bund zur Lösung dieser für Wien so wichtigen Frage mit aller Energie betreiben.

Auf dem Sektor des Verkehrswasserbaues werden im wesentlichen bereits begonnene Arbeiten in den Häfen Albern, Freudenau und Lobau durchgeführt werden. Die Abwasserkläranlage soll fertiggestellt werden, damit die Tankerreinigungsanlage noch im nächsten Jahr in Betrieb genommen werden kann. Als neues Bauvorhaben ist der Ausbau eines weiteren Abschnittes der Kaianlage im Hafen Freudenau vorgesehen.

Schwefelquelle Ober-Laa

Nicht unerwähnt möchte ich die Probebohrungen zur Erschließung der Schwefelquelle in Ober-Laa lassen, die im März des heurigen Jahres begonnen wurden. Bereits am 1. September dieses Jahres wurde in einer Tiefe von 375 Meter das Vorhandensein von Schwefelwasser mit hoher Temperatur festgestellt, das damals mit großem Druck aus dem Bohrgestänge schoß. Inzwischen wurde die Bohrung auf 419 Meter Tiefe fortgesetzt; damit wurden weitere Zonen für die Gewinnung des Schwefelwassers erschlossen.

Die Qualität des Wassers ist außerordentlich gut. Die Quelle kann nach den einschlägigen Vorschriften als Mineral-, Thermal-, Bitter- und Kochsalzquelle bezeichnet werden. Sie ist wegen ihres hohen Gehaltes an freiem Schwefelwasserstoff eine für Heilzwecke bemerkenswerte Therme mit einer außerordentlich hohen Temperatur von 49 Grad Celsius. Momentan sind Verrohrungsarbeiten im Gange und ich hoffe, daß wir in Kürze auch schon endgültig über die Ergiebigkeit der Quelle Auskunft geben können.

Im Budget für den Brücken- und Wasserbau ist ferner für Vorarbeiten zur Erweiterung des Stadtbahnnetzes ein Betrag von zwei Millionen Schilling enthalten.

./.

Fernheizung für ganz Wien

Ich habe noch über die Arbeit unserer Heizungsabteilung zu berichten, die eine bemerkenswerte Entwicklung genommen hat. Die überaus große Wirtschaftlichkeit von Fernheizanlagen und die guten Erfahrungen, die wir damit in Kagran machen konnten, haben es mit sich gebracht, daß die Arbeit dieser Abteilung einen immer größeren Umfang annimmt.

Das Fernheizwerk an der Spittelauer Lände, welches das Allgemeine Krankenhaus mit Wärme versorgen wird, ist in der Projektierung soweit fortgeschritten, daß im Frühjahr nächsten Jahres mit dem Bau selbst begonnen werden könnte. Inzwischen wurde auch das Konzept einer Wärmeversorgung für ganz Wien ausgearbeitet, das im Endausbau vier Heizwerke rechts und zwei Heizwerke links der Donau vorsehen würde. Mit diesem Versorgungsnetz, das, wie gesagt, erst im Konzept vorliegt, könnte das ganze dicht bebaute Gebiet von Wien mit Wärme versorgt werden. Ein solches Netz könnte allerdings, wie ich glaube, nicht im Rahmen der Hoheitsverwaltung betrieben werden.

1966 wird in Kagran die gesamte Wohnhausanlage Eipeldauer Straße an das dritte Fernheizwerk angeschlossen werden. Bei verschiedenen Wohnhausanlagen im 15. und 21. Bezirk wird mit dem Bau einer Wärmeversorgung begonnen und die Arbeiten an den Heizleitungen der städtischen Wohnhausanlage Krottenbachstraße werden fortgesetzt.

Für die bauliche Erhaltung städtischer Objekte werden im nächsten Jahr mehr als 400 Millionen Schilling ausgegeben werden.

Neues Grün für Wien

Das Stadtgartenamt wird im nächsten Jahr bei Einnahmen von 11,2 Millionen Schilling rund 120,7 Millionen Schilling ausgeben. Allein für die Erhaltung der baulichen Anlagen sind 11,4 Millionen Schilling vorgesehen. Die Ausgabenansätze sind vor allem deshalb gegenüber dem Vorjahr geringer geworden, weil im Vorjahr noch hohe Beträge für den Donaupark im Budget enthalten waren.

Mit den zur Verfügung stehenden Beträgen wird die Umgestaltung einer großen Zahl von Gartenanlagen fortgesetzt werden. Einige davon sind: der gesamte Lastenstraßenzug vom Friedrich

./.

Schmidt-Platz bis zur Secession; die Sanierung des Heustadlwassers, die Umgestaltung und Erweiterung des Schweizer Gartens; die gärtnerische Ausgestaltung der Donaukanalufer im 3., 9., 19. und 20. Bezirk; der weitere Ausbau des Volksparkes am Laaer Berg; die Grünanlagen am Eisenstadtplatz, am Küniglberg, in der Cossmanngasse zwischen Breitner Hof und Westbahn, im Pötzleinsdorfer Schloßpark, am Friedrich Engels-Platz, am Bruckhaufen, an der oberen Alten Donau und im Denglerpark in Floridsdorf.

Selbstverständlich sind für das nächste Jahr auch weitere Baumpflanzungen und der Neubau von Ballspiel- und Kinderspielplätzen in Gartenanlagen und Wohnhausgärten vorgesehen.
Es ist auch an eine Vermehrung der Blumenschalen im dicht bebauten Stadtgebiet gedacht. Der Betrag für den Wettbewerb 'Wien im Blumenschmuck' wurde um 10.000 Schilling auf 90.000 Schilling erhöht.

Auch auf dem Gelände des Donauparkes sind wieder kleinere gärtnerische Herstellungen vorgesehen. Die angeblichen 'Giftgasvorkommen' im Donaupark sind im übrigen weit harmloser als sie der Bevölkerung dargestellt wurden. Es wird aber auch in Zukunft immer wieder möglich sein, daß in der bis zu 15 Meter hohen Müllschüttung, besonders bei starker Durchfeuchtung, Gase entstehen, die sich einen Weg an die Oberfläche suchen, Wie mir von unseren Fachleuten versichert wird, bringen diese Gasaustritte keine wirklichen Gefahren mit sich.

'Das Betreten der Baustelle ist erwünscht!'

Wir haben, wie in den vergangenen Jahren, auch im Jahr 1965 wieder versucht, die Wiener Bevölkerung über unsere Absichten, Pläne und Projekte zu informieren. Von den Ingenieuren des Stadtbauamtes und auch von einigen Lehrerinnen und Lehrern, die sich dem Stadtbauamt in uneigennütziger Weise zur Verfügung gestellt haben, wurden mehr als 48.000 Wiener und Besucher unserer Stadt durch Wien geführt.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch voh unseren Plänen Mitteilung machen, in Zukunft noch einem größeren Teil der Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, verschiedene städtische Großbauvorhaben bereits während des Baues kennenzulernen. Unter dem

./.

Motto 'Das Betreten der Baustelle ist erwünscht' werden wir im nächsten Jahr, natürlich unter entsprechenden Vorsichtsmaßnahmen, die Baustelle Lastenstraße zu bestimmten Zeiten der Bevölkerung zugänglich machen.

Im Vorjahr habe ich an dieser Stelle die Versicherung abgegeben, daß sich im Wesen unserer Fachzeitschrift 'der aufbau' durch personelle Veränderungen in der Redaktion nichts ändern würde. Der 'aufbau' ist nach wie vor ein Organ für echte Diskussion und hat nichts, aber schon gar nichts mit einer sogenannten amtlichen, womöglich zensurierten Schrift, wie das seinerzeit behauptet wurde, zu tun. Darüber hinaus kann ich mit Freude berichten, daß es durch Maßnahmen der Schriftleitung gelungen ist, die Zeitschrift durch eine erhebliche Auflagenerhöhung auf eine wesentlich breitere Basis zu stellen und auch die wirtschaftliche Situation - die Zeitschrift muß sich entgegen oft geäußerter anderer Meinungen selbst erhalten - wesentlich verbessert werden konnte.

Im Jahr 1965 wurden zahlreiche Ausstellungen veranstaltet. Eine von ihnen, nämlich die Ausstellung 'Stadterneuerung', ist jetzt in der Volkshalle zu sehen. Unsere Ausstellung 'Wien - Stadt der Arbeit, Stadt der Kunst' haben wir in Holland gezeigt. Im kommenden Jahr soll sie im Frühjahr in Budapest und im Herbst in Hamburg, Nürnberg und Braunschweig gezeigt werden. Im Zusammenhang mit den Wiener Festwochen wurde gemeinsam mit dem Österreichischen Bauzentrum eine Ausstellung über unsere Bauarbeiten seit dem Jahr 1945 veranstaltet. Außerdem beteiligten wir uns an der Ausstellung 'Industrielle Formgebung', die im Rahmen einer internationalen Tagung gezeigt wurde.

Wien im Urteil des Auslandes

Wir Wiener wissen, was in den letzten 20 Jahren in dieser Stadt geleistet wurde. Vielleicht ist es aber für uns alle nicht uninteressant zu hören, wie Besucher aus dem Ausland über unsere Arbeit urteilen.

./.

Ich habe allerdings nicht die Absicht, Herrn Brinkley oder den 'Spiegel' zu zitieren, sondern ich will aus der Vielzahl der Meinungen ausländischer Experten einige zu Gehör bringen:

Der ordentliche Professor und Ordinarius für Städtebau, städtischen Straßen- und Tiefbau an der Technischen Hochschule Braunschweig, Dipl.Ing. Habekost schreibt zum Beispiel: '... Unsere Reise hat uns eine Vielzahl von Planungen und Ausführungen auf den verschiedensten Gebieten des Bauingenieurwesens geboten. Im Städtebau beziehungsweise im großstädtischen Verkehrswesen stellte Wien für uns aber einen besonderen Höhepunkt dar ....'

Die Professoren Schlums und Böhringer von der Technischen Hochschule Stuttgart schreiben: '.... Wir sind uns mit unseren Studenten einig, daß die städtebaulichen, verkehrsplanerischen und kulturellen Eindrücke, die wir von Wien gewonnen haben, der Höhepunkt unserer Reise waren ... '

Die Vertreter des Zentralschweizerischen Technikums aus Luzern geben ihre Eindrücke von einem Studienaufenthalt in unserer Stadt folgendermaßen wieder: ".....Ihre baulichen Leistungen, auch der neuesten Zeit sind erstaunlich, und wir alle waren überrascht, in welch kurzer Zeit sie mit Kriegsschäden und Sanierungen fertig geworden sind und mit welchem Einsatz sie den Wohnungsbau fördern .... '

Ein Besuch der Vertreter der Parking Authority of Toronto hat zu folgenden Zeilen Anlaß gegeben: ' .... Ich danke ihnen sehr dafür, daß sie uns ihre sehr interessanten Entwicklungsarbeiten gezeigt haben. Wir waren sehr beeindruckt und hoffen, einige der Ideen hier in Toronto verwenden zu können .... '

Der Chef des Planungsamtes aus Utrecht in Holland schreibt uns unter anderem: '.... Das von ihnen Gezeigte hat uns neue Anregungen für den Abschluß unserer Pläne in Utrecht geliefert ...'

Auch diese Urteile seitens anerkannter Fachleute bestätigen uns, wie ich glaube, daß wir auf dem richtigen Weg sind. Auf dem richtigen Weg zu dem Ziel, unsere herrliche Stadt den Erfordernissen der Zeit anzupassen und dabei doch ihr uns allen lieb gewordenes Antlitz und ihre Atmosphäre zu erhalten."

\- - -

Vierzigjährige Dienstjubiläen im Wiener Rathaus

15. Dezember (RK) Insgesamt 200 Jahre im Dienste der Gemeinde Wien stehen jene fünf Männer, die Bürgermeister Bruno Marek zu einer intimen Feier ihres 40jährigen Dienstjubiläums heute in sein Arbeitszimmer eingeladen hatte. In seiner Vertretung begrüßte Vizebürgermeister Felix Slavik im Beisein von Stadtrat Dr. Maria Schaumayer und Magistratsdirektor Dr. Ertl die Jubilare recht herzlich, dankte ihnen für ihre jahrzehntelange Tätigkeit im Dienste der Allgemeinheit und sprach ihnen die besten Wünsche für ihren weiteren Lebensweg aus.

Die Liste der Jubilare reichte vom Amtsgehilfen bis zum Universitäts-Professor und Primararzt an der Poliklinik. Dieser, Univ.-Prof. Dr. Paul Deuticke, sprach auch die Dankesworte im Namen der Geehrten. Es waren dies Oberamtsrat Johann Weber von der Finanzverwaltung, Verwaltungsoberkommissär Franz Pialek von den E-Werken, Verwaltungsoberkommissär Karl Springer von den Verkehrsbetrieben und Amtsgehilfe Eduard Fuchs vom Zentralexpedit.

\- - -

Richtigstellung zur Abstimmung über Geschäftsgruppe V

15. Dezember (RK) Auf Blatt 3525 hat die "Rathaus-Korrespondenz" gestern berichtet, daß Gemeinderat Maller (KLS) im Namen seiner Fraktion erklärt habe, die Zustimmung für das Kapitel Gesundheitswesen nicht geben zu können. Richtig ist aber, daß Gemeinderat Maller angekündigt hat, daß die KLS-Fraktion den Ansätzen der Geschäftsgruppe V zustimmen werde, was bei der Abstimmung auch der Fall war.

\- - -

Buchpreise für viertelmillionste Teilnehmer an "Die Jugend der Bundesländer lernt die Bundeshauptstadt kennen"

15. Dezember (RK) Heute nachmittag begrüßte der Leiter des Kulturamtes der Stadt Wien, Senatsrat Dr. Gapp im Restaurant der Wiener Stadthalle eine Mädchenklasse der Hauptschule Trofaiach. Ein ähnlicher Empfang findet morgen vormittag in der Stadthalle für eine weitere Klasse der Hauptschule Trofaiach statt. Den jungen Teilnehmerinnen wurden wertvolle Buchgeschenke überreicht.

Diese Aktion ist darin begründet, daß sich unter den insgesamt 58 Mädchen die 250.000. Teilnehmerin der Aktion "Die Jungend der Bundesländer lernt die Bundeshauptstadt kennen" befindet. Die beiden Mädchenklassen sind im Rahmen dieser Wienferien vom 12. bis 17. Dezember in Wien und besuchen hier Sehenswürdigkeiten. In die Stadthalle werden sie vom Rathausplatz von städtischen Autobussen gebracht.

\- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

15. Dezember (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Inländischer Chinakohl 3.50 bis 5 S je Kilo, inländische Karotten 3 bis 7 S je Kilo, inländisches Weißkraut 2.50 bis 5 S je Kilo.

Obst: Bananen sind schon ab 6 S je Kilo erhältlich und kosten bis 12 S je Kilo, Orangen sind schon ab 4.50S je Kilo erhältlich und kosten bis 10 S je Kilo.

\- - -

Wiener Festwochen 1966 - "Österreichische Festwochen"

15. Dezember (RK) Im "Presseclub Concordia" gab heute Festwochenintendant Ulrich Baumgartner eine Vorschau auf das Programm der Wiener Festwochen 1966, die vom 21. Mai bis 19. Juni stattfinden werden. Waren die Jubiläumsfestwochen des zu Ende gehenden Jahres sozusagen Alliierten-Festwochen, so werden die Wiener Festwochen 1966 im allgemeinen ein österreichische Programm aufweisen. Der Vorprospekt nennt kurz zusammengefaßt die Glanzlichter dieses Jahres: das Internationale Musikfest der Gesellschaft der Musikfreunde mit acht Orchestern, klassische und moderne Aufführungen der Wiener Bühnen, Ausstellungen und volkstümliche Darbietungen, ein glazvolles Repertoire der Wiener Operntheater (allerdings bedauerlicherweise ohne Premieren) und nicht zuletzt mehrere Uraufführungen im Theater an der Wien.

Insgesamt bieten die Festwochen 1966 mehr als 1.000 Veranstaltungen.

Von den Uraufführungen im Theater an der Wien wurde in der Pressekonferenz besonders ein nahezu 300 Jahre lang verschollenes Schauspiel von Calderón "Die Welt ist Trug" genannt. Weitere Uraufführungen: eine Oper von Josef Matthias Hauer "Die schwarze Spinne", die Operette "Die Prinzessin von Trapezunt" von Offenbach, mit der Textfassung von Karl Kraus. Eine Uraufführung bringt auch das Landestheater Linz mit der Opera buffa von Alfred Uhl, Buch von Theo Lingen "Der mysteriöse Herr X.". Ferner gibt es im Theater an der Wien drei Ballettabende des Württembergischen Staatstheaters Stuttgart.

Acht Abende sind einem Nachtstudio im Theater an der Wien gewidmet, das jeweils um 23 Uhr beginnen wird. Dabei sollen historische und zeitgenössische Avantgarde mit Jazz, Rezitation, Lied und Ballett zu Wort kommen. Das Burgtheater bringt eine Neuinszenierung von "Der Bauer als Millionär", das Akademietheater als Neuinszenierung von Nestroy "Nur keck".

Das Theater in der Josefstadt bietet zu den Festwochen einen österreichischen Einkaterabend, das Volkstheater eine Neuinszenierung von Schnitzlers "Komödie der Verführung", das Raimundtheater "Der letzte Walzer" von Oscar Straus, die Kammerspiele gleich zwei Neuinszenierungen "Die Fiaktermilli" und

./.

"Der Gardeoffizier", das Kleine Theater im Konzerthaus bringt einen österreichischen Einakterabend.

Auch das Pawlatschentheater wird zum Programm der Festwochen 1966 gehören, obwohl man mit dem Wetter sehr schlechte Erfahrungen gemacht hat. Diesmal wird man deshalb ein ständiges Ausweichquartier vorsehen. Das Stück heißt "Pigmalion oder die Musen bei der Prüfung" von Franz X. Gewey.

Von den Ausstellungen sind vor allem zu nennen: die Toulouse Lautrec-Ausstellung in der Secession und die Ausstellung "Gesellschaftskritische Graphik" im Künstlerhaus.

Das Europa-Gespräch vom 14. und 18. Juni steht in Fortsetzung der heuer begonnenen Ost-West-Kontakte unter dem Titel "Der Einzelne und die Gemeinschaft in Ost und West".

Nicht vergessen werden darf natürlich der Concordia-Ball am 3. Juni im Wiener Rathaus, das gesellschaftliche Ereignis der Festwochen. Erfreulicher Kommentar von Concordia-Präsident Dr. Kalmar: gleiche Eintrittspreise wie im Vorjahr.

Die "Last" des Musikprogramms trägt bei den Festwochen des nächsten Jahres ausschließlich die Gesellschaft der Musikfreunde. Das Programm ist in lockerer Form einer Ausstellungsreihe "Handschriften der Meister" angepaßt, die berühmte Werke der Tonkunst im Autograph zeigt. Neben den Wiener Philharmonikern und den Wiener Symphonikern sowie dem Tonkünstlerorchester werden im Großen Musikvereinssaal zu hören sein: die Berliner Staatskapelle, die Münchener Bach-Orchester, das Israelische Philharmonische Orchester, die Ungarische National-Philharmonie und das Orchester der Beethoven-Halle in Bonn. Ferner gibt es eine Reihe von Solistenabenden im Großen Musikvereinssaal.

\- - -

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes:)

Die Debatte über Bauangelegenheiten

Der erste Redner ist Dkfm. Hintschig (SPÖ). Er weist auf die große Bedeutung des Baugewerbes hin, die sich in den Zahlen des Budgets ausdrückt. Für 1966 sind mehr als 3,2 Milliarden Schilling, also ein Drittel der gesamten Ausgabensumme, für das Bau- und Baunebengewerbe vorgesehen. Wie damit die Vollbeschäftigung unserer Bevölkerung beeinflußt wird - und dieser großen Aufgabe ist sich die Gemeinde Wien voll bewußt -, zeigt die Tatsache, daß in ganz Österreich mehr als 200.000 Personen direkt, und rund eine halbe Million, das sind 60 Prozent aller Berufstätigen, indirekt in der Bauwirtschaft tätig sind. In den vergangenen zehn Jahren, also von 1955 bis 1965, waren in den Voranschlägen insgesamt mehr als 21,12 Milliarden Schilling für die Bauwirtschaft vorgesehen.

Durch verschiedene Maßnahmen wäre eine bessere, ausgeglichene, über das ganze Jahr aufgeteilte Kapazitätsauslastung im Baugewerbe durchaus zu erreichen. Damit könnte auch das Problem der Winterarbeitslosigkeit weitgehend gebessert werden. Welche Anstrengungen Wien auf diesem Gebiet unternimmt, zeigt die Tatsache, daß die Arbeitslosenrate in Wien im Jänner auf 4,1 Prozent gesunken ist, während sie in anderen Bundesländern bis zu 50 Prozent beträgt. Im Bundesdurchschnitt erreicht die Arbeitslosenrate im Jänner etwa 24 Prozent.

Auf diesem Gebiet wäre die Koordinierung der zeitlichen Vergabe der Bauaufträge von größter Bedeutung. Eine diesbezügliche SPÖ-Anfrage im Nationalrat auf Grund von Vorschlägen des Wirtschaftsbeirates wurde jedoch vom Bundeskanzler nur sehr oberflächlich und keineswegs befriedigend beantwortet. Da in Wien die Bauaufträge nicht nach politischen Gesichtspunkten, sondern ausschließlich nach wirtschaftlichen Grundsätzen vergeben werden, partizipieren auch die umliegenden Bundesländer daran. In Niederösterreich zum Beispiel ist das nicht so, denn dort werden die Aufträge nur an der ÖVP nahestehende Firmen vergeben.

An erster Stelle nicht nur im SPÖ-Programm, sondern auch in der Praxis steht der Bau von Wohnungen. Der angekündigte Bau von

./.

11.300 Wohnungen zeigt, daß die SPÖ in der Wiener Gemeindeverwaltung stärker als je darangeht, den Wünschen der Bevölkerung zu entsprechen. Es ist keine Frage, daß, wie es immer wieder gefordert wird, weitaus mehr Wohnungen gebaut werden müßten. Dazu müßten aber zunächst auch die Voraussetzungen geschaffen werden: erstens müßte der sozialistischen Forderung nach Erhöhung der vom Bund geförderten Wohnungen von 40.000 auf 50.000 jährlich entsprochen werden; und zweitens dürfte die Bundesregelung über den Wohnungsneubau von der ÖVP nicht mit einer allgemeinen Erhöhung der Mietzinse junktimiert werden. (Zahlreiche zustimmende Zwischenrufe seitens der SPÖ, lebhafter Widerspruch von der ÖVP.)

Auch das Argument des mangelnden Arbeitskräftepotentials wird durch die Tatsachen widerlegt. Ferner ist der Bund nicht bereit, die so außerordentlich wichtige Bauforschung in ausreichender Weise zu unterstützen. Als gutes Beispiel für die Bauforschung nennt der Debattenredner das Institut für Bauforschung, das sich vor allem mit Untersuchungen über rationalleres Bauen und die Senkung der Baukosten beschäftigt.

Dem Fertigteilbau kommt immer größere Bedeutung zu. Dabei ist es egal, nach welchem System und von welcher Firma Fertigteilbauten durchgeführt werden. Wie der Berichterstatter bereits angekündigt hat, werden von der Gemeinde Wien im kommenden Jahr außer der bestehenden Montagebaufabrik auch andere Firmen herangezogen werden.

Ferner muß betont werden, daß nicht mehr Wohnungen gebaut werden können, wenn nicht der dazu benötigte Grund zu tragbaren Preisen zur Verfügung gestellt wird. Das heißt, ohne das seit Jahren von den Sozialisten geforderte Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetz wird ein weiteres Bauen unmöglich sein.

Im folgenden macht der Redner auf einzelne Ansätze im Voranschlag aufmerksam. So stellt er unter anderem fest, daß für den Ausbau von Heizwerken und Fernleitungen 24,8 Millionen Schilling vorgesehen sind, das ist eine Steigerung um 113 Prozent. Für die öffentliche Beleuchtung stiegen die Ansätze von 19,8 auf 25,2 Millionen Schilling, also um rund 27 Prozent. Die Ausgaben für die Schlachthöfe stiegen um 64 Prozent.

./.

Für den Bau und die Modernisierung der Pflichtschulen wurden die Ausgaben auf 92,8 Millionen Schilling erhöht. Für den Bau von Krankenhäusern werden mehr als 220 Millionen Schilling, für den Sport um rund 30 Prozent mehr als im Vorjahr ausgegeben. Die Ansätze für die Denkmalpflege und die Museen wurden sogar um 220 Prozent auf 2,5 Millionen Schilling erhöht.

Sodann beschäftigt sich GR. Dkfm. Hintschig mit der Erhaltung des Stadtbildes. Wie Untersuchungen ergeben haben, wird es nur durch eine Ableitung des Verkehrs um das Zentrum herum möglich sein, den kommerziellen, kulturellen und baulichen Charakter der Inneren Stadt und ihre Funktion als City zu erhalten. Die Stadt Wien hat die feste Absicht, die Stadt nicht dem Verkehr zu opfern, sondern den Verkehr der Stadt anzupassen.

Aber auch eine Reihe von alten Stadtteilen und Ortskernen außerhalb der City muß erhalten bleiben. Dazu mußten in erster Linie die Bebauungspläne dem historischen Bestand angepaßt werden. Für die Innere Stadt wurde diese Anpassung der Bebauungspläne bereits abgeschlossen. In diesem Zusammenhang weist der Redner darauf hin, daß im Jahr 1965 zum Schutz des Orts- und Landschaftsbildes vom Gemeinderat zahlreiche Anträge angenommen wurden, so zum Beispiel für die Ortskerne Ober-Sievering und Strebersdorf, für Gebiete im 3., 7. und 1. Bezirk und für die Hänge des Bisamberges.

Die Anpassung der Bebauungspläne an den historischen Bestand kann jedoch nur ein erster Schritt sein. Der Magistrat kann die Gestaltung eines Gebäudes nicht bis in alle Einzelheiten vorschreiben. Hier muß ein Appell an den Geschmack und die Kultur der Bauherrn und der Architekten gerichtet werden. Manches Haus wird gebaut, ohne zu beachten, wie die Althäuser daneben aussehen. An allen erdenklichen Stellen werden auch Hochhäuser errichtet, die nicht in die Umgebung passen.

Eine wesentliche Möglichkeit, die Verhältnisse in unseren dichtverbauten Stadtteilen zu verbessern und auch das Stadtbild zu verschönern, liegt in der Anlage eines Netzes von öffentlichen Grünflächen. Die hiefür ausgeworfenen 120 Millionen Schilling zeigen, daß sich die Gemeindeverwaltung der Größe dieser Aufgabe bewußt ist.

./.

Es ist aber enttäuschend, wenn manchmal selbst Gemeinderäte eine ungerechte Kritik üben, denn es wird doch niemand der Meinung sein, daß auch nur ein Baum mutwillig gefällt wird. Im abgelaufenen Jahr wurden allein vom Stadtgartenamt 9.200 Laub- und Nadelbäume, 96.000 Sträucher und über 600.000 Pflanzen gesetzt, wozu noch 190.000 Bäume kommen, die das Stadtforstamt 1965 gepflanzt hat. Demgegenüber wurden insgesamt in Wien in diesem Jahr 824 Bäume gefällt. Diese Zahlen sprechen für sich. Es gibt auber auch andere Zahlen: Allein an Parkeinrichtungen wurden von der Bevölkerung mutwillig Werte von über 550.000 Schilling beschädigt oder entwendet. Die Schäden an Pflanzen und Grünflächen selbst lassen sich nicht genau beziffern. Ich möchte daher, ruft der Redner aus, an die Bevölkerung den Appell richten, auf ihre Grünflächen, auf die grünen Lungen unserer Stadt selbst zu achten und mitzuhelfen, daß sie nicht von anderen beschädigt werden. (Allgemeiner Beifall.)

Stellungnahmen zur Olympiabewerbung Wiens

Der Redner befaßt sich dann mit der Bewerbung der Stadt Wien um die Durchführung der Olympischen Sommerspiele 1972 und wirft folgende Fragen auf: Wann wurde die Bundesregierung von der Absicht der Stadt Wien über die Bewerbung zur Durchführung der Olympischen Sommerspiele 1972 in Kenntnis gesetzt? Ist die Bundesregierung von unserer Stadtverwaltung über die voraussichtlichen Kosten informiert worden, sodaß es möglich gewesen wäre, sich über die Teilung der Kosten zu verständigen? Welche Schritte wurden unternommen und welche Vorschläge gemacht, um die Bewerbung Wiens möglich zu machen?

Die Wiener Sozialisten sind für die verstärkte Fortsetzung des Baues und der Förderung von Wohnungen, für den Neubau von Schulen und Spitälern, für die notwendige Trink- und Nutzwasserversorgung, für moderne Lösungen der Verkehrsprobleme, für die Sicherung des Arbeitsplatzes und die Vollbeschäftigung - wir sind gegen Budgetkrachs und Provisorien, gegen Preisexzesse und Kartelle, Ungerechtigkeit, Mißwirtschaft und Korruption.

./.

Die Ansätze des VI. Hauptstückes zeigen uns, daß wir auf dem richtigen Weg sind, um unsere Stadt weiter auszubauen und Wien und seiner Bevölkerung eine bessere Zukunft zu schaffen. Aus diesem Grunde gibt die SPÖ-Fraktion gerne ihre Zustimmung.

Hierauf nimmt Stadtrat Mandl (SPÖ) zur Frage der Bewerbung der Stadt Wien um die Sommerolympiade 1972 Stellung. Ich hätte mich, sagt er, auch ohne die Anfrage des Herrn GR. Hintschig zu Wort gemeldet, weil ich mich verpflichtet fühle, auf eine Mitteilung im heutigen "Volksblatt" zu antworten, die die Überschrift trägt: Keine Olympischen Spiele in Wien. - Das "Volksblatt" hat also schon entschieden! -"Dem Ministerrat lag keine Kostenaufstellung der Gemeinde vor ....' Das ist ein derart schwerwiegender Vorwurf, daß ich ihn nicht auf mir sitzen lassen konnte.

Stadtrat Mandl rekapituliert sodann den Ablauf der Ereignisse um die Bewerbung Wiens: Am 12. Oktober 1965 hat Vizebürgermeister Dr.Drimmel, der Präsident des Olympischen Komitees, Bürgermeister Marek mitgeteilt, daß das Exekutivkomitee des Olympischen Komitees beschlossen hätte, die Bewerbung der Olympischen Sommerspiele 1972 auszuschreiben und den Endtermin für diese Bewerbung mit 31.12.1965 festgelegt hat. Es stand also schon von vornherein nur eine verhältnismäßig kurze Zeit für diese Bewerbung zur Verfügung. Dieser Brief des Präsidenten des Olympischen Komitees vom 12. Oktober 1965 ist aber erst am 16. Oktober im Bürgermeisterbüro eingelangt. In einem zweiten Brief vom 22. Oktober 1965 wurde dann das Datum 31. Dezember 1965 als der Endtermin für die Bewerbung mitgeteilt. Schon am 19. Oktober, also drei Tage nach Einlangen des ersten Briefes, hat der Bürgermeister an den Bundeskanzler ein Bewerbungsschreiben der Stadt Wien gerichtet, mit der Bitte, die Olympischen Spiele zu genehmigen und sie auch finanziell zu unterstützen. Es lag der Vorschlag der Stadt Wien vor, diese finanzielle Unterstützung im Ausmaß 50 zu 50 zu geben. Der Bundeskanzler hat postwendend dem Bürgermeister geantwortet, daß er dieses Ansuchen an seinen zuständigen Ressortminister - das können nur Unterrichts- und Finanzministerium sein - übergeben und um Stellungnahme ersucht hätte.

./.

Das war also am 19. Oktober. Am 11. Dezember ging durch die Presse die Meldung, daß sich der Bund mit einem Drittel an den Kosten beteiligen würde und Wien zwei Drittel der Kosten zu tragen hätte. Gleichzeitig ist bei der Budgetdebatte am 11. Dezember eine einstimmige Stellungnahme aller Parteien des Wiener Gemeinderates erfolgt, daß Wien nicht schlechter behandelt werden sollte als Innsbruck. Für die ÖVP hat GR. Bittner diese Erklärung sehr eindeutig abgegeben.

Daraufhin schrieb der Bürgermeister - also noch vor der Sitzung des Ministerrates - in der Sorge um eine Entscheidung des Ministerrates, die uns eine Bewerbung unmöglich machen könnte, an den Bundeskanzler einen Brief, in dem er ihn über die einstimmige Stellungnahme aller Parteien informierte und ersucht, doch zu einer Lösung zu kommen, die der Stadt Wien eine Bewerbung um die Olympiade ermöglicht.

Am 14. Dezember kam es zu der Sitzung der Bundesregierung, in der eine Einigung nicht erzielt werden konnte. Es soll dabei - dem Vernehmen nach, denn wir haben bisher noch keine Verständigung des Bundeskanzlers über das Ergebnis dieser Sitzung der Bundesregierung bekommen - eine Beschlußfassung nicht möglich gewesen sein, wie der Finanzminister erklärt habe, er könne überhaupt keine Meinung abgeben, da von Wien keine Unterlagen vorliegen. Die Information des "Volksblatt" scheint also vom Bundesminister für Finanzen gegeben worden zu sein.

Ich bin heute in der Lage, setzt Stadtrat Mandl fort, den offiziellen Bericht des Bundesministeriums für Unterricht an das Bundeskanzleramt, betreffend die Bewerbung der Stadt Wien um die Durchführung der Olympischen Sommerspiele 1972 vorzulegen. Der Bericht ist außerordentlich exakt und genau gearbeitet. Es heißt darin unter anderem: Über die Sportstelle der Stadt Wien konnten erst kürzlich die Berechnungen der Stadtbauamtsdirektion in Erfahrung gebracht werden. Demnach ist - laut der vom Stadtrat verlesenen Detailaufstellung - für die notwendigen olympischen Sportbauten der Betrag von 659,201.000 S erforderlich. Dazu konnte ich in Erfahrung bringen, sagt Stadtrat Mandl, daß sich der Herr Bundeskanzler sehr wunderte, daß man diese Berechnungen sogar auf eintausend Schilling genau angestellt

./.

hat. Wir haben dann auf Grund unserer Berechnungen die Gesamtkosten - ohne Straßenbauten - mit drei Milliarden Schilling angegeben. Genauere Unterlagen kann man nicht mehr vorlegen, und diese Unterlagen sind vorgelegt worden. Sie sind im Bericht des Herrn Bundesministers für Unterricht enthalten und stammen vom 22. November 1965! Ich bin nur ein kleiner Kommunalpolitiker und über die Kommunikationen in hohen Ministerien nicht informiert. Aber wenn mir jemand erzählt, daß der Bundesminister für Finanzen von diesem Bericht keine Kenntnis hatte, dann glauben ich das einfach nicht. Ein solcher Bericht ist gleichzeitig an die Bundesanstalt für Leibesübungen gegangen. Sie hat ihn bekommen - und der Herr Finanzminister nicht? Ich würde dem Herrn Finanzminister empfehlen, seinen Verbindungsapparat mit dem Bundeskanzleramt besser auszubauen. Ich würde ihm aber ebenso empfehlen, in Hinkunft zu unterlassen, Behauptungen aufzustellen und an die Presse hinauszuposaunen, bevor man sich von ihrer Richtigkeit überzeugt hat.

Man tut jetzt im allgemeinen so, als ob die Bewerbung Wiens um die Olympischen Spiele etwas ganz Neues wäre und ebenso der Wunsch auf eine Kostenbeteiligung durch den Bund. Bei den seinerzeitigen Bewerbungen Wiens im Jahr 1958 und 1963 haben es die Bundesstellen wenigstens der Mühe wert gefunden, mit Wien diesbezügliche Verhandlungen zu führen. Wien hat bereits damals eine Beteiligung von 50 zu 50 durch den Bund angesprochen. Damals hat man wenigstens mit der Stadt Wien geredet und sie zu Verhandlungen eingeladen. Warum sind wir diesmal nicht zu Besprechungen eingeladen worden? Es war ausreichend Zeit dazu vorhanden! Diesmal wurde nicht einmal ein Bericht der gestrigen Ministerratssitzung an den Herrn Bürgermeister gesandt. Bürgermeister Marek hat nun gestern abend an den Bundeskanzler ein Schreiben gerichtet, in dem er, unbeschadet eines späteren Übereinkommens in finanziellen Fragen, um die prinzipielle Zustimmung der Bundesregierung für die Bewerbung Wiens ersucht.

./.

Das erbetene Antwotschreiben müßte bis spätestens 17. Dezember übermittelt worden sein. Der Bürgermeister legte das seinerzeitige Antwortschreiben von Bundeskanzler Dr.Gorbach aus Anlaß der Bewerbung der Stadt Wien um die Olympischen Sommerspiele 1968 bei. Der Bürgermeister hat mit seinem Schreiben nichts anderes verlangt, als einen ähnlichen Brief von Bundeskanzler Dr. Klaus.

Stadtrat Mandl stellt fest, daß er der glücklichste Mensch wäre, wenn die Olympischen Sommerspiele 1972 in unserer Stadt abgehalten werden könnten. Wir haben diesmal die Chance dazu und man soll von Seiten der Regierung und verschiedener anderer Stellen doch nicht ununterbrochen dagegen intrigieren. Wenn man dagegen ist, soll man das wenigstens offen sagen.

Stadtrat Mandl erklärt,noch feststellen zu müssen, daß er, entgegen den Meldungen im "Volksblatt", auf den Finanzminister bös zu sein, weil man Wien genauso behandelt wie Innsbruck, höchstens beleidgt sein könnte, weil man Wien schlechter behandeln will, als Innbruck.

Abschließend stellt Stadtrat Mandl den Antrag, der Wiener Gemeinderat möge die Bestrebungen der Stadt Wien um Zuerkennung der Durchführung der Olympischen Sommerspiele 1972 unterstreichen, indem er dem Inhalt des Schreibens des Herrn Bürgermeisters an den Herrn Bundeskanzler vom 14. Dezember beipflichtet. Damit erklären wir uns solidarisch mit dem Wunsch des Bürgermeisters, die Olympischen Sommerspiele 1972 nach Wien zu bekommen. Es ist zu hoffen, daß die Bundesregierung dem Verlangen entsprechen wird.

GR. Pittner (ÖVP) stellt fest, daß Stadtrat Mandl mit sehr bewegten Worten, aus denen man schließen konnte, wie sehr ihm dieses Problem am Herzen liegt, über die Bewerbung Wiens um die olympischen Spiele gesprochen hat. Für seine Person und auch für seine Fraktion kann er nur feststellen, daß er bereits in seinen Ausführungen während der Kulturdebatte darauf hingewiesen hat, daß sie diese Bewerbung unterstützen.

./.

Leider hat die Mehrheitspartei den anderen Fraktionen diese Unterstützung nicht leicht gemacht, weil man erst aus der Presse erfahren mußte, in welcher Weise die Vorbereitungen getroffen werden sollen. Die Vorbesprechungen konnten doch schließlich nicht erst jetzt geführt worden sein, da man schon immer auf Jahre voraus weiß, daß und ungefähr wann die nächsten Olympischen Spiele stattfinden werden. Außerdem hat das Olympische Komitee ein Aviso an die Stadt Wien gegeben. Aus den bisherigen Erfahrungen - Wien hat sich schließlich schon zweimal vergeblich beworben - mußte man doch wissen, daß man im internen Dienstverkehr mit der Bundesregierung eine Sache nie zeitig genug beginnen könnte. Sicherlich ist es so, daß der heurige Oktober, also die Zeit der Budgetkrise, gerade besonders ungünstig war. Wie man jedoch inoffiziell erfahren hat, gehen die verschiedenen Auffassungen innerhalb der Bundesregierung dahin, daß man eine Beteiligung des Bundes auf der Basis 40 : 30 : 30 - Bund, Land und Gemeinde - vorschlägt, mit der Begrenzung auf 500 Millionen Schilling. Ein solches Angebot dürfte die Stadt Wien überhaupt nicht annehmen, da bei einer Höchstgrenze von 500 Millionen Wien dann nicht nur die restlichen 60 Prozent bezahlen müßte, sondern für die gesamten Kosten außerhalb des Sportstättenbaues aufkommen müßte. Genau das war der Sinn seiner Ausführungn von Samstag, stellt GR. Bittner fest. Wie uns das Beispiel Innsbruck zeigte, ging es ja nicht nur um den Bau von Sportstätten, sondern in großem Maß auch um Straßen, Brückenbauten, Telephonbauten und ähnliches. Es müßte daher auch für Wien verlangt werden, daß eine Kostenbeteiligung des Bundes auch für diese Bauten gilt.

Wien hat jetzt eine einmalige Chance in seiner Bewerbung um die Olympischen Spiele; denn es ist nicht so, daß Wien, wenn nicht 1972, dann 1976 dränkäme. Man geht bei der Vergebung der Olympiade nämlich regional vor und Europa hat 1976 keine Chance. Die Nichteinigung in der Regierung bedeutet auch keine endgültige Ablehnung des Planes. Wir sind unbeschadet aller Diskussionen nach wie vor dafür und werden dem Antrag, alles zu unternehmen, um eine entsprechende Kostenbeteiligung des Bundes zu erreichen, natürlich zustimmen.

./.

Es herrscht zurzeit freilich ein politisches Klima, das einen Tiefschlag gegen den olympischen Geist darstellt. An alle ist daher der Appell zu richten, aus der Sache keine parteipolitische Frage zu machen. An alle Österreicher muß appelliert werden, jetzt dieselbe Solidarität zu beweisen, wie anläßlich der Winterolympiade in Innsbruck und der Bundeshauptstadt die gleichen Bedingungen einzuräumen wie Innsbruck. Das ganze österreichische Volk muß sich in dieser Sache mit Wien solidarisch erklären.

GR. Lauscher (KLS) betonte, daß Stadtrat Mandl die Dinge in seiner Anfragebeantwortung vom Standpunkt der Jugend aus betrachtet und die Bedeutung der Olympiade für die Zukunftsentwicklung unseres Landes richtig gesehen hat. Es handle sich dabei um keine Parteiangelegenheit, sondern um ein nationales Anliegen, um die Entwicklung unseres Nationalbewußtseins und um die Mission Wiens in der Welt. Das gegenwärtige, beschämende Schauspiel um die Olympiade-Kostenbeteiligung sei der Höhepunkt kleinlicher und parteiegoistischer Intrigen gegen Wien. Dies gelte von der fälschlichen Behauptung des Finanzministers, daß Wien keine detaillierte Kostenaufstellung übermittelt hätte ebenso, wie für die Verdächtigung im "Volksblatt", Wien wolle die Olympiade 1972 dazu benützen, um sich finanziell zu sanieren und bisher Vernachlässigtes nachzuholen. Dies sei eine unqualifizierbare Unterstellung. Im Gemeinderat führe die ÖVP einen Eiertanz auf, sodaß man die Frage aufwerfen müsse, ob es zwei verschiedene ÖVP gäbe, eine in Wien und eine auf Bundesebene, die voneinander nicht wissen, was sie tun (Heftige Zwischenrufe). Es erhebe sich auch die Frage, was Vizebürgermeister Dr. Drimmel als Präsident des Olympischen Komitees zu der Sache zu sagen habe. Nicht das "Klima", sei ein Tiefschlag gegen die Bewerbung Wiens, sondern vielmehr die Haltung der ÖVP!

GR. Schmidt (FPÖ) bezeichnete die Auseinandersetzung um die Kostenbeteiligung als einen der Versager der Koalition und bemängelte, daß die Stadt Wien nicht vorausgesehen habe, daß sich die Bundesregierung über diese Frage in der kurzen Zeit nicht werde einigen können. Die FPÖ unterstütze jedoch die Bewerbung Wiens um die Olympiade und den vorliegenden Antrag.

./.

In seiner abschließenden Stellungnahme zu der Anfragebeantwortung wandte sich Stadtrat Mandl gegen die Bemerkungen der Gemeinderäte Bittner und Dr. Schmidt, daß man die Kostenberechnungen schon längst hätte anstellen können. Wer mit der Sachlage auch nur einigermaßen vertraut ist, der weiß, daß man die Kosten von Olympischen Spielen unmöglich schon Jahre voraus auch nur abschätzen kann. Auch Vizebürgermeister Dr. Drimmel kann dafür als Zeuge aufgerufen werden. Jede Olympiade baut nämlich auf der anderen auf, jede erhält ein anderes Gesicht, jedesmal kommen neue Bewerbe dazu und der Gesamtcharakter der Veranstaltung wandelt sich von Mal zu Mal, was natürlich für die entstehenden Kosten von eminenter Bedeutung ist.

Man hat bereits gesagt, wenn die Entwicklung der Olympischen Spiele ins Gigantische so weitergeht, wird überhaupt kein kleines Land mehr in der Lage sein, sie durchzuführen. Es wurde auch schon dafür plädiert, dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten und die Olympischen Spiele auf ihre ursprünglichen Dimensionen zurückzuführen.

GR. Ing. Lust (ÖVP) kam in seinem Debattenbeitrag wieder auf den Bauetat der Stadt Wien zurück und griff dabei das Montagebauverfahren heraus.

Mit der Einführung der Fertigteilbauweise hat die Stadt Wien der Bauwirtschaft einen Impuls gegeben, und zwar zu einer Zeit, als es der Privatwirtschaft nicht möglich war, auf diesem neuen Weg voranzugehen. Seither haben sich auf dem Lohnsektor im Baugewerbe Änderungen ergeben, die echte Vorteile für maschinenintensive Baumethoden bringen. Die Initiative Wiens in der Fertigteilbauweise ist daher zu begrüßen. Nicht aber ist einzusehen, warum es zu keinem Übereinkommen mit großen leistungsfähigen Privatunternehmen über die Zusammenarbeit in der Montagebauweise gekommen ist.

Die privaten Firmen, die nach verschiedenen, international bewährten Fertigteilbauverfahren arbeiten, sind in Zusammenarbeit mit der Montagebaufabrik in der Lage, ein Drittel des gesamten Wohnbauvolumens in Wien zu verwirklichen. Um mindestens 2.000 Wohnungen mehr könnten damit pro Jahr fertiggestellt werden. Dadurch wäre es möglich, einen bedeutenden Teil des Wohnbaumankos abzudecken.

./.

Für die künftige Wohnbautätigkeit bedarf es aber in erster Linie eines großen Gesamtkonzeptes, vor allem für die Verkehrsaufschließung. Erst dann kann das große Bauprogramm sinnvoll abgewickelt werden. Unsere gemeinsame Pflicht ist es, eine gemeinsame Plattform für die sachliche Arbeit zu finden.

GR. Pelzelmayer (ÖVP) erklärt anschließend: Im Voranschlag für 1965 wurde versprochen, daß die Gemeinde Wien heuer 5.000 Wohnungen bauen würde. Bis zum heutigen Tag wurde vom Gemeinderat jedoch nur der Bau von insgesamt 2.870 Wohnungen beschlossen, davon 1.598 in herkömmlicher Bauweise und 1.272 im Montagebauverfahren 1.776 Wohnungen wurden öffentlich ausgeschrieben. Nach Quartalen gegliedert wurden beschlossen: von Jänner bis März 193, von April bis Juni 1.402, von Juli bis September 1.099 und von Oktober bis Jahresende 246 Wohnungen. Daraus ersieht man, daß fast die Hälfte aller vom Gemeinderat beschlossenen Wohnungen zu spät vergeben wurden, nämlich in einer Zeit, in der längst gebaut werden sollte. Darüber hinaus zeigt diese Zusammenstellung aber deutlich, daß heuer von 5.000 begonnenen Wohnungen keine Rede sein kann.

Dazu kommt, daß drei vom Gemeinderat im Juni und September beschlossene Bauvorhaben (17, Hernalser Hauptstraße 100, 22, Konstanziagasse und 15, Ibsenstraße-Gablenzgasse) mit insgesamt 352 Wohnungen noch nicht einmal begonnen wurden. (Zwischenruf von Berichterstatter Stadtrat Heller: Daran wird schon lang gebaut!)

Die späte Vergabe der Wohnbauten führt zu Auftragszusammenballungen und monatenlangen Stillegezeiten im Winter. 1963 wurden 3.614 Wohnungen fertiggestellt, 1964 waren es 5.063, und 1965 sind es 4.100.

Die Schlußfolgerungen aus all dem sind: 1. sollte man im Wohnungsbau nicht mehr versprechen als man halten kann, 2. müßte ein langfristiges Wohntauprogramm erstellt werden, wobei eine Koordinierung zwischen Gemeinde und Bauwirtschaft erfolgen sollte, 3. sollte die Planung der Vorhaben rechtzeitig erfolgen und 4. schließlich müßten die Aufträge möglichst gleichmäßig über das ganze Jahr verteilt werden, damit eine kontinuierliche Bautätigkeit möglich wird.

./.

GR. Lauscher (KLS) hofft, mit seinem Beitrag Mängel auf dem Bausektor zu beseitigen und unser Bauen, vor allem den Wohnungsbau, zu verbessern. Es gehe darum, billiger, schneller, besser und mehr zu bauen. Seine Partei habe schon vor Jahren konstruktive Vorschläge unterbreitet. Leider ist seither nichts geschehen. Uns geht es heute darum, daß auf Wiener Boden im Rahmen der Kompetenzen der Stadtverwaltung alles getan wird, um die Wohnungsnot zu lindern.

Konkret verweist der Redner darauf, daß seit 20 Jahren im Wohnungsbau nach den gleichen "bewährten" Typen, wie es heißt, gearbeitet wird. Mit der Montagebauweise haben wir zwar einen guten Anfang gemacht. Man sollte aber nicht nur das System Camus anwenden. Es gibt auch andere bewährte Systeme. Der Redner regt in diesem Zusammenhang an, Versuchsbaustellen einzurichten. Auch beim Schulbau aus Fertigteilen ist man nicht den rationellsten Weg gegangen. Hier sollte man durch sorgfältige Grundlagenforschung zu besseren Lösungen kommen.

Überhaupt sei nach Ansicht der Fachleute der Wohnungsbau in Wien nach internationalem Standard weit zurück. Die Vorbereitungen sind oft unzulänglich, und deshalb findet man auch nicht immer die architektonisch beste Lösung. Bemängelt muß auch werden, daß Stadtplanungsfragen eigentlich unter Ausschaltung der Öffentlichkeit behandelt werden.

Aufmerksame Beobachter haben den Eindruck, daß vom städtebaulichen Grundkonzept Professor Rainers immer mehr abgegangen wird. Wie ist es möglich, daß in eindeutigem Widerspruch zu dem einstimmig beschlossenen Grundkonzept die Baubewilligungen für Bürokomplexe für Autohändler erteilt werden oder daß riesige Bank- und Versicherungskonzerne in der Innenstadt ihre Bürozentralen aufbauen? Die Halbheiten und Inkonsequenzen in der Stadtplanung und der Durchführung des städtebaulichen Grundkonzepts müßten ein Ende finden.

Die Bebauungs- und Strukturpläne werden zu schematisch aufgestellt. Es wird zuviel reglementiert, man läßt den Architekten fast keine eigene Initiative.

./.

Die künstlerischen und menschlichen Aspekte der Planung finden zuwenig Berücksichtigung. Es sollten Wettbewerbe für Bebauungsvorschläge ausgeschrieben und dann tatsächlich auch nach den angenommenen Entwürfen gebaut werden. Es wäre auch zweckmäßig, Struktur- und Bebauungspläne der Gemeinde zumindest zur öffentlichen Diskussion zu stellen und auf Fachkritik zu reagieren.

Die Wohnungen in der Vorgartenstraße sind ein großer Fortschritt. Aber in diesen Wohnblöcken scheint es an gewissen menschlichen Voraussetzungen zu mangeln. Diese Art der Verbauung scheint nicht die Zusammengehörigkeit der Menschen, das Entstehen einer Wohn- und Siedlungsgemeinschaft mit der dazugehörigen Atmosphäre zu begünstigen, sondern eher die Isolierung der Familien und Menschen.

Seit der Enquete vor zehn Jahren und dem Grundkonzept vor fünf Jahren ist der Öffentlichkeit kein wirklicher Verkehrsplan zugänglich gemacht worden. Zum ersten Mal hat heute der Gemeinderat etwas über jenes Konzept gehört, das der Herr Baustadtrat Generalverkehrsplan nennt. Von einem wirklichen Generalverkehrsplan kann man allerdings nicht reden. Da müßte auch die Planung für den Individualverkehr, für den Massenverkehr zweiter Ordnung und für die Zubringerlinien einbezogen sein. Immerhin aber ist es zu begrüßen, daß jetzt ein Konzept für den Bau eines Stadt-Schnellbahn- und Unterbahnnetzes zur Diskussion gestellt wird. Die zuständigen Stellen der Gemeindeverwaltung haben sich aber wirklich Zeit gelassen, die von der Straßenverkehrsenquete vor zehn Jahren gegebenen Anregungen aufzugreifen. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß hier lange Zeit ein falsches Konzept vorgeherrscht hat. Es ist schon seit Jahren klar, daß die Bedeutung der öffentlichen Verkehrsmittel mit zunehmender Modernisierung nicht geringer wird. In dicht verbauten Gebiet stellt die Trennung des Massenverkehrs vom Individualverkehr für beide Verkehrspartner eine weit größere Erleichterung dar, als es durch den Straßenbau jemals erreicht werden könnte. Leider ist aber viel Zeit verloren gegangen. Es gab auch manche Fehlplanungen und Fehlinvestitionen, wie etwa am Matzleinsdorfer Platz und am Praterstern. Wir vermissen in dem Konzept die Vorortelinie. ./.

Der Redner bringt einen Antrag ein, demzufolge bei der Ausarbeitung eines Planes für den Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel darauf zu achten ist, daß auch die Vorortelinie mit einbezogen wird. Bei den Planungen sollten alle Varianten geprüft und Experten herangezogen werden.

Der Redner setzt sich weiter für die Schaffung eines absoluten Hochwasserschutzes und den Ausbau der Fernheizanlagen ein und gibt den Ansätzen der Geschäftsgruppe seine Zustimmung.

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) erklärt, daß er bereits in der Generaldebatte auf das anteilsmäßige Sinken der Bauansätze, gemessen am Gesamtbudget, hingewiesen hat. Beim Wohnungsbau sind die veranschlagten Beträge zwar höher als im Vorjahr, steigen jedoch perzentuell nicht im selben Ausmaß wie das Gesamtbudget. Wenn man noch die im Jahr 1966 zu erwartenden Lohn- und Materialpreiserhöhungen berücksichtigt, kommt man zu dem Schluß, daß auch 1966 im Bauwesen trotz der veranschlagten Milliardenbeträge, mit keinem größeren Fortschritt zu rechnen ist. Man muß also leider feststellen, daß das Bauen in unserer Stadt nicht mehr "groß" geschrieben wird, wenn auch die "Baubremse" nicht überall gleichmäßig gezogen wurde. Wir werden auch im kommenden Jahr, obwohl wir einen Teil der Wohnungen in Montagebauweise errichten, nicht mehr als 5.000 Wohnungen bauen. Man hat heute von GR. Dkfm. Hintschig gehört, daß die Baukapazität noch lange nicht erschöpft ist. Warum wird also nicht mehr gebaut? Es wird immer wieder die Forderung nach einem Bodenbeschaffungsgesetz erhoben. Der Redner stellt fest, daß das Fehlen verschiedener Gesetze keine Ausrede für eine Einschränkung der Baukapazität sein dürfte. Erstens verfügt die Stadt Wien noch über ausreichend Grundstücke und überdies stehen ihr verschiedene gesetzliche Bestimmungen zur Verfügung, die die wirksame Handhabe bieten, für wichtige Bauvorhaben die nötigen Gründe zu beschaffen.

Als betrüblich bezeichnet es der Redner, daß es bisher nicht möglich war, die durchschnittliche Wohnungsgröße der Gemeindewohnungen zu erhöhen, ja daß vielmehr die Wohnungen immer kleiner gebaut werden.

./.

Nach dem Kontrollamtsbericht für 1964 betrug damals die durchschnittliche Wohnungsgröße in der traditionellen Bauweise 61.79 Quadratmeter. Sie ist inzwischen auf 60.20 Quadratmeter zurückgegangen. Sicherlich ist die Verringerung der Wohnungsgröße auch ein Weg, die Baukosten niedriger zu halten. Heute wäre in weiten Kreisen der Bevölkerung die Bereitschaft vorhanden, für moderne und schöne Wohnungen einen höhreren Zins zu bezahlen. Außerdem ist das eine Erziehungssache. Finanziell schwächer gestellte Familien müßten dann jedoch durch die Gewährung einer Mietzinsbeihilfe unterstützt werden. Leider sind auch die Grundrisse der in der herkömmlichen Bauweise errichteten Gemeindewohnungen allzusehr mit der Tradition verhaftet. Man soll in der Tradition nicht steckenbleiben und moderne Lösungen anstreben. Im einzelnen tritt der Redner unter anderem dafür ein, daß alle Räume einer Wohnung vom Vorzimmer aus zu erreichen sind, daß jede Wohnung einen Abstellraum hat und eine familiengerechte Größe aufweist. Man müßte den planenden Architekten die Möglichkeit geben, neue und fortschrittliche Ideen zu verwirklichen.

Daß Fortschritte auch im kommunalen Wohungsbau möglich sind, beweisen die in der Fertigteilbauweise errichteten Wohnungen. Man dürfte jedoch auch hier nicht dazu übergehen, die durchschnittliche Wohnungsgröße zu verringern, wie es leider jetzt der Fall ist. Heute sind auch private Baufirmen in der Lage, Fertigteilwohnungen in der gleichen Qualität herzustellen. Man sollte auch sie beschäftigen, denn durch eine Erweiterung der Fertigteilbauweise könnte die Leistung verstärkt und die Kosten gesenkt werden.

Beim Straßenbau ist für 1966 eine bessere Dotierung im Vergleich zu 1964, doch waren gerade damals die Ansätze für den Straßenbau empfindlich gekürzt worden. Im einzelnen ist leider nicht angeführt, welche Straßenbauten geplant sind. Vielleicht könnte künftig dem Gemeinderat eine derartige Aufstellung vorgelegt werden. Im Gegensatz zur Vorsorge für den Massenverkehr werden die Probleme des Individualverkehr nach einem Konzept gelöst.

./.

GR. Dr. Schmidt bezweifelt es, daß das geplante Wiener Schnellstraßennetz bei seiner Fertigstellung 1975, 1980 oder 1990 den immer höher steigenden Anforderungen des Verkehrs genügen wird. Für das Jahr 1975 rechnet man mit 550.000 Kraftfahrzeugen in Wien (derzeit 266.000), für das Jahr 2000 erwartet man gar 700.000. Es ist also zu befürchten, daß der Straßenbau von der Verkehrsentwicklung überholt wird. Das einzig mögliche, was wir hier tun können - und das hat auch Stadtrat Heller heute erstmalig gesagt -, ist der Versuch, durch attraktive Massenverkehrsmittel den Kraftfahrer dazuzubringen, vom Auto eben auf diese Verkehrsmittel umzusteigen.

Im Zusammenhang mit den Donaukanalbegleitstraßen kritisiert der Redner, daß die Auffahrt von der Schnellstraße in Richtung Floridsdorf bei der Döblinger Brücke noch immer gesperrt ist. Anschließend stellt der Redner die Frage, ob bereits für eine Verlängerung der Donaukanalbegleitstraßen in Richtung Stadionbrücke Vorsorge getroffen wird. Es sei eine Tatsache, daß die neue Nord-Einfahrt mit ihren Brücken und Schnellstraßen von den Wiener Kraftfahrern noch nicht so ausgenützt wird, wie man es sich erhofft hat. Gegenwärtig werden nur 19 Prozent des Verkehrs über die Donau von der Nordbrücke aufgenommen. Sie ist damit die am schwächsten befahrene Donaubrücke. Die am stärksten befahrene ist die Reichsbrücke mit fast 50 Prozent.

Die notwendige Entlastung soll die vierte Donaubrücke bringen. Ihr Bau wurde bereits 1964 für heuer angekündigt, für 1970 ist die Fertigstellung geplant. Im Budget für 1966 findet sich darüber jedoch kein Hinweis, Stadtrat Heller hat zwar die Zahl von zehn Millionen genannt, sie ist aber im Budget nirgends zu finden.

Im 22. Bezirk entstehen ganze Stadtteile, aber für die notwendigen Verkehrsverbindungen wird nicht gesorgt.

Der Brücken- und Wasserbau ist das Stiefkind des Budgets 1966. Dafür werden um 22 Millionen weniger ausgegeben als bisher.

Für die Unterfahrung der Lastenstraße sind 55 Millionen, für die Gürtelunterfahrung80 Millionen vorgesehen, insgesamt also 135 Millionen Schilling.

./.

Man sollte jedoch nicht so tun, als ob man mit diesen 135 Millionen Schilling bereits die U-Bahn bauen würde. Was tut man wirklich? Man verlegt die Straßenbahn an zwei Stellen unserer Stadt unter die Erde. Das sind zwei Detailprojekte, von denen man hofft, daß sie sich in ein künftiges U-Bahnnetz einfügen werden. Ob diese unterirdischen Trassen aber auch für einen U-Bahnbetrieb zu verwenden sind, wird von Fachleuten bezweifelt. Für den U-Bahnbetrieb sind ganz andere Voraussetzungen notwendig als für den Betrieb einer Unterpflasterstraßenbahn. Es besteht hier die Gefahr, daß viele Millionen verplant und verbaut werden. Jedenfalls wird hier ohne ein Gesamtkonzept für den Wiener Massenverkehr gebaut.

Sodann kommt GR. Dr. Schmidt auf den Abbruch der Florianikirche zu sprechen und stellt fest, daß ein Teil der Bezirksbevölkerung vor allem deshalb gegen diesen Abbruch war, weil diese Leute die Kirche als ein Wahrzeichen ihres Bezirkes betrachtet haben. Sie waren von dem gesunden Empfinden geleitet, daß nicht alles dem Verkehr geopfert werden darf. Es stimmt aber, daß die Erhaltung dieser Kirche, die keinen großen kulturhistorischen Wert hatte, sehr viel Geld gekostet hätte. Sie war jedenfalls durch ihren Standort mitten in der Straße eine städtebauliche Kuriosität. In diesem Zusammenhang wurde bereits vor dem Abbruch der Florianikirche die Frage aufgeworfen, ob man an ihrer Stelle nicht einen Ersatz errichten könnte, etwa einen Glockenturm. Davon wird jedoch jetzt nichts mehr gesprochen. Der Redner stellt den Antrag, zur Erinnerung an die Florianikirche an ihrer Stelle ein neues Wahrzeichen zu errichten, um das Stadtbild zu erhalten.

Über den Hochwasserschutz ist wenig im Budget zu lesen. Wie sieht es zumindest mit der Erhöhung der rechten Donauuferkante aus? Was geschieht, wenn der Bund nicht zu den Kosten beitragen will?

Zum Donaupark meint der Redner, daß dieses Gelände anscheinend den Besuchern nicht die Erholung bietet, die sie sich erwartet haben. Dieser neue Park ist nämlich nicht besonders gut besucht. Der Donaupark sollte auch zum Ausruhen und nicht nur zum Spazierengehen eingerichtet sein.

./.

Abschließend erteilt der Redner im Namen seiner Fraktion die Zustimmung zu Baubudget.

GR. Dr. Macher (ÖVP) untersucht die Frage, ob die Ansätze für die Verkehrswege im Baubudget genügend seien. Er rechnet auf Grund von unbestrittenen Zahlenangaben vor, daß für Verkehrsbauten die doppelte Summe ausgegeben werden müßte, um das Verkehrsproblem bis 1980, den geschätzten Zeitpunkt der Vollmotorisierung, lösen zu können. Die vom Bund getragenen Verkehrsbauten können dabei außer Betracht bleiben, weil es sich um Autobahnen und Schnellstraßen handelt, die das innerstädtische Verkehrsproblem nicht lösen.

Es wurde auch außer Streit gestellt, daß wir keinen Generalverkehrsplan haben. Nun hat der Vorsitzende des Bauausschusses GR. Planek gesagt, der ruhende Verkehr dürfe nicht Aufgabe der Gemeinde sein. Hier liegt ein Denkfehler vor. Es ist richtig, daß die Privatinitiative bei diesem Problem mitzuwirken hat und sie will auch seit Jahren mitwirken. Als Grundlage für eine Kalkulation, die ein ordentlicher Kaufmann anstellen muß, ist aber der Generalverkehrsplan notwendig.

Es genügt nicht, zu wissen, wie hoch der Umsatz an einem bestimmten Standort heute ist, man muß ungefähr die Entwicklung kennen, man muß wissen, ob der Umsatz in zehn Jahren auch so hoch ist, denn die Investitionsrate ist so hoch, daß die Rückzahlung zehn Jahre dauert.

Der Generalverkehrsplan muß trotz aller Hindernisse aufgestellt werden. Daß er heuer noch nicht besteht, bedeutet die Versäumnis eines weiteren Jahres. Aber er ist in einem Jahr noch genauso aktuell. Die Bedeutung ergibt sich schon daraus, daß bereits 1959 der Wertverlust an Arbeitsstunden durch Verkehrsstauungen mit 172 Millionen Schilling ermittelt worden ist. Nur durch langfristige Zukunftsinvestitionen können diese Wertverluste wettgemacht werden. Diese Arbeitsverluste sind unproduktive Kosten, sie vermindern die wertschöpfende Kraft der Betriebe, und das drückt sich wieder in einem verminderten Gewerbesteueraufkommen aus. Das ist die Tragik des wirtschaftlichen Mechanismus: Man will sich etwas ersparen durch geringere Investitionen, verliert aber auf der anderen Seite durch dieses zögernde Verhalten.

./.

Es ist eine Tatsache, daß in einer Großstadt zirka 10 Prozent des Stadthaushaltes für den Straßenbau und für Massenverkehrsmittel notwendig sind. Diese Tatsache ist sicher nicht erfreulich, aber wie die Realität des Lebens nicht zu beseitigen. Es können Städte - und das zeigt die Geschichte - an Bedeutung verlieren, wenn sie von den Verkehrswegen abkommen. Denn die wirtschaftliche Entwicklung wartet nicht zu. Wollen wir den Wettbewerb mit anderen österreichischen Städten, aber auch in Mitteleuropa bestehen, so müssen wir dem Verkehrsproblem besondere Aufmerksamkeit zuwenden. Wir müssen damit rechnen, daß sich auch die Produktionsfähigkeit der Oststaaten in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren auswirken wird. Im Fremdenverkehr gibt es bereits erste Ansätze. Wenn wir es im Rahmen des Generalverkehrsplans zu einer weitschauenden Planung bringen, dann werden auch die Unternehmer des Tiefbaugewerbes den Mut haben, Investitionen zu tätigen, was eine ganz andere rationelle Gestaltung des Straßenbaues ermöglichen wird.

Auf dem Karlsplatz entsteht das Problem der Flaschenhälse. Sie sind technisch unvermeidbar, es erhebt sich nur die Frage, wie schnell man sie beseitigen kann. Man sollte hier entsprechende Projekte einsammeln. Vor 100 Jahren wurde die Stadterweiterung mit den Worten des absoluten Kaisers eingeleitet: Es ist mein Wille. Heute ist es wichtig, sich die Zustimmung derjenigen, die hier wohnen, im vorhinein zu sichern.

Meine Fraktion wird den Ansätzen dieser Gruppe die Zustimmung erteilen - denn es ist ja weniger als das, was wir als erforderlich betrachten -, wir hätten einem größeren Ausbau gern die Zustimmung erteilt.

GR. Helene Potetz (SPÖ) nimmt zur Frage der familiengerechten Wohnungen Stellung. Nicht immer muß die Quadratmeterzahl entscheidend sein. Die beste Raumeinteilung ist die beste Lösung. Wien ist eine traditionsbewußte Stadt. Viele unserer Traditionen sind schön - nicht alle. Dazu gehören vor allem unsere Wohnungen aus der Jahrhundertwende. Zwei Drittel dieser Wohnungen sind sogenannte "Bassenawohnungen", die über fast keinen Komfort verfügen. Das letzte Drittel umfaßt die Gemeindewohnungen der Ersten und Zweiten Republik und Großwohnungen.

./.

Diese Großwohnungen entsprechen in ihrer Höhe, in der Beheizung und in vielen anderen Dingen gleichfalls vielfach nicht mehr den heutigen Erfordernissen. Die Gemeinde Wien hat in der Ersten Republik mit ihren Wohnhausbauten eine Tat gesetzt, die von Wien aus in die ganze Welt gegangen ist. Nach 1945 hat sie den sozialen Wohnhausbau immer weiterentwickelt, sodaß heute jede Wohnung auch über ein Badezimmer oder eine Badenische verfügt, über eine Abwasch, Bodenbelag und ähnliches.

Bei einer Befragung haben sich 62 Prozent der Befragten, meistens junge Arbeiter, für eine Wohnungsgröße, zwischen 50 und 70 Quadratmeter ausgesprochen; 22 Prozent, die Angestellte waren, für eine Größe von mehr als 70 Quadratmeter. Ein Beweis, daß mit einem gewissen sozialen Aufstieg auch die Ansprüche steigen.

In Kürze wird das Stadtbauamt im 14. Bezirk einen Versuch unternehmen, und zwar soll in einer Wohnhausanlage ein Block versuchsweise mit sogenannten Saalwohnungen ausgestattet werden. Die Wohnung besteht aus einem einzigen Saal und die Zwischenwände sollen durch Holzeinbaukasten hergestellt werden, auf Kosten der Mieter und nach ihren Wünschen. Es ist dies ein interessantes Experiment nach skandinavischem Vorbild.

Aus der erwähnten Befragung ergab sich unter anderem auch, daß 52 Prozent der Befragten bereit wären, für eine Wohnung einen Baukostenzuschuß von 20.000 bis 40.000 Schilling zu leisten. Der Rest hat von einem Beitrag von 40.000 bis höchstens 60.000 Schilling gesprochen. Wir alle wissen, wie schwer sich junge Menschen einen solchen Betrag ersparen können. Sie müssen nicht nur selber durch viele Jahre auf alles verzichten, oftmals muß die ganze Familie bei der Aufbringung mithelfen. Heute ist die Errichtung von Wohnungen kein technisches Problem, aber immer noch ein finanzielles. Wir werden so lange für unsere Wohnungen keine Europa-Preise bezahlen können, solange wir noch keine Europa-Löhne haben.

Die Verantwortlichen in diesem Staat müssen daher auch in Zukunft alles tun, um dieses Problem einer möglichst gerechten Lösung zuzuführen.

./.

GR. Dr. Glatzl (ÖVP) regt an, über den großen Dingen und über den langfristigen Planungen nicht auf die kleinen Dinge in unserer Stadt zu vergessen. Das Bild einer Stadt wird nicht nur von ihrer Architektur und ihren Schnellstraßen bestimmt, sondern auch von diesen kleinen Dingen. Wir werden in einiger Zeit, würden wir nur Häuser und Straßen betrachten, nicht mehr sagen können, in welcher Stadt wir uns befinden. Oftmals geben erst kleine Dinge einer Stadt ihr Gepräge und ihre Atmosphäre. Der Redner verweist in diesem Zusammenhang auf einige Veranstaltungen, bzw. Ausstellungen, die von den sogenannten Designern abgehalten wurden. Bei einer internationalen Ausstellung dieser Art wurde eine Gartenleuchte des Stadtgartenamtes und ein Kinderspielplatz aus Wien als beispielhaft bezeichnet. Diese Designer, man könnte auch sagen, Formgeber, müßte man viel mehr zu Rate ziehen.

Der Redner verweist sodann auf ein Beispiel für viele, die so störend wirken, auf Kleinigkeiten vor dem Burgtheater. Wenn man über den Ring zum Rathaus kommt, sieht man vor dem Burgtheater auf wenigen Quadratmetern Boden die verschiedensten störenden Dinge. Zuerst einmal eine Bronzelampe aus der Bauzeit des Burgtheaters, daneben zwei Haltestellentafeln, von denen jede anders ist. Dann finden wir einen häßlichen Lampenmast von ganz unterschiedlicher Höhe zu den gegenüberliegenden. Außerdem ist noch eine verzinkte Eisenblechverkehrsampel montiert. Warum kann man hier nicht eine gewisse Koordinierung herbeiführen und auch Zweckgegenstände schöner gestalten? Ähnliche Beispiele könnte man noch viele anführen.

Wir müßten daher dafür sorgen, daß unsere Designer auf ihrem Fachgebiet in Wien die selben Chancen bekommen müßten, wie die Modeschule in ihrem Bereich. Ein schöneres Bild unserer Stadt auch in kleinen Dingen, wäre nicht nur im Interesse der Bewohner dieser Stadt, sondern auch im Interesse der vielen Fremden, die uns besuchen, und hier eine Wiener Atmosphäre finden wollen.

Hierauf spricht GR. Hofstetter (SPÖ): Die Auffahrt von der Donaukanal-Begleitstraße zur Heiligenstädter-Brücke ist deshalb noch nicht freigegeben, weil die Brigittenauer Lände zuerst zur Einbahn erklärt werden muß.

./.

Dafür ist wiederum die Fertigstellung des Verkehrssystems Lorenz Müller-Gasse erforderlich. Es ist also keineswegs so, daß hier etwas versäumt wurde, wie es in allzu leichtfertigen Kritiken heißt.

Die Pläne für die zukünftige Entwicklung Wiens, die gewaltige Umwälzungen mit sich bringen, werden vor allem die Jugend begeistern. Die Projekte darf man als faszinierend bezeichnen, die Kosten allerdings sind besorgniserregend.

Die großen Verkehrsprobleme sind auf verschiedene Arten lösbar: Einmal durch den Bau von Straßen, Brücken und dergleichen, zum anderen aber durch städtebauliche Maßnahmen. Dazu gehören eine zweckmäßige Anordnung der Verkehrserreger und eine Herabminderung des Berufsverkehrs durch eine optimale Zuordnung von Wohn- und Betriebsstätten. Zur Bewältigung des Verkehrsproblems müssen beide Wege beschritten werden.

Immer wieder hört man vor allem von seiten der ÖVP die Frage, warum es in Wien keinen Generalverkehrsplan gibt. Doch in der Diskussion über das städtebauliche Grundkonzept am 30. 11. 1961 haben der damalige GR. Dr. Prutscher und GR. Hahn ausdrücklich von einem Generalverkehrsplan als vorhanden gesprochen. Heute sind die Verkehrsprobleme viel detaillierter. Vielleicht haben deshalb manche das Gefühl, es sei kein Generalkonzept vorhanden. Es ist jedoch zu verwundern, daß die ÖVP diese Meinung vertritt, die es doch besser wissen müßte. Wenn GR. Macher sagte, einen Generalverkehrsplan könnte man abschreiben, so ist zu fragen, warum er einen solchen dann nicht abgeschrieben und vorgelegt hat. Man soll über diese Dinge nicht so leichtfertig sprechen. Die von GR. Macher genannten Zahlen konnten in der kurzen Zeit nicht überprüft werden. Wahrscheinlich hat er aber bei diesen Zahlen den Fernverkehr und den innerstädtischen Verkehr verquickt.

Es gehört zu unseren Grundsätzen, dem öffentlichen Verkehr den Vorrang einzuräumen. Es steht in keinem Widerspruch dazu, daß wir zunächst mit der Verwirklichung des Straßenkonzeptes begonnen haben.

./.

Die Pläne für das Straßennetz erster Ordnung entstanden zu einer Zeit, als auf Bundesebene das Autobahnnetz diskutiert wurde und man die Autobahnen um Wien herum führen wollte. Wenn Finanzminister Dr. Schmitz gesagt hat, Wien sei verkehrstechnisch nicht olympiareif, kann man dazu fragen, ob er statt der Autobahn Olympiaringe um Wien herumbauen wollte.

Eingehende Überlegungen werden zum Problem des ruhenden Verkehrs angestellt. Auch in den Außenbezirken wird man sich nicht mehr lange den Luxus leisten können, in erster Ebene zu parken. Es erhebt sich die Frage, wer die benötigten Parkgaragen errichten wird. Hier gehen die Ansichten der Fraktionen auseinander. Eine Möglichkeit bestünde darin, die Bewilligung für neu zu errichtende Tankstellen vom gleichzeitigen Bau einer Parkgarage abhängig zu machen. Durch die Kombination mit einer Tankstelle könnten dann auch die Parkgebühren erträglich gehalten werden.

GR. Dr. Bauer hat in der Generaldebatte gesagt, daß nur in Wien eine Verkehrsmisere herrsche. Das ist nicht richtig. Auch andere Städte kämpfen mit diesen Problemen. In Tokio zum Beispiel werden seit Jahren nur Kraftfahrzeuge zugelassen, wenn der Nachweis erbracht wird, daß dafür ein Abstellplatz auf privatem Grund vorhanden ist. In Paris erwägt man dasselbe. Überhaupt wird man in Zukunft in die Betriebskosten eines Kraftfahrzeuges auch die Kosten für den Abstellplatz einkalkulieren müssen. Unzweckmäßig ist der Berufsverkehr mit eigenem Kraftfahrzeug. Das Kraftfahrzeugsteuerpauschale verlockt dazu, mit dem Auto zur Arbeit zu fahren. In Schweden wird dieses Pauschale nur dann gewährt, wenn kein öffentliches Verkehrsmittel vorhanden ist.

Eine zweite Ebene ist für den innerstädtischen Verkehr absolut notwendig. Darunter ist nicht nur eine U-Bahn zu verstehen. Vielmehr sehen wir die Lösung in einer Stadtschnellbahn, die je nach Bedarf über oder unter der ersten Ebene verkehrt. Für ein solches System gibt es mehrere Vorschläge. Das 'Volksblatt' hat am 2. Dezember das Konzept des Betriebswirtschaftlichen Institutes der Technischen Hochschule Wien veröffentlicht. In diesem Konzept stimmte vieles nicht.

./.

Es fehlten wichtige Linien,die erst nachträglich eingeführt wurden, ohne daß man auch die Kosten entsprechend korrigiert hätte. So kam man zu den niedrigen Ansätzen von sechs Milliarden. Außerdem sieht der Plan keine anderen Verkehrsmittel von den westlichen Bezirken zur Stadtmitte vor, als die Straßenbahn und rechnet mit einer Aufrechterhaltung des Autobusverkehrs im ersten Bezirk, der in absehbarer Zeit nicht mehr möglich sein wird. Bei diesem Konzept handelt es sich also um dissertationsähnliche theoretische Arbeiten und nicht um Projekte erfahrener Fachleute. Die Vorschläge des Wiener Stadtbauamtes dagegen werden äußerst sorgfältig und nach umfassender Grunlagenforschung erstellt. Wenn das Konzept fertig vorliegt, werden wir darüber weiter diskutieren.

Das Verkehrsnetz der Zukunft muß schrittweise realisiert und der Bevölkerung dadurch verständlich gemacht werden, daß jedes Teilstück in sich abgeschlossen ist. So wird die "Ustraba" wesentliche momentane Vorteile bringen, während daneben der herkömmliche Straßenbahnverkehr weitergehen kann. In einigen Jahren kann man dann auf Bahnbetrieb übergehen. Die Verkehrsplanung muß sich auch auf die Außenbezirke und den Großraum Wien erstrecken, der einen regen Berufsverkehr erbringt. 60 Prozent der Frequenz auf den Wiener Bahnhöfen wird durch den Nahverkehr hervorgerufen. Wichtig ist auch der Ausbau der Schnellbahn, wozu jedoch eine gerechte Kostenbeteiligung des Bundes erforderlich ist.

GR. Dipl.-Ing. Dr. Strobl (ÖVP) fordert, die Wohnungsgrößen und Wohnungstypen der Gemeindebauten den heutigen Erfordernissen anzupassen. Im vergangenen Jahr betrug die Durchschnittsgröße der Wohnungen in Vorarlberg 95 Quadratmeter, in Wien hingegen nur 63 Quadratmeter. Damit liegt Wien an letzter Stelle in Österreich und weit unter dem Gesamtdurchschnitt der Wohnungsgrößen in Österreich, der 72 Quadratmeter beträgt.

Der Redner stellt sodann den Antrag, beim kommunalen Wohnbauprogramm in Hinkunft den Anteil an familiengerechteren Wohnungen zu vergrößern. Und zwar wird vorgeschlagen, die Wohngrößenverteilung folgendermaßen festzusetzen: Type A (Einzelraum) mit sieben Prozent, Type B (Zweizimmerwohnung) mit 35 Prozent, Type C (Zweieinhalbzimmerwohnung) mit 45 Prozent, Type D (Zweizimmer-Zweikabinettewohnung) mit zehn Prozent und Type E (Sondergröße) mit drei Prozent. ./.

Im folgenden verlangt der Redner, daß bei der Planung und beim Bau städtebaulicher Zentren, wie sie im Städtebaulichen Grundkonzept vorgesehen sind, Vorsorge für den Raumbedarf der Wirtschaft getroffen werden müßte, ebenso Vorsorge für den Ausbau des Massen- und Individualverkehrs usw. Auch die im Grundkonzept vorgesehene Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden und mit Niederösterreich müßte dabei beachtet werden.

Die ÖVP-Fraktion wird den Ansätzen zustimmen.

GR. Laß (SPÖ) geht auf einige Behauptungen und Kritiken verschiedener Debattenredner ein und meint, daß die Kritiken durch die Leistungen der Gemeindeverwaltung widerlegt werden.

Zur Frage des Fertigteilbaues stellt er fest, daß die Konkurrenz im Montagebauwesen erst im Werden begriffen ist. Die privaten Fertigteilbaufirmen sind nicht privat, sondern gehören den Großbanken. Die Konkurrenz auf diesem Gebiet ist durchaus notwendig, die Gemeinde Wien hat dabei bereits ihren Betrag geleistet.

Der Redner widerlegt sodann die Behauptung, der Bund habe seine finanziellen Verpflichtungen gegenüber Wien erfüllt: Wien verliert allein beim Bundeswohn- und Siedlungsfonds drei Prozent, beim Wohnhauswiederaufbaufonds zwei Prozent, und beim Finanzausgleich ist Wien um rund 1,3 Milliarden Schilling benachteiligt.

Bei der Beschäftigenzahl während der Wintermonate steht Wien an der Spitze aller Bundesländer. Von 100 Bauarbeitern sind in Wien 90 den ganzen Winter über beschäftigt, in Vorarlberg 86, in Salzburg 78, in Oberösterreich 61, in Niederösterreich 60 usw.

Keine moderne Großstadt kann selbst in zwei oder drei Generationen so viele Wohnungen bauen, daß der Wohnungsbedarf ausreichend gedeckt ist. Dies ist also auch in Wien innerhalb von 20 Jahren nach einem so großen Krieg nicht möglich gewesen.

Auch die Behauptungen über die Mietenentwicklung sind weit von der Wirklichkeit entfernt. Mit dem Schlagwort vom "Stadtkapitalismus" wird die Bevölkerung bewußt irregeführt. In Wien war die Entwicklung der Mietzinse in den vergangenen Jahren weitaus günstiger als woanders.

./.

In Wien nämlich stiegen die Mieten von 183.15 auf 227.70 Schilling, in Bregenz hingegen von 116.37 auf 452.99 und in Innsbruck von 305.58 auf 492.01 Schilling (Zwischenruf von GR. Leinkauf, ÖVP: "Was geht uns Bregenz an?").

Er hoffe, daß der Weg, der sich in der Vergangenheit absolut bewährt hat, auch in der Zukunft fortgesetzt wird, und daß alle Kräfte eingesetzt werden, um die vielfältigen Probleme zu lösen. Im übrigen gebe seine Fraktion gerne die Zustimmung zu den Ansätzen dieser Geschäftsgruppe.

Im Schlußwort erklärt Stadtrat Heller eingangs, man möge ihn nicht mißverstehen, wenn er bedaure, daß heute bei den Beratungen nochmals eine "Olympia-Debatte" stattgefunden hat: Erstens weil daraus zu ersehen war, daß die Bewerbung Wiens noch nicht gesichert ist. Zweitens weil die Gruppe VI dadurch in der Debatte etwas zu kurz gekommen ist. Aber er nehme diese Benachteiligung gerne hin, wenn die Bewerbung um die Olympischen Spiele doch noch vom Erfolg gekrönt wird. Stadtrat Heller begrüßte die Einmütigkeit, die heute in der Frage "Olympia" in diesem Haus geherrscht hat und er ersuchte, dem Antrag von Stadtrat Mandl einhellig zuzustimmen.

Hierauf beschäftigt sich der Referent mit den Beiträgen zum Kapitel Bauwesen. Zunächst zum Wohnungsbau: Er betont, daß nur in einem einzigen Fall, nämlich in der Konstanziagasse nicht mit dem Bau begonnen werden konnte, weil die Baufirma trotz wiederholten Urgenzen nicht angefangen hat. Wir müssen nun leider die Arbeiten nocheinmal ausschreiben.

Was das Wohnbauprogramm jetzt betrifft, so haben wir in der Gemeinderats-Funktionsperiode bis 1964 45.000 Wohnungen versprochen und 48.000 tatsächlich gebaut oder deren Bau gefördert. Wir haben auch für diese Periode wieder 45.000 Wohnungen versprochen, und man darf sicher sein, wir werden am Ende dieser Periode wieder sagen können, wir haben auch dieses langfristige Wohnbauprogramm restlos erfüllt.

Wenn allerdings verlangt wird, daß wir mit der Bauwirtschaft darüber sprechen, so ist zunächst dazu zu sagen, daß die Bauwirtschaft unser Programm kennt, weil im Gemeinderat darüber gesprochen und darüber publiziert wird.

./.

Wir haben allerdings leider die Erfahrung gemacht, daß es manchmal zu Absprachen über die Preise kommt.

Für die Großfeldsiedlung sind schon im Entwurf Betriebsbaugebiete und Grünflächen vorgesehen.

Private Montagebaufirmen: Wir haben erst seit Oktober zwei Anbote erhalten, und zwar auf 300 und 400 Wohnungen pro Jahr. Die Preise entsprechen aber noch lange nicht dem, was unsere Montagebaugesellschaft leistet.

Wir werden in Zukunft auch andere Baustoffe als Schwerbeton verwenden können. Er hoffe daß die Forschungstätigkeit des Stadtbauamtes in Kürze Früchte tragen wird.

Es wurde auch wieder gesagt, wir müßten mehr für den Wohnungsbau tun. Dazu müsse er ebenfalls neuerlich feststellen, daß die Baulandbeschaffung, die Beschaffung von baureifen Gebieten, Engpässe verursacht. Die Aufschließung jener Gebiete, die die Stadt Wien gekauft hat, wird uns noch große Sorgen bereiten und uns noch viel Geld kosten.

Die Forderung nach einheitlichen Wohnbaufondsbestimmungen wird seit vielen Jahren auf Bundesebene von den Sozialisten immer wieder erhoben. Er wäre glücklich wenn es endlich für alle Wiener gleiche Startbedingungen beim Wohnungsbau gäbe.

Wir haben auch versucht, die Montagebautätigkeit auf Schulen und Kindergärten auszudehnen, wir haben uns auch mit Projekten von Fertigteilschulen aus Metall auseinandergesetzt, doch sind diese Bauten derzeit in der konservativen Bauweise noch immer am billigsten.

Zu dem Vorhalt, daß für den Hochwasserschutz zuwenig getan werde, erklärt der Stadtrat, daß nach der rechtlich untermauerten Ansicht für die Verwirklichung des totalen Hochwasserschutzes nicht die Stadt oder das Land, sondern der Bund verantwortlich ist.

Die Frage, offene Bauweise oder Randverbauung mit Innenhöfen, ist eine Geschmackssache. Hier steht Meinung gegen Meinung. Wir bauen in geschlossener und in offener Bauweise je nachdem, wie wir es im gegebenen Fall für richtig halten.

./.

Zu der Kritik über die Wohnungsgrößen führt Stadtrat Heller aus: Wir müssen unsere Wohnungsgrößen im wesentlichen auf die Größe unserer Familien ausrichten. Bedauerlicherweise haben wir eben sehr viele Klein- und Kleinstfamilien. (GR. Leinkauf: Da wir kleine Wohnungen haben, haben wir kleine Familien!) Dieses Argument, daß große Familien nur in großen Wohnungen zustande kommen, lasse ich nicht gelten, die Tatsachen beweisen das Gegenteil. Gerade in Kleinstwohnungen haben wir am meisten Kinder. Wir müssen unsere Wohnungen auf diese Kleinstfamilien abstellen. Daher bauen wir nicht so große Wohnungen wie in anderen Bundesländern. Bei einem Vergleich mit anderen Bundesländern darf man auch nicht vergessen, daß dort auch der Fremdenverkehr berücksichtigt wird. Auch müssen wir die wirtschaftlichen Möglichkeiten unserer Wiener Bevölkerung in Betracht ziehen. Die sogenannten familiengerechten Wohnungen können sich leider jene Familien, für die wir sie bauen sollten, derzeit noch nicht leisten. Wir würden sehr gern, wenn alle anderen Voraussetzungen zutreffen, größere Wohnungen bauen.

Der Vorwurf, daß wir reglementieren und die Architekten bei uns keine Freiheit haben, stimmt nur zu einen geringen Teil. Es ist richtig, daß wir Richtlinien für die Planung von Wohnungen erarbeitet haben; diese stammen übrigens nicht von einem verknöcherten Beamten, sondern wurden auf Grund von Wettbewerben ausgearbeitet. Wir sind sehr froh, wenn Architekten uns mit wirklich neuen Ideen kommen. Leider aber sind unsere diesbezüglichen Erfahrungen nicht sehr gut. Man kann auch nach den Richtlinien sehr schöne, zweckmäßige und preiswerte Wohnungen bauen. Wir sind niemandem bös, der uns neue Vorschläge macht, nur müssen sie durchführbar sein und preislich annähernd auf jener Linie wie die, die wir uns derzeit sowohl investitionsmäßig als auch mietzinsmäßig leisten können. Selbstverständlich werden zu den Stadtplanungsarbeiten Fachleute und wissenschaftliche Institutionen herangezogen.

Fragen der Architektur und des Designs sind etwas sehr Subjektives, das ist eine Geschmackssache. Das trifft auf dem Bausektor ebenso zu wie hinsichtlich der Beschilderung.

./.

Dazu kommt noch eines: Wenn die Rechtsprechung bei jedem kleinsten Unfall die zuständige Behörde verantwortlich macht, weil an der Stelle kein groß beleuchtetes Schild gestanden ist, dann ist es verständlich, daß die Beamten, denen die Amtshaftung droht, womöglich an jeder Ecke drei, vier Schilder aufstellen wollen.

Unsere Fernheizanlagen versorgen derzeit 7.256 Wohnungen, vier Schulen, sieben Kindergärten, 55 Geschäftslokale und 28 sonstige Lokale für öffentliche Einrichtungen. In diesen drei Fernheizwerken werden derzeit 85 Giga-Kalorien erzeugt. Die Leistung des immer wieder zitierten Klagenfurter Werkes liegt derzeit bei 60 Giga-Kalorien und auch keines der andern österreichischen Werke hat derzeit eine größere Kapazität als Wien. Es ist zu hoffen, daß der weitere Ausbau unseres Fernheiznetzes keine Zukunftsmusik ist.

Zum Generalverkehrsplan: Es wurde schon wiederholt darauf hingewiesen, daß **wir für den Individualverkehr einen Generalverkehrsplan** besitzen, den wir in vielen Teilen schon in die Tat umgesetzt haben. Ausdrücklich gesagt wurde heute auch bereits, daß wir für den öffentlichen Verkehr einen Generalverkehrsplan gemeinsam mit den Verkehrsbetrieben und allen sonstigen maßgeblichen Stellen entwickeln. Einen Generalverkehrsplan anderer Städte auf Wien zu übertragen, wäre einfach, aber kaum zweckmäßig. Von den 109 Empfehlungen der Internationalen Verkehrsenquete des Jahres 1955 haben wir 101 bereits in die Tat umgesetzt, nur acht warten noch auf ihre Erledigung. Dabei handelt es sich vielfach um Empfehlungen rechtlicher Natur, für die wir nicht allein zuständig sind.

Zum Matzleinsdorfer Platz: Der Stadtrat ist der Meinung, daß der seinerzeitige Umbau des Matzleinsdorfer Platzes im Jahr 1951 keine Fehlplanung war. Es wurde damals der Durchlaß für den Individualverkehr gebaut und der Untergrund für weitere Bauvorhaben freigemacht. Hätten wir damals mehr gebaut, was ja nur auf Grund ganz anderer Voraussetzungen hätte erfolgen können, hätten wir heute bedeutend größere Schwierigkeiten und weitaus höhere Mittel für die Anpassung an die derzeitigen Verhältnisse aufzuwenden.

./.

Mehr Mittel für den Straßenbau: Sicherlich wären alle dafür, man darf aber nicht vergessen, daß man auch hier die Baukapazität berücksichtigen muß und ferner die Tatsache, daß alle Bauvorhaben unter Aufrechterhaltung des Verkehrs durchgeführt werden müssen. Zu den bereits jetzt notwendigen Behinderungen kämen noch weitere, so daß wahrscheinlich der Verkehr zum Erliegen kommen müßte. Natürlich wäre auch der Bau der Erzherzog Karl-Straße im 22. Bezirk in einem Zug angenehmer gewesen, auf Teilen dieser Straße standen jedoch noch Häuser und es mußten langwierige Erwerbsverhandlungen geführt werden. Außerdem müßten wir die höheren Beträge für den Straßenbau anderswo wegnehmen. Welche Leistungen sollten wir also nicht mehr erbringen, um mehr Mittel für den Straßenbau zur Verfügung zu haben.

Zur Autobahneinführung nach Wien: Wir haben seinerzeit bereits nachgewiesen, daß nur ein geringer Prozentsatz des Verkehrs um die Stadt herumgeht, also die Stadt nicht direkt zum Ziel hat. Wir können den Bau des Autobahn- und Expresstraßennetzes sehr wohl zu jenen Investitionen zählen, die zur Lösung des Gesamtproblemes Verkehr in unserer Stadt beitragen.

Es wurde auch wieder über die Florianikirche gesprochen und ein Antrag eingebracht, an ihrem alten Standplatz ein neues Wahrzeichen anzubringen, das an die abgetragene Kirche erinnert. Der Herr Bürgermeister hat bereits seinerzeit die Anregung gegeben, daß wir einen städtebaulichen Ideenwettbewerb ausschreiben sollen, der sich mit der Errichtung eines solchen Wahrzeichens beschäftigen soll. Da kaum jemand an seinen Worten zweifeln wird und dieser Wettbewerb überdies Anfang des nächsten Jahres abgehalten werden soll, empfiehlt der Stadtrat den Antrag abzulehnen.

Mit dem Institut für Betriebstechnik der Technischen Hochschule für Wien ist man bereits in Verbindung getreten. Am 21. Dezember findet eine nochmalige Aussprache statt. Man kann jedoch heute schon sagen, daß der zitierte Plan äußerst problematisch ist und wir damit nicht sehr viel werden anfangen können.

./.

Über die Frage des Einbaues der Vorortelinie in unsere Verkehrslinien hat man sich bereits den Kopf zerbrochen. Die Verkehrsbetriebe haben nach eingehenden Untersuchungen festgestellt, daß die Eingliederung nicht zweckmäßig wäre. Man wird sich aber weiterhin mit dieser Frage beschäftigen. Der Redner ersucht daher, den diesbezüglichen Antrag von Gemeinderat Lauscher dem Gemeinderatsausschuß VI zuzuweisen.

Zur Fragen der vierten Donaubrücke: Wir haben nie an eine Vorfinanzierung dieser Brücke gedacht. Sie liegt im Zuge einer Autobahn und ist in das Bundesstraßen-Verzeichnis aufgenommen und der Bau ist daher zur Gänze vom Bund zu finanzieren.

Zur Frage des Hochwasserschutzes für Wien ist zu sagen, daß am 11. August das Projekt des Wiener Stadtbauamtes für den Hochwasserschutz des rechten Donauufers dem zuständigen Ministerium mit der Bitte eingereicht wurde, die notwendigen Arbeiten sobald als möglich zu beginnen. Bedauerlicherweise stellte sich das Ministerium auf den Standpunkt, es sei nur für das Mittel, und Niederwasser, nicht aber für das Hochwasser der Donau zuständig. In diese Frage hat sich jetzt Bürgermeister Marek eingeschaltet und wir hoffen, die Verhandlungen doch zu einem positiven Ergebnis führen zu können.

Ich habe Ihnen die erfreuliche Mitteilung zu machen, daß die Schwefelquelle in Ober-Laa heute um 14.15 Uhr ihre Ergiebigkeit unter Beweis zu stellen begann. Obwohl es nicht für heute "bestellt" war, ergab sich eine Quellschüttung von 35-40 Sekundenlitern, die sich vielleicht noch erhöht, sobald alle unterirdischen Gesteinsritzen, die durch die Schwerspatlösung verklebt wurden, durch Säuren ausgewaschen sind.

Ich danke für die objektive Beurteilung der Arbeit meiner Geschäftsgruppe und versichere, daß wir alle Anregungen zur Kenntnis nehmen und gewissenhaft prüfen werden. Unterstützen Sie uns wie bisher bei der Erfüllung unseres großen Programms!

Damit ist die Debatte über das Bauwesen beendet.

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des sechsten Hauptstückes einstimmig angenommen. Der Antrag von Stadtrat Mandl (Bewerbung Wiens um die Olympischen Spiele 1972) wird ebenfalls einstimmig angenommen. Der Antrag der FPÖ (Wahrzeichen anstelle

./.

der Florianikirche) fand bei SPÖ, ÖVP und KLS keine Unterstützung. Die Anträge der ÖVP (Wohngrößenverteilung im kommunalen Wohnbau) und der KLS (Berücksichtigung der Vorortelinie) wurden einstimmig der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Der Vorsitzende, GR. Planek unterbricht die Sitzung. Die Beratungen werden morgen, Donnerstag, den 16. Dezember, um 9 Uhr mit der Behandlung der Geschäftsgruppe VII (Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten) fortgesetzt. Referent ist Vizebürgermeister Dr. Drimmel (ÖVP).

(Ende des Sitzungsberichtes)

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Bürgermeister Marek appelliert an die politischen Parteien:

Keine Verschandelung des Stadtbildes im Wahlkampf!

16. Dezember (RK) Bürgermeister Bruno Marek richtete an die Landesleitungen aller wahlwerbenden Parteien folgendes Schreiben, in dem um Schonung des Wiener Stadtbildes im Wahlkampf ersucht wird:

"Die bevorstehende Wahl zum Nationalrat am Sonntag, dem 6. März 1966, gibt mir den Anlaß, so wie mein Vorgänger an die wahlwerbenden Parteien den Appell zu richten, die propagandistischen Auseinandersetzungen in einer Weise zu führen, die das Stadtbild nicht stören. Es hat sich gezeigt, daß die Bevölkerung die freiwillige Einschränkung der Plakatierungs- und sogenannten Schmieraktionen sehr beifällig aufgenommen hat, weil es ersichtlich war, daß mancher Schaden vermieden wurde, ohne dem Propagandabedürfnis der politischen Parteien Abbruch zu tun. Unserer Stadt hat es zweifellos zum Vorteil gereicht. Zu diesem Appell kann ich mich leichter entschließen, weil Sie, meine sehr geehrten Herren, anläßlich der Wahlgänge in den vergangenen Jahren mitgeholfen haben, die propagandistischen Aktionen des Wahlkampfes im Straßenbild in geordneten Bahnen zu führen.

Ich bitte Sie, meine sehr geehrten Herren, mitzuhelfen, daß vor allem das Schmieren von Parolen auf Hausfassaden und Geschäftsportalen, das Bekleben von öffentlichen Licht- und Leitungsmasten, Schaltkasten und Schauflächen öffentlicher Einrichtungen vermieden wird. Es müßten ja doch wieder nur Steuergelder der Bevölkerung herangezogen werden, wenn Schäden,

./.

die im Zuge mitwilliger Schmieraktionen verursacht werden, wieder gutzumachen sind.

Ich bitte Sie, meine sehr geehrten Herren, um Ihr Verständnis und um Ihre zustimmende Antwort."

\- - -

Keine Ehe- und Familienberatung vom 18. Dezember bis 3. Jänner

16. Dezember (RK) In der Ehe- und Familienberatung der Magistratsabteilung 12, 1, Gonzagagasse 23, entfallen die Beratungsstunden von Samstag, den 18. Dezember, bis einschließlich Montag, den 3. Jänner. Die letzte Beratung in diesem Jahr findet am Freitag, dem 17. Dezember, statt, die erste im neuen Jahr am Dienstag, den 4. Jänner von 16.30 bis 18 Uhr.

\- - -

Reich gedeckter Weihnachtstisch für die Wiener

16. Dezember (RK) Keinen Mangel werden die Wiener während der bevorstehenden Feiertage leiden müssen, denn es ist auch heuer dafür gesorgt, daß der Lebensmittelmarkt reich beschickt ist und die verschiedensten Geschmäcker zufriedenstellen kann.

In verhältnismäßig günstiger und gegenüber dem Vorjahr kaum veränderter Preislage wird es Geflügel zu kaufen geben. Neben einem reichen Angebot aus dem Inland warten auch 2.624 Tonnen Importgeflügel, vornehmlich Truthühner, Enten, Gänse, Hühner und Geflügelteile auf ihre Käufer.

Als Mangelware muß heuer Wildbret bezeichnet werden. Da die Überschwemmungskatastrophen im heurigen Jahr den Wildbestand in den Auwäldern empfindlich dezimierten, dürfen heuer viel weniger Tiere erlegt werden. Dementsprechend liegen die Preise für Hasenfleisch bis zu 25 Prozent höher als im Dezember des Vorjahres.

Zurückhaltung wird wirtschaftlichen Hausfrauen heuer auch bei der Herstellung von Mayonnaise empfohlen. Dies nicht etwa wegen der schlanken Linie, sondern vor allem wegen der Eierpreise. Die Anlieferung in- und ausländischer Frischeier ist unzureichend, weshalb die Eierpreise bis zu einem Drittel höher liegen als zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Erfreulich ist hingegen die Situation bei den Fischen. Nicht weniger als 206 Tonnen Flußfische, vornehmlich inländische Karpfen, und 775 Tonnen frische und tiefgekühlte Seefische stehen zur Verfügung. Für besondere Feinschmecker gibt es 13 Tonnen Sortenfische. Die Preise auf diesem Sektor sind gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Eine stabile Preislage dürfen die Hausfrauen auch bei frischem Rind-, Kalb- und Schweinefleisch erwarten, das in ausreichenden Mengen angeliefert wird. Überdies liegen in den Tiefkühlhäusern 2.572 Tonnen Fleisch aller Gattungen auf Vorrat. Für die notwendigen Vitaminmengen werden Importe von Salatgemüsen aus Holland und Italien sorgen. An inländischem

./.

Frischgemüse gibt es auf unseren Märkten reichlich Chinakohl, Karotten, Kohl und Kraut. Auch Speisekartoffel sind genügend vorhanden, jedoch sind sie teurer als im Vorjahr. Besonders bei Kipflern liegen die Preise weitaus höher.

Wenn die Einschaltung von "Obsttagen" während der Feiertage auch nicht gerade angezeigt erscheint, sollte die wichtige Vitaminquelle frischen Obstes doch nicht übersehen werden. Ein großes Angebot liegt bei in- und ausländischen Äpfeln guter Qualität vor, wogegen Birnen Mangelware sind. Für den, der es sich leisten kann, gibt es auch importierte Weintrauben. Eine kaum veränderte Preislage herrscht bei Orangen, Mandarinen, Klementinen, Zitronen, Grapefruits und Bananen. In den Wiener Kühlhäusern liegen überdies 581 Tonnen frisches und tiefgekühltes Obst und Gemüse.

\- - -

"Was könnte ich werden?" - Krankenschwester!

Ein Fernsehfilm über den Krankenpflegeberuf

16. Dezember (RK) Im Rahmen der Fernseh-Sendereihe "Was könnte ich werden?" wird am Samstag, dem 18. Dezember, um 17 Uhr, der unter der Mitwirkung und Unterstützung der Stadt Wien hergestellte berufskundliche Fernsehfilm "Die Krankenschwester" gezeigt. Der Film will das Interesse am Krankenpflegeberuf wecken und dazu beitragen, daß neue Kräfte für die interessante und aussichtsreiche Tätigkeit im Dienst der Gesundheit gewonnen werden.

\- - -

Musikveranstaltungen in der Woche vom 20. bis 26. Dezember

16. Dezember (RK)

Montag, 20. Dezember:

11.00 Uhr, Musikverein, Großer Saal: Kulturamt - Theater der Jugend: 1. Orchesterkonzert für Schüler der dritten Klassen; Wiener Symphoniker, Günther Pichler (Violine), Ingold Platzer (Sprecherin), Dirigent Milo Wawak (Auber: Ouverture zu "Fra Diavolo"; Beethoven: Romanze für Violine und Orchester F-dur op. 50; Kaufmann: "Zirkus Poldrini"; Dvorák: Ouverture "Karneval" op. 92)

11.00 Uhr, Konzerthaus, Großer Saal: Kulturamt - Theater der Jugend: 2. Aufführung des Tanzspiels "Das Waldfest"; Kindertanzkreis des Konservatoriums der Stadt Wien, Leitung Ilka Peter; Niederösterreichisches Tonkünstlerorchester, Dirigent Karl Hudez (für Schüler der zweiten Klassen)

19.00 Uhr, Konservatorium, Konzertsaal: Konservatorium der Stadt Wien: Trio-Abend Manfred Kuhn (Violine) - Josef Luitz (Cello) - Gertraud Dotzler (Klavier)

19.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal: Musikalische Jugend Österreichs: 2. Konzert im Zyklus X, Ensemble "Die Wiener Solisten" (J.S. Bach, A. Vivaldi); Voraufführung vom 21. Dezember

19.30 Uhr, Palais Palffy, Beethovensaal: Haydnsalon: Wiener Kantorei: "Alte Musik zur Weihnacht"; Chor, Solisten und Instrumentalisten der Wiener Kantorei, Leitung Kurt Hofbauer (Bodenschatz, Eccard, Gesius, Prätorius, Schein und andere)

Dienstag, 21. Dezember:

11.00 Uhr, Musikverein, Großer Saal: Kulturamt - Theater der Jugend: 2. Orchesterkonzert für Schüler der dritten Klassen; Wiener Symphoniker, Günther Pichler (Violine), Ingold Platzer (Sprecherin), Dirigent Milo Wawak (Auber, Beethoven, Kaufmann, Dvořák)

19.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal: Wohltätigkeitskonzert zugunsten der Krebsforschung; Neuer Wiener Konzertverein, N. Slavikova (Violine), Dirigent Wolfgang Poduschka (Schubert: 5. Symphonie, Mozart: Violinkonzert E-dur; Beethoven: 2. Symphonie)

19.30 Uhr, Konzerthaus, Mozartsaal: Ensemble "Die Wiener Solisten": 1. Abonnementkonzert (J.S.Bach: Brandenburgische Konzerte Nr. 1 und Nr. 3; Vivaldi: Konzert für zwei Violinen und Streicher a-moll; Konzert für Oboe und Streicher; Concerto für Streicher A-dur)

./.

Mittwoch, 22. Dezember:

11.00 Uhr, Musikverein, Großer Saal: Kulturamt - Theater der Jugend: 3. Orchesterkonzert für Schüler der dritten Klassen; Wiener Symphoniker, Günther Pichler (Violine), Ingold Platzer (Sprecherin), Dirigent Milo Wawak (Auber, Beethoven, Kaufmann, Dvořák)

19.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal: Weihnachtskonzert der ÖVP-Frauenbewegung; Niederösterreichisches Tonkünstlerorchester, Chorvereinigung "Jung Wien", Traute Skladal (Sopran), Dirigenten Karl Etti und Leo Lehner (Gluck, Haydn, Beethoven, Reger und andere)

\- - -

Rationalisierungskommission für städtische Spitäler konstituiert

Gemeinderat Dozent Dr. Gisel zum Vorsitzenden gewählt

16. Dezember (RK) Der Wiener Gemeinderat hat am 19. November dieses Jahres die Einsetzung einer Kommission zum Studium von Rationalisierungsmaßnahmen bei den städtischen Kranken- und Pflegeanstalten beschlossen. Heute früh fand im Wiener Rathaus die konstituierende Sitzung dieser Kommission statt. Bürgermeister Bruno Marek begrüßte die Stadträte Hans Bock und Dr. Otto Glück sowie die sechs Kommissionsmitglieder, die Gemeinderäte Dozent Dr. Alfred Gisel, Johann Nimmerrichter, Dipl.-Volkswirt Karoline Pluskal, Robert Weisz (alle SPÖ), Dr. Franz Bauer und Walter Lehner (ÖVP). Der Bürgermeister dankte den Stadträten und Kommissionsmitgliedern für ihr Erscheinen und wünschte ihrer Tätigkeit viel Erfolg.

Anschließend wurde Gemeinderat Dozent Dr. Gisel einstimmig zum Vorsitzenden der Rationalisierungskommission gewählt. Dozent Dr. Gisel dankte für das in ihn gesetzte Vertrauen und gab bekannt, daß im kommenden Jänner die erste Arbeitstagung der Kommission stattfinden wird. Die Kommission werde sich bemühen, nicht als eiene Art "Himmelfahrtskommando" zu wirken, wie dies schon vor ihrer Gründung verschiedentlich befürchtet wurde. Sie wird versuchen, in gemeinsamer Arbeit zunächst Gespräche mit den einzelnen Anstaltsleitern und anderen Persönlichkeiten zu führen, um eine Übereinstimmung der Meinungen zu erreichen. Die Kommission wird ferner bemüht sein, über die Arbeit der Beamten hinaus eine gewisse Rangordnung im Rahmen des Möglichen aufzustellen. Über die Tätigkeit der Kommission wird regelmäßig dem Gemeinderat berichtet werden. An Personalstadtrat Bock und Gesundheitsstadtrat Dr. Glück richtete der Vorsitzende die Bitte, der Kommission die notwendigen Unterlagen zur Verfügung zu stellen und die Unterstützung ihrer Beamten zu sichern.

Stadtrat Bock regte sodann an, einen Beamten der Geschäftsgruppe V (Gesundheitswesen) mit der Federführung zu betrauen. Ferner schlug der Stadtrat vor, zunächst eine Enquete einzuberufen, um möglichst viele Meinungen und Vorschläge über die Grundprobleme zusammenfassen zu können. Diese Enquete sollte einen großen

./.

Kreis von Ärzten, Fachleuten und anderen Persönlichkeiten erfassen. Auf Grund der Ergebnisse dieser Enquete könnte sich die Kommission anschließend mit den Detailproblemen beschäftigen.

Stadtrat Dr. Glück schloß sich den beiden Vorschlägen von Stadtrat Bock an und stellte fest, daß eine solche Enquete mit einem fixen Programm und möglichst gezielten Fragen abgehalten werden sollte, da die Probleme äußerst schwierig und weit verzweigt seien. Dabei wäre es von Vorteil, neben den Fachleuten auch betriebsfremde Personen anzuhören.

Der Vorsitzende dankte für die Anregungen und schlug vor, den Gemeinderat über die Ergebnisse einer solchen Enquete zu informieren.

\- - - -

Amtlicher Wohnungstausch-Anzeiger

16. Dezember (RK) Die neue Nummer des Amtlichen Wohnungstausch-Anzeiger ist soeben erschienen. Sie enthält auf 28 Seiten Tauschangebote aus sämtlichen Wiener Bezirken. In Spezialrubriken sind ferner Angebote von Hauswartwohnungen und Tauschangebote aus den Bundesländern enthalten.

Eine Einschaltung in die nächste Nummer des Amtlichen Wohnungstausch-Anzeigers, die am 3. Februar erscheint, kann bis spätestens 20. Jänner im Tauschreferat, 1, Rathausstraße 2, vorgenommen werden.

\- - - -

Neues Landesgesetzblatt

16. Dezember (RK) Im neuen Landesgesetzblatt für Wien ist das Wiener Rettungs- und Krankenbeförderungsgesetz enthalten, das vom Wiener Landtag am 24. September beschlossen wurde.

Das Landesgesetzblatt ist um 1.50 Schilling im Drucksortenverlag der Stadthauptkasse, 1, Rathaus, Stiege 7, Hochparterre, und in der Verkaufsstelle der Österreichischen Staatsdruckerei - Wiener Zeitung, 1, Wollzeile 27 a, erhältlich.

\- - - -

Die Budgetberatungen im Rathaus:

Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten

16. Dezember (RK) Am heutigen siebenten Tag der Budgetberatungen im Wiener Rathaus wurde die Verwaltungsgruppe VII (Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten) behandelt. Vizebürgermeister Dr. Heinrich Drimmel (ÖVP) führte in seinem Referat aus:

Wenn man die Einnahmen und Ausgaben in den Ansätzen für das Jahr 1966 mit den letzten Ansätzen vergleicht, ergibt sich eine Erhöhung von 169,750.800 auf 211,290.200 Schilling. In der Arbeit dieser Geschäftsgruppe tritt der allgemeine und stürmische Fortschritt besonders in Erscheinung. Allgemein werden die damit verbundenen Probleme schwieriger und schmerzlicher empfunden. Sie dürfen aber auch als Beweis dafür genommen werden, daß unser Gemeinwesen ein im Fortschritt befindliches ist, das sich in einer ununterbrochen qualitativen und quantitativen Veränderung befindet. Die finanziellen Mittel reichen nicht aus, um alles gleichzeitig und rechtzeitig, technisch und organisatorisch zu lösen. Es ist daher eine bestimmte Rangordnung festzustellen. Eine solche Rangordnung setzen wir auch für die Planung des Jahres 1966 voraus.

Hierauf beschäftigte sich der Referent mit den seiner Geschäftsgruppe unterstehenden Magistratsabteilungen in der Reihenfolge ihrer Numerierung. Die Plan- und Schriftenkammer (M.Abt. 20) hat im Vorjahr mit dem Druck der Stadtkarte 1:2000 auf einer handbeschriebenen Offsetpresse begonnen. Eine zweite Druckpresse soll nun angeschafft werden.

Die Öffentliche Beleuchtung (M.Abt. 33) hatte in diesem Jahr einen Wechsel in der Leitung der Abteilung. Senatsrat Dipl.-Ing. Krones trat aus Gesundheitsgründen in den Ruhestand und wurde durch Oberstadtbaurat Dipl.-Ing. Kurzweil ersetzt. Der Ablösungsvorgang hat sich völlig reibungslos vollzogen. Vizebürgermeister Dr. Drimmel dankte Senatsrat Krones für seine Arbeit (allgemeiner Beifall). Er verwies darauf, daß es 1947 23.000 Lampen gab, während es 1965 140.000 Lampen sind. Das be-

./.

deutet nicht nur eine sehr große quantitative Vermehrung; ebensogroß ist die qualitative Verbesserung im Beleuchtungswesen unserer Stadt. Dabei erscheint auch wesentlich, daß eine Verbilligung durch den Einsatz moderner Lampen eingetreten ist.'

Der jährliche Zuwachs im Verkehr wurde bisher durch den jährlichen Zuwachs der Lichtquellen sogar überkompensiert. Im Budget 1966 werden Sie das leider nicht mehr im gleichen Ausmaß finden. Durch die Restringierung der Kredite für den Straßenbau ergibt sich auch für die öffentliche Beleuchtung eine Verringerung.

Im Jahr 1966 ist die dritte Rate unseres Fünf-Jahres-Programmes fällig, das 1968 auslaufen wird. Im Anschluß daran werden einige wichtige Straßen eine neuerliche Verbesserung der Beleuchtung erhalten, von denen man bei Aufstellung des Planes noch annahm, daß sie ausreichend sei.

In der letzten Zeit wurde aus verständlichen Gründen Klage darüber geführt, daß Wien zu den "verdrahtesten" Städten Europas gehört. Es sind daher Bemühungen im Gange, eine Verbesserung zu erreichen, vor allem auf den Straßenzügen zwischen Ring und Gürtel und im Zusammenhang mit dem Umbau der Zweierlinie.

Aus dem Programm für das kommende Jahr erwähnt der Referent die neue Beleuchtung der West- und Südautobahn mit Natrium- und Quecksilberdampflampen, die neue Beleuchtung für den Matzleinsdorfer Platz, für den Getreidemarkt und die Lastenstraße und die Schnellstraßenbeleuchtung. Außerdem wird die Beleuchtung in einer großen Zahl von Hauptstraßen vom 1. Bezirk bis an die Peripherien verbessert. Rund um die vielen Gemeinde- und Privatbauten werden die Anlagen den neuen Gegebenheiten angepaßt. Besonders in Kagran, wo durch die Montagebauten viele neue Verkehrsflächen entstanden sind, werden auch neue Beleuchtungsinstallationen notwendig.

Bei der Behandlung der Agenden der Baupolizei stellt der Referent zwei Aufgaben in den Vordergrund: die Novellierung der Bauordnung und das Problem des Nachwuchses an Hoch- und Fachschulingenieuren. Die große Planung in einer in heftiger Bewegung befindlichen Baukonjunktur verlangt die gute Ausstattung unserer

./.

Behörden, insbesondere der Baupolizei, mit gutem Nachwuchs. Jede Pensionierung führt heute eine fast unfüllbare Lücke im Mitarbeiterstab herbei. Gerade bei den Ingenieuren tritt die Konkurrenz in- und ausländischer Reflektanten bei den Abgängen unserer Hochschule zutage. In vielen Sparten kann die öffentliche Hand nicht mehr mit genügender Zahl und da und dort auch nicht mehr mit erster Qualität des akademischen Nachwuchses rechnen, da junge Menschen von dem selbstverständlichen Vorrecht Gebrauch machen, zuerst dort in den Beruf einzutreten, wo ihnen in jeder Hinsicht die besseren Möglichkeiten geboten werden. Der in der Öffentlichkeit weit verbreiteten Version, die Beamtenlaufbahn sei ein Eldorado, muß entgegengetreten werden.

In der kommenden Zeit müssen ernsthafte Bemühungen unternommen werden, mit der Neuordnung der Bauordnung rascher weiterzukommen. Die gegenwärtige Bauordnung, die aus dem Jahre 1930 stammt, ist ein solides Handwerkzeug; aber in ihr kommt eine Baubewegung zum Ausdruck, die schon für das Jahr 1965 zum Teil nicht mehr den Notwendigkeiten entspricht. Da wir unsere Bautätigkeit an der Schwelle eines neuen Jahrtausends im Hinblick auf künftige Jahrzehnte ausüben müssen, ist es unbedingt notwendig, jetzt einen qualitativen Fortschritt zum Neuen zu machen. Gerade beim Neubau des Allgemeinen Krankenhauses trat dieser qualitative Unterschied von gestern und heute in Erscheinung, als die Baupolizei den Bau eines Gebäudes - des Operationsraumes - zu genehmigen hatte, bei dem sich abweichend von der aus der Steinzeit kommenden Erfahrung der Menschheit die Licht- und Luftquelle nicht außerhalb, sondern innerhalb des umbauten Raumes befindet.

Von 1945 bis 1965 wurden von der Baupolizei 2,2 Millionen Dienststücke bearbeitet. Diese Zahl zeigt nicht nur die Belastung der Dienststelle, sondern auch die ungeheure Entwicklung, die als Folge der Baukonjunktur unserer Stadt in den letzten 20 Jahren eingetreten ist. Die Zahlen zeigen auch, daß wir uns aus der Zeit und dem Aufgabenbereich entfernen, in denen Neubauten nach Totalkriegsschäden geradezu das Charakteristikum der Bautätigkeit gewesen sind. Die Zahl der

./.

Zu-, und Umbauten sowie der baulichen Herstellungen an bestehenden Baulichkeiten nimmt zu, besonders aber nimmt die Zahl der Abtragungsbewilligungen gewaltig zu. Das ist eine stille Assanierung unserer Stadt. Bei Abtragungsbewilligungen werden sehr genau die Umstände des Falles beachtet, wobei wir uns energisch dagegen wenden, daß die notwendige Erneuerung und Umgestaltung unserer Stadt mit reinen Profitvorgängen verwechselt wird. Bei den Bauaufträgen ergibt sich eine Zunahme um 14,6 Prozent, bei der Wohnungsbegutachtung eine Abnahme um 1,6 Prozent, und leider ist bei den Strafanträgen eine starke Zunahme um 24 Prozent wahrzunehmen. Hieher gehören auch Maßnahmen gegen das wilde Bauen. Für die Baupolizei handelt es sich dabei um eine sehr schwierige Aufgabe. Es geht nicht nur darum, mit exerziermäßiger Präzision baupolizeiliche Vorschriften im Einzelfall anzuwenden, es sind ebenso allgemeine sozialpolitische Grundsätze zu beachten. Die Bauüberwachung am Wochendende hat nicht zu einer Aktion Härte geführt; es wurden 41 Baueinstellungen verfügt und 70 Verwaltungsverfahren eingeleitet. Das beweist, daß hier nicht mit drakonischer Schärfe und linear vorgegangen wird, sondern unter tunlicher Berücksichtigung des individuellen Falles und der sozialen Bedürfnisse.

Die städtische Prüf- und Versuchanstalt ist in der früheren Waschküche des Bürgermeisters untergebracht! Wer diese Alchimistenküche besucht, könnte geneigt sein, die Sicherheit der Einwohner gefährdet zu wissen, würde er nicht gleichzeitig sehen, mit welcher Gründlichkeit, Sorgfalt und spontanen Ingenieurgesinnung hier erprobt, gearbeitet und improvisiert wird. Es geht gut österreichisch zu; die dort beschäftigten Ingenieure und Arbeiter stellen sich ihre Prüfeinrichtungen zum Großteil selbst her. Es stellt sich heraus, daß auch die öffentliche Hand sehr billig arbeiten kann - unter einer Voraussetzung: daß die Bediensteten wissen, sie verwalten öffentliches Gut im öffentlichen Interesse, und daß sie bemüht sind, den Mangel im Materiellen durch Verstand und Erfinungskraft wettzumachen. Umso erfreulicher aber ist es, daß bereits ein Beschluß für einen Neubau gefaßt worden ist.

./.

Der Leiter der Magistratsabteilung für technische Grundangelegenheiten, Senatsrat Dipl.-Ing. Robert Kainz, tritt in den Ruhestand. Diesem langjährigen verdienstvollen Beamten sei von dieser Stelle aus gedankt. (Allgemeiner Beifall.)

Die Tätigkeit der Stadtvermessung in der gegenwärtigen schicksalhaften Phase unserer Stadt kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Der durchschnittliche Arbeitsanfall hat sich gegenüber der Zeit von 1955 bis 1960 im Zeitraum von 1960 bis 1965 mehr als verdoppelt. Für die quantitativ und qualitativ vermerkten Aufgaben steht nicht mehr Personal zur Verfügung. All das sind Anlässe, über die Leistungsfähigkeit unseres Beamtenkorps zu sprechen und auch in der Öffentlichkeit aufzuzeigen, daß zwar der Typus des Beamten als Langsamgängers in Kabaretts eine lustige Erscheinung ist, daß dies aber mit den tatsächlichen Verhältnissen nicht übereinstimmt. (Beifall.)

Immer wieder muß auf die laufenden Berichtigungsarbeiten am alten Generalstadtplan hingewiesen werden. Man muß die äußerste Präzision und die vom Ablauf der Zeit unabhängige Nutzbarkeit dieses prachtvollen Werkes ebenso bewundern wie die minuziöse Arbeit, mit der unsere Ingenieure dieses gute alte Werk für die Ingenieurtätigkeit unserer Zeit adaptieren.

Im kommenden Jahr sieht die Stadtvermessung die Durchführung folgender Arbeiten vor: Weitere Verdichtung des Festpunktnetzes und Neuerrichtung von Höhenfestpunkten, besonders im Zusammenhang mit den städtebaulichen Projekten im Süden Wiens, Vermessungen für den Wasserleitungsstollen durch die Schneealpe, Durchführung eines Bildfluges für die weiteren Arbeiten an der Stadtkarte, Weiterarbeit an den Stadtkarten 1:5000 und 1:2000 und Ingenieurmessungen für die städtischen Großbauvorhaben.

Die städtische Friedhofsverwaltung wird das laufende Geschäftsjahr wieder ausgeglichen abschließen können, obwohl verschiedene wirtschaftliche Schwierigkeiten zu überwinden waren. Der Fehlbestand an Beerdigungspersonal beträgt rund zehn Prozent. In verstärktem Maß soll die Instandsetzung und Verbesserung der Wege in den Friedhöfen fortgesetzt werden.

./.

Seit der Neuordnung des Wiener Friedhofswesens vor einem halben Jahr kamen aus der Bevölkerung zahlreiche Klagen, die von der Sorge sprechen, daß manche Friedhöfe von einem Tag auf den anderen geschlossen werden könnten. Darum sei nocheinmal wiederholt, daß bis 1975 in den zum Auslaufen bestimmten Friedhöfen noch Beilegungen erfolgen können und bis 1985 noch eine Grabpflege möglich sein wird. Dann werden weitere Beschlüsse über die Verwendung der Flächen gefaßt. Sie könnten zu Parkanlagen oder zu Gedenkstätten nach dem Muster des St. Marxer-Friedhofes umgestaltet werden. Es ist unsere Absicht, den Friedhof der Zukunft von manchen makabren Charakterzügen und dem herkömmlichen Totenkult zu befreien. Es laufen darüber Verhandlungen mit den Gärtnern und den Steinmetzen. Wir wollen nichts reglementieren und keine Grabgestaltung vorschreiben. Aber es soll auch vermieden werden, durch ein einseitiges Angebot die Vielfalt der Möglichkeiten zu beschneiden.

Auch in der Stellung zur Feuerbestattung haben sich Änderungen ergeben. Wir dürfen die Motivveränderungen nicht übersehen, die hier eingetreten sind. Die Kremation ist heute nicht mehr Protest gegen die kirchliche Gläubigkeit, was zur Versachlichung des Problems beigetragen hat. Auch die Römisch Katholische Kirche gewährt neuerdings in bestimmten Fällen das kirchliche Begräbnis bei der Feuerbestattung. Die Friedhofsverwaltung kann diese Entwicklung weder forcieren noch hemmen, muß sie aber ruhigen Schrittes begleiten und Vorsorge für alle Möglichkeiten treffen.

In der Arbeit der Abteilung für Technische Verkehrsangelegenheiten spielt die Vorbereitung der Unterlagen für die Straßenverkehrskommissionen eine große Rolle, deren Tätigkeit zur Bändigung des Verkehrs außerordentlich wichtig ist. Die Motorisierungsprognose für 1980 rechnet mit 550.000 Kraftfahrzeugen in Wien. Das heißt, es wird ein Kraftfahrzeug auf drei Personen kommen, womit die Vollmotorisierung erreicht erscheint. Der Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel wird aber erst in zehn bis zwölf Jahren abgeschlossen sein. Das bedeutet, daß die kommenden Jahre die schwierigsten sein werden. Wir können nur die Straßenkapazität auf ein Maximum bringen, die Parkmöglichkeiten vermehren und die Verkehrsabwicklung möglichst flüssig gestalten.

./.

Dazu sind juristische Maßnahmen vorgesehen, ferner die Überprüfung der Höchstgeschwindigkeiten für ausgebaute Straßenzüge, eine Vermehrung von Einbahnstraßen, Ladezonen und Blauen Zonen, Neuerrichtung von Verkehrslichtsignalanlagen und der Versuchsanlage, die durch einen Computer gesteuert wird. 1966 sind für die Erhaltung bestehender Anlagen 5,5 Millionen und für Neuerrichtungen 21,5 Millionen vorgesehen.

Als eines der Probleme der Magistratsabteilung 70 (Rechtliche Verkehrsangelegenheiten) bezeichnet der Referent die Frage der Neuregelung der Taxikonzessionen und Taxigebühren. Derzeit ist man bemüht, durch einen Interessenausgleich zwischen Handelskammer und Arbeiterkammer im Einvernehmen mit der Bevölkerung zu einer guten Lösung zu kommen.

Die vereinnahmten Strafgelder wegen Verstößen im Straßenverkehr bezeichnet der Vizebürgermeister als Blutgeld im wahrsten Sinne des Wortes. Die Gefahren im Straßenverkehr können wir durch die Einhebung von Strafgeldern leider nicht aus der Welt schaffen, die Verkehrsübertretungen aber vielleicht etwas einschränken. Bei den Fahrprüfungen kommt es im Einvernehmen mit allen beteiligten interessierten Stellen langsam zu einer personellen und sachlichen Reform.

Die Magistratsabteilung 49, Stadtforstamt, hat wieder ihre Bemühungen zur Sicherung des Waldes, insbesondere im Wald- und Wiesengürtel fortgesetzt. Der Lehrpfad im Lainzer Tiergarten wurde fertiggestellt und der Tierbestand vergrößert. Unser Wildtierbestand hat auch in internationalen Fachkreisen des Auslandes Anerkennung gefunden. Leider ist gegenüber dem vergangenen Jahr im Lainzer Tiergarten ein Besucherrückgang um ein Prozent zu verzeichnen. Anscheinend suchen die Menschen den Weg zur Natur doch nicht dort, wo er am leichtesten zu finden ist.

Abschließend richtet Vizebürgermeister Dr. Drimmel Worte des Dankes an die Mitglieder des Ausschusses VII, in dem immer eine sachliche Zusammenarbeit und auch ein guter menschlicher Kontakt bestanden hat. Er dankt auch den Beamten des Stadtbauamtes, insbesondere dem Stadtbaudirektor, den Mitgliedern der Straßenverkehrskommission und vor allem auch Stadtrat Heller für die gute und sachliche Zusammenarbeit.

./.

Debatte über Ansätze der Geschäftsgruppe VII

GR. Jedletzberger (ÖVP) bezeichnet die Friedhöfe als Elemente der Landschaft, aus deren Struktur man die Geschichte einer Gemeinde ablesen kann. Leider sieht man heute oft die verschiedensten Arten der Ausgestaltung nebeneinander und manche Grabstätten sind von abstoßender Häßlichkeit.

Man dürfte aber bei der Umgestaltung der Friedhöfe nicht von einer Entrümpelung reden, sondern von einer pfleglichen Beseitigung eines trostlosen Eindruckes, der sich da und dort bietet. Man will damit nicht das Althergebrachte verdammen, sondern nur eine extreme Ausgestaltung verhindern und eine gewisse Auflockerung erreichen. Viele andere Länder beschreiten diesen Weg seit Jahrzehnten. Ein Friedhof moderner Prägung soll hell und freundlich sein und auf die Hinterbliebenen tröstend wirken. Er soll symbolisch die Liebe und Treue über das Grab hinaus zum Ausdruck bringen. Die Anlegung eines Friedhofes ist daher eine verantwortungsvolle Aufgabe, die zur Würde und Feierlichkeit verpflichtet. Gerade die WIG 64 hat in beispielhafter Weise neue gangbare Wege aufgezeigt. Wenn Architekten, Steinmetze, Bildhauer, Gärtner und Friedhofsverwaltung verständnisvoll zusammenwirken, wird eine moderne Friedhofsgestaltung sicherlich möglich sein. Zum Unterschied zur Jahrhundertwende steht man heute auf dem Standpunkt, daß die Anlage eines riesigen Friedhofes überholt ist, da die Zugangswege zu den einzelnen Gräbern zu weit sind vor den Friedhöfen ausreichend Parkmöglichkeiten fehlen und ähnliches mehr. Der Redner regt in diesem Zusammenhang an, im Zentralfriedhof einen internen Autobusverkehr zu organisieren. Als vorbildlich bezeichnet er die Ehrengräberanlage im Zentralfriedhof, die auch ausgezeichnet gepflegt ist.

Durch das Anwachsen der Großstädte besteht heute keine Möglichkeit mehr, im verbauten Stadtgebiet Friedhöfe zu errichten. Durch den Gemeinderatsbeschluß sollen 16 Friedhöfe ab 1975 nicht mehr belegt werden können. Eine endgültige Umwidmung dieser Friedhofsflächen wird jedoch erst 1995 erfolgen.

./.

Derartige Auflassungen hat es schon immer gegeben. So waren ehemals auf dem Gelände der Technischen Hochschule und auch des Waldmüllerparkes Friedhöfe. Während die 16 zu sperrenden Friedhöfe ein Flächenausmaß von insgesamt 29 Hektar haben, kommt bei den bestehenden Friedhöfen eine Erweiterung um 72 Hektar hinzu. Insgesamt stehen dann 475 Hektar für Friedhöfe zur Verfügung. Mit diesen Flächen und durch verschiedene Maßnahmen, wie Erhöhung des Belages von bisher drei auf vier Personen, Einstellung der Vergebung eines Grabes auf Friedhofsdauer und eine bessere Ausnützung der Flächen, wird man bis zur Jahrhundertwende das Auslangen finden können. In Wien werden 13 Prozent der Verstorbenen eingeäschert, in Graz und München hingegen je 25 Prozent.

GR. Lauscher (KLS) schließt sich dem Wunsch des Berichterstatters nach einer rascheren Neugestaltung der Bauordnung an. Die bestehende Bauordnung ist durch zahlreiche Novellen unübersichtlich und widerspruchsvoll geworden. Die Beratungen über die neue Bauordnung dauern schon jahrelang an. Zunächst müssen aber vor allem einige Grundsatzbeschlüsse erfolgen, um in erster Linie der "Ausschlachtung" der Grundstücke einen Riegel vorzuschieben. In verschiedenen ausländischen Staaten ist die Bebauungsdichte je Quadratmeter bereits im Bebauungsplan festgelegt. Die Novelle der Wiener Bauordnung vom Jahr 1956 hat zwar die zulässigen Höhen in den Bauklassen eins bis drei herabgesetzt, aber die Rechtswirksamkeit dieser Bestimmung wird immer wieder hinausgezogen.

Der Redner weist auf die Ausstellung über die Stadterneuerung in der Volkshalle des Rathauses hin und meint, daß der dort verwendete Begriff der Geschoßflächendichte auch im Gesetz verwendet werden sollte. Wenn in der Praxis nach den Grundsätzen vorgegangen würde, die in dieser Ausstellung aufgezeigt werden, dann könnten wir beruhigt sein. In Wirklichkeit aber wird der Fortschritt vor allem durch private Interessen stark gehemmt.

Der Redner kritisiert sodann die, wie er es nennt, Doppelgleisigkeit in der Baugesetzgebung. Die Bauordnung faßt nämlich zwei Gebiete zusammen, die nicht zusammengehören: der erste Teil

./.

regelt die Bautätigkeit, der zweite enthält die technischen Bestimmungen über die Erhaltung des Hausbesitzes. Der zweite Teil ist außerdem mit der Mietengesetzgebung eng verknüpft. Folgen dieser Doppelgleisigkeit sind die Abbrüche von Häusern, die oft entgegen den Willen der Behörde zustande kommen. Die Behörde kann in den Gerichtsverfahren nicht durchdringen. Es ist außerordentlich ungünstig, daß allein vier Magistratsabteilungen an der Vollstreckung eines Bauauftrages beteiligt sind. Es wäre an der Zeit, ein einfacheres Behördenverfahren zu entwickeln. Den Hausbesitzern stehen viele rechtliche Möglichkeiten offen, die Mieter aber haben in den behördlichen Verfahren keine Rechte. Es wäre außerdem recht und billig, daß auch die Grundeigentümer zu den von der Öffentlichkeit zu tragenden Räumungskosten Beiträge leisten, umso mehr, als die Räumungen zu beträchtlichen Werterhöhungen der Liegenschaften führen.

Abschließend stellt der Redner den Antrag, an der Kreuzung Augartenbrücke-Obere Donaustraße-Untere Augartenstraße eine Verkehrslichtsignalanlage zu errichten.

Die KLS-Fraktion gibt den Ansätzen dieser Geschäftsgruppe nicht ihre Zustimmung.

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) beschäftigt sich mit Fragen der Verkehrsregelung. Er kritisiert, daß die sogenannte Verampelung auch im nächsten Jahr fortgesetzt werden soll. Manchmal könnte nämlich durch weniger Ampeln mehr für die Flüssigkeit des Verkehrs getan werden. Durch die zu große Zahl von Lichtsignalanlagen wird die Verkehrssituation oft noch verschärft, vor allem an Kreuzungen mit sogenannter Einzelregelung. Ein Beispiel dafür ist die neue Ampelanlage vor dem Burgtheater.

Aber auch bei den vollautomatischen Ampelanlagen, denen wegen des Personalmangels bei der Polizei wohl die Zukunft gehört, könnte durch eine bessere Phaseneinstellung viel gewonnen werden. Als Beispiele dafür nennt der Redner die Kreuzungen Billrothstraße-Krottenbachstraße (Grünphase für die Billrothstraße ist zu kurz) und Johannesgasse-Kärntner Straße (Grünphase für die Johannesgasse ist zu kurz).

./.

Ferner könnte man zweifellos auch durch eine bessere Abstimmung mehrerer vollautomatischer Ampelanlagen Erfolge erzielen. Die "Grüne Welle" funktioniert in Wien da und dort zwar einigermaßen gut, sie müßte jedoch noch wesentlich verbessert werden.

GR. Dr. Schmidt spricht sich sodann gegen eine zu hohe Zahl von Verkehrsschildern aus und meint, wenn schon die Aufstellung neuer Verkehrsschilder für notwendig erachtet wird, dann sollten diese Schilder vor allem der Flüssigkeit des Verkehrs dienen. Das geschieht in der Praxis aber oft nicht. Die geplante Vermehrung der Linksabbiegeverbote begrüßt der Redner, weil sie der Flüssigkeit des Verkehrs zugute kommen.

Die Vorrangregelung sollte dahingehend geändert werden, daß man jenen Kraftfahrern, die Vorrang an einer Kreuzung haben, dies durch ein Schild auch anzeigen sollte. Ferner müßte die Schaffung von Einbahnen viel schneller und umfangreicher durchgeführt werden.

Zum Schienenparkverbot erklärt der Redner, daß er es anfangs zwar auch begrüßt habe, es inzwischen aber problematisch geworden sei. Durch die Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes, daß bis zu zehn Minuten Halten erlaubt sei, wurde das Schienenparkverbot durchlöchert. Trotz dieses Verbots sind die Schienenstraßen nach wie vor verstopft. Hier müßte dringend eine neue Regelung gefunden werden. Vielleicht kommt es doch einmal zu einer Sichtung des Schilderwaldes, und vielleicht zeigt sich dann, daß es Verkehrsschilder gibt, die nicht unbedingt nötig sind.

Die Überwachung des Straßenverkehrs und der Verkehrsdisziplin wird sehr ungleichmäßig gehandhabt. Man gewinnt den Eindruck, daß sich die Organe der Straßenaufsicht vornehmlich mit den Unkorrektheiten im Straßenverkehr befassen. Dieser Eindruck verstärkt sich, wenn man hört, daß sich der Polizeipräsident Sorge macht, wenn seine Sicherheitsorgane einmal weniger Organmandate einbringen. Diese Anzeigen betreffen doch zum Großteil Parksünder, weil die Ahndung ernsterer Verkehrsdelikte viel schwieriger ist. Es müßten aber die wirklich gefährlichen Verkehrsteilnehmer, die Rowdies, zur Rechenschaft gezogen und exemplarisch bestraft werden. Die angespannte Verkehrssituation könnte durch zahlreiche aufeinander abgestimmte Maßnahmen der Verkehrsregelung noch immer wesentlich erleichtert werden.

./.

Es ist zu bedauern, daß das noch nicht geschehen ist. Die FPÖ-Fraktion wird den Ansätzen dieser Geschäftsgruppe nicht zustimmen.

GR. Neusser (ÖVP) beleuchtet die derzeitige Verkehrssituation an Hand einiger Zahlen. Zur Zeit sind in Wien rund 293.000 Kraftfahrzeuge zugelassen. Aneinandergereiht ergäbe das eine Länge von 1.172 Kilometern, das entspricht der Entfernung Wien - Rom. An Parkplatz benötigen sie rund 730 Hektar, das entspricht den Bezirken 6 bis 9. Das zeigt, daß in Wien dringend etwas geschehen muß. Der Ausbau der Autobahn, die Wientalbegleitstraßen gehören dazu. Im Budget sind für Straßen- und Brückenbauten 324 Millionen Schilling eingesetzt. Aber der Ausbau dieser aufnahmefähigen und kreuzungsarmen Straßen wird noch viele Jahre in Anspruch nehmen und wohl nie zu Ende kommen, weil sich immer wieder ein neuer Bedarf ergeben wird. Es muß also etwas geschehen, das uns über die momentane Lage hinweghilft.

Vordringlich erscheint der Ausbau von Straßen erster Ordnung, also von Vorrangstraßen. Sie müssen als solche gekennzeichnet sein und an allen wichtigen Kreuzungen Lichtampeln erhalten. Die Bodenmarkierungen müssen in Ordnung gehalten werden und bei entsprechender Breite solcher Straßen müssen auch die einzelnen Fahrspuren angezeigt werden, da sonst wertvolle Verkehrsfläche verlorengeht. Zweckmäßig wäre es auch, bei einigen Vorrangstraßen die Geschwindigkeit zu erhöhen. Würde man dort zum Beispiel 70 Stundenkilometer Geschwindigkeit erlauben, dann würde diese Geschwindigkeit in der Regel auch eingehalten und nicht wie jetzt mit 80 bis 100 Kilometer dahingerast werden.

Ein besonderes Problem bilden die Fußgängerübergänge bei Vorrangstraßen. Vom Gesetzgeber wurden einwandfreie Grundlagen geschaffen, trotzdem kommt es immerwieder zu Verkehrsunfällen auf solchen Übergängen, sehr oft auch mit tödlichem Ausgang. Hier darf uns keine Ausgabe zu hoch und keine Maßnahme zu kostspielig sein, wenn wir auch nur ein Menschenleben dadurch retten können. Die Fußgängerübergänge auf Vorrangstraßen müssen mit Lichtampeln versehen werden, das gelbe Blinklicht allein nützt nicht.

./.

Auf stark frequentierten Fußgängerübergängen sollten für Fußgänger Richtungspfeile aufgemalt werden, um den Fußgängerstrom aneinander vorbeizulenken. Weiter sollte beachtet werden, daß vielfach die Grün-Phase für alte Leute zu kurz ist. Besonderer Dank gebührt jenen 109 Personen, die sich als Schulwegpolizei zur Verfügung gestellt haben (Beifall). Darüber hinaus sollte ein Schülerlotsendienst eingeführt werden, der die Kinder sichern würde, gleichzeitig aber auch eine nicht zu unterschätzende pädagogische Wirkung hätte.

Zur Lösung des Problems des ruhenden Verkehrs wäre zu überlegen, ob die nicht allgemein zugänglichen Abstellplätze in gewissen Zeiten auch mit anderen Wagen als den ursprünglich vorgesehenen besetzt werden könnten. Sehr zu begrüßen ist die Untersuchung, inwieweit Gehsteige zum Abstellen von Fahrzeugen geeignet sind. Bisher ist es den Polizisten anheimgestellt, ob sie einen Kraftfahrer, der sein Fahrzeug auf einem Gehsteig abstellt, bestrafen oder nicht. Diese Situation würde durch das erlaubte Parken auf gewissen Gehsteigen bereinigt werden. Sehr gut bewährt haben sich die Blauen Zonen, sie sollten aber auch Bodenmarkierungen erhalten. Es muß auch der Bau von Parkgaragen forciert werden, etwa durch Bereitstellung besonders billiger und langfristiger Kredite und die Erlassung gewisser Nebenkosten wie etwa der Kanaleinmündungsgebühr. So wichtig es ist, Vorrangstraßen zu beschildern, sollten die Schilder doch überall dort weggeräumt werden, wo sie nicht unbedingt nötig sind. Es ist auch zu begrüßen, wenn sich die Zeitungen mit diesen Problemen beschäftigen. Wenn aber Herr Christmann schrieb, die Wiener Verkehrsfehlplaner waren wieder einmal am Werk, und die geschilderte Situation dann anders ist, dann hat er sich entweder undeutlich ausgedrückt oder krasseste Demagogie betrieben. Hervorzuheben ist die gute Zusammenarbeit mit den beiden großen Kraftfahrervereinigungen ARBÖ und ÖAMTC. Wichtig ist nach wie vor die Mitarbeit der Bevölkerung, damit wir rasch zu einigermaßen geordneten Verkehrsverhältnissen kommen.

GR. Ing. Lust (ÖVP) urgierte in seinem Debattenbeitrag die Bauordnungsnovelle, die auch der Referent verlangt hatte. Die derzeitige Bauordnung entspricht nicht den neuzeitlichen Erfordernissen. Es fehlen Bestimmungen über die Kommassierung,

./.

der Fachbeirat entspricht in seiner derzeitigen Zusammensetzung und seinen Kompetenzen nicht seinem weitgesteckten Aufgabenbereich, es fehlen zeitgemäße Bestimmungen über den Denkmalschutz, die Mindestgröße von Eigenheimparzellen, die Mindestseitenabstände und anderes. Wünschenswert wären auch eine Verringerung der Bauhöhen von Hintergebäuden und neue Bestimmungen über das Lichtprisma. Auch die Vorschriften für Schall- und Wärmeschutz müssen den neuzeitlichen Erfordernissen angepaßt werden. Ferner gibt es keine detaillierten Bestimmungen über den Bau von Hochhäusern. Unklar sind die Vorschriften für Wohnbauten in Parkschutzgebieten. Die Bestimmungen für Siedlungshäuser lassen die neuen baulichen Möglichkeiten unberücksichtigt. Auch fehlen zeitgemäße Vorschriften für Strahlenschutzräume, wie sie in Vorarlberg, in Schweden und der Schweiz bereits bestehen.

Novellierungsbedürftig sind ferner das Garagengesetz 1947 und das Kanaleinmündungsgesetz.

Der Personalmangel bringt es mit sich, daß bei Bauverhandlungen die Kommissionsleiter oft selbst das Protokoll schreiben müssen. Der Redner appellierte an den Personalstadtrat, für die Beistellung von Schreibkräften zu sorgen.

GR. Peska (SPÖ) bezeichnete die Leistungen der öffentlichen Beleuchtung, namentlich die Anstrahlungen bedeutender Bauwerke, als eine beachtliche Leistung. Er bemängelte jedoch, daß einige Hauptverkehrsstraßen noch immer ohne entsprechende Beleuchtung sind und nannte in diesem Zusammenhang die Praterstraße, die Simmeringer Hauptstraße, den Rennweg und den Handelskai.

Der Redner forderte ferner ein Kranführer-Ausbildungsgesetz, das allerdings nur auf Bundesebene erlassen werden kann. Es mehren sich nämlich die Unfälle durch unsachgemäße Bedienung von Kränen, weil die Firmen jede beliebige Hilfskraft als Kranführer aufnehmen können. Bis zur Erlassung eines diesbezüglichen Gesetzes müsse den Firmen empfohlen werden, nur entsprechend ausgebildete Kranführer zu verwenden. Zwei Wiener Institute führen einschlägige Kurse durch. Die Stadt Wien wird in ihren Verträgen mit den Baufirmen die Bedingung stellen, daß nur ausgebildete Kranführer verwendet werden dürfen.

./.

Sehr erfreulich ist die Aufforstung am Lacker Berg, wo in einigen Jahren bereits ein stattlicher Wald stehen wird.

Ebenfalls begrüßenswert ist, daß die städtische Prüf- und Versuchsanstalt aus ihren derzeitigen Kellerräumen endlich in einen Neubau in Simmering übersiedeln kann, für den 1966 eine erste Baurate von 500.000 Schilling vorgesehen ist.

Eine sehr schwierige Aufgabe hat die Magistratsabteilung für technische Verkehrsangelegenheiten. Der "Schilderwald" ist nicht Schuld der Beamten, sondern beruht auf gesetzlichen Verpflichtungen. Bei einem Unfall kann die Behörde belangt werden, wenn die entsprechenden Verkehrsschilder nicht vorhanden waren.

Es muß alles getan werden, um neue Parkmöglichkeiten zu schaffen; dort wo es möglich ist, auch durch Heranziehung der Gehsteige. Jedoch muß unbedingt in erster Linie auf den Fußgänger Bedacht genommen werden, dem mindestens 1,50 Meter Gehsteigbreite verbleiben muß.

Der Bau von Parkgaragen ist Sache der Privatinitiative. Es kann keinen "sozialen Garagenbau" geben, solange noch so viele Wohnungen fehlen.

Zukunftsträchtig ist die Verwendung eines Computers für die Verkehrsregelung. Der erste derartige Versuch, der schon im Frühjahr 1966 aufgenommen wird, wird die 19 Kreuzungsstellen beim Schottentor, Ringturm, Burgtheater und der Freyung umfassen. Der Computer paßt die Signale automatisch dem Verkehrsaufkommen an.

Die Landesprüfstelle für das Kraftfahrwesen in der Siebenbrunnenfeldgasse entspricht in ihren Räumlichkeiten und in der technischen Einrichtung nicht mehr den heutigen Anforderungen. Er ersucht daher Vizebürgermeister Dr. Drimmel, sein Augenmerk besonders dieser so wichtigen Dienststelle zuzuwenden.

Zur Schulwegpolizei: Der Wiener Landtag hat sich zu Beginn dieses Jahres mit der Einführung einer sogenannten Schulwegpolizei befaßt und die gesetzlichen Voraussetzungen dafür beschlossen. Diese Einrichtung soll nicht nur eine Entlastung der Polizei mitsichbringen, sondern sie soll vor allem dem Schutz unserer Kinder dienen.

./.

Wie notwendig dieser Schutz ist, kann man am besten aus Zahlen erkennen. So gab es innerhalb der letzten vier Jahre in Wien 314 verletzte Schulkinder, die auf dem Schulweg einen Unfall erlitten haben. Davon waren zwei Todesfälle zu beklagen. 72 Prozent dieser Unfälle betrafen Kinder zwischen dem 6. und dem 10. Lebensjahr.

Fünfzehn Schulen haben bereits Schulwegpolizisten, die diesen ehrenamtlichen Dienst mit großem Idealismus und mit viel Liebe versehen. Viele sind noch in Ausbildung. Die Ausbildung erfolgt durch Beamte der Bundespolizeidirektion, von denen sie auch in den Aufsichtsdienst eingeführt werden. Der Redner dankt allen, die diesen Dienst bereits versehen und richtet gleichzeitig an die Bevölkerung den Aufruf, sich für die Schulwegpolizei zu melden, um die Kinder vor den Gefahren der Straße zu schützen.

Bei den Friedhöfen könne man einen großen Strukturwandel verzeichnen, der der Entwicklung unserer Zeit Rechnung trägt. In einem großangelegten Konzept wurde das Fundament für die Zukunft der Wiener Friedhöfe festgelegt. Wie schon gesagt wurde, wird auf 16 Wiener Friedhöfen ab 1. Jänner 1966 die Belegung eingestellt. Diese Friedhöfe werden aber dann noch mindestens zwanzig Jahre und länger bestehen bleiben. Außerdem sind alle Vorkehrungen zur Bereitstellung von weiteren Bestattungsflächen getroffen worden.

Die Gebührenregelung brachte eine Gleichstellung der Gebühren für die Feuer- und Erdbestattung.
Seit 1937 sind die Friedhofsgebühren nur rund um das Viereinhalbfache erhöht worden.

Auch für neue Baulichkeiten in diversen Friedhöfen sind bedeutende Mittel veranschlagt. So geht der Bau einer zweiten Feuerhalle seiner Vollendung entgegen. Sie entsteht im Stammersdorfer Friedhof und wird zur Entlastung der Feuerhalle im Zentralfriedhof beitragen.

Als erfreulich bezeichnet es der Redner, daß die Kirche der Feuerbestattung sehr aufgeschlossen gegenüber steht und daß auch Dr. Drimmel dieser unvermeidlichen Entwicklung Rechnung trägt.

./.

Die gute Zusammenarbeit im Gemeinderatsausschuß VII und die Erhöhung der Budgetansätze wird auch im kommenden Jahr die Lösung vieler Probleme ermöglichen. Die SPÖ-Fraktion werde den Ansätzen die Zustimmung erteilen.

Vizebürgermeister Dr. Drimmel dankt in seinem Schlußwort den Diskussionsrednern für ihre sachlichen Beiträge.

Zur Beleuchtung: Es wurde mit Recht darauf hingewiesen, daß einige große Verkehrsflächen unserer Stadt nicht ausreichend beleuchtet sind. Unter anderem wurde auch die Praterstraße genannt, die vor einigen Jahren neu beleuchtet wurde, in ihrer Ausleuchtung aber den heutigen Erfordernissen tatsächlich nicht mehr entspricht. Es muß daher unsere Aufgabe sein, auch das, was vor fünf Jahren noch gut war, nun auf die Höhe der Zeit heranzuführen.

Kritik wurde auch an der Baupolizei geübt und gesagt, man bräuchte dort Humanismus und eine kulturell einwandfreie Baugesinnung. Der Vizebürgermeister stellt fest, daß die Beamten beide Voraussetzungen mit sich bringen. Als bester Beweis dafür dient, daß die Zusammenarbeit unserer Baupolizei mit dem Bundesdenkmalamt ausgezeichnet ist. Durch diese gute Zusammenarbeit und ein gemeinsames Denken und Planen, werden wir auch die notwendigen unvermeidlichen Veränderungen im Antlitz unserer Stadt vornehmen können. Denn mit allem Respekt vor der einzigartigen Kulturlandschaft Österreichs und Wiens müssen wir als die in dieser Zeit lebenden Menschen für uns das in Anspruch nehmen, was unsere Vorväter immer wieder entschlossen getan haben, nämlich für das Leben in der Gegenwart, die für die Gegenwartsverhältnisse notwendige Umgebung zu schaffen. Es gibt aus der Geschichte unendlich viele Beispiele, die alle in einem Satz münden: Das Auf und Ab in der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortentwicklung muß den demonstrativen Ausdruck in der Architektur dieser Zeit finden. In einer Gegenwartsarchitektur, die den aktuellen sozialen und wirtschaftlichen Ansprüchen entspricht.

Es wurde auch auf Aktenrückstände bei der Baupolizei hingewiesen. Bei einem Aktenanfall von mehr als zwei Millionen, den die Baupolizei zu erledigen hatte, gab es tatsächlich einen

./.

Rückstand von 70.000, der inzwischen jedoch auf 500 gesunken ist. Allen damit beschäftigten Beamten sei für diese gute Arbeit herzlichst gedankt. Im einzelnen geht der Referent dann noch auf folgende Themen ein, die in der Debatte angeschnitten wurden.

Baupolizei: Er sehe die Aufgabe der Baupolizei vor allem sanierend. Wien wird ja nicht nur jenseits der Donau wachsen, sondern auch in den Gebieten der Gründerzeit wird es neu entstehen. Aber bevor gebaut werden kann, müssen wir hier zertrümmern.

Dank an alle Debattenredner, die die Notwendigkeit der neuen Bauordnung unterstrichen haben.

"Verampeln, Verschildern, Verdrahten: Hier gehe es so wie zu seiner Zeit als Unterrichtsminister mit den Lehrplänen. Alle sind sich darüber einig, daß gesichtet werden soll, aber in ihrem speziellen Fach dürfe nichts geschehen. Alle sind sich darüber einig, daß die Ampeln und Verkehrsschilder nicht schön und verwirrend seien. Aber jeder stellt gleichzeitig fest: Bei uns brauchen wir noch diese Signalanlage. Hier ein System hereinzubringen, sei unmöglich. Nur eine individuelle Prüfung kann zu einem Ergebnis führen. Es ist durchaus möglich, daß an einer Stelle eine Ampel entschärft werden kann, dafür aber an einer anderen Stelle neue Maßnahmen notwendig werden. Es gibt aber auch Signalanlagen, die können nur mit der Hand geschaltet werden, wie es Anlagen gibt, die sich für den händischen Betrieb nicht eignen.

Grüne Welle: Wir versuchen, diese Probleme mit der mathematischen Wissenschaft zu ordnen. Es scheint aber auch in der Technik den Grundsatz zu geben 'Probieren geht über Studieren'. Wir haben in der praktischen Erfahrung viel gelernt. Wenn man allerdings meint, daß die Grüne Welle in Manhattan besser funktioniert, so darf man nicht vergessen, daß dort überall gleiche Kreuzungsabstände sind, die eine Grüne Welle leicht machen. In unserer Stadt mit den verschiedenen Fahrbahnbreiten und verschiedenen Kreuzungsabständen ist das viel schwerer. Dafür ist aber auch Wien schöner als Manhattan. (Heiterkeit.)

./.

Schienenparkverbot: Hier zeigt sich, daß vieles, was vor drei bis vier Jahren positiv schien, heute überholt ist. Wir nehmen aber keine dogmatischen Standpunkt in dieser Frage ein.

Rechtliche Verkehrsangelegenheiten: Die Mopedfahrer sind nicht nur ein soziales, sondern auch ein pädagogisches Problem ersten Ranges. Wer die Mentalität der Mopedfahrer nicht versteht, versteht auch die heutige Zeit nicht (Heiterkeit). Durch ein Lenkverbot, das verhängt werden kann, werden aber auch die härtesten Mopedfahrer für einige Zeit wieder sittsam.

Friedhöfe: Die Mechanisierung in Friedhöfen bedeutet Lärm und Unruhe. Wir haben uns deshalb mit Recht bis jetzt dagegen gestellt. Wir werden aber wahrscheinlich für die Tageszeit, in der keine Begräbnisse stattfinden, erlauben, daß landwirtschaftliche Maschinen eingesetzt werden, um den Gärtnern die Arbeit zu erleichtern.

Abschließend ersuchte Vizebürgermeister Dr. Drimmel, den Ansätzen seiner Geschäftsgruppe zuzustimmen. Er betonte, daß in seiner Gruppe nicht nur eine geordnete Nachbarschaft, sondern auch eine gute Zusammenarbeit herrsche, was ihn mit Befriedigung erfülle (Beifall bei SPÖ und ÖVP).

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des VII. Hauptstückes mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen. Der Antrag der KLS (Errichtung einer Ampelanlage) wird einstimmig dem zuständigen Ausschuß zugewiesen.

Der Vorsitzende, GR. Dr. Bauermann (SPÖ) unterbricht hierauf die Sitzung. Die Beratungen werden morgen Freitag, den 17. Dezember, um 9 Uhr, mit der Behandlung der Geschäftsgruppe VIII, Öffentliche Einrichtungen, fortgesetzt. Referent ist Stadtrat Hubert Pfoch (SPÖ).

(Ende des Sitzungsberichtes)

\- - -

Wiens Bewerbung um die Olympischen Sommerspiele 1972

Einstimmiger Beschluß des Wiener Gemeinderates an Bundeskanzler übermittelt

16. Dezember (RK) Bürgermeister Bruno Marek richtete heute an Bundeskanzler Dr. Josef Klaus und an Vizekanzler Dr. Bruno Pittermann zwei gleichlautende Schreiben in denen es unter anderem heißt:

"Der Wiener Gemeinderat hat in seiner Sitzung vom 15. Dezember 1965 nach Anfrage und Berichterstattung über den Stand der Verhandlungen wegen der Bewerbung Wiens zu den Olympischen Sommerspielen 1972 über Antrag von Herrn Stadtrat Hans Mandl folgenden einstimmigen Beschluß gefaßt:

Zur Unterstützung der Bestrebungen der Stadt Wien um Zuerkennung der Durchführung der Olympischen Sommerspiele 1972 tritt der Wiener Gemeinderat dem Inhalt des Schreibens des Herrn Bürgermeisters an den Herrn Bundeskanzler vom 14. Dezember 1963 bei.

Dieser Beschluß wurde mit den Stimmen aller im Wiener Gemeinderat vertretenen politischen Parteien gefaßt.

Es gereicht mir zur Ehre, Sie, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, hievon zu benachrichtigen."

\- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

16. Dezember (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Inländischer Chinakohl 3.50 bis 5 S je Kilo, inländische Karotten 3 bis 7 S je Kilo, inländisches Weißkraut 2.50 bis 5 S je Kilo.

Obst: Bananen sind bereits ab 4.50 S erhältlich und kosten bis 10 S je Kilo, Orangen sind bereits ab 4.50 S je Kilo erhältlich und kosten bis 10 S je Kilo.

\- - -

Stipendien aus dem Dr. Adolf Schärf-Fonds

Zentralsparkasse der Gemeinde Wien als Wissenschafts-Mäzen

16. Dezember (RK) Bei der heute stattgefundenen sechsten Stipendien-Verleihung aus dem Dr. Adolf Schärf-Fonds zur Förderung der Wissenschaften wurden acht Wissenschaftler und 14 Studenten ausgezeichnet. Damit hat der von der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien aus Anlaß des 70. Geburtstages des verewigten Bundespräsidenten Dr. Adolf Schärf gegründete Fonds seit seinem Bestehen zwölf Wissenschaftler und 123 Stipendiaten mit Förderungsbeiträgen in einer Gesamtsumme von 710.300 Schilling ausgezeichnet. Bei der heutigen Verleihung, die in Anwesenheit von Bundespräsident Franz Jonas und zahlreicher prominenter Persönlichkeiten des öffentlichen und kulturellen Lebens stattfand, führte Generaldirektor Dr. Neubauer in seiner Begrüßungsansprache aus:

"Der Zeitpunkt der Verleihung fällt gegen das Ende eines für Österreich bemerkenswerten Jubiläumsjahres. Unter den Anlässen, die der Öffentlichkeit in zahlreichen und würdigen Feiern wieder in Erinnerung gebracht wurden, waren auch die Jubiläen der Universität Wien und der Technischen Hochschule Wien. Gerade diese Festlichkeiten führten eine lebhafte Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit über Forschung und wissenschaftliches Leben in unserem Lande herbei, sie brachten grundsätzliche Überlegungen und einige schüchterne Ansätze zur Besserung. Von verschiedenen Körperschaften wurden großzügige Geburtstagsgaben dargebracht und neue Bewegung in beinahe erstarrte Standpunkte gebracht. Staatliche und kommunale, gemeinwirtschaftliche und industrielle Stipendienwerke bemühen sich um die notwendige Studienförderung, wobei das Interesse an dieser Förderung von einem humanistisch-caritativen allmählich zu einem existentiellen unabdingbaren wurde. Neben dem Ausbau der Hochschulinstitute ist die Errichtung von freien Forschungseinrichtungen getreten, die wie das Institut für höhere Studien oder die Ludwig Boltzmann-Gesellschaft dem gemeinsamen Ziel des Erfolges der österreichischen Wissenschaft dienen.

./.

Wir müssen uns darüber klar sein, daß alle diese Maßnahmen nicht Geschenke darstellen können, nicht Wohltätigkeit sein sollen, sondern eine Notwendigkeit sind, von der die Gestaltung unseres zukünftigen Lebens abhängt.

Der Gefühlswelt des Künstlers steht die Vernunft- und Verstandeswelt des forschenden Gelehrten und Studierenden gegenüber. Kunstwerk und Forschungsergebnis werden uns dargeboten und in die Hand des Menschen ist es gelegt, sie zu nutzen und zu verwenden. Schönheit, Spiegelbild unserer Zeit und unserer Empfindung gibt uns das schöpferische Werk des Künstlers; Sicherheit, Lebenserleichterung, und oft auch drohende Angst bringen uns die Schöpfungen der Wissenschaft. Eine gewaltige Aufgabe liegt damit zur Bewältigung vor uns.

Der von der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien geschaffene 'Dr. Adolf Schärf-Fonds zur Förderung der Wissenschaften' bemüht sich, dabei nach besten Kräften mitzuhelfen.

Die Stiftung des Dr. Adolf Schärf-Fonds zur Förderung der Wissenschaften gibt der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien auch heuer wieder die Möglichkeit, eine Reihe hervorragender Wissenschaftler und Studenten mit den dringend benötigten Mitteln zu versorgen und damit ihre Forschungsarbeit oder ihr Studium sicherzustellen. Der Dr. Adolf Schärf-Fonds zur Förderung der Wissenschaften hat es sich zur Aufgabe gestellt, wissenschaftliches Fachstudium der Mittelschulen, den 2. Bildungsweg und die allgemeine wissenschaftliche Forschung zu fördern. Er wird bemüht sein, auch in Zukunft dieser Aufgabe gerecht zu werden."

Die ausgezeichneten Wissenschaftler und Stipendiaten wurden von Magistratsrat Dr. Foltinek vom Kulturamt der Stadt Wien vorgestellt. Für die künstlerische Umrahmung der Veranstaltungsfreier sorgte das Europäische Streichquartett unter Leitung von Fritz Händschke.

\- - -

Erinnerungen an das Schicksalsjahr 1945

16. Dezember (RK) Heute vormittag empfing Bürgermeister Bruno Marek Gendarmerieoberst i. R. Dr. Ferdinand Käs und nahm aus dessen Hand eine Broschüre entgegen, die Dr. Käs verfaßt hat. Es handelt sich dabei um eine Publikation im Rahmen der Schriftenreihe des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes "Monographien zur Zeitgeschichte", die den Titel trägt: "Wien im Schicksalsjahr 1945". Die Broschüre ist im Europa-Verlag kürzlich erschienen.

Bürgermeister Bruno Marek dankte Dr. Käs für die interessante Publikation, die einen wertvollen Beitrag zur Zeitgeschichte darstellt.

\- - -

Zwei neue Wohnhausanlagen mit 82 Wohnungen

16. Dezember (RK) Der Bauausschuß des Wiener Gemeinderates genehmigte heute auf Antrag von Stadtrat Heller die Entwürfe und die Sachkredite für die Errichtung zweier neuer Wohnhausanlagen mit insgesamt 82 Wohnungen. Dabei handelt es sich um ein Wohnhausprojekt im 17. Bezirk, Nattergasse-Weißgasse, mit drei Häusern, die 58 Wohnungen und ein Geschäftslokal enthalten werden. Für 14 Pkw werden Einstellplätze gebaut. Die Kosten für dieses Projekt betragen 11.270.000 Schilling, als Baurate für 1965 sind 100.000 Schilling bereitgestellt. Der zweite Wohnhausneubau wird im 19. Bezirk, Görgengasse, errichtet. Hier sollen drei Häuser mit 24 Wohnungen und einer Werkstatt sowie acht Pkw-Einstellplätzen entstehen. Die Kosten betragen 5,480.000 Schilling, die Baurate für 1965 beläuft sich auf 150.000 Schilling.. Beide Anträge werden noch dem Stadtsenat und dem Gemeinderat zur endgültigen Beschlußfassung vorgelegt werden.

\- - -

Rindernachmarkt vom 16. Dezember

16. Dezember (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 0. Neuzufuhren Inland: 17 Stiere, 9 Kühe, 13 Kalbinnen, Summe 39. Gesamtauftrieb dasselbe. Verkauft wurde alles.

Marktverkehr ruhig. Hauptmarktpreise.

\- - -

Schweinenachmarkt vom 16. Dezember

16. Dezember (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 0. Neuzufuhren Inland: 213, Polen 33 zu 13.50 S, Bulgarien 50 zu 13 S, Gesamtauftrieb: 296, verkauft wurde alles. Industrieware: Jugoslawien 40, Auslandsschlachthof: Inland 55, Ungarn 210, Industrieware: Polen 27.

Marktverkehr ruhig, Hauptmarktpreise.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Jahrbuch der Stadt Wien 1964 erschienen

Interessante Fundgrube auch für "Zahlenleser"

17. Dezember (RK) Das anfangs Dezember erschienene "Jahrbuch der Stadt Wien 1964" ist wieder in zwei Teile gegliedert: Der erste Teil, "Die Verwaltung der Stadt Wien im Jahre 1964", umfaßt 232 Seiten, der zweite Teil, "Statistisches Jahrbuch der Stadt Wien für das Jahr 1964" benannt, 336 Seiten. Beide Teile verbindet ein diesmal besonders reichhaltiger Bilderteil, der die Arbeit der Stadtverwaltung anschaulich kommentiert.

Dem ersten Teil des Jahrbuches, dem Verwaltungsbericht, ist außer dem Inhaltsverzeichnis eine Zusammenstellung der im Verwaltungsbericht erwähnten Gesetze und Verordnungen vorangestellt, die der besseren Übersicht halber nach Sachgebieten gegliedert ist. Das den Bericht einleitende Vorwort behandelt "Wiens Entwicklung zur Gartenstadt" und wurde mit Rücksicht auf das allgemein sehr beachtete Ereignis des Jahres, die "Wiener Internationale Gartenschau (WIG) 64", gewählt; es stellt einen interessanten Abriß eines Teiles der Stadtgeschichte dar, beschreibt aber auch die WIG selbst. Im Verwaltungsbericht wird auf verschiedene Neueinführungen und Erfindungen städtischer Fachleute hingewiesen. Von den Neueinführungen wären die Blutgruppenuntersuchungen an werdenden Müttern zu erwähnen, die bei rhesus-negativen Müttern vorbeugende Maßnahmen für das Aufkommen des Kindes im Falle des Auftretens einer hämolytischen Erkrankung

./.

beim Neugeborenen ermöglichen soll. Im Bauwesen werden unter anderem neue Methoden beim Wohnhausbau und eine sinnige Einrichtung für die Untersuchung der Kanäle zur Auffindung von Mängeln beschrieben. Der Verbesserung der Bedingungen für die Wasserwirtschaft galten verschiedene Maßnahmen der Forstfachleute, wie die Düngung des Waldes und die Aufforstung verkarsteter Gebiete. Einschneidende Neuerungen wurden auch zur Erreichung einer besseren Schlachthygiene eingeführt. Nicht zuletzt wäre auf den Bericht des Landwirtschaftsbetriebes der Stadt Wien hinzuweisen, der als Futterpflanze eine neue Hirseart, Sorghum genannt, anbaut, eine Wüstenpflanze, die erst seit wenigen Jahren in Österreich kultiviert wird und selbst in extrem trockenen Jahren noch gute Ernten bringt.

Von den Erfolgen der Arbeit der Stadtverwaltung erwähnt der Verwaltungsbericht beispielsweise das Erlöschen der gefürchteten Kinderlähmung durch die systematisch durchgeführten Schluckimpfungsaktionen, die Fertigstellung einer Reihe von Schulen und Kindertagesheimen, den großzügigen Ausbau der Krankenanstalten, die Ergebnisse des Wohnbauprogrammes sowie den Ausbau des Verkehrsnetzes durch Straßen- und Brückenbauten.

Die Verbundenheit der Stadtverwaltung mit dem Leben der Stadt beweisen der Bericht über Käufergewohnheiten; ein kleiner Einblick in die Tätigkeit der Gewerbebehörde und schließlich ein durchaus nicht trocken gehaltener Kommentar zur Bevölkerungs- und Wahlstatistik.

Für den, der Zahlen zu lesen versteht, eröffnet der statistische Teil des Jahrbuches mannigfache Einblicke.

Unter den neu aufgenommenen Tabellen zeigt die Fortschreibung des Wohnungsbestandes seit der letzten Wohnungszählung im Jahre 1961 bis Ende 1964 bemerkenswerte Ergebnisse der Wohnbautätigkeit in Wien. In knapp vier Jahren erhöhte sich der Wohnungsbestand Wiens um mehr als 34.000 Wohnungen oder fünf Prozent des Wohnungsbestandes. Die Hälfte dieses Zuwachses entfiel auf den 10. und 20. bis 23. Bezirk; im 23. Bezirk (Liesing) allein gibt es bereits um 20 Prozent mehr Wohnungen als im Jahre 1961!

./.

In den neuen Wohnvierteln wird auch auf die Errichtung von Kleinhandelsgeschäften nicht vergessen. Aus einer ebenfalls erstmals aufgenommenen Aufstellung kann errechnet werden, daß im 23. Bezirk schon auf 275 Einwohner ein Lebensmittelgeschäft entfällt, während im Wiener Durchschnitt ein Geschäft mit einer Kundschaft von 372 Einwohnern rechnen kann. Neben den 4.380 Lebensmittelgeschäften dienen noch 1.447 Fleischhauer, 724 Bäcker und Filialen von Brotfabriken, 427 Zuckerbäcker, 675 Zuckerwaren-verschleißer, 934 Milchgeschäfte und Molkereifilialen sowie 1.157 Obst- und Gemüsegeschäfte der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln.

Auch die Betriebe des Gast- und Schankgewerbes sind zum ersten Mal nach Gemeindebezirken ausgewiesen. Die meisten der 2.541 Wiener Gastwirtschaften befinden sich im 10. Bezirk (199) und im 16. Bezirk (180), die meisten der 910 Kaffeehäuser und Espressos im 2. Bezirk (87) und im 1. Bezirk (86). Von den 28 Bars sind 18 im 1. und 7 im 15. Bezirk. Wien besitzt 460 Buschenschenken, bekannter unter dem Namen "Heuriger", von denen sich 187 im 19. und 153 im 21. Bezirk befinden.

Unter den sozialstatistischen Tabellen sind neu aufgenommen Aufgliederungen der unselbständig Beschäftigten nach Alter und Lohnstufen zu erwähnen. Das Kapitel "Wahlen" bringt außer den Ergebnissen der Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen 1964 auch die Wahlen in die Arbeiterkammer sowie die Wien betreffenden Ergebnisse der Bundespräsidentenwahl 1965.

Das "Jahrbuch der Stadt Wien 1964" kann um 100 Schilling durch den Buchhandel und direkt beim Verlag für Jugend und Volk, Tiefer Graben 7-9, 1010 Wien, bezogen werden.

\- - -

Weihnachts- und Silvesterfeiern für einsame Menschen

17. Dezember (RK) Auch heuer werden von der Gemeinde Wien in einigen Bezirken am 24. und 31. Dezember Pensionistenklubs für einsame Menschen offen gehalten werden. Der Besuch dieser Pensionistenklubs ist allen, auch wenn sie nicht Klubbesucher sind, frei zugänglich.

Der Sinn dieser Aktion ist darin gelegen, den einsamen und alleinstehenden Mitbewohnern unserer Stadt gerade an jenen Tagen, an denen sie sich besonders verlassen fühlen, die Möglichkeit zu bieten, der Einsamkeit zu entfliehen und sie wissen zu lassen, daß sie in der Gemeinschaft unserer Stadt geborgen sind.

Es werden daher am Heiligen Abend die Pensionistenklubs 7, Kaiserstraße 38 (15-19 Uhr), 8, Bennoplatz 1 a (16-20 Uhr), 10, Fuchsbaumplatz 13 (16-20 Uhr), 11, Enkplatz 2 (16-20 Uhr), 13, Volkersbergenstraße 170 (16-20 Uhr), 14, Linzer Straße 254 (16-20 Uhr), 15, Staglgasse 5 (16-20 Uhr), 16, Wurlitzergasse 59 (16-20 Uhr), 21, Freytaggasse 14/21 (16-20 Uhr), 21, Weisselgasse 9-13 (16-20 Uhr), 22, Erzherzog Karl-Straße 65 (16-19 Uhr), 23, Breitenfurter Straße 358 (16-20 Uhr),
und zu Silvester die Pensionistenklubs 7, Zieglergasse 18 (16-20 Uhr), 10, Troststraße 17 (16-20 Uhr), 11, Enkplatz 2 (16-20 Uhr), 15, Staglgasse 5 (16-20 Uhr), 16, Wurlitzergasse 59 (16-20 Uhr), 18, Weimarer Straße 8-10 (16-20 Uhr), 21, Freytaggasse 14/21 (16-20 Uhr), 21, Weisselgasse 9-13 (16-20 Uhr), 23, Breitenfurter Straße 358 (16-20 Uhr)
offen sein.

\- - -

Die Budgetberatungen im Wiener Rathaus:

Öffentliche Einrichtungen

17. Dezember (RK) Am heutigen achten Tag der Budgetberatungen im Wiener Rathaus wurde die Verwaltungsgruppe VIII (Öffentliche Einrichtungen) behandelt.

Stadtrat Hubert Pfoch (SPÖ) führte in seinem Referat aus:

"Der Voranschlag 1966 beinhaltet für das 8. Hauptstück Einnahmen in der Höhe von 436 Millionen Schilling und Ausgaben von 966,7 Millionen Schilling, das sind um 8,5 Prozent mehr als im Vorjahr. Das ergibt einen Gebarungsabgang von 530,6 Millionen Schilling, der aus allgemeinen Steuermitteln gedeckt wird. Den höchsten Abgang mit rund 233 Millionen Schilling weisen die Wasserwerke aus, dem die Stadtreinigung und der Fuhrpark mit 170 Millionen Schilling folgen; die Bäder mit 65,1 Millionen Schilling stehen an dritter Stelle, die Kanalisation mit 48,7 Millionen Schilling steht an vierter und die Wäschereien (Magistratsabteilung 45) stehen mit einem Abgang von 13,2 Millionen Schilling an letzter Stelle.

Der Aufwand für das Personal beträgt bei einem Stand von 4.263 ganztägig und 80 halbtägig Beschäftigten 328,4 Millionen Schilling. Der Sachaufwand erreicht 342 Millionen Schilling. Für bauliche Investitionen, bauliche Herstellungen und Inventaranschaffungen sind 258,2 Millionen Schilling vorgesehen.

Stadtreinigung und Fuhrpark

Ausgaben 1966: 313,086.100 Schilling, davon für Inventaranschaffungen 16,295.000 und für Verbrauchsmaterialien 11,610.000 Schilling.

Die Sperrmüllaktion wurde am 14. Oktober 1965 beendet. 160.000 Kubikmeter sperriges Gut wurde an 179 Einsatztagen in 11.723 Fuhren abtransportiert. 3,765.000 Schilling betragen die Gesamtkosten dieser Aktion. Daß dabei manche Kostbarkeit unter dem Gerümpel lag und nicht nur professionelle 'Stierler', sondern auch zufällig am abholbereiten Gut vorübergehende Passanten Prachtstücke fanden, sei nebenbei erwähnt.

./.

Straßenreinigung: Der Winter 1964/65 brachte eine Rekordschneehöhe von 1,15 Meter und war der schneereichste seit dem Jahr 1928. Die von der Magistratsabteilung 48 geleisteten Räum- und Streukilometer waren beträchtlich und beliefen sich auf 400.000 Kilometer. Das entspricht ungefähr dem zehnfachen Erdumfang. 350.000 Kubikmeter Schnee wurden abgeführt, das sind rund 50.000 Lkw-Ladungen.

An maschinellen Einrichtungen für die Reinigung der Fahrbahnen - 2.000 Kilometer Straßen müssen beiderseitig reingehalten werden- standen im Berichtsjahr 21 selbstaufnehmende Kehrmaschinen zur Verfügung, die zu 70 Prozent im Einsatz standen.

Im Winterdienst hat sich die Anwendung von Auftausalz zur Bekämpfung von Glatteis weiterhin gut bewährt. Das Streuen von Salz hat sich aber auch bei Einsetzen von Schneefällen als vorteilhaft erwiesen, da damit das Festfrieren des Schnees auf der Straßendecke vermieden und eine günstigere Wirkung bei der nachfolgenden Räumung mit dem Pflug erzielt wird. Durchschnittlich standen an den Einsatztagen neben dem städtischen Personal von 700 Personen auch 1.235 aufgenommene Schneearbeiter zur Verfügung.

Stadtreinigungstage

Aus der Beobachtung, daß sich unter den Schneeschauflern neben fluktuierenden Aushilfskräften auch viele Stammarbeiter befinden, wurde der Gedanke, 'Stadtreinigungstage' einzuführen, geboren. So kam es, um einen wienerischen Ausdruck zu gebrauchen, zum 'Gründlichmachen' jeden Montag und Freitag, zu dem sich durchschnittlich 400 Personen melden. Gemeinsam mit den städtischen Bediensteten - bei dieser Gruppe besteht ein Personalmangel von 107 Arbeitern - helfen sie mit, unsere Stadt freundlich und rein zu halten.

Die Einstellung von Taglöhnern und die Aufnahme von ständigen weiblichen Arbeitskräften für die Straßenreinigung wird für das Jahr 1966 angestrebt.

./.

Der Einsatz von Kehrmaschinen wird wegen der Verpa kung der Fahrbahnränder, vor allen der Schienenstraßen, bei Tag immer schwieriger. So lag das Hauptgewicht des Einsatzes - wie bereits im Vorjahr - in den Nachtstunden. Bei Tag werden vornehmlich die sechs vorhandenen Straßenwaschmaschinen eingesetzt. Zur Reinigung der 54.000 Wassereinlaufschächte stehen sechs Saugaggregate zur Verfügung.

Die allein von der Abteilung Straßenreinigung abgeführte Markt- und Straßenkehrichtmenge betrug 105.000 Kubikmeter. Der übrige Kehricht wird in Einheitsmüllgefäßen gesammelt und vom turnusmäßigen Sammeldienst der Gruppe Müllabfuhr abgeholt.

Für die kommende Winterperiode stehen 223 Schneepflüge zur Verfügung. 132 sind auf städtischen Fahrzeugen und 91 auf Fahrzeugen von privaten Firmen montiert, die wir für den Winterdienst verpflichteten. 26 Jenbacher-Dieselkarren mit Schneepflug- und Streuausrüstung stehen zur Betreuung verkehrswichtiger Punkte, vor allem von Straßenkreuzungen, zur Verfügung. 26.000 Fußgeherübergänge werden im Bedarfsfall schneefrei gehalten und bestreut. Zu den vorhandenen drei Schneefräsen kommt in diesem Winter eine weitere Fräse mit großer Leistungsfähigkeit hinzu. Erstmalig wird auch eine Schneeschmelzmaschine (Leistung 35 Tonnen je Stunde) eingesetzt, die wir zur Erprobung gemietet haben. Zur Glättebekämpfung stehen 131 Fahrzeuge mit automatischer Streuvorrichtung, zehn Großraumstreuer und 30 Salzstreuanhänger bereit.

Als Streumaterial sind für die kommende Winterperiode 27.000 Tonnen Streuriesel und rund 4.500 Tonnen Auftausalz bereitgestellt. Für die rasche Beladung der Streufahrzeuge mit Streugut stehen auf den Lagerplätzen mechanische Ladegeräte wie Förderbänder, Becherwerke, Frontschaufellader und Silos bereit. Der große Sandsilo auf der Höhenstraße mit 250 Kubikmeter Inhalt hat sich im vergangenen Winter bestens bewährt; er wurde nunmehr durch ein Salzdepot erweitert.

Im Bereich der Gruppe Straßenreinigung ist die Neuerrichtung eines Straßenpflegedepots in 22, Wimpffengasse, zu erwähnen. Durch den Abbruch des alten Objektes in Aspern war der Neubau notwendig geworden, in dem auch die Bundespolizei eine Dienststelle haben wird, wofür ein entsprechender Baukostenbeitrag zu leisten ist. Mit der Fertigstellung dieses neuen Objektes wird 1966 gerechnet. ./.

Im 11. Bezirk Hugogasse, wurde ein neuer Stützpunkt in einem Wohnhausneubau der Stadt Wien eingerichtet. Neue Lagerplätze für Streumaterial konnten in Wien 12, Schönbachstraße - Stranzenberggasse, im 19. Bezirk unter der neuen Gürtelbrücke und in Wien 23, Inzersdorf, Draschestraße, eingerichtet werden.

Fuhrpark:

Durch die Zunahme der Verkehrsflächen, die mechanisch gereinigt und im Winter betreut werden müssen, wächst die Inanspruchnahme der Straßenreinigungsfahrzeuge. Ähnlich stark ist auch die Beanspruchung der Müllwagen stiegen, da der verstärkte Müllanfall mit der gleichen Anzahl der Fahrzeuge abtransportiert werden muß.

Der Fahrzeugstand des Fuhrparks beträgt im Berichtsjahr (Stand vom 31. Oktober 1965): 215 Lastkraftwagen mit 24 Anhängern, 86 Straßenreinigungsfahrzeuge mit 52 Anhängern, 161 Fahrzeuge für die Müllabfuhr, 49 Sonderfahrzeuge mit 19 Anhängern, 70 Personenkraftwagen sowie 13 Motorräder und Mopeds; insgesamt also 594 Fahrzeuge mit 95 Anhängern.

Die Kilometerleistung des Fuhrparks beläuft sich bis Ende Oktober 1965 auf 4,546.641 Kilometer, um 49.693 Kilometer mehr als im Vorjahr. Die Einsatzstunden der Lenker betrugen im Berichtsjahr 508.676 Stunden und die der Mitfahrer 125.054 Stunden. Der Kraftstoffverbrauch betrug 1,182.775 Liter Dieselöl und 138.546 Liter Benzin.

Hochwasserhilfe

Vom 17. bis 27. August 1965 waren in Köflach 10 Schlammsaugewagen mit Bedienungspersonal im Einsatz und leisteten in Tag- und Nachtarbeit wertvolle, vielbedankte Hilfe. Hier möchte ich in Erinnerung rufen, daß wir über Auftrag des Herrn Bürgermeisters die für das Grundwasserwerk Lobau vorgesehenen und lieferbereiten Pumpenanlagen dem schwerbedrohten Ort Köflach zur Verfügung stellten. Nur durch ihre enorme Pumpleistung war es möglich, das in die Stollen eindringende Wasser abzusaugen, wodurch arger Schaden verhütet wurde.

./.

Wesentlichen Beistand leisteten unsere Hochwasserhelfer den Kärtnern und Osttirolern in der Zeit vom 8. bis 25. September 1965 im Rahmen eines Hilfszuges der Stadt Wien, als zwei Gruppen mit 23 beziehungsweise 12 Fahrzeugen des Fuhrparkes mit dem entsprechenden Personal im Einsatz standen. Die außergewöhnliche Leistung des Personals des städtischen Fuhrparks bei diesen Katastropheneinsätzen fand allgemeine Anerkennung.

Die Sonderaufgabe des Fuhrparks, von den Straßen Wiens liegengebliebene Fahrzeuge und Wracks abzuschleppen, wird seit 1960 durchgeführt. Damals waren es rund 42 Fahrzeuge pro Jahr, heuer wurden bereits 104 Fahrzeuge abgeschleppt. Die Gesamtzahl der abtransportierten Kraftfahrzeuge beträgt 315. Leider verläuft die gutgemeinte Aktion des ÖAMTC nicht so, wie es sich dieser Klub vorgestellt hat. Wenn jemand sein unbrauchbar gewordenes Fahrzeug nicht zum Abholen meldet und es als herrenloses Gut liegen läßt, so bringt das die Verpflichtung mit sich, genau nach den gesetzlichen Vorschriften zu handeln, was natürlich nicht ohne Zeitverlust bis zum endgültigen Verschrotten der Fahrzeuge vor sicht geht.

Müllabfuhr

Bei der Müllabfuhr ist eine leichte Besserung in den Personalverhältnissen feststellbar, die zum Teil auf Neuaufnahmen, wozu auch elf türkische Gastarbeiter zählen, und zum Teil auf weitere Reorganisationsmaßnahmen zurückzuführen sind.

Täglich stehen rund 117 Müllwagen im Einsatz. Die Steigerung gegenüber dem vorjährigen Stand von 111 Müllwagen pro Tag ist auf die Einbeziehung des größten Teiles des Marktkehrichts und eines beträchtlichen Teiles des Straßenkehrichts in den Sammeldienst der Müllabfuhr begründet.

Die Vereinheitlichung der Müllbehälter für den Straßen- und für den Hausmüll machte die gemeinsame und damit rationellere Sammlung des Straßen- und Marktkehrichts möglich. Die Straßenpflege ist schon seit Jahren mit den gleichen 110 Liter-Mülltonnen, wie sie für die Hausmüllabfuhr verwendet werden, ausgestattet. Die Einführung der 1.100 Liter-Großmüllbehälter auf den Märkten hat nicht nur eine hygienischere Beseitigung, sondern auch eine wirtschaftliche Sammlung dieser Abfälle gebracht. ./.

Die 1.100 Liter-Gefäße werden nunmehr auch in steigendem Maße die unzweckmäßig gewordenen Straßenkehrichtkisten ersetzen, die damit langsam aus dem Stadtbild verschwinden werden. Für die Hausmüllabfuhr wurde die Einstellung der 1.100 Liter-Großraumbehälter auch weiter verstärkt, so daß durch die damit erzielte Leistungssteigerung eine Reduzierung der Sammelstrecken für den Hausmüll von 111 auf 109 erfolgen konnte.

An Müllgefäßen standen insgesamt 267.700 zur Verfügung, darunter 135.200 90 Liter-Gefäße, 68.900 110 Liter-Gefäße und 3.300 1.100 Liter-Gefäße. Vorerst ist die Anschaffung von weiteren 800 Großraumbehältern, die sich für die rationelle Müllabfuhr günstig auswirken, vorgesehen. Fortgesetzt wird auch die Umstellung auf geräuscharme 110 Liter-Rundtonnen an Stelle der bisher in Verwendung stehenden 90 Liter-Gefäße.

Im Jahr 1965 wurde mit der Montage einer automatischen Müllgefäße-Waschanlage, welche die Reinigung und Desinfektion der Müllgefäße in einem Arbeitsvorgang durchführen wird, begonnen. Die Fertigstellung und Inbetriebnahme soll im Frühjahr 1966 erfolgen. Die Gesamtkosten werden 1,9 Millionen Schilling betragen.

Der Müllberg wächst von Jahr zu Jahr und wird heuer 1,350.000 Kubikmeter, das sind rund 270.000 Tonnen, erreichen. Gegenüber dem Vorjahr (1,2 Millionen Kubikmeter oder 250.000 Tonnen) ist das Volumen wie auch das Gewicht des Mülls angewachsen.

<u>Müllverbrennungsanlage</u>:

Der Müll wurde zur Hälfte in der Wiener Müllverbrennungsanlage verbrannt und der Rest auf den Ableerplätzen abgelagert. Die Müllverbrennungsanlage am Flötzersteig hat auch im zweiten Jahr ihres Vollbetriebes gezeigt, daß sie die in sie gesetzten Erwartungen erfüllt. Gegenüber dem Vorjahr konnte die Verbrennungsleistung noch gesteigert werden. Die Öfen stehen schon mehr als zwei Jahre ununterbrochen unter Feuer und haben ihre Betriebssicherheit bewiesen.

./.

Aus dem Bericht über die im Sommer 1965 durchgeführte eingehende Revision der Anlage ist zu ersehen, daß der Abnützungsgrad der maschinentechnischen Einrichtung äußerst gering ist, und gerade die wesentlichen Teile des Ofens, wie Roste, Mauerwerk usw., nahezu keine Abnützung zeigten. Für eine Müllverbrennungsanlage, bei der die Gefahr des Abriebes durch die großen Mengen scheuernden Mülls in besonderem Maße gegeben ist, zeugt dies von der Güte des Materials sowie der Konstruktion der Anlage.

Vom Beginn des Jahres bis Ende Oktober 1965 wurden rund 107.000 Tonnen Müll verbrannt. (In der gleichen Zeit des Vorjahres waren es 90.600 Tonnen.) Aus dem verbrannten Müll wurde eine Dampfmenge von 141.000 Tonnen gewonnen. Davon wurden 106.800 Tonnen an das Wilhelminenspital und das Psychiatrische Krankenhaus abgegeben. Die restliche Dampfmenge diente für den Eigenverbrauch beziehungsweise zur Erzeugung von elektrischem Strom. An Schlacke und Flugasche wurden bis Ende Oktober 1965 61.925 Tonnen in nassem Zustand abgeführt. Im Laufe dieses Jahres wurde die Anlage auf Trockenentaschung umgestellt, womit sich eine Reihe von Vorteilen, wie verminderter Wasserverbrauch, weniger Transportgewicht bei der Abfuhr und anderes ergeben werden.

Städtische Wäschereien

Ausgaben 1966: 41,645.100 Schilling, davon für bauliche Herstellungen 12,220.000 Schilling.

Die Wäschereien, nämlich die Zentralwäscherei im 12. Bezirk, Schwenkgasse 62, und die städtische Wäscherei 15, Pilgerimgasse 22 (Heimhof), werden betriebsmäßig geführt. Außerdem obliegt dieser Gruppe die maschinelle und technische Betreuung der Wohnhauswäschereien, der 61 Wohnhausgemeinschaftsbäder und der 15 Anstaltswäschereien.

In der Zentralwäscherei wird für das Jahr 1965 eine Waschleistung von rund 5,400.000 Kilogramm Reinwäsche erwartet. Zur Rationalisierung und um der Personalknappheit entgegenzuwirken, ist für das Jahr 1966 die Anschaffung von zwei besonders leistungsfähigen Spezialwaschmaschinen und einer Spezialfaltmaschine vorgesehen.

./.

Die Bauarbeiten zur Errichtung der neuen Zentralwäscherei, für die mit Beschluß des Gemeinderates vom 29. Oktober 1965 ein Sachkredit in der Höhe von 102,870.000 Schilling genehmigt wurde, haben mittlerweile ihren Anfang genommen. Es waren langwierige Verhandlungen wegen der Grundfreimachung des nur zum Teil im Besitz der Stadt Wien befindlichen Baugeländes an der Steinbruchstraße im 14. Bezirk notwendig. Die neue Wäscherei wird von der Müllverbrennungsanlage Flötzersteig den erforderlichen Dampf beziehen. Für die Müllverbrennungsanlage stellt die neue Wäscherei einen kontinuierlichen Wärmeabnehmer dar, was eine bessere Auslastung der Anlage im Sommer ermöglichen wird. Da die Wäscherei keine eigene Kesselanlage besitzt, ist ein rauchfreier Betrieb gewährleistet.

Die neue Zentralwäscherei ist für eine Jahresleistung von etwa 5,2 Millionen Kilogramm Reinwäsche geplant. Modernste Maschinen und ein fließbandähnlicher Arbeitsablauf werden auf dem Personalsektor gewisse Erleichterungen bringen und die Auflassung des Zweischichtbetriebes in der Zentralwäscherei im 12. Bezirk ermöglichen.

Städtische Bäder

Ausgaben 1966: 89,407.600 Schilling, davon für bauliche Herstellungen 31,240.000 und für Verbrauchsmaterialien 8,691.000 Schilling.

Keine der in der Geschäftsgruppe VIII zusammengefaßten Abteilungen ist so sehr vom Wetter abhängig wie die Magistratsabteilung 44, die Bäderverwaltung mit ihren Sommerbädern. Die Besucherzahlen der 14 Sommerbäder zeigen untrüglich, ob es schlechtes oder schönes Wetter gab. 1964 zählten wir 1,461.639 Badegäste, 1965 waren es um 30,8 Prozent weniger, nämlich nur 1,011.527. In den 32 Kinderfreibädern badeten im Vorjahr 590.610 Kinder, 1965 waren es bloß 365.083 Kinder.

Die überdeckten Schwimmhallen, wie etwa die im Theresienbad, ermöglichen den Bäderbesuch unabhängig vom herrschenden Wetter. Eine andere Möglichkeit, um die Badesaison auszudehnen, ergibt sich durch das Erwärmen des Beckenwassers, wie wir es erstmalig im Sommerbad Ottakring erprobten.

./.

Die Dampfabgabe, die durch die Müllverbrennungsanlage an Flötzersteig erfolgte, erwärmte das Beckenwasser bis zu 28 Grad Celsius. Vom 19. September bis 10. Oktober 1965 wurden in diesem Bad trotz einer verhältnismäßig niedrigen Lufttemperatur von nur 15 Grad 3.336 Besucher gezählt. In der nächsten Badesaison wird eine Anzahl von Warmwasserbrausen installiert. Ein Jahrzehnte hindurch als Weingarten genütztes Grundstück der Stadt Wien wird in das Areal des Sommerbades einbezogen werden; 400.000 Schilling sind dafür vorgesehen.

950.000 Schilling sind für die Erhaltungsarbeiten in den 18 Wiener Volksbädern veranschlagt, in denen im Jahre 1964 2,361.000 Besucher gezählt wurden.

Im Hallenbad Floridsdorf wurde die Dachgleiche erreicht, so daß mit dem Innenausbau, der Kesselinstallation, der Fassadenherstellung, der Herstellung des Schwimmbeckens, der Wasser- und Elektroinstallation begonnen werden konnte. 25 Millionen Schilling sind als vierte Baurate im Voranschlag 1966 zur weitgehenden Fertigstellung enthalten.

Für die Erneuerungsarbeiten bei den Sommerbädern sind 1,640.000 Schilling vorgesehen. Im Sommerbad Hütteldorf, Ferdinand Wolf-Park, wird 1966 mit dem Neubau aller Gebäude begonnen.

Mit einem Gesamtkostenaufwand von 21,7 Millionen Schilling wurde die Überdeckung des Schwimmbeckens im Thersienbad abgeschlossen. Es kann nun seit der Inbetriebnahme am 26. Juni 1965 ganzjährig geführt werden. Als Neuheit für Wien wurde dort ein "Volksschwimmabend" an jedem Freitag eingeführt, der sich besten Zuspruches erfreut. Die übrigen Abende sind, so wie in den anderen städtischen Hallenbädern, bekanntlich an Vereine vergeben. So zeigt erstmals seit vielen Jahren der Badebesuch in den Schwimmhallen eine Steigerung um 26,7 Prozent: 1965 kamen 359.191 Besucher, gegenüber 283.935 im Vorjahr.

Kanalisation:

Ausgaben 1966: 112,205.900 Schilling, davon für Kanalbauten 52,870.000, für Erhaltung und bauliche Anlagen 17,870.000 Schilling.

Das dichte Netz der Straßenkanäle, aneinandergereiht ist es 1.340 Kilometer lang, und die 2.700 Kilometer langen Hauskanäle wurden 1965 um 21,5 Kilometer durch Kanalneubauten, die 60,820.000 Schilling erforderten, vergrößert. Kanalbauten in einer Länge von 1.740 Meter waren beim Bauvorhaben Lastenstraße notwendig. /.

Im Zuge der Tiefführung der Straßenbahn auf dem Margaretengürtel und Wiedner Gürtel wurden 1.940 Meter Kanalrohre verlegt. Für diese beiden Bauvorhaben waren 24,3 Millionen Schilling erforderlich. Die Einwölbung des Erbsenbaches in Sievering steht vor dem Abschluß. Für das 468 Meter lange Kanalstück wurden 2,170.000 Schilling aufgewendet. In den Siedlungsgebieten wurden 7.200 Meter Kanäle mit einem Kostenerfordernis von 15,510.000 Schilling verlegt. Die Kanalisierung der Nordrandsiedlung, wo 1.700 Meter Kanalrohre verlegt wurden, soll besonders erwähnt werden.

Zu den Aufgaben des Kanalbetriebes zählt auch die Erfassung und Räumung der 30.196 Senkgruben in Wien. Die Zahl der Hauskläranlagen beträgt 416. Aus dem Wiener Wasserversorgungsnetz wurden 33.160 Kubikmeter Spülwasser entnommen.

Für wichtige Kanalarbeiten im Budgetjahr 1966 stehen 52,8 Millionen Schilling bereit. Besonders zu erwähnen sind die Kanalinstandsetzungen in einer Länge von zirka 1.820 Meter sowie der Umbau von baufällig gewordenen Kanälen in einer Länge von 3.259 Meter; darunter sind Bauvorhaben größeren Umfanges in Wien 11, Rappachgasse, 5, Linke Wienzeile und am Donaufelder Sammler bei der Wagramer Straße.

Im Zusammenhang mit dem Bau von städtischen Wohnhausanlagen sind umfangreichere Kanalbauarbeiten bei den geplanten Wohnhausanlagen 10, Per Albin Hansson-Siedlung 'Ost'; 10, Grenzackergasse; 21, Großfeldsiedlung; 22, Quadenstraße; 22, Eipeldauer Straße und 23, Breitenfurter Straße-Fröhlichgasse vorgesehen. Mit der beabsichtigten Fortsetzung der Tiefführung der Straßenbahn in der Wiedner Hauptstraße in Richtung Karlsplatz ist der Bau eines neuen Sammlers Schwarzenbergplatz-Prinz Eugen-Straße-Taubstummengasse-Wiedner Hauptstraße erforderlich geworden, mit dessen erstem Bauabschnitt begonnen wird.

Von den sonstigen Kanalbauten sind folgende zu erwähnen: 13, Pallenbergstraße; 19, Agnesgasse; 20, Dresdner Straße; 23, Oldenburggasse; 23, Haymogasse; 23, Marktgemeindegasse; 23, Perfektastraße.

./.

Kläranlagen

Zu den neuen Aufgaben der Magistratsabteilung 30 gehört vor allem die in Projektierung befindliche mechanisch-biologische Kläranlage in Wien 23, Inzersdorf-Blumental, die zur Entlastung des rechten Liesingtalsammelkanals vorgesehen ist. Diese Anlage soll alle aus den westlich der Pottendorfer Linie gelegenen Einzugsgebieten des rechten und linken Liesingtalsammelkanals anfallenden Abwässer, also auch jene aus der in Zukunft geplanten Bebauung am Südrand Wiens, reinigen. Das gereinigte Abwasser soll dann unmittelbar in den Liesingbach eingeleitet werden, womit eine bedeutende Entlastung des zwischen der Pottendorfer Linie und der Landesgrenze gegen Schwechat gelegenen Abschnittes des rechten Liesingtalsammlers erreicht und die Möglichkeit zur Einleitung weiterer anfallender Abwässer geschaffen wird. Mit der ersten Ausbaustufe wird 1966 begonnen werden.

Das größte Vorhaben wird aber die Errichtung der Hauptkläranalge in Simmering sein, deren generelle Projektierung durch eine Arbeitsgemeinschaft im Gemeinderat vom 26. Februar 1965 beschlossen worden ist. Mit der technisch wissenschaftlichen Beratung der Stadt Wien wurde Prof. Dr. Ing. Wilhelm von der Emde von der Technischen Hochschule Wien betraut.

Ziel der Untersuchung ist unter anderem auch, festzustellen, ob für die nördlich der Donau gelegenen Gebiete eine eigene Abwasserklärung erfolgen müsse, oder ob mittels eines Abwasserstranges die Abwässer durch einen Düker unter der Donau zur Zentralgroßkläranlage in Simmering geleitet werden können. Durch eine Verlängerung des rechten Hauptsammelkanals bis zur vorgesehenen Hauptkläranlage könnten sowohl die Abwässer aus diesem Teil der Stadt mit jenen der vorhin erwähnten gemeinsam, nachdem sie in der ersten Ausbauetappe mechanisch gereinigt werden, dem bewährten Vorfluter Donau anvertraut werden. Ob und wie weit eine teilweise oder vollbiologische Klärung nötig sein wird, kann erst im Zuge der Detailprojektierung und Durchführung entsprechender Versuche, die bereits eingeleitet wurden, festgestellt werden.

./.

Mit einem Teilergebnis dieser Untersuchungen ist im ersten Vierteljahr, mit der endgültigen Projektserstellung Ende des Jahres 1966 zu rechnen.

Wasser

Ausgaben 1966: 410,360.500 Schilling, davon für bauliche Herstellungen 130,000.000, für Erhaltung der baulichen Anlagen 59,000.000 Schilling.

In den ersten zehn Monaten des Jahres 1965 wurden von den Wasserwerken 143,783.243 Kubikmeter Wasser aufgebracht. Der Anteil an Quellwasser beträgt 74 Prozent. In Wien wurden in der gleichen Zeit 141,587.284 Kubikmeter Wasser verbraucht, das sind um vier Millionen Kubikmeter oder 2,9 Prozent mehr als im vergangenen Jahr. Der Jahresdurchschnitt beträgt 465.731 Kubikmeter, das entspricht einer Menge von täglich 300 Liter pro Kopf der Bevölkerung.

Wie groß, besser gesagt, wie klein der Anteil von Industrie und Gewerbe am Verbrauch ist, läßt sich ungefähr aus dem Rückgang errechnen, der an Samstagen, Sonn- und Feiertagen eintritt und zirka 18 Prozent ausmacht. Den geringsten Verbrauch haben wir am Neujahrstag mit 354.900 Kubikmeter oder 229 Liter pro Kopf festgestellt. Das Tagesmaximum des Jahres wurde am Donnerstag, dem 24. Juni, mit 562.160 Kubikmeter oder 363 Liter pro Kopf gemessen.

Um die Gleichrangigkeit der Probleme zu unterstreichen, muß gesagt werden, daß die Wassergewinnung nur ein, wenn auch sehr wichtiges Problem ist, darüber hinaus aber ist der Transport, die Speicherung und die Verteilung des Wassers im Stadtgebiet von ebenso großer Bedeutung.

Wassergewinnung:

Die Wasserbilanz des Jahres 1965 wird ausgeglichen sein. Besonders reichliche Niederschläge, begleitet von meist kühlem Wetter in den Monaten April bis September, brachten der Wasserversorgung viel Quell- und Grundwasser, so daß während dieser Zeit eine starke Entlastung auf dem gesamten Gebiet der Wasserschaffung eingetreten ist. Fast hätten sich größere Schwierigkeiten ergeben, da durch den extrem hohen Wasserstand der Donau unsere Pumpwerk stillgelegt oder gedrosselt werden mußten und das Manko zwischen der Lieferung aus der I. und II. Hochquellenleitung und dem täglichen Verbrauch bedrohlich wuchs. Durch die Heranziehung der Behälterreserve, wo sich der Steinfeldspeicher neuerdings bewährte, konnte ein entsprechender Ausgleich geschaffen werden.

./.

Der Erdrutsch bei Wilhelmsburg, der am 30. April 1965 einsetzte und bei dem mehr als 70.000 Kubikmeter Erde in Bewegung gerieten, drohte den Leitungsstollen der II. Hochquellenleitung abzudrücken, und nur der rasche und energische Einsatz aller verfügbaren Kräfte, wie Bundesherr und leistungsstarke Firmen, konnte die Gefahr des Bruches der II. Wiener Hochquellenleitung abwenden. Alle zur vollen Stabilisierung des Hanges erforderlichen Arbeiten unter Beratung hervorragender Fachleute wurden und werden noch durchgeführt. Die Kosten belaufen sich bisher auf 2,1 Millionen Schilling. Eine weitere Unwetterkatastrophe am 27. Juni 1965 im Einzugsgebiet der Schreyerquelle bei Wildalpen hatte die Vermurung der Schreyerklamm, der Fassungsanlagen sowie des dort befindlichen Kraftwerkes zur Folge. Der hochwasserführende Hinterwildalpenbach zerstörte sein eigenes Bett und riß kilometerweit die der Stadt Wien gehörende Straße nach Hinterwildalpen weg.

Grundwasserwerk Lobau

Das ungünstige Wetter - wochenlang war durch das Hochwasser der Donau die gesamte Baustelle des Grundwasserwerkes Lobau überschwemmt - brachte leider eine Verzögerung der Fertigstellungstermine des Grundwasserwerkes Lobau mit sich. Mit der Anwendung der sogenannten Netzplantechnik beim Bau dieses Grundwasserwerkes war es in jeder Bauphase möglich, alle Arbeiten so abzustimmen, daß es keinerlei Unklarheit über den jeweiligen Stand, die erforderlichen Arbeiten und die Fertigstellung dieses Werkes gegeben hat.

Folgende Arbeiten wurden durchgeführt: Der 3. Horizontalfilterrohrbrunnen in Gänshaufen konnte fertiggestellt und darüber ein zweigeschoßiges Pumpenhaus im Rohbau errichtet werden. Die Montage der drei Gestängepumpen samt Motoren ist beendet. Die Montage der elektrischen Anlagen mit Hoch- und Niederspannungsschaltraum wird derzeit vorgenommen. Für die beiden anderen Horizontalfilterrohrbrunnen wurden die Zuleitungen von den Brunnen bis zum Behälter in einer Gesamtlänge von 2.600 Meter und einem Durchmesser von 500 Millimeter bis auf die Anschlüsse an die Brunnen bzw. Behälter hergestelt.

./.

Der zum Grundwasserwerk Lobau gehörende Behälter, der aus zwei gleich großen Kammern mit zusammen 30.000 Kubikmeter Inhalt besteht, ist zu mehr als 80 Prozent und das dazugehörende Einlaufbauwerk im Rohbau fertiggestellt.

Durch die Verwendung einer Winterbauhalle konnten ohne Unterbrechungen die erforderlichen Arbeiten durchgeführt werden.

Die Arbeiten am Ableitungsrohrstrang vom Grundwasserwerk Lobau wurden forgesetzt; 10,5 Kilometer sind fertiggestellt. Im Zuge dieser Arbeiten mußte der Damm der Ostbahn unterfahren werden, ohne den Bahnbetrieb zu stören. Ein 1.600 mm Schutzrohr aus Stahl mußte daher in einer Länge von 36 Meter durch den Bahndamm gepreßt werden. Eine weitere Schwierigkeit bereitete das sogenannte Mühlwasser, wo mit Hilfe von Tauchern ein 1.200 mm starker Stahlrohrdüker eingebracht wurde. Am unteren Gänshaufenwasser halfen Pioniere durch Beistellung von Pontons bei der Künettenbaggerung.

Der Ausbau des städtischen Rohrnetzes im Zusammenhang mit dem Grundwasserwerk Lobau machte weitere Fortschritte. So konnte eine 2,8 Kilometer lange Transportrohrleitung mit einem Rohrdurchmesser von 500 mm, beginnend von der Straßmeyergasse bis zur Großfeldsiedlung, geschaffen werden.

'Sieben Quellen': Die intensiven Bemühungen zur Realisierung des Projektes 'Fassung und Einleitung der Sieben Quellen' führten im Juli 1965 zur Erteilung der wasserrechtlichen Bewilligung. Der Gemeinderat genehmigt am 30. Juli 1965 den Bau mit einem Kostenaufwand von 110 Millionen Schilling. Die Arbeitsvergabe erfolgte am 15. November 1965.

Der Stollenanschlag im Karlgraben und im Reißtal konnte am 7. Dezember vorgenommen werden. 28 Millionen Schilling sind 1966 für dieses Vorhaben veranschlagt.

Spitzendeckungswerk Klosterneuburger-Straße: Die gründlichen Sanierungsarbeiten auf dem Gelände der ehemaligen Eisfabrik sind abgeschlossen, sodaß hygienisch einwandfreie Voraussetzungen für die Entnahme von Wasser geschaffen wurden. Mit den bestehenden Brunnen wurden Pumpversuche durchgeführt und Sonden niedergebracht.

./.

Die vorgenommenen Färbeversuche zeigten die Fließrichtung des Grundwasserstromes und bewiesen, daß eine Beeinflussung durch den Donaukanal nicht gegeben ist. Die Wasserqualität ist gut und die Ergiebigkeit wird 12.000 bis 15.000 Kubikmeter pro Tag betragen.

Die Pläne des Projektes sind nahezu fertiggestellt und werden voraussichtlich im Februar 1966 beim Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft eingereicht werden.

III. Wasserleitung

Die Untersuchungen und Vorarbeiten für den Bau der III. Wasserleitung wurden 1965 weitergeführt. Die erarbeiteten Fakten der Studienkommission für die Wasserversorgung Wiens, der namhafte Fachleute angehören, sollten über Wunsch des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft ergänzt werden. Mit Erlaß dieses Ministeriums wurde am 6. Oktober 1964 der jetzige Rektor der Technischen Hochschule in Wien, Prof. Dr. Kresser, als Sachverständiger zur Erstellung einer großräumigen Wasserbilanz für das südliche Wiener Becken berufen.

Es liegt nun der erste und, wie uns mehrfach versichert wurde, vorläufige, noch keine endgültigen Schlüsse zulassende Bericht vor. Diesem ist zu entnehmen, daß erst nach weiteren gründlichen Untersuchungen, die 1966 durchgeführt werden, eine dezidierte Stellungnahme abgegeben werden kann.

Von den Wasserwerken wurden inzwischen auftragsgemäß neue Meßsonden und Pegel an der Fischa, der Piesting und am Kalten Gang errichtet sowie eine 150 Meter tiefe Bohrung zur Erforschung der Grundwasserströmung niedergebracht. Zur Klärung biologischer und bakteriologischer Fragen wurde am 25. Oktober ein weiterer Pumpversuch in Zusammenarbeit mit der Magistratsabteilung 15 (Gesundheitsamt) bei Moosbrunn gestartet. Im Frühjahr 1966 wird eine Tiefbohrung bei Haschendorf erfolgen. Weitere Pumpversuche bei Moosbrunn werden durchgeführt.

Wir haben bisher allen Auflagen, Anregungen und Wünschen der Bundesstellen Rechnung getragen und mit nicht unbedeutenden Beträgen - 24,5 Millionen Schilling sind bisher aufgewendet worden - die umfangreichste Forschungsarbeit auf dem Gebiet der Wassergewinnung in Österreichs auftragsgemäß durchgeführt. ./.

Für das kommende Frühjahr erwarten wir die Erlassung einer Schongebietsverordnung, die uns vordringlich erscheint und, wie wir hören, auch von Professor Dr. Kresser für eine möglichst große Fläche vorgeschlagen wird. Weiters hoffen wir nach objektiver Erstellung der Wasserbilanz, die für den Herbst 1966 in Aussicht gestellt wurde, einen möglichst hohen Konsens zugestanden zu erhalten.

Wiental-Wasserwerk:

Die Schilderung der neuen Bauvorhaben ist nicht vollständig, wenn nicht die weiteren Ausbauarbeiten im Wientalwasserwerk erwähnt werden, die es uns heute ermöglichen, bis zu 24.000 Kubikmeter täglich geschmacklich gutes und hygienisch einwandfreies Wasser dem Verbraucher zuzuführen. Mit einem Fassungsvermögen von rund 1,8 Millionen Kubikmeter Wasser stellt der Wienerwaldsee eine nicht unbedeutende Reserve für dieses Werk dar.

Die im Vorjahr begonnene Erneuerung der Dächer und der Innenausgestaltung sämtlicher acht Feinfilterbecken wurden abgeschlossen. Zur Überbrückung von Bedarfsspitzen wurden zwei Filterkammern in Reinwasserbehälter mit einem Inhalt von 2.400 Kubikmeter umgewandelt. An Stelle der alten Chlorierungsanlage wurde eine neue Chlordioxydstation mit selbstregistrierender Kontrolle errichtet.

Am 30. Juli ereignete sich am oberen Seende ein Unfall mit einem Tankwagenzug, bei dem eine größere Menge Öl ausfloß, das jedoch aufgefangen und entfernt werden konnte. Um die Gefahr von Verkehrsunfällen auf der Bundesstraße 227 entlang des Wienerwaldsees zu verringern, wurde von der Magistratsabteilung 31 bei der Bezirkshauptmannschaft ein Überhol- und Halteverbot beantragt und erreicht.

Wasserspeicherung: 1,150.000 Kubikmeter Wasser sind bei vollem Behälterstand in den 31 Wiener Behältern und im Speicher Neusiedl im Steinfeld vorrätig. Zur Verbesserung der Wasserverhältnisse, der Wasserbevorratung und der Wasserverteilung wurde mit dem Bau eines Behälters von 2.500 Kubikmeter Inhalt auf dem Schafberg begonnen. Er wird 1966 fertiggestellt werden. Aus den gleichen Gründen wurden die beiden Druckentlastungskammern am Kordon vergrößert. Der Behälter Steinbruch im 14. Bezirk wurde vergrößert. Hier wird im kommenden Jahr auch ein neues Hebewerk eingerichtet werden.

./.

Das neue Hebewerk am Hungerberg ist fertiggestellt und in Betrieb genommen worden. Eine 800 Millimeter-Rohrleitung verbindet nun den Behälter Breitensee mit dem Hungerberg. Die Laudon'sche Wasserleitung in Hadersdorf hat eine Ultra-Violett-Entkeimungsanlage erhalten. In Mauer wurde ein neuer Wasserbehälter mit Hebewerk erbaut. Der Umbau des Hebewerks I am Rosenhügel wird 1966 begonnen. Im Budget ist dafür ein Betrag von einer Million Schilling vorgesehen.

Wasserverteilung: Der zügige Ausbau der neuen Ringleitung mit 1.200 Millimeter Durchmesser sieht nunmehr die Trasse Handelskai vor. Für den Ausbau der Wasserversorgung der Nordrandsiedlung sind weitere Transport- und Verbindungsrohrstänge (100 bis 400 Millimeter) im Ausmaß von 2.700 Meter verlegt worden.

In Anpassung an den Baufortschritt der Verkehrsbauwerke auf der Lastenstraße und unter Rücksichtnahme auf die anderen gleichzeitig arbeitenden Einbautendienststellen wurden in der Gumpendorfer Straße, auf dem Getreidemarkt, in der Volksgartenstraße, in der Burggasse, Breite Gasse, in der Lerchenfelder Straße und auf dem Messe- und Schmerlingplatz unter großen Schwierigkeiten 850 Meter Großrohrstränge verlegt. Die Verlegung der zusammenfassenden, 400 Millimeter starken Ringleitung längs der Lastenstraße kann erst erfolgen, nachdem die Straßenbahn ihre Unterpflasterstrecke befahren wird. Die Verlegung der Rohre beim Umbau des Matzleinsdorfer Platzes wird entsprechend dem Baufortschritt des Verkehrsbauwerkes und den Maßnahmen der Österreichischen Bundesbahnen angepaßt. An dieser Großbaustelle wurden bisher 1.850 Meter Großrohrstränge (400 bis 700 Millimeter) verlegt.

Im Stadtrohrnetz des Wasserwerkes wurden in diesem Jahr durch Auswechslung alter Rohrstränge und Neulegung insgesamt 40 Kilometer verlegt. Zur Errichtung von 1.100 neuen Haus- und Grundanschlüssen war die Verlegung von 15,4 Kilometer Hauszuleitungen erforderlich. Bei 9.100 Installationsüberprüfungen wurden 10.600 Gebrechen an Hausinnenleitungen festgestellt und deren Reparatur veranlaßt."

\- - -

Debatte über Öffentliche Einrichtungen

In der Spezialdebatte befaßt sich als erster Diskussionsredner GR. Matza (ÖVP) mit Fragen der Straßenreinigung und der Müllverbrennung. Die Straßenreinigung wird durch die zunehmende Motorisierung immer schwieriger. Es ist erfreulich, daß dem Personalmangel durch Aushilfskräfte und Verträge mit Privatfirmen entgegengewirkt wird. Man wird auch eine Lösung finden müssen, um die bei der Müllabfuhr immer wieder auftretende Verschmutzung der Straßen zu vermeiden. Weiter muß man Ausschau nach Maschinen halten, um die menschliche Arbeitskraft bei der Straßenreinigung zu ersetzen.

Ein zweites Problem stellt die Schneereinigung im Winter dar. Auf den Hauptstraßen wird sie durch parkende Autos wenig behindert, weitaus schwieriger ist es in den Nebenstraßen. Es sollten Presse und Rundfunk eingeschaltet werden, um diese Straßen von den die Räumung behindernden Dauerparkern frei zu bekommen. Die Löhne der aushilfsweise aufgenommenen Schneearbeiter sind mit zwölf Schilling pro Nachtarbeitsstunde wohl etwas zu gering bemessen. Darüber hinaus erhebt sich die Frage, wozu eine Konkurrenzierung durch die Straßenbahn gut ist, die um einen Schilling höhere Löhne zahlt.

Die Salzstreuung habe sich bewährt, nur müßten die Besitzer von Hautieren entsprechend aufmerksam gemacht werden, damit unsere vierbeinigen Freunde vor ernstem Schaden bewahrt bleiben. Einige Schwierigkeiten ergeben sich noch bei plötzlich auftretendem Glatteis, da es in der Regel noch zirka eine Stunde dauert, bis die Hauptstraßen gestreut werden. Durch eine gewisse Zusammenarbeit mit der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik müßte es weitgehend möglich sein, die Bildung von Glatteis auf den Hauptstraßen zu verhindern. Es muß auch im Winter Aufgabe der Straßenreinigung sein, die Straßen entsprechend den Umständen befahrbar beziehungsweise für die Fußgänger überquerbar zu halten. Es genügt nicht, daß, wie es in einem Bericht hieß, ein völliges Erliegen des Verkehrs vermieden wurde, denn bereits eine wesentliche Behinderung führt heute fast schon zu einer Katastrophe.

./.

Bei der Behandlung der Probleme der Müllabfuhr vermerkt der Redner, daß eine 27prozentige Steigerung der Abgabe budgetiert ist, obwohl beim diesbezüglichen Beschluß nur von einer 10 bis 15prozentigen Erhöhung gesprochen wurde. Vielleicht wurde im Vorjahr wieder einmal unterbudgetiert, um stille Reserven zu schaffen. Der erhöhte Müllanfall kann durch Verbrennungsanlagen nur zu einem Teil beseitigt werden. Es gibt aber neben der teuren Verbrennung neue Methoden, wie zum Beispiel die Kompostierung. In einem Antrag bringt der Redner den Wunsch zum Ausdruck, die Verwendbarkeit der neuen Methoden zu überprüfen.

Im Städtebaulichen Grundkonzept wird davon gesprochen, daß es etwa 100 Kilometer nicht kanalisierte Straßen gibt, während Fachleute nunmehr von 200 Kilometern sprechen. Es erhebt sich die Frage, ob das stimmt und ob sich der Nachholbedarf tatsächlich auf 800 bis 1000 Millionen Schilling belaufen soll. Besonders wichtig ist es, die aus dem vorigen Jahrhundert stammenden Ziegelkanäle und die erst um die Jahrhundertwende gebauten Betonkanäle zu sanieren, da sich bei ihnen bereits deutliche Verfallserscheinungen zeigen und sie die beliebtesten Brutstätten für Ratten und Ungeziefer sind. Es sollte auch in einer Millionenstadt in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts nicht mehr sein, daß noch 30.000 Haushalte auf Senkgruben angewiesen sind.

Die großen Leistungen dieser Magistratsabteilung sind durchaus zu schätzen, und die kritischen Bemerkungen sollen nur aufzeigen, wo etwas im Interesse unserer Bevölkerung besser gemacht werden könnte.

GR. Ing. Hofstetter (SPÖ) stellt mit Befriedigung fest, daß auf allen Gebieten dieser Geschäftsgruppe wieder Fortschritte erzielt werden konnten. Man muß hier immer beachten, daß bei einem Teil dieser Arbeiten - etwa bei der Wasserversorgung - Eingriffe in den Haushalt der Natur vorgenommen werden müssen, sodaß man alles reiflich überlegen muß.

Am Wasserverbrauch und am Anfall von Müll läßt sich die Höhe des Lebensstandards ablesen; glücklicherweise haben wir hier eine steigende Tendenz. Der Müllabfall steigt um acht Prozent pro

./.

Jahr, so daß er in zehn Jahren etwa doppelt soch hoch sein wird. Darum müssen auch hier die entsprechenden Einrichtungen geschaffen werden. Die Müllverbrennung scheint der richtige Weg zu sein, weil sich die Möglichkeit bietet, ihn auf wirtschaftlicher Basis zu beseitigen. Auch hat die Müllverbrennungsanlage die Erwartungen voll erfüllt. Die Techniker versuchen auch, den bei der Verbrennung verbleibenden Dampf mit Dampfturbinen zur Stromerzeugung zu verwerten.

Bei der zweiten Müllverbrennungsanlage, die geplant ist, können wir bereits die gemachten Erfahrungen verwerten. Sie soll auch mit einem Fernheizwerk gekoppelt werden. Derzeit können wir in unserer Müllverbrennungsanlage die Hälfte der anfallenden Müllmenge verbrennen. Da jedoch der Müllanfall immer größer wird, wird die Errichtung der zweiten Verbrennungsanlage nicht das letzte Werk dieser Art sein.

Bei der Straßenreinigung bereiten die abgestellten Kraftfahrzeuge, besonders im Winter bei Schneelage, große Schwierigkeiten. Bei den Schneearbeiterlöhnen, meint der Redner, sollte man über einen gewissen Rahmen nicht hinausgehen, da sie ja in einem Verhältnis stehen müßten, zu den in anderen Gewerben festgesetzten Stundenlöhnen. Wir zahlen derzeit zehn bis zwölf Schilling, ein Bauhilfsarbeiter hat einen Stundenlohn von 10.70 Schilling, wobei festgestellt werden muß, daß die Schneearbeiterlöhne Brutto für Netto ausgezahlt werden. Daß der Stundenlohn bei den Verkehrsbetrieben etwas höher ist, liegt daran, daß man in erster Linie Schneearbeiter für die Verkehrsbetriebe gewinnen will, da ja das öffentliche Verkehrsmittel den Vorrang haben soll. Man kann aber feststellen, daß die Schneebeseitigung in den letzten Jahren rasch und gut durchgeführt wurde. Die Magistratsabteilung 48 führt eine eigene Alarmgruppe, die dauernd einsatzbereit ist. Es stehen ihr 39 Lenker und 62 Beifahrer zur Verfügung. Den Kollegen der Magistratsabteilung 48 ist für ihre ständigen Bemühungen und ihren tatkräftigen Einsatz herzlichst zu danken. Als ein besonderes Kapitel bei der Schneesäuberung wurden die sogenannten Auftausalze bezeichnet. Leider kann man auf ihre Verwendung nicht verzichten. Vorschläge über Verwendung anderer, beziehungsweise neuer Mittel, werden auf ihre Brauchbarkeit ständig überprüft.

./.

Die Verwendung von Salzsole würde die Schneebeseitigung verlangsamen, da dazu Tankwagen herangezogen werden müßten und diese ständig nachzufüllen wären, was natürlich Zeit kostet. Die Verwendung von Auftausalz ist bei uns im Verhältnis zu anderen Ländern gering und liegt pro Einwohner und Jahr bei zwei Kilogramm, in der Schweiz bei sechs, in England bei zwölf und in Amerika sogar bei 30 Kilogramm.

Gute Erfolge verzeichnete die Sperrmüllaktion. Es ist zu hoffen, daß die Bewohner unserer Stadt in Hinkunft bei größerem Sperrmüllanfall unsere Magistratsabteilung verständigen, damit diese die Müllbeseitigung gegen ein geringes Entgelt veranlaßt.

Als ein besonderes Kapitel bezeichnet der Redner die immer mehr und mehr abgestellten Autowracks. Leider ist die Rechtslage so, daß es schwierig und langwierig ist, ein stehengelassenes Auto zu beseitigen. Die Bevölkerung sollte melden, wo solche Kraftfahrzeug stehen. Die Kraftfahrerorganisationen haben sich mit diesem Problem gleichfalls befaßt. Die groß angekündigte Hilfe des ÖAMTC hat sich leider nicht verwirklicht. Man hat nämlich in der Touringclub-Zeitung geschrieben, daß man hier unbedingt helfend einspringen muß, da der "Amtsschimmel" zu langsam arbeitet und unnötig große Flächen von Parkraum durch Wracks verstellt sind. Den Erlös der durch den Touring-Club abgeschleppten Fahrzeuge kündigte man an, den SOS-Kinderdörfern zur Verfügung zu stellen. Abgeschleppt wurden vom Touring-Club insgesamt 15 Fahrzeuge, die man über die Ringstraße zum Auto-Metzker führte, dort abstellte und dann schließlich die Gemeinde Wien ersuchte, diese Fahrzeuge zu übernehmen, da ihre Beseitigung für die Behörde leichter sei. Der Redner appelliert an den ÖAMTC, diese Tatsachen in seinem Publikationsorgan zu veröffentlichen, denn nur dann sei auch weiterhin eine gute Zusammenarbeit möglich. Es sei leicht, eine Sache politisch und propagandistisch groß aufzuziehen und die Lösung des Problems dann stillschweigend anderen zu überlassen.

./.

Eine große Aktion der Magistratsabteilung 48 war die Hochwasserhilfe für Kärnten und Osttirol. Es wurde sofort eine Einsatzzug mit zwei Feuerwehr und 21 Lkw-Kippern nach Kärnten geschickt und dort eingesetzt. Mit diesen Kippern wurden 100 Pionierbrückenelemente in das vom Hochwasser betroffene Gebiet gebracht und mit Hilfe des Bundesheeres konnten damit drei Brücken instandgesetzt werden. Die Lkw wären auch zur Beseitigung von Schutt und Geröll auf den Straßen eingesetzt. In diesen 18 Tagen des Einsatzes wurden 120 Tonnen Geräte nach Kärnten transportiert, insgesamt 45.000 Kilometer mit den Einsatzfahrzeugen zurückgelegt und 34.000 Kubikmeter Schutt und Geröll beseitigt. Eine gewaltige Leistung, für die allen Teilnehmern an dieser Aktion und auch ihren Familienangehörigen, herzlichst gedankt werden muß.

GR. Maller (KLS) unterstreicht die vielfältigen und wichtigen Aufgaben, die in dieser Geschäftsgruppe zu lösen sind.

Bei den Kanälen gibt es einen großen Nachholbedarf, der wesentlich auf die Vernachlässigungen zurückzuführen ist, die in den Jahren 1934 bis 1945 entstanden sind.

Zur Wasserversorgung betont der Redner die Notwendigkeit der dritten Wasserleitung und bedauert, daß im Voranschlag dafür nur 1,5 Millionen Schilling vorgesehen sind. Die Arbeiten sollten aber vorangetrieben werden, damit wir nicht wieder mit einer Wassernot rechnen müssen.

Zu den Bädern: Wenn auch die Besucherzahlen der Warmbäder sinken, so haben sie doch noch lange nicht ihre Bedeutung verloren. Viele Wiener Familien sind nach wie vor auf die städtischen Bäder angewiesen. Er verlangt auch, daß der Bau des Dianabades beschleunigt wird, nicht nur wegen der Sportler, sondern auch wegen der Kurabteilungen.

Die Stadtreinigung steht oft im Blickfeld der Öffentlichkeit. Der Redner vermerkt kritisch, daß für die zweite Müllverbrennungsanlage nichts im Budget vorgesehen ist. Er meint auch, daß die Weltstadt Wien über zuwenig Kehrmaschinen verfügt. Gerade der Personalmangel macht es notwendig, sich mehr als bisher auf die Technik zu stützen.

./.

Der Redner macht auch auf gewisse Mißstände bei der Abstellung von Fahrzeugen aufmerksam. Gebrauchtwagenhändler und Reparaturwerkstätten stellen die Fahrzeuge auf der Straße oder auf Parkplätzen ab. Auch Lastzüge werden oft auf Parkplätzen abgestellt. Die Gemeinde Wien sollte diesen Übelstand beheben.

Abschließend gibt GR. Maller im Namen der KLS-Fraktion die Zustimmung zu den Ansätzen der Geschäftsgruppe VIII.

GR. Peter (FPÖ) fällt es auf, daß auch bei der Kanalisation die Einnahmen sinken und die Ausgaben steigen. Aus kommerziellen Gründen müsse gesagt werden, daß hier einmal eine Grenze sein muß. Auch bei den Wasserwerken sind die Ausgaben mehr gestiegen, als die Einnahmen.

Der Redner beschäftigt sich dann ausführlich mit der Wasserversorgung. Er äußert Zweifel, ob die dritte Wasserleitung die in sie gesetzten Hoffnungen erfüllen wird. Kritik übt GR. Peter auch an der Chlorierung des Trinkwassers, die zu gesundheitlichen Schädigungen führen kann. Nur mehr in Linz und Wien sei diese Chlorierung üblich. Viele andere Städte gehen schon von der Chlorierung des Trinkwassers ab und etwa auf die Ozonisierung über. Durch die Ozonisierung kann die Entkeimung des Wassers in 30 bis 60 Sekunden durchgeführt werden; bei der Chlorierung dauert sie vier bis sechs Stunden.

GR. Peter wiederholt sodann seinen bereits zweimal gemachten Vorschlag über den schrittweisen Ausbau der Nutzwasserleitung. Den Quellaufschließungen werden einmal natürliche Grenzen gesetzt sein, deshalb muß man auch an die Wasseraufbereitung denken. Man müßte daran denken, das Donauwasser entweder durch Aufbereitung für die Trinkwasserversorgung nutzbar zu machen oder aber für Industriezwecke heranzuziehen. Das gute Trinkwasser muß für den Menschen erhalten bleiben.

Das Gutachten von Univ.-Prof. Dr. Kresse über die dritte Wasserleitung zeigt, daß hier die Erwartungen zu hoch gespannt waren. Man hätte am Anfang weniger Optimismus zeigen sollen.

Zum Kapitel Bäder bemerkt der Redner, er hoffe, daß das neue Dianabad eine "olympiagerechte" Form erhalten wird.

./.

Zur Müllbeseitigung: Die Fernheizung von der geplanten zweiten Müllverbrennungsanlage am sogenannten Zwetschkenkern im 9. Bezirk müßte bereits Ende 1966 zur Verfügung stehen, da zu diesem Zeitpunkt schon die Personalhäuser des neuen Allgemeinen Krankenhauses fertig sein werden und die Wärmeversorgung der neuen großen Spitalanlage ja von dem geplanten Fernheizwerk aus erfolgen soll. Man müßte also die Fertigstellungstermine koordinieren.

Der Redner setzt sich dann für die Müllabfuhr in Müllsäcken ein, da diese Methode praktischer, personalsparender und hygienischer sei. Man sollte sie wenigstens probeweise verwenden, um entsprechende Erfahrungen zu sammeln.

Die Löhne der Schneeschaufler und jener, die beim Straßenreinigen beschäftigt sind, müßten den usuellen Löhnen in der Privatwirtschaft angeglichen werden; dann wird vielleicht der Personalmangel nicht mehr so drückend sein.

Weil wir der Meinung sind, daß noch nicht alles getan ist, um insbesondere die Wasserversorgung Wiens auch für eine weitere Zukunft sicherzustellen, wird die FPÖ den vorliegenden Ansätzen nicht zustimmen.

GR. Kowarsch (ÖVP) hebt hervor, wie notwendig der Großstadtmensch Erholung und Entspannung braucht. In diesem Zusammenhang regt er an, das Wasser in den städtischen Freibädern an kühleren Tagen zu erwärmen. Damit könnte vielerlei erreicht werden: für die Wiener könnten zusätzliche Bademöglichkeiten geschaffen werden, die Wirtschaftlichkeit der Bäder könnte erhöht und den Gaswerken ein zusätzliches Absatzgebiet eröffnet werden. Der Redner bringt einen entsprechenden Antrag ein, in dem der Wunsch ausgedrückt wird, im Interesse des Schwimmsports und der Volksgesundheit die Möglichkeit der Erwärmung des Wassers in den Schwimmbecken durch Gastauchsieder zu prüfen.

GR. Schreiner (SPÖ) verweist darauf, daß sich in der lebhaften Debatte die Erkenntnis ausdrückt, daß das klaglose Funktionieren der unter dem Namen "Öffentliche Einrichtungen" zusammengefaßten Magistratsabteilungen das pulsierende Leben unserer Stadt garantiert. Eingehend befaßt er sich mit den Wiener Bädern, die ein Glanzstück unserer Stadt darstellen.

./.

Erfreulich ist der Rückgang der Besucherzahlen bei den Brause-, Wannen- und Dampfbädern, weil sich darin die Veränderung unseres Wohnungsstandards zeigt. Das eigene Bad in der Wohnung wird in unserer Stadt endlich eine Selbstverständlichkeit.

Die Errichtung neuer Sommerbäder soll forciert werden. Die Annahme aber, daß wir derzeit zuwenig haben, stimmt leider nicht. So waren bei 136 Badetagen des Jahres 1965 zum Beispiel am Gänsehäufel die Umkleidemöglichkeiten nur an vier Tagen voll ausgenützt, am Laaerberg-Bad nur an 14 Tagen, am Kongreßbad nur an neun Tagen und am Krapfenwaldl nur an 19 Tagen. Zu weniger als der Hälfte waren die Umkleidemöglichkeiten ausgenützt: am Gänsehäufel an 123 Tagen, am Krapfenwaldl an 105 Tagen, am Laaerberg-Bad an 121 Tagen und im Kongreßbad an 117 Tagen. In den letzten Jahren haben die städtischen Sommerbäder nur an drei bis vier Tagen pro Jahr ihre Kapazität voll ausgenützt.

Zum Dianabad stellte GR. Schreiner fest, daß die Bevölkerung bis zur Fertigstellung des Neubaues noch Geduld wird haben müssem. Bisher konnte man lediglich ein Stück Grund erwerben, das aber von Althäusern umschlossen ist, deren Abbruch noch nicht absehbar erscheint.

Im Debattenbeitrag von GR. Peter ist dem Redner die überraschend vernünftige Überlegung aufgefallen, daß die Ausgaben ständig steigen und die Einnahmen gleich bleiben. Diese Bemerkung läßt auf ein zunehmendes Verständnis für ein gewisses kommerzielles Denken schließen und bedeutet einen Wandel in der Haltung der FPÖ-Fraktion. Während GR. Peter in seinem Debattenbeitrag betonte, daß die Leistungen der Geschäftsgruppe VIII die Anerkennung der ganzen Bevölkerung verdienen, hat er am Schluß den Ansätzen dieser Gruppe doch die Zustimmung seiner Fraktion verweigert, was eine Inkonsequenz darstellt.

GR. Dipl.-Ing. Dr. Strunz (ÖVP) führte es auf die meteorologischen Verhältnisse zurück, daß heuer kein Wassermangel zu verzeichnen war. Er ging auf die Frage der Qualität des Uferfiltrat-Wassers ein und betonte die Notwendigkeit einer Kläranlage für die Abwässer des rechten und des linken Donauufers.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes.) ./.

Ab morgen Samstag:

Linzer Straße in beiden Richtungen befahrbar

17. Dezember (RK) Die Arbeiten beim Umbau der Linzer Straße von Johnstraße bis Reinlgasse sind soweit fertiggestellt, daß morgen Samstag, den 18. Dezember im Laufe des Tages der Verkehr in beiden Richtungen freigegeben werden kann.

Wegen der fortgeschrittenen Jahreszeit ist es nicht mehr möglich, den endgültigen Fahrbahnbelag herzustellen. Diese, nur mehr einige Tage in Anspruch nehmenden Deckenarbeiten werden im kommenden Jahr ausgeführt werden. Es wird dann für diesen kurzen Zeitraum nochmals mit Verkehrseinschränkungen gerechnet werden müssen.

\- - -

Hubschwenktor der Nußdorfer-Schleuse ist fertig

17. Dezember (RK) Die Umbauarbeiten an der Nußdorfer-Schleuse sind soweit fortgeschritten, daß am Montag, den 20. Dezember, um 9 Uhr, das neue Hubschwenktor im Schleusenoberhaupt probeweise in Betrieb genommen werden kann.

Geehrte Redaktion!

Wir bitten Sie, obigen Termin für Ihren Bildberichterstatter festzuhalten.

\- - -

80. Geburtstag von Paul Heiterer-Schaller

17. Dezember (RK) Am 19. Dezember vollendet Dr. Paul Heiterer-Schaller, Präsident des Verwaltungsgerichtshofes i.R., das 80. Lebensjahr. Er wurde in Brünn geboren und absolvierte die Studien an der Wiener Universität. 1909 trat er in den Staatsdienst. In der Ersten Republik war er im Bundeskanzleramt tätig, seit 1925 als Ministerialrat in der Abteilung für allgemeine Beamtenangelegenheiten und Dienstrecht der Bundesangestellten. Dazu kamen später noch die Referate für Verwaltungsorganisation und Verwaltungsreform sowie für die Legislative auf dem Gebiet des Dienststrafrechts. 1938 wurde Heiterer-Schaller außer Dienst gestellt und arbeitete während der Zeit des Nationalsozialismus als Wirtschaftsberater für private Firmen. 1945 erfolgte seine Ernennung zum Sektionschef und die Betrauung mit der Leitung der Sektion II im Bundeskanzleramt, zu deren Agenden vor allem Verfassungsdienst, zentrale Personalangelegenheiten und Dienstrecht gehören. 1951 wurde er zum Präsidenten des Verwaltungsgerichtshofes bestellt. Seit 1956 befindet er sich im Ruhestand.

\- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

17. Dezember (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Inländischer Chinakohl 3.50 bis 5 S je Kilo, inländische Karotten 3 bis 7 S je Kilo, inländisches Weißkraut 2.50 bis 5 S je Kilo.

Obst: Bananen sind bereits ab 4.50 S je Kilo erhältlich und kosten bis 10 S je Kilo, Orangen sind bereits ab 4 S je Kilo erhältlich und kosten bis 10 S je Kilo.

\- - -

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes:)

Dem Bericht von Professor Liebmann war leider nicht zu entnehmen, welche Art von Kläranlagen dieser Fachmann vorschlägt. Die diesbezügliche Entscheidung bleibt also der Gemeinde Wien vorbehalten.

Man hat gehört, daß für die geplante dritte Wasserleitung ein sogenannter elastischer Konsens erteilt werden soll, über dessen Größenordnung allerdings noch nichts bekannt ist. Der Gedanke der Gewinnung von Grundwasser für Wien aus der Mitterndorfer Senke ist bereits mehr als 100 Jahre alt und es haben sich damals schon Fachleute damit befaßt.

In einer Studie wird der Wasserverbrauch des Jahres 2050 so hoch geschätzt, daß sich gegenüber dem derzeitigen Wasseraufkommen ein Manko von 280 Kubikmeter pro Tag ergäbe. Durch die derzeit laufenden Projekte würde der Abgang jedoch auf 200 Kubikmeter herabgemindert. Für diese 200 Kubikmeter pro Tag muß Vorsorge getroffen werden.

In dem Bericht der Studienkommission findet sich der Gedanke, den Neunkirchner und Wiener Neustädter Trockenschotterkegel als natürlichen Speicher für das Grundwasser der dritten Wasserleitung zu verwanden.

Der Redner berichtet über von ihm angestellte Brunnenuntersuchungen oberhalb der Kuchelau, wobei auch nach dem Hochwasser stets bakteriologisch- und chemisch einwandfreies Wasser festgestellt wurde.

Als erfreulich wird der Versuch der Wasserdesinfektion durch Chlordioxyd im Nußdorfer Wasserwerk bezeichnet. Mit dieser Methode sind auch ausgezeichnete Resulate im Oberflächenwasserwerk Wienerwaldsee erzielt worden. Glücklicherweise wird in Wien nur wenig Oberflächenwasser genutzt.

Auch andere Städte haben Erfolge bei der Behandlung von Oberflächenwasser mit mit Chlordioxyd zu verzeichnen. Zürich verwendet diese chemische Verbindung auch in einem Zweikomponenten-Verfahren zur Desinfektion des Wassers der Schwimmbäder. Die Stadt Wien könnte sich derartige ausländische Experimente zunutze machen. Der Redner erklärte sich bereit, die für einen einjährigen

./.

Versuch benötigten Chemikalien, die er nicht selbst herstellt, sondern importieren müßte, der Stadt Wien als Geschenk zur Verfügung zu stellen.

GR. Peter (FPÖ) meldete sich neuerlich zu Wort, um gegen die Vorwürfe von GR. Schreiner Stellung zu nehmen. Er erklärt, seine Bemerkungen über die Relation von Einnahmen und Ausgaben hätten sich auf alle Hauptstücke bezogen. Seine Fraktion habe deshalb stets gegen Gebührenerhöhungen plädiert, weil sie Preisauftriebstendenzen nach sich zögen. Er sei für eine Überprüfung der kommerziellen Gestion im ganzen. Da eine solche nicht feststellbar sei, habe seine Fraktion den Ansätzen ihre Zustimmung verweigert.

GR. Fucik (SPÖ) nimmt zu einigen in der Diskussion aufgezeigten Problemen Stellung, vorerst zur Entkeimung des Trinkwassers. Die Wiener Gesundheitsbehörde hat sich nicht nur an die oberste Sanitätsbehörde Österreichs gewandt, sondern auch an die Weltgesundheitsorganisation und die Auskunft erhalten, daß bisher keinerlei Schädigung durch eine Chlorierung festzustellen war. In Amerika wird diese Chlorierung in viel stärkerem Maß vorgenommen als bei uns. Wir müssen jedoch nicht nur bei allen Methoden der Entkeimung an die Güte unseres Trinkwassers denken, sondern auch daran, daß wir unsere Quellschutzgebiete ständig ausdehnen und ihre Verunreinigung verhindern.

Die Anregung, auch in Wien Papiersäcke zur Müllabfuhr zu verwenden, wird kaum aufgegriffen werden können. Die Papiersäcke zerreißen leicht und der Müll wird verstreut. Außerdem wird in Wien zur Hauptsache mit festen Brennmaterialien geheizt und die Asche in die Mistkübel geleert. So kommt es immer wieder zu Bränden in den Coloniagefäßen, selbst noch in den Müllautos. Bei einer Verwendung von Papiersäcken könnte es leicht zu Bränden kommen. Außerdem käme diese Art der Müllabfuhr bedeutend teurer.

Das Problem der Wasseraufbringung für Großstädte: Die Weltsensation unserer Tage ist das Astronauten-Rendezvous im Weltall. Wenn man aber neben diesen Sensationen auch andere Meldungen in den Zeitungen liest, kann man erfahren, daß die Stadt New York

./.

im kommenden Sommer in der Wasserversorgung einschneidende Wassersparmaßnahmen einführen muß und daß im Februar des nächsten Jahres die Trinkwasservorräte der acht Millionen-Stadt erschöpft sein werden. Zwei Meldungen, die gleichzeitig beeindrucken und nachdenklich stimmen, zeigen sie doch den Zwiespalt in der Entwicklung unserer Zivilisation. Die Aufbringung ausreichender Mengen von Trinkwasser ist heute ein weltweites Problem und selbst ein Land wie Amerika, hat auf diesem Gebiet Schwierigkeiten, die wir uns gar nicht vorstellen können. Am Schluß dieses Artikels über die amerikanische Wasserversorgung wird festgestellt, daß man bis 1970 so weit sein wird, Großstädte durch die Entsalzung von Meerwasser ausreichend mit Trinkwasser zu versorgen. Das heißt also, daß Technik und Chemie dieses Problem offenbar schon gelöst haben.

Die auf der ganzen Welt herrschenden diesbezüglichen Schwierigkeiten sollten alle Verantwortlichen dazu bringen, nicht immer zu sagen, daß gerade bei uns durch große Versäumnisse fallweise Schwierigkeiten in der Wasserversorgung auftreten. Wir sollten bei der Behandlung dieses Problems daher sachlich bleiben und nicht auf dem Rücken der Bevölkrung einen politischen Krieg führen. Der Redner verweist in diesem Zusammenhang auf einen unsachlichen und falschen Bericht des "Volksblatt" über den Stollenanschlag für die Fassung der "Sieben Quellen". Wien unternimmt alles nur mögliche, um eine ausreichende Versorgung mit gutem Wasser zu gewährleisten und immer mehr Wasser in unser Leitungsnetz einzuspeisen. Die notwendigen Maßnahmen hierzu sind die Erschließung der "Sieben Quellen", der Ausbau der Grundwasserwerke Nußdorf, Freudenau, der Ankauf und Ausbau der Wientalwasserwerke und der Laudonschen Wasserleitung, die Erfassung vieler neuer Tiefquellen aus den Grundwasserfeldern in den Quellschutzgebieten und die Nachfassung von Quellen. Durch diese Maßnahmen wurden rund 130.00 Kubikmeter Wasser täglich für Wien erschlossen. Das ist eine Menge des Tagesbedarfes von Graz, Linz und Salzburg. Für die Errichtung einer dritten Grundwasserleitung werden alle notwendigen Vorarbeiten unternommen und alle Untersuchungen weitergeführt. Der Redner ist der Meinung, daß im jetzigen Stadium das Wort allein den Fachleuten gehört.

./.

Lassen wir also jetzt die Fachleute arbeiten. Es muß doch möglich sein, auch in Moosbrunn und Ebreichsdorf zum Nutzen aller, auch der Niederösterreicher, zu einem guten Ende zu kommen.

Abschließend erklärt der Redner, daß seine Fraktion gern die Zustimmung zu dieser Geschäftsgruppe geben werde.

Stadtrat Pfoch beschäftigt sich im Schlußwort mit den Debattenbeiträgen. Die 27 Prozent erhöhten Ansätze für Müllabfuhr resultieren auch daraus, daß man nach den Erfahrungen der letzten Zeit im nächsten Jahr ebenfalls mehr Müll abführen müssen wird.

Was die Forderung nach technischen Hilfsmitteln für die Straßenreinigung betrifft, so sind die Einsatzmöglichkeiten infolge des Verparkens der Fahrbahnränder beschränkt. Deshalb ist ja auch das Schienenparkverbot in den Wintermonaten so wichtig für die Straßenreinigung. Allerdings müsse er feststellen, was die Straßenreinigung im allgemeinen betrifft, so sei Wien eine der saubersten Städte.

Zur Salzstreuung habe er zu sagen, daß hier letzten Endes nur die Alternative gelte, was hat Vorrang: Mensch oder Tier. Er habe sich für den Menschen entschieden.

Abtransport der Autowracks: Der ÖAMTC hat in der Zwischenzeit selbst bemerkt, daß es so nicht geht, wie er es sich vorgestellt hat.

Dritte Wasserleitung: Wir tun der Bevölkerung den besten Dienst, wenn wir das aus dem politischen Streit heraushalten. Alle Fraktionen des Gemeinderates müßten bemüht sein, die tatsächlich vorhandenen Wassermengen zu bekommen.

Wir können uns zum Bau einer zweiten Leitung für Nutzwasser vor allem deshalb nicht entschließen, weil nach den gesetzlichen Bestimmungen das Nutzwasser von einer so hohen Qualität sein muß, daß kein gesundheitlicher Schaden auftreten kann, wenn irrtümlich davon getrunken wird. Die Aufbereitung dieses Nutzwassers käme viel zu teuer.

Über ein zukünftiges Heilzentrum in Ober-Laa müssen die Bundesstellen noch entsprechende wasserrechtliche Entscheidungen treffen.

./.

In Moosbrunn werden die Versuche weiter fortgesetzt. Die Magistratsabteilung 15 führt seit Oktober wieder regelmäßige Messungen durch.

Beim Grundwasserwerk Lobau hat uns das Wetter einen Strich durch die Rechnung mit dem Fertigstellungstermin gemacht.

Auf welche Weise das Wasser entkeimt werden soll, wird den Wasserwerken von der Magistratsabteilung 15 vorgeschrieben und zwar als vorbeugende Maßnahme, damit keine gesundheitlichen Schäden durch den Genuß des Wassers entstehen.

Man wird alles dazu tun, um den Fertigstellungstermin des geplanten Fernheizwerkes am "Zwetschkenkern" mit jenem der ersten Bauten des neuen Allgemeinen Krankenhauses zu koordinieren. Eine Möglichkeit wäre es jedoch auch, die Gebäude mit mobilen Heizanlagen solange zu beheizen, bis die Fernwärme verfügbar ist.

Papiersäcke für die Müllabfuhr wurden erstmalig von der Bäderverwaltung im vergangenen Jahr im Gänschäufel aufgestellt. Der Versuch hat sich so bewährt, daß er im Bereich der Sommerbäder fortgesetzt werden soll.

Die Kapazität der Wiener Sommerbäder ist im großen und ganzen ausreichend. Durch die Erwärmung des Becken- und Brausewassers soll die Badesaison weiter ausgedehnt werden.

Zur Qualität des Donauwassers auf Wiener Gebiet: Der Wiener Gemeinderat hat bereits einen Planungsauftrag erteilt, damit die Abwässerklärung durchgeführt werden kann.

Auch bei uns werden Chlordioxydanlagen erprobt, bei der Chlorierung ist jedoch ein größerer Grad der Sicherheit gegeben.

Die Ablagerung von einer Tonne Müll kommt immer noch um ein Viertel billiger als die Verbrennung einer Tonne Müll. Die Ablagerung ist also noch immer die billigste, wenn auch nicht die zweckmäßigste Form der Müllbeseitigung.

Abschließend kommt Stadtrat Pfoch noch einmal auf die "Sieben Quellen" zu sprechen und äußert die Vermutung, daß die eingeladenen ÖVP-Gemeinderäte wahrscheinlich nur deshalb nicht zur Feier des Stollenanschlags gekommen sind, damit die Glosse im "Volksblatt", die die Tatsachen völlig entstellt, gebracht werden kann. Sie müssen mir nur sagen, ruft er den ÖVP-Mandataren zu, ob das eine

./.

grundsätzliche oder eine taktische Haltung war. Wenn es eine grundsätzliche Haltung ist, werden Sie für alle Veranstaltungen, die vielleicht im Bereich dieses Baustückes noch stattfinden sollten, nicht mehr eingeladen werden. (GR.Dipl.-Ing. Dr.Strunz: Sind wir Gemeinderäte der Stadt Wien oder nicht? Sie haben uns einzuladen! So etwas zu sagen, wenn man zufällig nicht dabei sein kann, ist unerhört!) Ich werde Ihnen sagen, was unglaublich ist: Unglaublich ist, daß Sie unausgesetzt und nicht immer sachliche Kritik treiben.(GR. Dipl.Ing.Dr.Strunz: Sie brauchen wahrscheinlich nur Ja-Sager, das würde Ihnen so passen!) Es ist kränkend, daß ein so großartiges Projekt so mißachtet wird. Ich bitte Sie, das zu verstehen.

Bei der von Vorsitzenden GR. Dr. Bohmann (SPÖ) geleiteten Abstimmung werden die Ansätze des VIII. Hauptstückes gegen die Stimmen der FPÖ angenommen. Die beiden ÖVP-Anträge werden dem zuständigen Ausschuß zugewiesen.

Damit sind die Beratungen über Öffentliche Angelegenheiten beendet. Die Sitzung wird morgen um 9 Uhr mit den Verhandlungen über die Ansätze der Geschäftsgruppe IX, Wohnungswesen, fortgesetzt. Referent ist Stadtrat Franz Glaserer (SPÖ).

\- - -

Die Bewerbung Wiens um die Olympischen Sommerspiele 1972

Delegation des Stadtsenates bei Kanzler und Vizekanzler

17. Dezember (RK) Heute vormittag haben Bürgermeister Bruno Marek, Vizebürgermeister Felix Slavik, Vizebürgermeister Dr. Heinrich Drimmel und Landeshauptmann-Stellvertreter Hans Mandl sowohl bei Bundeskanzler Dr. Josef Klaus als auch bei Vizekanzler Dr. Bruno Pittermann vorgesprochen, um sie über den einstimmigen Beschluß des Wiener Gemeinderates zu informieren, mit welchem die Bewerbung für die Olympischen Sommerspiele 1972 aufrechterhalten wurde. Dem Bundeskanzler und dem Vizekanzler wurden für alle Regierungsmitglieder die detaillierten Unterlagen zur Verfügung gestellt, die dem Bundesministerium für Unterricht seinerzeit bereits übermittelt worden waren.

Die Delegation ersuchte, den gleichen Vorgang einzuhalten, der anläßlich der Bewerbungen in den Jahren 1959 und 1963 geübt wurde. Auf Grund der übermittelten Unterlagen ergibt sich ein Erfordernis für die bauliche Herstellung von Sportstätten in Höhe von 660 Millionen Schilling, für Organisationskosten (Abgang) von 350 Millionen Schilling und für die Adaptierung des Olympischen Dorfes für Wohnzwecke ein Betrag von 56 Millionen Schilling.

Ferner ersuchte die Delegation, die Bundesregierung möge die Bewerbung billigen, wie dies bereits am 29. Mai 1963 mit einem Schreiben von Bundeskanzler Dr. Gorbach erfolgte. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

"Mit Beziehung auf die seitens der Österreichischen Bundeshauptstadt Wien bereits erfolgte vorläufige Bewerbung um die Zustimmung zur Abhaltung der Olympischen Sommerspiele 1968 gebe ich mir die Ehre, Sie mit der Erklärung zu begrüßen, daß die Bundesregierung diese Bewerbung wärmstens befürwortet und ganz Österreich eine positive Entscheidung als Ansporn empfinden würde, dem Projekt einen würdigen Rahmen sowie jegliche Unterstützung zuteil werden zu lassen.

Im Hinblick auf die besonderen Aufgaben, die unserem Land in einer durch Spannungen und Mißverständnisse entzweiten Welt zuge-

./.

wiesen sind, glaubt die Österreichische Bundesregierng, daß dem Ausgleich der Gegensätze und der Versöhnung der Völker nirgendwo anders ein besserer Boden bereitet wäre,als in unserem Land, welches dem Geist der Olympischen Spiele weitere Vertiefung und Verbreitung zum Nutzen der ganzen Menschheit zu erwirken bestrebt und fähig ist."

Abschließend ersuchte die Delegation den Bundeskanzler und den Vizekanzler, in Würdigung des einstimmigen Beschlusses des Wiener Gemeinderates sowie in Ansehung der Repräsentation der Republik Österreich und der Bundeshauptstadt sowie der kulturellen und wirtschaftlichen Bedeutung dieser großen Veranstaltung, die Bewerbung zu befürworten und auf eine positive Entscheidung der Bundesregierung hinzuwirken.

\- - -

Wiens Puppenmütter sind vorbildlich

17. Dezember (RK) Wie alljährlich vor Weihnachten fand auch heuer wieder die Übergabe von rund 75 herzigen Puppen an "Pflegemütter" aus städtischen Kindergärten statt. Im Rahmen von zwei reizend gestalteten Feierstunden in den Wappensälen des Wiener Rathauses und im Kindergarten im Stadtpark zeigte sich Stadtrat Maria Jacobi als vorzügliche "Mütterberatin". Die Kinder, die im Vorjahr Puppen zur Pflege erhalten hatten, kamen alle einzeln zu ihr und mußten ihr "Pflegekind", das für diesen Tag besonders liebevoll angezogen und aufgeputzt worden war, herzeigen. Nach eingehender Prüfung des "Gesundheitszustandes" der Puppen wurde den "Müttern" mittels einer Schenkungsurkunde das geliebte Kind als unverlierbares Eigentum übergeben.

Während dieser Zeremonie blickten die neuen Pflegemütter bereits erwartungsfroh auf die lange Galerie der "Kinder", die sie für ein Jahr zu treuen Handen bekommen sollten. Sie durften sie selbst aussuchen, wobei sie sich oft recht wählerisch zeigten. Zugleich mit dem Puppenkind erhielten sie auch "Merksätze für die Puppenpflege". Darin steht: "Halte Dein Puppenbaby stets rein und sauber. - Lasse Dein Puppenbaby nicht zu lange im Wasser liegen. - Ein Puppenkind trägt am liebsten die von der Puppenmutter gearbeiteten Kleider. - Sei lieb zu Deinem Puppenkind, denn sein Herz ist gar empfindlich. - Komme regelmäßig in die Puppenmütterberatung, dort findest Du Rat und Hilfe."

Die Puppen, durchwegs qualitativ erstklassig, waschbar, mit Stimme und Schlafanzügen ausgestattet, die an Kinder aus weniger begüterten Familien vergeben werden, sind sicher die bestgepflegten der Stadt. Denn die Kleinen wissen: Wenn sie ein Jahr lang schön darauf schauen, gehört das Puppenkind ihnen.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Die Straßenbahn am Heiligen Abend

18. Dezember (RK) Die Direktion der Wiener Verkehrsbetriebe teilt mit: "Um den Wünschen des Fahrpersonales entgegenzukommen, daß ein möglichst großer Teil das Weihnachtsfest im Kreise seiner Familien zu feiern in der Lage ist, wird auch heuer die bereits seit einigen Jahren geübte Praxis bei der Erstellung der Fahr- und Dienstpläne Anwendung finden.

Am 24. Dezember werden die Fahrpläne der Straßenbahn- und Autobuslinien so erstellt, daß vom Betriebsbeginn bis in die Abendstunden normaler Verkehr geführt wird. Nach 19 Uhr bis Betriebsschluß wird jedoch ein eingeschränkter Verkehr mit Zugs- und Wagenfolgen zwischen 10 und 20 Minuten geboten. Die Stadtbahn wird normal verkehren. Dadurch wird erreicht, daß einerseits insgesamt weniger Fahrbedienstete als an einem normalen Werktag Dienst leisten und daß überdies möglichst wenige Fahrbedienstete am späten Abend im Dienst belassen werden müssen. Mit anderen Worten, es kann die Mehrheit der Bediensteten das Weihnachtsfest nach dem Dienstende feiern, die am Abend Dienstleistenden jedoch vor ihrem Dienstantritt.

\- - -

In diesem Winter:

Sechs Rodelstraßen in Wien

18. Dezember (RK) Mit einer soeben erschienenen Verordnung des Wiener Magistrats wurde die Zahl der Wiener Rodelstraßen neu festgesetzt. Für die gefahrlose wintersportliche Betätigung der Großstadtkinder stehen demnach in diesem Winter folgende, bei entsprechender Schneelage für den Fahrzeugverkehr gesperrte Rodelstraßen zur Verfügung:

4, Draschepark, beide Randwege zwischen Kolschitzkygasse beziehungsweise Hauslabgasse und Seisgasse;

12, Schwenkgasse von Spittelbreiten- bis Tivoligasse;

15, Eduard Sueß-Gasse von Meiselstraße bis Märzstraße;

18, Edmund Weiß-Gasse von Littrowgasse bis Türkenschanzstraße;

18, Leschetitzkygasse zwischen Spitzergasse und Dürwaringerstraße;

19, Unterer Schreiberweg ab Mukentalerweg bis zur Grundstückgrenze Unterer Schreiberweg 105/107.

Um die Zu- und Abfahrt von Anrainer- und Lieferfahrzeugen zu gewährleisten, kann bei der Magistratsabteilung 46 (Technische Verkehrsangelegenheiten) um Ausnahmebewilligungen vom Fahrverbot in Rodelstraßen angesucht werden.

Wie bereits in der Sitzung der Wiener Straßenverkehrskommission am 30. November angekündigt wurde, wird das Wiener Stadtgartenamt auch das Rodeln in einigen Parkanlagen tolerieren - allerdings auf eigene Gefahr, weil dort eine Überwachung nicht möglich ist.

\- - -

Seminaristen der "Jungen Generation" im Rathaus

18. Dezember (RK) Heute früh empfingen die Stadträte Bock, Pfoch und Sigmund im Roten Salon des Wiener Rathauses 40 Teilnehmer des Seminars für Kommunalfragen der "Jungen Generation" Wien der Sozialistischen Partei Österreichs. Die Teilnehmer wurden vom Obmann der Jungen Generation Wien, Gemeinderat Ing. Hofmann, vorgestellt, der auch auf die staatsbürgerliche Bedeutung des eineinhalbjährigen Seminars, das nunmehr beendet ist, hinwies. Die Stadträte Bock, Pfoch, und Sigmund dankten den jungen Menschen für ihr Interesse an der Kommunalpolitik ihrer Heimatstadt.

Die Seminaristen wohnten anschließend der Budgetdebatte im Gemeinderats-Sitzungssaal bei.

\- - -

Die Budgetberatungen im Rathaus:

Das Wiener Wohnungswesen

18. Dezember (RK) Am heutigen neunten Tag der Budgetberatungen im Wiener Rathaus wurde die Verwaltungsgruppe IX (Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen) behandelt. Stadtrat Franz Glaserer (SPÖ) führte in seinem Referat aus:

"Den Bericht über das Wiener Wohnungswesen im Zusammenhang mit den Ansätzen des IX. Hauptstückes darf ich heute zum 12. Male erstatten.

Sie, meine Damen und Herren, sind mit den Wohnverhältnissen unserer Stadt - mit den Wiener Wohnungsproblemen - derart vertraut, daß es mir ganz überflüssig erscheint, einzelne Probleme besonders zu erörtern.

Wenn ich trotzdem der Meinung bin, einiges zur Situation von heute sagen zu müssen, so ist unsere Vormerkungs-Statistik der eigentliche Anlaß hiezu.

Qualitatives Wohnungsproblem

Diese Vormerkungs-Statistik zeigt wohl abermals - so wie in den Vorjahren - ein Sinken der Zahl der vorgemerkten Wohnungsuchenden. Aber im Vergleich zur Wohnbautätigkeit der Gemeinde Wien muß dieses Sinken - von den mit der Situation nicht Vertrauten - als gering angesehen werden, obwohl die Statistik gegenüber dem Vorjahr immerhin um 824 Vorgemerkte weniger ausweist. Erlauben Sie, daß ich hiezu einige Bemerkungen mache:

Betrachten wir zunächst die Bevölkerungsbewegung der letzten zehn Jahre, die vom bevölkerungspolitischen Standpunkt her gesehen, eine durchaus erfreuliche Entwicklung genommen hat.

Die Zahl der Eheschließungen ist von Jahr zu Jahr gestiegen. Gab es 1955 13.156 neue Ehen, so waren es im Vorjahr 14.847.

Noch mehr ist die Zahl der Lebendgeburten gestiegen. 1955 gab es 11.839, 1964 stieg die Zahl der Lebendgeburten auf 19.952, um 68 Prozent als 1955.

./.

Diese wenigen Zahlen aus nur zwei Statistiken allein zeigen uns schon, daß eine solche Entwicklung- so erfreulich sie ist - natürlich eine nicht geringe Auswirkung auf die Wohnverhältnisse unserer Stadt haben muß.

Die Statistik verzeichnet weiter - und wir nehmen auch dies mit großer Befriedigung zur Kenntnis - daß Wissenschaft und sozialer Fortschritt unsere Lebenserwartung beträchtlich erhöht haben.

Es wird zwar vielfach von einer Überalterung unserer Stadt gesprochen, aber die Zahl der Sterbefälle ist konstant geblieben. Das bedeutet, daß das Manko zwischen Lebendgeburt und Sterbefall immer kleiner geworden ist. 1964 hat die Zahl der Sterbefälle die der Lebendgeburten nur mehr um 5.834 überschritten.

Dieses Manko wird durch den Zuzug aus den Bundesländern wettgemacht.

Wir wissen, Wien braucht, wie jede Großstadt, diesen Zuzug zur Blutauffrischung. Wien braucht aber auch dringend die Arbeitskraft dieser zuziehenden Menschen. Insbesondere nach Abzug der Besatzungsmächte stieg der Zuzug an, aber auch der Abgang. Das heißt, die Wanderbewegung zwischen Wien und den Bundesländern - zum Teil auch Ausland - ist beachtlich größer geworden.

Die Wanderbewegung 1964 verzeichnet nicht weniger als 132.506 Zuwanderer. Dem steht ein Abgang von 102.970 gegenüber. Das ergibt einen Überschuß von rund 30.000 Menschen. In den letzten zehn Jahren betrug dieser Überschuß mehr als 220.000 Menschen.

Es gibt gar keinen Zweifel, daß eine solche Wanderbewegung auf Wiens Wohnverhältnisse eine bedeutende Auswirkung haben muß.

Bei Abwanderungen wird in den wenigsten Fällen eine Wohnung mietrechtlich frei. Bei den Zuwanderungen hingegen wird fast immer eine Wohngelegenheit benötigt, wenn ich von denen, die in den Kreis ihrer Familie zurückkehren, absehe.

./.

Aber auch hier entsteht sehr oft durch die Rückkehr Überbelag.

Eine überbelegte Wohnung ist für die darin Lebenden nie angenehm. Handelt es sich aber noch dazu um eine schlechte Wohnung, muß ein Überbelag doppelt schwer empfunden werden.

Nun stammen von unseren, nach dem Stand vom 21. März 1961 insgesamt 675.774 Wohnungen, 431.714 aus der Zeit vor dem ersten Weltkrieg. Von den aus der sogenannten Gründerzeit stammenden Wohnungen sind 230.000 nicht nur Kleinwohnungen, sondern weisen auch alle die, uns zur Genüge bekannten, Mängel auf.

Wer soll sich da noch wundern und könnte es nicht verstehen, wenn die in derartigen Wohnungen Lebenden - insbesondere angesichts der Neubautätigkeit in unserer Stadt - nicht das Verlangen nach einer gesunden, modernen und genügend großen Wohnung hätten.

Dies zeigt, wie ich glaube, sehr deutlich, daß noch viele Jahre das qualitative Problem eines der vordinglichsten bleiben wird.

Wenn ich über den privaten Wohnungssektor spreche - und insbesondere über diese für Wien typischen Mietzinswohnungen - ist es unvermeidbar, auch über die Preise zu reden, die für eine derartige, vermietbar gewordene Wohnung ganz offen begehrt werden.

Ich erspare mir die Beträge zu nennen, denn Sie können diese in den verschiedenen Zeitungsannoncen oder auf den Anschlägen der verschiedenen Wohnungsvermittlungen selbst nachlesen. Den Wohnungssuchenden ist dabei unverständlich, daß es in unserem Land niemand gibt, der diesem verantwortungslosen Treiben Einhalt gebieten könnte. Ein Zustand, den außer den Nutznießern dieser Praxis, wirklich niemand verstehen kann.

Ich kann daher nur erneut feststellen, welch großer Fehler es war, nach Ablauf des sogenannten Neuvermietungsgesetzes - 30. Juni 1958 - keine neue gesetzliche Regelung zu schaffen.

Auf die Folgen dieser Unterlassung habe ich ebenfalls schon wiederholt hingewiesen. Tausende Wohnungen stehen leer, tausende werden gehortet, tausende werden durch Umwandlung dem Wohnzweck entzogen.

./.

Immer häufiger müssen wir feststellen, daß anstelle von normalen Mietverträgen bloß ein Untermietverhältnis geschaffen wird, um auf diese Art die gesetzlichen Mietzinsbestimmungen und mehr umgehen zu können.

Angesichts dieser Erscheinung darf man sich nicht wundern, wenn die Zahl, der bei der Gemeinde Wien in Vormerkung geführten Fälle, nur sehr langsam sinkt.

7.673 Wohnungen zugewiesen

In der Zeit vom 1. Jänner bis 30. November 1965 mußte die Magistratsabteilung 50 5.642 Wohnungssuchende neu in Vormerkung nehmen. Mehr als 7.000 Ansuchen mußten abgelehnt werden, weil bei diesen die im Bundesgesetz vom 3. Dezember 1956 und der Verordnung der Wiener Landesregierung vom 11. Dezember 1956 für eine Vormerkung festgelegten Erfordernisse nicht erfüllt waren. Diese Bestimmungen werden von der Magistratsabteilung 50 nach wie vor angewendet.

Mit 30. November 1965 ergibt sich folgender Stand an Vormerkungen: 894 wegen Einsturzgefahr, 3.874 wegen bestehender und drohender Obdachlosigkeit, 144 wegen Seuchenerkrankung, 16.832 wegen Überbelages, 6.190 wegen gesundheitsschädlicher Wohnungen, 1.024 wegen getrennten Haushaltes. Das sind zusammen 28.958 Vormerkungen.

Unsere Zuweisungsgruppe hat in der Berichtszeit 7.673 Wohnungen zugewiesen und zwar 2.126 an Familien aus einsturzgefährdeten oder wegen Assanierung freizumachenden Häusern, 63 an Tbc gefährdete Familien, 1.869 an Familien aus überbelegten Wohnungen, 598 an Familien aus gesundheitsschädlichen Wohnungen, 156 an getrennt wohnende Ehepaare, 2.814 an Fälle wegen sozialen Notstandes und Mietrechtsübertragungen, 47 an alleinstehende Personen, die von einer größeren auf eine kleinere Wohnung umsiedelten. Zusammen also 7.673 Wohnungen.

./.

In der Zahl 'sozialer Notstand' ist auch die Absiedlung von 524 Hauswarten enthalten und zwar 124 aus Gemeindewohnungen, 400 aus Privathäusern.

154.371 Gemeindewohnungen

Die Wohnhäuserverwaltung, die größte Gruppe der Magistratsabteilung 52, hat vom 1. Jänner bis 30. November 1965 in Neubauten 3.987 Mietobjekte in ihre Verwaltung übernommen, davon waren 3.729 Wohnungen und 258 Geschäftsräume.

Wenn man auch die im Laufe des Jahres von der Stadt Wien gekauften 79 Althäuser mit 532 Wohnungen und 146 Geschäftsräumen dazuzählt, dann ergibt dies mit dem Stichtag vom 30. November 1965 insgesamt 162.170 Mietobjekte, und zwar 154.371 Wohnungen und 7.799 Geschäftsräume, die von der Wohnhäuserverwaltung betreut werden.

Die Zahl der Wohnungen für 'Alte Leute' hat sich im Berichtsjahr auf 585 erhöht.

Durch Abtragung von Althäusern und Zusammenlegung von Kleinwohnungen - dieses Jahr sind durch Zusammenlegung 16 Duplex-Wohnungen geschaffen worden - ist ein Abgang von 451 Wohnungen und 126 Geschäftsräumen gegeben.

Duplex-Wohnungen sind, wie bekannt, Kleinwohnungen, die in den Jahren 1950 bis 1954 in der Absicht geschaffen worden sind, zwei dieser Kleinwohnungen später, wenn die Lage auf dem Wohnungssektor es ermöglicht, zu einer Wohnung zusammenzulegen.

Ebenso bekannt sind die Schwierigkeiten, die auftreten, wenn einmal eine solche Zwillingswohnung mietrechtlich frei wird. Es ist dann meistens nicht möglich, auch die zweite Wohnung freizumachen. Die Mieter der freizumachenden Wohnungen führen die verschiedensten Gründe an, warum sie aus den Wohnungen nicht weg wollen und lehnen in der Folge jede angebotene Ersatzwohnung ab.

Wirtschaftlich wäre es natürlich am besten, wenn alle in einem Stiegenhaus gelegenen Duplex-Wohnungen zugleich freigemacht und umgebaut werden könnten. Wenn dies auch nur ein Wunschtraum der Verwaltung bleiben wird, wollen wir trotzdem weiterhin alles daransetzen, um Schritt für Schritt diese Wohnungen zusammenzulegen, so wie es seinerzeit geplant und versprochen worden ist.

./.

5.972 Wohnungen mit Zentralheizung

Die Zahl der zentralbeheizten Wohnungen hat sich bis 30. November 1965 um 1.308 erhöht und beträgt jetzt 5.972.

Unsere städtischen Wohnhäuser sind bekanntlich mit Aufzügen ausgestattet. Wir werden im kommenden Berichtsjahr den tausendsten Aufzug in Betrieb nehmen können, da wir jetzt schon über 997 Aufzüge verfügen.

In der Montagebauweise sind im laufendn Jahr 1.041 Wohnungen und 38 Lokale geschaffen worden.

Diese Wohnungen sind wegen ihres vorteilhaften Grundrisses und ihrer ausgezeichneten Ausstattung sehr begehrt. Ein Teil dieser Wohnungen ist mit Einbauschrank im Vorzimmer und mit Kücheneinrichtung versehen. Der zukünftige Mieter hat die Wahl, eine Wohnung mit diesen Einrichtungsgegenständen, oder ohne sie zu nehmen.

Durch Serienherstellung wurde für die kommenden Mieter die Möglichkeit geschaffen, die Möbelstücke preiswert zu erwerben. Diese Möbel sind nicht der Verwaltung, sondern der Lieferfirma zu bezahlen.

In den Montagebauten im 22. Bezirk, Bernoullistraße 4-8, sind auch erstmals Gemeinschaftsantennen für das Fernsehen errichtet worden. Für diese ist ein einmaliger Baukostenbeitrag von 300 Schilling zu leisten. Die Errichtung von Fernsehantennen durch die einzelnen Mieter wäre für diese nicht nur mit wesentlich höheren Spesen, sondern noch mit vielen anderen Schwierigkeiten verbunden.

In den ersten zehn Monaten des heurigen Jahres wurden 568 Ansuchen um Wohnungstausch eingereicht, von denen 437 genehmigt werden konnten, die übrigen mußten abgelehnt werden, oder wurden von den Antragstellern zurückgezogen.

Bei der Behandlung der Tauschansuchen wird äußerst tolerant vorgegangen, doch müssen selbstverständlich Täusche, durch die ein Überbelag entsteht, oder bei denen es sich um fingierte Wohnungsübertragungen handelt, abgelehnt werden.

./.

In diesem Jahr hat die Wohnhäuserverwaltung damit begonnen, die bei den städtischen Wohnhausanlagen nach den Bestimmungen des Wiener Garagengesetzes auf Privatgrund der Stadt Wien geschaffenen Personenkraftwagen-Einstellplätze in Einzelabstellplätze abzuteilen.

Diese Einzelabstellplätze sind nicht unsere Erfindung. Die Anregung kommt von den autofahrenden Mietern, die jederzeit einen gesicherten Parkplatz haben wollen. Zurzeit werden Versuche in dieser Hinsicht unternommen, ob sich diese bewähren, wird sich bald herausgestellt haben.

Im Jahre 1966 rechnet die Wohnhäuserverwaltung mit Ausgaben von insgesamt 416 Millionen Schilling, wovon 98 Millionen für die Erhaltung der Wohnhausanlagen bestimmt sind. In diesen 416 Millionen ist auch die Wertabschreibung von 100 Millionen Schilling enthalten.

Die Einnahmen werden mit rund 360 Millionen Schilling angenommen. Unter Außerachtlassung der Wertabschreibung betragen die Ausgaben 316 Millionen Schilling. Dies bedeutet, daß wir für 1966 imstande sind, fast die Hälfte der Wertabschreibung aufzubringen.

Siedlungs- und Kleingartenwesen

Bei der gleichfalls zur Magistratsabteilung 52 gehörigen Gruppe Siedlungs- und Kleingartenwesen ist zu berichten, daß im abgelaufenen Zeitraum Baurechte für eine Bodenfläche von 145.135 Quadratmeter bestellt worden sind, sodaß mit heutigem Stichtag 5,811.796 Quadratmeter Bodenfläche baurechtlich genutzt werden.

Zur Errichtung eines städtebaulichen Zentrums im Gebiete der im 21. Bezirk gelegenen Großfeldsiedlung wurden in der Egon Friedell-Gasse, Scherer Straße, Michaelstraße und Rieglgasse bisher 40 Siedlerstellen im Ausmaß von 98.014 Quadratmeter freigemacht.

Den Kleingärtnern stehen derzeit rund 5,970.000 Quadratmeter zur Verfügung. Diese Zahl hat sich gegenüber dem Vorjahr fast nicht verändert.

./.

Das Erntelandgebiet hat sich gegenüber dem Vorjahr auch nur unwesentlich um 10.000 auf 583.000 Quadratmeter vermindert.

Einer weiteren Gruppe der Magistratsabteilung 52 obliegt die Verwaltung der Obdachlosenheime.

In den Herbergen für Obdachlose gab es in der Zeit vom 1. Jänner bis 30. November 1965 460.954 Nächtigungen. Gegenüber dem Vorjahr ist ein leichtes Ansteigen der Nächtigungen festzustellen.

Im Familienheim 3, Gänsbachergasse, sind mit Stichtag 30. November 1965 81 Familien mit 332 Personen und im Heim 12, Kastanienallee 84 Familien mit 332 Personen untergebracht.

Die Durchschnittsfrequenz pro Nacht in allen Herbergen beträgt 1.380 Personen.

Für die Durchführung von Instandhaltungsarbeiten sowie Verbesserungsarbeiten dieser Heime ist im Voranschlag ein Betrag von 1,440.000 Schilling vorgesehen.

Im Lager Auhof sind derzeit 447 Räume von 302 Familien mit insgesamt 1.192 Personen bewohnt.

Als letzte Gruppe im Rahmen der Magistratsabteilung 52 möchte ich die Amtshäuserverwaltung erwähnen, die mit Stichtag 30. November 1965 144 Objekte verwaltet und zwar in Wien 86 Amtshäuser und 52 Häuser für verschiedene Zwecke, außerhalb Wiens 6 Amtshäuser, bei denen es sich um Kindererholungsheime handelt.

Wohnhäuserhaltung

Die Arbeiten der Abteilung 27, Wohnhäuserhaltung, beschränken sich nicht allein auf die reine Erhaltung des städtischen Wohn- und Treuhandbesitzes, sondern es werden auch Verbesserungen an städtischen Wohnhausanlagen, an den Wohnhausgärten, in bestehenden Waschküchen usw. durchgeführt.

Neben der Sanierung von Althäusern werden Demolierungen von alten Wohnobjekten in verstärktem Ausmaß vorgenommen. Im abgelaufenen Jahr wurden 60 Objekte abgetragen.

Soweit es die finanziellen Mittel erlaubten und das E-Werk auch Kabellegungen durchführt, beziehungsweise Trafostationen

./.

errichten konnte, wurden Verbesserungen der Anspeise- und Steigleitungen durchgeführt. Diese Verbesserungen in der Stromversorgung werden im Jahre 1966 fortgesetzt werden.

In den Siedlungen des 22. Bezirkes wurden 200 Siedlungsobjekte an das Kanalnetz angeschlossen und die bisherigen Senk- und Sickergruben aufgelassen.

Wie in den Vorjahren wurden auch 1965 in mechanischen Waschküchen alte, kohlebeheizte, oder unbrauchbar gewordene Waschmaschinen gegen gasbeheizte ausgewechselt und die hiefür notwendigen Installationen in 205 Waschküchen vorgenommen. Drei **Waschküchen** wurden erstmalig mechanisiert.

Erfreulicherweise kann wieder festgestellt werden, daß sich die mechanischen Waschküchen großer Beliebtheit bei den Mietern, beziehungsweise Hausfrauen erfreuen.

Unsere Waschküchenaktion wird natürlich auch im Jahre 1966 fortgesetzt.

Nun etwas, das ich jedes Jahr anläßlich der Budgetdebatte feststellen muß:

Bei einiger Sorgfalt der Mieter gegenüber dem Mietgegenstand, den Wohnobjekten und Wegen, den Kinderspielplätzen und Hausgartenanlagen, den Waschküchen und Aufzügen, wäre es möglich, so manchen Mehraufwand zu vermeiden.

Im Jahre 1966 wird erstmalig der Versuch unternommen, in einem Schwerpunktprogramm Anlagen hundertprozentig, das heißt in einem Zug, instandzusetzen. Allerdings wird eine solche vollständige Instandsetzung bei den ganz großen Wohnhausanlagen in einem Jahr kaum möglich sein.

Ob diese Art von Instandsetzung auch in Zukunft gehandhabt werden kann, wird dieser Versuch zeigen.

Und nun lassen Sie mich zum Abschluß, meine Damen und Herren des Gemeinderatsausschusses IX, Ihnen meinen herzlichsten Dank für die gute Zusammenarbeit während des abgelaufenen Jahres aussprechen.

Gleichzeitig gilt mein Dank auch allen Mitarbeitern meiner Geschäftsgruppe, die stets bestrebt sind, ihr Bestes zum Wohle der Wohnungs**uchenden** zu geben."

\- - -

Debatte über Wohnungswesen

In der Spezialdebatte behandelt zunächst GR.Dr.Helene Stürzer (ÖVP) das Problem alter Mensch und Wohnungen. Es wurden für die alternden Menschen verschiedene Vorkehrungen getroffen, wie Krankenhäuser, Heime. Aber es bleiben sehr viele alte Menschen übrig, die genügend rüstig wären, in einer eigenen Wohnung zu leben, wenn sie eine bekämen. Dazu gehören auch die alten ehemaligen Hausbesorgerehepaare. Vor Jahren hat die Gemeinde Wien begonnen, Wohnungen für alte Menschen zu bauen. Nun geht aber aus einer vom Stadtrat gegebenen Beantwortung einer ÖVP-Anfrage hervor, daß auf Grund gewonnener Erkenntnisse der Bau von Wohnungen für alte Leute stark reduziert werden soll. Aber man muß doch bedenken, wieviel Glück es für alte Menschen bedeutet, wenn sie ihren Lebensabend in einem eigenen Heim verbringen können! Darum unsere Forderung, doch wieder mehr Wohnungen für alte Menschen zu bauen.

Auch alleinstehende - meist berufstätige - Frauen sollten nicht gezwungen sein, womöglich ihr ganzes Leben in Untermiete zuzubringen. Es ist für sie eine starke seelische Belastung. Hier sollte man durch den Bau von Garconnièren nach allen Systemen - Sozialbau, Montagebau usw. - abhelfen.

GR. Maller (KLS) anerkennt, daß es sich bei der Geschäftsgruppe IX um eines der schwersten Arbeitsgebiete handelt. Weder der Stadtrat noch die Beamten haben es leicht, denn sie stehen unter dem Druck der Wohnungssuchenden wie auch der intervenierenden Mandatare.

Wir stehen vor Nationalratswahlen, und es ist nicht das erste Mal, daß es zu Wohnungswahlen mit drohenden Mietzinserhöhungen im Hintergrund kommt. Es sind Angstwahlen. Hinter dem Terminus Wohnungsprobleme verbergen sich Menschenschicksale: jene, die ins heiratsfähige Alter kommen, Familien, die in gesundheitsschädlichen oder kraß überbelegten Wohnungen hausen, Untermieter, jene die einen erhöhten Mietzins zahlen müssen, und alte Mitbürger, die in höheren Stockwerken wohnen und denen der Hausherr keinen Wohnungstausch gestattet. Gerade hier muß

./.

an die ÖVP appelliert werden, ihren Einfluß bei den Hausherrn geltend zu machen, damit sie ein solches unmenschliches Verhalten ablegen. (Zwischenrufe bei der ÖVP.) Es ist nicht wegzuleugnen, daß die Volkspartei eine Hausherrenpartei ist! Sie verleugnet nur ihre Vergangenheit. Sie leugnet nicht nur, daß sie etwas mit den Hausherrn zu tun hat, sie verleugnet auch, daß sie etwas mit der Christlichsozialen Partei zu tun gehabt hat. Offensichtlich hat sie den Namen nur abgelegt, weil ihr der Terminus "sozial" nicht gepaßt hat. Sie kann auch nicht verleugnen, daß sie, weil sie zwischen 1934 und 1938 den sozialen Wohnbau unterbrochen hat, einen großen Teil Schuld an der krassen Wohnungsnot trägt. (Widerspruch bei der ÖVP. - GR. Lanc zur ÖVP: Seien Sie nicht so empfindlich, Sie sind doch eine neue Partei!)

Die Menschen haben unabhängig von Nationalratswahlen ein Recht, zu erfahren, wie sich die beiden Regierungsparteien die Lösung des Wohnungsproblems vorstellen. Da genügt es ganz einfach nicht, einen dritten Termin zu stellen. Die Bevölkerung will soziale Lösungen. Die Wohnungsfrage geht hunderttausende Wiener Familien persönlich an, aber für eine dünne Schicht ist die Wohnung nur ein Objekt der Bereicherung. Hunderte Millionen Schilling werden in Wien allein an Ablösen bezahlt; das ist ungesetzlich und somit ein steuerfreier Sonderprofit der Hausherrn. Zu gleicher Zeit hört man aus demselben Lager den Vorwurf, an die Wohnungsbewerber, sie wollen sich eine Wohnung von der öffentlichen Hand schenken lassen. Es wäre an der Zeit, den Wohnungsschacher einen Riegel vorzuschieben. Ausschließlich das Wohnungsamt sollte das Recht haben, Wohnungen zu vergeben. Durch das Fehlen des Wohnungsanforderungsrechts und die ungenügende Wohnbautätigkeit ist es sehr schwer, die wenigen vorhandenen Wohnungen gerecht zu vergeben. Die Stadtverwaltung macht es aber dem Wohnungsamt noch schwerer, weil die Wohnungsvergebung nicht unter öffentlicher Kontrolle steht. Zufrieden können mit dem derzeitigen Zustand nur die Hausherrn sein. Der Bevölkerung ist noch zuwenig bekannt, wie in Österreich rund um die Wohnung verdient wird. Die Bodenspekulanten nützen die Situation aus und arbeiten mit Gewinnen von 800 bis 1.000 und mehr Prozent.

./.

Die Baupreise könnten um 15 bis 20 Prozent niedriger sein.

Die Gemeinde allein kann das Wohnungsproblem nicht lösen. Dazu müssen auf Bundesebene verschiedene Voraussetzungen geschaffen werden.

Der Redner forderte gesetzliche Maßnahmen gegen den Wohnungsschacher, gegen überhöhte Grund- und Baupreise sowie für das Recht auf Wohnungstausch und für einen Schutz der Untermieter. Das Land Wien könnte eine Abgabe für ungenützte Wohnungen einheben. In Wohnungssachen seien Geheimverhandlungen nicht zielführend, denn mit den Vertretern der ÖVP sitzen stets die Hausherrn am Verhandlungstisch, die nur durch den Druck der breiten Öffentlichkeit zu Konzessionen veranlaßt werden könnten. Es gäbe auch die Möglichkeit, die Vorschläge der Parteien in einer Volksbefragung der Bevölkerung vorzulegen.

GR. Maller ging sodann auf die Frage der Kleingartensiedlungen ein und kritisierte die Absiedlungen von Schrebergärtnern ohne Beistellung eines Ersatzgrundstückes. Ferner wies er auf die Notlage jener Siedlungsgenossenschaften hin, deren Baurechtsverträge mit der Stadt Wien aus der Zwischenkriegszeit stammen. Diese Verträge müßten den geänderten Verhältnissen angepaßt werden.

Die KLS-Fraktion könne den Ansätzen der Geschäftsgruppe IX keine Zustimmung erteilen.

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) bedauerte, daß in der Wohnungsfrage alles beim alten geblieben sei, auch die Zahl der Wohnungsuchenden. Die Hoffnungen auf konkrete Ergebnisse der Wohnungsverhandlung in der Regierung hätten sich nicht erfüllt. Nicht einmal Teillösungen seien erreicht worden.

Es gäbe noch immer keine öffentliche Kontrolle für die Wohnungsvergebung. Wenn man schon die Gründe für die Zuweisung nicht bekanntgeben will, könnte man doch Namen und Anschrift der Eingewiesenen veröffentlichen. Daß dies nicht geschieht, sei ein psychologischer Fehler, der in der Öffentlichkeit ein falsches Bild der Sachlage hervorrufe. Die FPÖ werde den Ansätzen der Geschäftsgruppe IX nicht zustimmen.

./.

GR. Leinkauf (ÖVP) erklärt, daß ihn Vorkommnisse der letzten Zeit dazu bewogen haben, das Auhoflager zu besuchen. Die Zustände, die zum Teil in diesem Lager herrschen, sind wirklich erschütternd, vor allem wenn dadurch Kinder betroffen werden. Die Fürsorge müßte gerade diesen Kindern viel mehr Augenmerk zuwenden. Als unnötig erachtet er die Bewachung durch die Rathauswache. Es gibt schließlich Menschen, die sich schon durch eine Uniform allein gereizt fühlen, außerdem sei diese Maßnahme nicht notwendig. Der Redner appelliert, alles zu unternehmen, um zur Errichtung eines modernen Obdachlosenhauses zu kommen. Außer einem menschlichen und sozialen Problem, sei dieses Lager auch ein kulturelles, da es an der Einfallstraße nach Wien liegt. Viele Fremde kommen an diesem Lager vorbei, und könnten bei näherem Hinsehen den schlechtesten Eindruck von unserer Stadt bekommen. Wir müssen rasch an die Arbeit gehen, denn schließlich ist Wien eine Stadt, die wie keine andere als Europa-Hauptstadt prädestiniert ist, und sich ein derartiges Lager auch aus diesem Grunde nicht leisten kann.

GR. Dr. Bohmann (SPÖ) ging auf die Ausführungen von Stadtrat Glaserer ein, der unter anderem darauf verwiesen hatte, daß die Zahl der Vormerkungen von Wohnungsuchenden im Jahr 1965 um 824 reduziert werden konnte. Derzeit haben wir einen Stand von etwas mehr als 28.900 Vorgemerkten. Diese Tatsache könnte dazu verleiten, die Situation vielleicht ein kleinwenig optimistisch zu beurteilen. Wenn man aber die ungeheuren Leistungen, die die Gemeinde Wien gerade auf dem Wohnungssektor vollbringt, in Betracht zieht, erscheint daran gemessen der erzielten Erfolg als zu gering. Leider müssen 50 Prozent des Wohnraumes, den wir im sozialen Wohungsbau schaffen, nur dazu verwendet werden, um den sogenannten akuten Wohnungsnotstand zu beseitigen. Mehr als 2.000 Wohnungen mußten heuer allein für die dringendsten Fälle, wie Obdachlosigkeit, Assanierungs- und Einsturzfälle, verwendet werden.

Die Gemeindeverwaltung wird sich selbstverständlich auch nicht der Aufgabe entziehen, Wohnungen für Schwerstbehinderte einzurichten. Es sei aber kaum zweckmäßig, bei der Wohnbauplanung solche Wohnungen konzentriert einzuplanen, da ja gerade ein körperlich behinderter Mensch eine Wohnung möglichst nahe seiner Arbeitsstätte bekommen müßte.

./.

Leider liegt aber nicht nur die Bereitstellung von Wohnungen auf den Schultern der Gemeinde Wien, sondern auch die Reduzierung des qualitativen Notstandes, der gerade in unserer Stadt sehr groß ist. Die breite Masse der Bevölkerung ist ja nicht in der Lage, eine Wohnung aus eigenen Mitteln anzuschaffen und hofft daher auf die Hilfe der Gemeinde.

Durch die glücklicherweise steigende Geburtenzahl, die Zuwanderung und durch die höhere Lebenserwartung werden wir also auch in Zukunft zu keiner spürbaren Erleichterung auf dem Wohnungssektor kommen. Ein Viertel der Wiener Wohnungen ist städtischer Besitz und unterliegt einer vernünftigen sozialen Bewirtschaftung. Drei Viertel der Wohnungen sind aber in privater Hand, und dort ist in den meisten Fällen nicht der Mensch das Maß aller Dinge, sondern der Profit. So wird heute für eine Zweizimmer-Wohnung eine Ablöse von 100.000 Schilling und mehr verlangt. Viele Privatwohnungen werden zweckentfremdet als Büro, Lagerräume oder für Garagen verwendet. Es müßte daher auch der private Wohnungsbesitz dazu verpflichtet werden, bei der Verbesserung des akuten und qualitativen Notstandes mitzuhelfen. Das sei kein unbilliges Verlangen, und dieses werde daher heute bereits von weiten Kreisen, nicht nur von den Sozialisten, erhoben.

Wir haben es mit Bedauern zur Kenntnis genommen, daß die Beratungen über die Regelung der Mietenfrage abgebrochen wurden. Sie sind gescheitert, weil die Frage des Mietzinses nicht gelöst werden konnte; die Hausbesitzer verlangten eine sofortige Mietzinserhöhung.

In der Wohnungsfrage leistet die Gemeinde Wien einen echten und positiven Beitrag, indem sie baut, baut und wieder baut. (Zwischenruf von GR. Leinkauf, ÖVP: Prinke baut auch!) Dazu ist zu sagen, daß jeder Wohnraum, der mit öffentlichen Mitteln errichtet wird, auch der öffentlichen Bewirtschaftung unterliegen müßte. (Zurufe aus den Bänken der ÖVP-Mandatare: Richtig! Damit sind wir einverstanden!)

Vizebürgermeister Slavik hat in der Generaldebatte als Ziel bekanntgegeben, rund 15.000 Wohnungen jährlich zu schaffen.

./.

Da der gegenwärtige Altbestand auf rund 250.000 Einheiten geschätzt wird, sollte es mit dem Bau von 15.000 Wohnungen jährlich möglich sein, in 18 bis 20 Jahren diesen Altbestand zu erneuern.

Wenn ÖVP-Gemeinderat Dr. Bauer vom "Zinsgeier des Stadtkapitalismus" gesprochen hat, dann muß man ihm empfehlen, den kapitalistischen Wohnbau in Wien zu studieren, denn auch in Wien gibt es so etwas - zum Beispiel am Modenapark, wo bereits vor fünf Jahren der monatliche Mietzins pro Quadratmeter 50 Schilling kostete, so daß für eine Durchschnittswohnung 2.000 bis 3.000 Schilling Zins gezahlt werden müssen. Das ist kapitalistischer Wohnungsbau, nicht der Wohnungsbau der Gemeinde Wien.

Die SPÖ-Fraktion wird den Ansätzen zustimmen.

GR. Hahn (ÖVP) erklärt, er habe es erwartet, daß die KLS-Fraktion auch heute ihre neue Linie fortsetzen werde, die ÖVP anzugreifen und die SPÖ mit Samtpfoten zu behandeln. Wenn GR. Maller von der ÖVP als Hausherrenpartei gesprochen hat, dann ist dazu zu sagen: Die ÖVP ist stolz darauf, daß sie seit 1945 in Österreich 200.000 Häuser für Hausherren, nämlich für Eigenheimbesitzer, schaffen konnte, unter denen es zahlreiche Arbeiter gibt.

Zum Problem der rückwirkenden Grundsteuererhöhungen stellt GR. Hahn die Frage, wieso im Gemeinderatsausschuß IX im Jahr 1965 beim Siedlungs- und Kleingartenwesen drei Erhöhungen beschlossen werden mußten, so daß der Voranschlagsansatz mit 3,330.000 Schilling bereits um das Dreifache überschritten wurde - und das nicht bei den Villenbesitzern, sondern bei den städtischen Kleingärten. Wieso sind im Voranschlag 1966 nur 1,459.000 Schilling vorgesehen? Dieser Ansatz scheint nicht richtig zu sein, denn drei Millionen bisherige Erhöhungen können auch durch Ratenzahlungen bis 1968 nicht so aufgeteilt werden, daß nur eine jährliche Erhöhung von 300.000 Schilling herauskommt. Auch die Mieter in Gemeindebauten werden höher belastet werden als nur mit zusätzlichen vier Millionen.

./.

Zur Mietenentwicklung in den Gemeindebauten erklärt GR. Hahn, daß die Mieteneinnahmen der Gemeinde Wien innerhalb von fünf Jahren (von 1960 bis 1964) bei in diesem Zeitraum errichteten knapp 20.000 Wohnungen von 117 auf 179 Millionen gestiegen sind, das ist eine Erhöhung um 62 Millionen oder um mehr als 50 Prozent, und zwar bei einem Wohnungsplus von zirka 15 Prozent. Es ist also zu fragen, ob das SPÖ-Plakat, nach dem die SPÖ uns vor Mietenerhöhungen bewahrt, auch auf die Gemeindebauten anzuwenden ist.

Der Redner erinnert sodann an einen Antrag der ÖVP von 1962, in dem verlangt wurde, die Jahresdurchschnittsmieten nach der jährlichen Gesamtbaukostensumme zu berechnen, um Mieter von besonders ungünstigen Projekten nicht zu benachteiligen. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Als krasses Beispiel für eine Benachteiligung nennt der Redner einen Gemeindebau in der Negerlegasse im zweiten Bezirk, in dem für eine Wohnung der Type C 400 Schilling Miete verlangt werden, um die Ecke am Czerninplatz jedoch für die gleiche Wohnung 600 Schilling. Die Mieter vom Czerninplatz verstehen natürlich nicht, warum sie im gleichen Haus um die Hälfte mehr zahlen müssen.

Sodann richtet der Redner an den Berichterstatter die Frage, wie hoch im Jahr 1965 der höchste, der niedrigste und der durchschnittliche Monatszins in den Gemeindebauten ist.

Es wäre zu erwägen, ob nicht vom Gemeinderat eine Mietenhöchstbelastung wie es auch im sozialistischen Antrag Pittermann-Proksch bei der Finanzierung der Wohnungsneubauten mit einer höchstzumutbaren Belastung von fünf Schilling pro Quadratmeter vorgesehen ist, beschlossen werden soll.

Zur Verteilung der Wohnungen stellt der Redner fest: Zunächst wäre es wichtig, zu wissen, wie die 29.000 Vorgemerkten sich nach Familienstand und Kinderanzahl aufteilen. Dem Statistischen Jahrbuch der Stadt Wien 1964 ist folgende interessante Aufschlüsselung der 6.343 in Gemeindewohnungen eingewiesenen Mieter zu entnehmen: eingewiesen wurden 888 Einzelpersonen oder 14 Prozent, 1.619 Ehepaare ohne Kind und 2.041 Ehepaare mit einem Kind. Das sind 57 Prozent der Eingewiesenen in Zwei-Zimmerwohnungen.

./.

Hingegen wurden nur 1.594 Familien mit zwei und drei Kindern, das sind 24,7 Prozent, und 201 Familien mit vier bis elf Kindern, das sind drei Prozent, in Gemeindewohnungen eingewiesen. Das Verhältnis 57 Prozent zu 24 Prozent erscheint äußerst ungerecht.

Stadtrat Glaserer hat es selbst auch gesagt, daß man das Wohnungsproblem auf den gemeindeeigenen Sektor allein nicht lösen könne. Dem Stadtrat stehen zur Erfüllung der sozialen Fälle maximal 3.000 Wohnungen jährlich zur Verfügung. Man sollte daher keine falschen Hoffnungen bei den Wohnungssuchenden erwecken.

Bei der neuen Wiener Wohnbauaktion zeigt sich deutlich, daß die Nachfrage nicht so groß ist, weil die Tilgungsraten zu hoch sind. Das kann doch nicht Sinn eines sozialen Wohnungsbaues sein.

Er sei auch der Meinung, daß die Jugend bereit sei, zum Erwerb einer eigenen Wohnung beizusteuern. Die jungen Leute verstehen, daß man von ihnen Opfer verlangt. Sie verstehen aber nicht, daß Ehepaare, denen es besser geht, oft verhältnismäßig rasch eine Gemeindewohnung erhalten.

Der Redner bringt dann einen Antrag ein, in dem es heißt, daß Gemeinnützige Baugenossenschaften und Wohnbaugesellschaften, die sich verpflichten, in ihren Bauten beim Wohnungsamt vorgemerkte Wohnungssuchende aufzunehmen, bei der Zuteilung von öffentlichen Wohnbaumitteln, zu denen von Wien gesetzlich vorgeschriebene Zuschüsse geleistet werden, und bei der Vergabe von Baurechtsgründen bevorzugt berücksichtigt werden sollen. Dazu sollen Bestimmungen ausgearbeitet werden, wonach die Gemeinde Wien für sozial bedürftige Wohnungswerber den erforderlichen Baukostenzuschuß - je nach Familienstand und Einkommen gestaffelt - an die Wohnungsgenossenschaften direkt überweist oder den Wohnungswerber für die Bezahlung des Baukostenzuschusses ein langfristiges unverzinsliches Darlehen gewährt. Wenn dieser Antrag angenommen wird, dann haben wir in der Bundeshauptstadt einen eigenen Beitrag zur Linderung des Wohnungsproblems geleistet.

Abschließend erklärt der Redner im Namen der ÖVP-Fraktion, den Ansätzen für das Wohnungswesen zuzustimmen.

./.

GR. Windisch (SPÖ) stimmt mit seinem Vorredner überein, daß die Gemeinde Wien allein das Wohnungsproblem in Wien nicht lösen können wird. Er verweist darauf, daß von den 717.000 Wohnungen, die es derzeit in Wien gibt, 65 Prozent vor dem Jahr 1919 gebaut wurden.

Das Gerede von der möglichen Modernisierung der Altwohnungen glaubt niemand mehr, wenn er sieht, in welchem Zustand sich diese Altwohnungen befinden. Der überwiegende Teil muß beseitigt werden. Wir werden bei der Lösung dieses Problems nur weiterkommen, wenn wir den Mut haben und vom Bundesgesetzgeber die Möglichkeit bekommen, großzügigst zu assanieren, das heißt, ganze Stadtviertel zu beseitigen, bei denen keine Bedenken hinsichtlich des historischen Werts bestehen. Das muß unter weitestgehender Berücksichtigung der dort wohnenden Menschen und der Geschäftsleute geschehen.

Gemeinderat Dr. Bauer und Gemeinderat Hahn haben bedauert, daß es im Bund zu keiner Lösung des Gesamtproblems gekommen ist. Sie hätten aber auch sagen sollen, warum es nicht dazu kam. Es kam nicht dazu, weil wir die Forderung der Volkspartei nach genereller Erhöhung der Mietzinse abgelehnt haben. (Widerspruch bei der ÖVP.) Wenn Dr. Bauer weiter von einem linksmonopolistischen Wohnungsbau gesprochen hat, dann kennt er offensichtlich die Bautätigkeit des Vereins der Freunde des Wohnungseigentums nicht. Er wird doch nicht den Prinke-Verein als linksmonopolistisch bezeichnen. Es stimmt auch nicht, daß, wie er sagt, für die Wohnung nichts, für alles andere alles ausgegeben wird. Es stimmt jedenfalls nicht bei den jungen Menschen. Von zehn jungen Menschen, die zu mir kommen, sind acht bereit, auch für den Erwerb einer Wohnung etwas zu bezahlen. Die anderen zwei sind nicht bereit, weil sie nicht mehr können, weil sie schon Kinder haben. Und für diese wird immer wieder die Gemeinde Wien einspringen müssen.

Gemeinderat Dr. Schmidt meinte, die Zahl der Wohnungssuchenden sei gleich geblieben. Damit aber kein falsches Bild entsteht, muß man hinzufügen, daß die vorgemerkten Personen nicht die gleichen sind. Und wenn er sich gegen den Wohnungsschacher wendet, dann rennt er bei uns offene Türen ein.

./.

Gemeinderat Maller hat gefragt, wie sich die Regierungsparteien die Lösung des Wohnungsproblems vorstellen. Für die Sozialistische Partei kann ich ihm antworten, er möge sich unser "Programm für Österreich" durchlesen. Danach soll die jährliche Wohnbaukapazität auf 50.000 Wohnungen erhöht, der Besitz mehrerer aus öffentlichen Mitteln erbauten Wohnungen unterbunden, billige Baugründe zur Verfügung gestellt, der Wohnungstausch erleichtert werden usw. Das wollen wir verwirklichen, wenn uns die Bevölkerung dazu in die Lage versetzt oder wenn die Volkspartei auf Bundesebene eine vernünftigere Haltung einnimmt als bisher.

Die Kinder im Lager Auhof sind tatsächlich sehr zu bedauern. Man sollte sich um sie seitens der Fürsorge mehr kümmern, sofern dort asoziale Menschen leben, sollte man versuchen, die zu resozialisieren, indem man sie auf die ganze Stadt verteilt. Das Problem liegt nicht darin, daß die Gemeinde dort zu wenig tut, sondern darin, daß dort Menschen zusammenkommen, die sich zum Teil selbst aus der Gesellschaft ausgeschlossen haben oder aus der Gesellschaft ausgestoßen wurden.

Wir nehmen mit Befriedigung zur Kenntnis, daß in dem von GR. Hahn verlesenen Programm des Katholischen Familienverbandes nichts mehr über die Mieten enthalten ist. In dem Programm aus dem Jahre 1963 war noch die Forderung nach Erhöhung der Mieten für Sicherung des Althausbestandes enthalten. Wir nehmen diesen Wandel in der Gesinnung mit Befriedigung zur Kenntnis.

Stellen wir das Wohnungsproblem unserer Stadt außer jede böswillige parteipolitische Diskussion, betrachten wir den Mieterschutz als eine Selbstverständlichkeit und tun wir alles, um den Menschen mit Wohnungsproblemen ihre Sorgen zu erleichtern. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

In seinem Schlußwort stellt Stadtrat Glaserer zu der Forderung nach Wohnungen für ehemalige Hausbesorger fest, daß in den letzten zehn Jahren mindestens 5.000 alte Hausbesorger in Alte Leute-Wohnungen untergebracht wurden. Allerdings wäre es nicht möglich gewesen, eine so große Zahl von Hauswarten und anderen alten Menschen unterzubringen, wenn man sich nur auf

./.

Alte Leute-Wohnungen beschränkt hätte. Viele alte Menschen wollen in diesen Wohnungen leben, andere leben wieder lieber in einer Gemeinschaft.

GR. Dr. Stürzer hat mehr Garconnièren für Einzelpersonen verlangt. Bis 1961 waren zehn Prozent der erbauten Wohnungen A-Typen, seither liegt ihr Anteil zwischen fünf und sieben Prozent. Bei einem anderen Kapitel hat ein ÖVP-Sprecher beantragt, eine Neuaufschlüsselung vorzunehmen und sieben Prozent A-Typen vorzusehen. Was hier gefordert wird, das bauen wir! (GR.Hahn, ÖVP: Auf dem Papier!) Nicht nur auf dem Papier!

GR. Maller muß die Feststellung, unter welchem Druck wir auch durch Interventionen von Mandataren stehen, eine große Selbstüberwindung gekostet haben, denn er gehört auch dazu (Heiterkeit).

Würde man Name und Anschrift der Umgesiedelten plakatieren, dann würden Gerüchte entstehen. Man müßte auch den Grund angeben - etwa eine Krankheit - und dagegen wende ich mich.

Was vom Substanzverlust an Kleingärten gesagt wurde, stimmt nicht. Es gibt heute wie eh und je rund 6 Millionen Quadratmeter Kleingartenfläche in Wien. Nur erfolgt eine Umsiedlung dieser Flächen aus dem Stadtzentrum an die Peripherie. Vielleicht ist die Zahl der Kleingärtner etwas geringer, aber nicht, weil es weniger Flächen für sie gibt, sondern weil Parzellen von 80 bis 100 Quadratmeter nicht mehr in unsere Zeit passen und eine Mindestgröße von 200 bis 250 Quadratmeter angestrebt wird. Bei Absiedlungen wurden stets alle berücksichtigt, die eine neue Kleingartenparzelle haben wollten.

In der Wohnungsfrage kann es keine Maßnahme geben, die eine sofortige Gesamtlösung bedeuten würde. Möglich sind immer nur Milderungen und Verbesserungen des derzeitigen Zustandes. Wir haben in Wien 220.000 bis 230.000 typische Mietzinswohnungen aus der Gründerzeit, die ein unerhört schwieriges Erbe darstellen. Unverständlich ist, wie Gemeinderat Dr. Schmidt einen Zusammenhang zwischen der Zuweisungspraxis der Gemeinde und den immer wieder auftretenden Wohnungsschwindlern herstellen konnte. Es wurde von dieser Stelle schon oft gesagt, daß sich niemand hineinlegen lassen soll, weil es völlig unmöglich ist, eine Gemeindewohnung durch Bestechung zu erhalten.

./.

Schuld an den Unzukömmlichkeiten sind nicht die Nichtveröffentlichung der Eingewiesenen, sondern jene Parasiten der Gesellschaft, die die Wohnungsnot ausnutzen.

Die Zeitungsmeldungen über die Vorkommnisse im Lager Auhof waren reichlich übertrieben. Es hat sich dabei einfach um eine "b'soffene G'schicht" gehandelt, wie sie in vielen Gasthäusern vorkommt. Richtig ist, daß es nun an der Zeit ist, das Auhof-Lager aufzulösen. Es besteht der Plan, das Obdachlosenheim in der Gänsbachergasse zu erweitern. Die Verteilung der Bewohner des Auhof-Lagers über das ganze Stadtgebiet ist nicht so einfach, die Konzentration auf einige Viertel aber wäre bedenklich. Kinderreiche Familien werden bereits jetzt bevorzugt aus den Obdachlosenheimen und aus dem Auhof-Lager abgesiedelt.

Behindertenwohnungen dürfte man nicht in eigenen Häusern oder Stadtvierteln konzentrieren. Am besten ist noch immer die individuelle Behandlung, die den Grad der Körperbehinderung, die Familiengröße und den Arbeitsplatz des Betreffenden berücksichtigt. Schwere Fälle müssen wenigstens in der Nähe der Verwandtschaft untergebracht werden. In jedem Jahr werden zahlreiche derartige Fälle von der Gemeinde in geeignete Wohnungen eingewiesen. In diesem Jahr waren es 255. Auf jeden Fall aber muß man die Körperbehinderten aus dem politischen Streit heraushalten.

In der Frage der Grundsteuerfestsetzung kann die Stadt Wien selbst nichts unternehmen; es können auch noch keine endgültigen Durchschnittswerte errechnet werden, weil die Bescheidausstellung noch nicht abgeschlossen ist, Bis jetzt hat sich bei den Mietzinsen eine durchschnittliche Erhöhung von 21,5 Groschen ergeben. Erleichterungen werden nach Möglichkeit gewährt, aber die gestundeten Beträge müssen bis 1968 bezahlt sein, weil 1969 neue Parlamentsbeschlüsse über die Grundsteuer gefaßt werden.

Das Wort von den Mietenerhöhungen war ein kleiner demagogischer Seitensprung von Gemeinderat Hahn.

./.

Denn er weiß genauso wie wir, daß es keine Mietenerhöhungen in Gemeindewohnungen gibt. Seit 1959 werden zwei Prozent des Bauaufwandes jährlich als Miete eingehoben. Davon wird ein Prozent als Wertabschreibung und ein Prozent für Erhaltung und Verwaltung verwendet. Der Zins ist also von den Baukosten abhängig und steigt mit diesen. Für die einmal bezogene Wohnung aber bleibt er gleich. So sind die Mietzinse für die ersten Wohnbauswiederaufbauwohnungen, die seinerzeit als sehr hoch empfunden wurden, heute durchaus durchschnittlich. Wenn die Geldverdünnung so weitergeht, werden auch die derzeit festgelegten Mietzinse in absehbarer Zeit als normal erscheinen. Der durchschnittliche Mietzins pro Quadratmeter beträgt rund fünf Schilling netto, im Montagebau jedoch 4.500 Schilling, was als großer Erfolg dieser Bauweise zu werten ist.

Bei dem angeführten Beispiel in der Greinergasse handelt es sich um eine Lückenverbauung, die dementsprechend teuer ist. Wäre dieser Bau an eine Genossenschaft vergeben worden, wie es die ÖVP immer wieder fordert, wären die Wohnungen so teuer gekommen, daß sie sich kein Durchschnittsverdiener hätte. leisten können.

Die Rechnung, wie lange es dauert, bis man bei unserer derzeitigen Wohnbautätigkeit und der Zahl der vorgemerkten Fälle zu einer Wohnung kommt, bezeichnet der Referent als falsch. Schließlich kommen immer wieder Notstandsfälle dazwischen, die auch dann berücksichtigt werden müssen, wenn die Betreffenden über keinen Vormerkschein verfügen. Wir können auch nie alle Fälle der verschiedensten Sparten in der Bedürftigkeit auf einmal lösen. Wenn wir aber nicht imstande sind, alle gleich gelagerten Fälle in absehbarer Zeit einer Sanierung zuzuführen, werden alle erledigten Ansuchen, in den Augen der anderen als Protektionsfälle gewertet werden. Es ist sehr schwierig, eine gerechte Wohnungsvergebung zu haben. Der Stadtrat versichert jedoch, daß seine Mitarbeiter und er ständig bemüht sind, zu einer möglichst vollkommenen Gerechtigkeit zu kommen.

GR. Hahn hat von den Zuwanderungen gesprochen und davon, daß diese Leute gesundheitsschädliche Wohnungen beziehen, aus denen sie dann herauswollen. Leider läßt der Hausbesitzer diese Wohnungsbesiedlung zu, ja er verlangt dafür vielfach noch eine Ablöse. Meistens sind es junge Ehepaare, die wegen besserer

./.

Arbeitsbedingungen aus den Bundesländern nach Wien kommen. Sie beziehen eine schlechte Wohnung, weil sie eben keine andere gefunden haben, und bekommen dann nach einigen Jahren Kinder, die bei einem Heranwachsen in diesen ungesunden Wohnungen natürlich gesundheitlich schwer geschädigt würden. Diese Kinder sind aber in Wien geboren, daher auch Wiener Kinder und die Wiener Bevölkerung müßte, wenn die gesundheitsschädliche Wohnung ihre Rückwirkung auf die Kinder hat, für sie sorgen. Es ist also nur richtig, wenn man diese Familien mit Rücksicht auf die Kinder aus den schlechten Wohnungen herausnimmt.

Festzustellen, daß eine Wohnung erst familiengerecht ist, wenn sie mindestens 75 Quadratmeter groß ist, sei falsch. Familiengerecht ist eine Wohnung dann, wenn sie ausreichenden Platz sowohl für die Alten wie auch für die Jungen bietet.

Den Antrag von Präsident Mühlhauser und GR. Hahn ersucht der Referent zuzuweisen.

Er stellt abschließend fest, daß einen Großteil der aufgeworfenen Fragen GR. Windisch bereits beantwortet hat. Er bittet daher nur mehr, den Ansätzen des IX. Hauptstückes die Zustimmung zu erteilen.

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des IX. Hauptstückes mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen.

Der Antrag der ÖVP wird zur Behandlung einstimmig zugewiesen.

Der Vorsitzende, GR. Planek, unterbricht hierauf die Sitzung. Die Beratungen werden Montag, den 20. Dezember, um 9 Uhr, mit der Behandlung der Geschäftsgruppe X, Wirtschaftsangelegenheiten, fortgesetzt. Referent ist Stadtrat Dr. Pius Prutscher (ÖVP).

(Ende des Sitzungsberichtes)

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Die Budgetberatungen im Rathaus:

Wirtschaftsangelegenheiten

20. Dezember (RK) Am heutigen zehnten Tag der Budgetberatungen im Wiener Rathaus wurde die Verwaltungsgruppe X (Wirtschaftsangelegenheiten) behandelt. Stadtrat Dr. Pius Prutscher (ÖVP) führte in seinem Referat aus:

"Auf den Wiener Märkten kann man zwar wie auf einem Thermometer die Preissituation ablesen, unsere Möglichkeiten durch Maßnahmen die Preissituation zu beeinflussen, sind aber beschränkt. Denn die Ursachen der Preissituation liegen außerhalb der politischen Grenzen unserer Stadt.

Es spielt die Situation der Weltmärkte mit.

Weiter ist die Wirtschaftslage innerhalb der Grenzen unseres ganzen Landes bestimmend.

Es bilden sich Preise, auch in der sogenannten 'Region Wien'. Diese hört aber nicht an den politischen Grenzen unserer Stadt auf, darum sind auch Maßnahmen innerhalb dieser Grenzen allein nur beschränkt wirksam.

Das ist besonders in einer Zeit von Bedeutung, wo Wetterkatastrophen und sonstige Einflüsse, die weit über unsere Stadt und unser Land hinausgehen, wirksam werden.

Preise und Importe

Die normale Gegenmaßnahme auf hohe Preise sind Importe. In diesem Jahr ist man aber mit diesem Gegenmittel sozusagen statt auf die Bremse auf das Gaspedal gestiegen.

./.

Dadurch, daß im Ausland zum Beispiel die Kartoffelpreise höher waren als im Inland, hat man mit den Importen nicht den Preis abgeleitet, sondern man hat sozusagen das Stauwehr aufgemacht und die Überschwemmung mit den höheren Preisen des Auslandes hereingelassen.

Anfang Juli wurde die Freigabe der Kartoffelimporte bis Ende August verlangt. Die ausländischen Preise waren hoch, die Ernteaussichten in sämtlichen europäischen Staaten bei den Kartoffeln sehr schlecht.

Die Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammer erklärte sich auf Wunsch sogar bereit, die Importe bis Jahresende freizugeben, doch machte sie auf die Gefahr aufmerksam, daß die inländischen Kartoffelpreise sich sofort an das europäische Preisniveau anpassen.

Die Arbeiterkammer stellte sich auf den Standpunkt, daß die optische Wirkung einer völligen Freigabe eventuelle Auswirkungen auf den Preissektor überwiegt. Die Arbeiterkammer sprach den Wunsch aus, die Kartoffeleinfuhr bis Jahresende freizugeben und dies geschah.

Die Preise stiegen wie bekannt. Sonderbarerweise wurden zu diesen höheren Preisen um 6,9 Prozent höhere Umsätze gemacht, als in den Vorjahren.

Daraus läßt sich auch die Notwendigkeit ableiten, die Inlandsproduktion auf einem gewissen Mengenniveau zu halten. Denn die Preise der Inlandsproduktion haben sich heuer besser gehalten und waren für den Konsumenten vielfach günstiger, als die Preise der Auslandsimporte. Auch die Freigabe der Importe bei Paradeiser wurde verlangt und wieder stimmte die Landwirtschaft zu, wies aber darauf hin, daß die ausländische Waren höher notiert. Tatsächlich hat der Importabgabepreis bei den Tomaten zwischen vier und sechs Schilling pro Kilogramm notiert. Als die Inlandernte einsetzte, wurden von unseren Erzeugern für die Tomaten 2,- bis 2.50 Schilling verlangt und nach Beendigung dieser Ernte hat der Osten sofort wieder den Preis diktiert und bis zu acht Schilling Importabgabepreis für seine Tomaten gefordert. Das Ausland hat sich also bei einer ständigen Freigabe der Tomatenimporte während der Inlandernte zurückgezogen und dann, wenn sie konnten, die Preise wieder auf den österreichischen Märkten diktiert.

./.

Als Folgeerscheinung war selbstverständlich, daß bei Beginn der österreichischen Kampagne und beim Ende der österreichischen Kampagne, als weniger Ware von der heimischen Produktion angeliefert wurde, sofort sich diese Ware an die hohen Auslandspreise angeglichen hat. Bei all den hat man den Eindruck, daß wir die europäische Zusammenarbeit erst lernen müssen.

Vorerst scheinen wir aus den verschiedenen wirtschaftlichen Systemen jeweils das ungünstigste angewendet zu haben.

So bescherte uns die Agrarsubvention der schwedischen Regierung in weiterer Folge höhere Eierpreise. In ganz Europa ist die Eierproduktion äußerst stark vor etwa 18 Monaten intensiviert worden. Vor allem die Staaten wie Polen, Dänemark, Holland und Schweden haben die Eierproduktion erhöht. Diese Eier sind von den einzelnen Regierungen der genannten Staaten stark subventioniert. So hat z.B. das schwedische Ei, für das der schwedische Bauer 1 Schilling und 12 Groschen bekam, an der österreichischen Grenze 50 Groschen gekostet. Die Differenz hat die schwedische Regierung bezahlt. Die Folge davon war, daß in Österreich ein Sterben der Legehühner begann. In weiterer Folge haben auch Holland, Schweden und sogar Polen die Legehühnerbestände sehr stark dezimiert.

Ein Marktordnungsgesetz für Eier hätte zu Zeiten der Dumpingpreise Ausgleichsabgaben für die importierten Eier abgeschöpft und heute könnte der Fonds die hohen Eierpreise ausgleichen. Vor allem aber hätte dies verhindert, daß die Zahl der Legehühner so drastisch reduziert worden wäre.

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

Die wirksamste Waffe gegen die Teuerung ist das Ausweichen auf andere Sorten. Das klassische Beispiel davon ist der Käuferstreik der amerikanischen Hausfrauen mittelbar nach 1945, die von Fleisch auf Hühner ausgewichen sind. In Wien fand ein derartiger Vorschlag der Fleischhauer bei den Hausfrauen vor einigen Jahren wenig Gehör.

Wenn nun von allen Konsumentenorganisationen und von allen anderen zuständigen Stellen das Ausweichen auf preisgünstigere Warensorten empfohlen wird, so heißt das keineswegs, daß dies

./.

ein Ausweichen auf mindere Sorten ist, sondern eben nur auf Waren anderer Art, die zu dieser Zeit preisgünstiger sind, als die teueren. Um dies den Konsumenten nahezubringen, erfolgt seit Mitte Oktober in der Rathaus-Korrespondenz ein Hinweis, welche Gemüse und Obstsorten am Vortag besonders preisgünstig waren und welche davon auch am nächsten Tag aller Voraussicht nach erhältlich sein werden.

Freilich ist es in manchen Jahreszeiten so, daß dann eine Reihe von Tagen etwa Chinakohl zum Überdruß an erster Stelle steht, wie mir das ein Kollege aud dem Haus bereits mitgeteilt hat. Dazu darf ich aber nun bitten, weiter zu lesen, es werden auch noch andere Artikel angeboten. Doch helfen diese und andere Maßnahmen wesentlich, die Teuerung zu bekämpfen und ich darf Sie bitten, dies auch zu unterstützen.

Schon bei den Preisen für Obst und Gemüse ergab es sich, wie wichtig das Einwirken auf Angebot und Nachfrage durch Information ist. Die sogenannten Schwemmen, das Überangebot an Waren, das nicht abgenommen wird, führt nicht nur zum Verderb von Dutzenden von Lastzügen, sondern verteuert im Jahresdurchschnitt auch die Preise.

Marktbeobachtung

Die periodischen Berichte des Marktamtes enthalten neben den Zufuhren die Preise der Erzeuger, des Großhandels und für die Verbraucher.

Kurzberichte zum Wochenende gehen über Tagespresse, Rundfunk und Fernsehen. An Ministerien und Kammern werden telefonisch Berichte durchgegeben.

Rundfunk, Post- und Telegraphendirektion gibt täglich einen telefonischen Bericht über preiswerte Obst- und Gemüsesorten. Die Konkurrenz vieler Anbieter auf den Märkten gibt besonders gut die Möglichkeit, preisbewußt einzukaufen.

Für die Führung unserer Märkte aber ist die entscheidende Frage: Wird in Zukunft mehr, preisbewußt oder mehr zeitbewußt eingekauft. Dies ist auch volkswirtschaftlich entscheidend. Wir sind allzu sehr gewohnt, die Preise nur von der Angebotseite her zu beeinflussen.

./.

Allerdings setzt das preisbewußte Einkaufen neben der Warenkenntnis auch die Bereitschaft voraus, die nötige Zeit für den Preisvergleich, für das Auswählen zu investieren. Dazu stellt unsere Stadt die Märkte zur Verfügung.

Trachten wir aber in der kürzestmöglichen Frist einzukaufen, verzichten wir damit auch darauf, die Preise vom Konsumenten her zu beeinflussen.

Was wir von Seite der Marktverwaltung aus dazu tun können, ist, die Märkte so auszugestalten, daß es alle Marktbenützer - Verkäufer oder Käufer - möglichst leicht haben, zu kaufen oder die Ware an den Mann zu bringen.

Hausfrau und Konsument

Die Hausfrau weiß, daß sie am Markt ihre ureigensten Kenntnisse und Fähigkeiten nutzbringend einsetzen kann. Sie kann die Ware genau in Augenschein nehmen, ohne daß irgendein Kaufzwang vorliegt. Darum ist es eine Voraussetzung des Marktes, daß er eine so große Anzahl von Verkaufsständen gleicher Art bietet, daß eine entsprechend reichhaltige Auswahl vorhanden ist.

Am Markt ist es auch möglich, die eine Ware hier, die andere Ware dort zu kaufen, wie es eben am günstigsten ist.

Da spielt auch die sogenannte Markt-Atmosphäre eine bedeutende Rolle. Nicht der uniforme sogenannte elegante Markt, sondern der Markt, der in seine Umgebung paßt, der architektonisch aufgelockert ist, zieht die Hausfrau an.

Man hat mit den sogenannten schönen Marktständen rein verkaufstechnisch nicht die allerbesten Erfahrungen gemacht.

Zum Markt gehört es auch, daß die Hausfrau weiß, daß sie jederzeit wechseln kann. Allein diese Möglichkeit übt schon entsprechende Funktion aus.

Die Märkte brauchen auch 'ihre' Sozialeinrichtungen. Mögen dies Erfrischungsstände oder auch nur eine Bank sein, um die Tasche abstellen zu können, ein schattiger Baum im Sommer oder andere Dinge, die eben dazu führen, daß man sich auf einem Markt sozusagen Daheim fühlt.

Unsere Deteilmärkte bestehen aber nicht bloß aus den Marktständen. Im Bewußtsein des Käufers gehören auch die Geschäfte der Umgebung dazu, das heißt, der Markt lebt im Zusammenhang mit seiner Umgebung. ./.

Die Schlußfolgerung für die Stadt liegt darin: Man kann nicht einfach einen Markt an einen anderen Platz transponieren, wenn die Verkehrsplaner und andere es für bequemer finden, denn damit löst man den Markt nicht nur aus dem Platz, den die Kunden gewohnt sind, sondern auch aus dem Zusammenhang mit den Geschäften, Betrieben und Gaststätten, die gemeinsam die Marktfunktion bilden. Es gibt auch eine ganze Reihe von Märkten, denen man eine preisregulierende Funktion nicht mehr zugestehen kann, weil es zu wenige Stände sind. Trotzdem wäre es verfehlt, zu sagen, sie wären funktionslos. Sie haben ihre Bedeutung für die Versorgung der umliegenden Bevölkerung. Gäbe es diese Stände nicht, so müßten neue Geschäfte gegründet werden.

Die Preisfunktion der Märkte hat noch eine besondere Bedeutung. Allen ist die Misere der sogenannten Schwemmen des öfteren im Jahr bekannt. Wenn manche Obst- oder Gemüsesorten, wie Gurken, Salat und andere in übergroßen Mengen anfallen, so geht dies oft so weit, daß diese Waren nicht einmal verschenkt werden können und verderben. Der Markt ist an sich der geeignete Ort, um solche Waren doch noch an den Käufer zu bringen.

Freilich können außer den Märkten auch Supermärkte gelegentlich sehr stark preisdrückend auftreten. Es kann durchaus auch sein, daß in weiterer Entfernung von den Märkten sehr niedrige Preise, vielleicht sogar niedrigere als auf dem Markt selbst verlangt werden.

Aber: Eines müssen wir dabei festhalten. Es ist hier immer nur ein Unternehmer, der eine entsprechende Preispolitik macht, und der Anreiz, so niedrige Preise zu machen, besteht nur solange, als er eine Konkurrenz am Platze hat. Ist diese Konkurrenz verschwunden, so ist der Anreiz weg.

Am Markt aber ist diese Konkurrenz ständig vorhanden, daher ist dort auch auf lange Frist der Anreiz gegeben, zu niedrigen Preisen anzubieten.

Marktplanung

Im vergangenen Jahr habe ich Ihnen auch berichtet, daß neben der Frage der Großmärkte auch die Frage der Detailmärkte

./.

geprüft wird. Wir erwarten in bälde hier einen Bericht der Wiener Standortberatungsstelle. Inzwischen darf ich bereits einige Teilergebnisse dieser Studie berichten.

Für einen Markt im 10.Bezirk war im vergangenen Jahr unter Post 1032/51/588, als erste **Baurate** bereits ein Betrag von zwei Millionen Schilling eingesetzt.

Der Nothnagelplatz, so ergab es sich zum **Beispiel** bei dieser Studie, kommt als Marktplatz nicht in Frage, weil die Hausfrauen aller Voraussicht nach nicht geneigt wären, den Berg hinauf zum Markt zu gehen.

Außerdem wären an diesem Platz die Fundierungskosten besonders hoch gewesen.

Wir **mußten** aus diesem Grund also das Marktprojekt am Nothnagelplatz zurückstellen und haben nun die Magistratsabteilung 18 ersucht, uns einen anderen Platz zum Verfügung zu stellen.

Bezüglich der Markthalle IX laufen seit vielen Monaten Verhandlungen, die teilweise durch Erkrankungen und sonstige Verhinderungen der Beamten der verschiedenen Abteilungen stark aufgehalten sind. Hier wollen die Verkehrsplaner die Markthalle gern an einen anderen Platz bringen. Ich persönlich bin der Meinung, daß sie an dieser Schnittstelle der einzelnen Bezirke besonders wichtig ist. Ich befürchte weiters, daß durch ein 'in den Winkel stellen' eines solchen Marktes er seine Bedeutung verliert. Man wird dies sehr sorgfältig überprüfen müssen.

Besonders im Zentrum der Untersuchung steht der Naschmarkt. Es ist ja hoffentlich jetzt s hon überall bekannt, daß nur der Großmarkt an den Südrand der Stadt verlegt wird. Der Detailmarkt des Naschmarktes ist in dieser Verlegung nicht enthalten. Es gibt zwar Projekte, die auch gleich den Detailmarkt wegverlegen wollen, meine Meinung dazu ist, daß hier besondere Vorsicht am Platze ist, weil die Versorgung der angrenzenden Bezirke durch eine solche zentrale Einrichtung besondere Bedeutung hat.

Das gleiche gilt für das Zentrum Landstraße, beziehungsweise für die Detailmärkte, für Viktualien und Fleisch, die an diesen Platz verbleiben sollen.

./.

Auch die Gelegenheits-Märkte, wie der Christkindlmarkt und andere, leben weitgehend von der sogenannten Atmosphäre des Marktes. Eine Normung der Stände nach der Marke Schrebergartenhütten vom Fließband ist der sicherste Beitrag, einen solchen Markt untergehen zu lassen.

Aber auch die Information der Produzenten ist besonders wichtig. Dies zeigt sich zum Beispiel bei Schweinefleisch. Eine Aufzucht, die größer ist als der Marktbedarf, läßt den Preis für Schweinefleisch unter die Produktionskosten sinken. Daraufhin folgt dem sogenannten 'Schweineberg' das 'Schweinetal' as heißt, es werden weniger Schweine gezüchtet. Das Angebot wird zu gering, die Preise steigen.

Die Frage der Fleischpreise wird auch immer wieder mit der sogenannten Marktbindung in Beziehung gebracht. Dazu habe ich wiederholt Stellung genommen: Nach den bisherigen Erfahrungen erscheint die Marktbindung für die Beeinflussung des Konsumentenpreises nutzlos. Dies möchte ich ebenso den Befürwortern, wie den Gegnern der Marktbindung sagen. Bekommen wir höhere Anlieferungen zu günstigen Preisen, so werden die Preise fallen. Geschieht dies nicht, so werden die Preise steigen. Mit oder ohne Marktbindung. Importe sind wie erwähnt vor allem für Schweinepreise wichtig. Freilich wirkt die Marktbindung durch zusätzliche Gebühren verteuernd. Auf längere Frist aber ist die Marktbindung der Markt-Funktion Wiens abträglich. Die Schlachtung hat ohnehin die Tendenz, von Wien über die Stadtgrenzen abzuwandern. Bei den Schweinen war dies zum Teil durch Importe und Einlagerungen ausgeglichen. Die Marktbindung fördert dies unnötigerweise. Damit schadet sie auf längere Frist gesehen der Stadt, weil sie dem Marktzweck schadet: Nämlich auf lange Frist ein möglichst großes Angebot zu erreichen. Die Marktbindung zeigt wieder: Die Wirtschafts-Region Wien endet nicht an den politischen Grenzen dieser Stadt. Es ist illusorisch, innerhalb der politischen Grenzen dieser Stadt Maßnahmen zu treffen, die außerhalb dieser Grenzen, aber im Rahmen der wirtschaftlichen Region Wien keine Gültigkeit mehr haben. Bei Rindern und Kälbern ist sowohl die Vermarktung wie die Schlachtung zurückgegangen. Derzeit weisen die Rindfleischpreise leicht fallende Tendenz auf, liegen aber noch immer etwas höher als im vorigen Jahr. Die Kalbfleischpreise, welche ebenfalls eine nachlassende Tendenz zeigen, sind an der Untergrenze fast gleich, während auf der Obergrenze noch ein etwas höherer Preis aufscheint. ./.

Auch in diesem Jahr steht im Brennpunkt des Interesses die Frage der neuen Großmärkte. Die Verkehrsschwierigkeiten wurden größer, die vorhandenen, überalterten Gebäude um ein Jahr älter und damit die Probleme dringender. Sie finden in diesem Budget für die Frage Marktplanung, Grundfreimachung usw. um zweieinhalb Millionen Schilling weniger. Das Elefantenhaar, von dem ich Ihnen voriges Jahr sprach, an dem wir hoffen, den Milliardenelefanten des Großmarktbaues auf die Bühne zu bringen, ist also erheblich dünner geworden.

Trotzdem bin ich Optimist genug, um zu hoffen, daß wir der Planung des Großmarktes um ein gutes Stück näher gekommen sind. Wenn auch auf mancherlei Umwegen.

Bei der letzten Budgetdebatte habe ich die Meinung vertreten, daß ein solches Milliardenprojekt der Stadt nicht nur vom bautechnischen Gesichtspunkt, vom Standpunkt der daran beteiligten Magistratsabteilungen beurteilt werden kann, sondern daß es vom Standpunkt der Marktbenützer durchgedacht werden muß. Eine solche Überprüfung der im Vorjahr vorliegenden Projekte ist erfolgt. Die betriebswirtschaftlichen Fragen wurden geklärt.

Wie Stadtrat Heller bei Referat der Verwaltungsgruppe VI ausgeführt hat, kann die Verlegung des Groß-Grün-Marktes von St. Marx an einen anderen Platz ungefähr Ersparungen bis zu 400 Millionen Schilling bringen. Verkehrsstudien haben den zweckmäßigsten Standort im Süden der Stadt festgestellt und alle beteiligten Magistratsabteilungen sind dabei, das für den Groß-Grün-Markt im Süden der Stadt vorliegende Projekt in allen Einzelheiten vom Standpunkt der verschiedenen Verwaltungsgruppen her zu prüfen.

Für den Groß-Fleisch-Markt, den Viehmarkt und die Schlachthöfe, die in St. Marx ungefähr am bisherigen Standpunkt errichtet werden sollen, läuft seit September eine betriebswirtschaftliche Untersuchung, die die vorliegenden Projekte ebenfalls vom Standpunkt einer rationellen Betriebsführung her überprüft. Ein Projekt des Vieh-, Fleischmarktes und der Schlachthäuser, das erhebliche Einsparungen gegenüber dem im Vorjahr vorliegenden Projekt vorsieht, soll ebenso überprüft werden, wie das des Groß-Grün-Marktes.

./.

Blumengroßmarkt

Die Untersuchungen über die Planung des Blumengroßmarktes ergaben eine interessante Tatsache. Ein erheblicher Prozentsatz der Marktbesucher benützt ein öffentliches Verkehrsmittel. Das ist vom Standpunkt der Stadt durchaus positiv. Man kam zu dem Schluß, daß der günstigste Standort des Blumengroßmarktes jener Teil von St. Marx ist, der zunächst der Straßenbahn liegt. Eine genaue Fixierung dieses Standortes kann allerdings erst bekanntgegeben werden, wenn wieder andere Untersuchungen über den Platzbedarf für den Fleischgroßmarkt abgeschlossen sind.

Von seiten des Finanzreferenten wurde mir erklärt, daß in dem Augenblick, wo zusätzliche Planungsarbeiten oder andere bauvorbereitende Arbeiten nötig sein sollten, entsprechende Zusatzkredite bewilligt werden können. Ich habe also dankend zur Kenntnis genommen, daß es sich bei der Verminderung der Mittel, die für die Marktplanung und Grundfreimachung zur Verfügung stehen, um 2,5 Millionen nicht um eine echte Streichung, sondern sozusagen nur um Budget-Kosmetik handelt. Auch im vergangenen Jahr soll alles unternommen werden, um die Frage der Großmarktplanung weiterzutreiben.

Sowohl bei der Magistratsabteilung 59, bei der Position 1.032, als auch bei der Position 1.033, bei den Schlachthofgebühren, finden Sie eine starke Diskrepanz zwischen den Einnahmen und den Ausgaben. Für den Teil des Defizits, der nicht durch hoheitliche Aufgaben im engeren Sinn, also Marktpolizei, Lebensmittelüberwachung usw. verursacht ist, haben die Abteilungen über Wunsch der Finanzgruppe Anträge auf Gebührenerhöhung gestellt. Vom betriebswirtschaftlichen und finanzwirtschaftlichen Standpunkt erkenne ich dieses Verlangen durchaus an, es muß jedoch im Begutachtungsverfahren geprüft werden, ob eine derartige Gebührenregulierung sich nicht ungünstig auf die Preise auswirken würde.

Lebensmitteluntersuchungen

Im Jahre 1965 wurden bis 30. November insgesamt 49.555 Lebensmittelpolizeiliche Revisionen durchgeführt.

Dabei wurden 22.919 Proben also praktisch bei jeder 2. Revision von Lebensmitteln und Waren genommen.

./.

1.359 Proben wurden beanstandet, in 656 Fällen wurden Anzeigen erstattet.

Von den Organen des Marktamtes wurden im Jahre 1965 bis zum 31. Oktober insgesamt 20.136 Lebensmittelproben abgenommen. Geringfügige Mängel wurden dem Betriebsinhaber zur Kenntnis gebracht und deren Behebung im kurzen Weg veranlaßt.

Ein Großeinsatz des Marktamtes wurde im Sommer ausgelöst, als bekannt wurde, daß Gemüse durch Schädlingsbekämpfungsmittel verseucht sein könnte. Es wurden dabei Gott sei Dank keine Fälle gesundheitlicher Schädigungen festgestellt. Die Untersuchungsergebnisse allerdings bestätigten, daß ausländische Karotten tatsächlich Spuren von Giften und zwar Aldrin und Dieldrin enthielten. Die Ware wurde vernichtet.

Wird bei einer Erkrankung auch nur vermutet, daß ein Lebensmittel Ursache der Erkrankungwar oder Träger der Krankheitserreger, so geht das Marktamt dem sorgfälig nach. Eine große Aktion, die nach dem Genuß einer Puddingspeise in ganz Österreich eingeleitet wurde, führte zwar dazu, daß sämtliche Erzeugnisse dieser Art aus dem Verkehr gezogen und beschlagnahmt wurden. Eine eingehende Untersuchung durch die staatliche Untersuchungsanstalt ergab aber, daß die Erkrankung auf andere Ursachen zurückzuführen war.

Die übrigen Aufgaben des Marktamtes

Zur Preisüberwachung wurden die Preise für sämtliche Fleisch- und Wurstwaren bei 10 Prozent aller Wiener Fleischhauer überprüft. Das Marktamt arbeitet auch bei der Erstellung der 'Amtlichen österreichischen Preisstatistik' (Preisindex des österreichischen statistischen Zentralamtes) mit. Kontorollen bezüglich der Naturschutzbestimmungen galten vor allem dem Verbot des Verkaufes geschützter Pflanzen, wie der Stengellosen Primel, des Enzians, der Zyklamen, sowie des Sonddorns. Erfreulicherweise kann ich berichten, daß sich 1965 keine Beanstandungen ergaben.

Bekanntlich gab es Beschlüsse des Wirtschaftsausschusses vom Oktober 1958 und seines Vorgängers vom Juni 1926, die darauf abzielten, Ansuchen um Zuweisung von Straßenständen abzuweisen. Nun schien es aber doch so zu sein, daß das Bedürfnis der Bevölkerung nach solchen Straßenständen besonders zur Nachtzeit soweit dringlich ist, daß dem Rechnung getragen werden muß. ./.

Tagsüber sieht dies - schon aus Verkehrsgründen - anders aus, obwohl manche Stände, wie Maronibrater und Blumenfrauen, das Straßenbild beleben. Besonders in Nachtzeiten sind Straßenstände zum Würstelverkauf und für andere Lebensmittel anscheinend ein Bedüfnis, da eine billige Versorgung der Bevölkerung sonst in der Innenstadt kaum möglich ist.

Auch die Automatenbuffets konnten diese Stände nicht ersetzen. Darum hat der Gemeinderatsausschuß X am 3. Juni 1965 den Beschluß gefaßt, im Einvernehmen mit den anderen zuständigen Dienststellen wieder Straßenstände auch im 1. Wiener Gemeindebezirk zuzulassen. Derzeit ist bereits ein Blumenstand genehmigt, elf Ansuchen um Würstelstände sind in Bearbeitung.

Zur Frage der Versorung der Bevölkerung gehört auch die Sperre der Betriebe während der Urlaubszeit. Hier kommen immer wieder Klagen. Aus diesen Gründen habe ich mich einige Zeit vor dem Sommer an Gastwirte und Fleischhauer gewandt und sie gebeten, die Urlaubszeiten aufeinander abzustimmen. Bei meinen Bemühungen habe ich viel guten Willen, aber auch große Schwierigkeiten gefunden. Schwierigkeiten sind aber da, um überwunden zu werden und ich hoffe, daß die Ansätze des Sommers 1965 im Sommer 1966 eine positive Fortsetzung finden werde.

Vom Wiener Schlachthof

Aus den Einnahmen ergibt sich ein errechnetes Minus von rund 880.000 Schilling. Dieser Betrag entspricht rund 20 Prozent der Ausgaben, die für die Veterinäramtsabteilungen der Bezirke errechnet werden. Der Amtstierarzt in Wien hat in seiner Person Aufgaben zu vereinigen, die der Kompetenz der Gemeinde, des Landes, der mittelbaren und der unmittelbaren Bundeskompetenz entsprechen. Mindestaufwand für die Bearbeitung hoheitsrechtlicher Agenden, wie Tierseuchenbekämpfung, Brucellose- und Tuberkulosebekämpfung, die Beaufsichtigung der tierärztlichen Praxis und Hausapotheken, Kontrolle der Gebarung mit Suchtgiften, Überwachung der Durchführung gesetzlichen Bestimmungen beim Verkehr mit Lebensmitteln tierischer Herkunft nach Paragraph zwei des Lebensmittelgesetzes, Überwachung des Fleischwarenexportbetriebes, alle Aufgaben, die mit der Ein- und Ausfuhr von Tieren und tierischen Produkten zusammenhängen, Amtssachverständigen in

./.

Tierschutz, Tierzucht, Gewerbe- und baupolizeiliche Angelegenheiten, machen ungefähr 20 Prozent der Ausgaben aus.

Die Zahl der Trichinenuntersuchungen stieg 1965 (bis Ende November) auf 218.620. Seit 1945 gab es jedoch nur drei Trichinenfunde. Der erste im Oktober 1959, der zweite und dritte jetzt im Dezember, bei Schweinen polnischer Herkunft.

Nach den Angaben der Veterinärmedizin kann ein Schwein mit einem mittelgradigen Trichinenbefall, der also makroskopisch auf keinen Fall erkennbar ist, bei Verarbeitung zum Beispiel zu Mettwurst, zu einer Massenerkrankung führen.

Der Verlauf dieser Erkrankung bei Menschen ist bekanntlich se sehr unterschiedlich. Todesfälle oder dauernde Schädigungen der Gesundheit sind keine Seltenheit.

Wenn ein Betrieb Rohware verarbeitet, muß alles verarbeitete Fleisch untersucht werden.

Es erscheint berechtigt, zumindest alles Fleisch auf Trichinen zu untersuchen, das zu Rohwurst verarbeitet wird.

Tuberkulose- und Brucellosebekämpfung

Seit Beginn des Jahres 1966 wird das Land Wien in die Bekämpfung der Tuberkulose und Brucellose bei Haustieren einbezogen. 1950 begann dies bereits auf freiwilliger Basis. Damit tritt diese Aktion in Österreich in ihr Endstadium, weil nun das gesamte Bundesgebiet in diese Bekämpfungsaktion einbezogen ist.

Schon jetzt sind viele Gebiete gänzlich frei von diesen Tierseuchen und in absehbarer Zeit wird Österreich den Anschluß an seine westlichen Nachbar- und Bundesländer gefunden haben, die zum Teil schon längere Zeit tuberkulose- und bangfrei sind.

Die Importe von Fleisch- und Fleischwaren nehmen dauernd zu. 1964 erreichten sie in Österreich mehr als 25 Millionen Kilogramm. Die Untersuchung des Auslandfleisches soll Einschleppung von Tierseuchen verhindern und dadurch den Gesundheitsschutz für die Bevölkerung gewährleisten.

./.

Wichtig ist es schon deshalb, weil etwa der Schweinepest-Virus über ein Jahr im Gefrierfleisch virulent sein kann. Die immer wieder angeschnittene Frage der Infektion mit Salmonellen des Menschen durch Lebensmittel zeigt die Problematik eines weltweiten Warenaustausches mit Ländern, die zum Teil einen niederen hygienischen Status haben. Im Jahre 1964 wurden mehr als 12 Millionen Kilogramm Fleisch untersucht.

Im Herbst 1965 ist die Maul- und Klauenseuche in unserem Land wieder - von Ungarn her - eingeschleppt worden. Man soll dies weder über- noch unterschätzen. Es handelt sich ja noch um keinen Seuchenzug, der ganze Landstriche oder auch nur ganze Bezirkshauptmannschaften erfaßt, sondern es liegen derzeit nur Einzelfälle vor.

In Wien aber haben wir bereits vor Jahresfrist begonnen, sämtliche Tiere gegen die Maul- und Klauenseuche zu impfen. Obwohl der theoretische Impfschutz nur acht Monate dauert und die Impfung nur alle zwölf Monate durchgeführt wird, kann man praktisch von einem weitestgehenden Impfschutz sprechen.

Sollte sich die Seuche im Umland von Wien stärker ausbreiten, so würde eine Reihe von Maßnahmen eingeführt, wie zwangsweiser Bahntransport, verschärfte Maßnahmen in den Schlachthöfen, Beschränkung des Personenverkehrs, verkürzte Schlachtungsfrist und besondere Beobachtung der eingelieferten Rinder

Schlachtstraße

Nach Inbetriebnahme der Schlachtstraße konnten die zuständigen Stellen den Antrag stellen, die Exportabteilung des städtischen Rinderschlachthofes St. Marx als 'Export-Schlachthof' anzuerkennen. Die Bundesrepublik Deutschland hat bereits Anerkennung des Rinderschlachthofes St. Marx als den Richtlinien des EWG-Rates zur Regelung gesundheitlicher Fragen gemäß ausgesprochen. Damit können die Interessenten im Rinderschlachthof St. Marx für den gesamten EWG-Raum Rinderschlachtungen durchführen. Dies ist darum von Bedeutung, da Fleischwarenimporte nur zugelassen sind, wenn das dazu verwendete Fleisch in anerkannten Exportschlachthöfen erschlachtet wurde.

./.

Da die Exportabteilung bereits den Mindestanforderungen der Veterinärabkommen mit Bulgarien, Jugoslawien, Rumänien und Ungarn entspricht, haben wir damit einen weiteren Schritt zur Europareife getan.

Freilich ist unsere Schlachtstraße noch kein Idealzustand, weil wir eine moderne Einrichtung in eine alte Halle einbauen mußten. Voll zur Geltung kommen wird die Schlachtstraße erst im neuen Schlachthaus.

Eine ernste Sorge im Rahmen des Schlachthauses, das noch in Betrieb ist, betrifft das Kühlhaus, das den Anforderungen nicht mehr entspricht.

Nach einem Bericht an den Gemeinderatsausschuß X am 30. Juni habe ich der Magistratsabteilung 60 den Auftrag erteilt, einen Katastrophenplan für den Ausfall des Kühlhauses vorzusehen, der im wesentlichen eine Verlagerung des Fleisches vorsieht.

Mittlerweile ist die grundsätzliche Zustimmung der Finanzgruppe zum Ankauf neuer Kühlanlagen erfolgt und nach mancherlei anderen Schwierigkeiten hat der Gemeinderatsausschuß VI am Donnerstag, dem 16. Dezember nun die Kühlanlagen bestellt. Wir werden alle Anstrengungen unternehmen müssen, um die möglichst baldige Ingangsetzung der Kühlanlage zu erreichen.

Auch mit dem Tierschutz haben wir uns zu befassen: Die Wiener sind sehr tierfreundlich und nehmen großen Anteil an Ereignissen, bei denen Tiere zu Schaden kommen. Das Veterinäramt ,zusammen mit Feuerwehr und Tierschutzverein ist bemüht, alles vorzukehren, daß bei Unglücksfällen speziell im Rahmen von Bahntransporten rasch Abhilfe geschaffen wird.

Übertretungen der Tierschutzgesetze sind gering, schwere Verstöße selten, das ist ein Ruhmesblatt der Wiener.

Die Tätigkeit des Beschaffungsamtes

Von dem Gesamtbedarf von 179,545.036 Schilling konnten wir 27,23 Prozent zu stabilen Preisen, 12,25 Prozent zu sinkenden Preisen und 60,52 Prozent zu steigenden Preisen einkaufen.

Die Preissteigerungen bezogen sich bei verschiedenen Produkten auf die Steigerungen internationaler Märkte. Die Preissteigerung bei inländischen Produkten und von Leistungen ergeben sich überall dort, wo lohnintensive Güter und Leistungen vorliegen.

Die Heranziehung von privaten Reinigungsunternehmen hat bei den Spitälern und Altersheimen zu einer gewissen Entlastung geführt.

./.

So wurden im vergangenen Jahr für das Krankenhaus Lainz 1,017.720 Schilling, für das Altersheim Baumgarten 217.012 Schilling und für die Lungenheilstätte Baumgartner Höhe 485.000 Schilling, also zusammen, 1,719.732 Schilling ausgegeben.

Die Liegenschaften im Besitz der Stadt Wien haben von 182.66 Quadratkilometer um 0,65 Quadratkilometer auf 183.41 Quadratkilometer zugenommen und der Gesamtanteil des Besitzes der Stadt Wien am Wiener Stadtgebiet ist nun von 44,58 auf 44.73 Prozent gestiegen.

Da der Umfang der Grundstücke zunimmt, vermehrt sich auch die Arbeit.

In der Rubrik Pachtzinse erwarten wir für das Jahr 1966 eine wesentliche Steigerung der Pachtzinseinnahmen von 5,7 Millionen auf sechs Millionen, da der Wiener Rathauskeller im Februar 1966 wieder in Betrieb gehen wird.

Auch der Betrieb in der städtischen Gastwirtschaft Schloß Restaurant Laxenburg, im sogenannten Grünen Haus, wurde nach erfolgter Gesamtrenovierung wieder aufgenommen.

Über die Marktbindung berichte ich in anderem Zusammenhang.

Auf die Unfallverhütung, auf die beratende und vermittelnde Tätigkeit in arbeits- und sozialrechtlichen Fragen, das gedeihliche Zusammenwirken von Dienstnehmern und Dienstgebern, wurde besonderes Augenmerk gerichtet. Als positives Ergebnis kann es angesehen werden, daß die Anzahl der Beanstandungen wegen Übertretungen der Arbeitsschutzbestimmungen merklich abnahm.

Bei den wasserrechtlichen Angelegenheiten ist vor allem die Mitwirkung bei den zahlreichen Verhandlungen im Zusammenhang mit der Fassung und Ableitung der 'Sieben Quellen' von Bedeutung.

Die Motorisierung nimmt auch auf dem Wasser zu. Hatten wir 1963 1.000 Motorboote, 1964 1.277, so sind heuer bereits 1.389 Motorboote mit Standort in Wien gemeldet."

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

Bitte vormerken:

Geehrte Redaktion!

Wir haben Ihnen bereits mitgeteilt, daß die Wahl und Angelobung des neuen Amtsführenden Stadtrates für Kultur-, Volksbildung und Schulverwaltung Getrude Sandner, morgen, Dienstag, den 21. Dezember, im Gemeinderatssitzungssaal stattfindet. Wie wir nunmehr erfahren, ist mit dem Ablauf dieses Vorganges etwa ab 12 Uhr Mittag zu rechnen.

Bitte wollen Sie diesen Termin vormerken und Ihren Berichterstatter beziehungsweise Fotoreporter davon verständigen.

\- - -

Kinder-Weihnachtsjause am Donauturm

20. Dezember (RK) Morgen, Dienstag den 21. Dezember, um 17 Uhr, gibt das Donauturm-Restaurant für 80 Kinder aus städtischen Heimen eine Jause, die mit einer Weihnachtsbescherung für die Kleinen verbunden ist. Die Initiative zu dieser Aktion ging von den Angestellten der Donauturm-Gesellschaft aus, die für bedürftige Wiener Kinder auch zahlreiche Weihnachtsgeschenke angefertigt haben.

Die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien und Wiener Firmen haben in großzügiger Weise Geschenke zur Verfügung gestellt.

Die Kinder werden am Donauturm von Stadtrat Maria Jacobi begrüßt werden, die den Veranstaltern dieser Weihnachtsaktion im Namen des Jugendamtes danken wird.

\- - -

24 "Pferde" heben mühelos 90 Tonnen

Probebetrieb der neuen Schleusentore in Nußdorf

20. Dezember (RK) Ein wichtiger Arbeitsabschnitt beim Umbau der Nußdorfer Schleuse wurde nunmehr vollendet: Heute früh wurde eines der beiden riesigen, 90 Tonnen schweren Hubschwenktore probeweise in Betrieb genommen. Es handelte sich dabei um das Tor im Schleusenoberhaupt, also um jenes, das der Donau näher liegt. Zwei kleine, synchron laufende Motoren von je 12 PS bewältigten mühelos die schwere Last; sie hoben das über Ketten laufende Tor zuerst senkrecht in die Höhe und klappten es dann in die Waagrechte um. So funktionieren nämlich die neuen Hubschwenktore, die von der VÖEST entwickelt wurden und zum erstenmal in Österreich zur Anwendung kommen. Bei dem heutigen Probebetrieb handelte es sich also gleichsam um eine österreichische "Erstaufführung". In Deutschland, am Neckar und am Dortmund-Ems-Kanal, haben sie sich bereits sehr gut bewährt. Der Vorteil der Hubschwenktore gegenüber den gewöhnlichen Hubtoren liegt darin, daß man keine hohen Türme braucht und die geöffneten, 15 Meter breiten und 11,45 Meter hohen Tore nicht als "Fremdkörper" des Stadtbildes in die Höhe ragen.

Zweck des heutigen Probebetriebes, der zur vollsten Zufriedenheit der Techniker ausfiel und zu dem sich Stadtbaudirektor Dipl.-Ing. Dr. Koller, Obersenatsrat Dipl.-Ing. Kojetinsky und Senatsrat Dipl.-Ing. Bauer (M.Abt. 49, Brücken- und Wasserbau) auf der Baustelle eingefunden hatten, war es in erster Linie, die automatischen Sicherheitsvorrichtungen auszuprobieren. Natürlich konnte der Probebetrieb nur "auf dem Trockenen", also ohne Belastung durch den Wasserdruck, durchgeführt werden. Das Tor im Schleusenoberhaupt wird noch in diesem Winter vollständig funktionsfähig sein. Der Probebetrieb beim Tor am Schleusenunterhaupt wird voraussichtlich Mitte Jänner erfolgen. Inzwischen muß noch der oberhalb des oberen Schleusentores als Bauprovisorium errichtete sogenannte Fangdamm, der das Eindringen des Donauwassers in die Baustelle verhindert, abgetragen werden. Dies wird voraussichtlich nach Weihnachten geschehen. Dazu muß natürlich das obere Schleusentor bereits im Einsatz sein.

./.

Schleusenbetrieb, Kühlwasserversorgung, Hochwasserschutz

Bekanntlich wird die neue Nußdorfer Schleuse zwei Aufgaben zu erfüllen haben: Erstens muß sie den Schleusenbetrieb im Sommer durchführen und zweitens im Winterbetrieb für die ausreichende Kühlwasserversorgung des Simmeringer E-Werkes sorgen. Darüber hinaus aber wird die neue Schleusenanlage auch einen wesentlich besseren Hochwasserschutz darstellen als bisher. Je nach den Betriebszeiten sind übrigens auch die Hubgeschwindigkeiten bei den Toren geregelt: Beim Schleusenbetrieb im Sommer werden die Tore mit einer Geschwindigkeit von 2,60 Meter pro Minute gehoben, so daß der Schleusenvorgang in 16 Minuten durchgeführt werden kann; im Winterbetrieb, wo es nicht so sehr auf die Schnelligkeit ankommt, wird die Hubgeschwindigkeit langsamer sein, nämlich 0,6 Meter pro Minute. Mit dieser "Wintergeschwindigkeit" wurde das Tor auch heute gehoben. Um die höhere "Sommergeschwindigkeit" zu erreichen, werden zwei stärkere Motoren mit höherer PS-Zahl eingesetzt.

Während die sogenannten Stemmtore bei der alten Schleusenanlage handbetrieben waren, sind die neuen Hubschwenktore vollständig mechanisiert. Nach Fertigstellung wird ein einziger Mann von einem zentralen Steuerstand aus die ganze Anlage bedienen können. Selbstverständlich ist es auch möglich, von jedem der beiden Schleusensteige das jeweilige Tor zu heben oder zu senken.

Nach dem Umbau wird das Wasser von der Donau bei geschlossenem Wehr wie über einen Nebenarm über die Schleuse in den Donaukanal fließen können. Sollte Hochwasser eintreten, können die Tore jederzeit so weit geschlossen werden, daß höchstens 100 Kubikmeter Wasser pro Sekunde in den Kanal gelangen kann. Der Hochwasserschutz wird dadurch wesentlich verbessert, daß die neue Anlage durch ihre beiden Tore doppelte Sicherheit gegen Hochwasser bieten wird, während bisher nur eines von den zwei alten Toren diesem Zweck diente. Die umgebaute Schleuse wird gegen eine maximale Hochwassermenge von 14.000 Kubikmeter je Sekunde Schutz bieten, während die alte Anlage nur für 12.000 Kubikmeter pro Sekunde ausreichte.

Die Fertigstellung der gesamten Anlage - mit den Bauarbeiten war im September 1964 begonnen worden - ist für das Frühjahr 1966 vorgesehen. Die Gesamtbaukosten betragen rund 35 Millionen Schilling.

\- - -

Debatte über Wirtschaftsangelegenheiten

In der Spezialdebatte befaßt sich GR. Gockner (ÖVP) mit Fragen der Lebensmittelkontrolle. Im Interesse der Erhaltung der Volksgesundheit werden die Lebensmittel bis zur Abgabe an den Verbraucher überwacht, um so eine hygienische Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungs- und Genußmitteln zu garantieren. Die einwandfreie Versorgung gewährleistet: die Beachtung der Rechtsvorschriften, die Lebensmittelüberwachung und -kontrolle, laufende Untersuchungen bei staatlichen und privaten Lebensmitteluntersuchungsanstalten und Maßnahmen der Produzenten und Verkaufsbetriebe selbst.

Bei der Überwachung und Kontrolle muß gefordert werden, daß Behörde und untersuchter Betrieb harmonisch zusammenwirken und der kontrollierende Beamte nicht nur ein Vollzugsorgan ist, sondern auch in beratender Funktion tätig wird. Die Betriebe selbst modernisieren laufend, um sich dem internationalen Standanzupassen und eine hygienische Warenerzeugung zu gewährleisten.

Nachdrücklich fordert der Redner, daß mehr Warenkontrollen bereits beim Warenimport und auf Großmärkten durchgeführt werden und darum auch das Problem eines neuen Zentralmarkts endgültig bereinigt wird.

Weiters spricht er sich dafür aus, Bagatellangelegenheiten von den Gerichten in die Kompetenz der Verwaltungsbehörde zu übertragen, da die Gerichte überlastet sind und eine Ahndung durch Verwaltungsbehörden ausreichen würde.

Abschließend stellt der Redner allen beteiligten Kreisen das Zeugnis aus, daß sie stets bemüht sind, zur Erhaltung der Volksgesundheit die Bevölkerung mit hygienisch einwandfreien Nahrungs- und Genußmitteln zu versorgen.

GR. Lauscher (KLS) kritisiert die Preisentwicklung und erklärt: Es ist alarmierend, daß die Verteuerung der Lebenshaltungskosten in diesem Jahr einen Höhepunkt erreicht hat. Schon die vom Index erfaßten Preise liegen bereits um 5,6 Prozent höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Fast jede Woche werden neue Preissteigerungen und auch ungesetzliche Preisabsprachen bekannt. Es ist eine galoppierende Teuerung, und die Unzufriedenheit darüber allgemein. Dabei beruht der Verbraucherpreisindex auf Konsumentenerhebungen vom Jahre 1954 ./.

und berücksichtigt von zirka 14.000 angebotenen Waren nur 220. Nun haben sich aber die Lebensgewohnheiten der Bevölkerung verändert, und so wird jetzt eine neue Indexberechnung angestellt. Aber es braucht bei uns alles sehr lang, sodaß die Indexberechnungen nur ein unvollständiges Bild über die wirkliche Situation geben. Alle Ankündigungen der Regierung und des Bundeskanzlers über Maßnahmen zur Stabilisierung des Preisgefüges haben sich als leeres Gerede oder als unwirksam erwiesen. Es kann heute nicht mehr geleugnet werden, daß die Teuerung bereits den Charakter einer gelenkten Inflation angenommen hat. Der Zweck liegt auf der Hand: den Arbeitern und Angestellten wird auf diese Weise weggenommen, was man ihnen als Lohnerhöhung zugestehen muß. Die ÖVP bewährt sich dabei als tüchtige und dienstbeflissene Vertreterin der Industrie und des Großhandels.

Zur Steuerung dieser Preisentwicklung können aber die großen Gemeinden etwas beitragen. So könnten Nachbarschaftsimporte aus den sozialistischen Ländern der Preissteigerung Einhalt gebieten und so der Wiener Bevölkerung Obst und Gemüse zu erschwinglichen Preisen zur Verfügung gestellt werden. Beim Handelsministerium sollte die Aufhebung aller Zollbelastungen für Saisonprodukte erreicht werden. Es müßte die Liberalisierung der Nahrungsmitteleinfuhren aus dem Osten erreicht werden. Das Marktamt der Stadt Wien müßte verstärkt werden, da die Beamten dort in Routinearbeit ersticken und ihnen für die Preisüberwachung und ein häufigeres Einschreiten gegen Preistreiber anscheinend zuwenig Zeit bleibt. Auch sollte ein kleines Komitee gebildet werden, um mögliche Eingriffe in die Preisgestaltung zu überprüfen.

Ein eigenes Kapitel sei die Tarifpolitik der Wiener Rathauskoalition. Daß die Straßenbahnverteuerung zumindest vorläufig abgewehrt werden konnte, sei erfreulich, weniger erfreulich sei jedoch die Tatsache, daß man weiterhin mit der Ausarbeitung neuer Tarife für Verkehrsbetriebe, Gas und Strom beschäftigt ist. Derartige Maßnahmen sind natürlich ein Anreiz für die Privatunternehmer, sich auf Bund

./.

und Gemeinden auszureden und gleichfalls Preiserhöhungen vorzunehmen. Wien zählt zu den teuersten Städten Österreichs, weil Maßnahmen gegen Preistreiber nur sehr spärlich durchgeführt werden. Der Redner verweist darauf, daß zwischen den einzelnen Wiener Bezirken ein großer Unterschied in der Preisgestaltung ist. So variiert zum Beispiel der Preis für eine Flasche Öl zwischen 11,80 und 19 Schilling, bei gleicher Qualität und Quantität. Welche Maßnahmen werden vom Marktamt gegen solche Erscheinungen ergriffen? Nur ein Teil der Bevölkerung hat die Möglichkeit, auf Märkten einzukaufen oder jene Geschäfte in einem a deren Bezirk aufzusuchen, die billiger sind. Preissteigerungen könne man nur durch energische Maßnahmen verhindern, dazu gehören: keine Zustimmung zu Preis- und Tariferhöhungen in der paritätischen Kommission ohne vorherige Vorlage der Kalkulationsunterlagen und der Bilanzen jener Firmen, die eine Erhöhung verlangen; Kontrolle der Kalkulation und der Unterlagen zum Beispiel durch den Betriebsrat, Beseitigung der Kartelle, Herabsetzung der Handelsspannen, Anprangerung der Preistreiber, günstige Beeinflussung durch die Konsumvereine, wirksame Maßnahmen auf dem Gebiet des Außenhandels durch Einfuhrbewilligungen und Zollsenkungen und ähnliches. Da die ÖVP leider bisher gegen derartige Maßnahmen war, könne seine Fraktion den Ansätzen für Wirtschaftsangelegenheiten nicht zustimmen.

GR. Peter (FPÖ) bezeichnet es als ein Recht der Opposition, Kritik zu üben oder zu loben, und darnach abzuwägen, ob man den Ansätzen der jeweiligen Gruppe zustimmen kann, oder nicht. Das sei der Unterschied zwischen einer freien freiheitlichen und einer Koalitions-Partei, die manchmal heftig kritisiert, letzten Endes den Ansätzen dann aber doch zustimmt.

Die Einnahmen des Kapitels X sind zwar gestiegen, die Ausgaben jedoch in einem weitaus größeren Maß. Seine Fraktion sei nicht der Ansicht, daß durch Tarif- und Gebührenerhöhungen hier etwas zum Besseren gebracht werden könnte, weil durch alle Erhöhungen Preisauftriebstendenzen entstehen. Es gäbe auch andere Möglichkeiten, zu einer kommerziellen Gestion zu kommen, die den Grundsätzen eines guten Wirtschaftens entspricht.

./.

Zum Sachaufwand und zum Beschaffungsamt gebe es keine Kritik.

Zur städtischen Bäckerei: Wie aus Pressemeldungen im April dieses Jahres hervorging, zeigte man sich besorgt, daß durch den Ausbau der städtischen Bäckereien die privaten Bäcker geschädigt werden könnten. Es erhebt sich in diesem Zusammenhang die Frage, ob es überhaupt Aufgabe der Gemeinde sein kann, über einen gewissen Rahmen hinaus in die Privatwirtschaft einzugreifen. Das gelte ebenso für die Bäckerei, wie für die Unterhaltung von Gaststätten und ähnliches.

Zur Gelsenplage: Es sei gleichgültig, welche Geschäftsgruppe für die Gelsenbekämpfung zuständig sei, wichtig sei jedoch, daß überhaupt etwas gegen die Gelsen unternommen wird. Die Wiener und die vielen Fremden leiden im Prater unter der Gelsenplage genauso wie unter dem Benzingestank.

Die von GR. Lauscher vorgeschlagenen Maßnahmen zur Verhinderung von Preissteigerungen könnte man nicht akzeptieren, da es sich teilweise um Gewalt- und Zwangsmaßnahmen handeln würde. Im Osten wendet man derartige Maßnahmen an, anscheinend führen jedoch auch sie zu keinem Erfolg, denn auch dort gibt es Preiserhöhungen. Es gebe jedoch viele andere wirtschaftliche Möglichkeiten, die jedoch leider von der Koalition nicht aufgegriffen werden. Dadurch gab es in den letzten zwei Jahren einen Preisauftrieb von mehr als elf Prozent. (Zwischenruf GR. Leinkauf: Das ist im ganzen Westen so!) Österreich liegt damit an der Spitze aller Länder. Man fordert zwar die Hausfrauen immer auf, dort einzukaufen, wo es billiger ist. Wie soll aber eine berufstätige Hausfrau die Zeit finden, nach der billigsten Einkaufsquelle zu suchen. Es müssen also schon von der Staatsführung her entsprechende Maßnahmen getroffen werden.

Beim neuen Großmarkt kritisiert der Redner die lange Zeit der Planung. Er fragt auch, wieso es zu den falschen Planungsunterlagen kommen konnte.

Marktbildung: Er habe seinerzeit den Antrag gestellt, die Marktbindung wieder zurückzuziehen. Leider hat die ÖVP-Fraktion damals nicht für diesen Antrag gestimmt. Heute höre er nun die Bestätigung dessen, was er bereits damals gesagt habe nämlich, daß die Marktbindung nicht das erwartete Ergebnis bringt. ./.

Abschließend erklärt der Redner, daß die FPÖ den Ansätzen dieser Geschäftsgruppe nicht zustimmen werde.

GR. Jedletzberger (ÖVP) spricht über die katastrophale Witterung dieses Jahres, die einzelne Gartenbaubetriebe Wiens an den Rand des Ruins brachte. Die Krise, die wir heuer erlebt haben, beweist, daß wir unbedingt auf wirtschaftlich gesunde heimische Produktionsstätten angewiesen sind. Er habe im Frühjahr einen Antrag gestellt, den hochwassergeschädigten Betrieben aus der ärgsten Not zu helfen. Leider wurden nicht alle Forderungen dieses Antrages erfüllt. Der Redner regt an, vorbeugend einen Wiener Katastrophenfonds zu errichten, der für alle Wiener rasche Hilfe gewährleistet.

GR. Jedletzberger verweist dann darauf, daß heuer bis November insgesamt 420.000 Kilogramm heimisches Gemüse unverkauft geblieben ist, ein Lastzug mit mehr als 100 Waggons. Man habe dieses unverkaufte Qualitätsgemüse verschiedenen sozialen Einrichtungen angeboten, doch wurde kaum davon Gebrauch gemacht.

Der Redner spricht dann über die Bedeutung der Wiener Landwirtschaft und meint, wie die ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Strom, Gas und Wasser zu einer wichtigen Aufgabe der Stadtverwaltung gehört, so müssen auch seitens der Gemeinde Wien Maßnahmen zur Förderung und zum Ausbau der Wiener Landwirtschaft im Interesse der gesamten Wiener Bevölkerung nachhaltig vorangetrieben werden.

In Eßling ist ein neues Gartenbauzentrum im Entstehen. Trotzdem können wir auf die kleineren Betriebe in Simmering nicht verzichten.

GR. Jodlbauer (SPÖ) betonte die Vielfalt und Bedeutung der Arbeit der Verwaltungsgruppe X, die von der Bevölkerung nur deshalb nicht voll zur Kenntnis genommen wird, weil sie sich größtenteils im Verborgenen abspielt.

Es wurde hier der Koalition... die Schuld an den Preissteigerungen gegeben, und zwar von der Opposition, der nur fünf von hundert Gemeinderäten angehören. Das zeigt doch, daß die Bevölkerung sich in überwältigender Mehrheit zu dieser Koalition bekennt und ihr die Schuld für die Preissteigerungen nicht anlastet.

./.

Zur Kritik an der langen Dauer der Planungsarbeiten für den Großmarkt ist zu sagen, daß man auch in anderen Epochen der Wiener Stadtgeschichte sehr lange gebraucht hat, um wichtige Entscheidungen zu fällen. Der zuständige Gemeinderatsausschuß bemüht sich seit Jahren, jedoch waren in diesem Fall die Umstände stärker. Auch nützt eine schnelle Planung nur wenig, wenn wir durch Grundbeschaffungsgesetze, die noch aus dem vorigen Jahrhundert stammen, gehemmt werden.

Natürlich ist die Bevölkerung mit der Preisentwicklung nicht zufrieden. Aber die Dinge sind hier nicht so einfach, denn die Marktwirtschaft ist eine heikle Sache, die von Umständen abhängt, die nicht reglementiert werden können. Es könnte aber noch viel getan werden, wenn in den betreffenden Gruppen entsprechende Einsicht Platz greift. Wir haben Gesetze gegen das Dumping nicht deshalb erlassen, damit Preissteigerungen eintreten, sondern damit diese vermieden werden. Dumping-Preise durch Importe vermindern den Anreiz für die einheimischen Produzenten und dadurch kommt es zu Mangelerscheinungen, die wieder verteuernd wirken. Auch eine Zwangsbewirtschaftung kommt nicht in Frage. Der einzige Weg ist, die Interessentengruppen an einen Verhandlungstisch zu setzen, den Egoismus zurückzudrängen und dem Gemeinnutz zum Durchbruch zu verhelfen.

Märkte sind etwas organisch Gewachsenes und lassen sich daher schwer vermehren und kaum verlagern. Ihre Funktion kann auch nicht von Einkaufszentren übernommen werden, die sich übrigens sehr bewährt haben. Eine Modernisierung der Märkte wirkt sich günstig aus.

Nahezu in jeder Budgetrede komme ich auf den Christkindlmarkt zu sprechen, weil diese Wiener Tradition nicht vernachlässigt werden soll. Der Christkindlmarkt könnte größer, schöner und attraktiver gestaltet werden, als es derzeit am Kalvarienberg möglich ist. Der jetzige Bundespräsident Jonas hat seinerzeit vorgeschlagen, den Christkindlmarkt am Rathausplatz zu etablieren. Man hat diesen Vorschlag wegen des Umbaus der Zweierlinie zurückgestellt, der nun bald abgeschlossen ist. Man soll diese gute Idee nicht einschlafen lassen.

Der Wiener Prater feiert 1966 sein 200jähriges Bestandsjubiläum, das besonders feierlich begangen werden soll. Diesbezüglich ./.

laufen seit einem halben Jahr Verhandlungen mit dem Verband der Praterunternehmer. Man sollte die Gelegenheit dazu benützen, um die 200jährige Tradition des Praters dem Standard der neuzeitlichen Vergnügungsindustrie anzupassen.

GR. Walzer (ÖVP) gibt einen Überblick über die seit Jahren laufenden Planungsarbeiten für den neuen Großmarkt in St. Marx bzw. den neuen Großmarkt für Obst und Gemüse im Süden der Stadt. Er wirft die Frage auf, ob es nicht am zweckmäßigsten wäre, den Schlachthof in St. Marx völlig neu zu bauen und nicht etwa einzelne bestehende Objekte mit einzubeziehen. Die Anlage ist derzeit so uneinheitlich, daß allein das schon verteuernd auf die Fleischpreise wirkt. Der neue Markt soll auch in Zukunft seine Aufgabe erfüllen und das soll nicht durch Überbleibsel beeinträchtigt werden.

Der Redner schildert weiter die Schwierigkeiten, die im vergangenen Sommer mit dem Kühlhaus entstanden sind, so daß bereits ein Katastrophenplan ausgearbeitet war, um die Bevölkerung trotzdem mit einwandfreiem Fleisch versorgen zu können. Es ist nur zu hoffen, daß die neuen Aggregate so rechtzeitig fertig sind, daß wir im kommenden Sommer nicht wieder vor der gleichen Situation stehen. Der Redner befaßt sich auch mit der neuen Schlachtstraße im Rinderschlachthof. Sie ist nicht gerade ideal, und es erhebt sich die Frage, ob sie im neuen Schlachthof wird verwendet werden können.

GR. Walzer setzt sich dann mit den Ausführungen des GR. Lauscher zur Frage der Preisentwicklung auseinander. Es gibt, sagt er, nicht nur Arbeiter und Angestellte, es gibt auch Selbständige, es gibt sehr viele Wienerinnen und Wiener, die nicht in Ihr Programm hineinpassen. Aber Konsumenten sind sie alle, ob Selbständige oder Unselbständige. Jede Preiserhöhung ist für uns alle unangenehm. Sicherlich sind gewaltige Preiserhöhungen eingetreten, aber man kann nicht nur vom Preis sprechen und auf die Kosten vergessen. Sie müßten einmal einen Gewerbebetrieb zwei Jahre führen, damit Sie erkennen, wie man sich da plagen muß. Für uns gibt es keine 45-Stunden-Woche, keine drei oder vier Wochen Urlaub, für uns heißt es arbeiten und wieder arbeiten und dann sehen, was übrig bleibt. Je mehr die Bevölkerung verdient desto mehr haben auch wir in der Wirtschaft zu tun. ./.

Wenn die Preise steigen, ist es auch für die Wirtschaft schlecht. Auf den Plakatwänden widerspiegelt sich die Frage, wer den Schilling kleiner macht. Es sind jene, die, gleichgültig in welchem Lager sie stehen, das gesunde Gefühl für das richtige Maß verloren haben. Es sind jene, die vergessen, daß wir alle zusammen - ob Bauer, Arbeiter, Angestellter, Industrieller, Gewerbetreibender oder Pensionist - in einem Boot sitzen und, wenn das Boot sinkt, auch ihre Stunde geschlagen hat. Dabei ist es völlig egal, ob sie dann als Satte oder Hungrige untergehen. Noch ist es Zeit, den Egoismus zurückzuhalten; die kurzsichitge Parteipolitik, die nur die eigenen Vorteile und Interessen im Auge hat, aufzugeben und sich zu sachlicher Arbeit zusammenzusetzen. Lassen wir es doch nicht so weit kommen, daß uns erst das Chaos und die Faust im Nacken zu gegenseitiger Verständigung führt! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

GR. Deutsch (SPÖ) hält seinem Vorredner entgegen, daß es verschiedene Konsumenten gibt: arme, reiche und ganz reiche. Davon muß man bei jeder Diskussion über Preise ausgehen. In den zuständigen Gremien, etwa in der Paritätischen Kommission, wird sehr verantwortungsbewußt diskutiert, um die besten Preise für die Konsumenten zu sichern. Es müßte nur immer möglich sein, die notwendigen Maßnahmen rechtzeitig zu setzen. Bei rechtzeitigem Eingreifen wäre es etwa möglich gewesen, die letzte Entwicklung bei den Eierpreisen zu beeinflussen.

Zum Bau des neuen Schlachthofes bemerkt der Redner, daß bei der Planung neben der wirtschaftlichen Funktion der Anlage auch die Unterkünfte der dort Beschäftigten berücksichtigt werden müssen. Darüber hinaus muß aber auch an den Schutz der Konsumenten gedacht werden. Es ist zu begrüßen, daß alle Redner für eine rasche Verwirklichung dieses Projekts eingetreten sind. Außerdem ist es erfreulich, daß die gehässigen Angriffe auf die im Schlachthof Beschäftigten, denen Tierquälereien vorgeworfen wurden, aufgehört haben. Der verkehrstechnischen Frage kommt große Bedeutung zu, da allein die Rinderzufuhr mit 250 bis 325 Lkws durchgeführt wird. Die Entscheidung für einen getrennten Bau des Großmarktes und des Schlachthofes weist keinesfalls auf eine Fehlplanung hin; damit wird eine enorme Verbilligung erreicht.

Beim Projekt des Marktes auf dem Nothnagelplatz im 10. Bezirk ist man über die Planung leider nicht hinausgekommen. Hier wäre jedoch rascheste Abhilfe notwendig, da es in dieser Gegend keine Möglichkeiten für die Hausfrauen gibt, billig und rasch einzukaufen.

./.

Dabei geht es auch um den in der Nähe liegenden Viktor Adler-Markt, der derart überfüllt ist, daß große Verkehrsprobleme entstanden sind. Die Frage, ob ein Markt auf dem Nothnagelplatz wirtschaftlich gerechtfertigt sei, scheint weit weniger vordringlich zu sein, als die Frage, was dort für die Hausfrauen geschehen soll, damit sie gut einkaufen können. Wenn kein geeigneter Platz für einen neuen Markt zu finden ist, dann könnte man etwa Geschäftszeilen errichten, wo die Hausfrauen günstig und rasch einkaufen könnten.

Zur Frage der Marktbindung: Im Zusammenhang mit dem Bau des neuen Schlachthofes wäre es notwendig, sich auch über die grundsätzliche Frage der Marktbindung zu einigen. Der Redner ist der Meinung, daß durch die Marktbindung wenn schon keine Preissenkung, so doch eine Stabilisierung eingetreten ist. Natürlich ist die Marktbindung nur eine halbe Angelegenheit, da sie nur für ein halbes Jahr zur Anwendung kommen kann. Man müßte sich jedoch überlegen, ob sie nicht doch ein wirksames Instrument für richtige Lenkungsmaßnahmen sein könnte. Man muß die Marktbindung vor allem von der Sicht des Konsumenten aus sehen. Leider aber geht es in dieser Frage um ein Politikum. Es ist zum Beispiel nicht wahr, daß das Fleisch für den Konsumenten billiger ist, wenn es direkt vom Bauern auf den Markt kommt. Erfreulich ist es, daß die Investitionen bei der städtischen Bäckerei so durchgeführt wurden, daß dieser Betrieb nun eine ausgeglichene Bilanz hat. Die Ansätze von 100.000 Schilling für Investitionen im kommenden Jahr scheinen jedoch als zu gering. Trägt man nämlich der laufenden technischen Entwicklung nicht Rechnung, würde man bald nicht mehr leistungsfähig genug sein. Wir sind es auch unseren Bediensteten schuldig, daß sie in einem wirtschaftlich gesicherten Betrieb gute produktive Arbeit leisten können.

In der Debatte haben sich die Gemeinderäte der Volkspartei auf berühmte und verdiente Sozialisten bezogen. Er möchte daher einige Sätze aus dem Buch eines Nichtsozialisten zitieren, nämlich Henri Ford. So schrieb dieser: Es zeigt von schlechter Geschäftsführung, Gewinne aus den Arbeitern oder Käufern herauszuschlagen. Hütet euch, das Produkt zu verschlechtern, hütet euch,

die Löhne zu erniedrigen, steckt Gehirn in unsere Geschäftsmethoden Gehirne und noch mehr Hirne und macht die Sache besser als bisher.

In diesem Sinne stimme seine Fraktion den Ansätzen der Gruppe X zu.

Stadtrat DDr. Brutscher nimmt in seinem Schlußwort zu den Ausführungen der Debatteredner Stellung. Verschiedene Preise scheinen in der vorgelegten Beilage deshalb nicht auf, weil leicht verderbliche Nahrungsmittel durch die Verwalter der einzelnen Spitäler direkt eingekauft werden.

Die Lebensmittelimporte sind seit der Naturkatastrophe dieses Jahres verstärkt worden und sind auch weitestgehend vom Zoll befreit.

Daß das preisbewußte Einkaufen kein Allheilmittel sein kann, sei ihm bewußt. Es sei aber einer jener Punkte, der am meisten versäumt wird.

Zum Eierpreis: Es lag der Bundesregierung ein Vorschlag einer Marktordnung vor; diese konnte jedoch auf Grund von Einsprüchen nicht beschlossen werden.

Die "Glashausstraße" zwischen Wien und Graz wäre sicherlich von Vorteil. Es wird aber auch Zeiten geben, in denen Importe billiger sein werden als im Inland erzeugte Nahrungsmittel. Wir werden daher das eine tun müssen, das andere jedoch nicht unterlassen dürfen. Daß unsere Gärtnereien innerhalb einer kurzen Zeitspanne von Blumen- auf Gemüseanbau umgestellt werden können, ist erfreulich und eine gewisse Sicherheit.

Was den Prater anlangt, wird man alles unternehmen, um die 200-Jahr-Feier von der Gemeinde aus zu fördern und zu sorgen, daß sie von den Gelsen nicht gestört wird. Die Frage der Gelsenbekämpfung ist nicht allein eine Frage des Entschlusses, sondern der Chemie und der Medizin, da man leider nicht nur die Gelsen beseitigt, sondern auch unsere Singvögel trifft.

./.

Die städtische Bäckerei kann 90 Prozent des Bedarfs der städtischen Anstalten decken, zehn Prozent kommen von privaten Lieferanten. An Investitionen ist für die nächsten Jahre die Erneuerung des Backofens zu erwarten.

Die Werkstätten widmen sich der Instandhaltung und der Reparatur und befassen sich nicht mit der Serienerzeugung.

Zur Marktbindung wurden verschiedene Stellungnahmen abgegeben. GR. Deutsch hat offenbar die Marktbindung mit dem Schlachthofzwang verwechselt, obwohl die Schlachtung selbst mit der Marktbindung in keinem Zusammenhang steht. Bei längerer Dauer der Marktbindung ist zu befürchten, daß der Totversand von Vieh aus Niederösterreich zunimmt. Die derzeitige Form der Marktbindung fördert nämlich den Bau und den Betrieb von Schlachthöfen außerhalb Wiens und schadet dadurch dem Wiener Schlachthof. Nach unseren bisherigen Erfahrungen ist die Marktbindung preisneutral.

Die Schlachtstraße wurde so bestellt, daß sie nahezu ohne Änderungen in den neuen Schlachthof eingebaut werden kann.

Die Großmarktplanung war weitgehend von der Trassierung der Eisenbahn und der Autobahn abhängig. Die diesbezüglichen Entscheidungen mußten abgewartet werden, und es ist die Frage, ob man so lange mit der Planung hätte warten sollen, bis alles entschieden ist. Es ist jedenfalls ein Vorteil, daß jetzt endgültig Klarheit herrscht und die Planung dementsprechend vorgehen kann. Der neue Großmarkt wird nicht ausschließlich aus Neubauten bestehen müssen. Auch Altobjekte werden nach entsprechender Adaptierung verwendet werden können. Stellenweise wird ein Neubau betriebswirtschaftlich allerdings rentabler sein.

Für die Verlegung des Christkindlmarktes auf den Rathausplatz wurde bereits ein Projekt ausgearbeitet. Die Marktfahrer aber vermissen am Rathausplatz den Durchgangsverkehr, wie er im verbauten Gebiet vorhanden ist.

Die Bedeutung der Buntheit und Lebendigkeit eines Marktes zeigte sich auch am Vorgartenmarkt. Der Bericht über den Nothnagelplatz wird im Ausschuß diskutiert werden. Es werden für Märkte oft Plätze angeboten, die für etwas anderes nicht geeignet sind. Es hat aber keinen Sinn, einen Markt an einer Stelle zu errichten, wo die Konsumenten das Einkaufen nicht freut.

./.

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des X. Hauptstückes mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen.

Der Vorsitzende, Gr. Planek, unterbricht die Sitzung. Die Beratungen werden morgen, Dienstag, den 21. Dezember, um 9 Uhr, mit der Behandlung über die Ansätze der Geschäftsgruppe XI, Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten, fortgesetzt. Referent ist Stadtrat Rudolf Sigmund (SPÖ).

(Ende des Sitzungsberichtes)

\- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

20. Dezember (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Inländischer Chinakohl 3.50 bis 5 S je Kilo, inländischer Kohl 3.50 bis 4.50 S je Kilo, inländisches Weißkraut 2.50 bis 5 S je Kilo.

Obst: Inländische Birnen 4 S bis 10 S je Kilo, Orangen blond sind schon ab 4 S je Kilo erhältlich und kosten bis 10 S je Kilo.

\- - -

Olympiade-Enquete im Finanzministerium

Stadt Wien ist bereit, 60 Prozent der Kosten zu übernehmen

20. Dezember (RK) Heute vormittag fand im Finanzministerium unter dem Vorsitz von Finanzminister Dr. Schmitz eine Enquete über die Frage der Bewerbung Wiens um die Olympischen Sommerspiele 1972 statt. Von seiten der Stadt Wien nahmen Bürgermeister Bruno Marek und Vizebürgermeister Felix Slavik daran teil. Auch die Bundesministerien, die Kammern, die Sportverbände und andere an der Frage interessierte Körperschaften hatten Vertreter entsandt.

Bürgermeister Marek begründete eingehend, warum sich die Stadt Wien entschlossen hat, als Bewerberin um die Olympischen Spiele 1972 aufzutreten. Gemeinsam mit Vizebürgermeister Slavik referierte er dann über die von der Wiener Stadtverwaltung angestellten Untersuchungen zur Feststellung der voraussichtlichen Kosten für die Durchführung der Sommerspiele. Die Vertreter der Stadt Wien erklärten sodann die Bereitschaft der Bundeshauptstadt, 60 Prozent der für die Olympischen Spiele notwendigen Ausgaben zu bestreiten, sodaß der Bund nur 40 Prozent aufzubringen hätte.

Die Delegierten der Sportverbände berichteten über die Bedingungen, die die von ihnen vertretenen Disziplinen in Wien bereits vorfinden beziehungsweise was an Sportstätten für die Olympischen Spiele neu geschaffen werden müßte. Bemerkenswert erscheint vor allem, daß sämtliche Sportarten - ausgenommen die Segler, die ihre Konkurrenz voraussichtlich am Bodensee austragen werden, und zwar auch dann, wenn die Olympischen Spiele in München stattfinden sollten - keinerlei Schwierigkeiten oder gar unüberwindliche Hindernisse für die Durchführung der Wettkämpfe in Wien sehen. Die Ruderverbände erklärten, daß es möglich sei, auf der Alten Donau eine olympiareife Regattastrecke herzustellen.

Auch die Sprecher des Industriellenverbandes hielten ihre anfängliche Ablehnung gegen die Bewerbung Wiens nicht mehr voll aufrecht. Sehr wichtig war in diesem Zusammenhang die Feststellung, daß man in den Kreisen der österreichischen Industrie nicht daran denke, sich um die "Expo 1972" für Wien zu bewerben.

./.

Die Enquete gelangte nach eingehenden Beratungen zu einer gemeinsamen Auffassung über die für die Durchführung der Sommerspiele tatsächlich zu erwartenden Kosten. Mit den Ergebnissen dieser Beratungen wird sich die österreichische Bundesregierung in ihrer morgigen Sitzung befassen.

\- - -

133. Kleinausstellung der Wiener Stadtbibliothek

20. Dezember (RK) Die Wiener Stadtbibliothek eröffnete heute eine sehenswerte Ausstellung unter dem Titel: "Der Holzschnitt als Buchillustration". Dabei werden einige der kostbarsten und seltensten Wiegendrucke und Frühdrucke aus den Beständen der Stadtbibliothek gezeigt.

Die Exposition befindet sich im Ausstellungsgang der Stadtbibliothek, Rathaus, 4. Stiege, 1. Stock, gegenüber Tür 333, und ist bis zum 15. Februar jeweils von Montag bis Freitag zwischen 9 und 16.30 Uhr durchgehend bei freiem Eintritt geöffnet.

\- - -

70. Geburtstag von Ernst Alker

20. Dezember (RK) Am 22. Dezember vollendet der Literaturwissenschaftler Univ.Prof.Dr.Ernst Alker das 70. Lebensjahr.

Er wurde in Wien geboren, wo er Germanistik studierte und seine wissenschaftliche Laufbahn in der Nationalbibliothek begann. In der Folge arbeitete er als Bibliothekar der Städtischen Büchereien in Leipzig und als Leiter der Büchereischule in Bonn. Anschließend war er Lektor der Universität Lund in Schweden und Lehrer an der Handelshochschule in Stockholm. 1946 berief ihn die Universität Freiburg in der Schweiz als Professor. Ernst Alker ist durch zahlreiche Publikationen bekannt geworden. Seine umfangreichste Arbeit trägt den Titel "Geschichte der deutschen Literatur. Von Goethes Tod bis zur Gegenwart". Sehr eingehend behandelt sind die Abschnitte über die österreichischen Schriftsteller, besonders verständnisvoll Johann Nestroy und Karl Kraus. Interessant sind auch seine Untersuchungen einzelner Probleme der österreichischen Literatur. Professor Alker ist Mitglied der Friske Akademie, des"International Institute of Arts and Letters" und des Adalbert Stifter-Instituts des Landes Oberösterreich.

\- - -

Ausstellung "Stadterneuerung" über Weihnachten geschlossen

20. Dezember (RK) Die Ausstellung "Stadterneuerung in Wien" in der Volkshalle des Wiener Rathauses bleibt Samstag, den 25. und Sonntag, den 26. Dezember geschlossen.

\- - -

75. Geburtstag von Joseph Gielen

20. Dezember (RK) Heute am 20. Dezember vollendet der ehemalige Direktor des Burgtheaters und Oberspielleiter der Staatsoper Prof. Joseph Gielen das 75. Lebensjahr.

Er wurde in Köln geboren, studierte in Bonn und München Kunstgeschichte, Literatur- und Theaterwissenschaft und debütierte 1913 als Schauspieler. 1921 erhielt er die ersten Regieaufgaben. Von 1924 bis 1934 wirkte er als Oberregisseur am Staatlichen Schauspielhaus und an der Staatsoper in Dresden. in den Jahren 1936 bis 1937 an der Staatsoper in Berlin. Anschließend ging er nach Wien, wo er am Burgtheater und an der Staatsoper inszenierte. Nach der Machtergreifung ging Gielen nach Südamerika und führte neun Jahre lang am Teatro Colon in Buenos Aires Regie. 1948 wurde ihm die Leitung des Wiener Burgtheaters übertragen. 1954 schied er freiwillig aus diesem Amt. In der Folge betätigte er sich als Oberspielleiter der Staatsoper und als Regisseur des Burgtheaters, inszenierte aber auch auf deutschen Bühnen und bei Festspielen. Seine Wiener Tätigkeit begann mit der großartigen Aufführung von O'Neills "Trauer muß Elektra tragen", seine Direktionszeit am Burgtheater mit Claudels "Der seidene Schuh" und Bruckners "Elisabeth von England". Daran schlossen sich klassische Werke und moderne Stücke. Insgesamt brachte er damals 26 Ur- und Erstaufführungen, davon 11 von österreichischen Autoren heraus. Nicht minder bedeutend ist Joseph Gielen als Opernregisseur. Besonders bekannt wurden seine Inszenierungen der Strauß-Opern "Ariadne auf Naxos" und "Der Rosenkavalier". Unter seiner Regie wurde "Die Zauberflöte" in Buenos Aires zum ersten Mal in deutscher Sprache aufgeführt. Die Stadt Wien hat ihm für seine hervorragenden künstlerischen Leistungen die Ehrenmedaille und die Josef Kainz-Medaille verliehen.

Bürgermeister Bruno Marek und Stadtrat Hans Mandl haben dem Jubilar in herzlichen Worten gehaltene Glückwunschschreiben übermittelt.

\- - -

75. Geburtstag von Josef Hopmann

20. Dezember (RK) Am 22. Dezember vollendet der Astronom Univ.-Prof. Dr. Josef Hopmann das 75. Lebensjahr.

Er wurde in Berlin geboren und arbeitete nach Absolvierung der Fachstudien als Assistent an der Sternwarte in Bonn. 1920 erfolgte seine Habilitierung. 1930 erhielt er eine Berufung zum Ordinarius und Direktor der Universitätssternwarte in Leipzig. Von Hannover übersiedelte er 1951 nach Wien, 1961 trat er in den Ruhestand. Hopmann hat auf seinem Forschungsgebiet zahlreiche Arbeiten veröffentlicht. Als sein Hauptwerk gilt die Publikation "Fixsternkataloge und Fixsternparallaxen". Der Gelehrte ist Mitglied der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, der Sächsischen Akademie der Wissenschaften und der Accademia Pontificia in Rom.

\- - -

60. Geburtstag von Friedrich Baravalle

20. Dezember (RK) Am 21. Dezember vollendet der Bautechniker und Statiker Prof. Dr. Ing. Friedrich Baravalle das 60. Lebensjahr.

Er wurde in Wien geboren und absolvierte die Technische Hochschule, an der er Assistent für Konstruktion und Statik war. Seit 1945 ist er Zivilingenieur, seit 1951 Professor an der Akademie für bildende Künste. Baravalle hat sich durch seine Entwürfe und Planungen zahlreicher großer Bauten einen Namen gemacht. Für mehr als 1.600 Gebäude stammen Entwurf und Kalkulation von ihm. Seine wichtigste publizistische Arbeit ist die gemeinsam mit Saliger verfaßte Veröffentlichung "Praktische Statik", die ins Spanische, Serbische und Russische übersetzt wurde.

Bürgermeister Bruno Marek und Stadtrat Hans Mandl haben dem Jubilar in herzlichen Worten gehaltene Glückwunschschreiben übermittelt.

\- - -

Rinderhauptmarkt vom 20. Dezember

20. Dezember (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 0. Neuzufuhren Inland: 39 Ochsen, 244 Stiere, 664 Kühe, 141 Kalbinnen, Summe: 1.088. Gesamtauftrieb dasselbe. Verkauft wurde alles.

Auslandsschlachthof: 35 Rinder aus dem Inland, 12 Rinder aus Ungarn.

Preise: Ochsen 13 bis 16.50 S, extrem 17 bis 17.80 S, Stiere 13.80 bis 16.50 S, extrem 17, Kühe 9 bis 13 S, extrem 13.20 bis 14.90 S, Kalbinnen 13 bis 16.50 S, extrem 16.70 bis 17 S; Beinlvieh Kühe 7.80 bis 8.80 S, Beinlvieh Ochsen und Kalbinnen 11 bis 12.70 S.

Der Durchschnittspreis ermäßigte sich bei Ochsen um 24 Groschen, bei Stieren um sechs Groschen, bei Kühen um 29 Groschen und bei Kalbinnen um vier Groschen je Kilogramm. Er beträgt einschließlich Beinlvieh: Ochsen 14.44 S, Stiere 15.32 S, Kühe 10.26 S, Kalbinnen 14.88 S. Beinlvieh verbilligte sich bis zu 20 Groschen je Kilogramm.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Die Budgetberatungen im Rathaus:

Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten

21. Dezember (RK) Am heutigen elften Tag der Budgetberatungen im Wiener Rathaus wurde die Geschäftsgruppe XI (Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten) behandelt. Stadtrat Rudolf Sigmund (SPÖ) führte in seinem Referat aus:

"Ich beginne dieses Mal mit dem Statistischen Amt der Stadt Wien, das alles Wissenswerte über unsere Wiener Verwaltung mit viel Sachkenntnis, aber auch mit viel Arbeit zusammenträgt. Einige statistische Zahlen daraus: Die Zahl der Wohnbevölkerung von Wien ist von 1,639.863 auf 1,640.198 mit Stand Oktober 1965 gestiegen. Die bescheidene Zunahme beträgt 0.02 Prozent. An Lebendgeborenen verzeichneten wir im Berichtszeitraum 19.731 gegenüber 20.991, was einen leichten Rückgang von 1.3 Prozent ergibt. Geringfügige Steigerungen sind bei der Zahl der Eheschließungen und bei den Verstorbenen feststellbar. 15.005 Ehen, 1964 waren es 14.785, wurden geschlossen und gestorben sind in Wien 27.218 Personen, gegenüber 25.795 im Vorjahr, was einer Steigerung von 5.5 Prozent gleichkommt.

Eine Ziffer ist für uns alle hoch interessant: Die Zahl der Kraftfahrzeuge, die es in Wien gibt, ist neuerlich um 7.1 Prozent gestiegen, und hat den Stand von 292.483 erreicht. In diesem Zusammenhang ist allerdings die statistische Feststellung zu treffen, daß die Zahl der Verkehrsunfälle von 31.871 im Vorjahr, auf 13.298 heuer, das sind 4.1 Prozent, zurückgegangen ist, wobei die Verkehrsunfälle mit Personenschaden sogar um 5.9 Prozent gesunken sind.

./.

Im Voranschlag für das Jahr 1966 wird mit Ausgaben in der Höhe von 401 Millionen Schilling gerechnet, was einer Steigerung von mehr als 15 Millionen Schilling entspricht.

Davon entfallen auf die Wiener Feuerwehr 130,5 Millionen, für Grunderwerbungen 150 Millionen, für die Kosten der Bundespolizei 97,6 Millionen und schließlich für die Kosten der Nationalratswahl 1966 etwa 6,5 Millionen Schilling.

Die Magistratsabteilung für Bevölkerungswesen, zu der auch die Wiener Standesämter gehören, ist eine jener Dienststellen des Magistrats, die in engstem Kontakt mit der Bevölkerung stehen.

Nach wie vor bilden die Fälle mit Auslandsberührung oftmals eine besondere Erschwerung der Arbeit des Standesbeamten. Ihre Zahl steigt dauernd. Der Standesbeamte muß hiebei das ausländische Recht beachten und mit den österreichischen Rechtsvorschriften in Einklang bringen.

Das neue Staatsbürgerschaftsgesetz

Das Staatsbürgerschaftsgesetz 1965, an dessen Zustandekommen der Magistrat Wien maßgeblich beteiligt war, ist am 11. August 1965 verlautbart worden und wird am 1. Juli 1966 in Kraft treten. Dieses Gesetz ist nach zwei Richtungen von größter Bedeutung. Einerseits hat es die Bestimmungen über den Erwerb und den Verlust der Staatsbürgerschaft, die in ihrer derzeit geltenden Fassung zum Teil nicht mehr zeitgemäß sind, einer gründlichen Revision unterzogen, andererseits schafft es die Grundlage für die Anlegung von Staatsbürgerschaftsevidenzen, an welchen es in Österreich seit dem Abschluß der Heimatrollen im Jahre 1939 gefehlt hat.

Im Staatsbürgerschaftsgesetz 1965 sind die auf internationalen Abkommen basierenden Grundsätze der Verminderung der Staatenlosigkeit, der staatsbürgerschaftsrechtlichen Stellung verheirateter Frauen und der Verminderung der Fälle mehrfacher Staatsangehörigkeit verankert.

./.

Bezüglich des Erwerbes der Staatsbürgerschaft sind die Bestimmungen im allgemeinen etwas strenger geworden, doch sind für bestimmte Personengruppen auch Einbürgerungserleichterungen eingeführt worden. Als Beispiel dafür wäre anzuführen, daß unter den gleichen Bedingungen, unter welchen bisher nur solche Frauen einen Anspruch auf Verleihung der Staatsbürgerschaft besaßen, die diese durch Verehelichung verloren hatten, nunmehr auch solche Frauen die Staatsbürgerschaft erwerben können, die gleichzeitig mit ihrem Gatten dieselbe fremde Staatsangehörigkeit erworben oder die während ihrer Ehe mit einem fremden Staatsbürger, dessen Staatsangehörigkeit erlangt haben. Hier wurde der Kreis der begünstigten Personen mit gutem Grund erweitert.

Ganz neu ist der Grundsatz, der der Gleichberechtigung von Mann und Frau Rechnung trägt, daß nämlich die Staatsbürgerschaft durch Verehelichung weder erworben noch verloren wird; doch haben Ausländerinnen, die mit einem Österreicher verheiratet sind, einen Rechtsanspruch darauf, durch Abgabe von Staatsbürgerschaftserklärungen ohne langwierige Verfahren österreichische Staatsbürgerinnen zu werden.

Frfreulich ist, daß nach dem neuen Gesetz die österreichische Staatsbürgerschaft durch freiwilligen Eintritt in den öffentlichen Dienst eines fremden Staates nicht mehr automatisch verloren wird, wie das derzeit der Fall ist. Das neue Gesetz bestimmt, daß die Staatsbürgerschaft Personen, die im Dienst eines fremden Staates stehen, zu entziehen ist, wenn sie durch ihr Verhalten die Interessen oder das Ansehen der Republik Österreich schädigen und trotz Aufforderung den fremden Dienst nicht verlassen. Damit ist erstens die gefährliche und den Betroffenen zumeist unbekannte Automatik des Verlusteintrittes beseitigt und zweitens wird der Kreis der Betroffenen auf diejenigen eingeschränkt, die den Verlust der Staatsbürgerschaft durch ihr Verhalten selbst verschulden.

./.

Eine weitere wichtige Neuerung stellt die Bestimmung dar, daß Personen, die im Gebiet der Republik Österreich geboren wurden und deren ehelicher Vater oder uneheliche Mutter ebenfalls hier zu Welt kamen, bis zum Beweis des Gegenteiles als österreichische Staatsbürger gelten. Diese Bestimmung gilt auch für Personen, die vor dem 1. Juli 1966 geboren wurden.

Ein bedeutungsvoller Abschnitt des neuen Gesetzes ist der Normierung der Staatsbürgerschaftsevidenzen gewidmet. Das neue Gesetz bestimmt, daß Staatsbürgerschaftsevidenzen von den Gemeinden anzulegen und zu führen sind. Als Evidenzstelle wird für einen vor dem 1. Juli 1966 Geborenen die Geburtsgemeinde, für einen nach diesem Tag Geborenen jene Gemeinde zu fungieren haben, in der die Mutter des Betreffenden zur Zeit seiner Geburt gewohnt hat. Für im Ausland Geborene wird die Gemeinde Wien als Evidenzstelle zuständig sein. Es werden, woran es bisher gefehlt hat, Evidenzen errichtet werden, die darüber Auskunft geben, ob jemand die Staatsbürgerschaft besitzt. Bei diesen Stellen werden alle Umstände vermerkt werden, die für Besitz, Erwerb und Verlust der Staatsbürgerschaft von Bedeutung sind. Nach einer Anlaufzeit werden die Evidenzstellen in der Lage sein, befriedigende Auskünfte zu erteilen.

Durch die Führung der Staatsbürgerschaftsevidenzen werden den Gemeinden erhebliche Kosten erwachsen, die nach dem Gesetz von den Ländern zu vergüten sind. Wien hat auf Grund seiner Doppelstellung die Kosten allein zu tragen: Der vom Wiener Magistrat durchzuführende Aufbau der Wiener Staatsbürgerschaftsevidenz, in der, wie schon erwähnt, auch alle im Ausland geborenen Österreicher aufzuscheinen haben, wird große Arbeit verursachen. Es ist mit hoher Wahrscheinlichkeit zu erwarten, daß seitens der Wiener Standesämter und der Gerichte jährlich mehr als 60.000 in die Staatsbürgerschaftsevidenz aufzunehmende Mitteilungen einlangen werden. Dazu kommen die Mitteilungen der übrigen österreichischen Gemeinden und der österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland über die Ausstellung von Staatsbürgerschaftsnachweisen oder über staatsbürgerschaftsrechtlich wesentliche Umstände. Nach einer Information des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten leben rund 270.000 bis 280.000 Österreicher ständig im Ausland.

./.

In den ersten elf Monaten des Jahres 1965 sind in Wien 531 Einbürgerungsgesuche aufrecht erledigt worden.

150.000 neue Wiener seit 1945

Mit dem Inkrafttreten des Staatsbürgerschaftsgesetzes 1965 wird eine neue Phase auf dem Gebiete des Staatsbürgerschaftsrechtes eingeleitet. Dies soll Anlaß sein, kurz Rückschau zu halten, was sich seit der Wiedererrichtung der Republik bis jetzt in Wien bezüglich der Aufnahme von Ausländern in den österreichischen Staatsverband ereignet hat.

In der Zeit nach der Befreiung Österreichs wurden vor allem Ansuchen von Ausländern behandelt, die schon seit vielen Jahren hier leben, und von Frauen, die während der Zeit der Besetzung durch Verehelichung die österreichische Staatsbürgerschaft verloren hatten. Diese Personen konnten durch einfache Erklärungen nach dem Staatsbürgerschafts-Überleitungsgesetz 1945 die Staatsbürgerschaft erlangen bzw. wiedererlangen. Zur gleichen Zeit wurde auch in vielen Fällen die Ausbürgerung von Osterreichern widerrufen, die infolge ihres Eintretens für ein demokratisches Österreich vor 1938 die Staatsbürgerschaft verloren hatten. Neben den ehemaligen Österreichern, die zu dieser Zeit wieder in den Besitz der österreichischen Staatsbürgerschaft kamen, waren es vor allem Personen, die schon über dreißig Jahre lang in Österreich lebten und denen es vor dem 13. März 1938 aus den verschiedensten Gründen verwehrt war, die österreichische Staatsbürgerschaft zu erlangen. Der Großteil dieser Menschen besaß bis 1938 die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft. Im Jahr 1949 konnte in größerem Umfang mit der Einbürgerung der Heimatvertriebenen begonnen werden. Dieser Personenkreis war für die Einbürgerungen der nächsten Jahre bestimmend. Im Jahr 1954 wurde für die Volksdeutschen dann noch die Möglichkeit geschaffen, auf einfache Weise, durch Abgabe von Staatsbürgerschaftserklärungen, die Staatsbürgerschaft zu erwerben.

Ab dem Jahre 1961 trat im Einbürgerungsverfahren ein anderer Personenkreis in den Vordergrund, die Flüchtlinge aus Ungarn, die sich nach Vollendung des vierjährigen Wohnsitzes um die Staatsbürgerschaft bewarben. Sie waren Ende 1956 und Anfang 1957 anläßlich der ungarischen Revolution nach Österreich geflüchtet und hatten hier Aufnahme gefunden. Soweit keine Hindernisgründe vorhanden waren, wurde ihrem Wunsche entsprochen. ./.

In Wien haben seit 1945 98.447 Personen durch Einbürgerung oder Staatsbürgerschaftserklärung die Staatsbürgerschaft erworben. Mit den Personen, die ihnen im Erwerb der Staatsbürgerschaft gefolgt sind, also Ehefrauen und Kinder, sind es rund 150.000 Menschen, die zu österreichischen Staatsbürgern wurden.

Das Arbeitsgebiet der Magistratsabteilung 62 umfaßt Wahlen, Polizeiwesen, Vereine und Verschiedenes. Für die Wahl des Bundespräsidenten am 23. Mai wurde das Wählerverzeichnis, wie schon bei der Gemeinderatswahl 1964, zur Gänze auf Grund der Lochkartenkartei der Wählerevidenz auf maschinellem Wege hergestellt. Daß hiebei die größte Genauigkeit im Rahmen des Möglichen erzielt werden konnte, beweist der geringe Umfang des Raklamationsverfahrens bei insgesamt 1,264.000 Wahlberechtigten. Hinsichtlich der Wahl selbst wäre noch hervorzuheben, daß die Wahlbeteiligung mit nahezu 93 Prozent so hoch wie bei der Bundespräsidentenwahl 1963 war.

Seit Beginn des Jahres bis Ende November wurden 259 Vereinsanmeldungen sowie 258 Statuten- und Namensänderungen behandelt. 180 Vereine wurden auf Grund eines Generalversammlungsbeschlusses oder durch behördliche Verfügung aufgelöst. In zahlreichen anderen Fällen ist es nach erfolgter Bildungsanzeige zu keiner Konstituierung des Vereines gekommen, so daß in den ersten elf Monaten dieses Jahres rund 360 Vereine im Vereinskataster gelöscht wurden. Derzeit bestehen in Wien rund 7.600 Vereine, wovon die größte Gruppe mit 1.450 Vereinen die Sparvereine bilden. Daneben gibt es in Wien noch 1.270 Turn- und Sportvereine sowie etwa 870 Vereine, die sich auf kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet betätigen. Für die Durchführung von Glückshäfen und Juxausspielungen wurden im Jahr 1965 bisher 190 Anträge dieser Art mit einem Spielkapital von rund 1,700.000 Schilling behandelt.

./.

Neues Gewerberecht in Vorbereitung

Bereits im Vorjahr wurden Verhandlungen zur Neugestaltung des Gewerberechtes eingeleitet. Diese Arbeiten wurden auch heuer erfolgreich weitergeführt, sodaß in absehbarer Zeit damit zu rechnen ist, daß ein neu gestaltetes Gewerberecht erlassen wird. Am 1. August 1965 ist die Gewerberechtsnovelle 1965 in Kraft getreten. Diese Novelle, die unabhängig von der im Zuge befindlichen Neugestaltung des Gewerberechtes erlassen wurde, hat in erster Linie dazu gedient, einige Konzessionsverordnungen wegen ihrer Gesetzwidrigkeit zu sanieren.

Gleichzeitig wurden die Waffengewerbe neu geregelt und auf dem Gebiete des Konzessionsrechtes eine gewisse Rechtsbereinigung durchgeführt.

Besondere Konzessionsvorschriften gab es bisher für das Fremdenführergewerbe nur für Wien. Seit August 1965 gibt es nunmehr ein einheitlich geregeltes konzessioniertes Fremdenführergewerbe für ganz Österreich. Bei der Schaffung dieser Bestimmung wurde dem gewerbefreiheitlichen Gedanken durch die Auflassung der Bedarfsprüfung Rechnung getragen. Der Landeshauptmann wurde ermächtigt, einen Tarif für die Dienstleistungen bei der Führung von Fremden zu erlassen und, da dies im Interesse des Wiener Fremdenverkehrs gelegen ist, wird in Kürze ein Maximaltarif im Verordnungswege erlassen werden.

Mit Verordnung vom 15. November 1965 wurde die Wiener Ladenschlußzeit neu geregelt. Der Anlaß dazu war die Festlegung der Ladenschlußzeiten für den 24. und 31. Dezember. Da eine weitere Novellierung der Ladenschlußverordnung vom Standpunkt der Übersichtlichkeit und Klarheit nicht zweckmäßig gewesen wäre, wurde eine zusammenfassende Neuverlautbarung vorgenommen. Die Bestimmungen dieser Verordnung über die Geschäftszeiten am Weihnachtsabend und am Silvester beinhalten, zum Unterschied vom Vorjahr, nunmehr eine unbefristete Regelung. Ich darf feststellen, daß bei der Festlegung der Geschäftszeiten neben den Interessen der Dienstgeber und der Dienstnehmer in erster Linie auch die Einkaufsbedürfnisse der Wiener Bevölkerung berücksichtigt wurden.

./.

Da am 24. Dezember das Weihnachtsfest in der Regel verhältnismäßig zeitlich gefeiert wird, sind an diesem Tag nicht so lange Geschäftszeiten erforderlich. Dagegen ist der Ablauf des Silvesters anders geartet. Die veranstalteten Feste und Feiern beginnen in der Regel erst in den späten Abendstunden, so daß zur Ermöglichung der Einkäufe verhältnismäßig längere Geschäftszeiten zugelassen wurden.

Im Gewerberegister wurden in der Zeit vom 1. November 1964 bis 31. Oktober 1965 6.261 neue Berechtigungen verzeichnet. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres waren es nur 5.599 Neuverzeichnungen. Gelöscht wurden 7.172 Berechtigungen (davon 5.377 infolge Rücklegung). Dem stehen 7.211 Gewerbebeendigungen (davon 5.280 infolge Rücklegung) im Vorjahr gegenüber. Die Zahl der Gewerbebegründungen ist daher im Berichtsjahr um rund 4,4 Prozent gestiegen, die Zahl der Gewerbebeendigungen um 0,5 Prozent niedriger als im Vorjahr.

Administrative Bau- und Verkehrsangelegenheiten

Auf legistischen Gebiet war im heurigen Jahr eine verstärkte Tätigkeit der Magistratsabteilung 64 notwendig, da nunmehr die Ausarbeitung einer umfassenden Novelle zur Wiener Bauordnung spruchreif geworden ist. Es werden seit einem Jahr unter Zuziehung sämtlicher interessierter Dienststellen Besprechungen abgehalten, in deren Rahmen die kommende Neufassung der Bauordnung durchdiskutiert wird, wobei vor allem der Judikatur der Gerichtshöfe des öffentlichen Rechtes entsprechendes Augenmerk geschenkt werden muß. Diese Arbeit ist eine äußerst umfangreiche und mühevolle.

Die Novelle zum Wiener Gasgesetz konnte dem Wiener Landtag zur Beschlußfassung vorgelegt werden.

Außerdem mußten zu zahlreichen Gesetzes- beziehungsweise Verordnungsentwürfen Stellungnahmen abgegeben werden. Hier wäre vor allem das Gebrauchsabgabegesetz, weiters das Gesetz, betreffend die Kammern der Architekten, Ingenieurkonsulenten und Zivilingenieure (Ziviltechnikerkammergesetz), die Luftfahrtgerätverordnung des Bundesministeriums für Verkehr und Elektrizitäts-

./.

wirtschaft sowie die Mitarbeit bei der Ausarbeitung eines neuen Elektrizitätswegegesetzes des Bundesministeriums für Handel und Wiederaufbau zu erwähnen.

Auf dem Gebiet der öffentlichen Bauten seien vor allen die als Folge der Schulgesetze des Jahres 1962 notwendig gewordenen Neubauten oder Vergrößerungen von Schulen und Instituten erwähnt.

Auch heuer wurden wieder zahlreiche Ersatzvornahmeverfahren durchgeführt, vor allen, um den unbefugten Bauten im Wald- und Wiesengürtel Einhalt zu gebieten.

Zahlreiche Verfahren wurden auf eisenbahn- und luftfahrtrechtlichem Gebiet durchgeführt.

Zivilrechtsangelegenheiten und Grundankäufe

Im Berichtszeitraum wurden der Gemeinde Wien wieder einige Verlassenschaften zugesprochen, deren Wert unterschiedlich war. Die Hauptbelastung der Magistratsabteilung 65 war die Freimachung städtischer Liegenschaften durch Kündigung und Räumungsklagen, wodurch die Arbeit der mit Freimachungsverhandlungen befaßten städtischen Organe wesentlich erleichtert werden konnte. Der Umfang dieser Verfahren hat gegenüber den Vorjahren stark zugenommen und die Beratung der städtischen Dienststellen sowie die Erstattung von schriftlichen Rechtsgutachten wurde fortgesetzt.

In diesem Jahr wurden Grundkäufe in allen Stadtteilen Wiens getätigt. In erster Linie konnten auch heuer wieder in den äußeren Bezirken Wiens Gründe erworben werden weil in diesen Bezirken noch größere Reserven bestehen und die Erwerbung auch meist noch zu akzeptablen Preisen erfolgen kann.

In den inneren Bezirken muß sich die Grunderwerbstätigkeit der Stadt Wien wegen des Mangels an freien Baugründen in erster Linie auf die Erwerbung von Althäusern in Assanierungsgebieten und auf den Kauf von noch vorhandenen Einzelbauplätzen in besonderer Lage für Bauwerke besonderer Art beschränken. Dabei muß manchmal bis an die Grenze eines noch vertretbaren Preises gegangen werden.

Die Bemühungen zur Erwerbung von Althäusern in den Assanierungsgebieten Wiens führen wegen der bestehenden Schwierigkeiten nur

./.

schrittweise zu positiven Ergebnissen. Es wurden auch heuer wieder nach sehr langen Verhandlungen unter anderem im Zuge der Assanierung des Reindorf- und Braunhirschengrundes im 15. Bezirk und des Lichtentales im 9. Bezirk einige Althäuser erworben.

Für Zwecke des Straßenbaues wurden zahlreiche Grundkäufe abgeschlossen, vor allem Käufe alter Häuser, die Verkehrshindernisse bilden und wegen der erforderlichen Straßenverbreiterung abgetragen werden müssen. Zur Straßenregulierung mußten aber auch größere Grundtransaktionen getätigt werden.

Für Schulneubauten und für Sport- und Spielplatzanlagen wurden große Grundflächen im 23. Bezirk, Erlaa, an der Anton Baumgartner-Straße erworben.

Um die Schaffung der geplanten öffentlichen Gartenanlage bei der Lichtentaler Kirche zu ermöglichen, mußte die Liegenschaft Wiesengasse 15 und Lichtentaler Gasse 12/14 gegen andere Objekte getauscht werden.

Für Wasserversorgungszwecke wurde eine Reihe von Liegenschaften außerhalb Wiens gekauft.

Auch für die Vergebung im Baurecht an gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgenossenschaften, für die Absiedlung von Gewerbebetrieben und Kleingärtnern und für Grundtauschzwecke werden Baugründe erworben.

Daneben kam es heuer auch zu größeren Grundveräußerungen. Die Zwecke dieser Veräußerungen sind verschieden; teils handelt es sich um die Veräußerung stadteigenen Grundes an industrielle und gewerbliche Betriebe, um diesen den Ausbau und die Erweiterung ihrer Betriebsstätten in Wien zu ermöglichen. In der Zeit vom 1. Jänner bis 1. Dezember 1965 wurden von der Stadt Wien Grundflächen im Gesamtausmaß von 732.709 Quadratmeter um den Gesamtkaufpreis von 146,633.000 Schilling erworben. (Grunderwerbungen der Wiener Stadtwerke sind in dieser Aufstllung nicht enthalten.)

Im gleichen Zeitraum wurden von der Stadt Wien Grundflächen im Ausmaß von etwa 277.000 Quadratmeter um zusammen rund 18 Millionen Schilling veräußert.

Die Wiener Feuerwehr

Am 31. Oktober 1965 betrug der Personalstand der Feuerwehr 1.261 Mannschaften und Offiziere; er hat sich gegenüber dem Vorjahr um fünf Bedienstete verringert. Im Voranschlag für 1966 ist die Anzahl der Dienstposten mit 1.279, gegenüber bisher 1.280, vorgesehen. In diesem Personalstand ist auch die Rathauswache enthalten.

Der im Jahre 1963 begonnene Neubau der Hauptfeuerwache Leopoldstadt im Standort 2, Engerthstraße - Kafkastraße wird in den ersten Monaten des Jahres 1966 fertiggestellt sein. Von dem Gesamterfordernis von 28,800.000 Schilling wurden bisher rund 21,500.000 Schilling aufgewendet, die vierte Baurate 1966 ist mit 6,600.000 Schilling veranschlagt.

Mit der Fertigstellung der Feuerwache Liesing ist im Laufe des Jahres 1966 zu rechnen. Von dem Gesamterfordernis von 7,500.000 Schilling wurden bisher rund 3,600.000 Schilling aufgewendet, die dritte Baurate 1966 ist mit 3,500.000 Schilling veranschlagt.

Für die Planung und Bauvorbereitung eines Neubaues der Feuerwache Simmering Neugebäudestraße-Weißenböckstraße sind 200.000 Schilling veranschlagt. Der als Zugwache projektierte Neubau soll als nächstes Bauvorhaben in Angriff genommen werden und nach Fertigstellung die bisherigen Gruppenwachen Simmering und Kaiserebersdorf vereinen.

Der technischen Ausgestaltung des Feuerwehrdienstes wurde wieder erhöhtes Augenmerk zugewendet. Im Rahmen des Erneuerungsplanes für den Fahrpark der Feuerwehr der Stadt Wien wurden im laufenden Jahr drei Tanklöschfahrzeuge, ein Universallöschfahrzeug, drei Kommandofahrzeuge und ein Einsatzfahrzeug für den Nachrichtenbaudienst neu angeschafft.

Das im Jahre 1964 in Auftrag gegebene zweite Magirus-Kranfahrzeug wurde im laufenden Jahre geliefert und steht bereits im Dienst.

Die Kosten der Neuanschaffungen und Herstellungen belaufen sich auf rund fünf Millionen Schilling. Für das Jahr 1966 ist die Anschaffung von weiteren drei Tanklöschfahrzeugen und eines Universallöschfahrzeuges mit einem Kostenaufwand von rund zwei Millionen Schilling vorgesehen. Der Stand an neuen Löschfahrzeugen wird dann unter Berücksichtigung dieser Anschaffungen, neun Universallöschfahrzeuge und 22 Tanklöschfahrzeuge betragen.

Das Ansteigen der technischen Einsätze in diesem Jahr war durch die außergewöhnliche Wettergestaltung bedingt.

In der Zeit vom 22. Mai bis 2. Juli wurden im Rahmen des Hochwassereinsatzes von den Feuerwehrleuten 18.518 Kilometer gefahren und an den Pumpen 4.163 Einsatzstunden geleistet.

./.

Die Wiener Feuerwehr war auch außerhalb des eigenen Schutzgebietes im Hochwassereinsatz: Im Burgenland wurden in Ober-Pullendorf, Strebersdorf und Frankenau, mit Hilfe eines Taucherfahrzeuges und eines mitgeführten Sturmbootes, Rettungs- und Bergungsarbeiten durchgeführt. Dabei wurden 65 Menschen - darunter 15 Kinder - geborgen.

In Kärnten waren im Rahmen der Hochwasserhilfe der Stadt Wien in mehreren Orten des Mölltales Feuerwehrfahrzeuge, Schlammpumpen und Auspumpaggregate mit entsprechendem Bedienungspersonal eingesetzt.

Der alle Jahre vor der Budgetdebatte erwartete Brand hat sich auch dieses Mal zur richtigen Zeit eingestellt. Sonntag, 5 Uhr früh, war ich außerordentlich erschrocken, als die Meldung kam 'Großbrand auf dem Wiener Messegelände'. Als ich nach 15 Minuten hinkam, war der Brand weitgehend lokalisiert und nach kurzer Zeit gelöscht. Hiebei zeigte sich, daß Glaspaläste außerordentlich schön sind, im Gebrauchfall viele Vorteile haben, aber bei Bränden für die Feuerwehrleute eine große Gefahr darstellen. Ich habe daher, nach Rücksprache mit dem Herrn Bürgermeister und dem Finanzreferenten, im Stadtsenat beantragt, für solche Brände starke Lederpelerinen anzuschaffen, damit das Leben und die Gesundheit unserer Feuerwehrmänner entsprechend geschützt wird.

Der Voranschlag der Feuerwehr für das Jahr 1966 rechnet mit Einnahmen in der Höhe von 1,660.000 Schilling. (1965: 1,545.000 Schilling)und sieht Ausgaben in der Höhe von 130,502.600 Schilling (1965: 123,329.400 Schilling) vor.

Von den Ausgaben entfallen 104,770.000 Schilling (80,3 Prozent) auf den Personalaufwand, 11,657.600 Schilling (8,9 Prozent) auf den laufenden Sachaufwand, 10,600.000 Schilling (8,2 Prozent) auf bauliche Herstellungen und 3,475.000 Schilling (2,6 Prozent) auf Inventaranschaffungen.

Pressestelle, Bilderdienst, Stenografenbüro

Die Pressestelle der Stadt Wien hat für das kommende Jahr Einnahmen in Höhe von 4,236.000 Schilling und Ausgaben in Höhe von 4,274.400 Schilling eingesetzt. Hiezu kommen noch der anteilige Personal- und Sachaufwand.

./.

Die 'Rathaus-Korrespondenz' erscheint, wie schon in den letzten Jahren, täglich dreimal. Das Amtsblatt 'Stadt Wien' erscheint wöchentlich zweimal, das sind 104 Nummern im Jahr, mit durchschnittlich 24 Seiten pro Nummer. Der redaktionelle Teil wurde erweitert und die Zahl der Bilder vermehrt.

Beim 'Landesgesetzblatt für Wien' wird mit einer Auflage von 2.200 Stück gerechnet, das sind um 200 mehr als im Vorjahr.

Die Auflage des'Amtlichen Wohnungstausch-Anzeigers' wird für das nächste Jahr mit 4.500 Stück angenommen. Er erscheint in Abständen von sechs Wochen.

Auch der Bilderdienst der Pressestelle wird im kommenden Jahr in wachsendem Umfang seine Arbeit fortsetzen und die in- und ausländische Presse sowie die 59 zumeist an Magistratischen Bezirksämtern angebrachten Bilderkästen mit aktuellen Fotos versorgen. Von den restlichen Holzbilderkästen werden wieder mehrere gegen Metallrahmenkästen ausgewechselt.

Das Stenografenbüro besorgte die stenografische Aufnahme von elf Landtagssitzungen und 15 Gemeinderatssitzungen in der Dauer von insgesamt 106 Stunden 25 Minuten. In das Beschlußprotokoll, das aus einem gedruckten und einem vervielfältigten Teil besteht und jedem Mitglied des Gemeinderates zugeht, waren vom Stenografenbüro in den abgelaufenen zwölf Monaten 200 Anträge, Anfragen und Anfragebeantwortungen aufzunehmen.

Die Zahl der Empfänge erreichte heuer Rekordhöhe. Aus Anlaß von Kongressen fanden 17, bei internationalen Tagungen 46 und aus sonstigen Anlässen 149, insgesamt also 212 Empfänge statt. An diesen Empfängen haben 44.746 Personen teilgenommen, um 8.355 mehr als im Jahr 1964, was einer Steigerung von rund 23 Prozent entspricht. Zum Vergleich sei hier nur angeführt, daß die Steigerung der an Empfängen teilnehmenden Personen gegenüber 1963 rund 62 Prozent beträgt. Die Zahl der im Jahre 1965 an Empfängen teilnehmenden Ausländer betrug 26.498, um 5.089 oder rund 23 Prozent mehr als im Jahr 1964. Diese Zahlen wurden bis jetzt noch nie erreicht.

./.

In der Volkshalle des Wiener Rathauses wurden folgende Ausstellungen gezeigt: 'John F. Kennedy', 'Drei finnische Städte', 'Frankfurt am Main - eine Stadt plant in die Zukunft', 'Informationsschau der Stadt Wien', 'Jugend am Werk - gestern, heute, morgen'.

Die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Gold erhielten 35 Personen, in Silber 20 Personen. Die Prof. Dr. Julius Tandler-Medaille erhielten drei Personen.

Zum Bürger der Stadt Wien wurden Bürgermeister Bruno Marek und Stadtschulratspräsident NR. Dr. Max Neugebauer ernannt; den Ehrenring der Stadt Wien erhielten drei Personen, die Josef Kainz-Medaille wurde an drei Personen überreicht. Zehn Personen erhielten die Preise der Stadt Wien.

Bis heute wurden drei Gnaden-, eine Steinerne, neun Eiserne, 100 Diamantene, 718 Goldene, also insgesamt 831 Hochzeitspaare geehrt. Die Ehrengabe der Stadt Wien erhielten 27 mindestens Hundertjährige und 773 Neunzigjährige.

Zivilschutzangelegenheiten

Die behördlichen und privaten Zivilschutzstellen waren bemüht, die vorbereitenden Maßnahmen für den Aufbau des Zivilschutzes in unserer Stadt zu erweitern.

Zu den seit Frühjahr 1962 bis Ende vorigen Jahres vom Bundesministerium für Inneres veranstalteten 64 Zivilschutzkursen mit 321 vom Land Wien entsendeten Teilnehmern sind bis Ende des heurigen Jahres 26 weitere Kurse mit 88 Wiener Teilnehmern gekommen, so daß bis jetzt in 90 Zivilschutzkursen insgesamt 409 Teilnehmer aus Wien abgebildet werden konnten.

Was die Aufklärung der Bevölkerung im Selbstschutz betrifft, haben wir - gleichsam als Auftakt - uns zunächst an die Lehrer Wiens gewendet und im Einverständnis und mit dankenswerter Unterstützung des Stadtschulrates für Wien, jedem Lehrer zwei Broschüren mit den Titeln 'Wir können uns schützen' und 'Grundschutz ist Sicherheit in deinem Haus' übermitteln lassen. Der Inhalt beider Broschüren sollte einmal allgemeines Wissensgut der Bevölkerung werden.

./.

Auch allen Mitgliedern der Wiener Bezirksvertretungen in ihrer Eigenschaft als Zweigstellenmitglieder des Landesverbandes Wien des Österreichischen Zivilschutzverbandes wurden Exemplare der Broschüren zur Verfügung gestellt. Den Frauen und Herren Bezirksräten ist es an Hand dieser sehr sachlich und fachlich einwandfreien Darstellungen möglich, an sie herangetragene Einzelfragen entsprechend zu beantworten.

Im übrigen besteht die Absicht, im Laufe der nächsten Zeit in Wien Aufklärungsveranstaltungen durchzuführen. Hiebei sollen Filmvorführungen und Kurzvorträge eine wesentliche Rolle spielen. In Zusammenarbeit von drei oder vier Wiener Gemeindebezirken sollen in allgemein zugänglichen Veranstaltungen den Besuchern die Grundgedanken über den Zivilschutz, besonders aber über den 'Selbstschutz' vermittelt werden.

\- - -

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes:)

Straßenbahnfahrpreis zu Weihnachten und Neujahr

21. Dezember (RK) Am Samstag, dem 25. Dezember (Christtag) und Samstag, dem 1. Jänner 1966 (Neujahr) gilt auf der Straßenbahn, Stadtbahn, auf den Autobuslinien und im Gemeinschaftstarif mit der Schnellbahn der Sonntagsfahrpreis. An diesen Tagen gelten daher die Sonn- und Feiertags-Zweifahrtenfahrscheine zu 5,50 Schilling im Tarifgebiet I oder auf den Ausnahmetarifstrecken "Mauer-Mödling" und "Kagran -Groß-Enzersdorf", außerdem die Sonn- und Feiertags-Zweifahrtenfahrscheine für Kinder zu 50 Groschen im Tarifgebiet I und II. Ungültig sind die Kurz- und Teilstrecken-, Arbeitslosen-, Jugendfürsorge-, Hin- und Rückfahrscheine sowie sämtliche Wochenkarten.

Auf den Strecken des Tarifgebietes II gilt der Dreischilling-Fahrschein (im Vorverkauf 2.70 Schilling), auf den Aufzahlungsstrecken der Linie 64 A der Dreischilling-Teilstreckenfahrschein.

Die Vorverkaufsstellen sind am Freitag, dem 24. Dezember und Freitag, dem 31. Dezember von 6.30 bis 14 Uhr, Samstag, dem 1. Jänner 1966 und Sonntag, dem 2. Jänner 1966, von 8 bis 14 Uhr geöffnet. Am Samstag, dem 25. Dezember und Sonntag, dem 26. Dezember, bleiben sie geschlossen.

Die Kartenausgabekasse 4, Rahlgasse 3, ist am Freitag, dem 24. Dezember und Freitag, dem 31. Dezember, von 8 bis 12 Uhr geöffnet, an Samstagen sowie an Sonn- und Feiertagen geschlossen.

Mit Rücksicht auf die Weihnachtsferien der Schulen findet der Wertmarkenverkauf bei allen Vorverkaufsstellen ausnahmesweise bis einschließlich Dienstag, dem 11. Jänner 1966, statt.

\- - -

Silvester auf dem Rathausplatz

21. Dezember (RK) Am Freitag, dem 31. Dezember beginnt das alljährliche Silvesterprogramm am Rathausplatz um 18 Uhr. Eine halbe Stunde lang spielt der Trompeterchor der Stadt Wien unter Leitung von Prof. Josef Levora auf der Loggia des Rathausturmes Melodien von Karl Rösner, Joseph Haydn, Josef Meßner, Karl Pilss, Carl Führich, Josef Hadraba und anderen.

Zwischen 18.30 Uhr und 18.35 Uhr wird die Neujahrsansprache von Bürgermeister Bruno Marek durch Lautsprecher auf den Platz übertragen. Von 18.35 Uhr bis 18.40 Uhr ertönt Carillon-Musik.

Das Glockenspiel des Rathausturmes ist auch in der Zeit von 23.50 Uhr bis 24 Uhr zu hören. Um Mitternacht ertönen zwölf Glockenschläge. Dann erklingt der Strauß-Walzer "An der schönen blauen Donau" in einer Aufnahme der Wiener Philharmoniker unter Leitung von Clemens Krauss.

\- - -

70. Geburtstag von Georg Stetter

21. Dezember (RK) Am 23. Dezember vollendet der Physiker Univ.-Prof. Dr. Georg Stetter das 70. Lebensjahr.

Er wurde in Wien geboren und begann 1928 seine akademische Laufbahn. 1934 erfolgte seine Berufung zum Vorstand des II. Physikalischen Universitätsinstitutes. Seit 1953 leitet er das I. Physikalische Universitätsinstitut. Stetter hat auf dem Spezialgebiet der Kernforschung zahlreiche Arbeiten von großer Bedeutung veröffentlicht. Er ist Mitglied der Deutschen Akademie der Naturforscher in Halle und Wirkliches Mitglied der Österreichischen Akademie der Wissenschaften.

\- - -

Wieder: Landeshauptmann-Stellvertreter Slavik

21. Dezember (RK) Die Wiener Landesregierung unter dem Vorsitz von Landeshauptmann Bruno Marek stimmte heute einhellig dem Antrag zu, anstelle des ausscheidenden Hofrates Hans Mandl als Vertreter des Landeshauptmannes den Amtsführenden Stadtrat, Vizebürgermeister Felix Slavik zu bestimmen. Landeshauptmann-Stellvertreter Slavik bekleidete diese Funktion schon einmal vor 1964.

\- - -

Modernisierung der Rettungsstation Mariahilf

21. Dezember (RK) Die Rettungsstation Mariahilf ist die älteste in Wien. Man kann dort noch sehen, wo die Pferde gestanden sind, die damals die Rettungsfahrzeuge zogen. Höchste Zeit also, für eine Modernisierung dieser wichtigen Station. Der Wiener Stadtsenat genehmigte heute auf Antrag von Stadtrat Dr. Glück zu diesem Zweck 1,650.000 Schilling.

Die Station Mariahilf wird mit diesem Geld nicht nur vollkommen modernisiert und instandgesetzt, sie enthält auch Räume für eine dritte Tour, eine Zentralheizung und eine eigene Verkehrslichtsignalanlage, damit die Rettung bei der Ausfahrt stets "Grünes Licht" hat. Mit den Bauarbeiten wird noch heuer begonnen.

\- - -

80. Geburtstag von Hans Gerstinger

21. Dezember (RK) Am 23. Dezember vollendet der Philologe Univ.-Prof.i.R.Dr.Hans Gerstinger das 80. Lebensjahr.

Er wurde in Groß-Haslau,Niederösterreich, geboren und studierte an der Wiener Universität klassische Philologie. In der Folge trat er in den Dienst der heutigen Nationalbibliothek, wo er bis 1936, zuletzt als Direktor der Papyrus- und Handschriftensammlung, tätig war. Bereits 1928 hatte er sich für klassische Philologie, Byzantinistik und Papyruskunde habilitiert. 1940 erfolgte seine Berufung zum Ordinarius an die Grazer Universität, deren Rektors- und Dekanswürde er bekleidete. Der Österreichischen Akademie der Wissenschaften gehört er seit 1949 als wirkliches Mitglied an. Hans Gerstinger hat sich vor allem als Herausgeber und wissenschaftlicher Autor außerordentlich fruchtbar betätigt. Von ihm stammen Handschriftenausgaben, zahlreiche Publikationen und Fachzeitschriftenbeiträge sowie Spezialabhandlungen. Er ist Mitglied vieler ausländischer Gelehrtenvereinigungen und seit 1939 Mitherausgeber der "Wiener Studien".

\- - -

"13er" ab Südbahnhof wieder auf normaler Strecke

21. Dezember (RK) Nach Fertigstellung verschiedener Straßenbauarbeiten fahren ab Donnerstag, dem 23. Dezember die Autobusse der Linie 13 in Richtung Alser Straße ab Prinz Eugen-Straße - Weyringergasse wieder auf der normalen Fahrstrecke über Prinz Eugen-Straße - Belvederegasse - Rainergasse zur Johann Strauß-Gasse.

In der Gegenrichtung fahren die Autobusse weiterhin über die bisherige Umleitungsstrecke Kolschitzkygasse-Weyringergasse.

\- - -

Personalnachrichten

21. Dezember (RK) Auf Antrag des städtischen Personalreferenten Stadtrat Bock hat heute der Wiener Stadtsenat den Stadtbaurat Architekt Ing. Franz Plodek (Magistratsabteilung 26) zum Oberstadtbaurat befördert. Amtsrat Wilhelm Wirth (Kontrollamt) wurde der Titel Oberamtsrat verliehen.

\- - -

Großfeldsiedlung - erster Bauteil

21. Dezember (RK) Auf Antrag von Stadtrat Heller genehmigte heute der Wiener Stadtsenat Entwurf und Kosten für den ersten Bauteil der neuen Großfeldsiedlung. Vizebürgermeister Dr. Drimmel referierte über die Baubewilligung.

Bei dem Bauvorhaben handelt es sich um Einfamilienreihenhäuser, und zwar insgesamt 60 Wohnungen, die im Montagebauverfahren hergestellt werden. Diese Wohnungen sind vor allem für Umsiedler und Absiedler gedacht. Die Kosten für das Projekt betragen 15,2 Millionen Schilling.

Ferner genehmigte der Stadtsenat Entwurf und Kosten für den zweiten Bauteil der Wohnhausanlage in der Brigittenau, Pappenheimgasse. Hier sollen 128 neue Wohnungen mit einem Kostenaufwand von 22,7 Millionen Schilling entstehen.

\- - -

Neuer Personentunnel unter dem Praterstern

21. Dezember (RK) Auf Antrag von Stadtrat Heller genehmigte heute der Wiener Stadtsenat 5,3 Millionen Schilling für die Errichtung eines Personentunnels, der von der Endstation der Zweierlinie zum Innenraum des Pratersterns führt. Über die Baubewilligung referierte Vizebürgermeister Dr. Drimmel.

Schon seinerzeit, bei der Regulierung des Praterstern, war dieser Tunnel vorgesehen worden. Er wird 80 Meter lang und vier Meter breit sein und mit Nischen für Plakatwände ausgestattet. Ein späterer Weiterbau in ein eventuelles unterirdisches Verkehrsbauwerk ist bereits einkalkuliert.

\- - -

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes:)

Debatte über Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten

21. Dezember (RK) In der Debatte sprach als erster Redner GR. Kowarsch (ÖVP) über die Feuerwehr. Seiner Meinung nach hat es sich bisher in der Debatte gezeigt, daß fast jeder Redner ein gemeindrätliches Steckenpferd hat. Sein eigenes, wahrlich kein schlechtes, sei die Feuerwehr. Sie ist eine Einrichtung, die es verdient, lobend erwähnt zu werden. Bei den Wienern ist es ja so, daß sie etwas, das funktioniert, nicht sehr beachten. Es liegt also ein stilles Lob darin, wenn die Wiener erst dann von ihrer Feuerwehr reden, wenn es im wahrsten Sinne des Wortes brennt. Leider ist die Feuerwehr bei ihren Einsätzen durch den Verkehr stark behindert, besonders zu Hauptverkehrszeiten. Die Autofahrer sind oft rücksichtslos und beachten den Vorrang des Einsatzfahrzeuges nicht immer. Man müßte hier im allgemeinen Interesse rigoroser durchgreifen.

Der Redner erinnert in diesem Zusammenhang an den seinerzeitigen Vorschlag seiner Fraktion, sogenannte Vorrangstraßen für Einsatzfahrzeuge zu schaffen, oder in diesen Straßen zumindest Spuren für diese Fahrzeuge freizuhalten. Vielleicht wäre es auch möglich, durch eine Fernsteuerung von den Einsatzfahrzeugen aus Verkehrsampeln umzuschalten. Der Redner ersucht um Mitteilung, wieweit unsere Einsatzfahrzeuge mit Funkanlagen ausgerüstet sind und ob die derzeit bestehenden Feuerwachen noch ihren Sinn erfüllen. Eine weitere Frage ist die, ob unsere Feuerwehr auch für die Bekämpfung von Bränden in Hochhäusern entsprechend ausgerüstet ist. Vielleicht könnten einige Verantwortliche in Amerika die Brandbekämpfung bei Hochhäusern an Ort und Stelle studieren.

Leider sind für die Anschaffung von Geräten die Ansätze des kommenden Jahres um ein Viertel gekürzt. Wir besitzen sicher eine große Zahl von guten Einsatzfahrzeugen, doch ist nicht bekannt, ob sie auch für den Einsatz in Hochhäusern ausreichend sind. Im Ausland verwendet man vielfach auch Hubschrauber zur Brandbekämpfung.

./.

Es war gut, daß man im Amtsblatt "Stadt Wien" über das richtige Verhalten bei Bränden geschrieben hat. Da diese Publikation nicht die entsprechende Breitenwirkung hat, sollte man gelegentlich eine Pressekonferenz durchführen, um den Journalisten die Möglichkeit zu geben, sich über den Stand der Feuerwehr zu informieren und die Bevölkerung davon zu unterrichten.

GR. Maller (KLS) stellt fest, daß selten über die Magistratsabteilung 66 gesprochen wird, daß man aber gerade dieser Abteilung für ihre Tätigkeit herzlichst danken muß, versorgt sie doch alle mit den notwendigen statistischen Unterlagen. Im Jahrbuch der Stadt Wien findet man Zahlen und Angaben über alle Probleme des Lebens in unserer Stadt. Die Mitteilungen und Sonderdrucke sind aktuell und aufschlußreich. Da die Statistik immer mehr Grundlage für alle Wirtschaftszweige und Wissensgebiete ist, müßte die Zahl der vorhandenen Statistiken jedoch noch erweitert werden.

Besondere Bedeutung für die Stadtverwaltung hat die Pressestelle der Stadt Wien, über die gleichfalls wenig gesprochen wird. Sie stellt die Verbindung zwischen der Gemeindeverwaltung und den Organen zur Bildung der öffentlichen Meinung her. Die Informierung der Öffentlichkeit durch die Pressestelle ist in den letzten Jahren erfreulicherweise erweitert und stark verbessert worden.

Zur Tätigkeit der Feuerwehr erklärt der Redner: Die Wiener wissen, was sie an den Feuerwehrmännern haben. Es ist fraglich, ob es eine Aufgabe gibt, die die Wiener Feuerwehr nicht meistern könnte.

Kritisch befaßt er sich dagegen mit der Wahlordnung und verlangt deren Änderung, um eine Benachteiligung der kleinen Parteien zu beenden. Es ist undemokratisch, wenn im Bund die Sozialistische Partei mehr Stimmen aber weniger Mandate als die ÖVP bekommt, es ist aber ebenso undemokratisch, wenn die SPÖ in Wien zehnmal mehr Stimmen aber dreißigmal mehr Mandate als wir bekommen. Das sollte geändert werden, um eine gleiche Wertung der Stimmen zu gewährleisten. Ebenso sollte das Problem der Zahl der Bezirksräte gelöst werden. Es ist ungerecht, wenn in dem einen Bezirk 578 Stimmen, in einem anderen 1326 und wieder in einem anderen 2281 Stimmen nötig sind.

./.

An dem rapiden Steigen der Grundpreise haben die Bodenkäufe durch Ausländer erheblichen Anteil. Viele Grundankäufe durch Ausländer erfolgen aus reinen Spekulationsgründen. Durch ein Gesetz wäre es möglich, den Ausverkauf an ausländische, vor allem westdeutsche Bodenspekulaten zu unterbinden. Aber offentsichtlich macht die ÖVP Schwierigkeiten. Dabei bedeutet jede Verzögerung den Verkauf weiterer Grundstücke an Ausländer und ein neues Steigen der Grundpreise. Wir brauchen so rasch wie möglich ein Grundverkehrsgesetz und einen Preisstop für Grund und Boden. Ebenso notwendig ist eine Sicherung der Wiener Naherholungsgebiete. Die jüngsten Nachrichten über die Verbauung des Besambergs aus rein kommerziellen Interessen sprechen eindringlich für rasche und wirksame Maßnahmen.

Die Kommunisten werden für die Ansätze dieser Gruppe stimmen.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) verlangt in Anpassung an das kürzlich geänderte I. Hauptstück der Stadtverfassung eine baldige Novellierung des II. Hauptstückes, das die Stellung Wiens als Land beinhaltet. Ebenso sollte die Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen neu bearbeitet werden, da die geltende Geschäftsordnung keine brauchbare Grundlage dafür bildet, die Tätigkeit der Bezirksvertretungen zu beleben und aufzuwerten. Es müßte zumindest erreicht werden, daß die Bezirksvertretungen zu echten beratenden Organen der Stadt in allen den Bezirk betreffenden Fragen werden.

Die Feuerwehr ist wieder gut dotiert, was umso wichtiger ist, als der Zivilschutz nach wie vor auf dem Papier steht.

Für Empfänge und Feierlichkeiten sind 6,5 Millionen Schilling vorgesehen, um 30 Prozent mehr als für 1965. Offensichtlich kommt mit dem Essen der Appetit. In den vier Jahren sind die Ausgaben für Empfänge und Feierlichkeiten mehr als verdoppelt worden. Hier sollte man wieder zu größerer Sparsamkeit zurückfinden.

Sehr bescheiden sind im Gegensatz dazu die Ansätze für die Statistik, die heute für alle Teile der Verwaltung unentbehrlich geworden ist.

./.

Für Grundkäufe sind wieder 150 Millionen reserviert, doch läßt sich aus dieser Zahl nichts ableiten, weil in den vergangenen Jahren immer weitaus mehr für Grundkäufe ausgegeben wurde als budgetiert war. Auch heuer wurde der Betrag von 150 Millionen Schilling schon zweimal aufgestockt.

Der Redner zitiert das neue Statistische Jahrbuch der Stadt Wien, wonach die Gemeinde Wien zwischen 1958 und 1964 im Wiener Stadtgebiet mehr als zehn Millionen Quadratmeter Grund und Boden angekauft hat. Dadurch ist der Anteil des gemeindeeigenen Grundes in Wien von 41,7 auf 44,1 Prozent gestiegen. Theoretisch könnte man sich also ausrechnen, wann der letzte Quadratmeter Grund in Wien der Gemeinde gehören wird. (Proteste der SPÖ-Mandatare.)

Die Ursachen für die steigende Tendenz der Grundpreise, über die im Gemeinderat oft Klage geführt wird, sieht der Redner einerseits in der Verdünnung des Geldwertes und der dadurch entstehenden erhöhten Nachfrage nach Sachwerten und andererseits in der Tatsache, daß die Gemeinde Wien so große Summen für Grundankäufe ausgibt und das bei gleichbleibender Grundfläche des Stadtgebietes (41.000 Hektar).

Wie Stadtrat Heller in seinem Referat erklärt hat, gibt es zuwenig erschlossenes Bauland in Wien. Deshalb, so meint der Redner, sollte man sich statt auf große Grundkäufe lieber auf die Aufschließung von Gründen konzentrieren.

Im Zusammenhang mit den bevorstehenden Nationalratswahlen kommt der Redner auf die fliegenden Wahlkommissionen in Altersheimen und Spitälern zu sprechen. Er kritisiert dabei, daß bei diesen Wahlvorgängen nicht immer der Grundsatz der Geheimhaltung gewährleistet gewesen ist. Er selbst habe leider oft beobachten können, daß die Pfleglinge offen vor der Wahlkommission oder vor ihren Bettnachbarn die Stimmzettel ausfüllen mußten, weil die vorgeschriebenen Wandschirme nicht vorhanden waren. Manchmal füllte auch eine Krankenschwester die Wahlzettel aus. Es gab Fälle, wo Pfleglinge der Wahlkommission laut erklärten, sie wüßten nicht, wen sie wählen sollten. Daraufhin habe manchmal eine Schwester über Aufforderung eines Wahlkommissionsmitglieds den Wahlzettel ausgefüllt. Bei der letzten Wahl habe der Redner gegen einen solchen Vorgang protestiert, damit jedoch keinerlei Erfolg gehabt. Ferner, so meint der Redner, hält man sich auch nicht immer an die Vorschrift der Wahlordnung, wonach in der Wählniederschrift zu vermerken ist, welche Stimmen mit Hilfe von Begleitpersonen abgegeben wurden.

./.

Abschließend fordert GR. Dr. Hirnschall, spezielle Instruktionen für die fliegenden Wahlkommissionen auszuarbeiten und die notwendigen technischen Einrichtungen für den Wahlvorgang in Altersheimen und Spitälern zur Verfügung zu stellen.

Die FPÖ-Fraktion wird den Ansätzen dieser Geschäftsgruppe zustimmen.

GR. Dr. Glatzl (ÖVP) beschäftigt sich mit Wahlfragen, wobei er feststellt, daß beim geltenden Wahlrecht von Unrecht keine Rede sein kann. Er begrüßt die Einführung der Wählerevidenz und anerkennt die gute Arbeit, die hier bereits geleistet wurde. Sodann richtet er an den Berichterstatter die Bitte, alles dazu zu tun, daß die Reklamationsfrist ausreichend publiziert wird und genügend Möglichkeiten zur Einsichtnahme in die Wahllisten gegeben sind. Zur Kostenfrage meint der Redner: lieber Geld ausgeben als keine demokratischen Wahlen.

Auch GR. Dr. Glatzl kritisiert einige Vorkommnisse bei den fliegenden Wahlkommissionen in Altersheimen und Spitälern und ersucht den Berichterstatter, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, damit es solche Vorkommnisse nicht mehr geben kann. Die "Schleppung" kranker Leute in die Wahllokale bezeichnet er als kein gutes Zeichen für unsere Demokratie.

Man muß sich fragen, warum eine große Partei noch immer gegen die Briefwahl ist. Warum sollte die Briefwahl nicht möglich sein? Die damit verbundenen Begünstigungen würden nicht nur einer Partei, sondern allen Parteien gleichmäßig zugute kommen.

Der Redner erinnert anschließend an die in einem Brief von Bürgermeister Marek ausgesprochene Bitte an die wahlwerbenden Parteien um die Schonung des Stadtbildes im Wahlkampf. In letzter Zeit wird eine Methode der Verunzierung des Stadtbildes immer häufiger, an der auch die ÖVP in gewissem Sinn beteiligt ist: nämlich die Aufstellung der bekannten, meistens nicht schönen Gestelle mit Plakaten auf den Straßen.

Es sollte daher keine Wahl ohne Wahlübereinkommen geben, an das sich alle Parteien halten müssen. Wie man hört, wurde auch für die kommende Nationalratswahl ein solches Übereinkommen ausgearbeitet. Darin heißt es angeblich unter anderem, daß die Ringstraße von der Wahlwerbung ausgenommen werden sollte. Diese Forderung muß man durchaus unterstützen. ./.

Um das Interesse der Wiener Bevölkerung an kommunalpolitischen Problemen zu steigern, hat die ÖVP im Februar den Antrag auf Einführung des Volksbegehrens und der Volksabstimmung auf Landesebene eingebracht. Die Kosten für ein Volksbegehrens sind geringer, als man annimmt und betragen nur rund einen Schilling pro abgegebener Stimme. Die ÖVP wird auch weiterhin zum Volksbegehren für Rundfunk und Fernsehen stehen. (Beifall bei der ÖVP)

GR. Dr. Habl (ÖVP) ging in seinem Debattenbeitrag auf die Grundtransaktionen der Stadt Wien ein. Diese Transaktionen sind oft Gegenstand unberechtigter Kritik. Grundsätzlich muß festgestellt werden, daß eine Stadt etwas Lebendiges, Wachsendes ist. Wer ja sagt zur Schaffung möglichst vieler Grünflächen, zur Assanierung alter Stadtteile, zur Errichtung von Erholungsraum und neuen Wohnungen, muß auch ja sagen zur Beschaffung der dafür notwendigen Grundstücke (Beifall bei SPÖ und ÖVP). Die Freiheit des Eigentums beinhaltet nicht nur die Freiheit des Erwerbes, sondern auch die Freiheit der Veräußerung von Grundstücken.

Es ist nicht zutreffend, daß die Grundkäufe der Gemeinde Wien die Bodenpreise generell in die Höhe treiben. Diese Tatsache wird durch eine sorgfältige Untersuchung erhärtet, die in der Integrationsstudie der Zentralsparkasse enthalten ist. Aus ihr geht hervor, daß die Wiener Grundpreise nach 1955 stiegen, 1958 einen Höhepunkt erreichten, dann wieder eine rückläufige Tendenz aufwiesen und gegenwärtig etwas anziehen. Grundstücke im 4. Bezirk haben sich gegenüber 1953 am stärksten verteuert, während die Bodenpreise des 15. Bezirks auf mehr als die Hälfte gesunken sind.

Verschiedentlich hört man auch die Meinung, daß die Stadt Wien in verschiedenen Bezirken Grundkäufe und Wohnbau aus wahltaktischen Gründen forciere.

Eingehende Beratungen in den Ausschüssen werden dadurch erschwert, daß erst kurz vor den Sitzungen umfangreiche Nachträge zur Tagesordnung vorgelegt werden, die oftmals Geschäftsstücke enthalten, bei denen es um Millionen geht. (Zwischenruf von der SPÖ: "Sie können jederzeit die Absetzung verlangen").

Grundreserven sind auch für Tauschzwecke nötig. Der zuständige Gemeinderatsausschuß sollte jedoch laufend davon informiert werden, ob die erworbenen Gründe auch wirklich jenem Verwendungszweck zugeführt wurden, der bei ihrem Erwerb angegeben wurde.

./.

GR. Dr. Habl stellte darauf einen Antrag, der den Bezirksvertretungen ein Mitspracherecht bei der Festsetzung der Flächenwidmungs-, Bebauungs- und Fluchtlinienpläne sichern soll.

Der Redner fordert ferner eine konsequente Förderung der Entflechtung von Wohn- und Betriebsstätten. Man müsste allen Unternehmern, die dieses Ersuchen äußern, auf kurzem Wege Tauschgründe anbieten. Auch für den Bau von Kirchen sollte die Stadtverwaltung Grundstücke zur Verfügung stellen und aufgeschlossene Parzellen in berücksichtigungswürdigen Fällen im Baurecht vergeben.

Der Redner gab seiner Befriedigung Ausdruck, daß das Grundstück des Dianabades doch noch erworben werden konnte, wozu die ÖVP mehrfach Anstoß gegeben habe.

Zugunsten des Bedarfs an Grundstücken für Verkehrsflächen ist nach der derzeitigen Rechtslage eine geordnete Enteignung ohnedies möglich. Jedoch kann man sich auch der Notwendigkeit eines Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetzes nicht verschließen. Ein solches müsste freilich alle Rechte an redlich erworbenem Eigentum sorgfältig wahren.

Neufassungen des Kanaleinmündungsgesetzes, des Garagengesetzes und der Bauordnung sind erforderlich. Die Bedenken wegen der heuer beschlossenen Verfassung der Stadt Wien werden derzeit vom Verfassungsdienst geprüft.

GR. Sagmeister (SPÖ) bezeichnet die Grundbeschaffung als ein Hauptanliegen der Stadtverwaltung. Die Sozialisten haben in diesem Zusammenhang immer auf das Fehlen eines Bodenbeschaffungs- und eines Assanierungsgesetzes hingewiesen und daß dadurch die notwenigen Grunderwerbungen erschwert werden. Bis zum Jahr 1962 stiegen die Grundpreise ständig. Erst ab 1962 bis 1964 war eine gewisse Stagnation festzustellen, in den westlichen Bezirken - in denen überhöhte Preise gefordert wurden - war 1962 und 1963 sogar eine gewisse Kaufpreissenkung zu verzeichnen. Es sei daher unverantwortlich, daß gerade zu dieser Zeit die Bau- und Bodenkorrespondenz unter der Überschrift 'Die Grundstückpreise steigen weiter' dieser sinkenden Tendenz entgegenarbeitete.

./.

Ein allmählicher Fortschritt ist bei der Erwerbung von Grundstücken in Assanierungsgebieten festzustellen. Leider werden aber auch hier oftmals nicht nur hohe Grundpreise verlangt, es entstehen auch durch die Absiedlung dort befindlicher Betriebe hohe Kosten.

Die Grunderwerbungen der Stadt Wien erstrecken sich auch auf Gebiete außerhalb Wiens, zum Teil aus Arrondierungsgründen und zum Teil zur Sicherung der Wasserversorgung. Leider werden die Verhandlungen durch die in der Steiermark und in Niederösterreich bestehenden Grundverkehrsgesetze in die Länge gezogen. Der Redner verweist auch auf den von der Stadtverwaltung geplanten Schulhausbau im 22. Bezirk. In die laufenden Grunderwerbsverhandlungen hat sich dann ein Privater eingeschaltet und den für die Gemeinde so notwendigen Grund zum doppelten Preis erworben. Da die für den Schulbau notwendigen Umwidmungen jedoch beschlossen waren, will er nun diesen Grund mit einem anderen Gemeindegrundstück tauschen. Derartige Machenschaften machen es der Stadtverwaltung natürlich schwer, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Große Grundtransaktionen sind auch für die Errichtung des Obst- und Gemüsemarktes notwendig.

Zum Wahlrecht: Es ist bekannt, daß die Sozialistische Partei auf Bundesebene Vorschläge zur Verbesserung des geltenden Wahlrechtes ausgearbeitet hat. Die widerstreitenden Interessen konnten jedoch bisher leider auf keinen Nenner gebracht werden. Wie notwendig eine Reform jedoch ist, zeigt sich schon daraus, daß die Sozialisten zum Beispiel bei den Wahlen im Jahr 1953 um 37.000 Stimmem mehr hatten als die Volkspartei, trotzdem aber um ein Mandat weniger erhielten. Eine derartige Wahlarithmetik könne doch keinesfalls als demokratisch bezeichnet werden. Ein Mißbrauch wird auch mit den Bestimmungen der Nationalratswahlordnung bezüglich Wahlkarten getrieben. Der Gesetzgeber will zum Beispiel Wahlmitarbeitern die Möglichkeit geben, der Wahlhandlung von Anfang bis zum Ende beizuwohnen und ihm daher ermöglichen, seine Stimme in dem Wahllokal abzugeben, in dem er eingesetzt ist. Der Besitz einer Wahlkarte wird jedoch oft dazu mißbraucht, in einem bestimmten, vorher ausgewählten Wahlkreis zu wählen, was keineswegs dem Willen des Gesetzgebers entspricht. ./.

Zur Flugbeschränkung: Leider scheint die derzeitige gesetzliche Regelung hinsichtlich der Zulässigkeit des Überfliegens des Stadtgebietes noch immer nicht den Notwendigkeiten einer Großstadt zu entsprechen. Es wäre dringend notwendig, durch entsprechende Veränderungen der Lande- und Startpisten des Großflughafens Schwechat dafür zu sorgen, daß das Überfliegen weiterhin eingeschränkt, beziehungsweise vermieden wird.

Größtes Augenmerk müßte auch der Errichtung von Tankstellen zugewendet werden, da sie eine gewisse Gefahr für die umliegenden Häuser sind. Erweiterungswünsche bereits genehmigter Tankstellen sollten möglichst nicht bewilligt werden. Personen, die Arbeiten an den Tankstellen verrichten, die über den normalen Bedienungsbetrieb hinausgehen, müssen besonders zuverlässig und geschult sein. Bei der Neugenehmigung von Tankstellen müssen ausreichende Verkehrungen getroffen werden, um eine Gefährdung, Gesundheitsschädigung und Belästigung der Anrainer zu verhindern.

Die Wiener Feuerwehr wird in diesem Jahr mit fast 10.000 Ausrückungen die bisherige Höchstzahl von 8.900 im Jahre 1963 weit überschreiten. Ihre Inanspruchnahme weist eine konstant steigende Tendenz auf. Diese Steigerung ergibt sich bei den Einsätzen zur technischen Hilfeleistung, wobei die mit der fortschreitenden Motorisierung verbundenen Störungen im Straßenverkehr eine wesentliche Ursache bilden. Auch die katastrophale Wettergestaltung hat bewirkt, daß in mehr als tausend Fällen Auspumparbeiten geleistet werden mußten. Für alle Leistungen muß den Feuerwehrmännern der Dank ausgesprochen werden. (Allgemeiner Beifall). Dieser Dank gilt auch den Bediensteten der Rathauswache für deren zwar unbemerkten, doch überaus wichtigen Einsatz.
Für die aus dem immer mehr zunehmenden Transport und der Lagerung brennbarer Flüssigkeiten entstehenden Gefahren hat die Feuerwehr einen Ölalarm-Einsatzplan ausgearbeitet. Seit einem Jahr steht auch ein besonderes Öleinsatzfahrzeug im Dienst, das sich bereits in 23 Fällen bewährt hat.

./.

Auch der Einsatz in radioaktiv verstrahlten Gebieten muß unter besonderen Schutzmaßnahmen erfolgen. Aus allem ergibt sich, daß die Gemeindeverwaltung Vorsorge getroffen hat, daß der Bevölkerung auch in Extremfällen ausreichender Schutz geboten werden kann.

Die notwendige Erneuerung des Fahrparkes der Feuerwehr soll nach dem Erneuerungsplan 1968 beendet sein. Mit der in Kürze erfolgenden Indienststellung der neuen Hauptfeuerwache Leopoldstadt wird das Projekt, alte Feuerwachen durch Neubauten zu ersetzen, einen neuen Höhepunkt erreichen. Die neue Hauptfeuerwache wird sicher als Musterwache Beachtung finden. Darüber hinaus sollte getrachtet werden, der Wiener Feuerwehr durch Beistellung eines Versuchsgeländes Brandversuche sowie löschtaktische und -technische Erprobungen zu ermöglichen.

Meine Fraktion wird den Budgetansätzen dieses Kapitels ihre Zustimmung geben. (Beifall bei SPÖ und ÖVP).

In Erwiderung der in der Debatte aufgeworfenen Fragen erklärt Stadtrat Sigmund in seinem Schlußwort, daß entsprechend den heutigen Erfordernissen Feuerwachen stillgelegt und neue an Stellen erbaut wurden, von wo aus die Einsatzfahrzeuge ihren Wirkungskreis möglichst schnell erreichen können. Dabei kommt es natürlich vor, daß zur Verstärkung bei der Brandbekämpfung zusätzlich Fahrzeuge aus anderen Feuerwachen oder Spezialgeräte von der Zentrale herangezogen werden. Entscheidend ist, wie schnell mit der Brandbekämpfung begonnen werden kann. Durchschnittlich dauert es jetzt 16 Sekunden vom Augenblick der Brandmeldung bis zum Einsatz der Feuerwehrmänner. Auf Grund der Erfahrungen beim Brand des Kühlhauses wurde auch vorgesorgt, daß eine Funkverbindung bis zu dem einzelnen Mann am vordersten Punkt der Brandbekämpfung hergestellt werden kann. Wohl gibt es ferngesteuerte Ampeln, aber Fachleute haben auf die Gefahren aufmerksam gemacht. Sobald das Feuerwehrsignal ertönt, sind viele Kraftfahrer bereit, Platz zu machen. Ich danke allen Kraftfahrzeuglenkern Wiens, daß sie unseren Einsatzfahrzeugen so viel Verständnis entgegenbringen. (Allgemeiner Beifall).

./.

Eigene Hubschrauber zu unterhalten, würde für die Feuerwehr eine arge finanzielle Belastung bedeuten. In Fällen, wo der Einsatz von Hubschraubern notwendig ist, springt das Bundesheer rasch ein.

Manche Feuerwachen befinden sich an Stellen, wo wenig Brände entstehen, aber wo es besonders auf die Schnelligkeit des Einsatzes, zum Beispiel zur Hilfe bei Unfällen, ankommt.

Wir würden es begrüßen, wenn uns die Presse die Möglichkeit gäbe, die Bevölkerung über richtiges Verhalten bei Bränden und über die Hilfeleistung für die Feuerwehr aufzuklären. In den meisten Fällen aber überwiegt die Neugier, und so müssen wir oft die Leute davon abhalten, die Feuerwehr bei ihrem Einsatz zu stören.

Sodann stellt der Berichterstatter fest: "Das angenehme in meiner Verwaltungsgruppe ist, daß die Vertreter aller politischen Parteien glauben, sie können in meiner Verwaltungsgruppe einen Machtkampf austragen. Der eine will die Bezirksvertretungen geändert haben, der zweite wünscht sich ein anderes Wahlrecht, der dritte verlangt die Schaffung besonderer Einrichtungen, damit den Bedürfnissen seiner Partei Rechnung getragen wird. Dazu muß ich sagen: Da bin ich zu klein, das geht nicht. Wir sind die Verwaltung. Wir führen die Gesetze durch, die hier im Haus und im Parlament von den Nationalräten beschlossen werden. Ich würde es für schlecht halten, wenn sich einmal eine Verwaltung anmaßen würde, Korrekturen von Gesetzen im Verwaltungswege durchzuführen." (Allgemeiner Beifall.)

Der Berichterstatter ist nicht der Meinung, daß die Bezirksvertretungen ein zu geringes Wirkungsfeld hätten. Die Kommissionierungen zum Beispiel sind ein wichtiges Gebiet, in dessen Rahmen der Wille der Bevölkerung zum Ausdruck kommen soll. Ebenso sind die Mitteilungen von Bezirksräten über Personen wichtig, die eingebürgert werden wollen.

Wenn in der Debatte erklärt wurde, daß für die Verkehrszählung zuwenig Geld vorgesehen sei, so ist dazu zu sagen, daß diese Zählung nicht von einer Abteilung allein durchgeführt wird. Wir zahlen der Wiener Verkehrspolizei 97 Millionen Schilling. Die Verkehrspolizei unterstützt uns bei allen Verkehrsplanungen und Verkehrszählungen und trägt auch bei dieser

./.

Zählung die Hauptlast. Die Kosten dafür sind in den 97 Millionen enthalten.

Wie der Berichterstatter erklärt, wird er bestrebt sein, den Wünschen Dr. Glatzls nachzukommen.

Zu den Grundkäufen: Man muß bedenken, daß oft jahrelange Verhandlungen notwendig sind und die Verhandlungsorte oft gewechselt werden müssen. Ferner ist es notwendig, Durchschnittspreise zu errechnen, da die Grundstückspreise natürlich verschieden hoch sind. Bei den genannten Preisen um 45.000 Schilling herum kann es sich nur um außerordentliche Fälle handeln, bei denen das öffentliche Interesse den Ankauf unbedingt verlangt.

Niemand könne ihm vorwerfen, erklärt der Berichterstatter sodann, bei Grundeinkäufen keine Achtung vor redlich erworbenem Eigentum zu haben. Was ist jedoch davon zu halten, wenn für ein zweistöckiges altes Miethaus, das einen Verkehrswert von 500.000 Schilling hat, 14,5 Millionen Schilling verlangt werden? Irgendwo muß es natürlich eine Grenze zwischem dem allgemeinen Interesse und dem Versuch geben, die Notlage der Stadt auszunutzen. Enteignungsanträge habe es in den vielen Jahren, in denen der Berichterstatter der Geschäftsgruppe XI vorsteht, nur äußerst wenige gegeben.

Bei der Abstimmung über die Verwaltungsgruppe XI werden die Ansätze einstimmig angenommen. Der Antrag der ÖVP (Mitspracherecht der Bezirksvertretungen bei Festlegung von Flächenwidmungsplänen) wird einstimmig zur Behandlung zugewiesen.

Wiener Gemeindebudget angenommen

Der Vorsitzende Bürgermeister Marek bringt nun die Anträge zur Bilanz und Bedeckung zur Abstimmung. Sie werden mit den Stimmen der SPÖ und der ÖVP angenommen. Damit ist der Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1966 erledigt. Morgen Mittwoch, werden die Wirtschaftspläne der Wiener Stadtwerke für 1966 behandelt.

Neuer Gemeinderat

Der Vorsitzende teilt hierauf dem Gemeinderat mit, daß Stadtrat Hans Mandl am 7. Dezember einen Brief an ihn gerichtet habe, in dem er mitteilt, daß er mit Wirksamkt vom 20. Dezember 1965

./.

seine Funktion als Stadtrat und sein Mandat als Mitglied des Wiener Gemeinderates zurücklegt. Als Ersatzmann wird Franz Gawlik (SPÖ) berufen und angelobt.

Die Wahl der neuen Stadträtin

Inzwischen hat sich auf der Galerie des Gemeinderates eine Wandlung vollzogen. Die meisten Besucher sind auf einmal Frauen, die sich alle für die Wahl der neuen Stadträtin interessieren. Auch Stadtrat a.D. Hans Mandl hat auf der Galerie Platz genommen. Im Saal entfalten Fernseh- und Wochenschaureporter ihre "fieberhafte" Tätigkeit. Bürgermeister Bruno Marek teilt mit, daß die Sozialistische Partei Österreichs vorschlägt, Frau Gemeinderat Gertrude Sandner zum Stadtrat zu wählen.

Die Wahl erfolgt mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP. Nach der Annahmeerklärung leistet Stadtrat Gertrude Sandner das Gelöbnis. Hierauf wird die Sitzung des Gemeinderates kurz unterbrochen, und in einer Sitzung des Stadtsenates der Vorschlag einstimmig angenommen, Stadtrat Sandner zum Amtsführenden Stadtrat zu wählen.

Unter dem Beifall der Mitglieder des Gemeinderates geleitet Bürgermeister Marek das jüngste Mitglied des Wiener Stadtsenates in den Saal. Gemeinderat Maria Hlawka (SPÖ) überreicht Stadtrat Gertrude Sandner einen riesigen Blumenstrauß. Auch andere Mitglieder des Gemeinderates gratulieren. Hierauf erfolgt wieder mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP die Wahl zum Amtsführenden Stadtrat.

In der Folge wird Gemeinderat Sackmauer (SPÖ) zum Mitglied des Kulturausschusses und Gemeinderat Gawlik zum Mitglied des Wohlfahrtsausschusses und des Gesundheitsausschusses gewählt.

Es folgt noch die Wahl der insgesamt 92 Vertrauenspersonen beziehungsweise der 92 Ersatzmitglieder der Gemeindevermittlungsämter in den 23 Wiener Bezirken. Die Wahlvorschläge der SPÖ und ÖVP, über die getrennt abgestimmt wird, finden die einhellige Zustimmung des Gemeinderates.

Der Vorsitzende, Bürgermeister Bruno Marek unterbricht nun die Sitzung. Die Beratungen werden morgen Mittwoch, den 22. Dezember, um 9 Uhr, mit der Behandlung der Wirtschaftspläne der Wiener Stadtwerke für das Jahr 1966 fortgesetzt. Referent ist Stadtrat Dr. Maria Schaumayer (ÖVP).

(Ende des Sitzungsberichtes)

\- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

21. Dezember (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Inländischer Kohl 3 bis 6.40 Schilling je Kilogramm, inländisches Weißkraut 2.50 bis 5 Schilling je Kilogramm, inländisches Rotkraut 2.80 bis 5 Schilling je Kilogramm.

Obst: Inländische Birnen 4 bis 10 Schilling je Kilogramm, Orangen 4 bis 10 Schilling je Kilogramm.

\- - -

Zur Ablehnung der Olympia-Bewerbung:

Erste Stellungnahme von Bürgermeister Marek

21. Dezember (RK) Unmittelbar nach Bekanntwerden der Ablehnung der Bewerbung Wiens um die Olympischen Spiele 1972 gab Bürgermeister Marek einem Vertreter der "Rathaus-Korrespondenz" folgende Stellungnahme:

"Ich bin bestürzt über die Entscheidung, die nicht nur auf Ressentiments, sondern auf Gehässigkeiten gegenüber Wien zurückzuführen ist. Wir werden in Form eines Weißbuches dazu Stellung nehmen und die Bevölkerung durch diese Publikation über die Realität der Bewerbung aufklären. Ich bedauere es, daß als Auftakt des Wahlkampfes eine Entscheidung getroffen wurde, die Wien nicht nur schwer schädigt, sondern auch das Ansehen Österreichs in der Welt herabsetzt. Ich bin überzeugt, daß diese unmotivierte gehässige Handlung von der Bevölkerung Österreichs beantwortet werden wird."

\- - -

Amtseinführung von Stadtrat Gertrude Sandner

21. Dezember (RK) Unmittelbar nach der Wahl des neuen Amtsführenden Stadtrates für Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung im Wiener Gemeinderat nahm Bürgermeister Bruno Marek im Kulturamt der Stadt Wien am Friedrich Schmid-Platz die feierliche Amtseinführung von Stadtrat Gertrude Sandner und die Verabschiedung von Stadtrat a. D. Hans Mandl vor. Landtagspräsident Dr. Stemmer, Magistratdirektor Dr. Ertl, die Mitglieder des Kulturausschusses des Wiener Gemeinderates und die leitenden Beamten der Geschäftsgruppe nahmen an dem feierlichen Akt teil.

Bürgermeister Marek würdigte noch einmal die großen Verdienste des scheidenden Stadtrates, unter dessen Amtsführung das Kulturleben in Wien wieder lebendig geworden ist. Seine Arbeit ist im Buch unserer Stadt eingezeichnet. Die Nachfolgerin kann ein Amt übernehmen, das auf guten Fundamenten aufgebaut ist.

Der neuen Stadträtin übermittelte der Bürgermeister seine herzlichen Glückwünsche und den Wunsch, daß es ihr gelingen möge, das Werk gut durchzuführen.

Stadtrat a.D. Hans Mandl sagte, er möchte den Dank, der ihm heute ausgesprochen wurde, allen seinen Mitarbeitern weitergeben. Ihnen danke er für ihre Hilfe und ihre Unterstützung. Alle unsere Arbeit stand im Dienste unserer herrlichen Stadt. Er habe nur eine Bitte: auch seiner Nachfolgerin in der gleichen Art zu helfen, wie man ihm geholfen hat.

Stadtrat Gertrude Sandner bezeichnete ihre Amtseinführung als das bedeutendste Ereignis ihres bisherigen Lebens. Sie wisse, daß die Aufgabe, die vor ihr liege, sehr groß und schwer, aber auch sehr schön und faszinierend sei. Sie versicherte, im Sinne ihres Vorgängers die Arbeit für unsere Stadt fortsetzen zu wollen.

Als Vorsitzender des Kulturausschusses sprach Landtagspräsident Dr. Stemmer, der in einer launigen Rede hervorhob, daß die 16 Jahre unter pädagogischer Führung sich bewährt haben und daß nun erfreulicherweise wieder ein Lehrer das Kulturamt weiterführe. Im Namen der Mitglieder des Gemeinderatsausschusses überreichte Dr. Stemmer der Stadträtin einen großen Strauß mit roten und weißen Nelken.

Zum Schluß sprach im Namen der Beamten des Kulturamtes Senatsrat Dr. Gapp.

./.

Erstes Rundfunkinterview

In einem ersten Rundfunkinterview, das heute abend im "Echo der Zeit" gesendet wurde, wies Stadtrat Gertrude Sandner darauf hin, daß sie schon bisher mit dem Kulturleben der Stadt Wien eng verbunden war. Sie betonte auch, daß sie schon als Lehrerin die schöpferischen Kräfte und Talente der Kinder zu wecken und zu fördern hatte. Stadtrat Gertrude Sandner bekannte sich zum Experiment, denn nur wer wagt, wer experimentiert, es auf sich nimmt, manchmal Fehler zu machen, ist auf dem besten Weg, neue Impulse zu geben, doch soll selbstverständlich nicht das Experiment am Anfang ihrer Amtsführung stehen. Sie habe heute kein neues Kulturprogramm, sie bitte vielmehr, daß man ihr zunächst Zeit zum Arbeiten gebe.

\- - -

"Das große Beispiel":

Wiener Gymnaestrada-Film erhielt Prädikat "wertvoll"

21. Dezember (RK) Die gemeinsame Filmprädikatisierungskommission der österreichischen Bundesländer hat in ihrer gestrigen Sitzung den im Auftrag der Stadt Wien hergestellten Kurzfilm "Das große Beispiel" geprüft und mit dem Prädikat "wertvoll" ausgezeichnet.

Bei diesem 12 Minuten-Streifen, der von der Schönbrunn-Film produziert wurde, handelt es sich um einen Bericht über die Gymnaestrada 1965. Die Gestaltung oblag Albert Quendler, der Kommentar stammt von Gerhard Fritsch. "Das große Beispiel" kommt im Verleihprogramm des Filmzentrums zum Einsatz.

\- - -

Neuer Vorsitzender des Kreditvereines der Zentralsparkasse

21. Dezember (RK) Der Verwaltungsausschuß der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien hat Kommerzialrat Friedrich Mache zum neuen Vorsitzenden des Kreditvereinsausschusses bestellt. Neben verschiedenen anderen Funktionen ist Kommerzialrat Mache Kammerrat der Sektion Industrie der Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Wien, Mitglied des Finanzausschusses der Kammer Wien und seit 1956 Vizepräsident des Freien Wirtschaftsverbandes.

Kommerzialrat Friedrich Mache hat sich um den Kreditverein der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien, dessen Ausschuß er seit dem Jahre 1955 angehört, besondere Verdienste erworben.

Er übernimmt nun die Stelle, die durch den Tod des früheren Vorsitzenden Hans Androsch vakant geworden war.

\- - -

Eine Bitte der Gaswerke an alle Wiener:

Gasverbrauch zu Weihnachten besser verteilen!

21. Dezember (RK) Die Wiener haben der in den beiden letzten Jahren von den Wiener Gaswerken vorgebrachten Bitte, den zur Weihnachtszeit üblichen erhöhten Gasverbrauch zwar nicht einzuschränken, aber über den ganzen Tag zu verteilen, um übermäßige Spitzenbelastungen in der Zeit von 10 bis 13 Uhr zu vermeiden, in erfreulichem Maß entsprochen.

Die Wiener Gaswerke verbinden nun ihren Dank für diese verständnisvolle Haltung wieder mit der Bitte an alle Wiener, auch heuer wieder in der Weihnachtszeit, vor allem am 25. Dezember, bereits in der Früh mit dem Kochen und Backen zu beginnen, eventuell bereits am Vortag vorzukochen, und somit in der Zeit von 10 bis 13 Uhr nur die wirklich notwendige Menge Gas zu verbrauchen.

\- - -

Auch heuer wieder für alle Wiener:

Weihnachtsgrüße von hoher See

21. Dezember (RK) Sowie im vergangenen Jahr erhielt auch heuer wieder der Wiener Bürgermeister über die Küstenfunkstelle Norddeich vom Motorschiff "Wien" ein Glückwunsch-Radiogramm. In dem an Bürgermeister Bruno Marek gerichteten Fernschreiben heißt es:

"Das Patenschiff Wien der Hamburg-Amerika-Linie wünscht Ihnen und allen Bürgern eine fröhliche Weihnacht und sendet die herzlichsten Wünsche zum Jahreswechsel - Kapitän und Besatzung".

In einem sofort aufgegebenen Antworttelegramm dankte Bürgermeister Marek herzlichst für die Festtagsgrüße von hoher See und übersandte dem Kapitän und der Besatzung des Motorschiffes "Wien" namens der Stadt Wien die besten Wünsche für ein frohes Weihnachtsfest und ein glückliches Neues Jahr.

\- - -

Schweinehauptmarkt vom 21. Dezember

21. Dezember (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 0. Neuzufuhren Inland: 5.345, Polen 1.462, Bulgarien 400, DDR 709, Dänemark 399, Gesamtauftrieb: 8.315. Verkauft wurde alles. Industrieware: Jugoslawien 72, Polen 331, Auslandsschlachthof: Inland 326 zu 14.50 bis 16 S, Ungarn 1.091 zu 13.30 bis 14.70 S, Industrieware Ungarn 203.

Inlandspreise: extrem 16S,1. Qualität 15 bis 15.80 S, 2. Qualität 14 bis 15 S, 3. Qualität 13 bis 14 S, Zuchten extrem 13 S, Zuchten 11.50 bis 12.80 S, Altschneider 10 bis 11 S.

Ausländische Schweine: Polen 13.20 bis 15.40 S, Bulgarien 13.20 bis 13.50 S, DDR 13.10 bis 14.20 S, Dänemark 14.80 bis 15.50 S. Der Durchschnittspreis für inländische Schweine erhöhte sich um 8 Groschen je Kilogramm auf 14.74 S, für ausländische Schweine ermäßigte er sich um 11 Groschen je Kilogramm auf 13.95 S, für bulgarische Schweine ermäßigte er sich um 8 Groschen auf 13.34 S, für DDR-Schweine ermäßigte er sich um 20 Groschen auf 13.53 S, für polnische Schweine ermäßigte er sich um 6 Groschen auf 14.05 S, für dänische Schweine blieb der Durchschnittspreis unverändert und beträgt 14.98 S.

\- - -

Pferdehauptmarkt vom 21. Dezember

21. Dezember (RK) Aufgetrieben wurden 52 Stück, hievon fünf Fohlen. Als Schlachttiere wurden 42 Stück verkauft, als Nutztiere 1, unverkauft blieben 9 Stück.

Herkunft der Tiere: Niederösterreich 30, Oberösterreich 2, Steiermark 7, Burgenland 12, Tirol 1.

Preise: Schlachttiere Fohlen 12 bis 15 S, Pferde extrem 9.40 bis 10 S, 1. Qualität 8.20 bis 9 S, 2. Qualität 7.10 bis 8 S, 3. Qualität 5 bis 7 S, Nutztiere Pferde 7 S. Auslandsschlachthof: 16 Stück aus der CSSR zu 9.50 S.

Der Durchschnittspreis für inländische Schlachtpferde ermäßigte sich um 46 Groschen je Kilogramm, für inländische Schlachtfohlen um 100 Groschen je Kilogramm. Der Durchschnittspreis für Schlachtpferde beträgt 7.51 S, für Schlachtfohlen 13.50 S, für Schlacht- und Nutzpferde 7.50 S, für Pferde und Fohlen 8.23 S.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Die Budgetdebatte im Rathaus:

Die Städtischen Unternehmungen

22. Dezember (RK) Am heutigen letzten Tag der Budgetberatungen im Wiener Rathaus wurde die Geschäftsgruppe XII (Städtische Unternehmungen) behandelt.

Stadtrat Dr. Maria Schaumayer (ÖVP) führte in ihrem Referat aus:

"Die Wirtschaftspläne der Wiener Stadtwerke entsprechen der bei der Generaldebatte mehrfach geäußerten Forderung, daß Investitionsvorhaben mit ihren voraussichtlichen Gesamtkosten über das jeweilige Wirtschaftsjahr hinaus angegeben werden. Für das Jahr 1966 wurde der Wirtschaftsplan für die Wiener Stadtwerke unter folgenden Voraussetzungen erstellt:

Die Hoheitsverwaltung leistet den Verkehrsbetrieben einen Barzuschuß von 170 Millionen Schilling. Damit wird die Aufrechterhaltung des laufenden Betriebes gesichert, aber auch abgegolten, daß den Verkehrsbetrieben durch Altpensionen (zirka 90 Millionen Schilling) und Fremdkapitalfinanzierung (Zinsen: 96 Millionen Schilling; Tilgung rund 105 Millionen Schilling) besondere Lasten auferlegt sind.

Die Hoheitsverwaltung nimmt bei den Stadtwerken eine Kapitalaufstockung von insgesamt 362 Millionen Schilling vor. Hievon entfallen 22 Millionen Schilling auf einen Betriebsmittelkredit, den die Hoheitsverwaltung der Teerag-Asdag AG gewährte und nun noch für 1965 an die Wiener Stadtwerke abtritt. Weiter leistet die Hoheitsverwaltung 1966 einen Bareinschuß von 100 Millionen Schilling. Ferner übernimmt die

./.

Hoheitsverwaltung die Tilgung und Verzinsung der vierprozentigen sfrs-Anleihe 1931 mit einem Restwert von rund 53,5 Millionen Schilling. Weiter erfolgen Sacheinlagen von 186,5 Millionen Schilling durch Abtretung von Beteiligungen der Stadt Wien an der Verbundgesellschaft (106 Millionen Schilling) und die Überlassung von Grundstücken für die neue Hauptwerkstätte und eine Garage an die Verkehrsbetriebe. Diese Maßnahmen werden in der Bilanz 1966 wirksam werden.

Die Hoheitsverwaltung hat es weiter übernommen, ab 1966 die öffentliche Beleuchtung zum Selbstkostenpreis zu bezahlen. Hierdurch ergeben sich Mehreinnahmen von zehn Millionen Schilling für die Elektrizitätswerke.

Das im Finanzplan ausgewiesene offene Gelderfordernis von 500 Millionen Schilling soll durch Kreditaufnahmen bedeckt werden. Das Bundesministerium für Finanzen hat die Emission der 2.Tranche einer Investitionsanleihe für 1966 auch bereits grundsätzlich genehmigt.

Die Sperren im Investitionsplan wurden so gering wie möglich gehalten und betragen insgesamt rund 130 Millionen Schilling, gegenüber rund 94 Millionen Schilling im Wirtschaftsplan 1965. Leider ist von den Investitionssperren in besonderem Maße das Gaswerk betroffen und zwar die kritische Post 'Rohrnetz' mit 45 Millionen Schilling. Es ist jedoch die Annahme vertretbar, daß die Jahresabrechnung bei Strom und Gas eine Liquiditätsverbesserung bewirken wird, die die volle Erfüllung des Ausbauprogramms bei den Gasverteilungseinrichtungen ermöglicht.

Gesamtaufwand 4,1 Milliarden

Der Gesamtaufwand der Wiener Stadtwerke wird für das kommende Wirtschaftsjahr mit insgesamt 4.193,2 Millionen Schilling angenommen. Diesen Aufwendungen stehen Einnahmen von insgesamt 4.173,7 Millionen Schilling gegenüber, es ergibt sich für 1966 somit ein Abgang von 19,5 Millionen Schilling, das sind 0,47 Prozent des Gesamtaufwandes.

./.

Für das nun zu Ende gehende Wirtschaftsjahr 1965 war vergleichsweise ein Abgang von 263,5 Millionen Schilling oder 7,06 Prozent, präliminiert.

Bei den vier Teilunternehmungen konnte gegenüber 1965 ein Mehrerlös von zusammen 445,8 Millionen Schilling oder zwölf Prozent in Ansatz gebracht werden, dem Mehraufwendungen in der Höhe von 201,8 Millionen Schilling oder rund fünf Prozent gegenüberstehen. Aus der Differenz ergibt sich eine Verbesserung um 244 Millionen Schilling gegenüber dem Voranschlag für 1965.

Investitionen der Wiener Stadtwerke

Die Wiener Stadtwerke haben die Absicht, im Jahre 1966 Investitionen für insgesamt 1.254,9 Millionen Schilling durchzuführen. Die Situation für die Wiener Stadtwerke sieht auf dem Investitionssektor im Jahre 1966 leider nicht viel besser als in den vergangenen Wirtschaftsjahren aus, während bekanntlich Verkehrsbetriebe und Gaswerke einen namhaften Nachholbedarf geltend machen und auch die Elektrizitätswerke einen rascheren Ausbau der Leitungsnetze wünschen würden. Im Hinblick auf die nicht vorhandene Gelddeckung mußten die Investitionswünsche in einen gewissen Rahmen gebracht werden. So müssen von dem beachtlichen Investitionsvolumen von 1.254,9 Millionen Schilling mangels Bedeckung vorderhand 129,7 Millionen Schilling gesperrt werden.

Die Elektrizitätswerke und Gaswerke werden auch 1966 von ihrem Betriebsgewinn, den sie für eigene Investitionen notwendig brauchen würden, den notleidenden Verkehrsbetrieben dennoch namhafte Subventionen leisten müssen. Die Elektrizitätswerke 100 Millionen Schilling und die Gaswerke 60 Millionen Schilling und zwar erfolgswirksam. Darüber hinaus erhalten die Verkehrsbetriebe noch folgende Darlehen: 95 Millionen Schilling von den Elektrizitätswerken, 13 Millionen Schilling von den Gaswerken und 6 Millionen Schilling von der Bestattung zur Deckung des Geldbedarfes. Für 1966 ist überdies von seiten der Hoheitsverwaltung wie schon erwähnt ein Zuschuß von 170 Millionen Schilling an die Verkehrsbetriebe in den Erfolgsplan eingebaut. 1965 waren Subventionen inklusive Darlehen der Teilunternehmungen in der Höhe von 196,5 Millionen Schilling vorgesehen.

./.

Das Personal der Stadtwerke

Die Wiener Stadtwerke rechnen für das Jahr 1966 mit einem Gesamtstand von insgesamt 18.924 Bediensteten (inklusive 165 kaufmännischer Lehrlinge und fallweise Beschäftigter bei der Bestattung). Auf die Elektrizitätswerke entfallen davon 4.036, auf die Gaswerke 2.192, auf die Verkehrsbetriebe 12.142 und auf die Bestattung 554 Bedienstete (inklusive fallweise Beschäftigter). Gegenüber den Ansätzen für das Jahr 1965 ergibt sich eine Verminderung des Personalstandes um 501 Bedienstete.

Im einzelnen weisen die Personalstände der Elektrizitätswerke eine Zunahme um drei, die der Gaswerke eine Verminderung um 31, die der Verkehrsbetriebe eine Verminderung um 466 und die der Bestattung eine solche um sieben Bedienstete auf.

Bei den Pensionisten wird eine Abnahme um 205 von 18.875 auf 18.670 angenommen. Bei den Gaswerken kommen bereits 117 und bei den Verkehrsbetrieben 115 Pensionsparteien auf 100 aktive Bedienstete. Der Gesamtstand an Aktiven und Pensionisten wird im Jahre 1966 37.594 gegenüber 38.300 im Jahre 1965 betragen, also um 706 geringer sein. Der tatsächliche Stand der Aktiven zum 31 X. 1965 betrügt 17.806 Bedienstete (inklusive kaufmännischer Lehrlinge). Daraus ersieht man, daß gegenüber dem Sollstand den Stadtwerken rund 1.100 Bedienstete fehlen. Den Verkehrsbetrieben allein fehlen 868 Bedienstete auf den Sollstand, vorwiegend Hilfsarbeiter und Fahrpersonal.

Der gesamte Personalaufwand einschließlich des Aufwandes für die Pensionisten inklusive gesetzlichem und freiwilligem Sozialaufwand, steigt für die Wiener Stadtwerke um 112,39 Millionen Schilling oder rund sieben Prozent auf 1.606,02 Millionen Schilling. Diese Steigerung ist durch die Lohn- und Gehaltsregulierung vom 1. Juni 1965 bedingt. Sie würde für 1966 rein rechnerisch höher sein, es wurden jedoch in den Wirtschaftsplänen der Teilunternehmungen für 1966 die Personalstände den Iststänten weitgehend angepaßt.

./.

Bekanntlich haben die Verkehrsbetriebe mit einem dauernden und akuten Mangel an Personal für den Fahr- und Werkstättenbetrieb zu kämpfen. Es wurde daher der berühmt gewordene Werbebus in die Bundesländer Burgenland, Steiermark und Niederösterreich gesandt und ich möchte dem Gemeinderat heute die vorläufige Bilanz dieser Werbemaßnahmen vorlegen.

Werbebus-Bilanz

Der Werbebus besuchte an den letzten fünf Wochenenden insgesamt 48 Ortschaften. Die Zahl der Interessenten, die den Bus besuchten, betrug 2.222. Hievon waren 173 prompte Bewerbungen. Von diesen wieder wurden 160 bereits ärztlich untersucht. Bisher wurden auf Grund dieser jüngsten Werbeaktion, die auch Wien einbezog, 29 neue Mitarbeiter gewonnen und 77 erklärten, im Jänner 1966 den Dienst antreten zu wollen. Ich möchte es nicht versäumen, der 'Mannschaft' des Werbebus sehr herzlich für ihren Einsatz zu danken, denn gerade bei dieser Aktion war das persönliche Gespräch entscheidend für den Erfolg.

Vielleicht auch noch ein Wort zu den Hobbies und außerdienstlichen Fähigkeiten unserer Mitarbeiter: Es gehört zum guten Ton für einen Großbetrieb, zumindest einen Star-Fußballer in seinen Reihen zu haben. Auch die Kegelsektion und Schachsektion ist fast unerläßlich, ebenso Einrichtungen für den Schwimmsport. Aber Meisterschaftsangler sind schon seltener und wir freuen uns, daß auch diese Sportdisziplin bei den Stadtwerken vertreten ist. Besondere Anerkennung möchte ich aber unseren Orchestern zollen, die beweisen, daß wir bei allen Unternehmen Begabungen besitzen, auf die wir stolz sein können. Gaswerke und Elektrizitätswerke bewiesen uns jüngst wieder bei Jubilare-Ehrungen beziehungsweise der Eröffnung des Blockes IV in Simmering die Qualität ihrer Orchester, und die Kapelle der Verkehrsbetriebe hat die Konkurrenz mit den 'Speckbachern' bei der Übergabe des Tiroler Weihnachtsbaumes erfolgreich bestanden. Ich weiß, daß bei diesen und anderen Einrichtungen, die außerhalb des Dienstlichen liegen, noch mancher Wunsch offen ist. Ich glaube aber, wir sollten gerade die musischen und sportlichen Fähigkeiten unserer Mitarbeiter fördern und auch dadurch einen positiven Beitrag zum oft zitierten 'Betriebsklima' leisten.

./.

Die E-Werke

Die Elektrizitätswerke präliminieren für 1966 Aufwendungen ohne Subventionen in der Höhe von 1.670,7 Millionen Schilling, denen Erträge von 2.015,7 Millionen Schilling gegenüberstehen. Der Betriebsgewinn würde sohin 345 Millionen Schilling ausmachen, verringert sich durch die Subvention an die Verkehrsbetriebe jedoch um 100 Millionen Schilling auf 245 Millionen. In diesem Betriebsergebnis ist sowohl der Niederschlag der letzten Strompreisregulierung zu erblicken, vor allem aber die namhafte Steigerung von Eigenproduktion und Absatz. Daß hiebei ein wesentlicher Rationalisierungseffekt zutage tritt, beweist der Umstand, daß bei einer erwarteten Absatzsteigerung von 7,6 Prozent mit einer Aufwandssteigerung von nur 3,4 Prozent gegenüber 1965 gerechnet wird.

Die Elektrizitätswerke konnten im Jahre 1964 2.264,7 Millionen Kilowattstunden Strom verkaufen. Der voraussichtliche Stromverkauf in laufenden Wirtschaftsjahr wird rund 2.412 Millionen Kilowattstunden betragen. Für das kommende Wirtschaftsjahr rechnen nun die Elektrizitätswerke mit einem Stromverkauf von 2.596 Millionen Kilowattstunden, das ist um 184 Millionen Kilowattstunden oder um 7,6 Prozent höher als der Ansatz im Erfolgsplan 1965. Von diesen 2.596 Millionen Kilowattstunden können die Elektrizitätswerke 61,6 Prozent in ihren eigenen Dampf- und Wasserkraftwerken erzeugen, während sie 38,4 Prozent im Werte von 371,1 Millionen Schilling von der Verbundgesellschaft beziehen. Das Verhältnis von Eigenstrom zu Fremdstrom verbessert sich somit 1966 bedeutend zu gunsten der Elektrizitätswerke. Während laut Rechnungsabschluß für 1964 noch 50,5 Prozent von der Verbundgesellschaft bezogen werden mußten, sank der Prozentsatz in Wirtschaftsplan für 1965 auf 49,4 Prozent. Das Jahr 1966 wird in vollen Maße die Rentabilitätssteigerung durch den Ausbau des Kraftwerkes Simmering (Block 3 und 4) erweisen. Da Block 5 bereits im Bau ist, wird sich selbst bei stetig steigendem Strombedarf das Verhältnis Eigenstromerzeugung zu Fremdstrombezug weiterhin günstig gestalten. Die Elektrizitätswerke sind bemüht, die Kostenlage auch vom Brennstoffeinsatz her günstig zu gestalten. Erdgas, Heizöl und Kohle werden so kombiniert, daß die Brennstoffkosten pro Kilowattstunde für 1966 gegenüber 1965 abermals gesenkt werden konnten und zwar um einen halben Groschen. Auch durch diese Variationsmöglichkeit wirken sich die neuen Anlagen günstig aus. /.

Die Elektrizitätswerke würden 1966 für Investitionen ein Gesamtgelderfordernis von 669,6 Millionen Schilling benötigen, mangels Bedeckung mußten jedoch 62,9 Millionen Schilling gesperrt werden, sodaß für Investitionen vorläufig ein Betrag von 606,7 Millionen Schilling zur Verfügung steht.

Entsprechend dem nach wie vor stark steigenden Stromverbrauch wird auch im Jahre 1966 der Bau von Umspann- und Unterwerken in erhöhtem Tempo fortgesetzt. Als rationellster Weg zur Deckung des stetig steigenden Strombedarfes ist ja die Umspannung des Wiener Netzes von 5 auf 10 Kilovolt in Gange.

Vielleicht darf ich fernab der Ziffern und Zahlen auch einmal über den echten Kundendienst der Elektrizitätswerke berichten: Es scheint durchaus nicht allgemein bekannt, daß unsere Elektrizitätswerke in der Mariahilfer Straße eine eigene Beratungsstelle unterhalten, die unseren Stromabnehmern alle gewünschten Auskünfte über Elektrogeräte, Tarife und Anschlußmöglichkeiten von Geräten erteilt. Aber nicht nur die Haushaltskunden, auch die Elektrobaufirmen können sich von den Elektrizitätswerken beraten lassen. Die Elektrizitätswerke planen weiter eine neue lichttechnische Beratung, die die Abnehmer über Beleuchtungsfragen informiert und wer die vielen Klagen in Büros und Arbeitsräumen über zu viel oder zu wenig Licht kennt, wird mir beipflichten, daß diese neue Beratungssparte einem echten Bedarf Rechnung tragen wird.

Ein weiteres Kapitel, das immer wieder Diskussionen auslöst, ist die Reinhaltung der Luft. Ich darf dem Gemeinderat berichten, daß die Elektrizitätswerke bemüht sind, auch hier einen positiven Beitrag zu leisten. Wer an der Eröffnung des Blockes 4 teilnahm, wird sich an die Schornsteinhöhe von 120 Meter erinnern. Die Elektrizitätswerke waren bisher bemüht, Heizöl mit möglichst geringem Schwefelgehalt, nämlich 1 Prozent einzusetzen. Größere Schwefelanteile im Brennstoff könnten noch größere Kaminhöhen erforderlich machen, es gibt darüber empirische Festlegungen. Den Kesseln 6, 7 und 8 der 64 atü-Anlage sowie den Blockkraftwerken 3 und 4 sind im Rauchgasweg Elektrofilter nachgeschaltet, die einen Wirkungsgrad von 97 Prozent aufweisen und eine mechanische Reinigung der Rauchgase von der Flugasche bewirken. Da die Reinhaltung der Luft besonders von der Vorllständigkeit des Verbrennungsprozesses abhängt, wird die Verbrennungsluft für jeden Brennstoff gesondert gemessen und geregelt. ./.

Gaswerke

Die Gaswerke weisen ohne Subventionen für 1966 einen Aufwand von 881,3 Millionen Schilling und Erträge von 930,7 Millionen Schilling aus. Das bedeutet gegenüber 1965 eine Steigerung von lediglich 0,1 Prozent bei den Aufwendungen und eine Verringerung von 1,2 Prozent bei den Erträgen. Es ergäbe sich somit 1966 ein betrieblicher Überschuß von 49,4 Millionen Schilling. Durch die Subvention von 60 Millionen Schilling an die Verkehrsbetriebe haben die Gaswerke für 1966 jedoch mit einem Verlust von 10,6 Millionen Schilling zu rechnen. Vergleichsweise wurde für 1965 ein Gewinn von 1,3 Millionen Schilling prälinieniert und 1964 tatsächlich ein Gewinn von 1,4 Millionen Schilling erzielt.

Die Gaswerke haben im Jahre 1964 701,8 Millionen Kubikmeter Gas verkauft. Im Erfolgsplan 1965 waren 761,4 Kubikmeter präliminiert. Diese Schätzung war zu hoch. Für 1966 wird der Gasverkauf entsprechend dem langjährigen Temperaturmittel mit 750,1 Millionen Kubikmeter angenommen, das entspricht einer Steigerung von 7,1 Prozent gegenüber 1964, die als realistisch anzusehen ist.

In den letzten acht Jahren hat sich in Wien eine stürmische Entwicklung des Heizgasverbrauches angebahnt, die sowohl für die Produktion wie den Behälterraum und die Verteilungsanlagen ernste Probleme schuf. So erreichten wir im Winter 1962/1963 ein Spitzenverhältnis von 1 zu 6,2 und sowohl 1963 wie 1964 Rekordtage mit einer Gasabgabe von über 4 Millionen Kubikmeter. Im Hinblick auf die Abhängigkeit des Heizgasbedarfes von Temperatur und Windstärke müssen die Gaswerke damit rechnen, daß in Wien durchschnittlich an 265 Tagen Außentemperaturen von weniger als plus 16 Grad Celsius herrschen. Man kann für die Produktion also nur rund 100 Tage ohne Heizgaseinfluß annehmen. Ohne Heizgas beträgt die jährliche Basisabgabe rund 365 Millionen Kubikmeter, und es ist selbstverständlich, daß alle zusätzlichen Produktionsanlagen mit einer entsprechend geringeren Kapazitätsausnützung und daher relativ höheren Kosten rechnen müssen.

./.

Es ist von den Gaswerken aber auch beabsichtigt, im Jahr 1966 die Direktbelieferung von Haushalten mit Erdgas zu beginnen, wie dies in vielen Städten der Bundesrepublik bereits erfolgreich geschieht. Es handelt sich vorerst um Süßenbrunn. Die Erhebungen bei den einzelnen Haushalten sind praktisch abgeschlossen.

Mit der Leitungslegung wird im Frühjahr begonnen, und es ist mit einem Anschluß der Haushalte etwa im September 1966 zu rechnen.

Die Gaswerke planen für 1966 Investitionen im Betrage von 263,5 Millionen Schilling von denen jedoch nur 215,1 Millionen Schilling frei verfügbar sind. Im ablaufenden Wirtschaftsjahr standen ihnen insgesamt 300,2 Millionen Schilling zur Verfügung. Die Sperren bei der Post 'Straßenrohrnetz', Druckregler und Behälter betragen leider 45,7 Millionen Schilling. Sie sind besonders empfindlich, da der Rückstand bei der Rohrlegung bereits mit rund 300 Kilometer zu beziffern ist. Abgesehen von der Bewältigung des Spitzenbedarfes liegen die größten Probleme doch beim mangelhaft ausgebauten Rohrnetz. Insgesamt sind 1966 für den Ausbau des Rohrnetzes an ordentlichen und außerordentlichen Investitionen 90 Millionen Schilling verfügbar.

Die vom Gemeinderat 1964 beschlossene Entgiftung unseres Stadtgases macht gute Fortschritte. Endziel ist ein CO-Gehalt von etwa drei Prozent. Für den Weiterbau der Konvertierungsanlagen in Simmering und Leopoldau sind im außerordentlichen Investitionsprogramm für 1966 43 Millionen Schilling vorgesehen. Die Entgiftungsanlagen sollen im Jahre 1967 fertiggestellt sein.

Im Werk Simmering ist weiter ein neuer und neuartiger Schraubengasbehälter im Bau, der im Mai 1967 fertiggestellt sein wird. Damit wird nicht nur die Versorgung des südlichen Stadtgebietes entscheidend verbessert, sondern auch ein positiver Beitrag zur Schonung des Stadtbildes geleistet.

Da Wien in einigen Jahren mit einer stark verkürzten Erdgasquote rechnen muß, wurden heuer in Leopoldau und Simmering größere Benzinbehälter aufgestellt und die beiden Linien der

./.

Simmeringer CCR-Anlage sowie die zwei restlichen Linien der CCR-Anlage in Leopoldau für die Möglichkeit eines Betriebes mit Benzin eingerichtet.

Verkehrsbetriebe

Die Verkehrsbetriebe weisen für 1966 einen Aufwand von 1.700,2 Millionen Schilling aus, dem Erträge ohne Subventionen und Zuschuß in der Höhe von nur 1.115,7 Millionen Schilling gegenüberstehen. Mit anderen Worten: Die gesamten Erträge decken knapp den gesamten Personalaufwand, beziehungsweise die Beförderungserlöse von insgesamt 873,6 Millionen Schilling decken rund 80 Prozent der Personalkosten. Der betriebliche Abgang wird sich somit 1966 schon auf rund 584,5 Millionen Schilling belaufen. Dieser Betriebsabgang von 584,5 Millionen Schilling, verglichen mit dem Betriebsverlust von 449,1 Millionen Schilling im Jahre 1964, ergibt eine Zunahme von 135,4 Millionen Schilling oder um 30 Prozent. Davon beträgt der Mehraufwand für aktives Personal und Pensionisten allein rund 100,7 Millionen Schilling und 24,9 Millionen Schilling entfallen auf erhöhten Zinsenaufwand, der Rest auf verschiedene Aufwandsposten.

Durch die Zuwendungen der Elektrizitätswerke von 100 Millionen Schilling und der Gaswerke von 60 Millionen Schilling, sowie durch den Zuschuß der Hoheitsverwaltung von 170 Millionen Schilling verringert sich der für 1966 ausgewiesene Verlust auf 254,5 Millionen Schilling. Vergleichsweise war der Abgang 1965 mit 310,3 Millionen Schilling angenommen und betrug 1964 tatsächlich 135,1 Millionen Schilling.

In der Erfolgsrechnung ergibt sich bei den Verkehrsbetrieben 1966 eine Steigerung der Aufwendungen um 6,1 Prozent und der Erträge um 11,8 Prozent gegenüber 1965.

Die Wiener Verkehrsbetriebe haben im Jahre 1964 insgesamt 471,4 Millionen Fahrgäste befördert und nach den Beobachtungen im laufenden Wirtschaftsjahr ist leider wieder mit einem leichten Absinken der Frequenzen zu rechnen, sodaß das Präliminare für 1965 von 472,5 Millionen Fahrgästen nicht ganz erreicht werden wird. Daher rechnen die Verkehrsbetriebe für 1966 im Einheitstarif mit 447,2 Millionen Fahrgästen und im Autobus-Sondertarif mit 21,2 Millionen Fahrgästen, zusammen also mit 468,4 Millionen Fahrgästen.

./.

Die gefahrenen Wagenkilometer sind für 1966 im Schienenverkehr mit insgesamt 90,2 Millionen Wagen-Kilometern gegenüber dem Ansatz für 1965 mit 95,5 Millionen Wagen-Kilometern präliminiert. In diesem Rückgang der Wagen-Kilometer kommt die beabsichtigte Umstellung der Straßenbahnlinie 57 auf Autobusbetrieb zum Ausdruck. Im Autobusverkehr waren für 1965 11,4 Millionen Wagen-Kilometer angenommen und für 1966 werden 11 Millionen Wagen-Kilometer angesetzt. Es ist dieser Ansatz deshalb geringer - trotz der Umstellung der Linie 57 auf Autobusbetrieb - weil ja beabsichtigt ist, 1966 einige Autobuslinien von Privatunternehmungen 'Im Auftrag der Verkehrsbetriebe' betreiben zu lassen. Es ist dies eine Maßnahme, zu der sich die Verkehrsbetriebe infolge des nun schon äußerst kritischen Personalmangels entschließen mußten und von der man sich eine gewisse Erleichterung auf dem Personalsektor erwarten darf.

Als Durchschnittserlös pro Fahrgast werden 1966 im Einheitstarif 185,7 Groschen eingesetzt. 1965 waren es 185,3 Groschen und im Abschluß 1964 sind 185,1 Groschen ausgewiesen. Beim Autobus-Sondertarif wurde der Durchschnittserlös von 178 Groschen im Wirtschaftsplan 1965 auf 178,5 Groschen für 1966 erhöht. Im Abschluß 1964 sind 177,7 Groschen ausgewiesen. In dieser leichten Ertragssteigerung für 1966 äußert sich der rationellere Einsatz großräumiger Verkehrsmittel mit verbessertem Platzangebot.

Die Verkehrsbetriebe planen für 1966 Investitionen mit einem Gelderfordernis von 316,7 Millionen Schilling, von denen 18,2 Millionen Schilling mangels Bedeckung gesperrt werden mußten, so daß vorderhand 298,5 Millionen Schilling zur Verfügung stehen.

Im Mittelpunkt des Investitionsprogrammes steht auch 1966 wieder der Ersatz auszuscheidender überalterter Straßenbahnwagen mit 99,1 Millionen Schilling. Bis Ende dieses Jahres sollen noch 9 E-Triebwagen ausgeliefert werden, für die 1966 eine Restzahlung von 1,3 Millionen Schilling erfolgen wird. Das Investitionsprogramm beinhaltet weiters Zahlungen (78 Millionen Schilling) für 30 neue E-Triebwagen, die 1966 geliefert werden sollen, und Anzahlungen (15 Millionen Schilling) für weitere 30 neue E-Triebwagen, deren Lieferung für 1967 vorgesehen ist. Nach dem gegen-

wärtigen Stand der Planung rechnen die Verkehrsbetriebe, daß keine weitere Anschaffung neuer Beiwagen erforderlich sein wird.

Auch beim Autobusbetrieb sind im ordentlichen Investitionsprogramm 34,8 Millionen Schilling für die Beschaffung von Großraumautobussen als Ersatz auszuscheidender Autobusse und zur Durchführung personalsparender Linienverstärkung vorgesehen. Leider sind von dem erforderlichen Betrag noch 15,6 Millionen Schilling gesperrt. Für den zur Verfügung stehenden Betrag von 19,2 Millionen Schilling werden zehn Gelenkszüge á 1,44 Millionen Schilling bestellt, welche auf den Linien 64 und 64 A zur Verbesserung des Platzangebotes eingesetzt werden. Ferner werden noch vier Doppeldeckautobusse á 1,2 Millionen Schilling zur Verstärkung der Linie 39 A aus diesen Mitteln gekauft.

Im außerordentlichen Investitionsprogramm sind weitere 9,4 Millionen Schilling für großräumige Autobusse vorgesehen. Dafür werden acht Doppeldeckautobusse gekauft, welche ebenfalls auf der Linie 39 A eingesetzt werden, um das Platzangebot damit wesentlich zu verbessern. In der Krottenbachstraße entsteht ja bekanntlich ein großes neues Wohngebiet, sodaß mit dem derzeitigen Platzangebot nicht mehr das Auslangen gefunden werden kann.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch die oft diskutierte Frage des sogenannten 'Typensalates' kurz anschneiden. Zur Vereinheitlichung ihres Fahrparkes schaffen die Verkehrsbetriebe vorerst nur mehr sechsachsige Triebwagen - Gelenkzüge der Type E (Fassungsraum 114 Personen) und vierachsige Beiwagen der Type C3 (80 Personen) nach. Abgesehen von unvermeidlichen Änderungen, wie zum Beispiel Verstärkung der Motorleistung bei E-Triebwagen für erschwerte Einsatzverhältnisse, achten die Verkehrsbetriebe bei allen Neuanschaffungen auf größtmögliche Einheitlichkeit der elektrischen und mechanischen Ausrüstungsteile, um eine wirtschaftliche Lagerhaltung zu erzielen. Im Rahmen des 15-Jahresplanes ist noch eine vierachsige Triebwagentype C 3 für 76 Personen vorgesehen, die in späterer Folge als schaffnerloser Solowagen für frequenzschwache Linien gedacht ist. Von dieser Type wird vererst nur eine Probeausführung gebaut.

Zur Vereinheitlichung des Wagenparkes im Autobusbetrieb sind - außer dem Normalbus U10 (75 Personen) beziehungsweise dem auf ausge-

./.

gesprochenen Bergstrecken eingesetzten U5 (50 Personen) - für starke Linienbelastungen im inneren Stadtgebiet der Doppeldeckbus (105 Personen) und für Außengebiete der Gelenkzug (125 Personen) zur Nachschaffung vorgesehen.

Für den Umbau von Beiwagen auf schaffnerlosen Betrieb sind 10,2 Millionen Schilling vorgesehen. 20 umgebaute Straßenbahnbeiwagen sind bereits in Auslieferung begriffen und werden auf der Linie 43 eingesetzt werden. Nun werden weitere 100 Straßenbahnbeiwagen zum Umbau auf schaffnerlosen Betrieb in Auftrag gegeben, die voraussichtlich auf den **Zweierlinien** (E_2, H_2, G_2) oder den Linien 38, 132 eingesetzt werden sollen.

Im Jahre 1966 wird auch der Bau der neuen Zentralwerkstätte in Angriff genommen werden. Für dieses vordringliche Projekt sind 31,1 Millionen Schilling bereitgestellt. Die Gesamtkosten der neuen Zentralwerkstätte sind mit 442 Millionen Schilling veranschlagt, der Bau soll 1972 fertiggestellt sein.

Beim Bau der neuen Zentralwerkstätte wird mit dem Autobustrakt begonnen. Dieser soll 1969 fertiggestellt sein. Bei der Straßenbahn machen die Großraumwagen derzeit 22 Prozent des gesamten Wagenparkes aus. 1972 wird dieser Anteil jedoch rund 42 Prozent betragen. Das läßt sich in der gegenwärtigen Hauptwerkstätte, bei der keine Erweiterung möglich ist, nicht bewältigen. In der neuen Zentralwerkstätte soll mit einem Minimum an Arbeitskräften das Auslangen gefunden werden. Durch Anwendung modernster Einrichtungen und Arbeitsmethoden wird es möglich sein, die Durchlaufzeit für Reparatur und Instandhaltung ganz wesentlich zu senken und somit eine echte Rationalisierung zu bewirken.

Im ordentlichen Investitionsprogramm sind weiter für die Erhaltung der Gleisanlagen bei Straßenbahn und Stadtbahn 26,8 Millionen Schilling vorgesehen und ferner seien noch jene 2,6 Millionen Schilling erwähnt, welche für die Beschaffung automatischer Fahrscheinentwerter bereitgestellt sind. Weiters ist im Jahr 1966 der Umbau von 48 Autobussen der Type U10 auf Flüssiggasbetrieb vorgesehen. Diese Autobusse, die ebenfalls einen Beitrag zur Hintanhaltung der Luftverpestung darstellen, sollen vor allem in der Innenstadt eingesetzt werden. Der Umbau soll mit Jahresraten von etwa 50 Autobussen planmäßig fortgesetzt werden.

./.

Die Städtische Bestattung präliminiert 1966 Aufwendungen in der Höhe von 130,7 Millionen Schilling und Erträge von 131,3 Millionen Schilling, woraus sich ein Gewinn von 627.000 Schilling ergibt. Für 1965 war ein Gewinn von 870.000 Schilling angenommen. Die Annahme der Erträge und Aufwendungen basiert auf der statistischen Ziffer von 27.850 Bestattungsfällen. Die Tarife sind bekanntlich seit dem Jahre 1953 unverändert. Wenn dennoch die Ertragsseite eine Steigerung zu verzeichnen hat, so ist dies auf höherwertige Aufträge zurückzuführen.

Die Städtische Bestattung sieht für 1966 Investitionen von fünf Millionen Schilling, gegenüber 6,1 Millionen Schilling im Jahre 1965 vor.

Zusammenfassung

Da 1966 zwei Teilunternehmen mit Verlust abschließen, läßt sich die wirtschaftliche Lage der Wiener Stadtwerke noch keinesfalls als befriedigend bezeichnen. Der verhältnismäßig geringe saldierte Verlust darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die strukturellen Probleme auf der Kapitalseite nach wie vor ungelöst sind und damit auch investitionsbedingte Rationalisierungsmaßnahmen verzögert werden. Was aber den Zuschuß der Hoheitsverwaltung zur Erfolgsrechnung 1966 anlangt, so kann ich nur wünschen, daß er den Wiener Stadtwerken auch in den kommenden Jahren in gleicher Höhe gewährt werde, denn der Verlustvortrag wird bei den Wiener Stadtwerken Ende 1965 schon rund 1,4 Milliarden Schilling und das Eigenkapital nur mehr etwa 21 Prozent des Gesamtkapitals betragen. Setzt man die Kapitalaufstockung von 362 Millionen Schilling zum Netto-Investitionsvolumen von 1.125 Millionen Schilling in Beziehung, von dem 606 Millionen Schilling wieder aus Fremdmitteln bedeckt und verzinst werden müssen, so zeigt sich: Wir sind auf dem richtigen Weg, die Kapitalaufstockung muß jedoch planmäßig und im Verhältnis zur Jahresinvestitionsrate fortgesetzt werden. Nur bei hinreichender Ausstattung mit eigenen Investitionsmitteln wird sich auch ein entsprechender Rationalisierungseffekt erzielen lassen."

\- - -

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes:)

...

Anteil des Bundes an Olympia-Kosten:

Nicht einmal ein Tausendstel der Budgetsumme!

Mitteilung des Bürgermeisters vor dem Wiener Gemeinderat

22. Dezember (RK) Zu Beginn der heutigen Verhandlungen des Wiener Gemeinderates machte Bürgermeister Bruno Marek folgende Mitteilung:

"Bevor wir in die Verhandlungen eintreten, fühle ich mich verpflichtet, dem Gemeinderat über die Bewerbung um die Olympischen Sommerspiele 1972 folgende Information zur Kenntnis zu bringen:

Über diesen Gegenstand wurde in der am 15. Dezember stattgefundenen Sitzung des Wiener Gemeinderates ausführlich diskutiert und der Antrag des Herrn Stadtrates Mandl lautend:

'Zur Unterstützung der Bewerbung der Stadt Wien um Zuerkennung der Durchführung der Olympischen Sommerspiele 1972 tritt der Wiener Gemeinderat dem Inhalt des Schreibens des Herrn Bürgermeisters an den Herrn Bundeskanzler vom 14. Dezember 1965 bei.'

von Wiener Gemeinderat einstimmig beschlossen.

Von dieser Willensäußerung des Gemeinderates haben am 16. Dezember Vizebürgermeister Slavik, Vizebürgermeister Dr. Drimmel und ich, Herrn Bundeskanzler Dr. Josef Klaus und Herrn Vizekanzler DDr. Bruno Pittermann in Kenntnis gesetzt. Bei diesem Anlaß wurden auch die finanziellen Voraussetzungen für die Durchführung der Olympischen Sommerspiele 1972 nochmals dargelegt und gestützt auf die Bewerbung des Jahres 1963 für sämtliche Mitglieder der Bundesregierung entsprechende Unterlagen vorgelegt, aus welchen zu ersehen war, daß die für die Durchführung notwendigen Aufwendungen einen Betrag von 1.056 Millionen Schilling erfordern. Bei der durch unsere Vorsprache ausgelösten außerordentlichen Sitzung des Ministerrates am 17. Dezember kam es jedoch trotzdem zu keiner Einigung, wobei als Begründung angegeben wurde, die Bewerbung Wiens gebe noch keine Möglichkeit zu einer endgültigen Beschlußfassung und sei noch zahlenmäßig zu ergänzen.

./.

Tatsächlich hat Herr Bundesminister für Finanzen Dr. Schmitz für den 20. Dezember mittels Fernschreiben eine Enquete einberufen, die von den Vertretern der Bundesländer, der Sportorganisationen und der zuständigen Ministerien beschickt war. Die Vertreter der Gemeinde Wien haben neuerlich detailliert die Bewerbung Wiens begründet und die Bereitwilligkeit bekundet, daß die Stadt Wien 60 Prozent der Kosten für Sportbauten und der Organisationskosten übernimmt, während der Bund ersucht wurde, analog der Olympischen Winterspiele Innsbruck - 40 Prozent dieser Kosten zu tragen.

Nach eingehender Aussprache mit den Vertretern der Sportorganisationen, die mit wenigen Vorbehalten die Bewerbung der Stadt Wien unterstützten, wurden Detailprobleme erörtert.

Auf Grund dieser Enquete berichtete in der ordentlichen Ministerratssitzung vom 21. Dezember Finanzminister Dr. Schmitz. Da sich eine Änderung in der Haltung der Bundesregierung nicht abzeichnete, stellte Vizekanzler DDr. Pittermann, um doch noch einige Einigung zu ermöglichen und die Billigung durch die Bundesregierung zu erreichen, folgenden Antrag:

'Das Billigungsschreiben der Bundesregierung für die Olympischen Sommerspiele 1972 möge ebenso wie im Jahre 1963 zur Verfügung gestellt werden. Eine Beteiligung des Bundes soll im gleichen Verhältnis wie bei der Winterolympiade in Innsbruck 1964 beschlossen werden, wobei die vom Bürgermeister der Stadt Wien in seinem Schreiben genannten Kosten für die Sportbauten und für die Durchführung der Olympischen Spiele in der Gesamthöhe von 1.056 Millionen zugrunde zu legen wären.'

Mit der Annahme dieses Antrages hätte die Bundesregierung für den Bund die Verpflichtung übernommen, in sieben aufeinanderfolgenden Rechnungsjahren eine jährliche Belastung von rund 60 Millionen Schilling zu übernehmen. - Nicht einmal ein Tausendstel der gesamten jährlichen Budgetsumme.

Dies ist der Sachverhalt, der auch der Bundesregierung bekannt war, und der die echten und zusätzlichen Lasten des Bundes zeigt, während in der Öffentlichkeit immer wieder Beträge genannt wurden, die das wahre Bild der finanziellen Lasten für die

./.

Olympischen Sommerspiele 1972 verzerrten und zu Fehlschlüssen Anlaß gaben.

Als Bürgermeister der Stadt Wien bedaure ich aufs tiefste, daß die vom Stadtbauamt der Gemeinde Wien mit Gewissenhaftigkeit errechneten Ansätze in Zweifel gezogen wurden und daß weit überhöhte und unüberprüfte Schätzungen eine Einigung verhinderten.

Dieser negative Ausgang unserer Bemühungen ist umso bedauerlicher, als die Stadt Wien bereit war, außer dem 60prozentigen Kostenanteil auch die Errichtung des Olympischen Dorfes im Rahmen ihres normalen Wohnbauprogrammes - also ohne Kostenbeteiligung des Bundes - zu finanzieren.

Zusammenfassend darf ich nochmals meiner Erschütterung und dem Bedauern Ausdruck geben, daß dem einstimmigen Beschluß des Wiener Gemeinderates der Erfolg versagt geblieben ist. Damit ist eine einmalige Chance für die Jugend Österreichs, eine einmalige Chance nicht nur für Wien, sondern für ganz Österreich vertan worden."

\- - -

Neuer Leiter der Chirurgie in der Poliklinik

Stadtrat Bock schlägt vor: Keine Reihung mehr durch den Landessanitätsrat

22. Dezember (RK) Heute früh fand in der Allgemeinen Poliklinik in der Mariannengasse die Amtseinführung des neuen ärztlichen Leiters der Chirurgischen Abteilung der Poliklinik, Dozent Dr. Robert Kühlmayer, statt. Gleichzeitig wurde der in den Ruhestand tretende bisherige Leiter dieser Abteilung, Univ.-Prof. Dr. Robert Oppolzer, verabschiedet. An der Feierstunde im Hörsaal der Poliklinik nahmen die Stadträte Bock und Dr. Glück, Bezirksvorsteher Köchl und mehrere Mitglieder des Gemeinderates teil.

Nach den Begrüßungsworten von Direktor Dozent Dr. Grüneis würdigten die beiden Stadträte das weit über die Grenzen unseres Landes hinaus bekannte Wirken Professort Oppolzers, eines "echten Wieners", der 1899 in Prag geboren wurde. Professor Oppolzer stand 40 Jahre an Operationstischen und ist, wie Stadtrat Dr. Glück hervorhob, ein lebender Beweis dafür, daß die berühmte medizinische Schule Wiens keineswegs schon untergegangen ist. Das Wirken Professor Oppolzers ist jedoch nicht nur für die Wiener Medizin, sondern für die Chirurgie überhaupt von entscheidender Bedeutung. Seine Operationsmethoden haben seinem Namen überall in der Welt großen Klang verliehen. Professor Oppolzer war seit 1945 Leiter der 78 Betten umfassenden Chirurgischen Abteilung der Poliklinik.

Der neue Leiter, Dozent Dr. Kühlmayer, 1920 geboren, war seit 1945 an der 2. Chirurgischen Abteilung des Allgemeinen Krankenhauses tätig. Wie Stadtrat Dr. Glück betonte, bringt Dozent Dr. Kühlmayer alle Voraussetzungen für die wahrlich nicht leichte Nachfolge Professor Oppolzers mit. Vom Landessanitätsrat wurde Dozent Dr. Kühlmayer "primo loco" vorgeschlagen.

Stadtrat Bock, der dem neuen Leiter das Enennungsdekret überreichte, kam in seiner Rede prinzipiell auf die Bestellung von Primarärzten zu sprechen. Wie er betonte, sei man stets bemüht, dabei in fairer Weise vorzugehen. Aber je größer die Zahl der Bewerber sei, desto größer sei auch die Qual der Wahl jener,

./.

die über die Bestellung zu entscheiden haben. Eine ebenso schwere Aufgabe hat der Landessanitätsrat bei der Bestellung des sogenannten Dreiervorschlages zu erfüllen. Die Verwaltung müsse jedoch neben der fachlichen Qualifikation der Bewerber, auf die der Landessanitätsrat zu achten hat, auch andere Qualifikationen berücksichtigen, wie zum Beispiel die organisatorischen Fähigkeiten der Kandidaten. Aus solchen Überlegungen heraus komme es manchmal vor, daß nicht der vom Landessanitätsrat "primo loco" vorgeschlagene Kandidat bestellt werde, sonder der Zweit- oder Drittgereihte.

Deshalb, so schlug Stadtrat Bock vor, wäre es vielleicht sinnvoller, wenn der Landessanitätsrat in Zukunft keine Reihung mehr vornehmen, sondern nur grundsätzlich feststellen würde, welcher der Kandidaten fachlich befähigt sei. Dies würde zweifellos viele Vorteile mit sich bringen und nicht nur dem Landessanitätsrat die Auswahl erleichtern, sondern auch den Bewerbern zugute kommen, die sich oft brüskiert fühlen, wenn ihre Reihung von der Verwaltung nicht berücksichtigt werden kann.

\- - -

Landesgerichtsstraße wird freigegeben!

22. Dezember (RK) Die Fahrbahn der Landesgerichtsstraße zwischen Stadiongasse und Universitätsstraße wird im Laufe des Donnerstag, den 23. Dezember für den Durchgangsverkehr, und zwar vorläufig nur als Einbahn in Richtung zur Universitätsstraße, freigegeben werden.

Dieser Verkehr, der nur auf einer vorläufigen Fahrbahnbefestigung geführt wird, kann bis zur Verkehrsaufnahme der Straßenbahn im Tunnel aufrecht erhalten bleiben. Dann wird im genannten Straßenabschnitt der Verschleißbelag auf der provisorischen Decke aufgebracht werden. Außerdem wird nach Abtragung der überflüssig gewordenen Straßenbahngleise der straßenmäßige Ausbau der Fahrbahn in Richtung Stadiongasse erfolgen.

Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß auch die Querung der Landesgerichtsstraße von der Felderstraße zur Florianigasse möglich ist.

./.

Städtische Bestattung übernimmt Begräbnis der drei Mordopfer

22. Dezember (RK) Die Städtische Bestattung wird es übernehmen, für ein würdiges Begräbnis der drei Opfer der entsetzlichen Bluttat in Meidling zu sorgen. Auch die Grabkosten werden von der Bestattung übernommen.

\- - -

"Das gute Bild für jeden" nur noch zwei Tage

22. Dezember (RK) Die Verkaufsausstellung "Das gute Bild für jeden", die vom Kulturamt gemeinsam mit der Wiener Künstlerschaft in der Secession durchgeführt wird, ist nur noch morgen, den 23. Dezember, von 10 bis 20 Uhr, und Freitag, den 24. Dezember, von 10 bis 12 Uhr, geöffnet. Bisher sind in der Secession mehr als 7.000 Besucher erschienen und haben mehr als 400 Werke im Gesamtwert von 200.000 Schilling gekauft. Die hohe künstlerische Qualität des Angebotes ist durch Nachlieferungen auch für die letzten beiden Tage der Verkaufsausstellung gesichert.

\- - -

Berichtigung

22. Dezember (RK) Auf Blatt 3800 der heutigen "Rathaus-Korrespondenz" muß es im zweiten Absatz, zweite Zeile, folgendermaßen heißen:

Im Erfolgsplan 1965 waren 761,4 Millionen Kubikmeter präliminiert.

\- - -

Weihnachtsglückwünsche für Bürgermeister Marek

22. Dezember (RK) Heute vormittag stellten sich bei Bürgermeister Marek wieder zahlreiche Gratulanten ein, um dem Stadtoberhaupt und damit der Wiener Stadtverwaltung Glückwünsche zum Weihnachtsfest und zum Jahreswechsel zu übermitteln.

In Anwesenheit von Stadtrat Gertrude Sandner empfing Bürgermeister Marek zuerst eine Delegation der Modeschule der Stadt Wien in Hetzendorf, angeführt von Direktor Prof. Liewehr, Bürgermeister Marek wies dabei auf die große Bedeutung und die Erfolge der Modeschule hin und versprach, ihr im kommenden Jahr einen Besuch abzustatten.

Eine Schar festlich gekleideter und aufgeregter kleiner Gratulanten aus den Kindergärten der Stadt Wien, kam unter Führung des Leiters des Wiener Jugendamtes, Senatsrat Dr. Kothbauer, und wurde vom Bürgermeister mit Schokolade beschenkt.

Einen besonders netten Glückwunsch hatte sich heuer wieder das Konservatorium der Stadt Wien ausgedacht: Im Roten Salon begrüßte ein kleines Schüler-Orchester, von Konservatoriums-Direktor Prof. Weiss liebevoll als "Baby-Symphoniker" vorgestellt, Bürgermeister Marek mit netten Weisen alter Meister.

Zuletzt erschien eine Delegation von "Jugend am Werk"-Wien, mit ihrem Obmann, Bezirksvorsteher Leo Mistinger und überbrachte selbstgebastelte Geschenke.

Bürgermeister Marek dankte allen Gratulanten, die im Namen vieler tausend Wiener Kinder und Jugendlicher gesprochen hatten, in herzlichen Worten für ihr Erscheinen und bat sie, seine Glückwünsche an die von ihnen vertretenen Vereinigungen zu übermitteln.

\- - -

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes)

Debatte über die Städtischen Unternehmungen

22. Dezember (RK) In der Debatte kommt als erster Redner GR. Kowarsch (ÖVP) zu Wort. Er führt aus: Der präliminierte Gebarungsabgang der Stadtwerke von 70,5 Millionen könnte in der Öffentlichkeit den Eindruck erwecken, daß die Werke in ihrer Gesamtheit vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch stehen. Aber die E-Werke und die Gaswerke sowie die Städtische Bestattung sind hoch aktiv, lediglich die Verkehrsbetriebe sind passiv, allerdings in einem erschreckenden Ausmaß. Wiederholt wurde die Frage ventiliert, ob die Konstruktion der Stadtwerke richtig ist. In steuerlicher Hinsicht hat sie zweifellos ihre Berechtigung. Vom Standpunkt der Gas- oder E-Werke könnte man vielleicht anderer Meinung sein, weil sie horrende Summen aus ihren Gewinnen an die notleidenden Verkehrsbetriebe abliefern müssen und dadurch notwendige Eigeninvestitionen nicht durchführen können. Immer wieder kommt es vor, daß Gas- und E-Werke zur Durchführung von Investitionen Darlehen aufnehmen müssen und dann hohe Zinsen zu bezahlen haben.

Der Bedarf an Strom und Gas steigt ständig, und es ergeben sich noch ungeahnte Möglichkeiten. Alle sind sich darin einig, daß der Verkauf von Gas- und Strom ein ausgezeichnetes Geschäft wäre - allerdings sind dazu entsprechende Investitionen notwendig. Die Kopfquote für den Bezug von elektrischem Strom hat bei weiten noch nicht jene Höhe erreicht wie in anderen Ländern. Das hängt damit zusammen, daß Wien ein gut ausgebautes Gaswerk hat, aber sicherlich wird die Kopfquote noch wesentlich steigen. So erfreulich die Entwicklung bei der Erzeugung ist, so wenig ist sie es hinsichtlich des Ausbaues des Leitungsnetzes. Man sollte den Ausbau der Leitungen in ein bestimmtes Verhältnis zu der Erzeugung bringen, sonst könnte der Fall eintreten, daß man den Strom nicht an die Abnehmer heranbringen kann. Mit Genugtuung kann festgestellt werden, daß sich die Eigenstromerzeugung positiv entwickelt: trotzdem sollten wir auch die Entwicklung auf dem Sektor der Kernenergie beachten.

./.

Auch beim Gaswerk besteht das Hauptproblem darin, das zu einem großen Teil aus dem vergangenen Jahrhundert stammende Rohrnetz zu erweitern, denn auch hier hat die Kopfquote noch lange nicht den Höhepunkt erreicht. Die altmodische Kohlen- oder Koksheizung wird in einigen Jahren der Vergangenheit angehören. Wir werden hier mit einem großen Aufschwung zu rechnen haben; das wird aber nur dann möglich sein, wenn das Rohrnetz rechtzeitig erneuert wird. Voraussichtlich wird die Gasheizung auch durch die von der ÖVP geforderte Gasentgiftung, die in einem Jahr Wirklichkeit werden wird, neuen Auftrieb erhalten. Hier muß aber rechtzeitig mit der Aufklärung über die mögliche Explosionsgefahr begonnen werden. Auch der Einsatz von Erdgas wird eine immer größere Rolle spielen.

In den Gas- und E-Werken wird rationell und wirtschaftlich gearbeitet. Obwohl sie noch verschiedene Probleme zu bewältigen haben, können wir durchaus optimistisch sein, weil in beiden Betrieben ausgezeichnetes Personal arbeitet und die Frau Stadtrat Garant für eine gute Entwicklung ist.(Beifall bei der ÖVP.)

GR. Maller (KLS) stellt fest, daß die Wirtschaftspläne keine Lösung der derzeitigen Situation bringen werden. Es wurde oft über Verhandlungen zur Sanierung gesprochen, bisher sind sie jedoch immer im Sande verlaufen. Diesmal vielleicht einerseits durch die Einsprüche der Bevölkerung und der Opposition, andererseits aber in Anbetracht der kommenden Wahlen. Bei den Verhandlungen ging man außerdem bisher von falschen Gesichtspunkten aus, denn eine Sanierung dürfte keinesfalls durch Tariferhöhungen vorgenommen werden. Tariferhöhungen würden das Realeinkommen der arbeitenden Bevölkerung stark beeinträchtigen und außerdem, da sie wie Brot und Milch als Richtpreise gelten, zu einer allgemeinen Preiserhöhung führen.

Was wir brauchen, ist eine wirkliche Sanierung der Städtischen Unternehmungen und nicht ein Weiterwursteln von einer Misere zur anderen. Vier Maßnahmen erscheinen dem Redner dazu geeignet, und zwar wird es notwendig sein, den Bund an seine Verpflichtung gegenüber der Stadt Wien zu erinnern. Er kann die Bundeshauptstadt und ihre Unternehmungen nicht als Melkkuh betrachten.

./.

Wien braucht einen größeren Anteil an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben und für die Verkehrsbetriebe müßte der Bund einen Beitrag zur Sanierung leisten, statt 14 Millionen unter dem Titel Beförderungssteuer einzuheben. Zweitens wäre eine beträchtliche Kapitalaufstockung bei den Unternehmungen notwendig und drittens wäre es notwendig, die Gas- und E-Werke von den sogenannten Gebrauchsgebühren zu befreien.

Derzeit werden die Unternehmungen von Bund und Gemeinde geschröpft. Dazu gehört auch der Beitrag von 22,6 Millionen zur Spesenabdeckung für die Investitionsanleihe. Das Kassieren von Gewinnen bei einem defizitären Wirtschaftskörper sei einfach widersinnig, wenn man den gleichen Wirtschaftskörper subventionieren muß. Viertens müßte man damit Schluß machen, aus dem Wort "kostendeckend" einen Fetisch zu machen, denn eine Großstadt kann ohne ihre Unternehmungen nicht existieren. Man müßte auch für entscheidende Subventionen ERP-Mittel verwenden. Auch ein bereits seinerzeit gemachter Vorschlag, der Einführung einer Unternehmerabgabe zugunsten der Verkehrsbetriebe zuzustimmen, könnte bedeutende finanzielle Mittel für die Verkehrsbetriebe bringen. Nach dem Vorschlag des Redners müßte jedes Unternehmen pro Kopf der Beschäftigten wöchentlich an die Verkehrsbetriebe fünf Schilling abführen. Der Redner weist anhand einiger Firmenbilanzen darauf hin, daß eine derartige Abgabe die Firmen nicht stark belasten würde, für die Verkehrsbetriebe aber Einnahmen von 180 bis 200 Millionen Schilling jährlich bringen würde.

Bei den Gaswerken sei vor allem das Leitungsnetz unzulänglich und durch die Überalterung auch eine ernste Gefahr. Auf dem Produktionssektor ist die Lage etwas besser. In weiten Teilen Wiens sind auch die Stromleitungen zur Gänze ausgelastet und weitere Anschlüsse daher oftmals unmöglich. Da die Steigerung der Strom- und Gasabgabe sowohl im Interesse der Bevölkerung, wie auch im Interesse der Unternehmungen liegt, müßte unbedingt ein Plan ausgearbeitet werden, wie innerhalb kürzester Zeit die Anlagen verstärkt, bzw. erneuert werden könnten. Erfreulich ist, daß die Entgiftung des Stadtgases bereits soweit gediehen ist.

./.

Der Redner richtet die Frage an die Referentin, ob die Rationalisierungskommission der Verkehrsbetriebe noch weitere Intervallverlängerungen plant. Die bereits vorgenommenen wirken sich schon sehr ungünstig aus. Leider existiert bis heute auch nur eine Schnellbahnlinie, obwohl seit zwölf Jahren der Ausbau der Schnellbahn zur Diskussion steht. Zur Linienplanung müßte auch ein Terminplan ausgearbeitet werden, wie überhaupt endlich ein wirklicher Generalverkehrsplan erstellt werden müßte. Der Redner bedeuert in diesem Zusammenhang, daß es innerhalb der Gemeindeverwaltung keine koordinierende Stelle für Verkehrsfragen gibt, denn derzeit arbeiten die verschiedenen Geschäftsgruppen auf diesem Gebiet teils neben-, teils gegeneinander.

Auf dem Sektor des Personalmangels ist eine weitere Verschärfung zu erwarten. Nur 27 Prozent des Fahrpersonals der Verkehrsbetriebe sind weniger als 40 Jahre alt. Das sind schlechte Aussichten für die Zukunft, und auch die Werbeaktionen haben bisher nur minimale Erfolge gebracht. Hier sind grundlegende Maßnahmen notwendig, um den Dienst bei den Stadtwerken und vor allem bei den Verkehrsbetrieben attraktiver zu machen. In erster Linie sind es Fragen der Bezahlung, die die jungen Leute davon abhalten, in den Dienst der Stadtwerke zu treten. Auch die ungünstigen Dienstzeiten müßten durch eine höhere Bezahlung wettgemacht werden. In der Ersten Republik hat ein Straßenbahnfahrer monatlich mindestens 311 Schilling verdient. Da inzwischen die Lebenshaltungskosten um das 9,7 fache gestiegen sind, müßte ein Straßenbahnfahrer heute 3.017 Schilling verdienen; tatsächlich verdient er aber nur 2.451 Schilling.

GR. Maller stellt sodann den Antrag, eine städtische Autobusverbindung zwischen dem 20. Bezirk (Friedrich Engels-Platz) und dem 19. Bezirk (Stadtbahnstation Nußdorfer Straße) einzurichten. Durch den Ausbau der Adalbert Stifter-Straße und die Errichtung der neuen Donaukanal-Brücke seien dafür die Voraussetzungen bereits gegeben.

Im weiteren kritisiert der Redner, daß das Liniennetz seit Kriegsende nur unwesentlich erweitert wurde. In einem Generalverkehrsplan müßte unter anderem auch das Liniennetz am Stadtrand enthalten sein. Bezüglich der Vorortelinie erinnert der Redner daran, daß seine Fraktion bereits seit 1953 dafür eintritt, diese

Linie als Schnellbahn einzurichten. Ihre Frequenz wäre mindestens so stark wie jene auf der Gürtellinie der Stadtbahn.

GR. Maller (KLS) befaßt sich sodann mit Fragen der Sicherheit auf der Stadtbahn und stellt den Antrag, geeignete Maßnahmen zu treffen, damit auch auf der Plattform des Zugsbegleiters auf den Stadtbahnzügen eine größtmögliche Sicherheit der Fahrgäste gewährleistet wird.

Da bei den Wiener Stadtwerken statt zielstrebiger Planung nur ein "Weiterwursteln" zu beobachten ist, wird die KLS-Fraktion den Ansätzen keine Zustimmung erteilen.

GR. Peter (FPÖ) gibt einleitend seiner Freude Ausdruck, daß zum erstenmal ein weiblicher Stadtrat das Referat über die Stadtwerke gehalten hat. Leider werden der Berichterstatterin einige unangenehme Kritiken nicht erspart bleiben, die sie jedoch keineswegs als Verstoß gegen die Gesetze der Galanterie aufnehmen dürfe.

Die Situation bei den Stadtwerken ist stets die gleiche geblieben. Nach wie vor führt diese Situation zur Verringerung der Investitionen, zur Erhöhung der Tarife, zu Versorgungsschwierigkeiten bei Strom und Gas usw. Der groß angekündigte Generalsanierungsplan hätte am 22. Oktober dem Gemeinderat vorgelegt werden sollen. Dazu kam es jedoch nicht, denn eines der Themen dieses Planes sollten Tariferhöhungen sein, und damit will man natürlich nicht in eine Wahl gehen. Nach der Wahl jedoch werden der Bevölkerung Tariferhöhungen nicht erspart bleiben.

Es muß immer wieder festgestellt werden, daß eine Sanierung nicht von Tarif- und Preiserhöhungen ausgehen kann. Es gibt viele andere Möglichkeiten für die Sanierung, so zum Beispiel Kapitalaufstockungen, vor allem aber Rationalisierungen auf dem technischen Sektor.

Die Entwicklung der Straßenbahnfahrpreise seit Kriegsende bezeichnet der Redner als "Fieberkurve der Inflation". Diese Entwicklung sieht folgendermaßen aus: 1945 kostete ein Straßenbahnfahrschein 25 Groschen, 1946 - 30 Groschen; 1947 zuerst 35, dann 55 Groschen; 1949 - 80 Groschen; 1950 - einen Schilling; 1951 - 1.30 Schilling; 1955 - 1,90 Schilling; 1958 - 2,20 Schilling; und seit 1961 - drei Schilling. (Zwischenruf Vizebürgermeister Slavik: Sie haben die Zeit der Pfennige vergessen!)

./.

Der Redner betont sodann, daß er nicht für die Abschaffung der Rabatte und Sozialtarife eintrete. Die Verkehrsbetriebe sollten aber nur jene Sozialtarife tragen, die international als gerechtfertigt gelten, nämlich Mengenrabatte von zehn Prozent, für Wochenkarten von 25 Prozent, und für Kinder und Studenten von 50 Prozent. Alle Rabatte, die darüber hinausgehen, gehören in das Fürsorgewesen und müßten von der Hoheitsverwaltung getragen werden.

Gemeinderat Peter befaßte sich sodann eingehend mit Möglichkeiten der technischen Rationalisierung der Verkehrsbetriebe, die er vor allem im Bau von Stadtbahnzügen mit einer Breite von 2,5 Meter anstelle der vorgesehenen 2,2 Meter erblickt. Dies ergäbe eine Personalersparnis bis zu 35 Prozent, geringeres Gewicht, kürzere Züge und einen erhöhten Fassungsraum. Auch die breiteren Wagen könnten auf U-Bahn-Strecken mit Endschleifen verwendet werden. Außerdem würde sich die Spaltbreite zwischen Trittbrett und Bahnsteig auf sieben bis 15 Zentimeter verringern.

Als Kritik an den bisher vorgenommenen Investitionen wurde geäußert, daß man zu hohe Beträge für kleine, langsame, zweiachsige Wagen aufgewendet habe und daß die neubestellten Großraumwagen nur um vier Personen mehr beförderten, als die alten Beiwagen. Auch hätten manche neue Triebwagen eine zu geringe Höchstgeschwindigkeit und könnten auf einer zukünftigen U-oder S-Bahn keine Verwendung finden.

In Wien benötige man 11.500 Personen Fahrpersonal für den Transport von 470 Millionen Passagieren pro Jahr. Hamburg befördere 400 Millionen mit 6.591 Personen Fahrpersonal.

Der Redner kritisierte ferner, daß 20 moderne Großraumwagen seit einem Jahr unbenützt abgestellt seien, weil die dazugehörigen Gelenktriebwagen nicht vorhanden sind.

Die FPÖ-Fraktion werde den Ansätzen der Geschäftsgruppe XII nicht zustimmen.

GR. Dr. Krasser (ÖVP) erinnerte an den Ausbau des E-Werkes Simmering, das seit der Inbetriebnahme von Block IV 258 Megawatt leistet. An Block V wird gearbeitet, für die Blöcke VI und VII sind die Planungen im Gang.

./.

In Wein stehen derzeit zwei thermische und vier Wasserkraftwerke zur Verfügung.

Es erhebt sich die Frage, ob der Ausbau von konventionellen Kraftwerken angesichts der Erkenntnisse der Atomphysik noch vertretbar ist. Seit der Entdeckung der Kernspaltung 1938 und der Inbetriebnahme des ersten Atomkraftwerkes 1955 hat die Reaktortechnik eine atemberaubende Entwicklung genommen. Heute sind bereits industriereife Reaktoren lieferbar. In zehn Ländern stehen 58 Leistungsreaktoren in Betrieb, davon 14 Großkraftwerke mit einer Leistung von insgesamt 3.000 Megawatt. Die Vorteile von Atomkraftwerken liegen in ihrer hohen Leistung, den geringeren Produktionskosten und der Reinhaltung der Luft. Man arbeitet derzeit mit Druckwasser-Reaktoren, jedoch die Entwicklung geht in Richtung der sogenannten Converter, die fast das gesamte eingespeiste Uran in elektrische Energie umwandeln.

In letzter Zeit ist eine Diskussion zwischen Vertretern der konventionellen Kraftwerke und jenen der Kernkraftwerke entstanden, wobei gegenseitige Ansichten zutage treten. Die Stadtverwaltung muß auf weite Sicht planen und sich mit dieser Materie befassen. Wir müssen uns vor Augen halten, daß nach Aussagen von Wissenschaftlern in zehn Jahren die Hälfte des Weltenergiebedarfs aus Kernkraftwerken gedeckt werden wird und daß in zehn Jahren mindestens 800 Reaktoren auf der Welt in Betrieb sein werden. In Österreich wurde ein Koordinationsausschuß gebildet, dessen Erfolgschancen allerdings mit Zurückhaltung zu beurteilen sind, weil hier einander widerstreitende Interessen gegenübertreten. Der Redner gibt in dem Zusammenhang die Anregung, der Österreichischen Studiengesellschaft für Atomenergie den Auftrag zu erteilen, gemeinsam mit Vertretern der Stadtwerke ein Expose über die Möglichkeit der Errichtung eines Kernkraftwerkes auszuarbeiten. Die Erstellung eines solchen Exposés kostet die Stadtwerke keinen Schilling, da die Stadtwerke Gesellschafter dieser Studiengesellschaft sind und diese Leistung im Rahmen des Beratungsdienstes vorgenommen werden kann.

./.

Die Errichtung von Kernkraftwerken schreitet unaufhaltsam fort. Wir müssen den Realitäten Rechnung tragen, wir müssen rechtzeitig vorsorgen, daß wir 1975 nicht vielleicht feststellen müssen, daß die mit ungeheurem Aufwand und Opfern errichteten thermischen Kraftwerke technisch überholt und unwirtschaftlich, daß sie eine Fehlinvestition sind. Sehen wir zu, daß sich auf dem Sektor der Energieversorgung in Wien nicht das wiederholt, was sich auf dem Verkehrssektor zugetragen hat, wo wir 1965 infolge einer Fehleinschätzung von 1955 zugeben müssen, daß man verabsäumt hat, rechtzeitig Vorsorge zu treffen (Beifall bei der ÖVP).

GR. Hahn (ÖVP) befaßt sich mit den Verkehrsbetrieben und geht von der Tatsache aus, daß ihr Defizit 1966 bereits die Rekordhöhe von 584 Millionen erreicht. Es ist freilich keine typisch wienerische Eigenschaft, daß Verkehrsbetriebe solche Riesendefizite haben.

Die Gehaltsbezüge im Fahr- und Werkstättendienst erfuhren eine Steigerung um sieben Prozent. Die Nebenbezüge und Zulagen erfuhren jedoch eine Erhöhung um 30 Prozent. Diese rasante Erhöhung hat zwei Ursachen: den Personalmangel und den Versuch, die vor allem für die jungen Bediensteten ungenügenden Gehaltsansätze auf diese Weise zu verbessern. Es ist die Frage, ob allein durch solche Zulagen, die das Unternehmen Millionen kosten, dem Personalmangel gesteuert werden kann. In manchen Fällen betragen die Zulagen mehr als ein Drittel, und es gibt Bedienstete, welche an Überstunden und Zulagen mehr verdienen als ihr Gehalt ausmacht.

Auch über die Intensivierungszulage infolge der Fahrzeugbeschleunigung kann man geteilter Meinung sein. Für den Schaffner bedeutet das eine echte Mehrarbeit, der Fahrer kann jedoch in den modernen Garnituren außerhalb der Spitzenzeiten wirklich rascher fahren. Der Redner kritisiert auch andere Umständlichkeiten und meint, es müsse sich ein einfacheres System finden lassen. Man solle aber auch den Bediensteten in anderer Form entgegenkommen. Eine der größten Härten sei es, wenn auf manchen Dienststellen die Bediensteten an ihrem freien Tag auf den Bahnhof gehen müssen, um zu schauen, wann sie am nächsten Tag beginnen.

./.

Auch das Problem des gleitenden freien Tages wird einmal gelöst werden müssen. Er wisse, daß sich die älteren Bediensteten dagegen wehren, die nach vielen Jahren endlich den günstigsten freien Tag erreicht haben. Aber auf der anderen Seite wollen auch die Jüngeren, wenn sie verheiratet sind, ab und zu einen freien Samstag haben.

GR. Hahn vergleicht dann die Durchschnittsbezüge in der Verwaltung bei den Verkehrsbetrieben einschließlich Generaldirektion und Zentralverwaltung mit den Durchschnittsbezügen bei E-Werk und Gaswerk. Dabei stellt sich heraus, daß bei den Verkehrsbetrieben 2.948 Schilling brutto im Durchschnitt pro Kopf bezahlt werden, bei den E-Werken 3.594 und bei den Gaswerken jedoch 4.288 Schilling für die Verwaltungs- und Kanzleibeamten. Damit ist eindeutig festgestellt, daß die Verwaltung der Verkehrsbetriebe nicht an dem Defizit schuld ist. Andererseits aber sollte man es vermeiden, das Verwaltungspersonal der Verkehrsbetriebe schlechter zu stellen.

Im folgenden beschäftigt sich der Redner mit Rationalisierungsmaßnahmen bei den Verkehrsbetrieben. So wurde für den Bahnhof Erdberg eine automatische Waschmaschine angeschafft, in der Hauptwerkstätte wurde endlich eine Putzgrubenbeleuchtung installiert.

Erfreulicherweise sind heuer erstmals in Erfüllung einer alten ÖVP-Forderung vier Millionen als Entgelt für private Autobusfirmen vorgesehen. Der Redner ersucht um Auskunft, welche Linien in Tarifgemeinschaft betrieben werden sollen.

GR. Hahn bringt dann einen Antrag ein, zu überprüfen, welche Maßnahmen zu einer baldigen Verbesserung der Verkehrsverbindungen in den Stadtrandgebieten, vor allem im 21., 22. und 23. Bezirk führen können.

Für die Werbung ist heuer eine Million vorgesehen. Zu der Kundenwerbung gehört allerdings auch die Kundeninformation. Hier möchte er einige Anregungen geben: Bei sämtlichen Haltestellen sollte die Zeit des ersten und vor allem des letzten Zuges genau angegeben werden. Auf den peripheren Linien, wo die Intervalle immer länger werden, müßten auch genaue Fahrplanzeiten angegeben werden. In zunehmenden Maß müßte es auch möglich sein, große Gelenktriebwagen einzusetzen.

./.

Notwendig wäre auch eine echte Fahrgastinformation, vor allem für die Fremden, durch Anbringen einer Tafel in der Mitte des Wagens, wo die Linie mit Gassen und Straßen und vor allem den Anschlußlinien der Umsteigstellen ersichtlich sind. Vielleicht könnten die Verkehrsbetriebe den Fahrgästen auch einmal ein Informationsblatt übergeben, das auf die Personalsituation und die damit verbundenen Schwierigkeiten aufmerksamt macht.

Anzustreben wäre es, daß man sich in Zukunft auf einige Wagentypen einigt. Es wäre interessant zu wissen, wie hoch die Umschulungskosten sind, wenn die Fahrer ständig auf neue Typen eingeschult werden müssen, was unter Umständen auch die Fahrsicherheit gefährden könnte.

Echte Einsparungen werden nach Ansicht des Redners erst dann möglich sein, wenn ein genauer Generalverkehrsplan für den Massenverkehr, eine sinnreiche Koordinierung zwischen Schnellbahn, Stadtbahn, Autobus, Straßenbahn und selbstverständlich, je früher desto besser, für eine U-Bahn vorliegt. Daß eine U-Bahn und Schnellbahn zwar sehr hohe Investitionskosten erfordert, im Betrieb aber dafür wesentlich rationeller ist, sei allgemein bekannt. Da in Wien aber noch immer moderne Massenverkehrsmittel in zweiter Ebene fehlen, muß die Personenbeförderung mit der im Betrieb doppelt so teuren Straßenbahn erfolgen. Das Verkehrschaos wird immer größer, die Durchschnittsgeschwindigkeiten jedoch trotz modernen Garnituren kaum höher. Alle Lösungen, die jetzt getroffen werden, sind daher nur halbe Maßnahmen. Als teilweise unrationell bezeichnet der Redner auch die Lage unserer Stadtbahnstationen. So würde zum Beispiel die Station Stadtpark am Schwarzenbergplatz weitaus zweckmäßiger sein.

Die seinerzeit vielgepriesene Alweg-Bahn wurde in einigen Städten bereits wieder stillgelegt. Statt dieses Projekt zu diskutieren, hätte man bereits seinerzeit mit dem Bau einer U-Bahn beginnen müssen. Leider hat aber Stadtrat Bock bereits im Jahr 1961 in der Generaldebatte erklärt, daß man den U-Bahn-Bau späteren Generationen überlassen müßte.

./.

(Bock: Ich habe damals gesagt, daß eine Stadt wie Wien selbstverständlich eine U-Bahn braucht und man bei den heutigen Lösungen dafür vorsorgt, daß in späterer Zeit eine U-Bahn gebaut werden kann! - Der Ausbau eines kompletten U-Bahn-Netzes dauert schließlich dreißig bis vierzig Jahre!) Der Redner stellt fest, daß man sich aber vorerst wenigstens über den Bau einer ersten U-Bahnlinie einigen müßte. Als kleinen Trost bezeichnet er es, daß heute bereits im Amtsblatt geschrieben werden darf, daß Fachleute der Wiener Verwaltung leidenschaftlich für ein U-Bahnnetz plädieren. Wahrscheinlich hätten sie schon vor Jahren leidenschaftlich dafür plädiert, hätten sie nicht eine Disziplinaruntersuchung gefürchtet. (Heiterkeit bei den Sozialisten.)

Der Redner schließt seine Ausführungen mit der Hoffnung, daß es in den nächsten Jahren auf dem Gebiet der Verkehrsplanungen bessere Fortschritte geben wird.

GR. Kostelecky (SPÖ) stellt fest, daß schon der Umfang dieses Kapitels auf seine Wichtigkeit hinweist und daß diese Geschäftsgruppe schon aus diesem Grunde gut und wirtschaftlich geführt werden muß. Zu einer wirtschaftlich guten Führung gehören natürlich auch entsprechende Rationalisierungsmaßnahmen. Bei jeder Rationalisierung sei es jedoch auch notwendig, daß mit dem von ihr betroffenen Personenkreis eine Verständigung erzielt wird. Leider ist das nicht immer der Fall, und das Personal findet daher für manche Rationalisierungen nicht das notwendige Verständnis. So mußten wegen Rationalisierungen im Gaswerk Simmering Bedienstete ins Werk Leopoldau versetzt werden. Derartige Maßnahmen tragen keineswegs zur Erreichung eines guten Betriebsklimas bei.

Durch die Totmanneinrichtung bei der Stadtbahn wird den Fahrern eine Mehrleistung im doppelten Ausmaß zugemutet. Auch bei ihnen ist es wichtig, Verständnis zu erwecken.

Bei der Rationalisierung muß darauf geachtet werden, daß die Sicherheit sowohl des Personals als auch der Fahrgäste gewährleistet ist. Und zwar muß dies schon vor der Durchführung der Rationalisierungsmaßnahmen geschehen.

./.

Die Gewerkschaft hat bereits verschiedene Vorschläge in dieser Richtung gemacht. Jetzt hat sie einen Probewagen fertiggestellt, der zeigt, wie sich die Gewerkschaft die Sicherheitseinrichtungen vorstellt.

Bei Störungen des Betriebsklimas müßte in erster Linie der Amtsführende Stadtrat versuchen, sofort Abhilfe zu schaffen. Wie sich gezeigt hat, geht dies oft sehr rasch und sehr gut. Der Redner zitiert zwei Artikel der Tageszeitung "Express", wonach Stadtrat Dr. Maria Schaumayer zugegeben habe, daß nach dem schweren Unfall auf der Stadtbahn, bei dem ein Kind getötet wurde, das Fahrpersonal passive Resistenz gemacht habe und sie selbst nach Gesprächen mit Personalvertretern diese Störung beseitigen konnte. Dies dürfte jedoch nicht ganz stimmen, denn der Gewerkschaft war weder von einer passiven Resistenz noch davon etwas bekannt, daß Stadtrat Dr. Schaumayer mit Personalvertretern gesprochen hat. Tatsache ist hingegen, daß das Fahrpersonal einen Schock erlitten hat, der im übrigen von dem großen Mitgefühl des Personals Zeugnis ablegt. Als feststand, daß weder die Totmanneinrichtung noch ein Bediensteter an dem Unglück schuld war, wurde der Betrieb sogleich wieder fortgesetzt.

Wenn man die finanziellen Gründe der Rationalisierung betrachtet, der im übrigen natürliche Grenzen gesetzt sind, dann muß betont werden, daß bei den Verkehrsbetrieben rationell und wirtschaftlich gearbeitet wird, vielleicht sogar am rationellsten. Die Gründe für das Defizit liegen ganz woanders. (Zurufe seitens der ÖVP-Mandatare: Wo?) Da muß ganz offen gesagt werden, daß der Ausgabensektor eine Post ist, die feststeht und von Jahr zu Jahr wächst, während der Einnahmensektor eine eingefrorene Post darstellt. Der Bevölkerung muß offen gesagt werden, daß die Einnahmen nicht einmal die Personalkosten decken. Ebenso muß aber auch betont werden: Wenn wir auf diesem Gebiet die Arbeiterschaft subventionieren, dann subventionieren wir damit auch die Betriebe und die Wirtschaft.

Den Personalmangel nennt GR. Kostelecky höher, als von der Berichterstatterin angeführt wurde. Und zwar fehlen bei der Straßenbahn 321 Fahrer, das sind 15 Prozent, ferner 76 Autobuslenker, das sind gleichfalls 15 Prozent, und 228 Schaffner, das sind sieben Prozent.

./.

Wie sich also zeigt, herrscht der größere Personalmangel beim Fahrpersonal, nicht bei den Schaffnern. Noch ungünstiger sieht es aber bei folgenden Abteilungen aus: bei der Wagenrevision fehlen 291 Bedienstete, das sind 18 Prozent, in den Autobusgaragen 108 Bedienstete, das sind 34 Prozent. An Spezial- und Facharbeitern fehlen bei der Straßenbahn 15 Prozent, in den Garagen 25 Prozent, an Hilfsarbeitern bei der Straßenbahn 20,4 Prozent, in den Garagen 40 Prozent.

Vom 1. Dezember 1964 bis 30. November 1965 gab es bei den Verkehrsbetrieben 394 Zugänge und 579 Abgänge, so daß der Gesamtabgang 265 beträgt. In der glichen Zeit aber suchten 993 Bewerber um Aufnahme in den Dienst der Verkehrsbetriebe an. Von diesen 993 Bewerbern konnten jedoch nur 394 eingestellt werden, da den anderen vor allem die moralischen Voraussetzungen fehlten.

Die Mehrdienstleistungen müssen nicht deshalb vollbracht werden, damit die Wagen blitzblank gesäubert sind, sondern vor allem deshalb, um Sicherheitsrevisionen durchführen zu können. So mußten zum Beispiel in einer Revisionswerkstätte mit 106 Bediensteten innerhalb von 6 Wochen 187 Facharbeiter und 134 Hilfsarbeiterschichten während der Freizeit geleistet werden.

Wenn man sagt, daß die Ursachen für den Personalmangel in erster Linie in der Bezahlung liegen, so ist das eine sehr oberflächliche Behauptung. Die Durchschnitts-Bruttobezüge, die pro Kopf bei den Stadtwerken sowohl im Schema I als auch im Schema II gezahlt werden, zeigen, daß es nicht finanzielle Gründe sein können, die die Schuld am Personalmangel tragen. Durch die Zulagen wird überdies sehr viel ausgeglichen, was man innerhalb des Schemas nicht berücksichtigen kann. Wann immer gerechte finanzielle Wünsche der Bediensteten an Stadtrat Bock herangetragen wurden, fanden sie Verständnis und Entgegenkommen und die Verhandlungen der Gewerkschaft konnten stets befriedigende Abschlüsse erzielen.

Der Intensivierungszuschlag für das Fahrpersonal, dessen Höhe von 27 Groschen hier als zu gering bezeichnet wurde, ist ein Minutensatz, der für jede Minute gezahlt wird, die rascher gefahren wird. Pro Stunde macht das den nicht unbeträchtlichen Zuschlag von 16,20 Schilling aus.

./.

Maßgebender für die geringe Anziehungskraft des öffentlichen Dienstes als die Bezahlung ist die Einteilung der Arbeitszeit. Dem Personal im Fahrdienst wird beispielsweise erst 20 Stunden vor Dienstbeginn der Dienstplan für den nächsten Tag zur Kenntnis gebracht. In anderen Städten wird dem Fahrpersonal zu Beginn des Jahres der Dienstplan für das ganze Jahr ausgehändigt, so daß sie sich ihre Zeit entsprechend einteilen können.

Die Fünf-Tage-Woche könnte sofort eingeführt werden. Jedoch die dann notwendige Umstellung der Dienstvorschrift würde für das Personal derartige Belastungen mit sich bringen, daß es nicht zu verantworten wäre. Für Autobuslenker besteht auch das Problem, wo sie ihre Fahrpausen verbringen, wenn ihnen kein Expedit zur Verfügung steht. Oft finden sie gar keinen Parkplatz und müssen bis zur nächsten Abfahrtszeit um den Häuserblock herumfahren.

Ein gutes Betriebsklima ist eine Voraussetzung für ein gedeihliches Verhältnis zwischen dem Personal und den Fahrgästen. Das Fahrpersonal ist weitgehend sich selbst überlassen und kennt die Vorgesetzten kaum mehr. Man müßte darum etwas tun, um den Kontakt zwischen der Direktion und den Bediensteten zu vertiefen. Dies könnte etwa durch eine Betriebszeitung geschehen.

Der größte Teil der Bediensteten der Wiener Stadtwerke ist im Verkehr mit der Bevölkerung höflich und hilfsbereit und nimmt häufig Mehrleistungen auf sich. Dafür gebührt allen Bediensteten der Stadtwerke Dank. Schriftliche Beschwerden aus der Bevölkerung häufen sich besonders zu jenen Zeiten, da die Verkehrsbetriebe in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion rücken, besonders bei Tarifverhandlungen.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

22. Dezember (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Inländischer Chinakohl 3 bis 6 S je Kilogramm, inländischer Kohl 3 bis 6 S je Kilogramm, inländisches Weiß- und Rotkraut 2.50 bis 5 S je Kilogramm.

Obst: Ausländische Äpfel 4.50 bis 14 S je Kilogramm, Orangen 4 bis 10 S je Kilogramm.

\- - -

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes)

GR. Haag (ÖVP) befaßte sich mit der finanziellen Situation der Verkehrsbetriebe: Im Juli haben Sanierungsverhandlungen begonnen, die die dauerhafte Gesundung der Verkehrsbetriebe zum Ziel hatten, jedoch leider im Oktober eingestellt wurden, wobei anzunehmen ist, daß dies auf höhere Weisung von SPÖ-Parteikreisen erfolgte. Die Unterhändler der ÖVP hatten hingegen die Weisung, ein Konzept für fünf Jahre zu erarbeiten.

Für die Verkehrsbetriebe geschieht 1966 in finanzieller Hinsicht mehr denn je. Es handelt sich dabei aber nicht um eine Sanierung, sondern nur um eine Dehnung der Schulden. Die ÖVP hätte es lieber gesehen, wenn die Hoheitsverwaltung den gesamten Zinsendienst der Stadtwerke übernommen hätte. Auch das Verhältnis von Eigen- und Fremdkapital verschlechtert sich immer mehr. Ferner ist noch kein Konzept für den öffentlichen Verkehr vorgelegt worden. Mit der Verlängerung des Gürtels wurde noch nicht begonnen und auch die Stadtbahnverlängerung noch nicht in Angriff genommen. Es wurden Vorschläge für den Individualverkehr und für den öffentlichen Verkehr auf der ersten Ebene unterbreitet. Es fehlen jedoch Unterlagen für den öffentlichen Verkehr in zweiter Ebene und für die Verknüpfung der beiden Verkehrsebenen. Ferner fehlen eine Studie für die Anpassung des Verkehrs an die Struktur der Stadt und Untersuchungen über eventuelle Veränderungen des Stadtbildes durch den Verkehr.

Zu der Auseinandersetzung über die Frage, wer zuerst die U-Bahn gefordert hat, zitiert GR. Haag aus Ausführungen des Stadtrates Bock vom November 1961, wo dieser erklärte: "Man soll es späteren Generationen überlassen, zu entscheiden, ob Unterpflasterbahnen in der Innenstadt notwendig sind oder nicht, denn heute ist die Situation noch nicht so dringend."

Weiter plädiert der Redner für eine Verlegung oder Verbesserung von Stadtbahnstationen, für die attraktivere Ausgestaltung der Stadtbahn, für die Fortsetzung des Wagenbauprogrammes und den schaffnerlosen Beiwagen, weil alle diese Maßnahmen wesentliche Einsparungen auf dem Personalsektor herbeiführen können. Solange allerdings keine U-Bahn-Planung

./.

bekanntgegeben wird, werden alle diese Maßnahmen nur Stückwerk bleiben.

Schließlich erinnert GR. Haag daran, daß mit Ende dieses Schuljahres die neunjährige Schulpflicht eingeführt wird, und stellt den Antrag, die Tarifbegünstigungen für Schüler, die bisher bis zum 14. Lebensjahr gewährt werden, ab September 1966 bis zum 15. Lebensjahr zu geben. (Beifall bei der Volkspartei.)

GR. Windisch (SPÖ) erinnert daran, daß er bereits vor Jahren die Ausstattung der alten Straßenbahnwagen mit elektrischen Scheibenwischern gefordert hat. Diese alten Holzwagen haben entweder überhaupt keine Scheibenwischer oder sie sind mit der Hand zu betätigen, wobei dann der Fahrer allerdings die Notbremse auslassen muß.

GR. Nekula (SPÖ) hebt hervor, daß die Wiener Stadtwerke eine Wirtschaftsgröße erster Ordnung darstellen. In Erkenntnis ihrer wirtschaftlichen Bedeutung ist die Wiener Stadtverwaltung stets bemüht, sie auszubauen, ihre Kapazität auszuweiten und ihre Einrichtungen auf den letzten Stand der technischen Entwicklung zu bringen. In Verfolg dieser Politik leistet die Hoheitsverwaltung an die Stadtwerke 1966 einen Betrag von 362 Millionen und darüber hinaus einen Barzuschuß von 170 Millionen an die Verkehrsbetriebe. Die 362 Millionen dienen zur Verbesserung der Kapitalstruktur, während die 170 Millionen zur Stabilisierung der Preise beitragen sollen. GR. Dr. Bauer hat in der Generaldebatte erklärt, daß die Wirtschaft umso eher Preisdisziplin hält, je mehr öffentliche Einrichtungen mit gutem Beispiel vorangehen. Diese 170 Millionen sind das gute Beispiel - hoffentlich wirkt sich das dann auch bei den Preisen aus.

Rechnet man die in den letzten Jahren von der Hoheitsverwaltung an die Stadtwerke erbrachten Beträge zusammen, so kommt man auf 1.250 Millionen Schilling, womit der Schlager von der Aushungerungspolitik durch die Rathausmehrheit klar widerlegt ist.

Wenn, wie zu hoffen ist, die vorgesehenen Sperren aufgehoben werden können, werden für Investitionen 1.254 Millionen Schilling zur Verfügung stehen. Dieser Betrag wird zum größten Teil in die Wiener Wirtschaft fließen, und so dazu beitragen, Tausende von Arbeitsplätzen zu sichern.

./.

Anläßlich der Debatten um den Rechnungsabschluß hat GR. Haag erklärt, daß sich die Aushungerungspolitik der Rathausmehrheit räche, da man vielen nicht das Gas für die Heizung zur Verfügung stellen können werde. Tatsächlich wurden 1964 von 11.493 Anträgen auf Anschluß von Gasgeräten 85,65 Prozent positiv und 14,35 Prozent negativ erledigt, von 10.936 bis Ende November 1965 eingebrachten Anträgen 92,47 Prozent positiv und 7,53 Prozent negativ erledigt; das bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um sieben Prozent.

Von 1900 bis 1918 mußten E-Werke und Gaswerke ihre Gewinne an die Hoheitsverwaltung abliefern. 1919, mit der neuen Mehrheitsverwaltung im Rathaus und der damit verbundenen neuen Auffassung über die Führung kommunaler Versorgungsbetriebe konnten die Werke diese Gewinne zu ihrem Ausbau und für Investitionen verwenden. In den Jahren von 1934 bis 1938 hat sich die Praxis neuerlich geändert, es mußten in diesen vier Jahren 105 Millionen Schilling an die Hoheitsverwaltung abgeführt werden. Damit ist klargestellt, wann eine Aushungerungspolitik gegenüber diesen Werken betrieben wurde.

Die Wiener Verkehrsbetriebe sind der notleidende Bruder der Stadtwerke. Wenn man die Notsituation betrachtet, muß man sich allerdings einige Zahlen vor Augen halten. Der Redner spricht über die großen Kriegsschäden, die gerade unsere Versorgungsanlagen erlitten haben. So waren 587 Straßenbahntriebwagen vernichtet und 1539 mehr oder minder schwer beschädigt, Gleisanlagen, Oberleitungen, Straßenbahnhöfe und Garagen zerstört und Autobusse verschleppt. 1954 war zum Großteil der Aufbau und die Wiederherstellung dieser Einrichtungen abgeschlossen. Berechnungen haben ergeben, daß allein die Verkehrsbetriebe durch Kriegseinwirkungen, Besatzungsschäden und andere Kriegsfolgen, einen Gesamtschaden von 550 Millionen Schilling hatten. Dies trägt natürlich dazu bei, daß die Stadtwerke heute in einer Notsituation sind. Auch die fünf Lohn- und Preisabkommen haben sich auf diese lohnintensiven Betriebe ausgewirkt.

./.

Die Verkehrsbetriebe haben versucht, durch eigene Rationalisierungen Einsparungen zu erzielen. Verschiedene Einsparungen, wie Einführung der Totmann-Einrichtung, der Gelenkzüge, Umstellung der Buchhaltung, Verwendung von Münzzählmaschinen und ähnliches, bringen jährliche Ersparnisse von rund 100 Millionen Schilling. Der Bau der Hauptwerkstätte, mit dem im nächsten Jahr begonnen werden soll, wird durch eine raschere Abfertigung der Wagenrevision und der Reparaturen gleichfalls große Einsparungen ermöglichen. Zwei Punkte des seinerzeit beschlossenen Sanierungsprogramms seien noch unerledigt, sie liegen jedoch nicht im Bereich der Stadtverwaltung. Erstens die Abschaffung der vom Bund eingehobenen Beförderungssteuer und zweitens ein Beitrag des Bundes für die außertarifarischen Begünstigungen für Polizeiorgane etc. Entgegen der Ansicht, der Finanzminister könne auf die Beförderungssteuer nicht verzichten und auch keine Entschädigung für die genannten Tarifermäßigungen geben, muß man feststellen, daß verschiedene Lokalbahnen eine Sanierung dadurch erfahren haben, daß der Finanzminister dort ja auf die Beförderungssteuer verzichtet hat. Es wäre daher nur recht und billig, wenn Wien ebenso berücksichtigt würde.

In der Debatte wurde auch auf den Münchner-U-Bahnbau verwiesen. Auch dort hat der Bund einen Teil der Kosten übernommen, und zwar in der Form, daß eine Verbindungsbahn zwischen dem Haupt- und Ostbahnhof ausschließlich aus Bundesmitteln gebaut wird. In Wien ist es jedoch so, daß das Volksblatt im Jahr 1959 den Schnellbahnbau als "Wahlschlager" der Sozialisten bezeichnete, 1964 dann, als die Schnellbahn die Erwartungen übertraf, schrieb dieselbe Zeitung, daß mit dem Schnellbahnbau ein Konzept der ÖVP verwirklicht worden sei. Der Redner verweist dann auch auf den U-Bahnbau in Mailand.

./.

Nach Fertigstellung der U-Bahn konnte sie sechs bis sieben Jahre nicht in Betrieb genommen werden, weil einzelne Stränge untereinander nicht verbunden waren, ein eigener Bahnhof und eine eigene Reparaturwerkstätte fehlte. Es entstand dadurch ein Zinsenverlust, der ungefähr 45 Prozent des Kapitalaufwandes ausmachte. Es zeigt sich also, wie notwendig eine ausreichende Planung ist.

Abschließend appeliert er an den kommenden Nationalrat, dafür vorzusorgen, daß die Bestimmungen für die Gewährung von ERP-Mitteln so geändert werden, daß auch kommunale Versorgungseinrichtungen Kredite bekommen können.

Den Ansätzen der Gruppe XII werde seine Fraktion die Zustimmung geben.

GR. Lanc (SPÖ) nimmt zu einigen Bemerkungen von GR. Haag Stellung. Wenn der ÖVP-Redner davon gesprochen hat, daß es seine Partei bei den Sanierungsverhandlungen lieber gesehen hätte, wenn der Zinsendienst der Stadtwerke vollkommen von der Stadt Wien übernommen worden wäre, so ist dazu zu sagen, daß in den Verhandlungen eine solche Forderung in dieser Formulierung von den ÖVP-Unterhändlern nicht gestellt wurde. Die Verhandlungen vollzogen sich auf einer weit sachlicheren Ebene.

Zur Bemerkung von GR. Haag, daß der Wirtschaftsplan 1966 der Stadtwerke keine Verbesserung des Verhältnisses zwischen Eigen- und Fremdkapital bringe (Zwischenruf von GR. Haag: "Ich habe gesagt, keine wesentliche Verbesserung!"): Gerade in der Kapitalstruktur wurde mit der Aufstockung des Eigenkapitals von rund 360 Millionen Schilling etwas sehr Wesentliches getan.

Zur Behauptung von GR. Haag, die Sanierung der Stadtwerke stehe und falle mit der U-Bahn-Planung: Die Sanierung wurde sehr sachlich diskutiert. Der vorliegende Wirtschaftsplan enthält bereits diese Sanierung, abzüglich der Tarifregelung. Darüber hinaus ist von der ÖVP nicht mehr gefordert worden. Die U-Bahn-Planung kann nicht in die Wirtschaftsplanung der Stadtwerke hineinspielen. Das U-Bahn-Konzept wurde von der Stadtbauamtsdirektion als Diskussionsgrundlage entwickelt; in Koordinationsgesprächen mit den Verkehrsbetrieben wird es nunmehr erörtert.

./.

Im Schlußwort befaßt sich Stadtrat Dr. Maria Schaumayer mit den einzelnen Diskussionsbeiträgen.

Wenn von einen "unechten Verlust" der Gaswerke gesprochen wurde, so muß man dabei sehr vorsichtig sein. Tatsache ist, daß zusätzliche Anlagen geschaffen werden müssen, wenn wir allen Versorgungswünschen der Bevölkerung gerecht werden sollen.

Es stimmt, daß die internationale Kopfquote beim Stromverbrauch in Österreich noch nicht erreicht wurde. Zu dem angeführten Argument kommt noch hinzu, daß unser Wohnungsstandard noch nicht westeuropäisches Ausmaß erreicht hat und der Stromverbrauch daher auch noch nicht so hoch ist.

Daß bei der Geräte-Aktion keine Kühlschränke und Waschmaschinen angeboten werden, ist keineswegs auf eine restriktive Politik der E-Werke zurückzuführen.

Das Wiener Gasnetz ist tatsächlich sehr alt: Von gesamten, 2.200 Kilometer umfassenden Niederdruck-Rohrnetz wurden acht Kilometer vor 1890 verlegt, 157 Kilometer vor dem Jahr 1900, 177 Kilometer vor 1910 und 163 Kilometer vor 1920. Insgesamt wurden also 505 Kilometer, etwa ein Viertel des gesamten Netzes, vor 1920 verlegt. Bei der Erneuerung der Rohrstränge werden die Gaswerke planmäßig vorgehen.

Es gibt Möglichkeiten für einen breiteren Gasabsatz, vor allen in Richtung der Warmwasserbereitung. Die Genehmigung zusätzlicher Gasheizungen ist an die Bedingung geknüpft, daß auch während der Sommermonate ein entsprechender Gasabsatz gewährleistet ist. Bei der Warmwasserbereitung trifft das zu.

Gasentgiftung: Es muß wiederholt werden, daß für die Zeit nach 1967, wenn die Gasentgiftung abgeschlossen sein wird, der Satz gelten muß: Ungiftig, aber nicht ungefährlich.

Die Möglichkeiten von Erdgasimporten werden gegenwärtig begrüßt.

Eine unterirdische Erdgaslagerung würde zweifellos unsere finanziellen Möglichkeiten übersteigen.

Zur Frage der ERP-Finanzierung zitiert die Berichterstatterin aus dem Paragraph 3 des ERP-Fondsgesetzes, in dem es heißt, daß der Fonds keine Leistungen zugunsten von Gebietskörperschaften erbringen darf.

./.

Eine Änderung des ERP-Gesetzes wäre möglich. In der gegenwärtigen Situation aber muß man sich überlegen, was finanziell günstiger ist: eine juristische Umorganisation der E-Werke, so daß sie nicht unter die Ausschlußklausel des ERP-Gesetzes fallen oder jene Steuervorteile, die sich aus ihrer gegenwärtigen Rechtsform ergeben. Ich bin jederzeit bereit, mit dem Finanzminister über die Beförderungssteuer und über ERP-Mittel zu sprechen, aber erst, wenn die Stadt Wien den Stadtwerken die Lasten abgenommen hat, die sie ihnen auferlegte. (Zwischenruf StR. Bock: "Da machen Sie es sich aber sehr billig; sie können hier keine Bedingungen stellen, sondern müssen für die Stadt Wien alle Vorteile wahrnehmen!")

Im Leitungsnetz ist sicher noch einiges nachzuholen. Die Arbeiten am Block V des E-Werkes Simmering können nicht rascher gehen, als beim Block IV, bei dem der Terminplan vorbildlich eingehalten wurde.

Zwischen der Wiener Stadtplanung und den Verkehrsbetrieben sind eingehende Beratungen im Gang. Die erarbeiteten Unterlagen werden sobald als möglich vorgelegt werden.

Es wird alles getan werden müssen, um auch jüngere Menschen für den Dienst bei den Verkehrsbetrieben zu interessieren. Die wirksamste Rationalisierungsmaßnahme der Verkehrsbetriebe, auch auf dem Personalsektor, wäre eine U-Bahn.

Was die Führung der Vorortelinie als Schnellbahn betrifft, hat das Institut für Betriebstechnik an der Technischen Hochschule Wien eine zu erwartende Frequenz von 90.000 Fahrgästen errechnet, während die Untersuchungen der Stadt Wien eine so geringe Frequenz ergaben, daß der Betrieb kaum rentabel erschien.

./.

Ich habe mich gestern gemeinsam mit Stadtrat Heller im Institut für Betriebstechnik informieren lassen, woher diese Divergenz in den Auffassungen kommt. Es hat sich gezeigt, daß Professor Tschirf für seine Vorortelinie einerseits einen Anschluß nach Hietzing und andererseits nach Floridsdorf vorsieht und daß seine Fahrgastzahlen daher jene Frequenzen beinhalten, die wir für die Stadtbahn errechneten.

Für die Sicherheit im Stadtbahnbetrieb - und zwar sowohl für die Fahrgäste als auch für die Zugsbegleiter - haben wir nun die optimale Lösung gefunden.

Es ist die Frage, ob man die Sozialtarife, die in der Zeit der wirtschaftlichen Depression eingeführt wurden, auch für die Jahre ganz anderer Konjunkturverhältnisse verewigen soll.

Zur Frage der Wagentypen der Zukunft, für die GR. Peter eine Breite von 2.50 Meter forderte, ist zu sagen, daß wir sogar an eine Wagenbreite von 2.80 Meter denken. (Zwischenruf GR. Peter: "Ja denken - aber bestellen tun Sie es nicht") - Stadtrat Dr. Schaumayer: "Wir müssen erst die Vorlage des Linienplanes abwarten". Wir beschäftigen uns mit der Planung und planen heißt denken.

Die Bestellung der 20 Beiwagen, von denen GR. Peter sagte, daß sie unbenützt stehen, fiel unglücklicherweise in eine Zeit, da es bei den Triebwagen außergewöhnlich viel Ausfälle und beim Personal einen besonders drückenden Unterstand gab. Das bewirkte, daß die Beiwagen noch nicht zum Einsatz gelangen konnten. Es handelt sich aber dabei keineswegs um eine Fehlplanung.

Was die Errichtung von Atomkraftwerken anlangt, ist - in technischer und betriebswirtschaftlicher Hinsicht - alles noch in Fluß. Das soll uns aber nicht veranlassen, die Hände in den Schoß zu legen. Die E-Werke werden sich im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft Kernkraftwerke weiterhin sehr intensiv mit diesen Fragen beschäftigen.

Das Problem der Nebenbezüge bei den Verkehrsbetrieben wird weiter behandelt werden, um vielleicht doch zu einer Vereinfachung zu kommen, wobei allerdings die Bediensteten nicht schlechter gestellt werden dürfen. Die Intensivierungszulage von 27 Groschen ist etwas problematisch, weil sie innerhalb des Fahrpersonals wieder neue Kategorien schafft, was auch etwas Mißmut erzeugt.

./.

Wer immer den Fahrplan für die Massenverkehrsmittel erstellt - er wird in den Spitzenzeiten aber durch den Individualverkehr doch durchkreuzt. Es wird jedenfalls schwierig sein, dem Grundsatzbeschluß über den Vorrang des öffentlichen Massenverkehrs zum Durchbruch zu verhelfen.

Die Personalstruktur der drei Unternehmungen ist unterschiedlich, und das äußert sich auch bei den Durchschnittsbezügen. Allerdings soll der Grundsatz gelten: Gleiche Leistung - gleiche Bezahlung.

Durch die Übergabe gewisser Autobuslinien an private Unternehmen im Auftrag und für Rechnung der Verkehrsbetriebe würden etwa 28 Lenker und 20 Bedienstete in der Hauptwerkstätte eingespart werden können.

Die für Werbung eingesetzte eine Million Schilling dokumentiert den Willen, die Kundeninformation zu schaffen.

Im Schulbüro gibt es 10 Instruktoren für den Unterricht für den Fahrdienst, einen Instruktor für Diensteinteilung, 10 Instruktoren für den Schaffnerdienst und 15 Kontrollorfahrer. Jährlich durchlaufen das Schulbüro 350 Schaffner, und es finden etwa 700 Umschulungen statt.

Es fehlt ein Generalverkehrsplan, es fehlt das Massenverkehrsmittel der zweiten Ebene und es fehlt auch das endgültige Stadtmodell. (VBgm. Slavik: Sie versuchen wegzudiskutieren, daß wir eine zweite Ebene schon haben!) Absolut nicht, ich würde mich hüten, etwas wegzudiskutieren, was Bürgermeister Lueger schon geschaffen hat. Uns interessiert jetzt, wie es weitergeht. Wenn man von dem Pessimismus hinsichtlich der U-Bahn hörte, der über die lebende Generation hinausreicht, dann muß man sich fragen, wie man dann die Olympiade 1972 bewerkstelligt hätte.

Zur Werbung um besseres Verständnis des Personals für Rationalisierungen: Sie haben sich gewundert, daß ein so großer Dienstgeber wie es die Gemeinde Wien ist, kein Kommunikationsorgan zu seinen Bediensteten hat. Sie sei bereits dabei, die Voraussetzungen zu prüfen, für den Bereich der Stadtwerke eine Betriebszeitung einzuführen.

Daß es bei der Rationalisierung Grenzen gibt, ist selbstverständlich. Der Personalmangel wird uns noch so lange in Atem halten, als es nicht möglich ist, durch den Einsatz von U-Bahnzügen die notwendige Personalersparnis zu erzielen. ./.

Die finanzielle Frage sei für den Personalmangel wahrscheinlich weniger die Ursache, als das Fehlen der Fünf-Tage-Woche. Alle Vorschläge, die zu einer besseren Diensteinteilung führen könnten, würde sie daher gerne aufgreifen.

Beschwerden der Fahrgäste werden selbstverständlich überprüft.

GR. Windisch hat die Scheibenwischer bei den alten Straßenbahnwagen urgiert. Die Referentin stellt fest, daß bei 300 alten Wagen Scheibenwischer vorhanden sind, daß sie jedoch bei 458 Wagen fehlen. Eine Anlage soll jedoch 30.000 Schilling kosten. (Zwischenruf GR. Windisch: Um das Geld bekomm ich ja ein Auto mit zwei Scheibenwischern!) Diese Frage soll jedoch im Gemeinderatsausschuß noch geprüft werden.

Die in den Wirtschaftsplänen ausgewiesenen Zahlen stimmen.

Die genannte Zahl betreffend Ansuchen um Gasanschlüsse, sei kein Maßstab, da vielfach nicht um einen Anschluß angesucht wird, wenn man vom Nachbarn bereits erfahren hat, daß sein Ansuchen abgelehnt wurde.

Das Münchner U-Bahn-Projekt bezeichnet Stadtrat Schaumayer als eine interessante Informationsquelle, auch hinsichtlich der Kosten. Ein Kilometer soll sich nach diesen Informationen auf 155 Millionen Schilling belaufen. Sie würde sich wünschen, die Münchner Verhältnisse auf Wien übertragen zu können, denn dort gibt es eine echte Regionalplanung und dort hat die Stadt die notwendige Hilfeleistung erfahren. Man hat sich dort auch den Umweg über den Bau einer Ustraba erspart und dort ist auch die Finanzierung sichergestellt.

GR. Lanc kann die Protokolle der Sanierungsverhandlungen jederzeit haben. Die Kapitalaufstockung im Jahr 1966 wird ein Ausmaß von 362 Millionen haben und eine leichte Korrektur von etwas mehr als ein Prozent im Verhältnis Fremdkapital zu Eigenkapital verursachen.

./.

Der Umbau spielt nach Meinung von GR. Lanc keine namhafte betriebswirtschaftliche Rolle. Die Referentin ist der Meinung, daß das Gegenteil eintreten wird. Der Sanierungszeitraum kann nicht weit genug bemessen sein und die Planung kann nicht weit genug vorausschauen.

Abschließend stellt sie fest, daß die Stadtwerke selbstverständlich bestrebt sind, weiterhin nach Maßgabe ihrer Kräfte und ihrer Möglichkeiten mit eigener Initiative zu planen und zu arbeiten, um den großen Aufgaben gerecht zu werden. (Beifall)

Bei der Abstimmung über die Wirtschaftspläne der Wiener Stadtwerke werden die Ansätze mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen. Der Antrag der KLS (Errichtung einer Autobuslinie zwischen dem 20. und 19. Bezirk) sowie die zwei Anträge der ÖVP werden einstimmig der Behandlung zugewiesen.

Das Schlußwort des Bürgermeisters

Zum Abschluß ergreift nocheinmal Bürgermeister Bruno Marek das Wort. Er führte aus:

"Es war die zweite Budgetdebatte in der laufenden Verwaltungsperiode, aber die erste, bei der ich die Ehre hatte, als Bürgermeister mitzuwirken. Sie haben, meine Damen und Herren, in den vergangenen zwölf Arbeitstagen ein großes und verantwortungsvolles Arbeitspensum erledigt. Das Budget für das Jahr 1966, das in vorbildlicher Zusammenarbeit der beiden großen Parteien und in mühevoller Kleinarbeit der verantwortlichen Beamten erstellt wurde, haben Sie in den vergangenen Tagen einer strengen Prüfung und manchmal auch der Kritik unterzogen. An den Debatten im Anschluß an die Referate der zwölf Amtsführenden Stadträte haben sich 100 Debattenredner beteiligt. Die Beratungen dauerten insgesamt 57 Stunden und zehn Minuten. Immer aber waren Ihre Bemerkungen von Sachlichkeit und von der Liebe zu unserer schönen Heimatstadt getragen.

./.

Es ist mir deshalb ein Bedürfnis, Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, dafür zu danken, daß Sie in verantwortungsbewußter und sachlicher Arbeit die Ansätze des Voranschlages für das Jahr 1966 durchleuchtet und so als frei gewählte Vertreter der Bevölkerung Ihr Wissen und Können in den Dienst unseres Gemeinwesens gestellt haben. Sie haben dadurch Ihre Bereitschaft und Ihre Fähigkeit bewiesen, die Aufgaben, die mit der Bereitstellung der Mittel für die kommenden kommunalen Aufgaben verbunden sind, pflichtgemäß zu erfüllen. Für diese Einstellung, die in der gedeihlichen Atmosphäre der Budgetberatungen ihren Ausdruck gefunden hat, bin ich Ihnen zu tiefem Dank verpflichtet. Mein Dank gilt in besonderem Maße dem Amtsführenden Stadtrat für das Finanzwesen sowie den leitenden Beamten der Finanzverwaltung. Desgleichen entbiete ich den Damen und Herren Amtsführenden Stadträten samt ihren Abteilungsleitern, dem Herrn Magistratsdirektor, dem Herrn Kontrollamtsdirektor, dem Herrn Stadtbaudirektor und dem Herrn Generaldirektor der Wiener Stadtwerke meinen Dank. Darin eingeschlossen sind selbstverständlich alle ihre Mitarbeiter! Dem Präsidialbüro sei für die gute Organisation der Budgetberatungen gedankt. Der raschen und verläßlichen Berichterstattung durch die Pressestelle und der Mitwirkung des Stenografenbüros zolle ich meine besondere Anerkennung. Für die ausführliche und korrekte Information der Öffentlichkeit durch die Damen und Herren der Presse sage ich ebenfalls herzlichen Dank. (Allgemeiner Beifall.)

Meine Damen und Herren! Sie haben gute Arbeit geleistet und den Haushalt unserer Stadt für das nächste Jahr gut bestellt. Ich wünsche Ihnen deshalb nach der anstrengenden Tätigkeit der letzten Wochen ein friedvolles und harmonisches Weihnachtsfest. Wir blicken ruhigen Gewissens in das Jahr 1966, das uns im Geiste der Zusammenarbeit aller aufbauwilligen Kräfte finden möge, auf daß die Probleme unserer Stadt in jener Atmosphäre gemeinsamen Wollens und miteinander Redens jene Lösung finden, die einzig und allein den Sachwaltern der kommunalen Belange Maßstab sein darf.

./.

Den Bewohnern dieser Stadt, allen Wienerinnen und Wienern, wünsche ich ein frohes Weihnachtsfest und ein glückliches Neues Jahr, das begleitet sei von Erfolg, Gesundheit und Zufriedenheit. (Allgemeiner Beifall). Die Sitzung ist geschlossen.

Hierauf begeben sich folgende Vertreter der Gemeinderatsfraktionen zu Bürgermeister Marek und überbringen ihm die Festtagswünsche ihrer Parteien: für die SPÖ Landtagspräsident Dr. Stemmer, für die ÖVP Gemeinderat Mühlhauser, für die FPÖ Gemeinderat Ieter und für die KIS Gemeinderat Lauscher.

(Ende des Sitzungsberichtes)

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Gesperrt bis Freitag, 24. Dezember!

Die Radiorede des Bürgermeisters

23. Dezember (RK) In der Sendereihe "Wiener Probleme" von Radio Wien zieht am Stefanitag, Sonntag, dem 26. Dezember, Bürgermeister Bruno Marek um 20 Uhr im Ersten Programm eine kommunalpolitische Bilanz über das ablaufende Jahr und hält zugleich eine Vorschau auf 1966.

\- - -

Gesperrt bis Sonntag, 26. Dezember, 20 Uhr!

Kommunalpolitische Bilanz des Jahres

Die Rundfunkrede von Bürgermeister Marek zum Jahreswechsel

23. Dezember (RK) In der Sendereihe "Wiener Probleme" von Radio Wien, am Sonntag, dem 26. Dezember gab Bürgermeister Bruno Marek einen Überblick über die Tätigkeit der Wiener Stadtverwaltung im Jahre 1965 und die Aufgaben des kommenden Jahres:

"Die Feiertage und mit ihnen das Jahr 1965 neigen sich ihrem Ende zu. Ich hoffe, daß Sie alle dieses Weihnachtsfest in friedlicher und besinnlicher Stimmung verbracht haben und daß Ihre Wünsche so weit als möglich erfüllt wurden.

./.

Der Stadt Wien wurde die Festesfreude leider getrübt. Die Stadtverwaltung hat die Bewerbung um die Olympischen Sommerspiele 1972 nicht nur als eine einmalige Chance, Wien in der Reihe der Weltstädte einen gebührenden Platz zu sichern, sondern auch als nationale Ehrensache Österreichs betrachtet. Leider gelang es nicht, die geschäftsführende Bundesregierung, oder, besser gesagt, einzelne ihrer Mitglieder davon zu überzeugen, daß ein Verzicht auf die Bewerbung um die Durchführung der Olympiade 1972 einen kaum so schnell wieder gut zu machenden internationalen Prestigeverlust nach sich ziehen muß.

Wäre es um ein anderes, minder wichtiges Vorhaben gegangen, hätte ich es zur Not verstanden, daß sich ein Minister, insbesondere in der Vorwahlzeit, scheut, finanziellen Belastungen zuzustimmen, die eine neue Bundesregierung einlösen muß. Angesichts der weltweiten Bedeutung der Olympischen Spiele und im Hinblick auf die vielfachen ideellen und praktischen Vorteile, die der gastgebenden Nation aus dieser Veranstaltung erwachsen, war es unserer Meinung nach jedoch nicht zu verantworten, diese Gelegenheit aus finanziellen Erwägungen - die im Verhältnis zu dem Einsatz, um den es ging, als kleinlich bezeichnet werden müssen - ungenützt vorübergehen zu lassen.

Immerhin, und das ist die einzige, wenn auch sehr wesentliche positive Erfahrung der Auseinandersetzung um die Olympiade, war ich über die Tatsache erfreut, daß sich der Wiener Gemeinderat ungeachtet aller parteipolitischen Unterschiede einmütig hinter die Bewerbung um die Olympischen Spiele des Jahres 1972 gestellt und diese einsichtige Haltung auch bewahrt hat, als sich herausstellte, daß man anderswo über nationale Ehre und nationale Pflichten leider nicht so einhelliger Meinung war wie bei uns in Wien. Diese Einmütigkeit bestärkte mich zutiefst in der Überzeugung, daß die Stadt Wien eine wahrhaft volkstümliche Politik im Interesse der gesamten Bevölkerung durchführt. Ich möchte daher in dieser einhelligen Stellungnahme unseres Stadtparlamentes ein gutes Omen für eine harmonische Zusammenarbeit auch in der Zukunft erblicken.

./.

Erzielte Erfolge - gewaltige Aufgaben

Liebe Wienerinnen und Wiener! Fünf Tage vor Jahresabschluß ziemt es sich aber auch schon, Rückschau zu halten, auf das vergangene Jahr. Unsere Ernte ist eingebracht und unsere Scheuen, wenn ich im Bilde bleiben darf, sind glücklicherweise gefüllt. In den letzten zweieinhalb Wochen haben wir bereits unser Haus für das kommende Jahr bestellt. Die Gemeinde Wien wird im Jahre 1966 in den einzelnen Bereichen der Hoheitsverwaltung fast zehn Milliarden, für die Wiener Stadtwerke vier Milliarden Schilling aufwenden. In Wien, das darf ich mit Genugtuung feststellen, gab es niemals Budgetkrach oder Provisorien. Wir haben stets im Bewußtsein hoher sozialer Verantwortung für Wohlergehen, Gesundheit und Bildung unserer Bevölkerung, aber ebenso auch mit der Sorgfalt des ordentlichen Kaufmannes gewirtschaftet: Unser Budget ist ausgeglichen, wir sind schuldenfrei und verfügen über ausreichende Rücklagen. Das sichert uns nicht nur die notwendigen Investitionen und die Erhaltung der Vollbeschäftigung, sondern auch die Stabilität des Schillings. Wir haben diese Leistung dank der guten Zusammenarbeit im Wiener Rathaus zustande gebracht und können diese Eintracht 'Made in Vienna' mit gutem Gewissen auch anderen Stellen zur Nachahmung empfehlen.

Fünf Tage vor der Schwelle des Neuen Jahres richtet sich unser Blick aber auch in die Zukunft, in jene Zukunft, die wir bei unseren Budgetverhandlungen genau umrissen und vorausbestimmt haben und die es nun im Jahre 1966 zu verwirklichen gilt.

Eine unserer Hauptsorgen gilt nach wie vor dem Wohnbau.

Soviel wir auf diesem Gebiet auch tun mögen, es wird jenen, die angesichts der ungeheuren Nachfrage nach Wohnungen zu kurz kommen, immer wieder als zu wenig erscheinen. Wir müssen daher alle nur erdenklichen Anstrengungen unternehmen, um die Leistungen auf diesem Gebiet zu steigern. Die Gemeinde Wien baut gegenwärtig 8.700 Wohnungen, im kommenden Jahr werden. wir 5.000 weitere errichten und den Bau von 6.300 Wohnungen fördern. Die Methode des Montagebaues soll in vermehrtem Maße

./.

angewandt werden. Wie Sie wissen, beabsichtigen wir eine zweite Montagebaufabrik am Südrand der Stadt zu errichten. Im ersten Unternehmen dieser Art in Kagran konnte heuer bereits die hunderttausendste Bauplatte gegossen werden. Es wird Aufgabe des neuen Parlaments sein, endlich das seit langem geforderte Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetz zu verabschieden, das einen weiteren Schritt zur Intensivierung des Wohnbaues bedeuten würde.

Rund 90 Prozent der mehr als 556.000 Wiener Wohnungen unterliegen dem Zinsstop oder dem Mieterschutz. Ich werde als Bürgermeister dafür sorgen, daß die Wohltat des Mieterschutzes, die eine indirekte, aber sehr fühlbare Erhöhung des Realeinkommens bedeutet, unserer Bevölkerung auch in Zukunft erhalten bleibt.

Neben dem Wohnbau gilt unsere Hauptsorge der heranwachsenden Generation. Viele von Ihnen haben Kinder im schulpflichtigen Alter. Sie werden mir aus persönlicher Erfahrung bestätigen können, wie sehr die Gemeinde bestrebt ist, den Kindern helle, moderne und zweckmäßige Schulen zur Verfügung zu stellen. Wir haben die Renovierung der alten Anstalten nahezu abgeschlossen, zahlreiche neue Schulgebäude in den Siedlungsgebieten am Stadtrand oder in den Assanierungsvierteln sind geplant oder schon im Bau. Unsere Schulverwaltung hat ferner alles getan, um in Wien im kommenden Herbst einen klaglosen Beginn des neunten Schuljahres des sogenannten polytechnischen Lehrganges zu ermöglichen. Die 360 Millionen Schilling, die wir für Schulzwecke ausgeben werden, sind sicherlich gut angelegt, denn sie verzinsen sich reichlich im Lebensglück und im Berufserfolg der kommenden Generation.

Wie Sie im Lauf des Jahres sicherlich mehrfach gehört oder gelesen haben, befindet sich die Wiener Stadtverwaltung inmitten der Verwirklichung eines umfassenden Spitalbauprogramms. Ich darf in diesem Zusammenhang die Neubauten des Allgemeinen Krankenhauses und des Rudolfspitals erwähnen, deren medizinische und soziale Einrichtungen keinen Vergleich mit den modernsten Kliniken der Welt zu scheuen brauchen.

./.

Eng verbunden mit unserem Spitalsprogramm sind auch unsere prophylaktischen Bestrebungen zur Erhaltung der Volksgesundheit, in erster Linie der Kampf gegen Rheuma und Krebs. Voraussichtlich schon im Frühjahr 1966 wird das neue Zentralröntgeninstitut eröffnet werden, in dem eines der modernsten Bestrahlungsgeräte gegen den Krebs, die sogenannte Kobaltkanone Platz finden wird. Die Krebsstation des Krankenhauses Lainz hat eine neue, Betatron-Bestrahlungsanlage erhalten. Für die Rheumakranken wird in Ober-Laa ein neues medizinisches Zentrum eingerichtet. Die Erschließung der Heilquellen in diesem Bereich ist schon im Gange.

Die Stadtverwaltung hat sich aber nicht nur mit den Problemen des Wohnens, des Schulwesens und der Gesundheitsfürsorge zu befassen. Die stürmisch anwachsende Motorisierung - sofern sie im bisherigen Tempo fortschreitet, wird im Jahre 1980 jeder dritte Wiener ein Auto besitzen! - stellt die Gemeinde im Bereich des Verkehrswesens vor besonders schwierige nur durch ein umfassendes und vorausschauendes Konzept lösbare Probleme. Bei allem Verständnis für die Bedürfnisse der Autofahrer muß die Großstadt Wien, wie jede andere Weltstadt in erster Linie darauf bedacht sein, Vorsorge für die Benützer der Massenverkehrsmittel und für die Sicherheit der Fußgänger zu treffen.

Die umfangreichen Verkehrspläne der Stadt Wien sehen, wie Sie wissen, die Verlegung der Straßenbahn auf besonders wichtigen Strecken in die zweite Verkehrsebene und, in Zusammenarbeit mit den Bundesbahnen, den Ausbau des Schnellbahnnetzes vor. Darüberhinaus beabsichtigen wir, die inneren Bezirke der Stadt durch Stadtautobahnen und Schnellstraßen weitgehend vom Autoverkehr zu entlasten. In diesem Zusammenhang sind auch neue unterirdische Passagen und weitere Maßnahmen geplant, die es insbesondere Kindern und alten Leuten ermöglichen sollen, ohne Gefährdung ihres Lebens über unsere Straßen zu gehen.

Besonderes Augenmerk wird die Gemeinde im kommenden Jahr auch dem wichtigsten Massenverkehrsmittel der Wiener, der Straßenbahn, unserer populären Tramway, widmen. Im Zuge der

./.

durch Personalmangel erzwungenen Rationalisierungsmaßnahmen sollen neue Großraumtriebwagen, sogenannte Sichtkarten und Schaffner-Automaten eingeführt werden. Die Wiener Straßenbahn soll es, insbesondere auf den Unterpflasterstrecken, ihren Fahrgästen ermöglichen, schneller, bequemer, sorgenfreier und ruhiger vorwärts zu kommen, als dies im eigenen Auto möglich wäre.

Ich kann natürlich bei weitem nicht alle Einzelheiten unseres Haushaltes vor Ihnen ausbreiten. Denn das Wiener Budget 1966 hat den Umfang eines Romans mit 136 klein bedruckten Seiten. Lassen Sie mich aber dennoch einige Punkte hervorheben:

Unsere Wasserversorgung wird in den kommenden Jahren voraussichtlich keine Engpässe mehr zu überwinden haben. Das Grundwasserwerk in der Lobau, das im Februar fertig wird und im Schneealpengebiet haben wir vor drei Wochen mit dem Bau eines Stollens begonnen, durch den der I. Hochquellenleitung weitere Wasserm engen zugeführt werden sollen. Im übrigen wird es heute schon in aller Welt anerkannt, daß Wien nicht nur das beste und billigste Wasser hat, sondern auch niemals ähnliche Katastrophen seiner Wasserversorgung erlebte, wie andere europäische oder gar überseeische Weltstädte.

Im Bereich der Gas- und Stromversorgung haben wir ebenfalls ein Milliarden-Investitionsprogramm entwickelt, das ebenso wie das Spitalsprogramm oder das Verkehrskonzept die Stadtväter mehrere Gemeinderatsperioden hindurch beschäftigen wird. Wir beabsichtigen in etwa zwei Jahren den Giftgehalt des Stadtgases soweit herabzusetzen, daß Vergeßlichkeit beim Manipulieren mit den Hähnen nicht mehr tödlich wirken kann.

Eine weitere wichtige Aufgabe erblickt die Stadtverwaltung in der Trennung von Gewerbetrieben und Wohnanlagen. Die heute noch in Wohnhäusern untergebrachten Unternehmungen sollen in eigenen Industrievierteln oder in städtischen Werkstättenhöfen angesiedelt werden.

Der Bau eines etwa 17 Kilometer langen Kanals im Überschwemmungsgebiet soll unserer Bevölkerung zwei Vorteile zugleich bringen: einen für alle Zukunft gesicherten Hochwasserschutz und, auf der dadurch entstehenden Insel, eine neues Erholungszentrum mit Bädern, Spiel- und Sportplätzen.

./.

Ebenso wie wir uns der Kinder und der Jugend besonders annehmen, betrachten wir auch die Fürsorge für unsere Alten als eine unserer vornehmsten Aufgaben. Wir wollen es den alten Menschen ermöglichen, künftighin in neuen Pensionistenheimen zu leben, die ihnen ein neues Daseinsgefühl und einen modernen Wohnstil vermitteln. Dem ersten, in aller Welt als Vorbild geltenden Pensionistenheim in Kagran wird sich bereits in nächster Zeit ein zweites in Hietzing anreihen. Der Grundstein für ein drittes und ein viertes Heim soll in den nächsten Monaten gelegt werden.

Bei dieser ersten weihnachtlichen Ansprache, die ich als Bürgermeister der Stadt Wien halten darf, möchte ich aber auch mit allem Nachdruck darauf hinweisen, daß ich mich in meiner Eigenschaft als Landeshauptmann ganz besonders dafür einsetzen werde, daß Wien, wie jedes andere Bundesland, auch jene hoheitlichen und finanziellen Recht erhält, die nach unserer föderalistischen Verfassung den Ländern zukommen. Das gilt vor allem für die Forderung nach einem eigenen Landes-Rundfunkstudio, die so lange auf der Tagesordnung bleibt, bis sie endlich erfüllt wird.

Die außen- und innenpolitische Sendung Wiens

Liebe Wienerinnen und Wiener! Ich habe mich bemüht, Ihnen einen kurzen Überblick darüber zu geben, wie die Stadtverwaltung die 14 Milliarden Schilling, Ihre 14 Milliarden, die Sie als Steuerzahler aufbringen, zu unser aller gemeinsamen Wohle anzulegen beabsichtigt. Aus meiner langjährigen Erfahrung als Direktor der Wiener Messe darf ich darauf hinweisen, daß diese Gelder wieder zum allergrößten Teil der Wiener Wirtschaft zufließen. Sie werden dazu beitragen, nicht nur den Lebensstandard und die Vollbeschäftigung zu sichern und den Ruhm der Wiener handwerklichen Erzeugnisse zu vermehren, sie werden auch unseren kulturellen Veranstaltungen zugute kommen, insbesondere den Wiener Festwochen, die den Ruf unseres Landes als Kunst- und Musikstadt gefestigt haben. Ich möchte bei dieser Gelegenheit nochmals meinem Freund Hans Mandl danken, der in den 16 Jahren seiner Tätigkeit als Stadtrat für Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung ein imponierendes Lebenswerk vollbracht und seine Devise verwirklicht hat, daß Wien zum kulturellen Mittelpunkt Europas werden müsse.

./.

Seine Nachfolgerin, Frau Stadtrat Gertrude Sandner soll bei der Fortführung und Weiterentwicklung dieses Werkes alle nur erdenkliche Unterstützung erfahren.

Als ich im Juni dieses Jahres als Nachfolger unseres verehrten Herrn Bundespräsidenten, Franz Jonas, mein Amt antrat, hatte ich zugegebenermaßen ein wenig Lampenfieber. Trägt doch der Bürgermeister einer so altehrwürdigen und zugleich ewig jungen, aufstrebenden Weltstadt im Herzen eines unruhigen Kontinents, an der Nahtstelle zwischen West und Ost, besondere Verantwortung. Auf Grund meiner, ich möchte fast sagen: diplomatischen Schulung als Direktor der von Ländern unterschiedlicher politischer und wirtschaftlicher Systeme besuchten Wiener Messe, fühlte ich mich jedoch in der Lage, in meiner Amtsführung gerade jene Ideen zu verwirklichen, die darauf abzielen, Wien zu einem internationalen Zentrum der Entspannung und des friedlichen Ausgleichs der Gegensätze zu machen. Wien ist heute schon ein bevorzugter Tagungsort für internationale Kongresse, Schauplatz zwischenstaatlicher sportlicher Veranstaltungen und Sitz mehrerer Weltorganisationen.

Soll Wien im internationalen Maßstab ein Hort der Zusammenarbeit, des Ausgleichs und der Versöhnung sein, den alle Welt anerkennt, müssen wir aber auch selbst bestrebt sein, in dieser Hinsicht ein Beispiel zu geben. Erst vor wenigen Wochen habe ich an unsere politischen Parteien appelliert, im bevorstehenden Wahlkampf von Aktionen Abstand zu nehmen, die unser Stadtbild verunzieren könnten. Lassen Sie mich noch eine weitere dringende Bitte vorbringen: Seien Sie stets dessen eingedenk, daß eine Diffamierung und Beschimpfung des politischen Gegners kleinlich und entwürdigend ist, und in erster Linie auf den zurückfällt, der solche Methoden anwendet. Ich habe in meinem ganzen Leben niemals einen anderen wegen seiner Überzeugung persönlich herabgesetzt und ich bitte auch Sie, in dem bevorstehenden Wahlkampf sich ausschließlich offener, ehrlicher und sachlicher Argumente zu bedienen. Kämpfen wir mit aller Überzeugungskraft für unsere Ideen, aber menschlich und fair, so daß wir einander auch nach der Wahl ohne Scheu in die Augen blicken und uns die Hand reichen können.

./.

Ich bin überzeugt, daß Wien das beste Beispiel in unserem Lande für den unschätzbaren Erfolg ehrlicher Zusammenarbeit abgeben kann. Halten wir diese Einstellung auch in Zukunft hoch, dann werden wir gegen alle Schwierigkeiten und Fährnisse gewappnet sein. Lassen Sie uns das Jahr 1966 mit der gleichen Energie und Ausdauer und dem gleichen unverwüstlichen Optimismus beginnen, der die Wiener stets ausgezeichnet hat."

\- - -

Fälligkeitstermine der Abgaben der Stadt Wien im Jänner

23. Dezember (RK) Im Jänner 1966 sind nachstehende Abgaben fällig:

10. Jänner: Ankündigungsabgabe für Dezember,
Getränkesteuer für Dezember,
Vergnügungssteuer und Sportgroschen für die zweite Hälfte Dezember.

14. Jänner: Anzeigenabgabe für Dezember,
Ortstaxe für Dezember,

15. Jänner: Lohnsummensteuer für Dezember.

25. Jänner: Vergnügungssteuer und Sportgroschen für die erste Hälfte Jänner.

\- - -

Mit allen, die guten Willens sind:

Neue Brücken bauen von Mensch zu Mensch!

Magistratsdirektor Dr. Ertl überbrachte Bürgermeister Marek

Feiertagswünsche der leitenden Beamten

23. Dezember (RK) Heute früh versammelten sich die leitenden Magistratsbeamten und die Direktoren der Städtischen Unternehmungen im Roten Salon des Wiener Rathauses, um Bürgermeister Bruno Marek ihre Weihnachts- und Neujahrswünsche zu überbringen.

Im Namen der versammelten Beamten sprach Magistratsdirektor Dr. Rudolf Ertl. Er sagte:

"Wenn heute die leitenden Beamten unserer Stadt zu Ihnen gekommen sind, dann deshalb, um Ihnen in ihrem Namen, aber auch als Abgesandte und im Namen aller Bediensteten dieser Stadt die herzlichsten Wünsche für das bevorstehende Weihnachtsfest und für das Jahr 1966 zu überbringen.

Der Gemeinderat hat in den letzten zwei Wochen nach eingehenden und gewissenhaften Beratungen den Voranschlag und die Wirtschaftspläne für das Jahr 1966 beschlossen. Das Haus ist also sozusagen bestellt. Nach einigen besinnlicheren und, wie wir alle hoffen, etwas ruhigeren Tagen werden wir mit der Erfüllung der großen Aufgaben beginnen, die durch diese Beschlüsse des Wiener Gemeinderates vorgezeichnet sind. Diese Aufgaben sind auch - da es in Wien nie einen Stillstand gegeben hat und auch nie geben darf - ohne Olympiade so gewaltig, daß es der Zusammenfassung aller Kräfte bedarf. Das bedeutet auf der anderen Seite, daß alle kleinlichen Gruppeninteressen, Prestigeangelegenheiten und Empfindsamkeiten zurückgestellt werden müssen und alles auf ein Ziel ausgerichtet werden muß: der Bevölkerung dieser Stadt und der Stadt selbst zu dienen, zu dienen mit den besten Kräften, mit den besten Mitteln, mit den besten Ideen, deren diese Verwaltung fähig ist. Ich darf Ihnen, Herr Bürgermeister, versichern, daß wir alle von diesem Wollen beseelt sind. Wir hoffen nur, daß wir vor Ihnen als unserem obersten Chef, aber auch vor der Wiener Bevölkerung mit unserer Mitarbeit bestehen können.

./.

Wir hoffen aber auch, daß in unserem Vaterland und in der Welt überhaupt, die Vernunft die Oberhand behält und daß man die Kräfte nicht auf Zwistigkeiten, Provokationen und Sticheleien vergeudet, sondern einer gemeinsamen, friedlichen Arbeit widmet. Leider ist es so, wie ich unlängst in einem Buch gelesen habe: die Menschen sehen nur allzugerne Gräben, wo sie Brücken sehen sollten. Wir aber hoffen - ich glaube, mit allen, die guten Willens sind in dieser Stadt, in diesem Land -, daß jene Frauen und Männer in Wirtschaft und Politik, auf die es letzten Endes ankommt, nicht nur diese Brücken sehen, sondern auch neue Brücken von Mensch zu Mensch errichten.

Wir wollen deshalb gerade Ihnen, Herr Bürgermeister, heute bei dieser Gelegenheit Dank sagen, denn Sie sind einer von jenen, die immer das Verbindende suchen. Daher danken wir Ihnen auch für die menschliche Führung dieser Verwaltung, für Ihre Freundlichkeit, im Einzelfall auch für Ihre Nachsicht, die jeder braucht, der arbeitet.

Ihnen persönlich, Herr Bürgermeister, und Ihrer sehr geschätzten Frau Gemahlin erlauben wir uns, die besten Glückwünsche für das bevorstehende Weihnachtsfest zu übermitteln. Unsere guten Wünsche begleiten Sie, Herr Bürgermeister, auch in das neue Jahr. Möge Ihnen Gesundheit, viel Freude und letzten Endes im Interesse der gesamten Bevölkerung auch viel, viel Erfolg beschieden sein!"

Wir haben unser Haus bestellt und reiche Ernte eingebracht

Bürgermeister Bruno Marek sagte in seiner Antwortrede: "Zuerst meinen verbindlichsten Dank, daß Sie mir am Vortrag des Weihnachtsfestes Ihre freundlichen Wünsche zum Ausdruck bringen. Ihnen, Herr Magistratsdirektor, danke ich besonders für die schöne, gedankenreiche Rede, in der Sie eigentlich alle Probleme, die uns bewegen, zusammengefaßt haben.

Das Jahr 1965 war gleich im ersten Viertel von der tiefgreifenden Erschütterung durch den Tod des Bundespräsidenten Dr. Adolf Schärf erfüllt. Dann folgten die Wochen, in denen wir um die Nachfolge gerungen haben und den Erfolg für uns buchen konnten, daß Franz Jonas, der als Bürgermeister 16 Jahre die Geschicke dieser Stadt mitbestimmt hat, zum Bundespräsidenten gewählt wurde.

./.

Ja, und dann kam es für mich vollkommen überraschend zu meiner Berufung in dieses hohe Amt. Sie haben sich damals in diesem Saal versammelt, und Sie, verehrter Herr Magistratsdirektor, haben mir den Willkommensgruß der hohen Beamtenschaft überbracht und mir versichert, daß Sie mir mit Rat und Tat helfen würden.

Ich gestehe, daß ich beim Antritt meines Amtes ehrliches Lampenfieber hatte, ja - ich scheue gar nicht, es zu sagen-- schwerste Bedenken. Ich fragte mich: Werde ich dieser Aufgabe überhaupt gerecht werden? Ich war mir dessen bewußt: Wenn ich mich durch mein Bemühen in die große Aufgabe einer Bürgermeisterfunktion etappenweise einarbeiten werde, so ist das nur möglich, wenn Sie mir helfen, meine Herren, die Sie die Verwaltung seit vielen Jahren in so mustergültiger und vorbildlicher Weise leiten, meine Funktion auszuüben. Und diese Zuversicht hat sich erfüllt. Sie haben mir wirklich immer geholfen, und ich darf Ihnen danken, Herr Magistratsdirektor, daß Sie mir von der ersten Stunde der Funktionsübernahme an bis heute immer den erbetenen Rat gegeben haben. Ich danke aber auch allen anderen Herren.

Und nun sind sechs Monate vergangen. Das Jahr neigt sich dem Ende zu. Die erste Etappe der Einführung dürfte abgeschlossen sein. Das ist nur darauf zurückzuführen, daß Sie das wahrgenommen haben, was Sie mir vor sechs Monaten versichert haben: Daß Sie mir zur Seite stehen und helfen werden.

Herr Magistratsdirektor, Sie haben auf die nunmehr abgeschlossene Budgetdebatte verwiesen. Wir haben das Haus für 1966 bestellt. Aber wir haben noch viel mehr getan. Ich glaube, sagen zu dürfen, daß wir eine reiche Ernte in unsere Scheune eingebracht haben: nicht nur das ausgeglichene Budget, sondern auch die Schuldenfreiheit der Gemeindeverwaltung, die Rücklagen, die positiven Erfolge auf den vielfältigen Gebieten der Kommunalpolitik. Das ist geschehen, das ist Ihr Verdienst, und ich möchte Ihnen allen herzlich dafür danken, daß Sie in jeder Situation dem Ansehen unserer Stadt und ihrer Verwaltung Glanz verliehen haben. Wenn Notzeiten waren, wo wir in Solidarität anderen Bundesländern zu Hilfe gekommen sind, wenn es galt, wieder ein

./.

Kommunalprogramm zu verwirklichen, das erfüllt ist vom Geist der Menschlichkeit, da haben Sie alles vorbereitet, da haben Sie es beschlußreif gemacht. Sie haben die Vorarbeit für die Tätigkeit des Wiener Gemeinderates geleistet, und dafür möchte ich Ihnen danken.

Nun ein persönliches Wort. Sie haben ein sehr schönes Bild gebraucht, Herr Magistratsdirektor. Es gibt Gräben, und es gibt Brücken, die darüber führen, und Sie haben gesagt, daß ich zu jenen Menschen gehöre, die das Einigende suchen, die sagen, daß wir miteinander, nicht gegeneinander arbeiten sollen. Vielleicht ist das auch eine Folge der bitteren Jahre der Erfahrung, die hinter uns liegen, die es aber immerhin in der Zeit meiner Jugend gegeben hat, eine Folge der politischen Zerissenheit der 20er Jahre, der Unglückstage des Februars 1934, der anschließenden Zeit der Arbeitslosigkeit und des Kennenlernens dessen, wohin eine Gesellschaft kommt, wenn sie nicht eine gemeinsame Plattform findet.

Vielleicht ist es auch, geschichtlich gesehen, das große Erlebnis unserer Generation, daß wir gerade in dieser Zeit eines erkannt haben: Wir haben nur einen Nährboden - politisch gegensätzliche Betrachtungen sind uninteressant -, aus dem wir unsere Kräfte schöpfen, nämlich Österreich.

Und diese Erkenntnisse, die wir aus bitterem Leid gezogen haben, haben unsere Verwaltung beseelt. So soll es bleiben, und ich gebe Ihnen die Versicherung, daß ich mich stets bemühen werde, diesen Weg zu gehen und immer die Rechte unserer Gemeindeverwaltung - und da weiß ich mich eins mit Ihnen - mit allen Argumenten der Vernunft und mit Überzeugungskraft zu vertreten.

Herr Magistratsdirektor, Sie haben ein Ereignis der letzten Tage erwähnt, nämlich die Ablehnung unserer Bemühungen, die Olympischen Spiele 1972 nach Wien zu bringen. Wir können dies nur bedauernd zur Kenntnis nehmen, denn es wäre ein weiteres Licht gewesen für unsere Stadt.

./.

Aber wir setzen ihr so viele Lichter auf, daß wir halt auf das eine Licht verzichten müssen - ohne Groll und Zorn aber doch mit Bedauern.

Und so möchte ich Ihnen, meine sehr verehrten Herren, verbindlichst Dank sagen für Ihre guten Wünsche, die ich ebenso herzlich erwidere, nicht nur für Sie, sondern auch für Ihre geschätzten Familienangehörigen. Ich wünsche Ihnen frohe Weihnachten, und uns allen wünsche ich ein friedvolles, glückliches neues Jahr.

Nochmals vielen Dank für Ihre freundliche Gesinnung, die Sie mir immer bekundet haben, und ich bitte Sie, mir diese freundliche Gesinnung auch im neuen Jahr bewahren zu wollen."

Vor der Gratulationscour der leitenden Beamten hatten sich die Mitglieder des Präsidialbüros im Arbeitszimmer des Bürgermeisters eingefunden, um ihre Weihnachts- und Neujahrswünsche zu überbringen. In ihrem Namen sprach der Leiter des Präsidialbüros, Obersenatsrat Dr. Otto Kittil. Der Bürgermeister dankte herzlich für die Wünsche und die wertvolle Tätigkeit der Präsidialbeamten.

Musikveranstaltungen in der Zeit vom 27.12.1965 bis 9.1.1966

23. Dezember (RK)

Dienstag, 28. Dezember:

19.30 Uhr, Konzerthaus, Schubertsaal: Konzertvereinigung blinder Künstler: Solistenkonzert

Donnerstag, 30. Dezember:

10.00 Uhr, Musikverein, Großer Saal: Voraufführung des Silvesterkonzertes der Wiener Philharmoniker für das österreichische Bundesheer; Dirigent Willi Boskovsky (Johann und Josef Strauß)

19.30 Uhr, Musikverein, Kammersaal: Ensemble Ella Kasteliz: Weihnachtskonzert

Freitag, 31. Dezember:

20.00 Uhr, Musikverein, Großer Saal: Wiener Philharmoniker: Silvesterkonzert, Dirigent Willi Boskovsky (Johann und Josef Strauß)

Samstag, 1. Jänner:

11.00 Uhr, Musikverein, Großer Saal: Wiener Philharmoniker: Neujahrskonzert, Dirigent Willi Boskovsky (Johann und Josef Strauß)

Montag, 3. Jänner:

19.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal: Musikalische Jugend Österreichs: 2. Konzert im Zyklus VIII; Klavierabend Alfred Brendel (Beethoven: 6 Bagatellen op. 126; Schumann: Symphonische Etuden; Schubert: Unvollendete Sonate C-dur; Liszt: Pensees des Morts; Busoni: Toccata)

Dienstag, 4. Jänner:

19.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal: Musikalische Jugend Österreichs: 3. Konzert im Zyklus I A (Voraufführung des 4. Konzertes im Zyklus "Die große Symphonie" der GdM); Wiener Symphoniker, Wolfgang Schneiderhan (Violine), Irmgard Seefried (Sopran), Dirigent Efrem Kurtz (J.S. Bach, Henze, Schostakowitsch)

19.30 Uhr, Konzerthaus, Mozartsaal: Vortragsabend Elfriede Ott, am Flügel Dr. Erik Werba: "Fantasie in Ö-Dur"

./.

Mittwoch, 5. Jänner:

19.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal: Gesellschaft der Musikfreunde: 4. Konzert im Zyklus "Die große Symphonie"; Wiener Symphoniker, Wolfgang Schneiderhan (Violine), Irmgard Seefried (Sopran), Dirigent Efrem Kurtz (J.S. Bach: Violinkonzert E-dur; Henze: "Ariosi" für Sopran, Violine und Orchester, Schostakowitsch: 1. Symphonie f-moll op. 10)

19.30 Uhr, Konzerthaus, Mozartsaal: Musikalische Jugend Österreichs: 3. Konzert im Zyklus XII; Haydn-Trio Wien (Haydn: Trio C-dur Nr. 3; Mozart: Trio G-dur KV 564; Mendelssohn: Trio d-moll op. 49)

Donnerstag, 6. Jänner:

19.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal: Gesellschaft der Musikfreunde: Wiederholung des 4. Konzertes im Zyklus "Die große Symphonie"; Wiener Symphoniker, Wolfgang Schneiderhan (Violine), Irmgard Seefried (Sopran), Dirigent Efrem Kurtz (J.S. Bach, Henze, Schostakowitsch)

Freitag, 7. Jänner:

19.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal: Österreichischer Gewerkschaftsbund: Wiederholung des 4. Konzertes im Zyklus "Die große Symphonie" der GdM; Wiener Symphoniker, Wolfgang Schneiderhan (Violine), Irmgard Seefried (Sopran), Dirigent Efrem Kurtz (J.S. Bach, Henze, Schostakowitsch)

19.30 Uhr, Musikverein, Brahmssaal: Lieder-und Arienabend Carlo Embacher (Tenor), am Flügel Robert Schollum (Lieder von Schubert, Schumann, Brahms, R.Strauss; Arien von Massenet, Leoncavallo, R.Wagner)

19.30 Uhr, Konzerthaus, Mozartsaal: Vortragsabend Elfriede Ott, am Flügel Dr. Erik Werba: "Fantasie in Ö-Dur"

19.30 Uhr, Radio Wien, Großer Sendesaal: Österreichischer Rundfunk - Studio Wien: 8. Konzert im Zyklus III; Kammermusikvereinigung von Radio Wien (M.Haydn: Divertimento G-dur; Hasquenoph: Divertissement pour Dixtuor; Jaroch: Kindersuite für Nonett; Kreutzer: Septett Es-dur op. 62)

Samstag, 8. Jänner:

16.00 Uhr, Musikverein, Großer Saal: Musikalische Jugend Österreichs: 4. Konzert im Zyklus I B (Wiederholung des 4. Konzertes im Zyklus "Die große Symphonie" der GdM); Wiener Symphoniker, Wolfgang Schneiderhan (Violine), Irmgard Seefried (Sopran), Dirigent Efrem Kurtz (J.S. Bach, Henze, Schostakowitsch)

./.

19.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal: Gesellschaft der Musikfreunde: 3. Konzert im Internationalen Orchester- und Chorzyklus; Prager Philharmoniker, Vera Soukupova (Sopran), Dirigent Karel Ancerl (Verdi: Ouverture zu "Othello"; Dvořák: 10 biblische Gesänge op. 99; Dvořák: Symphonie e-moll op. 95 "Aus der Neuen Welt")

19.30 Uhr, Musikverein, Brahmssaal: Österreichischer Gewerkschaftsbund: Voraufführung des 3. Konzertes des Musikvereinsquartetts; mitwirkend Elaine Shaffer, Flöte (Mozart: Streichquartett A-dur KV 464 und Flötenquartett D-dur KV 285; Beethoven: Triosonate für Flöte, Violine und Viola op. 25 und Streichquartett f-moll op. 95)

Sonntag, 9. Jänner:

10.30 Uhr, Konzerthaus, Mozartsaal: Wiener Kammerorchester: 4. Konzert im Matineenzyklus; mitwirkend Lucia Popp (Sopran), Dirigent Georg Fischer (Werner: Aus dem "Musikalischen Instrumentalkalender"; Mozart: "Symphonie A-dur KV 134, Divertimento D-dur KV 205 und Drei deutsche Tänze KV 605; Arien von Mozart und Schubert)

16.00 Uhr, Musikverein, Großer Saal: Niederösterreichisches Tonkünstlerorchester: 6. Sonntag-Nachmittagskonzert; mitwirkend Elisabeth Bayer (Harfe) und Helmuth Riessberger (Flöte), Dirigent Franz Bauer-Theussl (Beethoven: 8. Symphonie; Mozart: Konzert für Flöte und Harfe; Debussy: Iberia)

19.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal: Gesellschaft der Musikfreunde: Wiederholung des 3. Konzertes im Internationalen Orchester- und Chorzyklus; Prager Philharmoniker, Vera Soukupova (Sopran), Dirigent Karel Ancerl (Verdi, Dvořák)

19.30 Uhr, Konzerthaus, Großer Saal: Kulturamt - Theater der Jugend: 1. Orchesterkonzert im Jugendabonnement der Stadt Wien, Wiener Symphoniker, Wolfgang Herzer (Cello), Fritz Händschke (Bratsche), Dirigent Kurt Rapf (Weber: Ouverture zu "Euryanthe"; Mozart: Eine kleine Nachtmusik; Wolf: Italienische Serenade; Korda: Legende für Cello und Orchester; Beethoven: 4. Symphonie)

19.30 Uhr, Konzerthaus, Mozartsaal: Vortragsabend Elfriede Ott, am Flügel Dr. Erik Werba: "Fantasie in Ö-Dur"

\- - -

Schulratstitel für den Wiener Landtagspräsidenten

23. Dezember (RK) Heute vormittag überreichte Bürgermeister Bruno Marek in seiner Eigenschaft als Landeshauptmann und Präsident des Stadtschulrates für Wien dem Ersten Präsidenten des Wiener Landtages, Dr. Wilhelm Stemmer, das Dekret über die Verleihung des Ehrentitels "Schulrat".

Der Amtsführende Präsident des Stadtschulrates für Wien, Nationalratsabgeordneter Dr. Max Neugebauer, würdigte die pädagogischen Verdienste Dr. Stemmers, der heute noch dem Lehrkörper einer Wiener Schule angehört, und schon in der Ersten Republik zu jener Gruppe von Lehrern zählte, die von den Ideen der Wiener Schulreform und von echtem pädagogischen Enthusiasmus erfüllt war. Wäre Dr. Stemmer, der 1945 in den Wiener Landtag gewählt wurde, weiter Lehrer geblieben, würde er heute sicher einen verantwortungsvollen Posten im Wiener Schulwesen bekleiden. Mit dem Titel "Schulrat", den übrigens auch Adalbert Stifter getragen hat, wird ein Wiener Pädagoge ausgezeichnet, dessen hohe politische Funktion eine Ehre für den ganzen Lehrerstand bedeutet.

Bürgermeister Bruno Marek erinnerte in seiner Würdigungsrede an die erste Sitzung des Wiener Landtags der Zweiten Republik vor 20 Jahren, bei der er Dr. Stemmer kennengelernt hat. Als Vorsitzender des Gemeinderatsausschusses für Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung hat er an den gewaltigen Aufbauleistungen Wiens auf diesem Gebiet maßgeblich mitgewirkt. Darüber hinaus ist er seiner pädagogischen Mission treu geblieben und hat auch im Kreis der Wiener Landtagsabgeordneten, besonders als Klubsekretär der Sozialistischen Partei, wertvolle "Erziehungsarbeit" geleistet. Der Titel Schulrat bedeutet daher eine verdiente Anerkennung einer bedeutenden Leistung.

Landtagspräsident Dr. Wilhelm Stemmer gab in seiner Dankansprache interessante Erinnerungen aus seiner Laufbahn, besonders aus den Tagen des Wiederaufbaus nach dem letzten Krieg zum besten. Damals - Dr. Stemmer war zu dieser Zeit in einem Lazarett in Hernals tätig - sagte jemand zu ihm: "Willst du etwas werden, oder willst du in die Politik gehen?" Dr. Stemmer hat sich der Berufung seiner Heimatstadt in verantwortungsvolle öffentliche Funktionen nicht widersetzt und es dennoch auch in seinem beruflichen Wirkungsbereich zum Schulrat gebracht!

\- - -

Wieder ein Stück Lastenstraße befahrbar

23. Dezember (RK) Heute nachmittag wurde die provisorisch fertiggestellte Fahrbahnhälfte der Landesgerichtsstraße von der Josefstädter Straße bis zur Universitätsstraße durch Stadtrat Heller und Stadtbaudirektor Dipl.-Ing. Koller dem Verkehr übergeben. Es handelt sich dabei um jene Fahrbahnhälfte, die auf der Seite der Inneren Stadt liegt. Sie hat etwa dieselbe Breite wie die frühere Fahrbahn. Sie wird nur als Einbahn und zwar von der Josefstädter Straße-Stadiongasse in Richtung zur Universitätsstraße geführt. Von einem Verkehr in beiden Richtungen hat man deshalb abgesehen, weil dadurch unangenehme Stauungen im Bereich der Kreuzung Stadiongasse-Ring auftreten könnten. Die endgültige Fahrbahn nach Fertigstellung der Unterpflasterstraßenbahn wird mehr als doppelt so breit sein.

\- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

23. Dezember (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Inländische Karotten 4 bis 5 Schilling je Kilogramm, inländischer Kohl 3 bis 4 Schilling je Kilogramm, inländisches Weißkraut 3 bis 4 Schilling je Kilogramm.

Obst: Inländische Birnen 4 bis 7 Schilling je Kilogramm, inländische Äpfel Wirtschaftsware 4 bis 5 Schilling je Kilogramm, inländische Äpfel Tafelware 6 bis 10 Schilling je Kilogramm, Orangen 5 bis 8 Schilling je Kilogramm.

\- - -

Dienstag, 28. Dezember:

Presseführung im Historischen Museum der Stadt Wien

23. Dezember (RK) Am Dienstag, dem 28. Dezember um 15 Uhr findet im Historischen Museum der Stadt Wien am Karlsplatz eine Pressеführung durch die neue Ausstellung "Neuerwerbungen von 1961 bis 1965" statt.

Kulturstadtrat Gertrude Sandner wird die Pressevertreter namens der Wiener Stadtverwaltung begrüßen und Mitarbeiter der Museen der Stadt Wien werden durch die Schau führen, die einen Rechenschaftsbericht über die Erwerbungen des Museums in den letzten fünf Jahren darstellt. Ein Katalog dieser Exposition und Fotografien besonders interessanter Ausstellungsstücke werden den Journalisten zur Verfügung gestellt.

Geehrte Redaktion!

Sie werden herzlich eingeladen, zu dieser Pressеführung am kommenden Dienstag, dem 28. Dezember um 15 Uhr, im Historischen Museum der Stadt Wien Berichterstatter und Fotoreporter zu entsenden.

\- - -

Rindernachmarkt vom 23. Dezember

23. Dezember (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 0. Neuzufuhren Inland: 4 Stiere, 4 Kühe, 7 Kalbinnen; Polen 23 Stiere, Gesamtauftrieb 27 Stiere, 4 Kühe, 7 Kalbinnen, Summe 38.

Verkauft wurde alles. Marktverkehr ruhig. Hauptmarktpreise.

\- - -

Schweinenachmarkt vom 23. Dezember

23. Dezember (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 0. Neuzufuhren Inland: 54, Bulgarien 100, Polen 33, Gesamtauftrieb 187. Verkauft wurde alles. Auslandsschalchthof: Inland 65, Ungarn 210.

Preise: Bulgarien 13.20 S, Polen 14 S. Marktverkehr ruhig. Hauptmarktpreise.

\- - -

Pferdenachmarkt vom 23. Dezember

23. Dezember (RK) Kein Auftrieb.

\- - -

Geehrte Redaktion!

Wir wünschen allen Kollegen und allen Lesern der "Rathaus-Korrespondenz" Frohe Weihnachten!

Die "Rathaus-Korrespondenz" erscheint wieder am Montag, dem 27. Dezember.

- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Bürgermeister Marek ersucht um Fristverlängerung für Olympia-Bewerbung

24. Dezember (RK) Gestern Donnerstag, den 23. Dezember, erhielt Bürgermeister Bruno Marek vom Österreichischen Olympischen Comité eine vom Präsidenten dieses Comités, Vizebürgermeister Dr. Heinrich Drimmel, unterzeichnete Zuschrift, in der es heißt:

"Ich beziehe mich auf die heute verlauteten Zeitungsgerüchte, wonach die Frist für die Bewerbung um die Olympischen Spiele 1972 auf den 20. Jänner erstreckt worden sein soll. Wir haben diesbezüglich beim Olympischen Comité in Lausanne telefonisch nachgefragt, konnten jedoch keinen kompetenten Funktinär erreichen. Es wurde uns von einer Büroangestellten mitgeteilt, eine amerikanische Stadt (der Name wurde nicht genannt) hätte gebeten, daß für ihre Bewerbung die Frist auf den 20. Jänner erstreckt werde. Dies sei genehmigt worden.

Unsere Frage, ob diese Erstreckung der Bewerbungsfrist allgemein gültig sei, wurde zögernd mit einem ja beantwortet; allerdings mit dem Zusatz, daß Städte, die von der Verlängerung Gebrauch machen wollen, auch ausdrücklich um die Verlängerung der Bewerbungsfrist einkommen müssen."

Daraufhin sandte Bürgermeister Bruno Marek noch am gleichen Tag ein Telegramm an das Internationale Olympische Comité in Lausanne. Darin heißt es:

"Vom Österreichischen Olympischen Comité wurden wir informiert, daß über Ersuchen einer Stadt eine Fristerstreckung für die Einreichung der Bewerbung für die Olympischen Sommerspiele 1972 bis zum 20. Jänner 1966 gewährt wurde. Als Bürger-

./.

meister der Stadt Wien richte ich gleichfalls an das Internationale Olympische Comité das Ersuchen, auch der Stadt Wien eine Fristerstreckung bis zum 20. Jänner 1966 zu bewilligen. Ich wäre Ihnen sehr verbunden, wenn Sie mir kurzfristig mitteilen könnten, ob dem Ersuchen der Stadt Wien stattgegeben werden kann."

Heute, am 24. Dezember, vormittag, langte im Wiener Rathaus das Antworttelegramm des Internationalen Olympischen Comités ein. Es hat folgenden Wortlaut:

"Bitte Anmeldung bis 31. Dezember 1965 schicken. Definitive und detaillierte Bestätigung darf bis 20. Jänner 1966 geschickt werden."

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Neue Landesgesetzblätter

27. Dezember (RK) Kurz vor Weihnachten sind noch zwei neue Landesgesetzblätter herausgekommen. Das 17. Stück enthält eine Kundmachung über die Aufhebung eines Absatzes des Gebrauchsgebührengesetzes durch den Verfassungsgerichtshof, eine weitere Kundmachung über eine Feststellung des Verfassungsgerichtshofes sowie eine Verordnung über die Änderung der Richtsätze in der öffentlichen Fürsorge.

Das 18. Stück enthält das Gesetz, das vom Wiener Landtag am 29. Oktober beschlossen wurde, mit dem die Verfassung der Bundeshauptstadt Wien geändert wird.

Das 17. Stück ist um 70 Groschen, das 18. Stück um vier Schilling im Drucksortenverlag der Stadthauptkasse, 1, Rathaus, Stiege 7, Hochparterre, und in der Verkaufsstelle der Österreichischen Staatsdruckerei - Wiener Zeitung, 1, Wollzeile 27 a, erhältlich.

\- - -

Heinrich Anschütz zum Gedenken

27. Dezember (RK) Auf den 29. Dezember fällt der 100. Todestag des berühmten Burgschauspielers Heinrich Anschütz. Er wurde am 8. Februar 1785 zu Luckau in der Niederlausitz geboren und wuchs in Leipzig auf. Ursprünglich sollte er Theologe werden und konnte erst nach dem Tode seines Vaters die Bühnenlaufbahn beginnen. Der Weg zum Theater war für ihn nicht leicht. Anschütz mußte privat studieren und an Liebhaberbühnen auftreten. In Nürnberg konnte er sich emporarbeiten. Dann folgten Leipzig, Danzig, Königsberg und Breslau, wo ihm der Erfolg gleichfalls treu blieb. 1821 holte ihn Schreyvogel an das Wiener Burgtheater. In diesem Wirkungskreis verblieb der Künstler viereinhalb Jahrzehnte lang und wurde einer seiner gefeiertesten Repräsentanten. Besonders geschätzt war er als Verse-Deklamator. Die Reihe seiner Gestaltungen ist fast unübersehbar. Unübertrefflich war er unter anderem als Lear, Nathan, Wallenstein, Falstaff, Ottokar, Tell, Erbförster und als Musikus Miller. In der Galerie des Burgtheaters hängt sein Porträt, das ihn als Wallenstein zeigt. Heinrich Anschütz genoß in Wien großes persönliches Ansehen. Unvergessen geblieben ist die von ihm gesprochene Rede Grillparzers am Grabe Beethovens. Interessant ist auch, daß Anschütz in Wien der schönen Gepflogenheit, zu Weihnachten einen Christbaum aufzustellen, zum Durchbruch verhalf. Heinrich Anschütz hat sich ferner als Schriftsteller, vor allem als Übersetzer betätigt. Von ihm stammen sehr gute Übertragungen Racines. Als er starb, trauerte ganz Wien um ihn, und eine riesige Menschenmenge gab ihm das letzte Geleit auf den Matzleinsdorfer Friedhof.

\- - -

Führungen im Historischen Museum der Stadt Wien

Jänner 1966

27. Dezember (RK)

So	2. Jänner	11.00 bis 12 Uhr	Die Frühzeit der römischen Besetzung im Wiener Stadtgebiet (Prof. Dr. Neumann)
So	9. Jänner	9.30 bis 11 Uhr	Mittelalter und Neuzeit (Dr. Pötschner)
		11.00 bis 12 Uhr	Das Standlager Vindobona (Prof. Dr. Neumann)
So	16. Jänner	10.00 bis 11 Uhr	Sonderausstellung (Dr. Bisanz)
		11.00 bis 12 Uhr	Die Zivilstadt Vindobona (Prof. Dr. Neumann)
So	23. Jänner	9.30 bis 11 Uhr	Das mittelalterliche Wien (Dr. Pötschner)
		11.00 bis 12 Uhr	Vidobona in der Spätantike (Prof. Dr. Neumann)
Sa	29. Jänner	10.00 bis 11 Uhr	Sonderausstellung (Dr. Kaut)
So	30. Jänner	9.30 bis 11 Uhr	16. bis 19. Jahrhundert (Dr. Kaut)
		11.00 bis 12 Uhr	Die urgeschichtliche Besiedlung des Wiener Raumes (Prof. Dr. Neumann)

Für geschlossene Gruppen können auch andere Termine vereinbart werden. Telephonische Anmeldung unter der Nummer 42 804/741, Klappe 46. Die Führungen sind kostenlos, es wird der normale Eintrittspreis eingehoben.

\- - -

Ein ruhiges Weihnachtsfest in Wien

Feuerwehr, Rettung und Verkehrsbetriebe zu den Feiertagen

27. Dezember (RK) Wien verzeichnete heuer relativ ruhige Weihnachten ohne Katastrophen oder besonders aufsehenerregende Unfälle. Das geschäftige Treiben am 24. Dezember, verbunden mit dem unerwarteten Neuschnee, beeinflußte natürlich auch die Unfallstatistik. Offenbar wirkte die Weihnachtsstimmung aber insofern mäßigend, daß keine tödlichen Verkehrsunfälle zu verzeichnen waren.

Die Feuerwehr mußte am Heiligen Abend 24mal ausrücken, fünfmal, um karambolierte Fahrzeuge beiseite zu schaffen. Es kam zu drei Zimmerbränden, die jedoch nicht durch Christbäume, sondern in zwei Fällen durch Votivlichter, die unvorsichtig zwischen die Fenster gestellt waren, verursacht worden sind. Die Rettung registrierte 81 Ausfahrten. Bedauerlicherweise stellten sowohl Feuerwehr als auch Rettung fest, daß die Fälle schwerer Alkoholisierung abermals zugenommen haben. Ein Betrunkener, der mit einer brennenden Zigarette eingeschlafen ist, verursachte in der Fuhrengasse sogar einen Zimmerbrand.

Die Verkehrsbetriebe hatten in den Morgenstunden des 24. Dezember gewisse Schwierigkeiten mit dem Neuschnee, der zahlreiche Weichen verstopfte, Fangkörbe auslöste und dergleichen. Am Nachmittag war ein auffallend starker Autoverkehr zum Zentralfriedhof zu verzeichnen, der nach Ansicht der Fachleute sogar den Fahrzeugstrom zu Allerheiligen in den Schatten stellte. Bedingt dadurch kam es auch bei der Straßenbahn der Linie 71 zu beträchtlichen Verspätungen. Der einzige Stadtbahn-"Unfall" dieses Tages ist insofern bemerkenswert, als er sich im Inneren des Waggons abspielte: Der 70-jährige Rentner Franz Freitner aus Ottakring stürzte kurz vor Erreichen eines Sitzplatzes so unglücklich, daß er einen Schenkelhalsbruch erlitt und aus eigener Kraft gar nicht mehr aussteigen konnte. Er wurde von der Rettung in das Wilhelmenenspital eingeliefert.

Die Verkehrsbetriebe hatten am Heiligen Abend die Zahl der Züge reduziert, um sovielen Bediensteten wie möglich die Feier im Kreise ihrer Familie ermöglichen zu können. Der Verkehr ging diesmal völlig reibungslos vonstatten.

Am Christtag verzeichnete die Feuerwehr 17 Ausrückungen und der Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst 53 Einsätze, darunter mehrere Hilfeleistungen bei Schlafmittelvergiftungen, Gasunfällen und schweren Alkoholisierungen. ./.

Am ruhigsten war es am Stefanitag: 14 Ausfahrten der Feuerwehr, unter anderem zu einem Zimmerbrand, der durch die Kerzen eines Adventkranzes - der am Stefanitag eigentlich keine legitime Funktion mehr hatte! - verursacht wurde. Die Rettung wurde 43mal gerufen, die Verkehrsbetriebe verzeichneten eine geringe Frequenz und keine besonderen Vorkommnisse.

Schneebericht

In der Nacht zum 24. Dezember, als nach Mitternacht völlig unerwartet leichter Schneefall einsetzte, der bis in die Morgenstunden eine Schneehöhe von rund zehn Zentimeter verursachte, wurden um 2 Uhr früh 85 Fahrzeuge auf den "Alarmrouten" zur Schneeräumung eingesetzt. Die im Dienst stehende "Nachtpartie" in der Stärke von 48 Mann wurde sofort zur Reinigung von Stiegenanlagen, zur Freimachung von Straßenkreuzungen und zu wichtigen Streuarbeiten herangezogen.

Am Freitag, dem 24. Dezember, herrschte bei einer Temperatur von plus 1 Grad leichter Schneefall. Die meisten Fahrbahnen wiesen einen weichen Schneebelag von etwa fünf Zentimeter Höhe auf. Für die Schneeräum- und Streuarbeiten standen zur Verfügung: 1029 Schneearbeiter, davon 278 aufgenommene Arbeitskräfte, sowie 74 Streufahrzeuge, 51 Schneepflüge und 15 Sandlademaschinen.

\- - -

Anmeldung für die höheren Schulen

27. Dezember (RK) Der Stadtschulrat für Wien teilt auf Grund mehrerer Anfragen aus Elternkreisen mit, daß die Anmeldung für die Aufnahmsprüfung in die erste Klasse der allgemeinbildenden höheren Schulen vom 1. bis 28. Februar in der Kanzlei der betreffenden Anstalt, die das Kind besuchen soll, vorzunehmen ist. Die Kanzleistunden sind jeweils an den Schulgebäuden kundgemacht.

\- - -

Geehrte Redaktion!

Wir erinnern an die Presseführung, morgen, 28. Dezember, um 15 Uhr, durch die Ausstellung "Neuerwerbungen 1961 bis 1965" im Historischen Museum der Stadt Wien am Karlsplatz. Stadtrat Gertrude Sandner wird bei dieser Gelegenheit erstmalig in ihrer neuen Funktion in Erscheinung treten und die Journalisten begrüßen.

\- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

27. Dezember (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Inländischer Chinakohl 4 bis 5 S je Kilogramm, inländische Karotten 4 bis 5 S je Kilogramm, inländisches Weißkraut 3 bis 4 S je Kilogramm.

Obst: Inländische Äpfel Wirtschaftsware 3.50 bis 7 S je Kilogramm, blonde Orangen 5 bis 8 S je Kilogramm.

\- - -

Rinderhauptmarkt vom 27. Dezember

27. Dezember (RK) Neuzufuhren Inland: 41 Ochsen, 196 Stiere, 513 Kühe, 164 Kalbinnen, Summe 914. Auftrieb: 914. Verkauft wurde alles.

Preise: Ochsen 14 bis 17 S, extrem 17,50 bis 17,80 S (7 Stück), Stiere 14 bis 16,80 S, extrem 16,90 bis 17,10 S (4 Stück), Kühe 9,50 bis 13 S, extrem 13,20 bis 14 S (4 Stück), Kalbinnen 13,50 bis 16,50 S, extrem 16,70 bis 17 S (4 Stück); Beinlvieh Kühe 8 bis 9,40 S, Ochsen und Kalbinnen 11,30 bis 13 S.

Der Durchschnittspreis erhöhte sich bei Ochsen um 81 Groschen, Stieren um 27 Groschen, Kühen um 38 Groschen, Kalbinnen um 34 Groschen je Kilogramm. Der Durchschnittspreis einschließlich Beinlvieh beträgt bei: Ochsen 15,22 S, Stieren 15,59 S, Kühen 10,64 S und Kalbinnen 15,22 S. Beinlvieh verteuerte sich bis zu 30 Groschen je Kilogramm.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Stenografie- und Maschinschreibwettbewerb 1966

28. Dezember (RK) Wie alljährlich findet auch im Jahre 1966 ein Wettbewerb in Stenografie und Maschinschreiben statt, der von der Arbeitsgemeinschaft Stenografie der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten ausgeschrieben wird. Die besten Leistungen werden durch die Wiener Stadtverwaltung und die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten prämiiert.

Der Stenografiewettbewerb findet Dienstag, den 29. März, in der Schule 8, Zeltgasse 7, (Hintertrakt), um 15 Uhr statt. Es ist eine Ansage in der Dauer von 3 Minuten aufzunehmen und zu übertragen. Geschrieben wird in Geschwindigkeitsgruppen ab 120 Silben pro Minute.

Der Wettbewerb für Maschinschreiben, zu dem eigene Maschinen mitgebracht werden können, wird Mittwoch, den 30. März, im Rathaus, Feststiege 1, Halbstock, Maschinschreiblehrsaal, ab 15 Uhr durchgeführt. Zu schreiben ist nach einer Ansage in der Dauer von 3 Minuten in Geschwindigkeitsgruppen ab 60 Silben pro Minute. Außerdem wird ein Abschreibwettbewerb nach einer maschinschriftlichen Vorlage durch 10 Minuten ausgetragen.

Die Ehrung der Preisträger und die Verteilung der Preise finden Mittwoch, den 27. April, um 17 Uhr, im Festsaal der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, Wien 9, Maria Theresien-Straße 11, statt.

Anmeldungen und Auskünfte ab sofort beim Leiter der Arbeitsgemeinschaft Stenografie, Herrn Baumgartner, Telefon 42 800, Klappe 2214 (Durchwahl), und Herrn Repa, Telefon 63 97 11, Klappe 518.

Heuer haben 1.449 Gemeindebedienstete an diesem Wettbewerb teilgenommen. Es wurden 68 Preise und 479 Diplome verteilt.

\- - -

Infektionskrankheiten im November

28. Dezember (RK) Das Gesundheitsamt der Stadt Wien bringt in seinem Tätigkeitsbericht über den Monat November folgende Zahlen über die in Wien aufgetretenen Fälle anzeigepflichtiger Infektionskrankheiten: Scharlach 253, infektiöse Leberentzündung 82 (1 Todesfall), Keuchhusten 46, bakterielle Lebensmittelvergiftung 5, Grippe 28, Übertragbare Genickstarre 1, Typhus 1, Ruhr 6. Keine Erkrankungsfälle gab es bei Diphtherie, Kinderlähmung, Paratyphus und Bang'scher Krankheit.

Bei einer Gesamtzahl von 6.293 Besuchern betrug die Zahl der Neuuntersuchten in den Tbc-Fürsorgestellen 1.729. In 98 Fällen wurde eine aktive Tuberkulose festgestellt. In den Tbc-Fürsorgestellen wurden insgesamt 3.193 Röntgendurchleuchtungen, 676 Röntgenaufnahmen und 2.302 Hausbesuche gemacht.

Die Parteienfrequenz in der Beratungsstelle für Geschlechtskranke betrug 3.110. Von 553 im Wochendurchschnitt untersuchten Kontrollprostituierten waren 12, von 94 untersuchten Geheimprostituierten 12 venerisch infiziert. Aus ganz Wien wurden 101 Fälle frischer venerischer Erkrankungen gemeldet.

In den 53 Mutterberatungsstellen wurden an 315 Beratungstagen 10.269 ärztliche Beratungen durchgeführt. In 7 Schwangerenberatungsstellen der Gemeinde Wien wurden im Berichtsmonat 717 Frauen untersucht, davon erstmalig 301. Bei 84 Frauen wurden krankhafte Befunde erhoben, welche zu einer Störung der Schwangerschaft führen können.

Im Rahmen der systematischen Schulzahnpflege wurden in den Jugendzahnkliniken 18.487 Kinder untersucht und 6.544 Kinder als behandlungsbedürftig befunden.

Im Krebsreferat sind im Berichtsmonat 335 Personen, davon 119 Männer, untersucht worden. Dabei wurden 9 geschwulstverdächtige Befunde erhoben und 260 Personen wurden wegen anderer Erkrankungen ihren behandelnden Ärzten zugewiesen. Davon waren 13 Erkrankungen, die erfahrungsgemäß unbehandelt in ein Krebsleiden übergehen können.

In der Sportärztlichen Untersuchungsstelle wurden 103 Sportler untersucht.

\- - -

Alexander Wunderer zum Gedenken

28. Dezember (RK) Auf den 30. Dezember fällt der 10. Todestag des Philharmonikers Regierungsrates Prof. Alexander Wunderer.

Er wurde am 11. April 1877 in Wien als Sproß einer alten Musikerfamilie geboren, in der die Beschäftigung mit Blasinstrumenten Tradition war. Nach Absolvierung seiner Studien am Konservatorium der Gesellschaft der Musikfreunde trat er 1900 als Oboist in das Orchester der Hofoper ein. Als gewiegter Kontrapunktiker erwarb sich Wunderer auch um die Pflege der alten Meister, vor allem Johann Sebastian Bachs, große Verdienste und war lange Zeit Vorstand der Wiener Bachgemeinde. 1918 übertrug ihm die Staatsakademie für Musik und darstellende Kunst eine Professur für die Fächer Oboe und Bläserkammermusik und berief ihn ein Jahr später in das Direktorium. Als Lehrer wurde Wunderer der Mentor einer ganzen Generation von Wiener Holzbläsern. In der Zeit von 1923 bis 1932 wußte er als Vorstand der Wiener Philharmoniker deren Weltruf durch umsichtige und fachkundige Führung auszubauen. 1952 wurde dem hochverdienten Künstler und Pädagogen die Ehrenmedaille der Stadt Wien verliehen.

\- - -

Silvester-Nachtverkehr

28. Dezember (RK) Zusätzlich zu dem in allen Nächten betriebenen Autobus-Nachtverkehr wird in der Silvesternacht vom 31. Dezember auf den 1. Jänner wie alljährlich auf einzelnen Radial- und Rundlinien der Straßenbahn, anschließend an den Tagverkehr, ein Nachtverkehr bis etwa 5 Uhr ab Ring und Kai eingerichtet.

Die in der Silvesternacht betriebenen Linien sind aus den in den Wagen angebrachten Anschlägen zu ersehen. Der Nachtfahrpreis auf der Straßenbahn beträgt für jede Person sechs Schilling. Tagesfahrscheine, Kinderfahrscheine, Wochenkarten und Zeitkarten haben auf den Nachtverkehrszügen keine Gültigkeit. Im Autobus-Nachtverkehr gilt der normale Nachtfahrpreis.

\- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

28. Dezember (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Inländischer Chinakohl 4 S je Kilogramm, inländisches Weißkraut 3 bis 4 S je Kilogramm, inländische Sellerie 3 bis 4 S je Stück.

Obst: Inländische Äpfel Tafelware 8 bis 10 S je Kilogramm, ausländische Äpfel 8 bis 10 S je Kilogramm, blonde Orangen 5 bis 8 S je Kilogramm.

\- - -

Käthe Dorsch zum Gedenken

28. Dezember (RK) Am 29. Dezember wäre Kammerschauspielerin Käthe Dorsch 75 Jahre alt geworden.

Sie wurde in Nürnberg geboren und betätigte sich schon mit 16 Jahren als Choristin. Ihr Debüt erfolgte am Stadttheater in Mainz, wo sie als Operettensoubrette ihre ersten Erfolge feierte. In Berlin ging sie zum Sprechtheater über und entwickelte sich zu einer der bedeutendsten Darstellerinnen von Frauengestalten. Käthe Dorsch meisterte alle Rollen, angefangen von den volksstückmäßigen Figuren bis zu den tragischen und problematischen Naturen. Ihr Wirkungskreis umfaßte die wichtigsten Bühnen des deutschen Sprachgebietes. Nach Wien kam sie zuerst im Jahre 1927. Seit 1939 war sie als Ensemblemitglied an das Burgtheater gebunden, an dem sie bis zu ihrem Tod verblieb. Auch im Film konnte sie sich hervorragend bewähren. Die Künstlerin stand bis zuletzt auf der Bühne. Am 25. Dezember 1957 ist sie in Wien gestorben. Seither sind zahlreiche Publikationen über sie erschienen. Sie wird als eine der größten Schauspielerinnen des Jahrhunderts in der Erinnerung fortleben.

\- - -

Betty Paoli zum Gedenken

28. Dezember (RK) Auf den 30. Dezember fällt der 150. Geburtstag der Dichterin Betty Paoli.

Sie wurde in Wien geboren und mußte sich schon mit 16 Jahren selbst ihr Brot verdienen. Ihre ersten Gedichte erregten von allem Anfang an großes Aufsehen. 1841 erschien ein Sammelband, der Nikolaus Lenau gewidmet war. Inzwischen war sie auch als Journalistin bekannt geworden. Sie arbeitete aber auch als Sprachlehrerin und Übersetzerin sowie als Gesellschaftsdame aristokratischer Familien. Als Kritikerin war sie gleichfalls erfolgreich tätig und bewies besonderes literarisches Verständnis. In der Folge veröffentlichte sie unter anderen mehrere Gedichtbände, drei Bände Novellen "Die Welt und mein Auge", Bücher über die Burgschauspielerin Julie Rettich, über die Gemäldegalerie Wiens und über Grillparzer.

./.

In ihren letzten Lebensjahren gehörte Betty Paoli zu den geachtetsten Persönlichkeiten des Wiener Kulturlebens. Am 5. Juli 1894 ist sie in Baden gestorben. Ihre Bedeutung liegt darin, daß sie in einer Zeit lyrischen Epigonentums dichterische Originalität spürbar werden ließ und eine modern anmutende Sprache pflegte, die heute noch ergreift. Betty Paoli ist es wert, daß man sich an sie mit dankbarer Anerkennung erinnert. An ihrem Grab auf dem Zentralfriedhof wird ein Kranz der Stadt Wien niedergelegt werden.

\- - -

Wiener Kunstschätze - den Wiener zur Freude gesammelt

Ausstellung "Neuerwerbungen 1961 bis 1965" im Historischen Museum der Stadt Wien

28. Dezember (RK) Heute nachmittag wurde den Vertretern der Presse die dritte große Ausstellung über die Neuerwerbungen der Museen der Stadt Wien vorgestellt.

Stadtrat Gertrude Sandner begrüßte die Journalisten und betonte, es sei für sie von symbolischer Bedeutung, daß diese ihre erste "Amtshandlung" in Zusammenhang mit einer Kunstausstellung stehe, weil sie der Kunstförderung in ihrem Wirkungsbereich größtes Augenmerk schenken wolle. Es sei eine sehr gute Einrichtung, die Neuerwerbungen der städtischen Museen in gewissen Abständen in Form von Sonderausstellungen der Bevölkerung zugänglich zu machen, denn dadurch könnten sich die Wiener an den dargebotenen Schätzen erfreuen und sehen, daß mit ihrem Geld gut gewirtschaftet werde. Das Historische Museum der Stadt Wien hat seit 1961 4,450.000 Schilling für Neuerwerbungen ausgegeben, dieses Geld jedoch sorgsam und werterhaltend angelegt.

Die Tätigkeit der Museen sei darum so wertvoll, weil hier die Ehrfurcht vor überlieferten Werten erweckt und ein Brückenschlag von der Vergangenheit zur Gegenwart getan werde.

Abschließend dankte Stadtrat Gertrude Sandner allen Mitarbeitern der Museen der Stadt Wien, die in vorbildlichem Teamwork auch diese sehenswerte Ausstellung gestaltet haben.

Museumsdirektor Dr. Glück erläuterte sodann die Exposition, die nach ästhetischen Gesichtspunkten die schönsten Stücke aus den Neuerwerbungen der Jahre 1961 bis 1965 darbietet. Die Exponate sind sehr vielfältig und reichen von Gemälden, Zeichnungen und Stichen bis zu wertvollen Gläsern, Porzellangegenständen oder dem Arbeitsmantel Gustav Klimts.

Von den zahlreichen Graphik-Neuerwerbungen sei das sogenannte Familienalbum der Malerfamilie Alt, dessen Blätter drei Vitrinen füllen, hervorgehoben. Auch die früheste Ansicht der Stephanskirche von Rudolf Alt gehört in diese Reihe.

./.

Ferner sind interessante Gegenstände aus dem Nachlaß von Nikolaus Lenau, rund 200 Entwürfe von Wiener Theatermalern, wertvolle Arbeiten von Wiener Buchbindern, meisterliche Miniaturen und zahlreiche Exponate aus der Jugendstil-Epoche zu sehen.

Die Ausstellung ist bis Ende März, Dienstag bis Freitag von 9.15 bis 18 Uhr und Samstag und Sonntag von 9.15 bis 13 Uhr (an jedem ersten Sonntag im Monat jedoch von 9.15 bis 16 Uhr) geöffnet. An Sonntagen ist der Eintritt frei, an den übrigen Tagen ist die Besichtigung dieser Sonderausstellung im Eintrittspreis für das Historische Museum (5 Schilling) enthalten.

\- - -

Schweinehauptmarkt vom 28. Dezember

28. Dezember (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 0. Neuzufuhren Inland: 6.653, Polen 1.287, Bulgarien 600, DDR 495, Dänemark 498, Gesamtauftrieb 9.533. Verkauft wurde alles. Industrieware Jugoslawien 79, Polen 354; Auslandsschlachthof: Inland 29 Stück zu 14 S, Ungarn 1.485 Stück zu 13.30 bis 14.60 S, Industrieware Ungarn 56 Stück.

Preise: Extremware 15.80 bis 16 S, 1. Qualität 15 bis 15.80 S, 2. Qualität 14 bis 15 S, 3. Qualität 13.20 bis 14 S, Zuchten extrem 12.50 bis 13 S, Zuchten 12 bis 12.40 S, Altschneider 10 S, ausländische Schweine: Polen 13.20 bis 15.40 S, Bulgarien 13.30 bis 14 S, DDR 13.50 bis 14.20 S, Dänemark 14.20 bis 15.50 S.

Der Durchschnittspreis für inländische Schweine ermäßigte sich um 17 Groschen je Kilogramm auf 14.57 S, für bulgarische Schweine erhöhte er sich um 12 Groschen auf 13.46 S, für dänische Schweine erhöhte er sich um 3 Groschen auf 15.01 S, für DDR-Schweine erhöhte er sich um 8 Groschen auf 13.61 S, für polnische Schweine erhöhte er sich um 8 Groschen auf 14.13 S; der Gesamtdurchschnittspreis für ausländische Schweine erhöhte sich um 11 Groschen auf 14.06 S.

\- - -

Pferdehauptmarkt vom 28. Dezember

28. Dezember (RK) Aufgetrieben wurden 35 Stück, hievon 4 Fohlen. Als Schlachttiere wurden 34 Stück verkauft, unverkauft blieb ein Stück.

Herkunft der Tiere: Niederösterreich 10, Oberösterreich 5, Burgenland 15, Steiermark 5.

Preise: Schlachttiere Fohlen 11 bis 16 S, Pferde extrem 9.40 bis 10 S, 1. Qualität 8.40 bis 9 S, 2. Qualität 7.20 bis 8.30 S, 3. Qualität 6.50 bis 7 S. Auslandsschlachthof: 20 Stück aus Polen zu 8 bis 10.20 S, 16 Stück aus der CSSR zu 9.50 S.

Der Durchschnittspreis erhöhte sich für inländische Schlachtpferde um 68 Groschen und für inländische Schlachtfohlen um 100 Groschen je Kilogramm. Der Durchschnittspreis für Schlachtpferde beträgt 8.19 S, Schlachtfohlen 14.50 S, Pferde und Fohlen 8.93 S.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Wien sichert sich Jännertermin für Olympia-Bewerbung

29. Dezember (RK) Das Österreichische Olympische Comité hat, wie bereits gemeldet, Bürgermeister Bruno Marek am 23. Dezember davon in Kenntnis gesetzt, daß die Bewerbungsfrist für die Olympischen Spiele auf Ersuchen interessierter Städte verlängert werden kann. Darauf sandte Bürgermeister Marek noch am gleichen Tag an das Internationale Olympische Comité in Lausanne ein Telegramm mit der Bitte um Fristerstreckung für die Einreichung der Bewerbung um die Olympischen Sommerspiele 1972 bis zum 20. Jänner 1966. Das Antworttelegramm des Olympischen Comités lautete:

"Bitte Anmeldung bis 31. Dezember 1965 schicken. Definitive und detaillierte Bestätigung darf bis 20. Jänner 1966 geschickt werden."

Auf Grund dieser Mitteilung hat Bürgermeister Bruno Marek veranlaßt, daß die Anmeldung für die Bewerbung um die Olympischen Sommerspiele 1972 durch den Leiter der Sportstelle des Kulturamtes, Hans Lackner, zur Wahrung dieses Termins in Lausanne rechtzeitig überreicht wird. Der Vertreter der Stadt Wien ist heute nach Lausanne geflogen und wird dem Internationalen Olympischen Comité das Schreiben des Wiener Bürgermeisters übergeben, das folgenden Wortlaut hat:

"Bezugnehmend auf das Telegramm des Internationalen Olympischen Comités vom 24. Dezember 1965 gestatte ich mir, die Anmeldung der Stadt Wien um die Olympischen Sommerspiele 1972 zeitgerecht vorzulegen. Ich möchte bei dieser Gelegenheit die Bewerbung Wiens um die Durchführung der Olympischen Sommerspiele 1964 in Erinnerung bringen, die eine freundliche Aufnahme

./.

fand. Im Jahre 1963 wiederholte die Stadt Wien ihre Bewerbung um Olympische Sommerspiele, doch blieb diesem Ansuchen der Erfolg versagt.

Angesichts der günstigen Entwicklung unserer Stadt in den letzten Jahren sehe ich mich veranlaßt, die Bewerbung Wiens für Olympische Sommerspiele neuerlich anzumelden.

Anläßlich unserer ersten Bewerbung im Jahre 1959 wurden die Vorzüge Wiens aufgezählt, welche für eine Vergabe der Olympischen Sommerspiele an Wien sprechen. Bei dieser Gelegenheit hat das Internationale Olympische Comité der Stadt Wien 14 Fragen vorgelegt, welche auch beantwortet wurden. Die in diesen Antworten enthaltenen Voraussetzungen für das Abhalten Olympischer Sommerspiele in Wien haben sich nicht verändert.

Mit Rücksicht auf den kurzen Termin, welcher uns seit Beschlußfassung des Internationalen Olympischen Comités im Oktober 1965 für die Bewerbung Wiens zur Verfügung stand, war es uns nicht möglich, alle vom Internationalen Olympischen Comité geforderten Voraussetzungen zu schaffen. Wien wird sich um eine Lösung der noch offenen Probleme bemühen, um die definitive und detaillierte Bewerbung Wiens bis zum 20. Jänner 1966 belegen zu können."

Eine Abschrift dieses Briefes ergeht an das Österreichische Olympische Comité in Wien.

Gleichzeitig hat Bürgermeister Marek Bundeskanzler Dr. Klaus von der neuen Sachlage und den von der Stadt Wien unternommenen Schritten in Kenntnis gesetzt. In dem Schreiben wird an den Bundeskanzler ferner die Frage gerichtet, welche Voraussetzungen von der Stadt Wien noch geschaffen werden müßten, um einen einhelligen Beschluß der Bundesregierung über die Ausstellung eines Billigungsschreibens für die Bewerbung Wiens um die Olympischen Sommerspiele 1972 möglich zu machen. Bürgermeister Marek gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Bundesregierung in der noch gegebenen Frist zu einer einhelligen Auffassung gelangt.

\- - -

Auf in den Fasching 1966!

293 größere Tanzveranstaltungen von Silvester bis 26. März

29. Dezember (RK) Obwohl uns der Kalender für 1966 einen kurzen Fasching beschert - er dauert von Donnerstag, den 6. Jänner, bis Faschingdienstag, den 22. Februar - verzeichnet der Ballkalender, den die Fremdenverkehrsstelle der Stadt Wien alljährlich herausgibt, diesmal 293 Bälle und Tanzveranstaltungen für die Zeit von Silvester bis 26. März. Die Tanzlustigen kümmern sich nämlich herzlich wenig um den offiziellen Anfang und das offizielle Ende des Faschings. Ihnen kommt die Vergnügungsindustrie natürlich entgegen, und so gibt es schon vor dem Dreikönigstag (6. Jänner) 15 und nach dem Faschingdienstag gar 39 Tanzveranstaltungen in Wien.

Beim Referat für Vergnügungssteuer in der Magistratsabteilung 4 (Allgemeine Finanzverwaltung, Steuern und Abgaben) waren bis 22. Dezember insgesamt 157 Tanzveranstaltungen, darunter 94 Veranstaltungen repräsentativen Charakters, zur Vergnügungssteuer angemeldet. Natürlich umfassen weder die im Ballkalender verzeichneten, noch die bei der Magistratsabteilung 4 bis jetzt registrierten Veranstaltungen die tatsächliche Gesamtzahl der öffentlichen Tanzveranstaltungen in Wien. Der Fremdenverkehrsstelle ist es nicht möglich, sämtliche Wiener Faschingsveranstaltungen anzuführen, die an Zahl und Umfang immer mehr zunehmen. Der Ballkalender muß sich also darauf beschränken, die repräsentativen, volkstümlichen und wichtigsten Wiener Bälle und Redouten anzuführen. Beim Referat für Vergnügungssteuer müssen die Veranstaltungen erst drei Tage vor ihrem Termin angemeldet werden, so daß auch hier eine Gesamtvorschau nicht möglich ist.

Acht Silvesterbälle

Acht Silvesterbälle und Silvesterfeiern werden die tanzlustigen Wiener heuer in das Neue Jahr führen. Darunter gibt es je einen großen Silvesterball im Konzerthaus, in den Sofiensälen und im Parkhotel Schönbrunn. Dazu kommen Silvesterfeiern im Bayrischen

./.

Hof, im Hernalser Vergnügunszentrum, im Schwechater Hof, im Simmeringer Hof und beim Wimberger.

Von den großen repräsentativen Veranstaltungen im Jänner sind zu nennen: die Wiener Hofburgredoute "151 Jahre Wiener Kongreß" in der Hofburg (Freitag, 14. Jänner), der Blumenball der Wiener Stadtgärtner in den Sofiensälen (gleichfalls 14. Jänner), der Gastgewerbeball in den Sofiensälen (Dienstag, 18. Jänner), der Ball der Pharmazie in der Hofburg (Freitag, 21. Jänner), der Ball der Hochschule für Bodenkultur in den Sofiensälen (gleichfalls 21. Jänner), der Ball der Wiener Philharmoniker im Musikvereingebäude (Dienstag, 25. Jänner), der Wiener Ärzteball in der Hofburg (Samstag, 29. Jänner), der Ball der Industrie und Technik (Techniker-Cercle) im Musikvereinsgebäude (gleichfalls 29. Jänner) und der Zuckerbäckerball in den Sofiensälen (Montag, 31. Jänner).

Opernball am 17. Februar

Der gesellschaftliche Höhepunkt des Wiener Faschings ist natürlich wieder der Opernball in der Staatsoper, der diesmal am Donnerstag, dem 17. Februar, stattfindet. Weitere große Ballveranstaltungen im Februar sind: der Hofburgball des Wiener Kaffeehausgewerbes (Hofburg, Mittwoch, 2. Februar), der Ball der Technik (Konzerthaus, Donnerstag, 3. Februar), der Ball der Chemie und Wirtschaft (Palais Pallavicini, Freitag, 4. Februar), der Juristenball (Hofburg, Samstag, 5. Februar), der Jägerball (Sofiensäle, Montag, 7. Februar), das 18. Ballfest der Österreichischen Campagnereiter-Gesellschaft (Palais Pallavicini, Donnerstag, 10. Februar), der Tirolerball (Sofiensäle, Samstag, 12. Februar) und die 30. Rudolfina-Redoute (Hofburg, Faschingmontag, 21. Februar).

Für die "ausgelasseneren" Faschingstanzwütigen werden auch heuer wieder mehrere Gschnasfeste veranstaltet. Die drei Akademie-Gschnasfeste in der Secession sind für Freitag, den 21. Jänner, Freitag, den 28. Jänner, und Samstag, den 5. Februar, angesetzt. Am Samstag, dem 29. Jänner, hält der Wiener Schubertbund im Konzerthaus seine "Gschnas-Parade" ab, und am Faschingsonntag, dem 20. Februar, geht der traditionelle Narrenabend des

./.

Wiener Männergesang-Vereines, diesmal unter dem Motto "Narreteien zeitgemäß" in den Sofiensälen in Szene.

Von der Polizeimusik bis zu den Lohnschlächtern

Aber auch neben diesen repräsentativen Ballfesten wird im heurigen Fasching trotz seiner "Kurzlebigkeit" allerhand los sein. Von der Polizeimusik, den Bundeskriminalbeamten, den Wiener Pfadfindern und dem Böhmerwald-Bund über die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien, die Veterinärmediziner, die Freunde des Fußballklubs Rapid und die Wiener Gaswerke bis zu den Eisenbahnern, den Zollwachebeamten und den Steiermärkern in Wien, veranstaltet alles, was sich Verein, Gesellschaft oder sonst wie nennt, eigene Bälle. Dazu kommen noch die zahlreichen Bälle der Innungen und Berufsvereinigungen, die Bürgerbälle, die Pfarrkränzchen, Parteitanzveranstaltungen usw. usw.

Den Fasching kehraus am Faschingdienstag, dem 22. Februar, besorgen die Wiener Singgemeinschaft mit Volkstänzen im Casino Zögernitz und die Schüler der Tanzschule Elmayer bei einem Kränzchen in den Sofiensälen. Wie gesagt, geht es aber nach dem Faschingdienstag mit den Bällen trotz Kehraus munter weiter, und die absolut letzte Ballveranstaltung dieser Saison, zumindest laut Ballkalender, wird am Samstag, dem 26. März, von der Arbeitsgemeinschaft der Lohnschlächter St. Marx beim Wimberger durchgeführt.

\- - -

Ballkalender

29. Dezember (RK) In der Zeit vom 1. bis 9. Jänner finden in Wien folgende größere Ballveranstaltungen statt:

Samstag, 1. Jänner: Haus der Begegnung ("Tanzend in das Neue Jahr"), Hernalser Vergnügunszentrum ("Tanzend in das Neue Jahr).

Sonntag, 2. Jänner: Hernalser Vergnügungszentrum (Rendezvous im H.V.Z.).

Mittwoch, 5. Jänner: Casino Zögernitz (Kränzchen des Katholischen Reichsbundes "Gut Freund"), Parkhotel Schönbrunn (Ball der Studentenverbindung Borussia), Sofiensäle (Ball der Polizeimusik), Wimberger (Ball der Post- und Telegraphenbediensteten des 6., 7. und 8. Bezirkes).

Donnerstag, 6. Jänner: Hernalser Vergnügunszentrum (Erste Tennager-Redoute 1966).

Freitag, 7. Jänner: Parkhotel Schönbrunn (Ball des Wiener Roten Kreuzes), Sofiensäle (Ball des Niederösterreichischen Bauernbundes).

Samstag, 8. Jänner: Casino Zögernitz (Kränzchen der Naturfreunde, Sektion Döbling), Grünes Tor (Ball des Ottakringer Wirtschaftsbundes), Hernalser Vergnügunszentrum (Ball der "Einsamen Herzen"), Kursalon (Ball der Österreichischen Nationalbank), Parkhotel Schönbrunn (Hietzinger Bürgerball), Simmeringer Hof (Ball der Schulwarte), Sofiensäle (Ball der Österreichischen Länderbank AG), Vienna Intercontinental (Ball der Sudetendeutschen Landsmannschaft), Wimberger (Ball der Siebenbürger Sachsen in Wien).

Sonntag, 9. Jänner: Hernalser Vergnügungszentrum (Rendez vous, im H.V.Z.)

\- - -

Schont das Wild im Wienerwald!

29. Dezember (RK) In den letzten Tagen wurden im Wienerwald wieder mehrer Stück Hochwild durch Autos beziehungsweise durch wildernde Hunde getötet. Die Forstverwaltung meldet beispielsweise, daß beim Linienamt Neuwaldegg und beim Dreimarkstein je ein Reh durch ein Kraftfahrzeug bei Nacht niedergestoßen und tödlich verletzt wurde. In der Nähe der Knödlhütte wurde eine tragende Rehgeiß durch wildernde Hunde zu Tode gehetzt.

Das Stadtforstamt richtet daher an alle Kraftfahrer den Appell, bei Fahrten in den Wienerwald an die Möglichkeit des Wildwechsels zu denken.

Hundebesitzer mögen dafür Sorge tragen, daß ihre Tiere nicht frei herumlaufen und so den Wildbestand gefährden. Jagende Hunde können von den Aufsichtsbeamten erschossen werden.

\- - -

Die Wiener Bevölkerung im November

29. Dezember (RK) Laut Monatsbericht des Statistischen Amtes der Stadt Wien wurden in Wien im November 939 Eheschließungen, 1.472 Lebendgeburten und 2.359 Sterbefälle registriert. Alle diese Zahlen liegen über jenen des gleichen Monats im Vorjahr, und zwar die Eheschließungen um 49, die Geburten um 24 und die Todesfälle um 63 Fälle.

Nach dem Bericht der Bundes-Polizeidirektion sind im November 11.131 Personen nach Wien zugewandert, 9.203 haben sich abgemeldet.

\- - -

Wiener Fremdenverkehr im November

29. Dezember (RK) Das Statistische Amt der Stadt Wien veröffentlicht folgende Zahlen über den Wiener Fremdenverkehr im November (Zahlen vom November 1964 in Klammern):

Im November haben insgesamt 58.883 (54.606) Fremde Wien besucht. Gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres ergab sich somit eine Zunahme der Besucherzahl um 7,3 Prozent. Von den Gästen kamen 35.864 (31.472) aus dem Ausland.

Die Wiener Beherbergungsbetriebe zählten insgesamt 164.260 (161.921) Übernachtungen. Das ergibt eine durchschnittliche Aufenthaltsdauer von 2,8 (2,9) Tagen.

Unter den Besuchern aus dem Ausland rangieren die Gäste aus Westdeutschland und Berlin mit 8.784 (8.512) wieder an erster Stelle, gefolgt von den Amerikanern mit 6.133 (4.483) Besuchern. An dritter und vierter Stelle stehen diesmal östliche Nachbarländer und zwar die Tschechoslowakei mit 2.763 (1.120) und Ungarn mit 2.184 (2.038) Wien-Besuchern. Den fünften und sechsten Platz nehmen die Schweiz mit 1.802 (1.653) und Italien mit 1.763 (2.053) Touristen ein.

\- - -

Volkstheater wird renoviert

29. Dezember (RK) Das Gebäude des Volkstheaters ist 1938 das letzte Mal generalrenoviert worden, während nach Kriegsende lediglich die Behebung der schweren Bombenschäden durchgeführt wurde und größere technische Investitionen im Inneren erfolgt sind. Jetzt sind Renovierungs- und Sanierungsarbeiten nötig geworden, die in den nächsten Monaten durchgeführt werden müssen. Besonders dringlich sind die Erneuerung der Fensterstöcke, die zum Teil schon herausfallen, die Renovierung der Wandelgänge des Balkons und des Ranges und die Erneuerung der sanitären Anlagen für Zuschauerraum und Bühnenhaus.

Auch die Sanierung der Außenfassaden der Volkstheaterateliers in der Wurmsergasse sowie die Anschaffung neuer Sessel für den Zuschauerraum stehen am Programm.

Die Kosten für diese Arbeiten können aus den Subventionen, die das Volkstheater für seinen Spielbetrieb bekommt, nicht aufgebracht werden. Der Kulturausschuß des Wiener Gemeinderates hat daher eine Sondersubvention von einer Million Schilling genehmigt.

\- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

29. Dezember (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Inländischer Chinakohl 4 S je Kilo, inländisches Weißkraut 3 bis 4 S je Kilo, inländische rote Rüben 3 bis 3,50 S je Kilo.

Obst: Inländische Äpfel Tafelware 8 bis 10 S je Kilo, ausländische Äpfel 8 bis 10 S je Kilo, inländische Birnen 6 bis 8 S je Kilo, blonde Orangen 5 bis 8 S je Kilo.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Silvester auf dem Rathausplatz

30. Dezember (RK) Am Freitag, dem 31. Dezember, beginnt das alljährliche Silvesterprogramm am Rathausplatz um 18 Uhr. Der Trompeterchor der Stadt Wien unter der Leitung von Prof. Josef Levora ist von 18 Uhr bis 18.30 Uhr von der Loggia des Rathausturmes zu hören. Auf dem Programm der Turmbläser stehen: Festlicher Marsch von Karl Rosner, St. Antoni-Choral von Joseph Haydn, Paracelsus-Fanfare von Josef Meßner, sechs Weihnachtslieder, die Turmmusik von Karl Pilss, zwei kleine Musiken von Carl Führich, die Prinz-Eugen-Fanfare von Josef Hadraba und als letztes die Fanfare in C von Karl Pilss.

Von 18.30 Uhr bis etwa 18.35 Uhr wird die Neujahrsansprache von Bürgermeister Bruno Marek durch Lautsprecher auf den Platz übertragen. Von 18.35 Uhr bis 18.40 Uhr ertönt Carillon-Musik.

Das Glockenspiel des Rathausturmes ist auch von 23.50 Uhr bis 24 Uhr zu hören. Um Mitternacht ertönen zwölf Glockenschläge vom Turm. Dann, von 0.00 Uhr bis 0.10 Uhr, erklingt der Straußwalzer "An der schönen blauen Donau" in einer Schallplattenaufnahme der Wiener Philharmoniker unter der Leitung von Clemens Krauss.

Vom Eintritt der Dunkelheit bis 0.15 Uhr wird in der Silvesternacht die "kleine Rathausbeleuchtung" eingeschaltet sein.

\- - -

Mehr Licht für Wien im Neuen Jahr

Vorhaben auf dem Gebiet der Straßenbeleuchtung

30. Dezember (RK) Im Zuge des laufenden 5-Jahresprogrammes der Magistratsabteilung für Öffentliche Beleuchtung werden 1966 weitere 1.500 moderne Leuchten mit rund 2.600 Lampen in den Hauptstraßen Wiens installiert werden. Diese Neuanlagen sollen der Verbesserung der bereits bestehenden Straßenbeleuchtung dienen. Davon werden unter anderem die Schottengasse, die Engerthstraße, die Prinz Eugen-Straße, die Schönbrunner Straße, die Stumpergasse, die Favoritenstraße, die Grillgasse, die Hietzinger Hauptstraße, die Linzer Straße, die Stutterheimstraße, die Gablenzgasse, die Hernalser Hauptstraße und die Währinger Straße profitieren.

Außerdem werden umfangreiche Neuanlagen der öffentlichen Beleuchtung überall dort notwendig, wo neue Straßen, Wohnhausanlagen und Grünflächen entstehen. So sollen die Einfahrten der West- und Südautobahn mit modernen Natrium- und Quecksilberdampflampen ausgeleuchtet werden. Ferner werden der Matzleinsdorfer Platz, der Getreidemarkt, die Lastenstraße und andere umgebaute Straßenzüge eine neue, zeitgemäße Beleuchtung erhalten.

Auch die Aufschließung neuen Baugeländes macht umfangreiche Vorarbeiten für die öffentliche Beleuchtung notwendig, so zum Beispiel in der Mangasse-Dirmhirngasse, der Marktgemeindegasse, der Autokaderstraße und anderen.

Für die Verbesserung der bestehenden Straßenbeleuchtung sind im Voranschlag 1966 fünf Millionen, für Neuanlagen elf Millionen und für Umbauten 8,5 Millionen Schilling vorgesehen.

In dem nunmehr zu Ende gehenden Jahr wurden in Wien rund 4.000 neue Leuchten mit etwa 11.800 Lampen errichtet. Im Tagesdurchschnitt sind also mehr als 32 Lampen installiert worden. Ende 1965 wird Wien von rund 140.500 Glühlampen in 97.100 Leuchten erhellt. (Die weihnachtliche Festbeleuchtung in den Wiener Hauptgeschäftsstraßen ist in diesen Zahlen natürlich nicht enthalten).

\- - -

65. Geburtstag von Ernst Hellbling

30. Dezember (RK) Am 2. Jänner vollendet Obersenatsrat i.R. o. Univ.-Prof. Dr. Ernst Hellbling das 65. Lebensjahr.

Er wurde in Wien geboren und trat nach Absolvierung der Studien in den städtischen Dienst, in dem er es zum Leiter des Rekursbüros der Magistratsdirektion brachte. 1948 erfolgte seine Habilitierung an der Wiener Universität, 1959 die Auszeichnung mit dem Titel eines o. Professors. 1961 ließ er sich als Magistratsbeamter pensionieren, um sich fortan ausschließlich der akademischen Lehrtätigkeit und der wissenschaftlichen Arbeit widmen zu können. Professor Hellbling verfaßte zahlreiche Schriften und Fachaufsätze für Zeitschriften. 1953/54 erschien sein umfassender Kommentar zu den österreichischen Verwaltungsverfahrensgesetzen in zwei Bänden, 1956 sein Lehrbuch der österreichischen Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte.

\- - -

Stadt Wien hilft den Konzert-Cafés

30. Dezember (RK) Zur Förderung der beliebten Wiener Einrichtung des "Konzert-Cafés" hat der Kulturausschuß des Wiener Gemeinderates dem Hotel Imperial, dem Hotel Europa, dem Hotel Stefanie, dem Kursalon der Stadt Wien, dem Pratergasthof Domansky und dem Kaffeerestaurant Lerch sowie der Augaststätte im Donaupark Kostenbeiträge für die Unterhaltungsmusik in diesen Restaurants gewährt. Bekanntlich werden bei dieser Förderungsmaßnahme sowohl die Lage und die Ausstattung des Betriebes wie auch die Qualität der musikalischen Darbietungen berücksichtigt. Die Fremdenverkehrsstelle der Stadt Wien, deren Stellungnahme bei der Auswahl eingeholt wird, verzeichnet die überprüften Unternehmen in ihren Werbeprospekten. Die Lokale werden verpflichtet, den Musikbetrieb mindestens drei Monate im Jahr durchzuführen.

\- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

30. Dezember (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Inländischer Chinakohl 4 bis 5 S je Kilogramm, inländisches Weißkraut 3 bis 4 S je Kilogramm, inländisches Rotkraut 3 bis 5 S je Kilogramm.

Obst: Inländische Äpfel Tafelware 8 bis 10 S je Kilogramm, ausländische Äpfel 8 bis 10 S je Kilogramm, blonde Orangen 5 bis 8 S je Kilogramm.

\- - -

Neuer Leiter der Abteilung für Technische Grundangelegenheiten

30. Dezember (RK) Eine jener Magistratsabteilungen deren Wirken nicht im Blickpunkt der Öffentlichkeit steht, eine ausgesprochen "stille Abteilung", ist die Magistratsabteilung 40, Technische Grundangelegenheiten. Trotzdem übt sie eine außerordentlich wichtige Tätigkeit aus, die der Gemeinde Wien und damit der Öffentlichkeit jährlich viele Millionen Schilling erspart. Ihr obliegt bei Grundkäufen die Schätzung des Wertes von Grund und Boden.

Mit Jahresende tritt nun in der Leitung der Magistratsabteilung 40 ein Wechsel ein. Senatsrat Dipl.-Ing. Robert Kainz geht in Pension. Sein bisheriger Stellvertreter Oberstadtbaurat Dipl.-Ing. Rudolf Barbora übernimmt die Abteilung.

Heute nachmittag fand die Verabschiedung des scheidenden Leiters und die Amtseinführung des neuen Chefs statt, an der Vizebürgermeister Dr. Drimmel, Stadtrat Maria Jacobi in Vertretung des städtischen Personalreferenten, Baudirektor Dipl.-Ing. Dr. Koller und der Leiter der Amtsinspektion Obersenatsrat Dr. Delabro teilnahmen.

Der Baudirektor würdigte das profunde Wissen des scheidenden Amtsleiters, der 28 Jahre im Dienst der Gemeinde Wien arbeitete. Er war zunächst im Kanalbau tätig und trat dann in die Abteilung 40 ein, deren Leitung er seit acht Jahren innehat.

Der neue Leiter Oberbaurat Dipl.-Ing. Barbora kommt vom Brückenbau und ist seit fünf Jahren der stellvertretende Chef gewesen.

Stadtrat Jacobi dankte im Namen des städtischen Personalreferenten dem scheidenden Beamten für seine Tätigkeit und wünschte dem neuen Chef viel Erfolg. Auch Vizebürgermeister Dr. Drimmel lobte die loyale, verläßliche Arbeit und das profunde Wissen von Senatsrat Kainz. Dem neuen Leiter wünschte er viel Freude an seiner Arbeit und viel Erfolg.

Im Namen der Gewerkschaft sprach Obmann Mittinger.

\- - -

Rindernachmarkt vom 30. Dezember

30. Dezember (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 0. Neuzufuhren: Inland 16 Stiere, 22 Kühe, 10 Kalbinnen, Summe 48. Gesamtauftrieb 48. Verkauft wurde alles.

Marktverkehr ruhig. Hauptmarktpreise.

\- - -

Schweinenachmarkt vom 30. Dezember

30. Dezember (RK) Kein Auftrieb.

\- - -

Pferdenachmarkt vom 30. Dezember

30. Dezember (RK) Kein Auftrieb.

\- - -

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Die Silvesterrede des Bürgermeisters:

An der Schwelle des dritten Jahrzehnts

31. Dezember (RK) Am Silvesterabend wurde nach dem traditionellen Silvester-Turmblasen von der Loggia des Rathausturmes folgende Ansprache von Bürgermeister Bruno Marek auf den Rathausplatz übertragen - sie war auch heute Mittag in der Sendung der Landeshauptleute im Ersten Programm des Österreichischen Rundfunks zu hören:

"Zu Silvester ist uns immer ein bißchen feierlich zu Mute. Dieses Gefühl überkommt uns alle, gleichgültig ob wir diese Stunden im Kreise unserer Familie und lieber Freunde oder in angeregter Gesellschaft in einer Vergnügungsstätte erleben. Denn Silvester ist nun einmal nicht bloß das Ende, der Abschluß eines Jahres - um diese Zeit hat das Jahr gleichsam seinen Scheitelpunkt erreicht, von dessen Höhe wir ebenso weit zurück wie voraus zu blicken vermögen.

Wir überschauen die vergangenen zwölf Monate in ihrer Gesamtheit mit allen ihren freundlichen und verheissungsvollen, aber auch ernsten und mahnenden Perspektiven; zugleich blicken wir auf das kommende Jahr, auf das Unergründliche, das uns bevorsteht, auf unsere Hoffnungen und Wünsche, deren Erfüllung wir in dieser Stunde vorwegnehmen.

Zum ersten Mal, seit mir die Ehre und die Verantwortung zuteil wurden, die Geschicke dieser Stadt an maßgeblicher Stelle mitzubestimmen, richte ich, meine lieben Mitbürgerinnen und

./.

Mitbürger, in einer Silvesternacht das Wort an Sie. Als Landeshauptmann und Bürgermeister von Wien gedenke ich in diesem Augenblick des scheidenden Jahres, seiner Arbeit und seiner Mühe, aber auch seiner Erfolge und seiner Fortschritte. Ich danke Ihnen allen, nicht zuletzt meinen engeren Mitarbeitern, für das gemeinsam Erreichte, für alle Anstrengungen und Opfer, die Sie um dieser Stadt und um ihrer Bevölkerung willen auf sich genommen haben.

Der Stadt Wien zu dienen ist eine hohe Verpflichtung, ich kenne keine schönere und keine beglückendere. Umso mehr als in der Vergangenheit an ihrer Spitze Männer mit so vertrauten und klangvollen Namen gestanden sind, wie Karl Seitz, Theodor Körner und Franz Jonas, an deren Wollen sich unser Streben entzünden muß, an deren Leistungen wir die unseren zu messen haben.

Wien hat in der Welt einen Ruf, einen Ehrentitel zu verteidigen: als Stadt der Musik und der Theaterkultur, als Pflegestätte des Geistes und der Wissenschaft, aber auch als Stadt der Wohlfahrt, der Jugendfürsorge und des sozialen Fortschrittes. Wenn es uns gelungen ist, diesem Ruf gerecht zu werden und ihn zu mehren, so war das Jahr, das wir nun beschließen, ein gutes Jahr. Wenn wir die neue Generation zu überzeugen vermochten, daß sie sich stolz und freudig zu ihrer Vaterstadt bekennen kann, und wenn wir neue Freunde für unser Wien in aller Welt gewinnen konnten, haben wir im vergangenen Jahr nicht umsonst gelebt und nicht vergebens gearbeitet. Wenn wir unseren Familienvätern Arbeit und Verdienst, den jungen Ehepaaren Wohnungen und unseren Alten einen sorgenfreien Lebensabend sichern konnten, dann dürfen wir sagen, daß wir getan haben, was nach menschlichen Kräften möglich war.

Diese Silvesternacht hat eine Besonderheit: sie verbindet nicht bloß ein Jahr mit dem anderen, sie leitet vielmehr die Wende zweier Jahrzehnte ein. Um diese Mitternachtsstunde tritt unser Wien, die aus Schutt und Asche wiedergeborene Hauptstadt der Zweiten Republik Österreich, unser demokratisches, soziales, autonomes und freies Wien in sein drittes Lebensjahrzehnt nach dem Kriege ein.

./.

Im vergangenen Jahr haben wir zahllose Jubiläen gefeiert, die sich mit diesen historischen zwanzig Jahren oder mit noch sehr viel längeren Zeitspannen verbinden, Jubiläen unseres Staates, unserer Stadt und unserer Hochschulen. Man könnte fast sagen, daß 1965 ein einziges Festjahr gewesen sei. Nun, an der Schwelle des dritten Jahrzehnts gilt es nicht nur, das Erworbene zu sichern, sondern auch neue Pläne und Ideen zu verwirklichen. Lassen Sie uns jedoch zumindest einen Hauch vom Geiste dieses Jubiläumsjahres, von dem berechtigten Stolz, der uns erfüllte, von dem Hochgefühl, das uns bei der Erinnerung an die gemeisterten Schwierigkeiten der Vergangenheit beseelte, bewahren und mit hinüber in das neue Jahr nehmen.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen allen, meine lieben Wienerinnen und Wiener, 365 Tage Glück und Erfolg, 365 Tage Gesundheit und Freude am Leben!

Prosit Neujahr!"

\- - -

Wappenschmuck für den "Bundesländerhof"

31. Dezember (RK) Der Kulturausschuß des Wiener Gemeinderates hat beschlossen, die städtische Wohnhausanlage 22, Purchmannweg vom akademischen Maler Prof. Leopold Schmid mit den neun österreichischen Landeswappen und einem Widmungsstein künstlerisch ausschmücken zu lassen. Damit wird dem Namen dieses Wohnblockes Rechnung getragen, der bekanntlich "Bundesländerhof" heißt. Die Stadt Wien hat für die Verwendung der Wappen der acht übrigen Bundesländer die formelle Zustimmung der zuständigen Landeshauptleute eingeholt.

Auf der Grünfläche zwischen den Häusern Nr. 3 und 8 wird ein Widmungsstein errichtet, der eine farbig glasierte Landkarte der Republik Österreich auf Terrakottaplatten zeigt. Die Hauswände werden mit den **neun österreichischen Bundesländerwappen** geschmückt.

\- - -

75. Geburtstag von Alois Dempf

31. Dezember (RK) Am 2. Jänner vollendet der Philosoph Univ.-Prof.Dr. Alois Dempf das 75. Lebensjahr.

Er wurde in Altmünster, Oberösterreich, geboren und habilitierte sich an der Universität Bonn. 1937 erhielt er eine Berufung als ordentlicher Professor nach Wien, wo er bis 1948 blieb. Während der Zeit des Nationalsozialismus war er zum Schweigen verurteilt. 1948 ging er als Ordinarius nach München. Die Philosophie des Gelehrten ist durch seine katholische Weltanschauung bestimmt. Dempf ist ein gründlicher Kenner des christlichen Staatsgedankens und der christlichen Staatsphilosophie. Sein Hauptwerk "Selbstkritik der Philosophie" ist 1946 erschienen. Dempf hat auch auf dem Gebiet der Anthropologie ein großes Werk "Theoretische Anthropologie" (1950) veröffentlicht, das ein komplexes Gedankengebäude von Kulturphilosophie, Kosmologie und Anthropologie darstellt. Alois Dempf ist Mitglied der Österreichischen Akademie der Wissenschaften.

\- - -

Zwei 100. Geburtstage am alten Jahrestag

31. Dezember (RK) Der letzte Tag des Jahres gestaltete sich für das städtische Altersheim Lainz noch besonders festlich. Man rüstete mit Feuereifer für die traditionelle Silvesterfeier mit Heinz Conrads unter dem Motto: "Kinder, so jung komm ma nimmermehr zsamm", die um 20 Uhr im Fernsehen übertragen wurde. Auch Bürgermeister Bruno Marek und Stadtrat Maria Jacobi haben daran teilgenommen.

Vormittag wurden noch zwei 100. Geburtstage gefeiert: die Jubilarinnen waren Frau Helene Scheidl und Frau Thekla Steinbauer. In Vertretung des Bürgermeisters überbrachte Stadtrat Maria Jacobi den Geburtstagskindern die Glückwünsche und Ehrengeschenke der Stadt Wien. Im Namen des Bezirkes gratulierte Bezirksvorsteher-Stellvertreter Popp.

1965 - Rekordjahr der Hundertjährigen

Bundespräsident Franz Jonas pflegte als Wiener Bürgermeister bei "hohen" Geburtstagen zu sagen: "Wir werden zwar nicht älter, aber wir leben länger!" Dieses Wort erweist sich unter anderem auch an der Statistik der Hundert- und mehrjährigen in unserer Stadt als zutreffend. 1965 haben 16 Wiener den 100. Geburtstag, sieben den 101. und drei den 102. Geburtstag feiern können. Eine Wienerin durfte das 103. und ein Wiener sogar das 104. Lebensjahr vollenden. Drei 100- und zwei 101jährige sind allerdings noch im selben Jahr 1965, in dem sie ihr Jubiläums-Wiegenfest begingen, gestorben. Immerhin leben derzeit 23 Wiener, die mehr als 100 Jahre alt sind. (Vier Personen die heuer einen 100. bzw. einen noch höheren Geburtstag gefeiert hätten, sind noch vor dem Fest verstorben).

Wenn wir hier von "Wienern" sprechen, ist das eigentlich ungenau ausgedrückt; korrekterweise müßte von "Wienerinnen" die Rede sein. Unter all den 28 Jubilaren über 100 des heurigen Jahres befinden sich nur 2 Männer! Es ist nur ein kleiner Trost für die Vertreter des angeblich "starken" aber offensichtlich weniger zähllebigen Geschlechtes der Männer, daß die "Altersspitze" von einem der ihren gehalten wird: der älteste Wiener ist Herr Johann Sagl, der zur Zeit 104 1/2 Jahre alt ist und die besten Aussichten hat, am 11. August 1966 seinen 105. Geburtstag zu begehen. ./.

Die älteste Wienerin, Frau Katharina Löhsnitz aus Ottakring, zählt 103 Lenze und dreieinhalb Monate.

Unter den Wiener Hundert- und mehrjährigen erfreuen sich erstaunlich viele bester körperlicher und geistiger Verfassung. Es ist keineswegs selten, daß eine "Hunderterin" sich noch selbst ihren Haushalt besorgt, Zeitung liest und am Weltgeschehen regen Anteil nimmt.

\- - -

Ein "Prosit!" dem Wiener Rathaus

Neujahrswünsche der Rauchfangkehrer für Vizebürgermeister Slavik

31. Dezember (RK) So schwarz waren die drei Rauchfangkehrer, die heute vormittag im Rathaus erschienen, um der Stadtverwaltung die Neujahrswünsche ihrer Branche zu überbringen, daß Vizebürgermeister Slavik einen Gutteil der schwarzen Farbe abbekam. Die Innungsmeister, die die drei schwarzen Gesellen begleiteten, bemühten sich nachher vergeblich, das Schwarz vom vizebürgermeisterlichen Rock wieder zu entfernen. Der Vizebürgermeister, der die Glückwünsche und den Farbfleck in Vertretung von Bürgermeister Marek herzlich dankend entgegennahm, betrachtete den so engen Kontakt mit den Rauchfangkehrern durchaus als glücksbringendes Omen für das kommende Jahr.

Der jüngste der drei schwarzen Gesellen, der 15jährige Karli - er ist erst seit 18 Wochen Rauchfangkehrer-Lehrbub - überreichte dem Vizebürgermeister einen riesigen rosa Azaleen-Stock mit rot-weißer Schleife. Der Innungsmeister, Dipl.-Ing. Quester, seine beiden Stellvertreter Jarius und Maly sowie Sekretär Dr. Pable schlossen sich den Neujahrswünschen an und überbrachten auch Grüße von Bundespräsident Franz Jonas, dem sie vor ihrem Rathaus-Besuch Glück gewünscht hatten.

\- - -

Geehrte Redaktion!

Allen Kolleginnen und Kollegen wünschen wir ein gutes Neues Jahr.

Die nächste Ausgabe der "Rathaus-Korrespondenz" erscheint Montag, den 3. Jänner 1966.

\- - -

11.077

Hilde Baer
Wien XX.